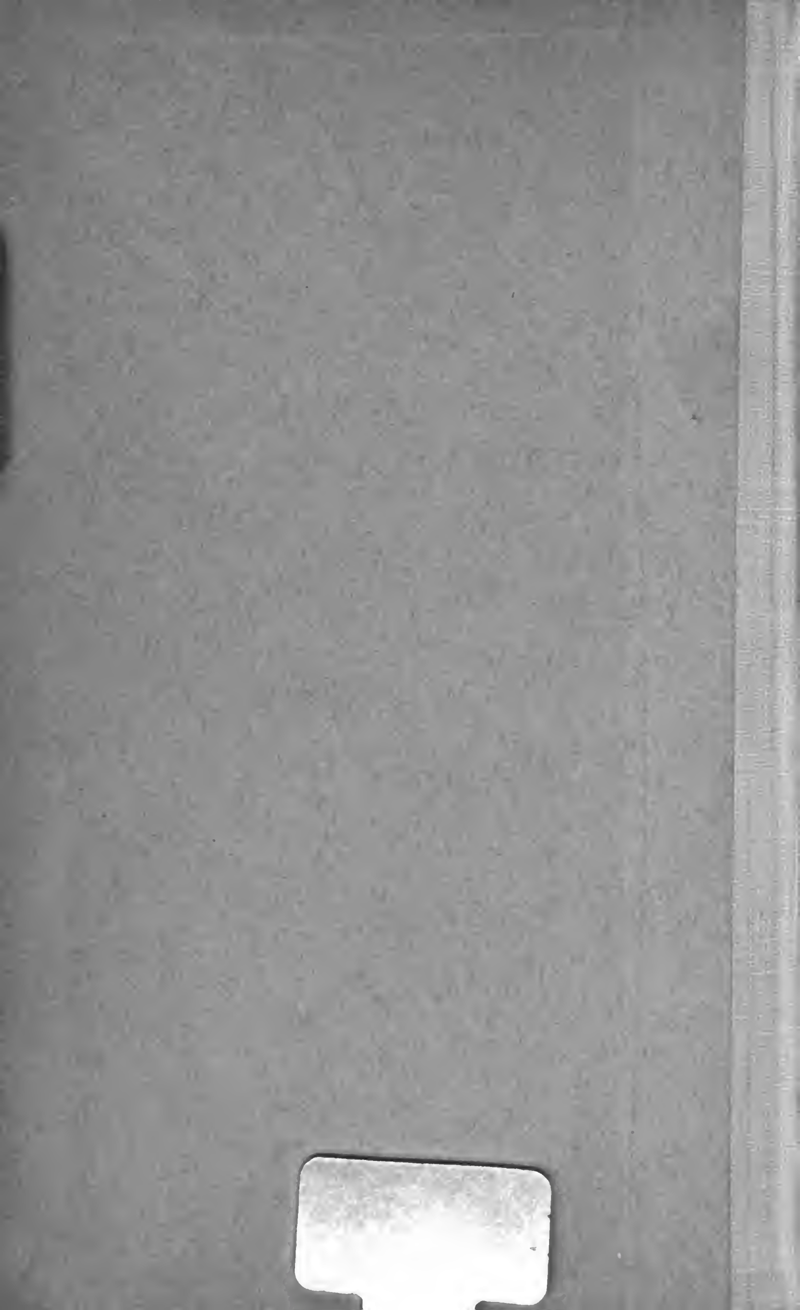
Schulthess' Europäischer Geschichtsk...

Heinrich Schulthess



Schulthess'

Europäischer Geschichtskalender.

Neue Folge.

Neunter Jahrgang 1893.

(Der ganzen Reihe XXXIV. Band.)

Herausgegeben

von

Hans Delbrück.



München 1894
C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung
Oskar Beck.

C. H. Beck'sche Buchdruckerei in Nördlingen.

Inhalts-Verzeichnis.

Chronik
der wichtigsten Ereignisse des Jahres 1893.

Januar.

1. Deutsches Reich. Der Kaiser spricht sich beim Neujahrsempfang der Generale in drohendem Ton aus gegen die Opposition, die der Militär-Vorlage gemacht wird. Die Kreuzzeitung gibt die bisherige Opposition auf.

5. Dänemark. Für Island wird eine neue Konstitution vom König unterzeichnet.

10. Frankreich. Demission des Ministeriums Ribot, am 13. wird von Ribot ein neues Ministerium gebildet.

10. Rumänien. Hochzeit des Prinzen-Thronfolgers mit Prinzessin Marie von Edinburg in Sigmaringen.

11. Deutsches Reich. Reichstag. Die Kommissionsverhandlungen über die Militärvorlage werden eröffnet.

14. Frankreich. Zeitungsgerüchte beschuldigen den russischen und den ehemaligen italienischen Botschafter, Panamagelder empfangen zu haben.

Mitte. Egypten. Ministerwechsel unter französischem Einfluß.

19. Italien. Anfang eines großen Bankskandals mit der Verhaftung des Direktors der Banca Romana, Tanlongo.

19. Egypten. Rücktritt des neuen Ministerpräsidenten Fakri-Pascha, Ernennung Riaz Paschas infolge energischen Protests des englischen Vertreters.

23. Serbien. Aussöhnung zwischen König Milan und Königin Natalie.

24. Württemberg. Vermählung des Herzog Albrechts von Württemberg mit der Erzherzogin Margarete Sophie in Wien.

25. Deutsches Reich. Vermählung der Prinzessin Margarete mit Prinz Friedrich Karl von Hessen. Der russische Thronfolger ist dazu anwesend.

31. Großbritannien. Das Parlament wird eröffnet.

Jan.—Febr. Deutsches Reich. Große agrarische Bewegung gegen die Regierung.

Februar.

9. Frankreich. Im Panama-Prozeß werden beide Lesseps, Fontane, Cottu und Eiffel verurteilt.

10. Japan. Der Mikado richtet an die beiden Häupter des Landtages eine Botschaft über die Deckung der Kosten für den Bedarf der Flotte.

13. Großbritannien. Die Homerule-Bill für Irland wird im Unterhaus eingebracht.
15. Nord-Amerika. Präsident Harrison richtet an den Senat eine Botschaft betreffend die Annektierung der Hawaiischen-Inseln.
19. Kurie. Der Papst feiert den Jahrestag seiner 50jährigen Ernennung zum Bischof.
27. Kurie. Der Papst empfängt den General v. Loë, der als Abgesandter des deutschen Kaisers nach Rom geschickt ist.
27. Frankreich. Der „Figaro" bringt sensationelle Enthüllungen über die Panama-Angelegenheit.

März.

Anfang. Rußland. Die Regierung versendet eine Note, die gegen die Zustände in Bulgarien und besonders gegen die Aenderung der Verfassung protestiert.
4. Nord-Amerika. Präsident Cleveland tritt sein Amt an.
5. Afrika. Der Sultan von Sansibar Ali Ben Said †, sein Nachfolger wird Hamed Ben Twain.
11. Nord-Amerika. Die Botschaft Harrisons betreffend Hawaii wird von Cleveland zurückgezogen.
11. Deutsches Reich. In Dresden findet eine internationale Sanitätskonferenz statt.
13. Preußen. Das Abgeordnetenhaus beschließt einschneidende Aenderungen des Wahlgesetzes.
17. Frankreich. Jules Ferry †.
18. Serbien. Skuptschina-Wahlen.
21. Frankreich. Zweiter Panama-Prozeß wegen Bestechung. Von Politikern wird allein der ehemalige Minister Baïhaut verurteilt.
21. Deutsches Reich. Der Abgeordnete Ahlwardt bringt im Reichstage schwere Beschuldigungen gegen die Regierung vor, die aber von allen Parteien einstimmig zurückgewiesen werden.
25. Deutsches Reich. Die württembergische Abgeordnetenkammer beschließt den Posten eines Gesandten in München zu erhalten, in Wien dagegen zu streichen.
26. Türkei. Besuch der Königin Natalie von Serbien beim Sultan.
30. Frankreich. Demission des Ministeriums Ribot.

April.

4. Frankreich. Neubildung des Ministeriums durch Dupuy.
6. Serbien. Eröffnung der Skuptschina. Konflikt über Beschlußunfähigkeit und Gültigkeit von Wahlen.
10. Schweiz. Im Kanton Schaffhausen wird die Wiedereinführung der Todesstrafe beschlossen.
11. Deutsches Reich. Auflegung einer Reichsanleihe.
11. Oesterreich-Ungarn. Der bulgarische Ministerpräsident Stambulow wird vom Kaiser Franz Joseph empfangen.
12. Belgien. Die Kammer verwirft das allgemeine Stimmrecht, sowie alle anderen Vorschläge für die Neuregelung des Wahlrechts.
12. Schweden. Beide Kammern sprechen sich gegen die Forderung einer Teilung des Konsulatswesens aus.
14. Serbien. König Alexander läßt die Regenten verhaften und erklärt sich großjährig.
18. Belgien. Unter dem Druck großer Volksbewegungen nimmt die

Kammer einen Antrag Nyssens an, der dem allgemeinen Wahlrecht nahe kommt.
20. Bulgarien. Vermählung des Fürsten Ferdinand mit der Prinzessin von Parma in Pianore.
20. Frankreich. Der Papst empfängt Herrn d'Hulst und spricht über seine Interessen-Gemeinschaft mit Frankreich und Rußland.
22. Italien. Das italienische Königspaar feiert seine silberne Hochzeit. Kaiser Wilhelm und die Kaiserin sind dazu anwesend.
22. Norwegen. Rücktritt des Ministeriums Steen.
23. Deutsches Reich. Aeußerung des Kaisers zu dem Kardinal Ledochowski.
23. Kurie. Besuch des deutschen Kaiserpaares beim Papst.
26. Ungarn. Das Ministerium bringt die ersten kirchenpolitischen Vorlagen ein.
29. Norwegen. Ein neues Ministerium unter Stang wird gebildet.
Ende. Rußland. Die Zeitungen bringen das Gerücht von einem Attentat auf den Zaren.

Mai.

1. Großbritannien. Erklärungen Gladstones über Englands Stellung in Egypten.
1. Nord-Amerika. Eröffnung der Welt-Ausstellung in Chicago.
2. Deutsches Reich. Der Kaiser hält sich auf der Durchreise von Italien in der Schweiz auf.
2. Preußen. Das Herrenhaus modifiziert den Beschluß des Abgeordnetenhauses über das Wahlgesetz.
3. Deutsches Reich. Zweite Beratung der Militärvorlage im Reichstag.
3. Großbritannien. Das Unterhaus nimmt den gesetzlichen Achtstundentag für Bergarbeiter an.
6. Deutsches Reich. Militärvorlage. Nach Ablehnung des vermittelnden Antrages Huene wird der Reichstag aufgelöst. — In der freisinnigen Fraktion tritt eine Spaltung ein.
8. Preußen. Das Abgeordnetenhaus nimmt die Steuerreform an.
8. Deutsches Reich. Fürst Adolf Georg zu Schaumburg-Lippe †.
12. Deutsches Reich. Fürst Georg Viktor zu Waldeck-Pyrmont †.
Mitte. Griechenland. Demission des Ministeriums Trikupis.
17. Oesterreich. Im böhmischen Landtag verhindern die Tschechen durch Tumult die Beratung einer Vorlage.
18. Oesterreich. Der böhmische Landtag wird durch Verordnung des Kaisers geschlossen.
28. Bulgarien. Die große Sobranje nimmt einstimmig die Abänderung der Verfassung an.
31. Preußen. Das Abgeordnetenhaus nimmt das Wahlgesetz in der vom Herrenhaus beschlossenen Form an.
Ende. Oesterreich. In Prag und anderen Orten Böhmens finden große Kundgebungen gegen die Deutschen und gegen die Regierung statt.

Juni.

Anfang. Rußland. Der Zar übersendet dem Sultan ein Album mit den Abbildungen aller Schiffe der russischen Flotte im Schwarzen Meere.
3. Oesterreich-Ungarn. Im auswärtigen Ausschuß der ungarischen Delegation gibt Graf Kalnoky sein Exposee über die auswärtige Lage. Bei der Abstimmung wird der beantragte Vertrauensausdruck für den Grafen Kalnoky einstimmig angenommen.

8. Oesterreich-Ungarn. Der Lemberger ruthenische Erzbischof Sembratowitsch wird auf der Reise von ruthenischen Studenten insultiert.
15. Deutsches Reich. Reichstagswahl.
15. Frankreich. Freisprechung der Angeklagten in dem ersten Panama-Prozeß (vgl. 9. Febr.) durch den Kassationshof.
17. Frankreich und Rußland schließen einen Handelsvertrag.
17. Frankreich. Annahme des Kadresgesetzes durch die Kammer.
19. Schweiz. In Bern finden Exzesse zwischen italienischen und einheimischen Arbeitern statt. Daran schließen sich allgemeinere Arbeiter-Unruhen, die das Aufgebot von Truppen notwendig machen.
23. Großbritannien. Untergang des zum englischen Mittelmeergeschwader gehörigen Panzerschiffes „Viktoria".
25. Rußland führt einen doppelten Zoll-Tarif ein.
26. Indien. Die Ausprägung von Silbermünze wird eingestellt.
30. Juni—10. Juli. Großbritannien. Der Großfürst-Thronfolger von Rußland in London.

Juli.

1. Nord-Amerika. Der Kongreß wird zur Beratung der Sherman-Bill zusammenberufen.
4. Deutsches Reich. Der Reichstag wird durch Kaiser Wilhelm eröffnet.
5. Deutsches Reich. Urwahlen zur bayerischen Abgeordnetenkammer.
5. Preußen. Der Landtag wird durch den König geschlossen.
6. Frankreich. In Paris finden Straßenunruhen statt, die Arbeitsbörse wird geschlossen.
6. Großbritannien. Vermählung des Herzogs von York mit der Prinzessin Mary v. Teck.
8. Deutsches Reich. Prinz Ludwig von Bayern hält in München eine bemerkenswerte Rede auf dem Journalisten- und Schriftstellertage.
9. Oesterreich. Große Demonstration in Wien für das allgemeine Stimmrecht.
11. Deutsches Reich. Der Großfürst-Thronfolger von Rußland weilt auf der Rückreise von England einige Stunden zum Besuch beim Kaiser.
13. Großbritannien. Beitritt Großbritanniens zur Dresdener Sanitätskonvention.
13. Siam und Frankreich. Die Franzosen erscheinen plötzlich drohend vor Bangkok.
14. Deutsches Reich. Der Reichstag nimmt in zweiter Lesung die Armeereform an.
15. Deutsches Reich. Die Militärvorlage wird vom Reichstage in dritter Lesung angenommen. Der Reichstag wird geschlossen.
15. Deutsches Reich. Der Kaiser und die Kaiserin reisen nach Norwegen. Dort statten sie dem Kronprinzen von Schweden einen Besuch ab.
19. Norwegen. Das Storthing beschließt die Kündigung der Konsulatsgemeinschaft mit Schweden.
19. Serbien. Das frühere liberale Ministerium wird nach Beschluß der Skupschtina in Anklagezustand versetzt.
20. Siam. Der französische Gesandte stellt das Ultimatum.
22. Oesterreich-Ungarn. Kriegsminister Bauer †.
24. Bulgarien. Der wegen Aufwiegelung gegen den Fürsten angeklagte Metropolit Clement wird zu lebenslänglicher Verbannung verurteilt.
27. Deutsches Reich. Der Kaiser reist zum Besuch nach England.

28. Deutsches Reich. Der Bundesrat nimmt eine Verordnung betr einen Zollzuschlag für alle aus Rußland kommenden Waren an.
29. Deutsches Reich. Reise des Fürsten Bismarck nach Kissingen.
29. Deutsches Reich. Das deutsch-englische Abkommen über die Grenzfestsetzung am Kilimandscharo wird veröffentlicht.
29. Siam. Annahme des französischen Ultimatums.
29. Belgien. Annahme einer neuen Wahlordnung für den Senat.
Ende. Großbritannien. Beginn eines großen Kohlenstreiks.

August.

1. Rußland verfügt Zollzuschläge für Waren, die aus Deutschland kommen.
3. Großbritannien. Im Mansionhause Versammlung von Anhängern des Bimetallismus, Vorsitzender ist der Lordmayor.
6.—12. Schweiz. Internationaler Arbeiter-Kongreß in Zürich.
12. Deutsch-Ostafrika. Am Kilimandscharo findet ein siegreiches Gefecht gegen den Sultan Meli statt.
15. Großbritannien und Amerika. Urteil des Schiedsgerichts in der Behringsmeerfrage.
17. Frankreich. In Aigues-Mortes werden italienische Arbeiter von Franzosen mißhandelt und getötet.
20. Frankreich. Wahlen zur Deputiertenkammer.
21. Schweiz. Das Schächtverbot wird in der Volksabstimmung angenommen.
21. Deutsches Reich. In Wien wird ein Handelsvertrag mit Serbien abgeschlossen.
22. Deutsches Reich. Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg-Gotha †.
28. Deutsch-Ostafrika. Sieg über den Sultan Sinjangaro in Nondoa.
28. Nord-Amerika. Die Abschaffung der Sherman-Bill wird vom Repräsentantenhaus beschlossen.
Ende. Rußland. Der Finanzminister Witte spricht sich gegen die russische Kaufmannschaft über die Handelsvertrags-Politik aus.
31. Aug. bis 6. Sept. Deutsches Reich. Lebensgefährliche Erkrankung des Fürsten Bismarck.
31. Aug. bis 17. Okt. Die russische Kaiserfamilie hält sich in Dänemark auf.

September.

Anf. Deutsches Reich. Ueber den Tod Emin Paschas treffen sichere Nachrichten ein.
1. Großbritannien. Das Unterhaus nimmt die Homerule-Bill an.
2. Kurie. Der Papst erläßt eine Encyklika an den ungarischen Episkopat.
3. Deutsches Reich. Der Kaiser begibt sich in Begleitung des italienischen Thronfolgers zu den Manövern nach dem Elsaß und Lothringen.
4.—10. Oesterreich-Ungarn. Der Kaiser empfängt in Jaroslau und Boros-Sebes Deputationen, an die er bedeutsame Ansprachen richtet.
9. Großbritannien. Die Homerule-Bill wird vom Oberhause verworfen.
10. Schweiz. Durch Volksabstimmung wird das Recht auf Arbeit in die Schweizer Verfassung eingefügt.
11. Oesterreich-Ungarn. Der Kaiser nennt in einem Toast den Zaren seinen „teuren Freund".
12. Frankreich. General v. Miribel †.
13. Oesterreich-Ungarn. Ueber Prag und einen Teil von Böhmen wird der Ausnahme-Zustand verhängt.

16.—21. Oesterreich-Ungarn. Manöver bei Güns unter Teilnahme des Deutschen Kaisers.
19. Deutsches Reich. Zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck findet ein Depeschenwechsel statt.
28. Deutsches Reich. Der Kaiser begibt sich nach Schweden zum Besuch des Königs Oskar.

Oktober.

2. Friedensschluß zwischen Siam und Frankreich.
10. Oesterreich. Graf Taaffe bringt im Reichsrat ein Wahlgesetz ein.
13. Der Zar begrüßt ein französisches Kriegsschiff in Kopenhagen.
13.—28. Frankreich. Aufenthalt eines russischen Geschwaders in Toulon. In Paris, Lyon, Marseille und Toulon werden dem zu Ehren großartige Festlichkeiten veranstaltet. Der Zar und der Präsident Carnot wechseln freundschaftliche Telegramme.
15. Rumänien. Dem Thronfolgerpaar wird ein Sohn geboren.
17. Frankreich. Marschall Mac Mahon †.
19. Deutsches Reich. Wechsel im Kriegsministerium. An Stelle des Generals von Kaltenborn-Stachau tritt der General z. D. Bronsart von Schellendorf.
16.—19. Oesterreich. Die Polen, die deutsche Linke und die Konservativen erklären sich gegen das demokratische Wahlgesetz.
21. Deutsches Reich. Der Handelsvertrag mit Rumänien wird in Berlin unterzeichnet.
22. Deutsches Reich. König Albert von Sachsen feiert sein 50jähriges Militärjubiläum.
23.—25. Oesterreich. Debatte im Abgeordnetenhaus über das Wahlgesetz.
23.—27. Deutsches Reich. In Köln findet ein sozialdemokratischer Parteitag statt.
24. Deutsches Reich. Besuch des Erzherzog Albrecht von Oesterreich beim Kaiser.
29. Schweiz. Bei den Wahlen zum Nationalrat unterliegen die Sozialdemokraten in allen Kreisen; sonst keine wesentlichen Veränderungen.
16.—29. Großbritannien. Ein englisches Geschwader besucht Italien und wird dort festlich empfangen.
28. Oesterreich. Das Ministerium Taaffe demissioniert.
30. Nord-Amerika. Schluß der Welt-Ausstellung in Chicago.
30. Nord-Amerika. Der Senat stimmt der Abschaffung der Sherman-Bill zu.
31. Britische Kolonien. Die Engländer bekämpfen die Matabele und besetzen die Hauptstadt Buluwayo.
Ende. Kurie. Der Papst sendet der französischen Regierung einen Glückwunsch zu dem Gelingen der Russenfeste.

November.

Ende. Bulgarien. Aufdeckung eines Mordanschlages gegen den Fürsten.
11. Griechenland. Nach Demission des Ministeriums Sotiropulo bildet Trikupis ein neues.
11. Italien. Ein amtliches Dekret ordnet die Zahlung der Zollabgaben in Metallgeld an.
12. Oesterreich. Neubildung des Ministeriums durch den Fürsten Windischgrätz.
13.—14. Deutsches Reich. Großfürst und Großfürstin Wladimir von Rußland halten sich in Potsdam auf.

14. Frankreich. Eröffnung der Kammer.
15. Afrika. Deutschland schließt mit England eine Konvention betreffend das Hinterland von Kamerun.
15. Afghanistan. Schutz-Bündnis mit England.
16. Deutsches Reich. Der Kaiser eröffnet den Reichstag.
Mitte. Großbritannien. Ende des großen Kohlenstreiks unter Vermittelung Lord Roseberys.
16. Oesterreich. Italien. Der Minister Kalnocky bei König Humbert in Monza.
17. Der ehemalige Fürst von Bulgarien, Graf Hartenau † in Graz.
23. Italien. In der Kammer wird der Bericht über die Bank-Skandale verlesen. Allgemeine Entrüstung gegen das Ministerium.
24. Italien. Demission des Ministeriums Giolitti.
25. Frankreich. Fall des Ministeriums Dupuy.

Dezember.

1. Deutsches Reich. Der Reichstag beschließt die Aufhebung des Jesuitengesetzes.
1. Frankreich. Neubildung des Ministeriums durch Périer.
2. Ungarn. Das Ministerium bringt eine Vorlage über Einführung der Civilehe und andere kirchlich-politische Gegenstände ein.
8. Großbritannien. Das Unterhaus bewilligt eine Anleihe von 10 Mill. £ für Indien.
9. Frankreich. Dynamitattentat durch den Anarchisten Vaillant in der französischen Kammer.
10. Italien. Neubildung des Ministeriums durch Crispi.
11. Frankreich. In der Kammer werden Gesetzentwürfe zur Bekämpfung des Anarchismus eingebracht und binnen drei Tagen angenommen.
13. Deutsches Reich. Der rumänische Handelsvertrag wird vom Reichstag angenommen.
14. Oesterreich. Das Abgeordnetenhaus genehmigt den Prager Ausnahme-Zustand.
Mitte. Griechenland. Staatsbankerott.
Mitte und Ende. Italien. Proletarische Unruhen in Sizilien, Kalabrien und der Romagna.
19. Großbritannien. Verhandlungen im Unterhause betreffend die notwendige Verstärkung der englischen Flotte.
23. Oesterreich. In Prag wird ein Lehrling Mrva aus politischem Fanatismus ermordet.
28. Oesterreich-Ungarn. Erzherzog Albrecht empfängt den preußischen Feldmarschalls-Stab.
30. Frankreich. Schluß des Prozesses gegen die Urheber des Blutbades von Aigues Mortes. Die Angeklagten werden freigesprochen.

I.

Das Deutsche Reich und seine einzelnen Glieder.

1. Januar. Beim Neujahrsempfang der Generale hält der Kaiser eine Ansprache, worin er sich sehr scharf und in drohendem Ton gegen die Opposition, die der Militär-Vorlage gemacht wird, ausspricht; er werde diese Opposition „zerschmettern“.

7. Januar. Die „Kreuz-Zeitung“ gibt die bisherige Opposition gegen die Militär-Vorlage auf und schreibt:

„An unserm Standpunkte halten wir fest, d. h. wir sehen die von uns vertretenen Vorschläge, wie sie auf der Grundlage der dreijährigen Dienstzeit ruhen, nach wie vor als die geeignetsten an und machen daraus nicht im mindesten ein Hehl. Diximus et salvavimus animam! Wir haben unsere Schuldigkeit gethan und lehnen die Verantwortung ab, aber nach den neuesten Vorgängen müssen wir leider erkennen, daß diese unsere Auffassung zur Zeit weder parlamentarisch-politisch, noch militärisch das Maß von Unterstützung findet, dessen sie bedarf, und daß es sich aus diesem Grunde jetzt nicht mehr um das handeln kann, was an sich als das Beste erscheint: darauf vielmehr kommt es an, für das nach Lage der Dinge vergleichsweise Annehmbarste, d. h. für die unveränderte Regierungsvorlage einzutreten, damit völlig Unannehmbares ausgeschlossen werde.“

9. Januar. Dem Abg.-Hause geht der Entwurf eines Gesetzes betreffend Änderung des Wahlverfahrens zu.

§ 1. Für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten werden die Urwähler nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staats-, Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialsteuern in drei Abteilungen geteilt, und zwar in der Art, daß von der Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Urwähler fünf Zwölftel auf die erste Abteilung, vier Zwölftel auf die zweite Abteilung und drei Zwölftel auf die dritte Abteilung entfallen.

§ 2. Wo direkte Gemeindesteuern nicht erhoben werden, treten an deren Stelle die vom Staat veranlagte Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer.

§ 3. In den Stadt- und Landgemeinden, in welchen die Bildung der Wählerabteilungen für die Wahlen zur Gemeindevertretung nach dem Maßstab direkter Steuern stattfindet, werden diese Abteilungen fortan allgemein in der durch die §§ 1 und 2 für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten vorgeschriebenen Weise gebildet.

§ 4. Das Gesetz, betreffend Aenderung des Wahlverfahrens, vom 24. Juni 1891 (Gesetz-Samml. S. 231) bleibt, unter Fortfall der im § 1 Abs. 2 desselben enthaltenen zeitlichen Beschränkung in Kraft.

§ 5. Bis zum Erlaß des Wahlgesetzes werden die Bestimmungen der Artikel 71 und 115 der Verfassungsurkunde, soweit sie den vorstehenden Bestimmungen entgegenstehen, außer Kraft gesetzt.

§ 6. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündigung in Kraft, jedoch erhalten § 2 und für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten die Vorschrift des § 1, wonach bei der Bildung der Urwählerabteilungen die direkten Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialsteuern in Anrechnung zu kommen haben, erst mit dem Inkrafttreten des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern Geltung.

10. Januar. In Sigmaringen findet die Hochzeit des Prinzen-Thronfolgers von Rumänien mit der Prinzessin Marie von Edinburg statt. Kaiser Wilhelm und der König von Rumänien sind dazu anwesend.

11. Januar. Der Kaiser trifft unerwartet in Straßburg ein, läßt Alarm schlagen und hält Truppenschau auf dem Polygon.

11. Januar. (Reichstag.) Die Kommission für die Militär-Vorlage beginnt ihre Beratungen. Graf Caprivi eröffnet sie und sagt nach der „Nat.-Ztg.“:

Er rechne auf den Takt und die Vaterlandsliebe der Anwesenden bei etwaiger Verwendung seiner Mitteilungen und wolle bis an die Grenze des Möglichen in seinen Eröffnungen gehen. Der Redner beleuchtet die allgemeine politische Lage in ähnlicher Weise, wie es im Plenum geschehen. In Frankreich gähre es; ein prominenter Staatsmann sei zwar im Augenblick nicht da, doch das Entstehen einer Diktatur darum nicht ausgeschlossen. Auch er halte, wie sein Vorgänger, die Erhaltung der Republik in Frankreich für das Erwünschteste. Seit dem letzten Kriege sei die Bevölkerungsziffer Frankreichs wieder im Wachsen. Auch Rußland sei im Aufsteigen und auf absehbare Zeit sei es der mächtigste Militärstaat Europas. Eine Feindseligkeit bestehe weder zwischen den Monarchen, noch zwischen den Regierungen und den Staaten, wohl aber zwischen der öffentlichen Meinung. Der Reichskanzler erörtert sodann das Streben Rußlands nach Konstantinopel und die Möglichkeit und Chancen eines Angriffs der Russen gegen die Türkei. Man sage neuerdings, der Weg über den Balkan gehe nicht mehr allein über Wien, sondern auch durch das Brandenburger Thor. Bei der Freundschaft Frankreichs mit Rußland müsse man auf einen Krieg nach zwei Fronten gefaßt sein. Nach Beleuchtung des Verhältnisses zwischen Rußland und Frankreich hebt Graf Caprivi hervor: Die Richtschnur unsrer äußeren Politik sei und bleibe die Erhaltung der vollen Großmachtstellung Oesterreich-Ungarns. Es wäre durchaus falsch, um augenblicklicher Vorteile willen uns Rußland gegen Oesterreich zu nähern. Höchst wahrscheinlich bestehen militärische Abmachungen — für Land und Wasser — zwischen Frankreich und Rußland. Auch Dänemark sei zu berücksichtigen, wenn auch dessen König unser guter Freund ist. Die Erneuerung des Dreibundes nach dessen Ablauf ist allerdings zu hoffen, aber doch auch nicht absolut sicher. Das Bündnis mit Italien habe den Hauptzweck, die Südgrenze Oesterreichs gegen Frankreich zu sichern. An der Tüchtigkeit der österreichischen wie der italienischen Armee sei nicht zu zweifeln, wenn auch vielleicht noch organisatorische Schwächen bestehen. Unsre eigene organisatorische Schwäche kennen wir am besten, so bezüglich der so wichtigen Reservedivisionen, die nicht so leistungsfähig sein dürften, wie die französischen und russischen mit jüngerem Material. Be-

züglich der Qualität der Truppen sei eine Schätzung in Friedenszeiten schwer, doch halte er die deutschen Truppen für die besten der Welt. Was die Marine betreffe, so sei unsre Flotte der russischen allein gewachsen, aber event. seien starke französische Schiffe nach der Ostsee zu erwarten, um die Herrschaft Rußlands in der Ostsee mit faktischem Vasallentum Dänemarks zu erlangen. Im Mittelmeer sei Italien auf starke englische Unterstützung notwendig angewiesen, auch dann sei noch fraglich, wer event. siegen würde. Oesterreichs Landmacht sei für uns wesentlich wichtiger, besonders wenn Oesterreich den Kriegsschauplatz nördlich der Karpathen verlege. Graf Caprivi stützt sich bei seinen Ausführungen auf eine Denkschrift des Grafen Moltke vom Jahre 1879, deren Hauptinhalt er verliest. Er schildert dann eingehend die natürlichen Schwierigkeiten und Schwächen jeder Koalition. Der Hauptstoß der Gegner von beiden Seiten würde jedenfalls gegen uns als die stärkste Macht des Dreibundes gerichtet sein. Für uns würde erfahrungsmäßig die Offensive geboten sein, die strategische Offensive schwäche aber numerisch bedeutend und erfordert daher eine erhebliche Uebermacht. Die Anwendung der sogenannten „inneren Linie“, von der aus man abwechselnd nach beiden Seiten operiert, sei für Deutschland nicht zulässig, wir können nicht erst bis Paris gehen und dann gegen Rußland. Ebenso sei die Etablierung eines „Volkskrieges“ durch die Natur der norddeutschen Ebene unmöglich gemacht. Graf Caprivi stellt dann ausführlich die Stärkeverhältnisse der verschiedenen Armeen unter den verschiedenen möglichen Umständen einander gegenüber, aus welchen er folgert, daß Deutschland und der Dreibund in der Minorität sind. Ganz besonders sei unsre lange Ostgrenze, ohne natürliche Verteidigung, nur durch Offensive zu halten. Die russischen Kriegsvorbereitungen gehen langsam, aber stetig vorwärts. Die Politik braucht nicht nur Sieg, sie braucht schnelle Siege. Schnelle Erfolge sind auch erforderlich mit Rücksicht auf die Bundesgenossen und auf die Neutralen. Die Politik erfordert auch kurze Kriege; endlich muß die Politik wünschen, daß der Erfolg nachhaltig sei, um auf lange Jahre die Erneuerung des Kriegs zu verhüten. Alle diese Vorteile seien aber nur durch die Offensive zu erreichen. Die dazu berufenen Männer sind von der Ueberzeugung durchdrungen und erklären, daß die bisherigen Mittel nicht mehr genügen im Verhältnis zu der gewachsenen Stärke der Gegner; die verbündeten Regierungen können daher die Verantwortung mit der bisherigen Rüstung nicht übernehmen und darum haben sie die Militärvorlage an den Reichstag gebracht.

12. Januar. (Abgeordnetenhaus.) Finanzminister Miquel legt den Etat vor.

Der Etat schließt ab in Einnahme mit 1,834,490,460 ℳ, in Ausgabe im Ordinarium mit 1,844,803,207 ℳ, im Extraordinarium mit 49,294,201 ℳ, zusammen also mit 1,894,097,460 ℳ, so daß also ein Fehlbetrag von 58,600,000 ℳ zu decken bleibt. Bei dem unerfreulichen Zustande, daß wir zum ersten Male wieder genötigt sind, den Etat durch eine Anleihe zu balanzieren, müssen wir uns darüber klar werden, daß in den Betriebsverwaltungen, namentlich nach Verstaatlichung der Eisenbahnen, die eine entscheidende Stellung in unserer Finanzverwaltung einnehmen, außerordentliche Schwankungen stattgefunden haben. Der gegenwärtig vorgelegte Etat gibt ein Spiegelbild der allgemeinen gewerblichen Entwickelung. Die Eisenbahnverwaltung allein weist einen Minderertrag von 29 Millionen auf, die Bergwerksverwaltung ist veranschlagt mit einem Minderüberschuß von 3 Millionen. Daneben sind die Ueberweisungen aus dem Reiche in einem sehr starken Rückgang; es beträgt die Matrikularumlage, welche wir dem Reiche leisten müssen, 23,074,000 ℳ mehr. Bei solchen plötzlichen Einnahme-

verminderungen und bei der starken Vermehrung der Ausgaben auf der anderen Seite können die regulären Einnahmen des Staats nicht zureichen, und daraus ergibt sich, daß wir extraordinäre zur Deckung zu Hilfe nehmen müssen. Wenn wir auf die Vergangenheit zurückblicken, so finden wir in einzelnen Jahren Einnahmeschwankungen bis zu 50 Millionen Mark. Vom Jahre 1886/87 haben sich die Einnahmen aus der Eisenbahnverwaltung, wenn auch nicht außerordentlich, so doch in einem immerhin erheblichen Rückgang befunden. Daraus wird man aber die Ueberzeugung gewinnen können, daß bei Wiederaufleben der allgemeinen gewerblichen Verhältnisse auch die Einnahmen der Eisenbahnen wieder eine steigende Richtung nehmen werden. Wir werden auch erwarten müssen, daß es der Eisenbahnverwaltung gelingen wird, die Ausgaben möglichst zu vermindern und mit Wenigem möglichst viel zu leisten. (Bewegung.) Wenn ich nun zu den Ergebnissen des Jahres 1891/92 übergehe, so hat dieses ein Defizit gebracht von 44,900,000 ℳ. Die Eisenbahnverwaltung allein weist einen Minderertrag gegen den Etat auf in Höhe von 59 Millionen Mark. Diesen stehen verschiedene Mehreinnahmen gegenüber, sowie Minderausgaben, so bei den „Zuschuß“-Verwaltungen mit 2 bis 3 Millionen. — Fragen wir, wie sich das laufende Etatsjahr stellen wird, so kann ich Günstigeres nicht in Aussicht stellen. Im Gegenteil, wir werden mindestens ein ebenso großes Defizit haben. Bei den Domänen etwa 100,000 ℳ Einnahmen weniger, bei den Forsten etwa 2 Millionen Mark mehr, bei den indirekten Steuern ebenso viel weniger, bei den Bergwerken 5½ Millionen weniger und bei den Eisenbahnen 61 Millionen weniger an Ertrag! Dagegen werden die Ueberweisungen aus den Zöllen um fast 11 Millionen höher, die aus der Branntweinsteuer jedoch um 1,800,000 ℳ niedriger veranschlagt, und auch die aus der Stempelsteuer um 120,000 ℳ niedriger. Auch die Ueberweisungen an die Kommunen werden um 9,400,000 ℳ niedriger sein. Wir werden uns also in der That für das laufende Jahr auf wiederum ungünstige Resultate gefaßt machen müssen. Allerdings ist betreffs der Eisenbahnen zu bemerken, daß deren Minderüberschüsse nicht nur auf die wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen sind, sondern auch auf die Cholera. Hoffen wir, daß wenigstens dieser Grund für die Verschlechterung der Etatsergebnisse nicht wiederkehre! — In dem gegenwärtig vorgelegten Etat schlagen wir die Vermehrung der Lotterielose um 30,000 vor. Der Minister geht dann auf die einzelnen Ressortetats pro 1893/94 ein und legt u. A. dar, daß die bei der Steuerreform-Vorlage geschehene Veranschlagung der Erträge aus der lex Huene mit 24 Millionen Mark pro Jahr eher noch zu hoch, als zu niedrig gegriffen erscheine. Auch führt er aus, daß das Gesetz über die Rentengüter schon jetzt in erheblichem Umfange zur Anwendung gelangt sei. Die Generalkommission sei schon gegenwärtig im Besitz von 120,000 Hektaren. Im Einklange mit der ganzen wirtschaftlichen Lage der Industrien seien in letzter Zeit vielfach Arbeiter mit erspartem Kapital aus dem Westen nach dem Osten zurückgekehrt. Das komme dem Erwerb von Rentengütern zu Gute. Er hoffe, daß diese segensreiche Entwickelung ihren Fortgang nehmen werde. (Beifall rechts.) Auch die Aufforstung von Oedländereien, Meliorationen gerade im Osten, werde sich die Generalkommission angelegen sein lassen, und er hoffe, den einschlägigen neuen Etatsforderungen werde das Haus gern zustimmen. (Beifall rechts.) Wenn Sie, so fährt der Minister fort, das Gesamtbild des Etats ansehen, so werden Sie finden, daß dasselbe nicht erfreulich ist. Aber im wesentlichen sind die Gründe dazu nur vorübergehender Natur. Aber freilich — nur im wesentlichen. Denn es gibt da auch Gründe dauernder Natur. Wir haben bisher unsere Ausgaben zu wenig bemessen im Verhältnis zu den Einnahmen. Voraussetzung aller

Heilung ist, daß wir den Dingen müßten ins Gesicht sehen, daß wir Klarheit haben. Die Höhe der Ausgaben, ihre Steigerung, liegt nicht allein an den Betriebsverwaltungen, sondern auch in unserem Verhältnisse zum Reiche, die Gefahr liegt einerseits in den Schwankungen der Ueberschüsse unserer Betriebsverwaltungen und andererseits in den Schwankungen der Anforderungen des Reiches. Wir werden da in Bezug auf die Ueberschüsse der Betriebsverwaltungen planmäßige Organisationen schaffen müssen, welche solche Schwankungen verhindern. Das Gesetz von 1882 genügt da nicht. Und es wird zu überlegen sein, ob sich nicht auch unser Verhältnis zum Reich anders organisieren läßt. Außerdem wird man dem stetigen Drängen nach neuen nicht unbedingt notwendigen Ausgaben widerstehen müssen. Auch diesem Drängen seitens der Landesvertretung. (Zurufe links.) Man erinnert an die Militärausgaben im Reiche. Ja, aber da ist doch zu bedenken, daß die Ausgaben für die Landesverteidigung notwendig und die erste Bedingung der Existenz, die Existenz selber sind! (Beifall rechts.) Zu unserem schmerzlichen Bedauern haben wir auf die Aufbesserung der Beamtenbesoldungen in diesem Etat verzichten müssen. Dagegen sollen die Altersstufen für die mittleren und unteren Kanzleibeamten zur Einführung gelangen, was sicher von unseren Beamten mit Freuden aufgenommen werden wird. Auch soll statt der Hilfsbeamten die Zahl der etatsmäßigen Stellen erhöht werden. Es ist das ein berechtigter Anspruch der betr. Beamten, zumal nachdem wir durch die Altersversicherung für die Arbeiter gesorgt haben. Wir schlagen ihnen deshalb vor, die Stellen der Subaltern- und Kanzleibeamten stark zu vermehren. Diese Beamten sollen nach 4jähriger Dienstzeit zur definitiven Anstellung gelangen. Es wird dadurch eine große Quelle der Unzufriedenheit verstopft werden. Denn dieser Schritt, wenn er auch ein einmaliger ist, wird doch von dauernder Wirkung sein. Wir werden auch vor den höheren Beamten in dieser Beziehung nicht stehen bleiben.

12. Januar. (Karlsruhe.) Der Kaiser empfängt eine Abordnung der am Moselkanal beteiligten Interessenten und bekennt sich bei der Audienz in der Antwort als warmen Freund der Wasserstraßen.

Die Zukunft Deutschlands hänge von dem Ausbau der Wasserstraßen ab, und er glaube, daß eine große Reihe von Bahnen unterer Ordnung bei dem Vorhandensein eines geeigneten Kanalnetzes überflüssig gewesen sein würden. Er hoffe auf den Ausbau unserer Wasserstraßen, des Moselkanals, des Mittellandkanals und anderer Kanäle, umsomehr, als dadurch die Möglichkeit gegeben werde, das Getreide des Ostens zum Westen und die industriellen Erzeugnisse des Westens zum Osten auf dem Wasserwege zu bringen. Allerdings sei ja bei den einzelnen Vorhaben eine durchaus genaue Prüfung der Pläne notwendig, dieselbe werde gegenwärtig in den Ministerien vorgenommen. Er werde sich dieselben vorlegen lassen, und man könne seiner Förderung gewiß sein, wenn die Finanzlage des Staats die Verwirklichung gestatte, was er hoffe. Er vertraue zugleich, daß die Interessenten und die beteiligten Städte die Kanalvorhaben fördern würden, die Städte namentlich durch die Uebernahme der Hafenanlagekosten.

Mitte Januar. Ein schlesischer Pächter Namens Ruprecht veröffentlicht einen Aufruf, in dem es heißt:

„Wir müssen schreien, daß es das ganze Volk hört, wir müssen schreien, daß es bis in die Parlamentssäle und Ministerien dringt — wir müssen schreien, daß es bis an die Stufen des Thrones vernommen wird!

Aber wir müssen, damit unser Geschrei nicht auch wieder unbeachtet verhallt, gleichzeitig handeln. Wir müssen handeln, indem wir aufhören, was wir bis jetzt immer für selbstverständlich hielten, für die Regierung in unseren Bezirken die Wahlen zu machen; wir müssen alle Ehrenämter u. s. w. ablehnen, zu denen wir nicht gesetzlich gezwungen werden können; wir müssen es dahin bringen, daß unsere Herren Landräte nach oben berichten: In den Kreisen der Landwirte herrscht die größte Unzufriedenheit, so daß ihre früher so regierungsfreundliche Gesinnung in das Gegenteil umgeschlagen ist."

Außerdem findet sich in diesem Aufruf noch folgende Stelle:

„Ich schlage nichts mehr und nichts weniger vor, als daß wir unter die Sozialdemokraten gehen und ernstlich gegen die Regierung Front machen, ihr zeigen, daß wir nicht gewillt sind, uns weiter so schlecht behandeln zu lassen, wie bisher, und sie unsere Macht fühlen zu lassen."

Dieser Aufruf entfesselt eine große agrarische Bewegung.

18. Januar. Ende des am 30. Dezember begonnenen **Streiks** im Saarrevier; im Ganzen sind 242,209 Schichten versäumt, was einem Lohne im Betrage von 925,000 Mark entspricht.

20. Januar. Ende des am 9. Januar begonnenen **Streiks** im **Ruhrgebiet**. Der Streik bedeutet einen Verlust an Löhnen von fast einer Million Mark.

25. Januar. (**Abgeordnetenhaus**.) Bei den Verhandlungen über den Justizetat verliest der **Justizminister** eine von ihm unter dem 21. Dezember v. J. erlassene allgemeine **Verfügung**, welche die **Wahrung der Unparteilichkeit in Strafsachen** zum Gegenstande hat; dieselbe lautet:

„Die Unparteilichkeit des Richters soll sich auch in der strengen Sachlichkeit des dem Richterspruch vorausgehenden Verfahrens bethätigen. In Strafsachen, welche zu den politischen oder sozialen Parteikämpfen der Gegenwart in Beziehung stehen, ist diese Bethätigung besonders notwendig, gerade hier aber mit Schwierigkeiten verknüpft. Für den Angeschuldigten liegt in diesen Sachen die Versuchung nahe, die Verteidigungsmittel, die ihm das Gesetz der Anklage gegenüber gewährt, in der öffentlichen Verhandlung nach außen hin zu benutzen, um die Anhänger seiner Bestrebungen im Lande zu ermuthigen und zu vermehren. Es bedarf der ganzen Umsicht und Langmut des leitenden Richters, um einem solchen Verhalten gegenüber einerseits jeden Schein einer Voreingenommenheit zu vermeiden und andererseits die Verhandlung über künstlich bereitete Hemmnisse hinwegzuführen und sie von den zur Sache nicht gehörigen Erörterungen frei zu halten.

Zu der bewährten Hingebung der Gerichtsvorsitzenden darf das Vertrauen gehegt werden, daß sie sich bemühen werden, diesen Anforderungen gerecht zu werden. Ich halte es jedoch für angemessen, auf einige Gesichtspunkte hinzuweisen, deren allgemeine Beobachtung für die Leitung der strafgerichtlichen Verhandlungen von Nutzen sein wird.

Vor allem empfehle ich die strenge Handhabung der Sitzungspolizei und die Durchführung einer der Würde des Gerichts entsprechenden Redeordnung. Wenn jeder bei der Versammlung Beteiligte — die Mitglieder des Gerichtshofes nicht ausgeschlossen — erst sprechen darf, nachdem er zum Worte zugelassen ist, werden die Aergerlichkeiten vermieden, zu denen ein frei verlaufendes Wechselgespräch zu führen pflegt. Es soll damit nicht ge-

sagt werden, daß der Vorsitzende sich auf die äußere Leitung der Verhandlung zu beschränken habe. Es ist vielmehr seine Pflicht, die Wahrheit zu ermitteln, und er wird es daher nicht vermeiden können, Zeugen und Angeschuldigte auf Widersprüche, Lücken und Unwahrscheinlichkeiten hinzuweisen und andere zur Aufklärung der Sache geeignete Bemerkungen zu machen. Der Vorsitzende wird jedoch gut thun, seine Vorhaltungen in die dem Ernst der Sache gebührende Form zu kleiden und auch da, wo Anlaß zu tadelnden Bemerkungen gegeben ist, sich jeder sarkastischen Färbung derselben zu enthalten. Unter allen Umständen hat er es zu vermeiden, eine Haltung anzunehmen, welche seine persönliche Stellung zur Schuldfrage als eine bereits feststehende erscheinen läßt.

Die Sachlichkeit in der Leitung der Verhandlung muß besonders gegenüber dem Verteidiger beobachtet werden, in dessen Mitwirkung das Gericht ein wichtiges und nützliches Element der Findung materiell richtiger Entscheidungen zu erblicken hat. Aus dieser Auffassung von der Stellung des Verteidigers im Strafverfahren entspringt aber auch die Pflicht des Vorsitzenden, im Einzelfalle auf die Einhaltung der der Verteidigung gezogenen Grenzen bedacht zu sein. Insbesondere muß einem Verhalten der Verteidigung, welches die Würde des Gerichts oder die Ehre der an der Verhandlung beteiligten Personen beeinträchtigt, mit Entschiedenheit entgegengetreten werden. Im Laufe der Beweisaufnahme kann die Verteidigung Anträge und nach Maßgabe der Strafprozeßordnung Fragen stellen; es ist ihr aber nich zu gestatten, hieran Bemerkungen zu knüpfen, welche in den Schlußvortrag gehören; insbesondere ist der Verteidiger nicht befugt, bei dieser Gelegenheit die Aussagen der Zeugen und deren Glaubwürdigkeit einer Beurteilung zu unterwerfen oder durch Hereinziehung von persönlichen Verhältnissen, welche mit dem Gegenstand der Verhandlung nicht im Zusammenhange stehen, die Zeugen oder dritte Personen bloßzustellen.

Eure Hochwohlgeboren ersuche ich, diese meine Auffassungen den zu Vorsitzenden der Strafgerichte ausgewählten Richtern zur Beachtung mitzuteilen.

Mit Bestimmtheit erwarte ich, daß nur solche Justizbeamte mir zur Beförderung in Präsidenten- und Direktorenstellen in Vorschlag gebracht werden, hinsichtlich deren eine hinreichende Beobachtung ergeben hat, daß sie die zur Erfüllung jener Anforderungen erforderlichen Eigenschaften besitzen. Auch ist thunlichst darauf hinzuwirken, daß bei der gemäß § 62 des Gerichtsverfassungsgesetzes den Präsidien obliegenden Geschäftsverteilung die vorstehend angegebenen Gesichtspunkte Berücksichtigung finden."

25. Januar. (Berlin.) Vermählung der Prinzessin Margarete mit dem Prinzen Friedrich Karl von Hessen. Der russische Thronfolger ist dazu anwesend.

26. Januar. Bei einem Frühstück, welches der Großfürst-Thronfolger beim Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiment Nr. 1 einnimmt, bringt der Kaiser folgenden Toast aus:

Gestatten Eure Kaiserliche Hoheit, daß Ich als ältester Kamerad des Regiments, altem Herkommen gemäß, das erste Glas auf Eurer Kaiserlichen Hoheit Allerdurchlauchtigsten Herrn Vater leere. Uns allen hier beim Regiment sind noch die gnädigen Worte in lebendiger Erinnerung, mit welchen Seine Majestät der Zar Sein Regiment beglückte bei Seinem Besuch im Jahre 1889. Die vielfachen Gnadenbezeugungen und das rege Interesse, welches Seine Majestät Seinem Regiment allezeit gewährt hat, sowie die freundschaftliche Anteilnahme an den festlichen Ereignissen Meines Hauses,

welche in der Sendung Eurer Kaiserlichen Hoheit zu der eben stattgehabten Feier gipfelte, verpflichten Mich zu wärmstem Danke. Wir alle sehen in Ihrem Kaiserlichen Vater nicht nur den hohen Chef des Regiments, nicht nur unsern vornehmsten Kameraden, sondern vor allem den Träger altbewährter monarchischer Traditionen, oft erwiesener Freundschaft und inniger Bande intimer Beziehungen zu Meinen Erlauchten Vorgängern, deren Erfüllung in früheren Zeiten russische sowohl wie preußische Regimenter auf dem Schlachtfeld vorm Feinde mit ihrem Blute besiegelten. Erheben Sie die Gläser und rufen Sie aus vollstem Herzen: Seine Majestät der Zar Hurrah!

Hierauf erwidert der Großfürst-Thronfolger:

Ich danke Eurer Majestät für die warmen Worte, welche Sie soeben auf Meinen Vater gesprochen haben, und trinke auf das Wohl Eurer Majestät. Hurrah!

Ich trinke auf das Wohl unseres braven Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiments. Es lebe hoch!

Zeitungsnachrichten, die von anderer Seite wieder bestritten werden, sagen, der Großfürst habe die Mitteilung gemacht, es existiere kein russisch-französisches Bündnis.

27. Januar. Graf Waldersee und mehrere andere Generale sprechen bei der Gelegenheit des Kaiser-Toastes zu Gunsten der Militär-Vorlage.

28. Januar—17. Februar. (Reichstag.) Große sozialpolitische und wirtschaftspolitische Debatten. Vom 3.—8. Februar handeln sie wesentlich vom sozialistischen Zukunftsstaat; nachher von dem russischen Handelsvertrag, den Handelsverträgen überhaupt und der Not der Landwirtschaft im Besonderen.

30. Januar. Dankerlaß des Kaisers.

Im Anschluß an die freudige Feier der Vermählung Meiner geliebten Schwester, der Prinzessin Margarete von Preußen, hat sich Mein diesjähriger Geburtstag durch die Anwesenheit vieler, Meinem Herzen nahestehenden Erlauchten Fürstlichkeiten zu einem besonders frohen Feste gestaltet. Die herrlichste Freude aber, welche Mir aus Anlaß dieser festlichen Tage geworden, bilden die Kundgebungen der Treue und Anhänglichkeit Meines Volkes, welche Mir in den mannigfaltigsten Formen und in ungewöhnlich großer Fülle aus allen Gauen des Reichs und auch von außerhalb wohnenden Deutschen zugegangen sind. Vor allem hat es Meinem Herzen wohlgethan, so häufig dem Ausdruck einer opferbereiten Vaterlandsliebe und des Vertrauens in Meine auf des Vaterlandes Sicherheit gerichteten Bestrebungen begegnet zu sein, wodurch Meine Zuversicht bestärkt wird, daß diesen Meinen Bemühungen unter Gottes gnädiger Führung der Erfolg nicht fehlen werde. Ich bezeuge daher gern auf diesem Wege allen, welche Meiner an Meinem Geburtstage so liebevoll gedacht haben, daß der Zweck ihrer Aufmerksamkeiten, Meine Festesfreude zu erhöhen, in vollkommener Weise erreicht worden ist und Ich Mich zu wärmstem Danke verbunden fühle.

Ich ersuche Sie, diesen Erlaß alsbald zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Berlin, den 30. Januar 1893.

Wilhelm I. R.

An den Reichskanzler.

14.—16. Februar. (Berlin.) Auch im Abgeordnetenhaus Debatten über den russischen Handelsvertrag und heftige Angriffe der Agrarier auf die Regierung.

16. Februar. Vereidigung der Marinerekruten in Wilhelmshafen in Gegenwart des Kaisers.

18. Februar. (Berlin.) Konstituierende Versammlung des Bundes Deutscher Landwirte in Tivoli. Vorsitzender: v. Plötz. (Vgl. Mitte Januar.) Das Programm lautet:

„Die deutsche Landwirtschaft ist das erste und bedeutendste Gewerbe, die festeste Stütze des Reiches und der Einzelstaaten. Dieselbe zu schützen und zu kräftigen ist unsere erste und ernsteste Aufgabe, weil durch das Blühen und Gedeihen der Landwirtschaft die Wohlfahrt aller anderen Berufszweige gesichert ist. Wir fordern daher

1. genügenden Zollschutz für die Erzeugnisse der Landwirtschaft und deren Nebengewerbe,

2. deshalb keinerlei Ermäßigung der bestehenden Zölle, keine Handelsverträge mit Rußland und anderen Ländern, welche die Herabsetzung der deutschen landwirtschaftlichen Zölle zur Folge haben, und eine entsprechende Regelung unseres Verhältnisses zu Amerika.

3. Schonung der landwirtschaftlichen, besonders der bäuerlichen Nebengewerbe in steuerlicher Beziehung.

4. Absperrung der Vieheinfuhr aus seuchenverdächtigen Ländern.

5. Einführung der Doppelwährung als wirksamsten Schutz gegen den Rückgang des Preises der landwirtschaftlichen Erzeugnisse.

6. Gesetzlich geregelte Vertretung der Landwirtschaft durch Bildung von Landwirtschaftskammern.

7. Anderweitige Regelung der Gesetzgebung über den Unterstützungswohnsitz, die Freizügigkeit und den Kontraktbruch der Arbeiter.

8. Revision der Arbeiterschutz-Gesetzgebung, Beseitigung des Markenzwanges und Verbilligung der Verwaltung.

9. Schärfere staatliche Beaufsichtigung der Produktenbörse, um eine willkürliche, Landwirtschaft und Konsum gleichmäßig schädigende Preisbildung zu verhindern.

10. Ausbildung des privaten und öffentlichen Rechtes, auch der Verschuldungsformen des Grundbesitzes und der Heimstättengesetzgebung auf Grundlage des deutschen Rechtsbewußtseins, damit den Interessen von Grundbesitz und Landwirtschaft besser wie bisher genügt wird.

11. Möglichste Entlastung der ländlichen Organe der Selbstverwaltung."

Der Deutsche Bauernbund und der Verein der Steuer- und Wirtschaftsreformer schließen sich dem Bund der Landwirte an.

20. Februar. (Barmen.) Große Protestversammlung gegen die Wiederzulassung der Jesuiten in Deutschland.

20. Februar. In München wird die silberne Hochzeit des Prinzen und der Prinzessin Ludwig gefeiert.

21. Februar. (Berlin: Abg.-Haus.) Abg. Porsch (Zentr.) greift die Irreligiosität der Professoren an. Er sagt u. a.:

Es gibt thatsächlich Leute, die glauben, es gereiche ihnen zum Ruhme,

wenn sie auf Grund ihrer Forschungen dazu kommen, die Existenz des dreieinigen Gottes zu leugnen. Ueber den Umfang dieser antichristlichen Gesinnung auf den Universitäten habe ich nicht gesprochen. Wenn ein Dozent in einem wissenschaftlichen Buche ausführen kann, daß die Christianisierung der Germanen und Franken der Moral dieser Völker nachteilig gewesen sei, welchen Eindruck muß das auf gläubige Zuhörer machen? In Bonn hat ein Professor gesagt, daß auch für das Christentum der Monotheismus gelten müsse. Ein anderer liberaler Professor behauptet sogar, daß die Schöpfungsgeschichte, der Sündenfall u. s. w. nicht zu glauben seien, da diese Dinge der Wissenschaft widersprechen. Sogar der Geh. Rat Wiese hat in seinen Lebenserinnerungen zu der Frage des Apostolikums eine unentschiedene Stellung eingenommen. Und doch klagt auch Wiese über den Unglauben der Gymnasialdirektoren und Lehrer. Vorläufig liegt in diesem Unglauben noch keine Gefahr für das Staatsleben, aber wie wird das erst werden, wenn die Sozialdemokratie mehr Eingang findet? Die Sozialdemokraten stützen sich auf die Forschungsergebnisse von Feuerbach, Strauß und Renan. In den antichristlichen Verbindungen, wie den Vereinen für ethische Kultur, spielen darwinistische Professoren und Sozialdemokraten nebeneinander die Hauptrollen. Ich will nach keiner Richtung hin die Freiheit der Wissenschaft bekämpfen, aber ich will, daß die Regierung ebenso wie dem Unglauben Raum gegeben wird, auch für die Gläubigen in ausreichendem Maße sorgt.

22. Februar. Bei der Nachwahl in Olpe (für den verstorbenen Abg. Reichensperger) wird gegen den offiziellen Kandidaten des Zentrums der ultramontane Redakteur Fusangel in Bochum aufgestellt. Gegen diesen ergeht folgende Erklärung:

„Die Vorstände des Zentrums im deutschen Reichstag und im preußischen Haus der Abgeordneten können nicht dazu schweigen, daß ein Kandidat fürs Zentrum Gegensätze, welche den politischen Absichten und Wünschen der Widersacher rechts und links willkommen wären, als ausgemachte Sache hinnimmt und einen linken von einem rechten Flügel der Partei hier draußen unterscheidet; sie dürfen dem Aufkommen von Kandidaturen eines sogenannten rechten oder eines sogenannten linken Flügels der Partei, an Stelle des Zentrums schlechtweg, nicht unthätig zusehen. Vielmehr müßten dieselben, zumal inzwischen seitens eines Vereins in Fredeburg die Aeußerung der Fraktion im Drahtwege verlangt ist, im Einvernehmen mit beiden Fraktionen hiermit aufs Bestimmteste erklären:

Wir lehnen die Unterscheidung zwischen einem sogenannten rechten und einem sogenannten linken Flügel des Zentrums, sowohl für das Land, als für den Reichstag und den Landtag ab.

Wer eine andere Stellung nimmt, tritt damit außerhalb des Zentrums und kann als Kandidat des Zentrums unsererseits nicht anerkannt werden.“

22. Februar. Der Kaiser empfängt in Gegenwart des Präsidenten des Staats-Ministeriums und des Ministers für Landwirtschaft eine Abordnung der landwirtschaftlichen Zentralvereine der östlichen Provinzen, welche beauftragt war, mittelst einer Denkschrift die Wünsche der Landwirtschaft zur Kenntnis zu bringen und um deren Förderung zu bitten. v. Below-Saleske überreicht die Denkschrift mit nachstehender Ansprache:

Eurer Majestät danken wir alleruntertḥänigst, daß es uns vergönnt ist, uns dieser Stelle nahen zu dürfen.

Wir kommen in schwerer Sorge wegen des Niedergangs wie wegen der Zukunft unseres landwirtschaftlichen Gewerbes, um uns ehrfurchtsvollst an Eurer Majestät landesväterliches Herz unmittelbar zu wenden.

Unsere alleruntertḥänigste Bitte geht dahin, die von uns in einer Denkschrift näher bezeichnete Sachlage huldvollst zu prüfen und unserer Wünsche mit einem machtvollen Königsworte Sich Allergnädigst annehmen zu wollen, wie dieses von Euerer Majestät Durchlauchtigsten Vorfahren glorreichen Angedenkens zum Segen des Landes wiederholt geschehen ist.

Geruhen Eure Majestät Allergnädigst die Denkschrift entgegennehmen zu wollen.

Der Kaiser erwidert hierauf:

Ich danke Ihnen, Meine Herren, daß Sie zu Mir gekommen sind und sich unmittelbar an Ihren Landesvater wenden.

Wie Mein unablässiges Streben auf das Wohl Meines Landes gerichtet ist, so ist es auch Mein Wunsch und Wille, den Schwierigkeiten und Sorgen abzuhelfen, mit welchen die Landwirtschaft, zumal in den östlichen Provinzen, zu kämpfen hat.

Die Mittel und Wege, welche hiezu einzuschlagen, sind mannigfacher Art und schwieriger Natur. Nur einer längeren Zeit wird es, auch bei voller Hingabe Meiner Regierung an die gestellte Aufgabe, gelingen, dem angestrebten Ziele näher zu kommen. Dazu bedarf es vor allem des Friedens, zu dessen Erhaltung auch Sie beitragen können, indem Sie für die Stärkung unserer Wehrkraft eintreten.

Die Wünsche, welche Sie Mir vortragen, werden von Meiner Regierung eingehend geprüft und nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Je mehr dies geschehen und das Gedeihen der Landwirtschaft gefördert werden kann, desto größer wird Meine Befriedigung sein, da die Landwirtschaft und die ackerbautreibende Bevölkerung mir besonders am Herzen liegen. Ich erblicke gleich Meinen Vorfahren in ihr, wie Ich vor drei Jahren in Königsberg auf dem Feste der Provinz ausgesprochen habe, eine Säule des Königtums, die zu erhalten und zu festigen Mir Pflicht und Freude ist, und Ich vertraue zuversichtlich, daß sie sich als solche in alter Treue allezeit bewähren wird.

Die Denkschrift lautet:

Euerer Majestät nahen sich die alleruntertḥänigsten Vorsteher der unterzeichneten landwirtschaftlichen Zentralvereine ehrfurchtsvoll in schwerer Sorge. Seit langer Zeit krankt das landwirtschaftliche Gewerbe, von einzelnen durch lokale Verhältnisse begünstigten Gegenden abgesehen, in steigendem Maße. Wir sind uns dabei bewußt, daß, soweit unsere Kapitalkraft und unsere Sorgsamkeit geht, wir den Betrieb einer rationellen Wirtschaft mit allen Kräften und nicht ohne Erfolg angestrebt haben. Wir sind uns desgleichen wohlbewußt, daß unsere sinkenden Reinerträge teils auf unabwendbare Faktoren der Produktion, wie ungünstige Witterung u. s. w., teils auf die Lage des Weltmarktes zurückgeführt werden müssen. Dem unbestrittenen Notstande unseres Gewerbes gegenüber hat Euerer Majestät hohe Staatsregierung, wie wir dankbarlichst anerkennen, vielfach den guten Willen zur Beseitigung desselben bethätigt. Dagegen bedauern wir, nach gerechter Prüfung unserer Lage, bestätigen zu sollen, daß diese guten Absichten, soweit dieselben gesetzgeberisch zum Ausdruck gelangt sind, bislang eine wesentliche Aenderung unserer bedrängten Lage nicht zur Folge gehabt

haben. Deshalb wenden an Euerer Majestät landesväterliches Herz wir uns unmittelbar mit der allerunterthänigsten Bitte, huldvollst unsere Lage zu prüfen und unserer Wünsche mit einem machtvollen Königsworte Sich allergnädigst annehmen zu wollen, wie dieses von Euerer Majestät durchlauchtigsten Vorfahren glorreichen Angedenkens zum Segen des Landes wiederholt geschehen ist. Gewiß verkennen wir nicht die große Schwierigkeit für den Monarchen, im Widerstreite der Interessen der einzelnen Berufsstände für die Gesamtheit das Richtige zu treffen. Nicht um eine Bevorzugung vor den gleichfalls berechtigten Interessen anderer Erwerbszweige bitten wir dieserhalb, sondern einzig um Schaffung des Gleichgewichts, im Sinnne ausgleichender Gerechtigkeit. Von diesem Gesichtspunkte sei uns allergnädigst gestattet, Euerer Majestät ehrfurchtsvoll unsere Sache unterbreiten zu dürfen. Die Notlage der Landwirtschaft hat sich aus dem Herabgehen der Preise, gleichzeitig mit einer sehr bedeutenden Erhöhung der Gestellungskosten, im Laufe der letzten Dezennien entwickelt und damit die statistisch erwiesene, stets steigende Verschuldung des ländlichen Grundbesitzes zur Folge gehabt. So entwickelten sich im Einzelnen für die von uns vertretene Landwirtschaft des Ostens der Monarchie folgende Schäden:

1. Die Gestellungskosten für unsere Körner kommen nach sorgfältiger Schätzung im Durchschnitt bei Weizen auf 160 *M.*, bei Roggen auf 140 *M.*, bei Hafer auf 120 *M.* per Tonne zu stehen. In den letzten zehn Jahren haben wir wiederholentlich unser Produkt unter diesen Kosten verkaufen müssen. Diesen Zustand vermag kein Gewerbe zu ertragen, ohne unterzugehen, namentlich nicht die Landwirtschaft, der gerade wegen ihrer Notlage sich das Kapital mehr und mehr entfremdet, und deren Eigenart es ausschließt, sich den wechselnden Konjunkturen anzupassen. Wir können unsere Betriebe nicht beliebig ändern, auch können wir nicht, wie die Industrie in kritischen Zeiten, unsere Produktion einschränken und die Arbeiter nach Belieben entlassen.

2. Unsere Viehzucht gab im Gegensatze zum Körnerbau eine Zeit lang verhältnismäßig gute Erträge, wenngleich die hohen Tarifsätze unserer Bahnen, die praktisch keinen Anhalt gebenden Preisfeststellungen des Berliner Viehmarktes und der zahlreiche Zwischenhandel den Produzenten nicht annähernd teilnehmen ließen an der zeitweise hohen Verwertung der gelieferten Ware. Trotzdem fand der Landwirt dabei seine Rechnung und hat in dieser verhältnismäßig günstigen Periode seine Produktionsfähigkeit derart entwickelt, daß er bei Andauer dieser Preisverhältnisse in der Lage gewesen wäre, den heimischen Bedarf vollständig zu befriedigen, unabhängig vom Auslande. Die Erreichung dieses, sowohl in volkswirtschaftlicher, wie in sanitärer Beziehung erstrebenswerten Zieles ist indessen durch die in neuerer Zeit abgeschlossenen Handelsverträge und Seuchenkonventionen vollständig verhindert worden. Soweit für vorgedachte gesetzgeberische Maßnahmen die Rücksicht auf eine billige Volksernährung von Einfluß gewesen ist, erlauben wir uns demgegenüber ehrfurchtsvollst zu bemerken, daß im allgemeinen für das Wohl der arbeitenden Klassen mehr hohe Löhne als billige Nahrungsmittel ausschlaggebend sind. Insbesondere ist bei den damaligen Lohnverhältnissen in den Arbeitszentren, speziell in Berlin, ein Notstand bezüglich der Ernährung — wie dieses vielfach behauptet worden — durch Herabgehen des Fleischkonsums nicht eingetreten. Dies erhellt u. a. daraus, daß im Deutschen Landwirtschaftsrat in der Sitzung vom 2. Februar 1892 (Sten. Ber. S. 166, 167) an der Hand thatsächlicher Verhältnisse und namentlich ohne Widerspruch der Presse berichtet wurde, daß der so allgemein beklagte Minderverbrauch an Fleisch in der Residenzstadt pro Tag und 100 Köpfe der Bevölkerung nur etwa 1 Pfd. gegenüber dem normalen Vorjahre be-

trug. Mit Einführung des amerikanischen Schweinefleisches, ferner mit der erleichterten Vieheinfuhr über die Ostgrenze fielen die Preise für Fleisch derart, daß die Schweinehaltung nicht mehr rentabel blieb. Namentlich litten hierunter der landwirtschaftliche Kleinbesitz und der Arbeiter, die im Osten Deutschlands die Aufzucht und Mästung des Schweines hauptsächlich betreiben. Haben sich auch die Preise für Schweinefleisch neuerdings infolge der schlechten Kartoffelernte des Vorjahres und der dadurch bedingten geringeren Aufzucht wieder etwas gehoben, so darf doch auf eine andauernde Besserung dieses Zustandes jetzt nicht mehr gerechnet werden. Auch die Rindviehaltung bietet, mit Ausnahme des an der Hand des Genossenschaftsgesetzes bisher noch in guter Entwickelung begriffenen Meiereiwesens, für uns eine lebhafte Sorge. Wenngleich ein Vieheinfuhrverbot noch besteht, so wurde doch im vorigen Jahre ausnahmsweise 150 Städten gestattet, über die Ostgrenze Rindvieh für ihren Fleischkonsum einzuführen. Die gleiche Erlaubnis ist 137 Städten für den Import von Schweinen gewährt. Ohne nun im einzelnen Falle den strikten Beweis erbringen zu können, daß ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dieser Lockerung des Einfuhrverbotes und der gleichzeitig damit heftig auftretenden Maul- und Klauenseuche besteht, so wird dieses doch von den Autoritäten auf dem Gebiete des Veterinärwesens übereinstimmend als sicher hingestellt. Spontan entwickelt sich die Seuche nicht, dagegen herrscht sie wegen der in der Natur der Verhältnisse liegenden unüberwindlichen Schwierigkeit der Kontrole in den östlichen Nachbarstaaten andauernd. Es ist hiernach die Schlußfolgerung gerechtfertigt, daß die Rücksicht auf den Konsum in den Städten uns eine schwere Schädigung am Nationalvermögen eingebracht hat und fortgesetzt einbringt. Sachkundige und objektive Beurteiler der Verluste aus der jetzt herrschenden Verseuchung nehmen an, daß an Geldwert innerhalb des vorigen Jahres gegen 40 Millionen Mark der Landwirtschaft verloren gingen. Hierbei sind die schweren Verluste noch gar nicht einmal eingerechnet, die dem Organismus des Milchviehs dauernd aus der Seuche erwuchsen, wie auch nicht die Schädigung unseres einstmals so ungemein blühenden Exports in das westliche Ausland. Dieser Markt ist für Deutschlands Viehzucht nach menschlichem Urteil auf sehr lange Zeit fast gänzlich verloren gegangen, eine Lücke, die den derzeitigen schweren Notstand ganz wesentlich mit begründet. Anlangend sodann die Schafzucht, die Preußens Könige in der Monarchie einst begründeten, so siecht dieselbe unaufhaltsam dahin, mit unersetzlichem Verlust für die leichten Böden und extensiven, weil kapitalarmen landwirtschaftlichen Betriebe der alten Provinzen Preußens. Der Schafbestand in Preußen betrug im Jahre 1873 noch 19,666,794 Stück, dagegen im Jahre 1883 nur 14,752,328 Stück, mithin etwa 5 Millionen weniger; eine zum mindesten gleiche Verringerung für den Zeitraum von 1883—1892 lassen die Ergebnisse der letzten Viehzählung mit Sicherheit erwarten. Die Schafzucht Deutschlands, dieser für die Landwirtschaft einst so blühende Produktionszweig, wird vernichtet durch ihre Preisgebung zu Gunsten der Interessen der deutschen Textilindustrie. Niemals ist der Anlage unserer großen Kapitalien in der Schafzucht irgend ein wirkungsvoller Schutz seitens des Staates gewährt, man hat hier unsere Interessen rücksichtslos der mit hohen Schutzzöllen allezeit arbeitenden Industrie einfach geopfert. Millionen hat die deutsche Schafzucht im Interesse der Entwickelung unserer Industrie einbüßen müssen! Mit dem Niedergange der Wollzucht warf sich die Landwirtschaft auf die Zucht von Fleischschafen und deren Mästung. Dieser Anlauf, in welchen wieder bedeutsame Kapitalien eingesetzt wurden, war wirkungslos, da kein Handelsvertrag für unseren Export sorgte und die Verseuchung Deutschlands uns überdies die Märkte des Auslandes verschloß. Weder in

Frankreich noch in England, ein ehedem so günstiges Absatzgebiet, finden wir eine Verwerthung für unser Schafvieh.

3. Unsere hauptsächlichen technischen Nebengewerbe, für den Staat die einträglichsten Einnahmequellen, leiden schwer durch die fortgesetzten Eingriffe der Gesetzgebung und die dadurch hervorgerufene Beunruhigung. Das Resultat hiervon ist, daß die Spiritus- und Zuckerfabrikation jede an ihrem Teile schwere Schäden zu verzeichnen haben. Der Weltmarkt geht der deutschen Zuckerfabrikation durch die Herabsetzung und den bevorstehenden Fortfall der Exportprämien verloren, da Frankreich, in richtiger Erkenntnis der landwirtschaftlichen Bedeutung dieses Nebengewerbes, seine Prämien erhöht hat und andere Staaten das Prämiensystem beibehalten. Für den Export von Spiritus ist uns der spanische Markt fast ganz verloren gegangen, und ist eine Wiedergewinnung desselben nach Lage der Verhältnisse nicht zu erwarten. Dieser Niedergang unseres Spiritusexports nach Spanien ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

Die deutsche Spritausfuhr nach Spanien (aus dem deutschen Zollgebiet) betrug im Jahre:

1885	51,0	Mill. Liter
1886	51,2	" "
1887	27,4	" "
1888	14,3	" "
1889	13,6	" "
1890	20,7	" "
1891	8,7	" "
1892 (11 Monate) . .	0,72	" "

Beiden Nebengewerben ist es eigen, daß sie die Nährmutter für den ländlichen Arbeiterstand und für eine blühende Maschinenindustrie sind, ganz abgesehen davon, daß, zumal auf den vielen leichten Böden des Ostens, eine Bodenrente und eine Erhaltung der ohnehin dort dünnen und armen Bevölkerung ohne intensiven Kartoffelbau nicht möglich ist.

4. Neben der darniederliegenden Rentabilität der Betriebe aus Kornbau, Viehzucht und den wesentlichen landwirtschaftlichen technischen Gewerben wird unsere Arbeit von einer weiteren Reihe schwerer Mißstände auf dem Gebiete des öffentlichen Rechts andauernd geschädigt, wenngleich dankbarlichst anerkannt wird, daß nach nahezu 30jährigen vergeblichen Bitten seitens des ländlichen Grundbesitzes Euerer Majestät hohe Regierung im Begriffe steht, die schreiende Ungerechtigkeit der Doppelbesteuerung in Preußen im Sinne ausgleichender Gerechtigkeit zu beseitigen. Insbesondere müssen wir das Fortbestehen folgender bedeutsamer Schäden auf diesem Gebiete beklagen.

a) Die östlichen Landesteile leiden besonders schwer durch die Wirkung des Unterstützungswohnsitzgesetzes, Hand in Hand mit einer schrankenlosen Freizügigkeit. Das amtliche statistische Material hat hier die härteste Benachteiligung der durch Klima und Lage ohnehin schon unter schwierigen Verhältnissen arbeitenden östlichen Provinzen, gegenüber glücklicheren Teilen Deutschlands, dargelegt, wie Euere Majestät allergnädigst aus den Verhandlungen des königlichen Landesökonomiekollegiums und des deutschen Landwirtschaftsrats zu ersehen geruhen wollen. Nach dem offiziellen Bericht über die 20. Plenarversammlung des deutschen Landwirtschaftsrats bestehen in Preußen überhaupt 47,114 Armenverbände. Von diesen Verbänden zahlen 2562 Verbände über 300 pCt. der Klassen- und Einkommensteuer an Armensteuern, während 15,363 überhaupt gar nicht zu einer Steuer herangezogen werden. Die so überaus schwer belasteten Verbände findet man aber nur im Osten der Monarchie.

In Ostpreußen zahlen von den 7604 Armenverbänden über 300 pCt. der Staatssteuern für Armenzwecke 1087 Verbände, und zwar ländliche,
in Westpreußen von 3476 Verbänden 286,
in Pommern von 3175 Verbänden 201,
in Posen von 5390 Verbänden 536,
in Brandenburg (ohne Berlin) von 5009 Verbänden 192.

Während im nordöstlichen Deutschland diese außerordentlich hohe Belastung der Armenverbände besteht, zahlen in der Provinz Sachsen, wohin unsere Landarbeiter mit Vorliebe ziehen, von 3866 Armenverbänden nur 19 über 309 pCt. ihrer bezüglichen Staatssteuern an Armenkosten. Das Unterstützungswohnsitzgesetz allein schafft diese Ungleichheit. Die östlichen Provinzen liefern die Arbeiter für die intensiven Kulturen und für die Industrie des Westens und müssen, selbst in bitterster Not, die nötigen Arbeitskräfte zu finden, dann noch für die abgezogenen Leute Jahre lang die Armenlasten tragen. Es bildet dieses Moment den Grund einer berechtigten tiefgehenden Unzufriedenheit im Osten der Monarchie.

b) In Euerer Majestät Ostseeprovinzen wird Klage darüber geführt, daß der Identitätsnachweis den Absatz des Getreide-Ueberschusses nach dem Auslande behindert und dadurch häufig eine Ueberfüllung der binnenländischen Märkte mit einheimischem Getreide und folgerichtig dessen Entwertung herbeiführt.

c) Die Frachtsätze für die Massenprodukte der Landwirtschaft sind so hohe, daß wir nur unter den erheblichsten Abzügen vom Preise unsere Produkte in die Konsumtionsgebiete bringen können. Wir sind hierbei ungünstiger wie die Industrie gestellt.

d) Die Verhältnisse an den Produktenbörsen, zumal derjenigen von Berlin, sind ganz unleidliche und schädigen sowohl Produzenten als Konsumenten, zu Gunsten einer zügellosen Spekulation. Das Brot des Volkes wird zum Spielobjekt gemacht. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Enquete versagen wir es uns, hierauf des weiteren einzugehen. Wir hoffen, daß dieselbe nicht resultatlos verlaufen, sondern die Herbeiführung gesunder Zustände anbahnen werde.

e) Die unterwertige Valuta des konkurrierenden Auslandes, die fortschreitende Entwertung des Silbers gestalten sich zu einer Ausfuhrprämie für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse fremder, unter günstigeren Bedingungen produzierender Länder. Der uns gewährte Zollschutz wird dadurch mehr oder weniger wirkungslos.

f) Der Mangel an brauchbaren landwirtschaftlichen Arbeitern steigt anhaltend, obwohl Verdienst und Lebenshaltung derselben seit Jahren sich in erheblicher Aufbesserung befinden. Unsere besten Arbeiter drängen nach den Großstädten und Industriezentren, wo sie nur allzuhäufig der Arbeitslosigkeit und der Sozialdemokratie verfallen.

Aus dieser allerunterthänigsten und gewissenhaften Darlegung der wesentlichsten Momente unseres Notstandes wollen Euere Majestät die Gnade haben, die Ursachen der steigenden Verschuldung des Grundbesitzes Sich zu erklären. Die amtliche Statistik verzeichnet in Bezug hierauf ein erschreckendes Bild, in welchem der Grundbesitz des Ostens am meisten hervortritt.

Euere Majestät wollen huldvollst geruhen, in Kürze die dringlichsten Wünsche der von uns vertretenen Zentralvereine Allergnädigst entgegenzunehmen.

1. Eine weitere Abbröckelung der Schutzzölle ist für unser schwer bedrängtes Gewerbe verhängnisvoll. Bei Abschluß neuer Handelsverträge wäre namentlich für den Export auch unserer Produkte, besonders Vieh, Spiritus und Zucker, mit demselben Nachdruck einzutreten, wie dies für den

Export der Industrie thatsächlich seitens der hohen verbündeten Regierungen geschehen ist.

2. Ein Handelsvertrag mit Rußland, auf Grundlage der Abmachungen mit Oesterreich-Ungarn, wäre für die alten preußischen Provinzen besonders schädigend. Da Rußland ein anderes, in dem Maße bequem und vorteilhaft gelegenes Absatzgebiet für seine gewaltige Ueberproduktion an Brotkorn nicht hat, als den Norden Deutschlands, würden wir bei einer Zollreduktion in erster Linie den Anprall der Konkurrenzwogen auszuhalten haben. Zumal im Hinblick auf die schwankende und bei jeder europäischen Krisis tief herabgehende russische Valuta können wir einen ermäßigten Zoll, wie er Oesterreich-Ungarn zugestanden worden ist, in seinen Wirkungen nicht ertragen. Rußlands Eisenbahnpolitik und Valutenstand hat ihm bislang gestattet, der größte Kornlieferer Deutschlands auch bei gegenwärtigem Zoll von 5 *M.* zu sein. Eine weitere Zollminderung würde der Bewilligung einer hohen Ausfuhrprämie an Rußland gleichkommen, gezahlt durch Preußens Landwirte, des Ausfalls von etwa 20 Millionen bisheriger Staatsintraden nicht zu gedenken. Vollends vernichtend würde der Abschluß eines Viehseuchen-Uebereinkommens mit Rußland uns treffen. Unsere Arbeit und großen Kapitaleinlagen zur Veredelung unseres Viehstandes wären dann fruchtlose gewesen, und neben dem direkten Schaden durch eine überwältigende Konkurrenz von Produkten der russischen extensiven Viehhaltung würde die stete Verseuchung der Viehbestände nicht von uns abzuwenden sein.

3. Eine Revision des Viehseuchengesetzes ist geboten, um, unbeschadet der Rechte der Einzelstaaten, durchgreifende Abwehr- und Bekämpfungsmaßnahmen einheitlich, von Reichs wegen, zu erlassen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß der in der Vorbereitung befindliche Gesetzentwurf diesem Bedürfnis Rechnung tragen wird.

4. Die technischen landwirtschaftlichen Nebengewerbe sind lebensfähig zu erhalten. Solange das System der Ausfuhrprämien seitens des Auslandes diesen Nebengewerben gewährt wird, hat Deutschland ebenfalls hieran festzuhalten.

5. Die Revision des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz ist im Sinne ausgleichender Gerechtigkeit endlich zu bewirken.

6. Die Frachten für Massenartikel der Landwirtschaft auf den Staatsbahnen sind mehr wie bisher nach dem Verhältnis der Selbstkosten zu ermäßigen.

7. Der weitere Ausbau des staatlichen Bahnnetzes und der Wasserstraßen ist zur Hebung der Verkehrsverhältnisse geboten. Die Subventionierung von Kleinbahnen seitens des Staates betrachten wir für die ärmeren Landesteile als eine Lebensfrage.

8. Die innere Kolonisierung im Osten ist zur Kräftigung des Wehrstandes, Seßhaftmachung des Arbeiterstandes und damit Beseitigung des Mangels an ländlichen Arbeitskräften, Erweiterung des Absatzgebietes für die Industrie und erfolgreichen Abwehr sozialdemokratischer Bestrebungen auch weiterhin zu fördern.

9. Euere Majestät wollen die Gnade haben, den dringenden Wünschen der Ostseeprovinzen entsprechend, darüber Untersuchungen anordnen zu wollen, ob die Aufhebung des Identitätsnachweises bei der Ausfuhr von Getreide ohne Schädigung anderer Interessen möglich ist.

10. Euere Majestät bitten wir endlich allerunterthänigst, durch Zusammenwirken staatlicher Organe mit denen der wirtschaftlichen Berufsstände über die Wirkungen sowohl der Valutendifferenz der Nachbarstaaten als auch der Entwertung des Silbers amtliche Erhebungen anzuordnen, um dadurch eine unparteiische Klarlegung der Einwirkung dieser Momente auf

die Preisbildung, wie damit auf die Verhältnisse des Imports und Exports zu erzielen.

An Euerer Majestät landesväterliches Herz haben wir uns mit diesen unseren Wünschen in den gegenwärtigen Nöten ebenso freimütig als ehrfurchtsvoll gewandt. Euerer Majestät huldvoller Entscheidung sehen wir mit festem Vertrauen entgegen. Das Gelübde unverbrüchlicher Treue, in der Preußens Landwirte zu allen Zeiten zu Euerer Majestät und Dero hohem Hause gestanden haben, erneuern wir. Lebhaft beklagen wir, daß in neuerer Zeit Stimmen laut geworden sind, welche einem Zweifel an diesen Gesinnungen bei Euerer Majestät Raum geben könnten und ersterben wir als

Euerer Majestät

treugehorsamste

Vorsteher der ostelbischen landwirtschaftlichen Zentralvereine.

26. Februar. (München.) Bei dem von der Hauptschützengesellschaft München anläßlich des Festschießens zur silbernen Hochzeitsfeier des Prinzen und der Prinzessin Ludwig veranstalteten Festbankett bringt Prinz Ludwig einen Toast aus, in dem er sagt:

Es hat mich gefreut, daß die hiesige Hauptschützengesellschaft, und zwar nicht nur deren hiesige, sondern auch die auswärtigen Mitglieder derselben so zahlreich gekommen sind, daß für ein innerhalb der Gesellschaft stattgefundenes Schießen eine Beteiligung stattgefunden hat, welche noch niemals gesehen worden ist. Dies ist auch ein Zeichen, daß ich in Ihren Kreisen gern gesehen werde, und ich muß sagen, ich fühle mich in Ihren Kreisen auch wohl. Es ist das eine bayerische Spezialität, wie wir hier versammelt sind: es wird kaum ein Stand, ein Beruf, auch in den Vermögensklassen, von den reichsten bis zu den ärmsten, nicht vertreten sein; das ist sehr schön, daß man hier und überall zusammenkommen kann und hier einen Eindruck gewinnt, den niemand, sei es durch Hochmut, sei es durch Vordringlichkeit, verletzt. Es ist das eine Sache, die von Fremden überall bewundert wird, von der ich wünsche, daß sie in Bayern, wie sie Jahrhunderte gedauert hat, so Jahrhunderte fortdauern möge. Zur Erinnerung an diese Tage und zugleich zur Erinnerung an die hiesigen Schützenfeste — auch an die gewöhnlichen Schießen, welche ja für Schützen das Schönste sind, denn da schießt man am besten — habe ich diesen Pokal gestiftet, und das erste Hoch aus ihm bringe ich mit dem Wunsche, daß, was Jahrhunderte geblieben ist, auch die Jahrhunderte fürder bleiben möge: das schöne Wort, das ich vom Balkon des Wittelsbacher Palais gerufen, daß, wie der König sagte: „Ich fühle mich einig mit meinem Volke", das Volk auch immer sagen möge: „Wir fühlen uns eins mit unserem königlichen Haus!" In diesem Wunsche trinke ich auf die Münchener Hauptschützengesellschaft. Sie möge blühen und gedeihen für und für! (Stürmische Hochrufe.)

27. Februar. General von Loë, als Abgesandter des Kaisers zum Jubiläum des Papstes nach Rom gesandt, wird von diesem empfangen. (Vgl. Kurie.)

1. März. (Reichstag: Kolonialdebatte.) Der Reichskanzler spricht sich in viel entschiedenerer Weise als früher für die Kolonien, namentlich Südwestafrika aus. Abg. Bamberger bekundet seine Opposition dagegen reservierter als früher.

1. März. Bei dem Festmahl des Brandenburgischen Provinziallandtages hält der Kaiser folgende Rede:

„Mein lieber Herr Oberpräsident und Sie, Meine verehrten Brandenburgischen Landsleute, empfangen Sie zunächst Meinen Dank für Ihren Wunsch, Mich in Ihrer Mitte zu sehen. Die Gesinnungen treuer Anhänglichkeit, welche in Ihrem Namen Euer Exzellenz Mir soeben ausgesprochen haben, finden in Meinem Herzen freudigen Widerhall. Es spricht aus diesen Gesinnungen das feste Vertrauen zu Ihrem Landesvater und zu Seinem Streben; der schönste Lohn, der Mir und mit Mir Meinen bewährten Räten in unserer schweren Arbeit werden kann. Es liebt die Jetztzeit, auf die Vergangenheit viel zurückzublicken, dieselbe mit dem augenblicklich Bestehenden zu vergleichen, zumeist zum Nachteil des letzteren. Wer auf eine so herrliche Vergangenheit zurückblicken kann, wie wir es — Gott sei Dank — können, der thut sehr wohl daran, um daraus zu lernen. Das nennt man in einem monarchischen Staat die Tradition. Doch nicht dazu soll sie dienen, um sich in nutzlosen Klagen zu ergehen über Menschen und Dinge, die nicht mehr sind, sondern vielmehr müssen wir uns in der Erinnerung wie in einem Quell erfrischen und, neugestählt aus ihm emporsteigend, zu lebensfrohem Thun und schaffensfreudiger Arbeit uns hinwenden. Denn würdig vor allem müssen wir uns unserer Ahnen und ihrer Leistungen erweisen. Das können wir nur, wenn wir unbeirrt auf den Bahnen weiterwandeln, die sie uns vorgezeichnet. Die hehre Gestalt unseres großen dahingegangenen Kaisers Wilhelm ist stets uns gegenwärtig mit ihren gewaltigen Erfolgen. Woher kamen dieselben? Weil Mein Großvater den unerschütterlichsten Glauben an Seinen Ihm von Gott verliehenen Beruf hatte, welchen Er mit unermüdlichem Pflichteifer verband. Zu Ihm stand die Mark, stand das ganze deutsche Vaterland. In diesen Traditionen, Meine Herren, bin Ich aufgewachsen und von Ihm erzogen; denselben Glauben habe auch Ich. Mein höchster Lohn ist daher, Tag und Nacht für Mein Volk und sein Wohl zu arbeiten. Aber Ich verhehle Mir nicht, daß es Mir niemals gelingen kann, alle Glieder Meines Volkes gleichmäßig glücklich und zufrieden zu machen. Wohl aber hoffe Ich, es dahin zu bringen, daß es Mir gelinge, einen Zustand zu schaffen, mit dem alle Die zufrieden sein können, die zufrieden sein wollen. Daß dieser Wille in Meinem Volke sich täglich kräftige, ist Mein sehnlichster Wunsch, daß alle braven deutschen Männer und vor allem auch Meine Märker mir dabei behilflich sein mögen, das ist Meine Bitte, daß unser gesamtes deutsches Vaterland an Festigkeit nach Innen und an Achtung und Respekt nach Außen dadurch gewinnen möge, das ist Meine Hoffnung. Dann darf Ich getrost aussprechen: „Wir Deutschen fürchten Gott und nichts sonst in der Welt“. Daraufhin leere Ich Mein Glas auf das Wohl Brandenburgs und unserer wackeren Märker!“

5. März. (Abgeordnetenhaus.) In namentlicher Abstimmung wird die Position der Berggewerbegerichte mit 165 gegen 96 Stimmen angenommen, indem die Deutsch-Freisinnigen, das Zentrum, die Polen, die meisten Nationalliberalen und wenige Konservative dafür, die meisten Konservativen und Freikonservativen dagegen stimmen.

7. März. In der Militär-Kommission zeigt sich der Beginn einer Spaltung unter den Deutsch-Freisinnigen. Der

Abg. Hinze nimmt einen erheblich entgegenkommenderen Standpunkt ein als der Abg. Richter.

Major Wachs gibt über die Bestimmung der 4. Bataillone folgende Auskunft:

Geht man auf die einzelnen Abschnitte des Dienstjahres näher ein, so ist es zunächst nötig, sich den Stand des Bataillons bei Beginn des Dienstjahrs im Oktober zu vergegenwärtigen. Für den eigentlichen Dienst der Kompanie stehen derselben zur Verfügung: 15 Unteroffiziere — Unteroffiziere im Bataillonsdienst als Schreiber, Kammerunteroffiziere, Zahlmeister-aspirant u. s. w. nicht gerechnet —; davon ab: 4 als Entlastung der Feldbataillone außerhalb kommandiert, 1 durchschnittlich krank, beurlaubt u. s. w., bleiben zum Dienst 10 Unteroffiziere einschließlich Feldwebel und Vizefeldwebel. An Mannschaften — nicht gerechnet Spielleute und Lazaretgehilfen — verfügt die Kompanie über 79, und zwar 40 Rekruten, 39 im 2. Dienstjahr; davon ab: 28 kommandiert im Bataillonsdienst und zur Entlastung der Feldbataillone außerhalb, so daß im Winter, abgesehen von den Rekruten, 11 ausgebildete Mannschaften zu eigenen Dienstzwecken, als z. B. Hilfslehrer bei der Rekrutenausbildung u. s. w., verbleiben. Es dürfte hiernach der Beweis geliefert sein, daß eher ein Mehr als ein Weniger an Mannschaften für die 4. Bataillone in Frage kommen konnte, umsomehr als der Etat von 195, will man noch einen Rest ausgebildeter Leute im Winter zurückbehalten, diese Entlastung der Feldbataillone in der Zahl der außerhalb kommandierten Gemeinen nicht in der vollen Höhe von 42, sondern nur bis zu rund 30 Gemeinen zuläßt. Da das Lehrerpersonal zahlreich, so wird die Rekrutenausbildung, selbst bei der im Interesse der Feldbataillone — Nachersatz — verstärkten Rekrutenquote, Schwierigkeiten nicht bieten; wohl aber werden die 4. Bataillone schon in dieser Periode, in der mehr wie bisher die Weiterbildung des 2. Jahrgangs bei den Feldbataillonen in den Vordergrund tritt und treten muß, soll die Ausbildung eben eine intensivere sein, das Mittel für eine kriegstüchtige Ausbildung der Feldbataillone gewähren. Anders liegt die Sache, wenn nach beendeter Ausbildung der Rekruten die Ausbildung der Truppe als solcher — Kompanie, Bataillon und, höher hinauf, Teilnahme an den Herbstübungen — in Frage kommt, doch auch hier ist das vierte Bataillon besser gestellt, als man hier und dort anzunehmen geneigt ist, ja der Sommerdienst wird sich bei diesen neuesten Formationen gewiß nicht weniger lehrreich und anregend, als bei den Feldbataillonen abspielen. Mit der Beendigung der Rekrutenausbildung wachsen den Kompanien je 40 Mann hinzu, so daß dieselben in der Stärke von je 10 Unteroffizieren und rund 50 Mann zu einer Kompanie vereinigt mit Erfolg in das Kompanie-Exerzieren eintreten können. Da die Chargen — wie schon angeführt — zahlreich vorhanden sind, so kann nebenbei das 4. Bataillon ohne Beeinträchtigung seiner eigenen Zwecke Abkommandierungen zu weiteren den Feldbataillonen zu gute kommenden Entlastungszwecken (Ausbildung der am 1. April einzustellenden Einjährig-Freiwilligen u. s. w.) eintreten lassen. Mit Beendigung des Kompanie-Exerzierens rückt die Zeit der Uebungen des Beurlaubtenstandes heran. Dieselben geben nicht nur durch deren volle Uebernahme auf das 4. Bataillon den Feldbataillonen für die wichtige Sommerperiode mit ihrer Ausbildung im Felddienst, im Schießen in größeren Verbänden, den Uebungen mit anderen Waffen auf den großen Truppenübungsplätzen u. s. w. völlig freie Hand zur eigenen Ausbildung, sondern sie bieten auch die erwünschte Gelegenheit, die 4. Bataillone in dieser Zeit zu den verschiedenen Ausbildungszwecken entsprechend

zu verstärken, eventuell in dieser Formation auch mit zu den Herbstübungen zu nehmen. Auf diese Weise gewinnen die Uebungen des Beurlaubtenstandes nicht nur an Wert, sondern es wird auch die Last beseitigt, die bisher diese Uebungen für die Truppe waren. Anlangend die Verwendung der 4. Bataillone im Mobilmachungsfall, so ist kein Uebelstand bei den jährlichen Mobilmachungsarbeiten mehr hervorgetreten als der, daß uns für die Massen-Neuformationen, welche die Infanterie naturgemäß im Kriege aufstellen muß, jeder Stamm fehlt. Alle, die mit solchen Sachen zu thun haben, empfinden dieses in jedem Jahre von neuem als eine der bedenklichsten Lücken in unsrer zeitigen Organisation, und jeder, der im Kriege solchen Formationen angehört hat, wird am besten den Wert zu würdigen wissen, welchen ein schon im Frieden bestehender Rahmen für Neuformationen abgibt, die vielleicht zugleich mit den Linientruppenteilen berufen sind, dem Feinde entgegenzutreten. Ist es auch nicht viel, was die 4. Bataillone bieten, so sind es doch der Bataillons-Kommandeur, 2 Kompanie-Chefs, der Adjutant, mehrere Kompanie-Offiziere und eine Anzahl erfahrener Unteroffiziere, die nicht nur in Bezug auf die sofortige Verwendbarkeit derartiger Formationen, sondern auch mit Rücksicht auf die Entlastung der bestehenden Bataillone an Abgaben von einer Bedeutung sind, welche erst die weitere Diskussion über die Ausrückestärken in das rechte Licht setzen wird.

8. März. (Karlsruhe). Die Minister Turban und Ellstätter treten in den Ruhestand.

8. März. In der Militär-Kommission gibt der Reichskanzler folgende Erklärung ab:

Es sei allgemein anerkannt, daß die Vorlage ein durchdachtes Ganze bilde. Die Vertreter der verbündeten Regierungen hätten schon formal gar keine Berechtigung, davon etwas aufzugeben. Sie glaubten, aufs bereitwilligste jede mögliche Auskunft gegeben und die Mitglieder der Kommission zu einem eigenen Urteil darüber befähigt zu haben, ob und was ihnen etwa mehr oder weniger richtig erscheine. Er habe den Antrag des Grafen Ballestrem, der auf eine solche Information abgezielt habe und bisher den Verhandlungen der Kommission zu Grunde gelegt worden sei, für sehr zweckmäßig gehalten. Bisher hätten nur zwei bestimmte Ansichten Ausdruck erhalten; was dazwischen liege, sei nicht zu einer präziseren Formulierung gediehen. Die eine klar ausgesprochene Ansicht sei die in der Reichsvorlage niedergelegte, die andere sei die der Abgg. Richter und Dr. Lieber, dahingehend, daß die gegenwärtige Friedenspräsenzstärke nicht überschritten werden solle. Diesen letzteren Standpunkt habe er schon öfter als für die verbündeten Regierungen unannehmbar bezeichnet, weil er dem der verbündeten Regierungen schroff gegenüberstehe. Diese könnten nicht darauf eingehen, daß die Sicherung der Zukunft Deutschlands an den Mindestfordernden in Entreprise gegeben werde; sie glaubten sich zu dem Wunsche berechtigt, daß ihre Vorlage im einzelnen durchberaten werde.

8. März. (Reichstag.) Beim Marine-Etat sagt der Reichskanzler Graf Caprivi:

Ich glaube, denjenigen Herren, die meine Amtsführung als Chef der Admiralität von dem Standpunkt dieses Hauses zu sehen und zu beurteilen in der Lage gewesen sind, nicht als Marineenthusiast verdächtig zu sein. Ich habe immer auf dem Standpunkte gestanden: Die Marine muß in engen Grenzen gehalten werden, so eng, als unsere Verhältnisse es zulassen. Sie wird, wenn es sich darum handelt, ob der Armee oder der

Marine zugelegt werden soll, meist den kürzeren ziehen; aber ich habe auf der anderen Seite keinen Augenblick verkannt, und verkenne auch heute nicht, was die Kriegführung zur See Deutschland im entscheidenden Augenblicke wert sein kann. Ich habe in den verschiedenen Denkschriften, die ich und mein Amtsvorgänger, der General v. Stosch, Ihnen vorgelegt haben, immer festgehalten und, soviel ich weiß, ist das heute noch der Standpunkt der Marineverwaltung, daß wir unsere Marine auf die Defensive, auf die Verteidigung organisieren müssen. Defensive und Offensive sind Worte, die, wie die Erfahrung bei der Militärvorlage gezeigt hat, vielfach mißverstanden und im falschen Sinne gedeutet werden, weil sie, je nach dem Standpunkt, von dem aus sie gebraucht werden: politisch, strategisch oder taktisch, einen sehr verschiedenen Sinn haben können. Ein Schiff kann sich nicht taktisch defensiv schlagen, sondern nur offensiv; aber eine Flotte kann sich strategisch defensiv schlagen, indem sie nicht den Feind in seinen Gewässern aufsucht, sondern indem sie in den heimischen Gewässern bleibt und das heimatliche Land zu schützen sucht. Das ist, glaube ich, die Aufgabe unserer Flotte.

Wenn wir aber im Schifffersatzbau, im Ersatz für Schiffe, deren Hinfälligkeit und Abgängigkeit mit absoluter Sicherheit in wenigen Jahren vorher zu sehen ist, zu sparsam werden, so wird es mir zweifelhaft, ob die Marine dieser Aufgabe, unsere Küste zu schützen, noch gewachsen sein wird. Man hat ja davon gesprochen, daß die Küste zu Lande geschützt werden könne. Man muß sich erst darüber einigen: Was heißt das, die Küste schützen? Zweifellos kann man sie vom Lande aus schützen: man kann hindern, daß die Feinde landen, oder, wenn sie gelandet sind, kann man sie schlagen und ins Wasser werfen, vorausgesetzt, daß man über eine hinreichende Zahl von Landtruppen verfügt. Es gibt Lagen, wo man dem Feinde gern eine Prämie gäbe, wenn er bei uns landete; denn eine solche Landung ist ein sehr prekäres Unternehmen und setzt einen so verzweifelten Entschluß voraus, daß ich nicht glaube, daß sich jemand leicht zu einer Landung im großen Stile entschließen wird. Er kann unsere Küste benagen, er kann Städte brandschatzen, bombardieren; aber größere Truppenkörper landen und damit einen entscheidenden Einfluß auf den Ausgang des Krieges üben, wird sehr schwer halten und würde Deutschland gegenüber nur dann möglich sein, wenn wir am Lande so erheblich geschlagen wären, daß der Feind einen Ueberschuß an Kräften hat, oder wenn er von Haus aus so viel stärker in seiner Organisation wäre, daß ihm am ersten Mobilmachungstage ein Ueberschuß zu Gebote steht, den er dann, wie es anfänglich 1870 in Frankreich geplant war, an eine unserer Küsten werfen kann. Also wir können unsere Küste zu Lande schützen, und wir würden von diesem Standpunkte aus, wenn unser Landheer stark genug ist, nichts von der Marine zu erwarten brauchen. Aber das ist nicht alles, was man im gewöhnlichen Leben unter „Schutz der Küste" versteht. Man versteht darunter auch den Schutz unserer Handelsstädte und unseres Handels, und das ist keine gleichgültige Frage. (Sehr wahr! rechts.) Um diesen Handel schützen zu können, müssen wir eine feindliche Blockade von uns fernhalten.

Es liegt dem hohen Hause wieder ein Antrag vor, der darauf abzielt, durch internationale Vereinbarungen das Privateigentum auf See zu schützen. Ich stehe diesem Antrage noch heute genau so gegenüber, wie im vorigen Jahre. Ich glaube nicht, daß er ausführbar ist, weil ich der Ueberzeugung bin, daß derjenige, dem im Kriege die Verletzung feindlichen Eigentums vorteilhaft ist, wenn er stark genug ist, sich keinen Augenblick genieren wird, dazu zu schreiten. Wie können wir nun aber unsere Küste vor Blockade schützen? Wie können wir es machen, daß unser Handel, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, während des Krieges weitergeht? Das ist

an den Küsten selbst im wesentlichen nur zu machen durch gepanzerte Schiffe und Fahrzeuge und Torpedoboote, auf hoher See durch Kreuzer. Man kann nicht mehr wie in alten Zeiten ganze Flotten, die mit Getreide kommen, durch Schiffe konvoyieren und eskortieren, sondern man muß durch eigene Kreuzer die des Feindes aufsuchen und sie zu vernichten suchen, um dann den eigenen Schiffen den freien Weg über den Ozean zu bereiten. Wir sind für den Kriegsfall in dieser Beziehung, namentlich wenn wir an einen Krieg gegen Westen denken, in einer schwierigen Lage. Was bei uns eingeführt werden soll und über den atlantischen Ozean kommt, muß entweder den Kanal passieren oder nördlich um England herumgehen. Einer an Kreuzern überlegenen feindlichen Flotte würde es nicht schwer sein, unseren Schiffen den Kanal zu sperren. Es würde ihr wahrscheinlich auch nicht schwer sein, den Weg über dem Nordende von Schottland so zu beobachten, daß die Passage für unsere Schiffe eine schwierige wird. Wir werden also immer darauf angewiesen bleiben, zunächst unsere Küsten durch Panzer und durch Torpedoboote schützen zu müssen, um den Schiffen, die nun durch den Kanal oder um das Nordende von England gekommen sind, wenn sie sich unseren Küsten nähern, den Eingang in unsere Häfen offen zu halten. Wir brauchen also die Panzer nicht, um auf Abenteuer auszugehen, sondern um unsere Existenz während eines Landkrieges zu sichern; denn, wenn wir während eines Krieges auf einen Import nicht mehr rechnen können, kann unsere Existenz schwer bedroht sein. Ich halte es nicht für wahrscheinlich, daß unter einigermaßen normalen Verhältnissen und bei unserer heutigen Bevölkerungszahl wir im Kriege absolut auf den Import fremden Getreides angewiesen wären. Wir können uns beschränken. Wir können, statt Kartoffeln zu brennen, Kartoffeln essen, wir würden das eine und das andere Mittel finden können, auch wenn der Krieg lange dauert. Wir würden statt Rüben Getreide bauen können, und so glaube ich, daß, wenn der Himmel nicht allzu ungünstig wäre, wir uns entweder allein, oder wenigstens im Verein mit unseren österreichischen Verbündeten würden helfen können. Aber man hat kein Recht, mit so günstigen Umständen zu rechnen. Wir können auch schlecht ernten, und diese ganze Rechnung würde fehlerhaft werden mit dem Augenblick, wo der Kriegsschauplatz auf deutschen Boden verlegt werden würde; denn dann würde das deutsche Korn nicht mehr für Deutsche reifen, sondern für die feindliche Armee. Wir würden unsere eigenen Krieger nicht mehr von fremdem Korn nähren können, sondern von dem Korn, das auf dem Reste deutschen Bodens, der uns verblieben ist, wachsen möchte. Wir werden also gut thun, unsere Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit zu richten, in die wir versetzt werden können, unsere Häfen, entweder ganz oder wenigstens den einen oder anderen, blockadefrei zu halten, um den Import zu ermöglichen — nicht allein aber den Import von Getreide, was allerdings unter Umständen ja das Wesentlichste ist und für den Ausgang des Krieges bedingend und entscheidend werden kann, sondern auch den Import von anderen Waren. Wir brauchen Rohstoffe, um unsere Fabriken im Stand zu halten, wir brauchen Kolonialwaren, wir sind verwöhnter wie unsere Väter und Großväter, die zur Zeit der Kontinentalsperre mit Eichelkaffee sich begnügten, wir würden eine Menge Dinge schwer entbehren; nicht bloß, weil uns jene Artikel fehlen würden, sondern weil Handel und Wandel dadurch aufs Tiefste geschädigt würden. Ich kann meine Ueberzeugung nur dahin aussprechen, daß, um während eines Krieges das Landheer leistungsfähig, die Steuerzahler, die überhaupt noch Steuern zahlen, steuerfähig zu erhalten, wir danach streben müssen, die Blockade von unseren Küsten fernzuhalten. Und um das zu können, können wir der Panzerschiffe, der Kreuzer und Torpedoboote nicht entbehren. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

10. März. Abstimmung in der Militär-Kommission. Die Abstimmung beginnt mit § 2.

Für 710 Bataillone Infanterie stimmten Nationalliberale, Konservative und Freikonservative, im ganzen neun Kommissionsmitglieder; dasselbe Resultat ergab die Abstimmung über die 484 Batterien und die 21 Trainbataillone. Dieselben wurden also abgelehnt. Desgleichen wurden abgelehnt die 477 Eskadronen, die 37 Bataillone Fußartillerie und die 24 Bataillone Pioniere mit allen gegen die sechs Stimmen der konservativen und freikonservativen Kommissionsmitglieder. Nach der Abstimmung über § 2 erklärte Abg. v. Bennigsen, die Nationalliberalen könnten die geforderte Heeresverstärkung aus wirtschaftlichen Rücksichten nicht bewilligen; die Regierung solle sich mit 50 Millionen Mehrkosten begnügen. Abg. Richter beantragt, die Friedenspräsenz mit 486,983 Mann für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis zum 31. März 1895 festzusetzen unter der Voraussetzung der zweijährigen Dienstzeit. Abg. Lieber lehnt Namens des Zentrums sowohl den Regierungsvorschlag als die Anträge Bennigsens und Richters ab. Der Reichskanzler Graf v. Caprivi erklärt, die Regierungen seien zum Entgegenkommen gegenüber geeigneten Vorschlägen bereit, aber der Vorschlag der Beibehaltung der bisherigen Friedenspräsenzstärke sei ganz unannehmbar. Bei der hierauf erfolgten Abstimmung wurde dann auch § 1 der Vorlage (die Friedenspräsenz betreffend) gegen die sechs Stimmen der Konservativen und der Reichspartei abgelehnt, ebenso der Antrag Richter gegen die fünf Stimmen der Freisinnigen und der Volkspartei. Der Antrag Bennigsen wurde zurückgezogen.

11. März. In Dresden wird eine internationale Sanitätskonferenz eröffnet.

13. März. (Berlin: Abg.-Haus.) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Änderung des Wahlverfahrens.

§ 1 lautet nach dem Beschlusse der Kommission:

„Für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten werden die Urwähler nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staats-, Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialsteuern in drei Abteilungen geteilt.

Nicht zur Anrechnung kommen hierbei die den Betrag von 2000 M. übersteigende Staatseinkommensteuer sowie die auf den Mehrbetrag dieser Steuer entfallenden Gemeindesteuerzuschläge.

Für jede nicht zur Staatseinkommensteuer veranlagte Person ist an Stelle dieser Steuer ein Betrag von drei Mark in Ansatz zu bringen.

Von der sich hiernach ergebenden Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Urwähler entfallen $^5/_{12}$ auf die erste Abteilung, $^4/_{12}$ auf die zweite Abteilung und $^3/_{12}$ auf die dritte Abteilung."

Von den Deutschfreisinnigen liegt ein Gesetzentwurf vor, wonach das Reichstagswahlrecht (das allgemeine direkte geheime Wahlrecht) für die Landtagswahl eingeführt werden soll. Für den Fall der Ablehnung beantragen die Deutschfreisinnigen:

1) Die erste Wähler-Abteilung muß mindestens ein Zehntel, die zweite zwei Zehntel aller Wahlberechtigten umfassen.

2) Die Abstimmung zu den Landtags- und Gemeindewahlen geheim stattfinden zu lassen.

Der Kommissionsantrag wird unter Ablehnung aller andern Anträge angenommen durch die Konservativen und das Zentrum,

während die meisten Freikonservativen, die Nationalliberalen, die Deutsch-Freisinnigen und die Polen dagegen stimmen.

Mitte März. Der Kaiser meldet dem König von Italien seinen Besuch an. Die Antwortsdepesche König Humberts lautet:

„Als Du mir anzeigtest, daß Ihr kommen würdet, Du und die Kaiserin, um unserer silbernen Hochzeit beizuwohnen, hast Du unsere nächste Zusammenkunft unter die Auspizien einer lieben und theueren Erinnerung gestellt, die uns Glück bringen wird. Ich danke Dir vom Grunde meines Herzens. Für Marguerita und mich wird es ein Fest sein, Dich mit Deiner Frau in Rom wiederzusehen, wo Eure Gegenwart in den Augen meines Volkes ein neues und sehr wertvolles Unterpfand der innigen Freundschaft und des Bündnisses, welches unsere Völker und unsere Kronen vereinigt, sein wird. Noch einmal Dank für diesen Beweis der Liebe und Anhänglichkeit, welcher unserem Familienfest einen solchen würdevollen Glanz verleiht. Umberto.“

Mitte März. Der kons. Reichst.-Abg. Graf Mirbach hält in Dresden eine Rede, worin er, nach eigener späterer Erklärung, ausführt:

„Bei der Frage der Programmrevision spielte die Judenfrage eine hervorragende Rolle. Um Mißverständnissen vorzubeugen, bemerke ich vorneweg, daß ich sowohl wie meine sämtlichen ostpreußischen Landsleute, welche der konservativen Partei angehören, sich durch die Fassung, welche das Programm auf diesem Gebiete erhalten hat, für durchaus gebunden erachten. Unsere besonderen Anschauungen über die Judenfrage wichen und weichen aber nicht ganz unerheblich von der vieler Gesinnungsgenossen ab. Wir hätten es lieber gesehen, wenn an jeder bezüglichen Stelle des Programms das Wort „christlich“ scharf in den Vordergrund gestellt wäre, die Juden darin keine Erwähnung erfuhren. Wir hätten damit, nach unserer Auffassung, im erweiterten Umfange zu dem christlichen Staat, zu christlichen Behörden u. s. w. Stellung genommen. Wir verkennen den berechtigten Kern der antisemitischen Bewegung durchaus nicht, halten es aber für praktisch unausführbar, mindestens für sehr schwer durchführbar, die antisemitische Bewegung in berechtigten Grenzen zu erhalten. Wir fürchten, daß jede schärfere antisemitische Bewegung, an der sich die Besitzlosen doch auch recht stark beteiligen, nicht bloß die Besitzenden, sich sehr leicht gegen jeglichen Besitz richten wird, und daß zahlreiche Antisemiten schließlich nur eine besondere Spezies von Sozialdemokraten werden. Die Zukunft wird ja lehren, ob es den antisemitischen Parteien gelingen wird, das zu vermeiden.“

Ähnlich äußert sich das „Konservative Wochenblatt“: nicht dem Freisinn, sondern den Konservativen würden die Wähler und Mandate von den Antisemiten abgewonnen.

Mitte März. (Reichstag.) Die Abgg. Freiherr v. Friesen, Freiherr v. Hammerstein und Dr. Mehnert bringen mit Unterstützung von 26 deutschkonservativen Parteigenossen den Antrag ein: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem Israeliten, die nicht Reichsangehörige sind, die Einwanderung über die Grenzen des Reichs untersagt wird.

Mitte März. Der Reichstagsabgeordnete Hinze (deutschfreis.) veröffentlicht einen „offenen Brief" an seine Wähler. In dem Briefe heißt es:

„Ich bedauere, daß eine solche Mißstimmung in den Wählern vorhanden ist, tröste mich aber hierüber mit dem Bewußtsein, durch ernste und anhaltende Arbeit zu einer besseren Erkenntnis der Bedeutung der Militärvorlage in ihren einzelnen Teilen und in ihrem endschließenden Zwecke gekommen zu sein, als vor meinem Eintritt in die Militärkommission. Der hieraus entstandenen Ueberzeugung habe ich offenen, ehrlichen und begründeten Ausdruck gegeben. Wenn ich nun in dieser meiner Ueberzeugung mich nicht im Einklang befinde mit einem Teile meiner parlamentarischen Fraktionsgenossen und mit den Parteigenossen des Fürstentums, so befinde ich mich doch in vollstem Einklange mit dem Programm der deutschfreisinnigen Partei, auf welches hin ich die Ehre hatte, mich um das Mandat des Wahlkreises zu bewerben und dasselbe auch zu erhalten. Der Artikel V. des Programms vom 5. März 1884 lautet: „Erhaltung der vollen Wehrkraft des Volkes; volle Durchführung der allgemeinen Dienstpflicht bei möglichster Abkürzung der Dienstzeit; Feststellung der Friedenspräsenzstärke innerhalb der Legislaturperiode." Aus dem Rahmen dieses Programms, zu dessen strengster Innehaltung ich meinen Wählern gegenüber verpflichtet bin und bleibe, bin ich auch nicht um eines Haares Breite herausgetreten. Innerhalb dieses Programms aber muß ich für mich, als Abgeordneten, das Recht freier Bewegung in Anspruch nehmen dürfen. Nur hierdurch fühle ich mich in der Lage, eine feste Ueberzeugung von dem gewinnen zu können, was ich für das Wohl des gesamten Volkes und des ganzen Vaterlandes als ersprießlich, notwendig und zu schaffen auch für möglich halte. Nur in diesem Streben und feststehend auf dem weiten Boden eines entschiedenen Liberalismus, habe ich bis zur Stunde mein Mandat ausgeübt, werde in Zukunft dasselbe weiter ausüben und werde endlich zu gegebener Zeit dem gesamten ersten Wahlkreise des Großherzogtums Oldenburg gern und offen Rechenschaft über mein Verhalten ablegen."

15. März. Die „Kölnische Zeitung" bezeichnet den Beschluß des Abg.-Hauses über die Reform des Wahlverfahrens als „brutal und erbitternd". Die rheinischen Kommunen würden dadurch den Klerikalen ausgeliefert. Sie beschuldigt den Minister Miquel als den Anstifter des klerikal-konservativen Kompromisses und greift ihn in folgender Weise an:

Naturgemäß erhebt sich die Frage, in wessen Schuldbuch diese That einzutragen sei. Wir wollen versuchen, diese berechtigte Frage in aller Offenheit zu beantworten. Die nationalliberale Fraktion hat gleich nach Schluß der Kommissionsberatungen versucht, diese geschickt angelegten Machinationen des Zentrums dadurch zu vereiteln, daß sie den beiden konservativen Fraktionen anbot, gemeinsam das Wahlgesetz gegen das Zentrum zu gestalten. Die konservative Fraktion erklärte sich sofort bereit, auf diesen Weg zu gehen, ebenso die freikonservative Fraktion. In den Verhandlungen, welche daraufhin von je drei Delegierten aus den drei Fraktionen in zwei Sitzungen geführt wurden, zeigte es sich, daß sachlich Uebereinstimmung zwischen den drei Fraktionen gegen diese vom Zentrum beliebten Bestimmungen vorhanden war. Die Vertreter der konservativen Fraktion traten aber von ihrem diesem Kartell zustimmenden Standpunkt zurück, und zwar,

wie in Abgeordnetenkreisen mit aller Bestimmtheit erzählt wird, auf direkte Einwirkung des Finanzministers Miquel hin. Obschon diesem nach dem Gange, den die Kommissionsberatungen über die Steuergesetzentwürfe genommen, zugesichert werden konnte, daß die Vorlagen von den Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen, also mit einer ganz überwiegenden Mehrheit nach der Kommissionsfassung angenommen werden würden, zog er es vor, das Wahlgesetz gegen die gemäßigten Parteien des Hauses zu gestalten. So ist es gekommen, daß Konservative und Zentrum das bei dem Schulgesetz begonnene Verbrüderungsfest fortgesetzt haben, diesmal mit besserm Erfolg als damals. Wem wir nun in den Städten der Rheinprovinz, Westfalens und Schlesiens die spätere Herrschaft der Ultramontanen verdanken werden, ist nach diesem Vorkommnis leicht zu ergründen. Wir haben in der Rheinprovinz wohl ein Recht, nähere Aufklärung über diese höchst seltsamen Vorgänge zu verlangen. Hält der Finanzminister Dr. Miquel an diesem Standpunkt fest, setzt er seinen Einfluß durch, um diese Beschlüsse zum Gesetz zu erheben, so würde es ein einfaches Gebot der Selbstachtung sein, daß die Mittelparteien dieses Vorgehen mit dem Rufe beantworten „Hinweg mit ihm!“ Die Nationalliberalen müßten ihre Stellung zur preußischen Regierung einer Revision unterziehen, wenn die preußische Regierung zu dieser rohen Vergewaltigung ihre Zustimmung gäbe. Es wird Sache der Abgeordneten sein, durch eine scharfe Tonart dies der Regierung zum Bewußtsein zu bringen. Zwischen der Reichspolitik und der Regierungspolitik würde dadurch ein Gegensatz geschaffen, der geradezu unhaltbar ist. Man kann nicht in Preußen aus Liebe zu der ultramontanen Modefarbe die Mittelparteien mit ausgesuchtem Raffinement vor den Kopf stoßen, während man im Reich die Mittelparteien und die Konservativen zum Kampf für die Militärvorlage und gegen das Zentrum anruft. Hier zeigt sich, daß die höheren Interessen, welche der Reichskanzler Graf Caprivi zu vertreten hat, in einem unversöhnlichen Widerspruch zu den Machenschaften stehen, die von unterrichteten Kreisen dem Finanzminister Dr. Miquel zugeschrieben werden.

16. März. (Reichstag.) In der Militär-Kommission werden bei der zweiten Lesung die Anträge der Abgg. v. Bennigsen und Dr. Lieber überreicht.

Abg. von Bennigsen beantragt 1. in § 1 der Militärvorlage die Friedenspräsenzstärke statt auf 492,068 Mann auf 462,000 Mann festzusetzen. 2. In § 1 den Satz: „Dieser Durchschnittsstärke liegt die Voraussetzung zu Grunde, daß die Mannschaften der Fuß-Truppen im allgemeinen zu einem zweijährigen aktiven Dienst bei der Fahne herangezogen werden,“ zu streichen und dafür am Schluß des Paragraphen folgenden Satz anzufügen: „Die Mannschaften der Fußtruppen gehören dem stehenden Heere bei Fahne zwei Jahre und in der Reserve fünf Jahre an. Diese Bestimmung bleibt in Kraft, solange die Friedenspräsenzstärke nicht unter die im Abs. 1 bezeichnete Zahl herabgesetzt wird. 3. Im § 2 statt 477 Eskadrons zu setzen: 465 Eskadrons; statt 37 Bataillone Feldartillerie: 31 Bataillone und statt 24 Bataillone: 20 Bataillone. 4. Am Schlusse des § 2 folgenden Satz anzufügen: „Die unter den 711 Bataillonen befindlichen Bataillonsstämme werden nur solange formiert, als der aktive Dienst bei der Fahne für Mannschaften der Fußtruppen auf zwei Jahre festgesetzt ist.“ 5. Folgenden § 2a einzuschalten: „Die Militärverwaltung ist befugt, in der Zeit vom 1. Oktober 1893 bis dahin 1894 einen Teil der Mannschaften des dritten Jahrganges der Fußtruppen bei der Fahne zurückzubehalten.“

Abg. Dr. Lieber hat an Stelle der Regierungsvorlage einen vollständigen Gegenentwurf eingebracht. Danach lautet Art. I: Die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres an Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten wird für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis zum 30. September 1898 auf 420,031 Mann festgestellt. Die hiervon auf die Fußtruppen entfallende Zahl gilt als Jahresdurchschnittsstärke; die auf die Kavallerie und die reitende Feldartillerie kommende Zahl als Jahreshöchststärke. Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Friedenspräsenzstärke nicht in Anrechnung. Die Stellen der Unteroffiziere unterliegen in gleicher Weise wie die der Offiziere, Aerzte und Beamten, der Feststellung durch den Reichshaushaltsetat. Art. II: Für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis zum 30. September 1898 treten bezüglich der aktiven Dienstpflicht folgende Bestimmungen in Kraft: § 1. Während der Dauer der aktiven Dienstpflicht sind die Mannschaften der Kavallerie und der reitenden Artillerie die ersten drei, alle übrigen Mannschaften die ersten zwei Jahre zum ununterbrochenen Dienst bei der Fahne verpflichtet. Im Falle notwendiger Verstärkungen können auf Anordnung des Kaisers die zur Reserve zu entlassenden Mannschaften im aktiven Dienst zurückbehalten werden. Jede solche Zurückbehaltung zählt für eine Uebung. — § 2. Mannschaften, welche nach einer zweijährigen aktiven Dienstzeit zur Reserve entlassen worden sind, kann im ersten Jahre ihrer Reservepflicht die Erlaubnis zur Auswanderung auch in der Zeit, in welcher sie zum aktiven Dienst nicht einberufen sind, verweigert werden. — § 3. Mannschaften der Kavallerie und der reitenden Artillerie, welche nach erfüllter aktiver Dienstpflicht zur Landwehr übertreten, dienen in der Landwehr ersten Aufgebots nur drei Jahre. — Art. III. Im ersten Jahre nach dem Inkrafttreten vorstehender Bestimmungen können die nach zweijährigem aktiven Dienst zur Reserve bestimmten Mannschaften bis zur Beendigung der Rekrutenausbildung im aktiven Dienst wieder einberufen werden. Jede solche Zurückbehaltung oder Einberufung zählt für eine Uebung. — Art. IV und V betreffen die Außerkraftsetzung der gegenwärtig geltenden Bestimmungen, sowie die Verhältnisse in Bayern und Württemberg.

Der Abg. v. Bennigsen hält (nach dem Bericht der „Freis. Zeitung") folgende Rede:

Ich gebe die Hoffnung auf Verständigung noch nicht auf. Seit 1867 wäre es nicht das erste Mal, daß gegenüber solchen Erklärungen der Regierung über das Unentbehrliche man sich nachher doch bereit gefunden hat, wesentliches nachzulassen. Zum Unheil der Armee hat dies niemals gedient; dieselbe ist seit 25 Jahre erheblich fortentwickelt worden. Redner meint, daß der Antrag Richter dem freisinnigen Programm widerspreche in Bezug auf die Durchführung der allgemeinen Dienstpflicht. Gegen die Regierung bemerke ich: der Zugang an den Unteroffizieren in den letzten Jahren war nur die Folge der mißlichen Erwerbsverhältnisse. Abg. Richter hat die Tragweite meines Vorschlags richtig dargestellt; derselbe geht außerordentlich weit. Es ist eine notorische Thatsache, daß es in der Zentrumspartei und in der freisinnigen Partei manche Personen gibt, welche aus patriotischen oder aus anderen Gründen eine Scheu empfinden vor einem ernsthaften Konflikt mit der Regierung und einer Auflösung. Ob aber selbst diese Herren geneigt sein würden, für mehr jetzt oder in einem spätern Reichstage zu stimmen, als ich vorgeschlagen habe, bezweifle ich. Wenn aber die Regierungen einen Antrag für zulässig erachten, so hätte ich es nicht für unmöglich gehalten, noch in diesem Reichstag einen Ausgleich zu finden. Daß aber jene Herren noch über meinen Antrag hinausgehen, halte ich für gänzlich ausgeschlossen. Wenn daher die Regierungen ihre gestrigen Erklärungen

als das letzte Wort betrachten, so halte ich eine Verständigung nicht für möglich und das Scheitern der Vorlage in diesem Reichstage für besiegelt. Darüber dürfen sich die Vertreter der Regierung keinen Illusionen hingeben. Redner weist alsdann darauf hin, daß im Reiche eine Einrichtung nicht besteht wie in den Einzelstaaten, welche die notwendige Rücksicht auf die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse garantiert. Der Reichskanzler kennt bei den obersten Staatsbehörden nur Untergebene. Die Einrichtung der allgemeinen Wehrpflicht ist ein wunderbares Element der nationalen Erziehung. Militärs von besonderem Eifer und Pathos erachten es für Aufgabe, in der Ausstattung der Heereseinrichtungen das Vollständigste zu schaffen. Nur zu leicht vermischt sich alsdann in den Köpfen das Notwendige und Unentbehrliche mit dem Wünschenswerten, um so mehr, wenn der Widerstand und die Kontrolle vom finanziellen Standpunkt aus fehlt. Redner weist auf die drei Defizitjahre in Preußen hin mit einem Fehlbetrag von zusammen über 150 Millionen Mark. Die notwendigsten Aufwendungen für kulturelle Aufgaben müssen deshalb in geradezu beschämender Weise zurückgestellt werden. Der Herr Reichskanzler hat sich persönlich mit der Aufgabe der Heeresreform seit Jahren beschäftigt. Er hat große Schwierigkeiten überwunden, um alle Stellen dafür zu gewinnen. Es wäre menschlich natürlich, wenn bei einer so kolossalen militärischen Aufgabe zuletzt die militärischen Bedürfnisse stärker bei ihm in Herz und Sinn hervorgetreten sind, als es sonst bei einer mehr vergleichsweisen Betrachtung mit den anderen Staatsaufgaben der Fall wäre. Schon in regelmäßigen Zeiten werden die militärischen Forderungen bei uns mit ganz besonderem Nachdruck vertreten. Je schwieriger die Vorlage im ganzen zusammengekommen ist, desto mehr bemüht man sich, sie in ihren Einzelheiten bis zuletzt festzuhalten. Das kann man der Regierung nicht verdenken. Aber andererseits muß ich an die Reichsregierung und an die verbündeten Regierungen appellieren; wenn wir zur Auflösung gedrängt werden, so kann niemand sagen, wie es im kommenden Reichstag aussieht. Die es am besten wissen können, meinen, daß dann diese Vorlage noch viel weniger Aussicht haben wird und auch auf andern Gebieten die Opposition stärker hervortreten wird. In die Folgen wird deshalb nicht bloß der Reichstag, sondern auch die Regierung hineingezogen. Wie soll aber eine bessere Aussicht sich eröffnen auch im Falle der Auflösung, wenn die Regierung erklärt, daß an ihren großen Zahlen nicht gerüttelt werden darf? Infolge des wirtschaftlichen Niedergangs wird eine Auflösung aus vielen Gründen Unruhe und Unsicherheit bringen. Es ist eine moderne Agitation entstanden, die man früher in dieser Weise nicht kannte. Einzelne Parteien sind von innerer Zersetzung begriffen. So wird eine Auflösung ein wüstes Bild von Verwirrung und Verwilderung ergeben, wie man es früher auch bei dem schärfsten demagogischen Treiben nicht gekannt hat. In welche Stellung gerät dann die Regierung! Das ist von ebenso akuter Wichtigkeit wie ihr Verhältnis zu den auswärtigen Mächten. Freisinnige und Zentrum machen natürlich alsdann ihr jetziges Programm der Aufrechterhaltung der Friedenspräsenzstärke zum Wahlprogramm. Die Nationalliberalen acceptieren zwar den ganzen Plan, erklären ihn aber mit diesen Zahlen nicht für ausführbar innerhalb der ersten fünf Jahre. Es bleiben daher zur Unterstützung der Regierung nur übrig die Konservativen und Freikonservativen; aber deren Unterstützung wird eine sehr eigenartige sein. Es ist noch nicht lange her, daß man von dieser Seite die ganze Heeresvorlage als eine Verschlechterung der Armee bezeichnete. Nur notgedrungen und nach und nach ist man zur Annahme gekommen. Die Annäherung der Konservativen an die Regierungsvorlage ist gewachsen mit der Verringerung der Aussichten ihres Zustandekommens. (Sehr wahr! und

Heiterkeit. Widerspruch bei den Konservativen.) Nun, vielleicht ist dann das zeitliche Zusammentreffen nur ein zufälliges. Jedenfalls ist die konservative Unterstützung sehr zweifelhafter Natur, namentlich auch bei der oppositionellen Haltung der Konservativen gegenüber der Regierung auf anderen Gebieten, in Fragen der Handelsverträge, der Währung ꝛc. Ueberall dort sind die Konservativen in entschiedenster Opposition zur Regierung. Die Opposition der Konservativen ist in den letzten Wochen sogar viel heftiger geworden und hat einen persönlichen Charakter angenommen. Alles dies läßt sehr schwer erkennen, was daraus werden soll. Es sind verhängnisvolle Illusionen, wenn die verbündeten Regierungen glauben, bei solcher Unterstützung im übrigen durch ihre Autorität und Stärke eine sichere Grundlage erhalten zu können. Alles dies habe ich nur angeführt, um die Gründe zu verstärken für ein Nachgeben auf Seiten der Regierung. Recht starke Regierungen haben früher weit mehr dem Reichstage nachgegeben. Sollte es diesmal nicht der Fall sein, so erfüllt mich die Sorge, daß wir in Deutschland in ganz unabsehbare Konflikte hineintreiben, derart, daß es mir zweifelhaft wird, ob wir noch bei unseren Lebzeiten wieder in gesicherte Zustände gelangen können.

Der Reichskanzler erklärt:

Der militärische Teil des Antrags Bennigsen sei zu einer Verständigung nicht geeignet, die Militärverwaltung habe die von innen heraus aufgebauten Forderungen in drei Gruppen geteilt: I. Ausgleichsmaßregeln für die zweijährige Dienstzeit, II. Neuformationen, III. sonstige Verstärkungen. Die verbündeten Regierungen hätten eine fertige Organisation vorgelegt und man biete ihnen eine Zahl, noch dazu eine völlig ungenügende. Nicht ohne Bedenken hätten die Regierungen sich entschlossen. auf die zweijährige Dienstzeit einzugehen. Sie thaten das nur unter der Voraussetzung, daß ihnen die Mittel gegeben werden, die Nachteile dieser abgekürzten Dienstzeit unschädlich zu machen. Jetzt biete Herr v. Bennigsen weniger, als dazu nötig, und wolle der Militärverwaltung überlassen, damit auszukommen. Das sei unmöglich, ohne jene Kompensationen keine 2jährige Dienstzeit. Herr v. Bennigsen empfehle Haushalten und Sparsamkeit, das sei schön und gewiß oft zu beherzigen; hier handle es sich aber um ganz bestimmte Bedürfnisse, deren Maß nicht herabgesetzt werden könne, wenn die 2jährige Dienstzeit überhaupt ermöglicht werden solle. Man möge die übrigen, mit der 2jährigen Dienstzeit nicht zusammenhängenden Forderungen bemängeln, die Militärverwaltung habe sie so motiviert und werde darin fortfahren, man möge doch zeigen, wo Sparsamkeit geübt werden könne, bisher sei das nicht gelungen. Es sei willkürlich, wenn die Eisenbahnformationen gewährt werden sollten, Fußartillerie und Pioniere aber nicht. Die immer wiederholte Ermahnung an die Regierung, sie möge die Kosten und Lasten bedenken, sei nahezu verletzend. Eine Regierung, die das nicht thue, würde ihre Pflicht verabsäumen. Es sei im vorliegenden Fall die finanzielle Frage von Seiten der verbündeten Regierungen aufs eingehendste erwogen. Billige man deren übrigens noch gar nicht ernstlich geprüfte finanzielle Vorschläge nicht, so wären die Regierungen auch anderen nicht unzugänglich. Ueber die preußischen Finanzen habe er (der Reichskanzler) nicht zu urteilen, aber sie wären sicherlich kein Hindernis für die Durchführung der Militärvorlage. In Bezug auf die von Herrn v. Bennigsen erwähnte wirtschaftliche Depression müsse er sagen, daß ihm von sehr verschiedenen Seiten der Wunsch ausgesprochen sei: wenn nur die Militärvorlage erst durchgegangen wäre; Handel und Wandel zeigten zahlreiche Spuren beginnenden Aufschwungs, die unter der Unsicherheit über das Schicksal der Militärvorlage litten.

17. März. Militär-Kommission.

Richter (d.-freis.) führt aus, der Antrag Bennigsen bewillige 7/12 der Regierungsforderung. Daß der Reichskanzler dieses weitgehende Entgegenkommen ablehne, beweise, daß mit der gegenwärtigen Regierung in Militärfragen nicht zu paktieren sei; seine Fraktion werde nur für seinen Antrag stimmen. Der Reichskanzler weist den Vorwurf zurück, daß mit der gegenwärtigen Regierung nicht zu paktieren sei, daß die Regierung den Konstitutionalismus mißachte; habe nicht die Regierung in 28 Sitzungen bereitwilligst und ausgiebigst Rede und Antwort gestanden? Keiner der vorgebrachten militärischen Gründe sei widerlegt worden. Es sei bedauerlich, daß die Regierung beim Reichstag in politischen Fragen so wenig Unterstützung finde, sonst wäre es unmöglich, daß der Vorsitzende einer großen Partei, wo es sich um die Sicherheit Deutschlands handle, sich rein negativ verhalte. Die konf. Abgg. v. Keudell und v. d. Schulenburg treten für die Regiernngsvorlage ein. v. Bennigsen (nat.-lib.) gibt die Hoffnung auf eine Verständigung nicht auf, sei es in diesem oder in einem neuen Reichstag. Mit dem Angebot einer Verstärkung um 45,000 Mann sei die französische Friedenspräsenz übertroffen. Wenn es aber bei dem ablehnenden Standpunkt, den der Reichskanzler gestern eingenommen habe, bleibe, so sei eine Verständigung mit diesem Reichstag absolut ausgeschlossen. Leider fehle ein verantwortliches Reichsfinanzamt gegenüber der naturgemäß einseitigen Auffassung der Militärverwaltung. Werde der Reichstag jetzt aufgelöst, so werde die Demagogie das Wort haben. Reichskanzler Graf Caprivi erklärt: Die Militärvorlage dürfe nicht vom Parteistandpunkt aus behandelt werden, sondern von dem des Vaterlandes. Darum glaube er auch, daß mit der nationalliberalen Partei ein Konflikt nicht ausbrechen werde. Seine wohlerwogene Ueberzeugung sei, daß die erforderlichen Kosten aufzubringen seien. Er sei nicht der Vater der Vorlage am wenigsten in deren Einzelheiten, verteidige dieselbe aber aus vollster Ueberzeugung. Lieber (Zentr.) bemerkt, v. Bennigsen gegenüber müsse er erklären, daß alle Mitglieder des Zentrums eine Verständigung mit der Regierung ebenso dringend wünschten, wie die Nationalliberalen. Sodann erfolgte die Abstimmung. Für die Regierungsvorlage stimmen nur die 6 Konservativen, für die gestellten Anträge je die Antragsteller und ihre Fraktionsgenossen. Hinze (d.-frs.) enthält sich der Abstimmung über den Antrag Richter.

20. März. (Berlin.) Zum Präsidenten des Herrenhauses an Stelle des verstorbenen Herzogs von Ratibor wird Fürst Otto zu Stolberg-Wernigerode gewählt.

20. März. Reichstagsersatzwahl in Arnsberg-Meschede-Olpe. Im Ganzen werden 20,581 Stimmen abgegeben. Von denselben entfallen 15,131 Stimmen auf Chefredakteur Fusangel-Bochum (Zentrum) und 4729 Stimmen auf Ober-Rentmeister a. D. Böse-Münster (Zentrum), der Rest der Stimmen zersplittert sich. (Vgl. 22. Febr.)

21. März. (Reichstag.) Der Abg. Ahlwardt behauptet, daß bei der Errichtung des Reichs-Invalidenfonds sehr verkehrt verfahren sei.

„Aktenmäßig durch Unterschriften von Herren, die noch hier sitzen, und von einem Herrn, der jetzt eine hohe Stellung in der Regierung ein-

nimmt, ist nachgewiesen, daß bei anderen ähnlichen Dingen Verhandlungen der schlimmsten Art thatsächlich geführt worden sind. (Große Bewegung auf allen Seiten des Hauses; Rufe: Namen nennen!) Es ist jetzt nicht möglich, so nahe am Schlusse des Reichstages eine tagelange Debatte anzufangen. Der Name des jetzigen preußischen Finanzministers ist auch darunter. (Große Bewegung.) Es wird sich zeigen, daß von diesen Leuten das deutsche Volk um Hunderte von Millionen betrogen worden ist! Es sitzen hier auf allen Seiten Freunde des Judentums, die ihr eigenes Volk verraten! (Heiterkeit und große Unruhe. Rufe: Schluß! Herunter von der Tribüne!)

Abg. Ahlwardt sagt ferner: Bei dieser Stelle sprach ich von Angehörigen des deutschen Volkes schlechthin. Sie verraten ihr Volk an ein fremdes Volk, um von der Beute etwas abzubekommen. Ich habe das weder auf den Fürsten Bismarck noch auf die Regierung bezogen.

Abg. Richter: Ahlwardt hat behauptet, er habe elf Aktenstücke, darunter einige unterzeichnet vom Finanzminister, welche Verhandlungen der schlimmsten Art bezeugen. Wir wollen ihn zwingen, diese Behauptungen zu beweisen, sonst stehen seine Angriffe auf die Finanzverwaltung genau so da, wie diejenigen auf die Militärverwaltung. (Zustimmung auf allen Seiten des Hauses.)

Abg. Ahlwardt: Ich habe nicht von der Finanzverwaltung gesprochen. Die Originalaktenstücke werde ich gleich nach Wiedereröffnung der Sitzungen auf den Tisch des Hauses niederlegen. (Zwischenruf: Gestohlen!) Ob sie gestohlen sind oder nicht, kommt nicht in Betracht; sie sind übrigens ehrlich erworben. Meine Angriffe sind gestern und heute gleich berechtigt gewesen. (Lachen links.) Ich fürchte den Kampf nicht.

Abg. Rickert (d.-freis.) beantragt die Vertagung der Sitzung und will, daß man Ahlwardt veranlasse, die Akten schon morgen vorzulegen. Ein Vorwurf von dieser Schwere dürfe auch nicht 24 Stunden auf den verbündeten Regierungen sitzen bleiben.

Abg. Frhr. v. Manteuffel unterstützt den Antrag im Interesse der Würde des Hauses und der verbündeten Regierungen.

Das Haus beschließt einstimmig unter großer Erregung dem Antrag gemäß.

22. März. (Reichstag.) Ahlwardt erklärt einen Teil seiner Aktenstücke mitgebracht zu haben. Die ganzen Akten wägen über zwei Zentner und seien bei seinen Freunden verteilt.

Auf Antrag des Grafen Ballestrem wird die Sitzung auf eine Stunde vertagt und der Senioren-Konvent unter Zuziehung Ahlwardts beauftragt, die Aktenstücke zu prüfen.

Als Berichterstatter erklärt nach einer Stunde Graf Ballestrem, daß die Kommission einstimmig zu dem Ergebnis gekommen sei, die vorgelegten Aktenstücke enthielten nicht das geringste Belastende.

25. März. (Stuttgart: Abgeordnetenkammer.) Der Etat für den Gesandten in München wird nach längerer Debatte weiterbewilligt; der Posten in Wien hingegen trotz entschiedener Befürwortung durch die Regierung mit 43 gegen 35 Stimmen gestrichen.

Ende März. Die „Allg. Ztg." meldet, der Papst habe dem Grafen Ballestrem, der zur Gratulation nach Rom gekommen, folgende Worte als Richtschnur für die Haltung des Zentrums in der Militärfrage mitgegeben: „Unité et sagesse, surtout sagesse." Eine andere Version lautet:

„Die beiden Eckpfeiler der Stärke des Zentrums waren bisher Einigkeit und Klugheit; man wird jetzt wohl das Schwergewicht in die letztere fallen lassen müssen."

11. April. (Berlin.) Auflegung einer 3%-Anleihe von 300 Mill. (160 für das Reich, 140 für Preußen) zum Kurse 86,80.

12. April. (Südwest-Afrika.) Erstürmung von Hornkranz. Vgl. Afrika.

Mitte April. Die Zentrumsfraktion lehnt die Aufnahme Fusangels einstimmig ab.

20. April—2. Mai. Aufenthalt des Kaisers und der Kaiserin in Rom zur Feier der silbernen Hochzeit des italienischen Königspaares. Vgl. Italien.

Die „Köln. Volksztg." meldet, der Kaiser habe nach einem Frühstück bei dem Gesandten von Bülow zum Kardinal Ledochowski gesagt:

„Eminenz werden gebeten, die Vergangenheit zu vergessen; als die traurigen Ereignisse vorkamen, wußte ich nichts davon."

Auswärtigen Blättern wird dazu offiziös von Berlin geschrieben:

„Die Bemerkung an den Kardinal Ledochowski besagte dem Sinne nach, daß seiner Rückkehr nach Deutschland nichts im Wege stehe, daß er für die noch nicht verbüßten Strafen amnestiert und damit das früher Geschehene abgethan sei."

Der Reichsanzeiger schreibt:

„Die Form, welche die „Köln. Volksztg." einer an den Kardinal Grafen Ledochowski gerichteten huldvollen Aeußerung Seiner Majestät des Kaisers gibt, ist vollständig erfunden."

25. April. Die „Preußischen Jahrbücher" veröffentlichen einen Aufsehen erregenden Aufsatz des Grafen Paul v. Hoensbroech: „Mein Austritt aus dem Jesuiten-Orden".

25. April. (Reichstag.) Abg. Ahlwardt beantragt die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung seiner Aktenstücke und wiederholt seine Beschuldigungen.

29. April. (Berlin.) Der Staatssekretär des Reichsjustizamtes Hanauer †.

2. Mai. Der Kaiser in der Schweiz (s. Schweiz).

2. Mai. (Reichstag.) Die Ahlwardt-Kommission be-

richtet, daß in den vorgelegten Aktenstücken nichts Belastendes gefunden sei. Das Haus genehmigt diesen Beschluß einstimmig.

2. Mai. (Berlin.) Das Herrenhaus nimmt das Wahlgesetz nach den Vorschlägen seiner Kommission an, wonach gegenüber den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses die Steuergrenze von 2000 Mark gestrichen ist, und ferner die Zwölftelung der Wählerabteilungen beseitigt wird.

3. Mai. (Reichstag.) Zweite Beratung der Militär-Vorlage.

Neben der Regierungsvorlage liegen folgende Anträge vor.

Antrag 1. Richter: Die Friedenspräsenzstärke wie bisher auf 468,983 Mann festzustellen, aber die zweijährige Dienstzeit für die Fußtruppen unter Aenderung des Artikels 59 der Verfassung einzuführen.

2. Ein Antrag des Grafen Preysing (Antrag Lieber) will die Friedenspräsenzstärke auf 420,031 Mann (ohne Unteroffiziere) feststellen.

3. Der Antrag Huene:

Artikel I.

§ 1. Die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres an Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten wird für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis 31. März 1899 auf 479,229 Mann als Jahresdurchschnittsstärke festgestellt.

An derselben sind die Bundesstaaten mit eigener Militärverwaltung nach Maßgabe der Bevölkerungsziffer beteiligt. Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Friedenspräsenzstärke nicht in Anrechnung. Die Stellen der Unteroffiziere unterliegen in gleicher Weise wie die der Offiziere, Aerzte und Beamten der Feststellung durch den Reichshaushaltsetat. In offenen Unteroffizierstellen dürfen Gemeine nicht verpflegt werden.

§ 2. Vom 1. Oktober 1893 ab werden
die Infanterie in 538 Bataillone und 173 Halbbataillone,
die Kavallerie in 465 Eskadrons,
die Feldartillerie in 494 Batterien,
die Fußartillerie in 37 Bataillone,
die Pioniere in 24 Bataillone,
die Eisenbahntruppen in 7 Bataillone,
der Train in 21 Bataillone
formiert.

Artikel II.

Für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis zum 31. März 1899 treten bezüglich der aktiven Dienstpflicht folgende Bestimmungen in Kraft:

§ 1. Während der Dauer der aktiven Dienstpflicht sind die Mannschaften der Kavallerie und der reitenden Feldartillerie die ersten drei, alle übrigen Mannschaften die ersten zwei Jahre zum ununterbrochenen Dienst bei der Fahne verpflichtet. Im Falle notwendiger Verstärkungen können auf Anordnung des Kaisers die nach der Bestimmung des ersten Absatzes zu entlassenden Mannschaften im aktiven Dienst zurückbehalten werden. Eine solche Zurückbehaltung zählt für eine Uebung, in sinngemäßer Anwendung des letzten Absatzes des § 6 des Gesetzes, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienst, vom 9. November 1867 (Bundes-Gesetzbl. 1867 S. 131).

§ 2. Mannschaften, welche nach einer zweijährigen Dienstzeit entlassen worden sind (§ 1), kann im ersten Jahre nach ihrer Entlassung die Erlaubnis zur Auswanderung auch in der Zeit, in welcher sie zum aktiven

Dienst nicht einberufen sind, verweigert werden. Die Bestimmung des § 60 Ziffer 3 des Reichs-Militär-Gesetzes vom 2. Mai 1874 (Reichs-Gesetzbl. 1874 S. 45) findet auf die nach zweijähriger aktiver Dienstpflicht entlassenen Mannschaften keine Anwendung. Auch bedürfen diese Mannschaften keiner militärischen Genehmigung zum Wechsel des Aufenthaltes.

§ 3. Mannschaften der Kavallerie und der reitenden Feldartillerie, welche nach erfüllter aktiver Dienstpflicht zur Landwehr übertreten, dienen in der Landwehr ersten Aufgebots nur drei Jahre.

§ 4. Für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis zum 31. März 1899 werden alle früheren gesetzlichen Bestimmungen, welche denen dieses Artikels entgegenstehen, insbesondere die bezüglichen Bestimmungen des § 6 des Gesetzes, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienst, vom 9. November 1867, den Ziffern 3 und 4 des § 60 des Reichs-Militärgesetzes vom 2. Mai 1874, sowie des § 2 des Gesetzes, betreffend Aenderungen der Wehrpflicht, vom 11. Februar 1888 (Reichs-Gesetzbl. 1888 S. 11) außer Kraft gesetzt.

Artikel III.

Die Bestimmungen des Artikels II § 1, erster Absatz, finden für diejenigen Mannschaften, welche nach zweijährigem aktiven Dienst hiernach zur Entlassung zu kommen hätten, im ersten Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes keine Anwendung; jedoch zählt eine solche Zurückbehaltung für eine Uebung, desgleichen eine etwaige Einberufung während des angeführten Zeitraums.

Es folgen dann noch Artikel 4 und 5, die, den §§ 3 und 4 der Vorlage entsprechend, die Außerkraftsetzung der zur Zeit geltenden Bestimmungen und die Anwendung der neu zu treffenden auf Bayern und Württemberg behandeln.

In, dem Antrage beigefügten Bemerkungen wird dessen Bedeutung gegenüber der Regierungsvorlage dahin präzisiert:

1. Eine dauernde Herabminderung der Präsenz von rund 13,800 Mann einschließlich 1095 Unteroffiziere. Darunter befindet sich eine Herabsetzung der Oekonomiehandwerker um rund 2300 Mann, so daß die Armeeverstärkung nicht nur keine Erhöhung, sondern eine Herabsetzung des jetzigen Zustandes um ca. 800 Köpfe herbeiführt.

Ferner findet durch Nichteinstellung von rund 11,000 Gemeinen für Unteroffiziermanquements für die ersten Jahre eine entsprechende Herabminderung statt, welche frühestens im Laufe von fünf Jahren nach und nach verschwinden wird.

Endlich wird im ersten Jahre durch Entlassung der Dispositionsurlauber im bisherigen Umfange eine Minderpräsenz von 5000 Mann erfolgen.

Also im ersten Jahre eine Gesamtherabminderung von 29,800 Mann.

2. Dauernd Rekruten weniger 6500, vorübergehend 11,000, zusammen 17,500.

3. Minderkosten dauernd rund 9 Millionen; außerdem für das erste Jahr rund 4 Millionen, welche in den folgenden Jahren in ihrem Betrage entsprechend herabgemindert werden.

Endlich werden nicht unerhebliche Ersparnisse an den einmaligen Ausgaben eintreten.

Reichskanzler Graf v. Caprivi:

Nachdem Monate lang im Plenum, in der Kommission, in der Presse die Militärvorlage diskutiert worden ist, wird es kaum mehr möglich sein, etwas neues darüber zu sagen. Dagegen erscheint es mir erforderlich, die wesentlichen Gesichtspunkte, die die verbündeten Regierungen geleitet haben,

von neuem hervorzuheben; denn unter der Menge von Details, unter den heftigen Kämpfen um Einzelfragen sind die wesentlichen Gesichtspunkte vielfach in den Hintergrund getreten und verdunkelt worden. Von all den einzelnen Fragen hat keine einen so breiten Raum eingenommen, als die der zweijährigen Dienstzeit. Während auf der einen Seite gerade die Partei, in deren Geschichte und in deren Richtung es nach meinem Dafürhalten lag und liegen mußte, in dieser Frage mit den verbündeten Regierungen zu gehen, — zwar theoretisch die Notwendigkeit der zweijährigen Dienstzeit anerkannt, aber nicht gewillt war, diejenigen Konsequenzen zu ziehen, mit denen allein die verbündeten Regierungen die zweijährige Dienstzeit annehmen konnten, fanden auf der andern Seite die konservativen Parteien, die traditionell durch Jahrzehnte für die dreijährige Dienstzeit gefochten hatten, eine natürliche Schwierigkeit darin, jetzt zur zweijährigen Dienstzeit überzugehen. Ich kann im Namen der Regierungen den Konservativen nicht genug dafür danken (Bravo! rechts), daß, so lange es Konservative in Deutschland und Preußen gegeben hat, sie bei allen Fragen der Heeresverstärkung und auch in diesem Falle auf Seiten der Regierungen standen und ihre Einzelüberzeugung im Interesse des ganzen unterdrückt haben. (Lebhaftes Bravo! rechts, Heiterkeit links.)

Wenn man diese Einzelfragen ausschält und auch von der zweijährigen Dienstzeit absieht, die die verbündeten Regierungen Ihnen ja nur vorgeschlagen haben, um das große Ziel, das sie erreichen wollten, erreichbarer zu machen, so wird es sich fragen: Was war denn das wesentlichste Ziel der verbündeten Regierungen? Das war, die Wehrkraft Deutschlands zu stärken, sie in einen Zustand zu bringen, der uns nicht nötigt, von der politischen Rolle, die wir bisher eingenommen haben, abzudanken, der uns nicht nötigt, zurückzutreten in der Reihe der europäischen Mächte. Wir haben die Ueberzeugung gewonnen, daß die Wehrkraft, so wie sie jetzt liegt, nicht ausreicht.

Man entgegnet uns von der anderen Seite: sie reicht wohl aus, warum sollte sie nicht ausreichen? man stellt Berechnungen allerlei Art an und sucht uns mit Zahlen zu widerlegen. Diese Methode kann keinen oder wenigstens nicht den Erfolg haben, die verbündeten Regierungen zu überzeugen; es ist überhaupt nicht möglich, durch irgend eine Art von Exempel festzustellen, was dazu gehört, um zu siegen. Es wird immer unvermeidlich sein, daß man in diesen Fragen denjenigen, deren Beruf es ist, sich mit ihnen zu beschäftigen, ein größeres Gewicht beimißt als solchen, die nur gelegentlich und laienhaft in diese Dinge eintreten. (Hört! hört! links. Sehr gut! rechts.) Wir müssen den Anspruch erheben, daß diejenigen Männer, die nicht allein im Frieden diese Fragen zu erörtern haben, sondern die auch im Kriege mit Ehre und Reputation für das Gelingen der Aufgabe eintreten müssen, die ihnen zufällt, — daß diesen Männern ein höheres Gewicht beigelegt wird als anderen Stimmen.

Man hat uns durchfühlen lassen: Euch halten wir für keine Autorität; wenn Ihr noch Moltke und Roon wäret, wollten wir mit uns reden lassen. Ich bedauere, daß diese Männer nicht mehr an dieser Stelle stehen; denn ich bin überzeugt, sie würden noch entschiedener, noch bestimmter, noch besser, als wir es vermögen, für die Forderung eintreten, die wir heute zu vertreten haben.

Aber was haben sie denn, die Herren, die die Opposition bilden, für eine Berechtigung, an der Autorität der deutschen Generale zu zweifeln? Als die Herren von Roon und von Moltke am Anfang der sechziger Jahre die Militärvorlage vertraten, hatte der eine, soviel ich weiß, die badensche Kampagne hinter sich und der andere eine Schlacht in Kleinasien. Die

Männer, die die jetzige Vorlage vertreten, haben eine ungleich reichere Kriegserfahrung; und ich weiß nicht, was Sie berechtigen sollte, diesen Männern ein kompetentes Urteil abzusprechen. (Sehr richtig! rechts.)

Nun kann ich versichern: ich habe noch keinen General gesehen, keinen Generalstabsoffizier, dessen Aufgabe es wäre, den künftigen Krieg vorauszudenken, der der Meinung gewesen wäre, unsere Streitkräfte wären im Vergleich mit denen unserer Feinde so stark, daß wir auch nur annähernd mit derselben Sicherheit wie im Jahre 1870 in den Krieg gehen könnten. (Hört! hört! rechts.)

Ueber die Art und Weise, wie die Armee zu verstärken ist, werden sehr verschiedene Ansichten auch unter den Offizieren vertreten sein. Sie werden schweigen, sowie der Allerhöchste Kriegsherr Seine Ansicht ausgesprochen hat. Daß aber auch in der Armee die geistige Uniformität glücklicherweise nicht weit genug geht, um alles Einzeldenken zu unterdrücken, das ist zweifellos.

Aber ich wiederhole noch einmal, all' den Berechnungen gegenüber, die von jener Seite aufgemacht worden sind: nicht ein einziger General, nicht ein einziger Generalstabsoffizier, der mit seiner Thätigkeit für die Vorbereitung für den nächsten Krieg verantwortlich ist, ist der Meinung, daß die Stärke, die wir jetzt haben, hinreicht. Alle stimmen dahin überein: es ist das nicht der Fall, und wir brauchen qualitativ und quantitativ eine Verstärkung unserer Wehrkraft.

Es handelt sich nach meiner und der verbündeten Regierungen Ansicht um eine Frage von solchem Ernst und solcher Tragweite, von einer so schweren Verantwortung, wie den deutschen Reichstag vielleicht noch nie berührt hat. Es handelt sich — ich habe das, wie ich das erste Mal hier gesprochen habe, schon ausgesprochen, und mit derselben Ueberzeugung spreche ich es heute aus — um die Ehre, um das Dasein, um die Zukunft Deutschlands. (Hu! Hu! links. — Bravo! rechts.)

Und da verlangen Sie von uns, daß, weil Sie Rechenexempel entgegenstellen denjenigen Offizieren, die mit voller Ueberzeugung auf Grund ihres Wissens und Könnens behaupten: wir sind nicht stark genug — daß wir da vor Ihrer Rechenkunst zurückweichen sollen? Nein, meine Herren, da würden wir uns an Deutschland auf das schwerste versündigen! Wenn wir einmal überzeugt sind: wir brauchen eine Verstärkung, so werden die verbündeten Regierungen alle die verfassungsmäßigen Mittel, die ihnen zu Gebote stehen, anwenden, um diese Verstärkung durchzusetzen. (Lebhaftes Bravo rechts. Unruhe links.)

Warum brauchen wir nun eine Verstärkung? Zuerst wollen wir den Frieden erhalten, wir wollen die Stellung, die Deutschland bisher eingenommen hat, und die ihm die Möglichkeit gibt, für die Erhaltung des Friedens ein gewichtiges Wort einzulegen und dem Friedensstörer empfindlich zu werden, nicht aufgeben.

Man hat eingewandt: Der Reichskanzler hat selbst zugegeben, daß seit 1890 unsere politische Lage sich nicht verschlechtert habe. Das hat er, und das gibt er auch heute noch zu; aber wenn wir die Reform, die wir Ihnen vorgeschlagen haben, erst dann vorschlagen würden, wenn unsere politische Lage sich verschlechtert hat, dann würde es zu spät sein (sehr richtig! rechts), und ich habe die Besorgnis, daß, wenn Sie dieses Gesetz nicht annehmen, unsere politische Lage sich verschlechtern wird (sehr wahr! rechts), und daß Deutschland es zu bereuen haben wird, daß das Gesetz nicht angenommen worden ist. (Sehr wahr! rechts.)

Sie haben weiter gesagt: Es ist Sache der Diplomatie, für Bundesgenossen zu sorgen; mag sie danach trachten, daß abgerüstet wird, mag sie

uns den Frieden erhalten! Ja, ich weiß nicht, welche Diplomatie auf die Dauer dazu im stande wäre, ohne auf eine den Ansprüchen entsprechende Armee gestützt zu sein. Mein Herr Amtsvorgänger hat so wie ich die Ueberzeugung gehabt, daß die gegenwärtige Kriegsstärke nicht hinreiche, daß die Armee verstärkt werden müsse, und ich nehme an: Es ist niemand in diesem Hause, der den Fürsten Bismarck nicht für eine diplomatische Autorität hält, wie sie in Jahrhunderten nur selten vorkommt. (Bravo! rechts.) Sie haben keinen Anlaß, zu erwarten, daß solche Autoritäten immer an der Spitze stehen werden; es gibt vermutlich auch keine; man wird sie auch nicht immer zu finden wissen. Es wäre eine leichtfertige kriegerische Organisation, die darauf basiert wäre, daß diplomatische Phänomene immer an der Spitze unserer Geschäfte stehen. (Sehr richtig!)

Sie werden Friedrich dem Großen nicht absprechen wollen, daß er mit dem höchsten militärischen Talent diplomatisches Talent verbunden hat, und doch hat Friedrich der Große es nicht hindern können, daß er zu Zeiten gegen halb Europa in Waffen stand; seine diplomatische Kunst reichte nicht hin, sich diese Feinde vom Halse zu schaffen.

Also wir wollen den Frieden aufrecht erhalten. Können wir das aber nicht, werden wir, was Gott verhüten wolle, zum Kriege gedrängt — wir werden ihn nie suchen —, so wollen wir siegen. (Bravo! rechts.) Wir wollen nicht unterliegen, sondern wir wollen dann die Herren des Schlachtfeldes bleiben und auch nach dem Feldzug unser Geschick nicht in die Hände von Fremden legen, sondern in unseren eigenen behalten. (Bravo! rechts.)

Zum Siegen gehören Truppen, gute Truppen. Wie viel, kann kein Mensch im voraus wissen, und der Streit um Quantität und Qualität, das Untersuchen darüber, wo bei einem Menschen der Verdacht anfinge, er sei von der Zahlenwut besessen, ist müßig.

Unter den europäischen Mächten herrscht eine gewisse internationale Konkurrenz in Bezug auf die Armeestärke. Keine Macht kann sich dem entziehen; keine Macht kann abrüsten. Wenn man nicht die Gründe, die zur Rüstung geführt haben, aus der Welt schaffen kann, oder wenn man sich eben nicht das gefallen lassen will, was andere für gut halten einem zu bieten, so würde man, wenn man heute auch abrüstet, morgen doch von neuem rüsten müssen. Keine Macht kann wesentlich hinter der Kriegsstärke anderer zurückbleiben; keine Macht kann dulden, daß andere wesentlich über die eigene Kriegsstärke hinausgehen; sie wird davon in Mitleidenschaft gezogen und muß nachfolgen — denn ein Stehenbleiben auf dem inferioren Standpunkt wäre einer Abrüstung im Kleinen gleichbedeutend.

Nun sagen Sie uns: wir haben ein großes Vertrauen zur Armee, und ihr werdet nicht geschlagen werden. Ja, dieses Vertrauen zur Armee ist sehr schätzenswert; aber ich habe noch keinen Menschen gesehen, der die Garantie dafür übernehmen kann, daß man mit einer gewissen Truppenzahl unter gewissen Verhältnissen nicht geschlagen werden wird. Sie sagen uns mit anderen Worten, meine Herren: wir sind nicht geneigt, euch das zu geben, was ihr haben wollt; ihr seid eine gute Armee, wir wissen ja, ihr habt tüchtige Generale; nun siegt gefälligst billiger! Das ist eben nicht zu machen.

Man sagt: wir haben nicht allein Vertrauen zur Armee, sondern man setzt hinzu, das ganze deutsche Volk fürchtet nur Gott. Schön! Wundervoll! Aber man kann so furchtlos ins Gefecht gehen wie der erste Held der Welt und hat keine Garantie dafür, daß man nicht geschlagen wird, wenn die Waffen und die Kräfte unzureichend sind. Der Feldmarschall Moltke hat im Jahre 1870 den Krieg mit einer Ueberlegenheit angefangen, die nahezu das Doppelte derjenigen französischen Streitkräfte be-

trug, die uns beim Beginn der Campagne gegenüberstanden; und wer sich davon überzeugen will, was dieser Feldherr über den Wert der Stärke im Kriege dachte, der mag im ersten Bande des Generalstabswerks die Denkschrift nachlesen, die der Feldmarschall für die Eröffnung des Krieges entworfen hatte. Ich habe mir in der Kommission erlaubt, aus einer neun Jahre später entworfenen Denkschrift des Feldmarschalls Moltke den größten Teil — und zwar den wesentlichen ohne die Formalien — vorzulesen; darin sagt der Feldmarschall:

Einen Angriff Frankreichs abzuwehren sind wir im stande; vermöchten wir das nicht mehr aus eigenen Kräften, so könnte ein deutsches Reich auf die Dauer überhaupt nicht bestehen.

Er spricht nicht von einem Angriff, sondern er spricht von einer Abwehr; er schließt daran einen Satz, worin er über den Wert der Festungen Metz und Straßburg und den Wert des Rheins als Barrière spricht. Wir haben nicht die Absicht — und das will ich ausdrücklich bemerken, weil trotz des vielen Redens und Schreibens die Unterschiede von politischer, strategischer und taktischer Offensive und Defensive immer noch nicht ganz in das Bewußtsein größerer Teile der Bevölkerung übergegangen sind — wir haben nicht das Bestreben und werden es niemals thun, einen Krieg mit einer politischen Offensive zu beginnen, also so zu sagen vom Zaune zu brechen. Aber wir haben, unserer Tradition entsprechend, das Bedürfnis, in der Lage zu sein, einen Krieg strategisch offensiv zu beginnen, also mit anderen Worten, nicht zu warten, bis man den Krieg auf unsern Boden trägt, sondern, soweit wir es können, den Schauplatz auf feindlichen Boden zu legen. Das schließt der Feldmarschall v. Moltke hier schon aus; er sagt: wir werden abwehren können, wir werden defensiv sein können, — und er sagt das im Jahr 1879, wo der Unterschied zwischen den französischen personellen und materiellen Streitkräften und den unsrigen bei weitem nicht so groß war, wie er es heute ist.

Wir sind auf die Offensive angewiesen — nicht allein, weil sie voraussichtlich immer die wirksamste Kampfesweise ist, sondern auch, weil sie unseren Traditionen entspricht und weil sie das einzige Mittel ist, uns das zu geben, was wir bei der Natur unserer Nation, unserer wirtschaftlichen Verhältnisse bedürfen: Schnelle Erfolge, kurze Kriege und die Vermeidung sich schnell wiederholender Kriege.

Zu diesen Dingen ist es notwendig, auf dem feindlichen Boden zu stehen, den feindlichen Boden zu betreten. Ich habe den guten Glauben, den Feldmarschall Moltke im Jahre 1879 hatte, daß wir im stande sein werden, den feindlichen Angriff abzuwehren, noch heute, obwohl die Verhältnisse sich zu unseren Ungunsten verändert haben. Ob es aber noch möglich sein sollte — ich will nur nach Westen sehen, ich will nicht von zwei Fronten reden, ich will den einfachsten Fall nehmen, der denkbar ist, den Krieg gegen Frankreich — ob es da noch möglich sein sollte, die Offensive zu ergreifen, und wie weit wir sie führen können, das mag dahingestellt bleiben.

Wir haben Grenzen, die so schwierig liegen wie kaum die einer anderen Nation. Ich habe in der Kommission darüber gesprochen und habe es auch im Plenum hier schon angedeutet, ich muß es aber wiederholen; die Lage ist zu ernst. Man nimmt das zu leicht, man setzt sich über das Schicksal, was die Grenzlande und -Provinzen treffen kann, zu cavalièrement hinweg. Wir haben auf dem linken Rheinufer eine nicht abgeschlossene Grenze, an deren äußerstem Ende eine große Festung liegt; eine zweite liegt weit zurück; man mag diese schützen wie man will, so kann man doch, wie der Herr Feldmarschall von Moltke annimmt, bei der Ab-

wehr des Feindes bald in die Lage kommen, von der Barrière, die der Rhein bildet, Gebrauch machen zu müssen.

Ungleich ungünstiger liegen unsere Grenzen im Osten. Wir haben dort etwa 1000 km Grenze, die sehr weit in das Innere von Deutschland hineintritt. Diese Grenze ist durch kein Gebirge, keinen Fluß geschützt; sie liegt offen vor dem Feinde da. Kann uns denn das Schicksal dieser Grenzlande gleichgültig lassen? Kann es uns gleichgültig sein, ob Ostpreußen, Westpreußen, Posen, vielleicht Schlesien vom Feinde überschwemmt, ob sie der Kriegsschauplatz werden? Ich bin überzeugt, daß den älteren Bewohnern von Ostpreußen die Schilderungen des Winters von Friedland, von Eylau und der Schrecken, die er mit sich gebracht hat, noch erinnerlich sind. Ich rufe die Vertreter der Stadt Danzig auf: erinnert sich Danzig nicht mehr, was es bei zwei Belagerungen im Anfange des Jahrhunderts ausgehalten, in den Epidemien in der Hungers-, Feuer- und Wassersnot? Auch wenn man diese Dinge nur aus der Geschichte kennt, so ist es nicht möglich, das Schicksal solcher Provinzen im Kriegsfall auf die leichte Achsel zu nehmen. Lebhafter noch sind die Erinnerungen in der Pfalz. Zwar liegt weiter zurück die Zeit, in der sie den schwersten Drangsalen ausgesetzt war. Aber näher liegt doch jedenfalls das, was sie in sich im Jahre 1870 durchgemacht hat; sie mußte damals darauf gefaßt sein, der Kriegsschauplatz zu werden. Die Einwohner der Pfalz haben an sich die Drangsale zu kosten angefangen. Was ist natürlicher, als daß man gerade da das lebhafte Gefühl dafür hat, daß die Streitkräfte so weit verstärkt werden müssen, daß wir im stande sind, sie durch die einzige Weise, durch die wir unsere Grenze überhaupt schützen können, durch die Offensive wirksam zu machen?

Ich habe in öffentlichen Blättern über die lebhafte Agitation in der Pfalz zu Gunsten der Militärvorlage mit einem gewissen Spott sprechen sehen. Meine Herren, dazu ist kein Anlaß. Die Lage des linken Rheinufers ist ernst, und ich frage Sie, die mitgewirkt haben an der Schöpfung Deutschlands: wozu haben Sie denn Deutschland geschaffen? Sollen unsere Grenzprovinzen dem Feinde preisgegeben werden? Oder haben wir Deutschland gemacht, um ein einig Volk von Brüdern zu sein, das in Gefahr mit einander steht, um so stark zu werden, daß wir nicht bei jedem Wetterleuchten längs der Grenze in Besorgnis zu geraten brauchen? Und sehen Sie noch etwas weiter! Sind die Elsaß-Lothringer nicht auch unsere Brüder? Sind wir nicht froh und erfreut darüber, daß sie es geworden sind? — Und was sagt man ihnen nun? Wir brauchen nicht stark zu sein, um die Offensive zu führen; man hat in der Kommission mit Behagen sich auf das rechte Rheinufer zurückgezogen: wir könnten ja dahin gehen, der Rhein sei nicht leicht zu überschreiten. Ja, nennt man das Elsaß-Lothringen dem deutschen Reich gewinnen und germanisieren? Gewiß nicht! Meine Herren, die Verhandlungen, die über das Militärgesetz in einem Teil der Presse, zum teil auch in der Kommission geführt worden sind, können den Elsaß-Lothringern nur einen Schreck einjagen. Ich bin aber überzeugt: das ist nicht der Wille der deutschen Nation. Die deutsche Nation will die Elsaß-Lothringer schützen, sie will auch für diese unsere jüngsten Brüder den Säbel ziehen und mit allen Kräften eintreten. (Bravo! rechts.)

Was hat man denn an Gründen vorgebracht? Sie sind ja in der Kommission zum großen Teil erschöpfend behandelt worden. Die Gründe, die wir vorgebracht haben für die Militärvorlage, von denen ist auch nicht ein einziger widerlegt worden. Man hat uns entgegengehalten: wir wollen nicht, wir können nicht, wir haben diese oder jene äußeren Gründe. Aber sachlich sind wir nicht ein einziges Mal, nicht in einem einzigen Grunde

widerlegt. Man hat anerkannt, die Militärreform ist ein durchdachtes Projekt, gegen das sich nichts einwenden läßt, und man kam dann dazu, uns zu sagen: wir geben Euch nicht mehr, nun seht, was Ihr damit macht.

Zwei unbedeutendere sachliche Gründe konnten auch beim Schluß der Kommissionsverhandlungen noch Zweifel an der Zuverlässigkeit, an der Durchführbarkeit der Militärvorlage aufkommen lassen; das eine war die Unteroffizierfrage und das andere die Frage nach der Zahl der tauglichen Leute. Die preußische Militärverwaltung wird in der Lage sein, diese beiden Gründe auf das schlagendste zu widerlegen. Sie wird den einen widerlegen können, die Unteroffizierfrage durch einen Vergleich mit dem Jahre 1860, mit der preußischen Militärreorganisation. Sie wird nachweisen können, wie viel Unteroffiziere damals fehlten, und wie schnell sind diese Manquements gedeckt worden. Für die zweite Frage wird sie den Beweis beibringen können aus den viele Hunderte betragenden Resultaten des Ersatzgeschäfts an denjenigen Orten, wo es bisher stattgefunden hat.

Nun hat man uns die Deckungsfrage entgegengehalten, die Steuern. Man ist bis zu — ich kann mir nicht helfen — sehr krassen Uebertreibungen gegangen. Man hat ausgesprochen: wir werden, wenn diese Steuern eingeführt werden, ein Volk von Bettlern werden. Meine Herren, das glaubt Ihnen kein Wähler, dazu ist die Sache zu durchsichtig. Es ist ja klar, daß Lasten aufgelegt werden müssen, wenn die Militärvorlage durchgeführt werden soll. Es ist klar, daß sie drücken, es ist klar, daß niemand gern mehr Steuern zahlt, noch dazu, wenn ihm von jemand vorgerechnet wird, das wäre ja gar nicht nötig, das könnte man ebenso gut bleiben lassen (sehr gut! rechts), aber sicher ist, daß — und wenn wir bis zu der Frage in der Verhandlung kommen sollten, so wird es der Ort sein, das im einzelnen nachzuweisen — die hervorragendsten Volkswirtschaftslehrer mit uns einer Meinung sind darin, daß die deutsche Nation, sowohl was die Militärlast auf den Kopf der Bevölkerung als die prozentuale Militärlast im ganzen Budget angeht, geringer ist als bei fast allen Staaten, die den Anspruch machen, eine Großmacht zu sein. Wir haben Ihnen Steuern vorgeschlagen, über die ja noch nicht anders als in der ersten Beratung und sehr kursorisch debattiert worden ist; wir halten diese Steuern noch jetzt für den besten Weg, die Mittel aufzubringen, wir würden aber, wenn auch andere durch den Reichstag vorgeschlagen würden, bereit sein, darüber mit Ihnen in Verhandlung einzutreten. (Bewegung.) Was blieb nun noch? Nun kam der Militarismus. Der alte Gaul aus den 60er Jahren wurde wieder aus dem Stall geholt, frisch gesattelt und aufgezäumt, und so lahm er war, uns vorgeritten. (Heiterkeit.) Dem einen war er kulturmörderisch, dem anderen antiparlamentarisch, zu absolutistisch; die Sozialdemokraten schmückten ihn einfach mit dem Epitheton „Moloch". Ich habe den Beweis dafür vermißt. Wo ist denn der Militarismus in dieser Vorlage überhaupt? Ich habe auch noch nicht eingesehen, worin er etwas Schreckliches hat. Ich entsinne mich aus den Zeiten der preußischen Mititärreform, daß er da zweispännig ging mit dem „Söldnerheer". Das Söldnerheer ist noch nicht zu Tage gekommen, der Militarismus aber wohl.

Was soll nun damit gesagt werden? Ich meine, man will damit bezeichnen, daß das Militär im Staat, im Reich einen zu großen Platz einnehme. Ja, wenn wir überhaupt Deutschland erhalten und diejenigen Dinge gedeihen sehen wollen, zu deren Voraussetzung das Dasein eines Staats gehört, dann ist das erste, daß dieser Staat da sein muß, in seinem Dasein erhalten werden muß. Erst wenn er das ist, kann überhaupt von anderen Zweigen der Kultur die Rede sein. Es ist ja klar, daß jeder Mensch — und diesen Grad von Einsicht darf ich wohl auch für die uni-

formierten Staatsbürger in Anspruch nehmen — daß jeder Mensch es vorziehen würde, Ausgaben zu machen, sei es für Schulzwecke, für Kunst, für Wissenschaft, für Landesmeliorationen. Alles das ist nützlicher, angenehmer auszugeben wie Militärausgaben. Das alles sind banale Wahrheiten. Aber wo sitzt nun in dieser Vorlage der Militarismus? Ich vermag das nicht zu erkennen. Die Vorlage ist, wenn man einmal zugibt, daß die Regierungen die richtige Ansicht über unsere politische und militärische Lage gewonnen haben, auf das Mindestmaß zugeschnitten, sie enthält sich jedes Luxus, es ist keine vermeidliche Ausgabe in ihr. Wo ist da der Militarismus? Ich bin bei allem Bemühen, diesen Einwand zu verstehen, nicht im stande gewesen, die Gründe dafür aufzufinden. Ich glaube im Gegenteil, daß man für das Dasein der Armee, wenn man sich so auf den allgemeinen Standpunkt stellt, noch manches gute Motiv finden kann; man kann an der deutschen Armee manche gute Seite erkennen, und ich glaube nicht, daß ich zu weit gehe, wenn ich sage, daß in der Angliederung der neuen Provinzen an den preußischen Staat vom Jahre 1815 an, im Zusammenschweißen des Deutschen Reichs die Armee einer der wesentlichsten Faktoren, ein hauptsächlicher Kitt gewesen ist. (Sehr wahr!)

Das sind geschichtliche Thatsachen, die man nicht abstreiten kann und die ungleich gewichtiger sind als die mehr oder weniger vage Aeußerung über den Militarismus.

Endlich führt man uns, — unzweifelhaft war das für einen großen Teil der Herren das Gewichtigste, — die Volksstimmung entgegen. Ja gewiß, es ist Verstimmung in vielen Landesteilen da, man wünscht manches anders. Aber ich will die Frage hier nicht erörtern: wieweit sind die verbündeten Regierungen in der Lage, das zu ändern; wieweit ist diese Verstimmung vielmehr eine Folge unserer ganzen modernen Geistesrichtung, des Materialismus, des Pessimismus, des Unbehagens am Dasein? (sehr richtig! rechts) des immerwährenden Kampfes ums Dasein, der weder Befriedigung aufkommen läßt, noch auch den Grad der Selbstverleugnung, der es dem Menschen möglich macht, mit geringeren Mitteln zufrieden zu leben.

Also das Dasein der Verstimmung gebe ich Ihnen ohne weiteres zu; ich gebe auch zu, daß die Verstimmung zunehmen kann, wenn es nicht gelingt, der Nation klar zu machen, daß die erhöhten Ausgaben, die von ihr gefordert werden, notwendig sind.

Nun hat man gesagt: Ja, wie kann eine einsichtige Regierung zu einer Zeit, wo solche Verstimmungen herrschen, mit einer solchen Vorlage kommen? Erstens, meine Herren, können wir nicht wissen, wann es notwendig sein wird, die Probe auf das Exempel zu machen und diese Vorlage zur Verwendung vor dem Feinde zu bringen. Dann aber auch, sollen wir vielleicht so lange warten, bis das Verlangen nach der Militärvorlage aus den Wahlkreisen kommt? (Heiterkeit rechts. Zuruf links.) Gewiß nicht. Und glauben Sie etwa, daß die Verstimmung, die im Lande ist, sich heben würde, wenn wir die Franzosen im Lande hätten? Ganz gewiß nicht.

Wenn ich also auch zugebe, daß die Stimmung im Lande zu wünschen übrig läßt, so bin ich nicht im stande, darin ein Motiv zu finden, was uns hätte veranlassen können, von der Vorlage Abstand zu nehmen. Wenn man einmal auf die Stimmungen Rücksicht nimmt, dann liegt es mir sehr nahe, auch auf die Stimmung Rücksicht zu nehmen, die im Lande sein wird am ersten Mobilmachungstage der Zukunft, und ich bin der Meinung daß dann die Stimmung ein ungleich größeres Gewicht hat als heute. Dann brauchen wir, wie ich schon öfters ausgesprochen habe, die herzliche Teilnahme, das entschlossene Eintreten der ganzen Nation. Wenn wir heute

sparen, gewiß wir können die Lage der Nation verbessern; aber wir können damit nicht machen, daß wir nicht einen Tag mit Krieg überzogen werden; und wenn der Tag kommt, dann brauchen wir eine Stimmung in der Nation, die nicht davon abhängt, was dann im Geldschrank sein wird, sondern, die zum großen Teil von dem Gefühl bedingt werden wird: für was halten wir uns selber dem Feinde gegenüber, wie stark schlagen wir unsere Macht an, können wir den Glauben haben, daß wir überlegen sein werden, oder müssen wir uns schwächer fühlen? Die Stimmung der ersten Tage im Kriegsfalle kann entscheidend für den ganzen Verlauf des Krieges werden, und sie wird nur dann eine gute sein, wenn die Nation die Ueberzeugung hat, daß geschehen ist, was möglich ist, um die Kraft der Nation ganz und auf die denkbar zweckmäßigste Weise einzusetzen. (Sehr richtig! rechts.) Dann wird es sich nicht bloß um Geldopfer handeln, die gebracht werden müssen, dann werden auch Blutopfer verlangt werden, und Blutopfer, die dann nicht mehr geringer zu gestalten sind; während, wenn Sie uns jetzt die Möglichkeit geben, gute Truppen herzustellen, gute junge Truppen da zu verwenden, wo nur gute, junge Truppen verwendet werden können, wir mit dem Grade von Wahrscheinlichkeit, der in menschlichen und kriegerischen Dingen möglich ist, behaupten können, wir werden an Blut sparen, wenn wir zur rechten Zeit die Aenderungen in unserem Armeewesen vornehmen, die erforderlich sind. Wir dürfen nicht — und ich möchte darauf doch aufmerksam machen — das Gefühl, die Schwächeren zu sein, in der Nation aufkommen lassen. Es ist ja ein unzweifelhafter Nachteil dieser Verhandlungen, daß, wenn die Militärvorlage nicht zu stande käme, im Volk und in der Armee etwas von dem Gefühl zurückbleiben wird: wir sind nicht mehr so stark, wie wir geglaubt haben. (Sehr richtig! rechts.) Und dann werden die Tage kommen, wo eine volle Patronentasche mehr wert ist, als ein volles Portemonnaie, und wo der Kurszettel nicht die Kriegsdepeschen, sondern die Kriegsdepeschen den Kurszettel machen. (Sehr wahr! rechts.) Auf die Zeit müssen wir vordenken, dafür müssen wir die Armee gestalten, dafür müssen wir sie stärken, um dann nicht dem Vorwurf ausgesetzt zu sein, warum thatet Ihr damals nicht das Eurige?

Die verbündeten Regierungen sind von dem Ernste der Verantwortung, die sie tragen, so voll überzeugt, daß sie alles, was in ihren Kräften steht, jetzt gethan haben und thun werden, um die Nation in den Zustand zu setzen, daß sie bei Eintritt eines Krieges mit dem Bewußtsein, nicht allein das Ihrige gethan zu haben, sondern auch die Chancen des Erfolges für sich zu haben, das Gewehr in die Hand nehmen kann. (Bravo!) Nicht die Wirkung allein würde eine Ablehnung haben, daß Volk und Armee eine Einbuße an Selbstgefühl erleiden; wir würden auch im Innern noch nach mancher Richtung, nach meiner Ueberzeugung, es empfinden und schmerzlich empfinden, wenn die Militärvorlage nicht durchginge. Unser Verkehrsleben — wie oft ist das in den letzten Monaten ausgesprochen worden — bedarf einer gewissen Stetigkeit, Handel und Wandel wollen mit Sicherheit darauf rechnen können, daß sie eine längere Zeit ungestört existieren können. Es gilt das sogar von der Landwirtschaft; wenn die Militärvorlage nicht durchgeht, wird eine Unsicherheit eintreten (Widerspruch links), die wir nicht zu bannen im stande sind. Man wird bei jedem Wölkchen am politischen Horizont nach dem Wetterglase laufen, um nachzusehen, ob man noch ein etwas weitsichtiges Geschäft unternehmen kann oder nicht. Wir würden, wenn die Militärvorlage abgelehnt wird, dem Lande auch das nicht geben können, was doch zweifellos von vielen Seiten lebhaft begehrt wird und was wir, wenn auch nicht leicht, so doch als Aequivalent zu geben entschlossen waren: die zweijährige Dienstzeit und die Möglichkeit, im Kriegs-

falle die älteren Jahrgänge an diejenige Stelle zu bringen, die ihrem Alter entspricht, die den verheirateten Mann, den Familienvater mehr schont wie den jungen Mann.

Und wie sieht es denn nun nach außen aus? Ich habe letzt einen Deutschen gesprochen, der jahrelang im Ausland lebt, — ein urteilsfähiger patriotischer Mann, der sagte: ich habe noch nie, so lange ich im Ausland lebe, ein so peinliches Gefühl gehabt, als jetzt während der Debatten im Reichstag über die Militärvorlage; man versteht gar nicht, wie der deutsche Reichstag so schwierig sein kann in der Bewilligung einer Vorlage, die die Regierung, die die militärischen Autoritäten für notwendig halten. (Sehr richtig! rechts.) Und, meine Herren, vergegenwärtigen Sie sich einmal, wie die fremde Presse — ich will keine Staaten nennen — aussehen wird, wenn die Militärvorlage gefallen ist. Noch hält sie sich zurück, aber es wird peinlich sein, dies zu lesen, was dann über uns, über unsern Patriotismus gesagt wird. (Sehr richtig! rechts.) Hält der Schwächezustand, in dem wir uns befinden, an, nimmt er zu, so werden wir bis zu einem gewissen Grade unsere Gegner in die Versuchung führen, leichter mit uns anzubinden, als sie es bisher gethan haben. (Sehr richtig! rechts.)

Alles das sind Momente, die im Frieden schon das Fehlen einer verstärkten Wehrkraft empfindlich machen werden. Bei einem Scheitern der Militärvorlage würde der Eindruck der Schwäche, der nicht weitgehenden Opferwilligkeit zurückbleiben.

Nun hat man uns Gegenvorschläge gemacht. Zuerst die Miliz. Die wurde nur von den sozialdemokratischen Herren Abgeordneten leicht gestreift, und ich glaube, man kann, ehe man hier im Plenum darauf eingeht, noch einige Zeit warten, eine Majorität für die Miliz würde sich schwerlich finden. Aber es waren Richtungen da, die der Miliz vorarbeiteten, geradeso wie es Richtungen gibt, die der Sozialdemokratie auch im übrigen vorarbeiten. (Bewegung.) Was ist denn Miliz? Miliz ist eine kurz dienende Truppe mit schwacher Friedenspräsenzstärke, und da haben sich die Herren gefunden. Auch heute liegt ein solcher Antrag wieder vor, der darin so weit geht, daß wir uns der Miliz nicht unerheblich nähern würden; denn wenn man uns zumutet, die zweijährige Dienstzeit innerhalb der jetzigen Präsenzstärke anzunehmen, so ist das nach meinem Dafürhalten der erste Schritt auf dem Wege zur Miliz.

Der Antrag Althaus, der uns heute vorliegt, wiederholt einen Antrag, der auch in der Kommission gemacht worden ist, der da widerlegt worden ist, und ich brauche mich wohl nur auf die Worte zu beschränken, daß er heute den verbündeten Regierungen ebenso unannehmbar ist, als er es in den Tagen der Kommissionsberatungen war und als er es für die Zukunft ist.

Dasselbe gilt von dem zweiten Antrage, der damals Lieber hieß, heute als Graf Preysing erscheint. Wir sind nicht im stande, auf diesen Antrag einzugehen. Auch der Antrag trägt die charakteristischen Kennzeichen eines beginnenden Milizsystems. (Heiterkeit links.)

Nur ein Wort noch in Bezug auf meine Aeußerungen in Bezug auf den Patriotismus! Ja, meine Herren, diese Aeußerung habe ich gethan; es würde mir unendlich schmerzlich sein, wenn ich jemals in die Lage käme, von dem deutschen Reichstag oder von einzelnen Mitgliedern desselben glauben zu müssen, daß er nicht patriotisch wäre. Bis zu einem gewissen Grade bin ich aber doch zweifelhaft geworden. Mir liegt hier ein Blatt vor, das heißt „Der Beobachter am Main“, und das gibt eine Rede des Herrn Abg. Dr. Lieber wieder, in der er sagt:

Lassen Sie es mich einmal öffentlich aussprechen, meine Freunde!

Selbst wenn alle Forderungen der verbündeten Regierungen in dieser Militärvorlage politisch und militärisch berechtigt und vollbegründet wären, so ist meiner Meinung nach der Fortbestand einer Partei wie das Zentrum, so wie es jetzt ist, für das Deutsche Reich immer noch wichtiger als die Berechtigung der Militärvorlage. (Hört! hört! rechts.)

Das übersetze man einmal in das Deutsche: es ist mir ganz egal, ob die Russen in Berlin und die Franzosen in München stehen, wenn nur die Zentrumspartei noch existiert. (Heiterkeit rechts.)

Ich will dem Herrn Redner nicht zu nahe treten. Vielleicht wird er aber später in der Lage sein, mir den Kern von Patriotismus, der in dieser Aeußerung etwa liegen könnte, herauszuschälen. (Heiterkeit rechts.) Mir ist es nicht möglich gewesen, ihn zu finden. (Bravo! rechts.)

Und was nun, um mit der Miliz zu schließen, dieselbe angeht, so ist sie ja am klarsten als Idee von den Sozialdemokraten vorgetragen worden. Der Herr Abg. Bebel hielt in der Kommission in der ersten Sitzung eine Rede über die allgemeine politische Lage. Kein Regierungskommissar konnte sie besser halten. Mit Spannung habe ich ihm zugehört und war nun fest überzeugt, daß jetzt der Satz kommen werde: also stimme ich für die Militärvorlage. (Heiterkeit.) Nichts weniger als das! Es kam nur: also brauchen wir acht Millionen Soldaten, und die können wir nur auf dem Wege der Miliz erhalten. Nun glaube ich nicht, daß ich Herrn Bebel und seine Fraktionsgenossen bekehre, aber die Herren, die noch nicht ganz so weit sind wie er in Bezug auf die Miliz, bin ich vielleicht zu warnen im stande, wenn ich aus einer Reihe von Artikeln, die der „Vorwärts“ unter der Ueberschrift brachte: „Kann Europa abrüsten?“ eine einzige Stelle vorlese. Der Schriftsteller sagt: Er wolle Jugendwehren haben — Das Schwergericht der militärischen Ausbildung ist in die Jugend zu legen.

Um dies nun zu bewerkstelligen, wolle er entlassene Unteroffiziere bei den Dorfschulen anstellen; Unterricht sollen sie nicht erteilen, aber Turnen und Exerzieren, und was denkt sich der Schriftsteller als den Erfolg?:

Und wenn die Unteroffiziere erst aus der Heimlichkeit der Kaserne und Militärgerichtsbarkeit ans Tageslicht des Schulhofes und des bürgerlichen Strafprozesses versetzt sind, dann, wette ich, bringt unsere rebellische Schuljugend auch dem ärgsten ehemaligen Soldatenschinder mores bei. (Bewegung.)

Das, wohin Sie es mit der Miliz treiben wollen, ist eben, daß der Untergebene den Vorgesetzten mores lehren soll, und dahin zielen auch alle die Mißhandlungsdebatten, die hier geführt werden, bewußt oder unbewußt. (Sehr richtig! rechts.) Das Resultat wird das sein, daß die Erhaltung der Disziplin unendlich viel schwerer wird. Ich verstehe, daß, wenn man sozialdemokratische Ideale hat, man sich diesem Ziele zu nähern wünscht. Ich verstehe aber nicht, daß andere, die nicht diese Ziele haben, dennoch die Wege dahin so fleißig zu bahnen suchen. (Sehr richtig! rechts.)

Ich komme nun zu dem Antrage des Herrn Abg. Freiherrn von Huene. Ich halte den Antrag für dankenswert und danke dem Herrn Abgeordneten dafür, daß er den Versuch gemacht hat, eine Einigung über dieses Gesetz herbeizuführen. (Bravo! rechts.) Ich bin nicht im stande, mich jetzt und hier im Namen der verbündeten Regierungen zu äußern; denn ihnen ist der Antrag zu derselben Zeit zugegangen wie Ihnen. Sie müssen Rückfrage in ihrer Heimat halten. Ich glaube, mich nicht zu irren, wenn ich sage, daß alle verbündeten Regierungen die Regierungsvorlage vorziehen würden; aber wir erkennen doch bereitwillig an, daß in dem Antrage des Herrn Abg. Freiherrn von Huene erleichternde Momente liegen, daß die Kürzungen so gewählt sind, daß sie den Zweck, den die verbündeten

Regierungen mit dem Gesetz verfolgen, nicht annullieren; wir würden auch mit diesem Gesetz — zwar nicht ganz dahin kommen, wohin wir wollten — aber zweifellos weiter.

Bei den Erwägungen darüber, ob dieser Antrag Huene den verbündeten Regierungen annehmbar ist oder nicht, wird eine wesentliche Rolle die Rücksicht auf die möglichen Neuwahlen spielen. Die verbündeten Regierungen sind auch nach dieser Beziehung von der Verantwortlichkeit der Lage tief durchdrungen. Sie erkennen, daß bei dem gegenwärtigen Zustand unserer Parteiverhältnisse, bei der gegenwärtigen Stimmung der Bevölkerung Neuwahlen ungleich größere Erschütterungen mit sich bringen können, als das bisher der Fall gewesen ist, und es würden, wie ich vermute, die verbündeten Regierungen geneigt sein, diesem Motiv einen großen Einfluß auf ihre Entschließungen zuzustehen. Für Preußen bin ich zu der Erklärung ermächtigt, daß es in dem Antrage Huene eine annehmbare Lösung der Militärfrage findet. (Bravo!)

Wir kommen nach unserer Ueberzeugung dabei sehr weit entgegen; wir würden nicht einen Schritt weiter gehen können als dieser Antrag, wir würden uns auch vorbehalten, die Konzessionen, die wir machen, wenn einmal Neuwahlen doch nicht zu vermeiden sind, dann zurückzunehmen, auch in späteren Jahren das, was jetzt abgelehnt wird, was wir dann als dringlich erweisen können, nachzufordern. (Zwischenruf.) Wir treten voll auf den Boden des Quinquennats, und zu weiterem haben wir uns niemals verpflichtet. Niemals ist eine Aeußerung vom Regierungstisch gefallen, die darüber hinaus Verpflichtungen übernommen hätte; keine Regierung kann das.

Wir glauben, indem wir dem Antrag Huene ein freundliches Entgegenkommen zusagen, bis an die Grenze gegangen zu sein. Wir bitten Sie: kommen Sie mit uns, helfen Sie uns, das zu thun und durchzusetzen, was für die Erhaltung des europäischen Friedens, für die Sicherheit der Ehre und der Zukunft Deutschlands erforderlich ist! (Lebhaftes Bravo!)

Kriegs-Minister von Kaltenborn-Stachau:

Es sind in neuester Zeit die Resultate des diesjährigen Ersatzgeschäfts auf Grund der neuen Bestimmungen, wonach also sämtliche Tauglichen festgestellt werden sollen, zum größten Teil eingegangen. Dieselben haben das Ergebnis gehabt, daß in den Bezirken im allgemeinen vorhanden sind 74 % Taugliche mehr als im Jahre 1890/91. (Hört! hört! rechts.) Die Militärvorlage erfordert indessen nur ein Mehr von 22 bis 23 %, sodaß 51 bis 52 % Taugliche mehr als erforderlich noch verfügbar bleiben (hört! hört! rechts), sofern das Resultat des Ersatzgeschäfts in den noch ausstehenden Bezirken dasselbe ist, wie in denen, über welche die Berichte schon vorliegen.

In Bezug auf die Manquements der Offiziere und Unteroffiziere ist schon zugegeben, daß es in drei bis fünf Jahren möglich sein würde, diese Manquements zu decken. Im Jahre 1860 hat die Infanterie ein Manquement gehabt von 16,7 % an Offizieren, im Jahre 1865 war dieses Manquement bis auf 1,1 % zurückgegangen. (Hört! hört! rechts.) Wir hoffen, daß in kürzerer Zeit bei uns ein gleicher Erfolg erreicht werden wird.

In Bezug auf die Unteroffizier-Manquements führe ich nur an, daß der Zuwachs an Stellen für die Infanterie von 1860 gegen 1859 41 % betrug, und daß der hieraus entstandene Bedarf im wesentlichen 1862 gedeckt war.

Abg. Freiherr von Huene (Zentr.):

Es ist heute der Tag, wo jeder das Recht und die Pflicht hat, sich so zu entscheiden, wie er es vor seinem Gewissen verantworten kann. Ich habe mich entschieden, diesen Antrag zu stellen. Ich habe freilich nicht

geglaubt, daß ich der Regierungsvorlage so weit entgegenkommen müsse, wie es mit meinem Antrag geschehen ist; aber auf Grund sachlicher Erwägungen bin ich zu einem anderen Resultat gekommen, als sich zuerst auf Grund vorläufiger Kenntnisnahme herausgestellt hat. In § 1 ist durch meinen Antrag gegenüber der Regierungsvorlage die Friedenspräsenzstärke herabgesetzt von 492,068 auf 479,229 Mann. Die Bedeutung der Sache beruht darin, daß einmal die Zahl der Oekonomiehandwerker nicht nur bei den Neuformationen, sondern bei den bisherigen bestehenden Formationen wesentlich herabgesetzt ist. Ich habe geglaubt, daß gerade dadurch nicht bloß eine absolute Verminderung der Friedenspräsenzstärke, sondern auch ein soziales Interesse gefördert wird, da die bisherige Einstellung eine höchst ungerechte Mehrbelastung des Schneider- und Schuhmacherhandwerks bedeutet. Es ist ferner in meinem Antrag in Aussicht genommen die Erhöhung der Bespannungsabteilungen für die Fußartillerie auf den hohen Etat zu unterlassen, ferner bei der Kavallerie alle Etatserhöhungen bei Seite zu lassen. Bei der Feldartillerie ist in Aussicht genommen, bei den neuen Batterien nur 4 Geschütze statt 6 einzustellen. Ich glaube also, daß es sich hierbei um eine wesentliche Herabsetzung der Regierungsvorlage handelt, ohne damit wesentlich den Zweck der Vorlage zu alterieren. Die neuen vierten Bataillone habe ich mit der Bezeichnung Halbbataillone eingeführt. Ich glaube, daß der Reichstag dadurch zum Ausdruck bringt, daß er nicht gewillt ist, wirklich volle Bataillone zu bewilligen. Artikel 2 schließt sich im wesentlichen den Vorschlägen des Abg. Dr. Lieber in der Kommission an, unter welchen alle gesetzlichen Bestimmungen untergebracht werden können. In Unteroffiziermanquements dürfen Gemeine nicht verpflegt werden. Das bringt eine Verminderung um 11,000 Mann für die ersten Jahre. Die Bestimmung, daß die Mannschaften nach zwei Jahren zur Reserve entlassen werden, habe ich dahin abgeändert, daß sie zu entlassen sind nach den Bestimmungen des Gesetzes. Sie werden damit nicht zur Disposition des Truppenteils, sondern des Kaisers entlassen. Was die Uebergangsbestimmungen betrifft, so soll der dritte Jahrgang nicht im Oktober sofort entlassen werden, sondern er muß unbedingt wenigstens bis zum Schluß des Jahres bei der Fahne bleiben. Der finanzielle Effekt ist der, daß 9 Millionen auf 5 Jahre, 4 Millionen im ersten Jahre infolge der Unteroffiziermanquements und der fehlenden 5000 Mann erspart werden. Diese Ersparnis von etwa 50 Millionen in 5 Jahren sollte man doch nicht als etwas ganz Geringes hinstellen.

4. Mai. (Berlin: Abg.-Haus.) **Eine konservativ-klerikale Mehrheit lehnt die Forderungen des Kultusministers für Volksschulbauten und Verbesserung der Gehälter der Volksschullehrer ab. Die „Kreuz-Zeitung" motiviert das so:**

Es sind höhere Erwägungen da, welche die Konservativen dazu nötigen, die erwähnte Haltung einzunehmen und nicht nur gegen den Widerspruch der Liberalen, sondern auch was ihnen in der That nicht leicht fallen kann, gegen den des Kultusministers aufrecht zu erhalten. Wenn die Vorlage jetzt so bewilligt würde, wie sie ist, müßte jeder Antrieb für ein neues Volksschulgesetz, welches wie das des Grafen Zedlitz aus dem Vollen gearbeitet wäre, für die Regierung wie für die liberalen Minderheitsparteien schwinden oder doch wesentlich abgeschwächt erscheinen; auch innerhab des Lehrerstandes selbst würde das Interesse an einer grundsätzlichen Erledigung der Frage stark nachlassen und alle Welt sich gern bescheiden, zu warten, bis etwa der Liberalismus in Preußen wieder ans Ruder käme, um alsdann den „Ideen"

Eingang zu verschaffen, die man an dem Schulgesetzentwurf des Grafen Zedlitz so schmerzlich vermißte. Wir wollen aber kein Volksschulgesetz, das nicht auf dieser Grundlage steht, und wir sehen keine Veranlassung, den Gegnern ihre ablehnende Haltung zu erleichtern, indem wir das ganze Gebiet seinem ganzen materiellen Teile nach gesetzlich ordnen helfen.

4. Mai. (Reichstag.) Fortsetzung der Militär-Debatte.

Abg. Richter (dfr.): Man hat ja 75% mehr taugliche Mannschaften vorgefunden als 1890/91, und man könnte somit nicht bloß um 80,000, sondern um 241,000 Mann die Jahrespräsenz erhöhen. Die Vorlage nimmt eben nur 25% mehr an. Ich finde, die Musterungsbehörden haben für den Zweck dieser Vorlage zu gut gearbeitet. Die Rede des Reichskanzlers enthält allerdings keine einzige Zahl, den Rechenstift hat sie verschmäht, darum aber paßte sie auf alle Militärvorlagen. Mit denselben allgemeinen Redewendungen haben der frühere Reichskanzler und Vorgänger des Kriegs-Ministers die Erhöhung um 30-, 40-, 50,000 Mann, auch das Septennat gerechtfertigt. Mit dem Hinweis auf die Ehre, das Dasein und die Zukunft des Landes könnte man auch die Verdoppelung und Verdreifachung der Präsenz rechtfertigen. Nach den Worten des Reichskanzlers könnte man fast glauben, als wenn wir für Kulturaufgaben Geldmittel in Hülle und Fülle hätten, während es doch Thatsache ist, daß z. B. in Preußen die geringsten Reformen im Eisenbahnwesen nicht ausgeführt werden, weil die Militärlasten alle Mittel absorbieren. Es sind z. B. in Preußen zweiundzwanzig Baugewerksschulen notwendig, aber nur elf vorhanden. Jährlich müssen 16,000 Schüler zurückgewiesen werden, weil der preußische Staat nicht die geringen Mittel auffinden kann, um elf neue Schulen ins Leben zu rufen. Ferner hat der Ressort-Minister verfügt, die Zuschüsse für das Fortbildungsschulwesen in Preußen in diesem Jahre um 10% einzuschränken, weil die erforderlichen 44,000 ℳ im preußischen Staatshaushalt nicht vorhanden sind. Nicht einmal eine halbe Million kann man finden, um dem Richtermangel abzuhelfen. Die Wehrkraft eines Landes beruht nicht bloß auf dem Produkt des Rechenexempels von ausgebildeten Soldaten für den Kriegsfall, — sie beruht auf dem Produkt der gesamten materiellen und ideellen Kräfte eines Volks. Ohne eine gewisse Schonung der Volkskräfte können wir in einem zukünftigen Kriege nicht das leisten, was notwendig ist. Der Reichskanzler hat dann eine besondere Einlage gemacht in Bezug auf die freisinnige Partei. Er hat angedeutet, daß wir gewissermaßen durch unseren Widerstand das Programm in Bezug auf die zweijährige Dienstzeit verleugnen. Als der Feldmarschall Moltke einmal sagte, es sei ja gleichgültig, ob nach unserer Ansicht drei Mann zwei Jahre im Frieden dienten oder nach seiner Ansicht zwei Mann drei Jahre, erwiderte ich: in beiden Fällen sind es sechs Jahre, aber diese sechs Jahre, verteilt auf drei Mann auf zwei Jahre, sind eine Schonung gegenüber der Einstellung von zwei Mann auf drei Jahre. Diesem Standpunkt entspricht unsere jetzige Haltung. Darum, weil wir die bisherige Präsenzstärke verteilt auf eine größere Zahl von Mannschaften bei kürzerer Dienstzeit für einen Vorzug erachten, sind wir bereit, die Mehrkosten zur Durchführung der zweijährigen Dienstzeit zu bewilligen. Wir haben die zweijährige Dienstzeit nicht um einer militärischen Theorie willen verlangt, sondern im Interesse der Entlastung des Volks. In der Gestalt, wie sie sich jetzt repräsentiert, führt sie zu einer Belastung des Volks. Für jedes Jahr, das erlassen wird, werden zwei Jahre dem Kasernenleben hinzugefügt. Die Belastung des Volks ist nach dem Antrage Huene doppelt so stark wie die Entlastung, die in dem Erwerbsleben eintritt durch Einführung der zwei-

jährigen Dienstzeit. Wollten wir diese Belastung acceptieren, so würden wir geradezu unseren früheren Standpunkt vor dem Volke diskreditieren. Wir würden die Empfindung hervorrufen: Man hat unter dem Namen der Entlastung Jahr aus Jahr ein etwas begehrt, was sich jetzt in Wirklichkeit als eine größere Belastung herausstellt! Unser Antrag will ermöglichen, unter Innehaltung der Präsenzstärke die Zahl der Unteroffiziere und Kapitulanten um etwa 8000 Mann zu erhöhen und die Rekrutenaushebung um etwa 25,000 Mann zu verstärken. Dazu sind wir bereit, die Ersatzreserve in ihrer bisherigen Einrichtung zu erhalten. Die Durchführung des Antrags Huene erfordert 55 Millionen Mehrausgaben dazu kommen die Mehrausgaben für erhöhte Pensionen, die Anleihe zur Deckung des Extraordinariums und die Anleihe für neue Kasernenbauten. Die 106 Millionen für neue Kasernenbauten nach der Regierungsvorlage werden durch den Antrag Huene nur wenig vermindert. Im übrigen sind noch 37,000,000 zur Kasernierung der schon jetzt vorhandenen noch nicht kasernierten Truppen erforderlich. Wo soll das hinaus? In Preußen schließt das Jahr 1891/92 mit einem Defizit von 45 Millionen ab, 1892/93 jedenfalls nicht mit einem geringeren Defizit, und für das jetzt begonnene Jahr 1893/94 ist das Defizit im Etat auf 58 Millionen veranschlagt. Eine solche Schnur von Defizits ist seit Menschengedenken im preußischen Haushalt nicht dagewesen. Und dabei haben wir, zum Beispiel auf dem Gebiet des gewerblichen Unterrichtswesens, eine Finanzwirtschaft, wie sie knapper gar nicht gedacht werden kann. Der Eindruck, den die Ablehnung der Vorlage im Auslande machen würde, geht uns wohl nichts an. Wir sollten mehr darauf sehen, welchen Eindruck die Sache im Inlande macht. Es ist allerdings sehr bequem, sich an der Macht Deutschlands von außen zu erfreuen, wenn man zu den Lasten desselben nichts beizutragen braucht. Das Ansehen des deutschen Reichstags würde bei den Wählern nicht erhöht werden, wenn der Antrag Huene zur Annahme gelangte. Bei der ersten Lesung stand der Abg. Freiherr von Stumm allein mit einem kleinen Häuflein seiner Parteigenossen. Seitdem hat sich nichts geändert, die finanzielle Lage hat sich höchstens verschlechtert. Noch im Herbst wurde der Antrag Bennigsen für unannehmbar erklärt von einer großen Mehrheit, und jetzt soll der Antrag Huene annehmbar sein? Das wird man sich im Volke nicht erklären können aus der Sache; da wird man andere Dinge dahinter vermuten. Der Abg. Freiherr von Huene selbst erklärte, daß er nie geglaubt hätte, soweit in seinen Bewilligungen zu kommen. Er hat vor dem Konflikt gewarnt. Was heißt denn das? Wenn der Reichstag von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch macht, so hat eine Maßnahme zu unterbleiben, die man beabsichtigt hat. Wenn man da vom Konflikt spricht, so kann das nur bedeuten, daß Macht vor Recht gehen soll, daß die Revolution von oben eingeführt wird. Ein Reichstag, der sich durch solche Drohungen einschüchtern läßt, der auf sein Recht verzichtet, wäre nicht wert, dieses Recht jemals besessen zu haben. Meine Freunde haben die Ueberzeugung, daß sie niemals patriotischer gehandelt haben als gerade in diesem Augenblick, wenn sie den Antrag Huene ablehnen und sich damit die Aufgabe stellen, die militärischen Interessen zu vereinbaren mit der notwendigen Schonung der Volkskraft.

Reichskanzler Graf v. Caprivi antwortet und sagt zum Schluß:

In Bezug auf eine Aeußerung, die ich gestern gethan habe, möchte ich noch nachholen: ich habe gestern gesagt, wir würden uns auch vorbehalten, die Konzessionen, die wir machen, wenn einmal Neuwahlen nicht zu vermeiden sind, dann zurückzunehmen. Ich bin heute in der Lage, zu

erklären, daß wir das nicht thun würden, und, um es in eine einfache Formel zu fassen: daß, wenn es zu Neuwahlen kommt, unsere Wahlparole der Antrag Huene sein wird.

Abg. v. Stumm spricht für die Vorlage.

Abg. Bebel (Soz.). Wir haben die Politik Deutschlands nicht anders gestalten können, aber wenn auswärtige Feinde Deutschland angreifen und einen Teil seines Gebiets zu erobern versuchen sollten, so würden auch wir Sozialdemokraten das nicht dulden. Denn nur, wenn Deutschland in seinem vollen Umfange erhalten wird, ist es möglich, seine Kulturaufgaben zu erfüllen. Wenn dem Volke neue Opfer auferlegt werden sollen, so muß es so geschehen, daß sie das Volk möglichst wenig drücken; das Volk ist aber hart an der Grenze der materiellen Leistungsfähigkeit angekommen, das bedarf kaum eines Beweises. In breiten Volksmassen ist man nicht mehr gewillt, erhöhte Lasten auf sich zu nehmen. Wenn es auf die freie Entschließung der Herren in diesem Hause ankäme, so würde die Vorlage bewilligt werden, aber die Herren glauben die Annahme der Vorlage nicht mehr vertreten zu können. Wenn die Auflösung erfolgte, dann wissen wir sehr gut, daß man den Versuch machen wird, das allgemeine Wahlrecht zu schmälern. Aber es ist viel leichter, dem Volk ein Recht vorzuenthalten, als ein zwei Jahrzehnte lang gebrauchtes Recht wieder zu entreißen. In Belgien war es der General Brialmont, welcher sich für das allgemeine Wahlrecht aussprach, weil er es als ein Korrelat zu der allgemeinen Wehrpflicht betrachtete. Die Belastung des deutschen Volkes ist eine solche, daß die Grenze der Leistungsfähigkeit erreicht ist. Der Getreidekonsum im Deutschen Reich ist zurückgegangen von 213 kg auf 162 kg. Das bedeutet schließlich auch das Zurückgehen der körperlichen Leistungsfähigkeit. Noch mehr ist die Fleischnahrung zurückgegangen. Aber nicht bloß unter den Arbeitern, sondern auch unter den Handwerkern, den Kleinbauern ist eine große Mißstimmung eingetreten; deshalb stimmen auch die Herren vom Zentrum aus Süddeutschland gegen die Militärvorlage und gegen den Antrag Huene. Die allgemeine Verstimmung ist nicht durch die Schuld der Regierung entstanden, sondern aus allgemein ökonomischen Gründen. Die Militärvorlage ist der letzte Tropfen, der das Glas zum Ueberlaufen bringt. Wären die wirtschaftlichen Verhältnisse günstiger, so würde auch der Mittelstand für die Vorlage sein, wie die Herren aus den Kreisen des Abg. Freiherrn von Stumm, weil sie weder die Gutssteuer, noch die Blutssteuer zu tragen haben. Denn bei Annahme der Vorlage würden nicht die wohlhabenden Leute die Kosten tragen, sondern die Konsumartikel der großen Masse müßten dafür bluten. Der Reichskanzler hat eine Stelle aus den Artikeln des „Vorwärts" über die Abrüstung zitiert, in welcher eine Aufreizung gegen die Unteroffiziere enthalten sein soll. Es war darin aber nur gesagt, daß die Unteroffiziere, welche jetzt in den Kasernen sich verhärten, so daß es sogar zu Mißhandlungen kommt, wenn sie mit der frischen fröhlichen Schuljugend als Exerzierlehrer in Berührung kommen, wieder zu warmherzigen Menschen werden. Wenn unsere Unteroffiziere es mit einem Menschenmaterial zu thun hätten, welches körperlich besser vorgebildet wäre, dann würden manche Uebelstände verschwinden. Ueberraschend waren die Mitteilungen des Kriegsministers, daß die Zahl der Militärtauglichen 75% größer ist als früher. Dabei wird der Uebereifer der Aushebungskommission wohl mitgewirkt haben; aber jedenfalls ist es richtig, daß viele junge Leute, die tauglich sind, vom Militärdienst befreit bleiben. Wir wollen, daß die Organisation so eingerichtet wird, daß alle diese Leute herangezogen werden können; dazu ist eine kürzere Dienstzeit notwendig, um die Militärlasten niedriger zu stellen. Die Einführung des Milizsystems würde die Kosten vielleicht auf

die Hälfte der jetzigen ermäßigen, aber die Zahl der Streiter vermehren. Die Reformatoren der preußischen Armee, die Scharnhorst, Gneisenau ꝛc. standen dem Gedanken der Miliz nicht so fern; sie wurden damals als Jakobiner verdammt; heute würde man sie als Sozialdemokraten bezeichnen. Redner verweist auf die Schweiz, welche durch die Einführung des Milizsystems im stande sei, prozentual eine verhältnismäßig größere Kriegsarmee aufzustellen als Deutschland.

4. Mai. Nachdem v. Huene, Graf Ballestrem und Dr. Porsch aus dem Vorstande der Zentrumsfraktion ausgeschieden sind, wählt die Fraktion den Grafen Hompesch an Stelle des Grafen Ballestrem zu ihrem Vorsitzenden.

Dr. Porsch erklärt später, der Austritt des Herrn Abg. Lieber (Zentr.) sei freiwillig erfolgt, um einem unfreiwilligen vorzubeugen.

5. Mai. (Reichstag.) Fortsetzung. v. Manteuffel (konf.) spricht für die Vorlage.

Der Reichskanzler hat eine Aeußerung von mir auf Grund eines Zeitungsberichts verlesen und dieselbe dahin ausgelegt: „Es ist mir ganz egal, ob die Russen in Berlin und die Franzosen in München stehen, wenn nur die Zentrumspartei noch existiert. Ich will dem Redner nicht zu nahe treten; vielleicht wird er aber später in der Lage sein, mir den Kern von Patriotismus, der in dieser Aeußerung etwa liegen könnte, herauszuschälen; mir ist es nicht möglich gewesen, ihn zu finden." Die Mehrzahl der Berichte, welche über diese von mir gehaltene Rede durch die Presse gegangen sind, war in einer unerhörten und unglaublichen Weise entstellt worden. Ich sage das nicht von dem Berichte, den der Reichskanzler verlesen hat, aber von diesem Berichte kann ich feststellen, daß er mir bis heute Morgen noch nicht zu Gesicht gekommen ist, weder vor dem Druck, noch nachher. Was den angefochtenen Satz angeht, so hat derselbe so gelautet: „Selbst wenn alle Forderungen der verbündeten Regierungen in dieser Militärvorlage politisch und militärisch berechtigter und voller begründet wären, so ist meiner Meinung nach der Fortbestand einer Partei wie das Zentrum, so wie es jetzt ist, für das Deutsche Reich immer noch wichtiger als die Berechtigung der Militärvorlage!" (Großes Gelächter rechts!) Wenn die Regierung ihre Vorlage auch besser begründet hätte, so hielte ich das Bestehen einer Partei wie das Zentrum doch noch für wichtiger, als gerade diese Militärvorlage. (Lachen rechts.) Das Bestehen dieser Partei liegt im Interesse der Partei allein, sondern auch im wohlverstandenen Interesse des Reiches. Wir vertreten seit mehr als 20 Jahren im Reichsinteresse den Förderalismus; wir treten entgegen allen zentralistischen und cäsaristischen Tendenzen und glauben, daß dies der beste und einzige Hort der Monarchie in Deutschland ist. (Zustimmung im Zentrum.) Wir vertreten ferner eine gesunde Sozialpolitik, die das Reich stärken soll, denn wenn wir innerlich zusammenbrechen, haben wir auch außen weder Geltung noch Kraft. (Zustimmung im Zentrum.) Diese unsere Bestrebungen wurzeln in dem Boden des positiven Christentums und der Gerechtigkeit, der letzten und einzigen Grundlage der Reiche. Die Uebersetzung meiner Aeußerung ins Deutsche, welche der Reichskanzler mit den vorhin erwähnten Worten gegeben hat, ist, um einen Ausdruck von ihm zu gebrauchen, eine wahrhafte akrobatische Musterleistung. Wie kann er das eine Uebersetzung ins Deutsche nennen! Das ist das schlechteste Bismarckisch, das ich jemals gehört habe. (Widerspruch rechts, Zustimmung links und im Zentrum.) Es handelte sich wohl

nur um eine Wahlparole, ich habe aber keine Verpflichtung, meinen Patriotismus gegenüber dem Reichskanzler zu verteidigen. Wie weit ich auch hinter allen Herren vom Bundesratstische und von der rechten Seite sonst zurückstehen mag, an Patriotismus werde ich mich nicht übertreffen lassen. (Lachen rechts.) Wenn wir uns wegen unseres Patriotismus verhöhnen, dann können wir ja zu den alten Bismarck'schen Allüren zurückkehren, dann nennen wir uns doch wieder Reichsfeinde und dann kann ja der alte Tanz, den wir durch die Reichskanzlerschaft des Grafen Caprivi für beendet hielten, wieder beginnen, und der Reichskanzler kann dabei die erste Fackel tragen.

Graf Caprivi hält in seiner Erwiderung an seiner Auffassung fest und sagt u. a.:

Die Annahme des Antrags Graf Preysing würde unsern aktiven Dienststand verschlechtern, unsern Beurlaubtenstand verschlechtern, das Zahlenverhältnis zwischen aktivem und Beurlaubtenstand im Kriegsfall verschlechtern, den Uebergang in die Mobilmachung verlangsamen und dadurch die Zeit verlängern, in der ganz Deutschland bei Ausbruch eines Krieges im wesentlichen wehrlos ist. Einen solchen Antrag anzunehmen, bin ich außer stande. Ich habe, seit ich die Ehre habe, an dieser Stelle zu stehen, manchen Angriff, manchen Tadel ausgehalten; ich habe das hingenommen, wie man eben gutes und schlechtes Wetter hinnimmt. (Heiterkeit.) Aber mich dem Tadel aussetzen vor Mit- und Nachwelt, daß ich einem Vorschlage das Wort geredet hätte, von dem ich überzeugt bin: er schädigt Deutschland, er involviert Gefahren für Deutschland, den Tadel möchte ich auf das entschiedenste von mir fernhalten. Es würde mir schwer sein, wenn ich ihn je hören oder gar glauben müßte, ihn verdient zu haben. Ich würde als Staatsmann und als Soldat gewissenlos, pflichtvergessen handeln und gehandelt haben, wenn ich nicht meine ganze Kraft einsetzte für das, was ich im Interesse des Deutschen Reichs für notwendig halte. (Bravo! rechts.)

Der Antrag Preysing-Lieber aber liegt in ganz entgegengesetzter Richtung, und ebenso gewissenlos und pflichtvergessen würde ich handeln, wenn ich nicht meine letzte Kraft einsetzte, um diesen Antrag zu bekämpfen.

Das vor dem Lande auszusprechen, ist mir Bedürfnis gewesen. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

v. Bennigsen erklärt, daß ein Teil seiner Freunde bereit sei, auch für die ganze Vorlage zu stimmen.

Payer (südd. V.-P.) gegen die Vorlage.

v. Komierowski (Pole) dafür.

v. d. Decken (Welfe), Winterer (Elsässer) dagegen.

5. Mai. Herr Sigl im „Bayerischen Vaterland" schreibt:

„Der nächste Krieg soll Preußen zum Alleinherrscher im Deutschen Reiche machen, darum müssen wir Bayern Millionen an Geld und Hunderttausende des besten Menschenmaterials opfern. Darum hat dieser Zukunftskrieg für Bayern eine ganz besondere Bedeutung, er entscheidet über unser Sein oder Nichtsein. Endigt dieser Krieg mit unserer Niederlage, dann mag es wohl aus sein mit dem Deutschen Reich, der Sieger hat jedoch ein großes Interesse daran, Bayern zu schonen. Geht jedoch Deutschland als absoluter Sieger aus dem Kampfe hervor, wie im letzten Kriege — was wird dann aus Bayern? Eine königlich preußische Provinz! Ein siegreicher Krieg wäre für Bayern das — Ende!"

6. Mai. (Reichstag.) Fortsetzung.

Nach einer kurzen Debatte wird durch eine Vereinigung der

Konservativen mit der Opposition ein Vertagungsantrag abgelehnt und der Schluß der Debatte beschlossen.

Bei der Abstimmung über § 1 wird der Antrag Huene mit 210 Stimmen gegen 162 abgelehnt.

Für denselben stimmen die Konservativen, die Reichspartei, die Polen und die Nationalliberalen geschlossen, von dem Zentrum die Abgg. Freiherr von Huene, Graf Adelmann, Prinz Arenberg, Graf Ballestrem, Graf Chamaré, von Gliszczynski, Lender, Graf Matuschka, Nels, Freiherr von Pfetten, Dr. Porsch und von Reitzenstein; von den Freisinnigen die Abgg. Broemel, Hinze, Maager, Meyer, Schröder und Dr. Siemens; von den keiner Fraktion angehörenden Mitgliedern die Abgg. Ahlwardt, Liebermann von Sonnenberg, Pickenbach, Prinz Carolath, Wisser, Roesicke und Thomsen. Mit Nein stimmen geschlossen die Sozialdemokraten und die Volkspartei, von den Freisinnigen und dem Zentrum die große Mehrheit. Außerdem die Abgg. Dr. Boeckel, Werner, Zimmermann, Winterer, Guerber, Simonis, Lang-Schlettstadt, Johannsen und Langerfeldt.

Der Abstimmung enthält sich: Ruhland.

Krank sind: Brandenburg, Freiherr von Dalwigk-Lichtenfels, Eberty, Haerle, Dr. Ruge, Dr. Freiherr Schenck von Stauffenberg, Stephan.

Beurlaubt sind: Dr. Baumbach (Berlin), Freiherr von Dietrich, Dr. Petri, Dr. Witte.

Entschuldigt sind: Fürst von Bismarck, Dr. von Dziembowski-Pomian, von Schalscha.

Ohne Entschuldigung fehlen: Delles, Fischer, Lutz, Mangès, Dr. North.

Der Reichstag wird aufgelöst.

6. Mai. Spaltung der deutsch-freisinnigen Fraktion.

Nach der Auflösung des Reichstags hält die Fraktion eine Sitzung ab, in der der Abg. Richter beantragt, daß das Verhalten der freisinnigen Abgeordneten, die für den Antrag Huene gestimmt haben, mit der politischen Gesamthaltung der Partei nicht vereinbar sei. Im Falle der Ablehnung seines Antrages erklärt der Antragsteller, aus der Fraktion ausscheiden zu wollen. Der Antrag wird mit 27 gegen 22 Stimmen angenommen. Darauf wird eine Kommission eingesetzt zur „friedlichen Auseinandersetzung über die gemeinsamen Angelegenheiten“ der beiden Gruppen. Die eine nimmt den Namen „freisinnige Volkspartei“, die andere „freisinnige Vereinigung“ an. Folgende 22 Fraktionsmitglieder stimmen gegen den Richterschen Antrag: Haenel, Bamberger, Barth, Brömel, Rickert, Schrader, Dohrn, Hinze, Gutfleisch, Wilbrandt, Funck, Pachnicke, Althaus, Seelig, Horwitz, Goldschmidt, Maager, Alexander Meyer, Siemens, Koch, Berling, Lorenzen.

7. Mai. (Berlin.) Richter, als Führer der „freisinnigen Volkspartei“ und Payer als Führer der süddeutschen Volkspartei erlassen einen gemeinschaftlichen Wahlaufruf.

„An die deutschen Wähler! Die Reichsregierung hat dem Reichstag die Annahme eines Gesetzes angesonnen, welches eine Steigerung der Militärlasten in sich schließt, größer als in allen Vorlagen seit 1872 zusammengenommen. Der Reichstag prüfte, und seine Mehrheit fand, daß bei der Stärke unseres Heeres und unsrer Rüstung, bei der wirtschaftlichen Bedrängnis großer Volkskreise, bei den Fehlbeträgen im öffentlichen Haushalt, dem bedrohlichen Anwachsen der Steuerlast und der Reichsschuld die Annahme der Vorlage eine schwere Gefahr für die gedeihliche Entwickelung unseres Staats- und Erwerbslebens bedeutet. Diejenige Vermehrung der Kriegsstärke, welche innerhalb der gegenwärtigen Friedenspräsenz durch die dauernde Einführung der 2jährigen Dienstzeit erreichbar ist, waren auch wir Gegner der Vorlage zu sichern bereit, aber die Regierung bestand, ohne in einem wesentlichen Punkte nachzugeben, auf ihren hohen Forderungen; dazu sollte die 2jährige Dienstzeit nach fünf Jahren widerruflich sein. Nach Zurückweisung einer solchen Forderung ist der Reichstag aufgelöst worden. Die Neuwahlen sind zum 15. Juni ausgeschrieben. So hat die Wählerschaft nun selbst die Entscheidung zu treffen. Scharf und klar muß sie erkennen, worauf es ankommt, und den Blick sich nicht trüben lassen durch trügerische Vorspiegelungen, wie sie bei der Auflösung des Jahres 1887 mit Erfolg versucht worden sind. Geht aus den Wahlen eine gefügige Mehrheit hervor, so ist einer rücksichtslosen Steigerung der Militärlasten auch in anderer Richtung keine Grenze mehr gesetzt. Mit der fortgesetzten Erhöhung der Verbrauchsabgaben treibt die Finanznot des Reichs der Einführung von Monopolen entgegen. Die Neuwahlen gelten für die lange Dauer von fünf Jahren. Schroff in der Abweisung volkstümlicher Reformen erweist sich die Regierung schwach gegenüber den Plänen des Rückschrittes. Das Recht der Freizügigkeit, die Solidität der deutschen Währung, die Erweiterung des Absatzes im Ausland durch Handelsverträge sind bedroht. Der Bund der Sonderbestrebungen fordert Preisgabe allgemeiner Interessen und stärkt jene rückläufige Bewegung, welche das schwer errungene Gefühl staatsbürgerlicher Gemeinschaft in den Gegensatz der Berufsstände aufzulösen strebt. Die Sucht, alle sozialen und wirtschaftlichen Uebelstände durch Straf- und Polizeigesetze zu heilen, droht, neue Auswüchse zu zeitigen. Wird solchen Bestrebungen nachgegeben, so treibt die Furcht vor der unaufhaltsam wachsenden Unzufriedenheit alsbald wieder zum Erlaß von Ausnahmegesetzen und zur Verkümmerung der Preßfreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts. Schon wird im reaktionären Lager die Abschaffung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts, dieses Grundpfeilers unsrer Reichsverfassung, mit dreister Stimme gefordert. Deutschland steht an einem Wendepunkt seiner inneren Entwicklung, und die deutschen Wähler haben zu entscheiden, ob es im Vaterlande vorwärts gehen soll oder rückwärts. Der Kampf wird kein leichter sein. Im Dienst unsrer politischen Grundsätze müssen wir gewappnet stehen wider die Gegner von rechts und von links. Alle Bestrebungen, die staatsbürgerlichen Rechte eines Teils der Bevölkerung um der Abstammung, des Bekenntnisses und der politischen Ueberzeugung willen zu beeinträchtigen, werden in gleichem Maße zu bekämpfen sein, wie die Irrlehren, welche in der Beseitigung unsrer Gesellschaftsordnung das Heil der Zukunft erblicken. Als die Volksvertretung am 6. Mai ihre Entscheidung traf, war sie sich bewußt, dem Volke getreu zu sein. Wir vertrauen dem Volke, daß es seiner Vertretung am 15. Juni nicht untreu werden wird. Nach außen stark, soll das Reich im Innern ein Hort des freien Bürgertums sein. Es gilt, ohne Schwanken und ohne Halbheit vorwärts zu schreiten und das Banner des Gemeinwohles mit Thatkraft und Entschlossenheit zu entfalten."

Dieser gemeinschaftliche Wahlaufruf wird vielfach als die

Einleitung zu einer Fusion der beiden betrachtet. Der Gedanke stößt jedoch in Süddeutschland auf Widerspruch. Das Hauptblatt der bayerischen Demokratie, der „Nürnberger Anz.", verwahrt sich dagegen in folgendem Artikel:

„Das wissen wir, daß das deutsch-freisinnige Programm mit seiner schließlichen ostentativen Betonung der Treue zu Kaiser und Reich, daß der königlich preußische Loyalitätszopf, wie ihn auch ein großer Teil der Gruppe Richter noch trägt, daß der norddeutsche Nationalitätsdünkel, abgesehen von den bisherigen Programmunterschieden, ehrlichen, demokratisch gesinnten Männern wider den Geschmack und auch die Gesinnung ist. Persönliche Neigung und Sympathien für einzelne Angehörige der freisinnigen Partei vermögen darin nichts zu ändern. Und darüber können sich auch die Herren Haußmann und Payer nicht im Unklaren befinden."

8. Mai. Die „Köln. Ztg." stellt fest, daß in der vom Reichskanzler zitierten Rede des Dr. Lieber in Aschaffenburg der Redner nach dem stenogr. Berichte auch gesagt habe,

„daß er ein Mußpreuße sei, im Jahre 1866 an Preußen annektiert und seitdem der Krone Preußens unterworfen; von angestammter Unterthanentreue könne da keine Rede sein. In diesem Zusammenhang, in dem er sich von dem Vorwurf einer preußischen Gesinnung zu reinigen suchte, wandte der Redner sich gegen den Freiherrn von Schorlemer-Alst folgendermaßen:

Es hat ein sonst von mir hochverehrter, ein um die Partei des Zentrums vielfach verdienter preußischer Edelmann kürzlich in einer deutschen Adelsversammlung den Satz ausgesprochen, das Haus der Hohenzollern sei der Hort der Monarchie in Deutschland nicht nur, sondern in ganz Europa. Ich erkläre, daß dies nicht der Standpunkt des Zentrums ist .... Wir erkennen gern an, daß das Haus Hohenzollern, seit es die deutsche Kaiserkrone trägt, berufen ist, als Hort der Reichsverfassung, wie die Rechte des Volkes, so auch die Rechte der verbündeten Fürsten und freien Städte zu schützen. Allein wir werden durch keinen Ablauf der Zeit uns bestimmen lassen, das Unrecht der Vergangenheit, welches von diesem Hause ausgegangen ist, Recht zu nennen. Dies in Bezug auf den Hort der Monarchie."

8. Mai. (Berlin: Abgeordnetenhaus.) Namentliche Schlußabstimmung über das Vermögenssteuergesetz, das mit 215 gegen 25 Stimmen angenommen wird.

Das Zentrum enthält sich mit Ausnahme des Abg. Kersting, der mit Nein stimmt, der Abstimmung. Gegen das Gesetz stimmen außer den Freisinnigen von den Nationalliberalen die Abg. v. Eynern und Friedberg, sowie der frühere Minister des Innern Herfurth.

8. Mai. (Bückeburg.) Fürst Adolf Georg zu Schaumburg-Lippe †.

9. Mai. Der Kaiser hält auf dem Tempelhofer Felde nach dem Vorbeimarsch der Bataillone eine Ansprache an die Generale und Stabsoffiziere (nach der „Nordd. Allg. Ztg."):

„Seitdem wir uns nicht gesehen, sind eigene Wandlungen mit der Militärvorlage vor sich gegangen. Ich habe nicht deren Ablehnung er-

warten können und hoffte von dem patriotischen Sinne des Reichstages eine unbedingte Annahme. Ich habe mich darin leider getäuscht. Eine Minorität patriotisch gesinnter Männer hat gegen die Majorität nichts zu erreichen vermocht, dabei sind leidenschaftliche Worte gefallen, welche unter gebildeten Männern ungern gehört werden. Ich mußte zur Auflösung schreiten und hoffe von einem neuen Reichstage die Zustimmung zur Militärvorlage. Sollte aber auch diese Hoffnung täuschen, so bin ich gewillt, alles, was ich vermag, an die Erreichung derselben zu setzen, denn ich bin zu sehr von der Notwendigkeit der Militärvorlage, um den allgemeinen Frieden erhalten zu können, überzeugt. Man hat von Aufregung der Massen gesprochen; ich glaube nicht, daß sich das deutsche Volk von Unberufenen erregen lassen wird. Im Gegenteil, ich weiß mich Eins in dieser Militärvorlage mit den Bundesfürsten, mit dem Volk und mit der Armee. Ich danke, meine Herren, ich habe mich Ihnen gegenüber nur aussprechen wollen, wie ich es beim Entstehen der Vorlage gethan."

10. u. 11. Mai. Die Parteien erlassen ihre **Wahlaufrufe.** In dem **deutsch-konservativen** heißt es:

Die deutsche konservative Partei tritt nach wie vor für die volle Wehrkraft unseres Volkes ein und sieht in derselben eine unerläßliche Bedingung für die deutsche Machtstellung und für die Erhaltung des Friedens. Mehraufwendungen, die unvermeidlich sind, müssen ihre Deckung durch eigene Einnahmen des Reiches finden; diese Lasten dürfen nicht den Unbemittelten, den Mittelstand oder die Landwirtschaft drücken, dagegen sind andere bisher zu sehr geschonte Steuerquellen heranzuziehen.

Wir bekämpfen den Abschluß von Handelsverträgen, welche der Landwirtschaft neue Opfer auferlegen würden, und unterstützen die Bestrebungen, welche auf die Vereinigung der Landwirte zum Zwecke der nachdrücklichen Vertretung ihrer berechtigten Forderungen gerichtet sind. Wir erstreben den Schutz unserer vaterländischen Arbeit gegen die ausländische Konkurrenz, welche durch die zeitigen internationalen Währungsverhältnisse von Tag zu Tag gesteigert wird. Im Hinblick auf den schweren Druck, welcher unser gesamtes Erwerbsleben belastet, treten wir ein für die Erhaltung und für die Kräftigung des Mittelstandes in Handel und Gewerbe, im Handwerk und in der Landwirtschaft.

Wir bekämpfen demagogische Umtriebe jeder Art, welche darauf hinarbeiten, die Gesinnungen weiter Kreise unseres Volkes durch Lug und Trug in Wort und Schrift irre zu leiten und zu vergiften.

Das Bekenntnis zu der christlichen Weltanschauung, welche ihre Bethätigung in unserem Volksleben, in der Gesetzgebung und in der Handhabung der Gesetze finden muß, ist der feste Grund in den Wirren der Zeit und die Lebenskraft jeder berechtigten Autorität.

Die deutsche konservative Partei ist entschlossen, in Vertretung dieser Grundsätze und Ueberzeugungen, mit voller Selbständigkeit und unentwegt weiter ihre Dienste der Monarchie und dem Vaterlande zu weihen."

Der **freikonservative** sagt:

Die gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands beruht auf dem von dem Fürsten Bismarck in unsere Wirtschaftspolitik eingeführten Grundgedanken gleichen Schutzes aller Zweige der nationalen Arbeit und gleichmäßiger Förderung der Interessen von Landwirtschaft, Industrie und Handwerk. Hieran ist festzuhalten, unter besonderer Berücksichtigung von Landwirtschaft und Handwerk, welche schwer um die Existenz ringen. Nur so wird es gelingen, Deutschland einen kräftigen Mittelstand in Stadt und

Land, einen kräftigen Bauern- und Handwerkerstand und damit die wesentlichsten Bedingungen für die Gesundheit und Stärke des Volkes zu erhalten. An der Durchführung der erhabenen Ziele, welche die Botschaft unseres unvergeßlichen großen Kaisers Wilhelm I. dem deutschen Volke gestellt hat, haben wir regen Anteil genommen. Wir erkennen indessen an, daß bei der Ausführung der ergangenen sozialen Gesetzgebung Mängel hervorgetreten sind, deren baldige Beseitigung angestrebt werden muß. Den Traditionen unserer Partei entsprechend werden wir unablässig bemüht sein, das Wohl der Arbeiter nach jeder Richtung zu fördern. In diesem Sinne verlangen wir auch wirksamen Schutz für den friedlichen und fleißigen Arbeiter gegen die Vergewaltigung durch gewissenlose Hetzer und deren Anhang, wie wir auch Schutz verlangen für den Arbeitgeber gegen frivole Ausstände. Wir haben es stets als eine unserer vornehmsten Aufgaben erkannt, über alle politischen und wirtschaftlichen Fragen eine Verständigung zwischen den streng konservativen und den gemäßigt liberalen Anschauungen herbeizuführen, um hierdurch einen festen Zusammenschluß aller staaterhaltenden Elemente den finstern Mächten gegenüber zu erreichen, welche den Vernichtungskampf gegen Christentum, Monarchie, Familie und Besitz begonnen haben. Nicht für die Anhänger unserer Partei bitten wir um die Stimmen unserer Mitbürger. Wir wissen uns frei von engherzigen Fraktionsbestrebungen. Unser Sinn ist gerichtet auf das Wohl des Vaterlandes, nicht auf die Förderung einer Partei, welche doch nur den Zweck haben darf, dem öffentlichen Wohle zu dienen. Es kommt vor allem darauf an, patriotische Männer zu wählen, deren Blick nicht getrübt ist durch Parteirücksichten, sondern deren Herz warm schlägt für das Wohl und Gedeihen, für den Ruhm und die Ehre des Vaterlandes! Was mit Strömen deutschen Blutes in großer Zeit erworben ward unter der Führung unvergleichlicher Staatsmänner und Heerführer, muß verteidigt werden mit der ganzen Kraft des deutschen Volkes.

Der nationalliberale:

Der deutsche Reichstag ist aufgelöst. Wiederum, wie im Jahre 1887, ist das deutsche Volk berufen, über die Erfordernisse der Sicherheit und Machtstellung des Reichs zu entscheiden. Mit schweren Opfern ist das Reich auf den blutigen Schlachtfeldern der Jahre 1870/71 erkämpft worden. Begründet und ausgebaut durch den unvergeßlichen Kaiser Wilhelm I. und die unvergleichliche Staatskunst des Fürsten Bismarck, ist es uns zur Erhaltung und Pflege überantwortet. Gegenüber der von Jahr zu Jahr wachsenden Heeresmacht Frankreichs und Rußlands mußten neue und große Anforderungen an die Opferwilligkeit der Nation gestellt werden. Nicht leichten Herzens sind die Vertreter unsrer Partei im Reichstag an die Beratung der Militärvorlage herangetreten. Ihrer ernsten Verantwortung eingedenk, haben sie eine Verständigung über das notwendige Maß der Bewilligung angestrebt. Die Grundlage dafür war endlich mit Zustimmung der verbündeten Regierungen gewonnen. Unter dem Banne engherzigen Fraktionsgeistes fand sich jedoch aus den verschiedensten, nach ihren Grundanschauungen weit auseinander strebenden Parteien eine Mehrheit zusammen in der Verneinung. Diese Mehrheit hat den verhängnisvollen Streit heraufbeschworen. Sie hat neue Unsicherheit in unsre, der Ruhe und Stetigkeit so dringend bedürfenden wirtschaftlichen Verhältnisse hereingetragen. Sie hat die gedeihliche Entwicklung unsres Verfassungslebens aufs schwerste gefährdet. Die großen, von den weitesten Kreisen des Volkes lange ersehnten Vorteile der geplanten Heeresreform sind damit wieder in Frage gestellt. Die zweijährige Dienstzeit sollte die persönliche Militärlast erleichtern, die

vollkommenere Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, dieses ruhmreichen Erbteils der Freiheitskriege, sollte sie gerechter und gleicher verteilen. Im Falle des Krieges sollten die Jüngeren die erste Schlachtlinie bilden, die Aelteren, die verheirateten Mannschaften, den zweiten Wall im Unabhängigkeitskampf verteidigen. Die Vermehrung unsrer Streitkräfte soll das Uebergewicht der großen Militärstaaten gegen uns wieder wett machen, unserm Kultur- und Wirtschaftsleben das unentbehrliche Gefühl der Sicherheit dauernd erhalten. Das waren die Ziele der von der Reichstagsmehrheit abgelehnten Vorlage! Gewiß, eine solche Reform erheischt bedeutende finanzielle Lasten. Aber es handelt sich um die Ehre und Machtstellung des Reiches, um wirksamere Bürgschaften für den europäischen Frieden und, wenn uns der Krieg aufgezwungen wird, für die Erringung des Sieges. Es handelt sich um den Schutz der ehrlichen Arbeit in allen Gewerben. Niemals haben wir es an uns fehlen lassen, wo die höchsten nationalen Güter verteidigt werden mußten. Bleiben wir unsrer Vergangenheit treu! Deutschland, inmitten zweier großen Militärstaaten, soll frei sein nach außen, stark genug, um im Rahmen des Dreibundes als Friedenshort in Europa sich ferner zu bewähren. Große Aufgaben sind auch im Innern noch zu vollbringen. Seit ihrer Entstehung hat unsre Partei selbstlos, in voller Unabhängigkeit, besonnen und mit reichem Erfolg für die nationale Einheit, für verfassungsmäßige Freiheit, für verfassungsmäßiges Recht gestritten. Sie wird ihrer nationalen Pflichten, ihrer liberalen Ziele auch in dieser schweren Zeit eingedenk bleiben. Möge der gesunde Sinn des Volkes den unheilvollen Streit um die Sicherheit des Landes zu glücklicher Lösung bringen, damit unsre thätige Sorge sich der Kräftigung des Reichsgedankens, der Reform der Reichsfinanzen, der Bewahrung und Festigung bürgerlicher Ordnung und Freiheit, der Versöhnung der Gegensätze, der Förderung des Wohles der weniger bemittelten Klassen dauernd und ungehindert zuwenden kann! Insbesondere gilt es, die durch die neuere wirtschaftliche Entwickelung vorzugsweise gefährdeten Mittelklassen in Stadt und Land zu stärken, dem Handwerker- und Kaufmannsstand, wie der durch die wachsende auswärtige Konkurrenz bedrängten Landwirtschaft zu Hilfe zu kommen. Mit voller Entschlossenheit ist die revolutionäre Gefahr der Gegenwart, namentlich die gewissenlose Verführung der Arbeiter zu bekämpfen. In diesem Kampfe müssen alle Freunde des inneren Friedens fest zusammenstehen. Wohlan denn, thue jeder seine Schuldigkeit! Heute handelt es sich nicht um den Vorteil einer Partei. Das Vaterland ruft euch zur treuen Erfüllung eurer Bürgerpflicht. Auf zur Arbeit! Vorwärts zum Siege! Allezeit in unwandelbarer Treue zu Kaiser und Reich!

Der sozialdemokratische:

„Die Würfel sind gefallen. Wochen- und monatelang haben die herrschenden Parteien hinter den Koulissen ihr Interessenspiel getrieben. Die Furcht vor den Wählern hat schließlich die Mehrheit der Bourgeoisvertreter verhindert, der Militärvorlage zuzustimmen, welche die auf den Schultern des arbeitenden Volkes lastenden Gut- und Blutsteuern ins Unerträgliche zu steigern drohte. Mit 210 gegen 162 Stimmen wurde in namentlicher Abstimmung der Kompromißantrag Huene abgelehnt, und damit war auch die ganze Regierungsvorlage zu Falle gebracht. Die Antwort der Regierung war die sofortige Auflösung des Reichstages. Und diese Antwort richtet sich unmittelbar gegen das Volk, dessen Willen der Reichstag nur gezwungen Ausdruck gab. An euch, Parteigenossen, Wähler, ist es nun, dem Willen der Regierung euren Willen, den Volkswillen entgegenzusetzen. Die Parteivertreter sind in diesem Kampf unserm Programm

und ihrem den Wählern gegebenen Versprechen treu geblieben. Alle waren zur Stelle, Mann für Mann haben wir in namentlicher Abstimmung die Militärvorlage verworfen. Wir treten in die Reihen der kämpfenden Genossen in dem Bewußtsein zurück, unsre Pflicht gegen die Partei, gegen die arbeitende Klasse, gegen unsre Wähler erfüllt zu haben. Ernst wird der Kampf sein, den durchzukämpfen wir alle am 15. Juni berufen sind. Nicht um die Militärvorlage allein wird es in dem neuen Reichstag sich handeln, sondern — darüber müssen wir uns klar sein — die Grundrechte des Volkes, vor allem das allgemeine Wahlrecht, sind in Gefahr. Das herrschende System, die Interessen der Besitzenden drängen nach ihrer Beseitigung! Parteigenossen! Wähler! Wir sind fest davon überzeugt, daß ihr mit ganzer Kraft in den Kampf eintreten werdet; wir fordern euch daher auf, ungesäumt die letzte Hand an die Organisation des Wahlkampfes zu legen und namentlich auch dafür zu sorgen, daß die für diesen Kampf erforderlichen Mittel in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen."

Die freisinnige Vereinigung:

„Der Reichstag ist aufgelöst, weil sich die Volksvertretung mit der Reichsregierung nicht über das Maß der Heeresverstärkung und nicht über die gesetzliche Sicherstellung der zweijährigen Dienstzeit zu einigen vermocht hat. Bedauerlicherweise unterliegt einem leidenschaftlichen Wahlkampf die Entscheidung darüber, wie stark die Rüstung Deutschlands sein soll, um die Grenzen und die Ehre unseres Vaterlandes und den Frieden Europas zu sichern. Ueber das Ziel sind alle Parteien mit der Regierung einig, und über die Mittel zur Erreichung jenes Zieles hätte ebenfalls eine Einigung gewonnen werden können, wenn die Regierung ein genügendes Verständnis für die Stimmung des Volkes besessen hätte.

Eine Volksvertretung, die mehr sein will als ein Scheinparlament, muß gerade in Fragen der militärischen Belastung, welche so tief in alle bürgerlichen Verhältnisse eingreifen, den Anspruch auf volle Berücksichtigung gerechter Forderungen der Nation erheben. Zu diesen gehört vor allem die dauernde, gesetzmäßige Festlegung der zweijährigen Dienstzeit. Die Zugeständnisse der Regierung waren aber darum ungenügend, weil sie die Möglichkeit offen ließen, die zweijährige Dienstzeit nach fünf Jahren wieder zu beseitigen. Andererseits stellte die geforderte Heeresverstärkung eine so außergewöhnliche Erhöhung der Volkslasten dar, daß deren Uebernahme ohne die gefestigte Ueberzeugung ihrer Notwendigkeit keinem gewissenhaften Volksvertreter zuzumuten ist.

Jetzt liegt es in der Hand der Wähler, solche Vertreter in das Parlament zu senden, welche unter freier Prüfung über das militärisch und politisch durchaus Notwendige an dem Standpunkt festhalten, daß das Volk nicht nur die Lasten und Kosten des Heeresdienstes zu tragen hat, sondern berufen ist, auch über deren Höhe ein entscheidendes Wort mitzusprechen. Wir sind der Ansicht, daß bei Uebernahme neuer großer Militärlasten die dauernde gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit eine gerechte und dem Volke nicht zu verweigernde Forderung ist. Für das Maß der Heeresverstärkung muß ferner entscheidend ins Gewicht fallen, wie die Kostendeckung erfolgen soll. Wir lehnen es ab, die Kosten auf die Schultern der ärmeren Klassen zu legen, die seit 1879 immer in erster Linie nicht nur zur Deckung von Reichsausgaben, sondern auch zur Unterstützung privilegierter Produzenten in der Form von Schutzzöllen, Ausfuhrprämien und Liebesgaben herangezogen sind.

Die Abstimmung einzelner Mitglieder der deutsch-freisinnigen Partei über die Militärvorlage hat zu einer Lösung des Fraktionsverbandes ge-

führt. Wir sind zu dieser Trennung gedrängt worden, weil wir nicht gewillt waren, uns von langjährigen treuen Mitkämpfern zu scheiden, deren Uebereinstimmung mit ihren Kollegen in allen übrigen politischen Fragen keinem Zweifel unterliegt.

Diese Meinungsverschiedenheit über das Maß der politischen Duldsamkeit, das innerhalb eines Fraktionsverbandes herrschen soll, hindert aber nicht, daß beide getrennte Teile nach wie vor auf dem unveränderten freisinnigen Parteiprogramm verharren, in welchem eine breite Unterlage für ein politisches Zusammenwirken gegeben ist.

Nachdem sich die Trennung einmal vollzogen hat, wird es sich darum handeln, die gemeinsame freisinnige Sache vor weiterer Schädigung zu bewahren. Wir richten deshalb an alle Parteifreunde die dringende Aufforderung, im Wahlkampfe nicht zu vergessen, daß uns gemeinsame freisinnige Grundsätze verbinden.

Für diese Grundsätze wird die „Freisinnige Vereinigung" mit allen Kräften eintreten.

Wir verfechten eine Handels- und Wirtschaftspolitik, die den täglichen Lebensunterhalt der großen Massen vor Verteuerung schützen will. Wir wollen unser gesamtes wirtschaftliches Leben vor schweren Erschütterungen bewahren, indem wir dem verderblichen Streben nach Einführung der Doppelwährung entgegentreten. Wir wollen durch eine Fortführung der Politik der Handelsverträge unsere friedlichen Beziehungen zum Auslande befestigen und dem gesamten wirtschaftlichen Leben durch Erschließung neuer Märkte einen neuen Aufschwung geben. Wir wollen dem neidischen und kleinlichen Geist polizeilicher Bevormundung entgegentreten, der mit unberechtigtem Mißtrauen dem Handel und Wandel enge Fesseln anzulegen sucht.

Dieser Wahlkampf bringt aber voraussichtlich auch die Entscheidung darüber, ob die Grundlage unseres gesamten politischen Leben unangetastet bleiben soll. Ganz unzweideutig haben die Konservativen es ausgesprochen, daß sie eine Beseitigung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechtes anstreben. Alles werden wir daher einzusetzen haben, um von unserer politischen Freiheit diese schwerste Schädigung abzuwehren, welche von einer gesunden Bethätigung am öffentlichen Leben insbesondere die Arbeiter abdrängen würde, deren politische Rechte in ihrem eigenen, wie im allgemeinen Interesse unverkürzt erhalten bleiben müssen.

Je tiefer das deutsche Volk durch eine demagogisch betriebene engherzige Interessenpolitik und durch die antisemitische Bedrohung der Rechtsgleichheit zerklüftet ist, um so nötiger erscheint die Verwirklichung unserer Grundsätze. Dem deutschen Bürgertum, welches nicht ohne eigene Schuld einen so unverhältnismäßig geringen Einfluß auf die Entwickelung unseres öffentlichen Lebens ausübt, erwächst die Verpflichtung, politisch und wirtschaftlich freien Anschauungen einen breiteren Boden zu gewinnen. Nur der von aller Engherzigkeit freie Liberalismus kann das Deutsche Reich vor einer verhängnisvollen Entwickelung schützen und dem Freisinn jenen gesetzgeberischen Einfluß erobern, ohne welchen Deutschland seine Kulturaufgaben nicht zu erfüllen vermag. Im Auftrage: Ludwig Bamberger. Theodor Barth. Karl Schrader."

Der Bund der Landwirte erläßt folgenden Aufruf:

Landwirte Deutschlands! Der Reichstag ist aufgelöst. Schneller, als wir es erwarten konnten, wird uns die Gelegenheit geboten, zu zeigen, daß die deutschen Landwirte fest entschlossen sind, für die Forderungen einzutreten, welche sie zur Einigung im Bund der Landwirte geführt haben.

An alle Berufsgenossen, an alle Freunde unseres Gewerbes, an alle, welchen des Vaterlandes dauernde Blüte höher steht, als öde Parteitheorien, richten wir deshalb die Aufforderung, an die Wahlurne zu treten und Männer zu wählen, welche fest entschlossen sind, für unsere berechtigten Forderungen einzutreten.

Wir fordern vor allen Dingen: 1. Erhaltung der jetzt bestehenden landwirtschaftlichen Zölle, Ablehnung aller Handelsverträge, welche dieselben herabzusetzen bestimmt sind; 2. Sperrung unsrer Grenzen gegen die Einfuhr von Vieh aus verseuchten Ländern; 3. Entschädigung für die Verluste, welche die Landwirtschaft durch die von ihr nicht verschuldeten Verheerungen der Maul- und Klauenseuche erleidet; 4. Beschränkung des Börsenspiels mit den wichtigsten Volksnahrungsmitteln; 5. Vereinfachung der Unfallversicherung, des Alters- und Invaliditätsgesetzes in Bezug auf Verbilligung der Verwaltung und den Markenzwang; 6. Klärung und internationale Regelung der Währungsfrage.

Zum erstenmal treten wir Landwirte als geschlossener, geeinter Stand in die Wahlbewegung. Schon heute sieht man sich genötigt mit uns zu rechnen. Laßt uns zeigen, daß wir eine Macht bilden und daß wir uns dessen bewußt sind. Dann wird man uns die unserm Gewerbe gebührende Rücksichtnahme nicht länger verweigern können. Wir wollen keine einseitige Vertretung oder Bevorzugung der Landwirtschaft, nur zu ihrem Recht wollen wir ihr verhelfen. Stets werden wir dessen eingedenk sein, daß des Vaterlandes Macht und Größe über alles geht, und dieselben nur erhalten werden können, wenn wir treu zu Kaiser und Reich stehen, wenn wir alle diejenigen Stände in ihrer Grundlage schützen, auf deren Blühen und Gedeihen unsre Stärke beruht: Landwirtschaft, Handwerk, Industrie und Handel. Nur bei einer weisen und gerechten Fürsorge für die Lebensbedürfnisse dieser produktiven Stände, nur bei Erhaltung eines gesunden und starken Mittelstandes, insonderheit der Bauern und der Handwerker, kann unser Vaterland den zersetzenden Bestrebungen der Feinde jeder staatlichen und sozialen Ordnung im Innern, dem Drohen feindlicher Nachbarn von außen mit Erfolg die Spitze bieten. Wir sehen eine Forderung der Gerechtigkeit und Notwendigkeit in der genügenden Fürsorge für die Beamten, in der sozialen Gesetzgebung zum Wohl unsrer Arbeiter, aber wir wollen diejenigen Stände leistungsfähig erhalten, welche die Kosten dieser Fürsorge zu tragen haben. Auch unsre Arbeiter müssen die Wahrheit des Wortes erkennen, daß billiges Brot nichts nützt, wenn es an Arbeit fehlt.

Die deutschen Landwirte haben noch niemals ein Opfer gescheut, wenn dasselbe für des Vaterlandes Macht und Größe notwendig war. Sie haben den Nachweis nicht erst zu erbringen, daß sie es stets für ihre heiligste Pflicht halten werden, die feste Stütze des Vaterlandes und der Reichsregierung zu sein; aber wer Opfer bringen soll, muß etwas zu opfern haben, und die deutsche Landwirtschaft ist ohne ihre Schuld an der äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Unsre erste Pflicht ist es deshalb, Männer zu wählen, welche Verständnis für die großen wirtschaftlichen Fragen unsrer Zeit haben und den ernsten Willen, ohne Rücksicht auf Fraktionsinteressen, aber auch ohne Scheu vor der Regierung in einer zu diesem Zweck zu bildenden wirtschaftlichen Vereinigung für eine nachhaltige Hebung unsres schwer bedrohten Gewerbes einzutreten. Sache der Reichsregierung ist es, den unzweideutigen Beweis zu liefern, daß sie ernsthaft gewillt ist, unsern Beschwerden schnelle und gründliche Abhilfe zu schaffen. Nicht mit schönen Worten, nur durch entscheidende Thaten wird es ihr gelingen, das in den weitesten Kreisen des Volkes durch die Gesetzgebung der letzten Jahre schwer erschütterte Vertrauen wieder herzustellen.

Hier liegt der Schwerpunkt des Kampfes; denn eine Reihe der für die wirtschaftliche und soziale Gestaltung unsres Staatslebens wichtigsten Entscheidungen wird der neue Reichstag zu treffen haben.

Es ist ein Kampf für unsre Existenz, für unsre Arbeiter, für unsre Familien, für unser ganzes Vaterland, welchem wir entgegengehen. Zeigen wir, daß die deutschen Landwirte sich voll bewußt sind der Verantwortung, welche in dieser Wahl liegt, daß das Bemühen unsrer Feinde, unsre Einigkeit zu stören und künstlich einen Gegensatz zwischen den kleinen und großen Besitzern zu schaffen, vergeblich ist. Nicht das wollen wir hervorsuchen, was uns trennt, nein, das was uns eint. Die geeinte deutsche Landwirtschaft ist das festeste Fundament unsres Vaterlandes, an dem alle feindlichen Wogen machtlos zerschellen werden. Die Blüte der Landwirtschaft ist die sicherste Bürgschaft für des Vaterlandes Macht und Größe. Berlin, im Mai 1893. Der Bund der Landwirte. v. Ploetz. Dr. Roesicke. Lutz. Dr. H. Suchsland.

150 westphälische Landwirte mit dem Freiherrn v. Schorlemer an der Spitze erlassen einen besonderen Aufruf:

Schon lange laste auf der heimatlichen Landwirtschaft, insbesondere auf dem Bauernstande, aber auch auf den Handwerkern und kleinen Gewerbetreibenden, mit welchen die Landwirte sich solidarisch fühlen, ein schwerer Druck. „Die Handelsverträge mit ihrer Ermäßigung der Schutzzölle haben die Landwirtschaft geschädigt, der Industrie wenig genutzt.... Der aufgelöste Reichstag hat den berechtigten, auch noch auf andere Gebiete sich erstreckenden Wünschen und Interessen der Landwirtschaft nicht genügend Rechnung getragen; es fehlte namentlich den westfälischen Landwirten eine nach Zahl und Wirksamkeit genügende Vertretung in demselben.... Wir haben uns bis da von der Bildung einer eigenen Partei zur Erreichung dieser Ziele ferngehalten in dem Vertrauen, daß innerhalb der bestehenden Parteien, insbesondere auch der Zentrumspartei, unsre berechtigten Wünsche und Forderungen Anerkennung und Berücksichtigung finden würden." Die bescheidenen Wünsche, wenigstens für zwei weitere Wahlkreise bei der bevorstehenden Reichstagswahl Landwirte als Abgeordnete aufzustellen, so daß von den neun Wahlkreisen vier von solchen vertreten würden, seien von der Versammlung der Vertrauensmänner der Zentrumspartei Westphalens durch Uebergang zur Tagesordnung abgelehnt worden. „Damit ist die Nichtanerkennung unsrer berechtigten Wünsche, die Zurückstellung der Lebensinteressen der westphälischen Landwirtschaft hinter einem einseitigen Parteistandpunkt ausgesprochen. Wir standen und stehen als Katholiken unentwegt fest zu dem Programm der Zentrumspartei in den religiös-politischen und christlich-sozialen Fragen und folgen auch ferner der Fahne, die die Mallinckrodt, Reichensperger, Windthorst, Schorlemer, Franckenstein, Ballestrem aufgepflanzt und hochgehalten haben. Wir wollen als freie deutsche Staatsbürger frei unsern katholischen Glauben ausüben können und verlangen Abschaffung aller diesbezüglich noch behindernden Gesetze. Wir wollen aber auch als westphälische Bauern wie unsre Vorfahren im Besitze unsrer ererbten Höfe bleiben und unser bedrohtes Eigentum nicht ohne den erbittertsten Kampf uns nehmen lassen. Deshalb verlangen wir, daß die Abgeordneten, denen wir unsre Stimme geben: 1) Festhalten in allen religiös-politischen und sozialen Fragen an dem altbewährten Programm des Zentrums; 2) Eintreten für den Schutz der produktiven Stände — des Bauernstandes, Handwerkerstandes und der kleinen Gewerbe — durch Ablehnung jeder Zollermäßigung unsrer Produkte, Eintreten für Sperrung unsrer Grenzen gegen Einführung von Vieh aus verseuchten Län-

dern, für Beschränkung des Börsenspiels mit den wichtigsten Nahrungsmitteln, für internationale Regelung der Währungsfrage, für Einführung des Befähigungsnachweises und obligatorischer Handwerkerinnungen. Beschränkung des Hausierhandels, Einschränkung der Militärhandwerkerstuben und der Zuchthausarbeit; 3) Eintreten für Verminderung der drückenden Militärlasten durch Einführung zweijähriger Dienstzeit, Schonung der älteren Landwehrmänner im Kriegsfalle, Heranziehung der Wohlhabenden, vom aktiven Dienst Befreiten, zu einer entsprechenden Wehrsteuer; 4) Sicherstellung des Friedens durch die Erhaltung einer für die Verteidigung unsrer Grenzen und den Schutz unsres Vaterlandes hinreichend starken Armee. Deshalb erwarten wir von unsern Abgeordneten, daß sie als freie Männer, entsprechend den altbewährten Grundsätzen der Zentrumspartei, sich nicht durch Versprechen vor der Wahl binden und binden lassen, sondern sich die freie Entscheidung darüber vorbehalten, was sie im Interesse des wahren Wohls des Vaterlandes für gut und zutreffend erachten."

12. Mai. Fürst Georg Viktor zu Waldeck und Pyrmont in Marienbad †.

13. Mai. Graf Caprivi sendet der „Kreuz-Zeitung" folgende Berichtigung:

Die „Neue Preußische Zeitung" enthält in der Nr. 220 v. 12. d. Mts. unter der Ueberschrift „Deutschland" einen von Berlin, den 12. Mai, datierten Artikel, in dem sich folgende, aus anderen Zeitungen übernommene Mitteilung findet:

„Man hofft bis Montag die dissentierenden Freisinnigen zu bewegen, daß sie sich mit diesem (Vorschlag Carolath) begnügten. Sie hatten außerdem, was hier bemerkt sein mag, längst vom Grafen Caprivi gewisse Zusicherungen über den Gang der allgemeinen Politik und über die Steuern erhalten, durch welche in der nächsten Session die Kosten für die Militärvorlage gedeckt werden sollten."

Die in dieser Mitteilung enthaltene Bemerkung über von mir erteilte Zusicherungen entbehrt jeder thatsächlichen Begründung.

13. Mai. Der „Vorwärts" veröffentlicht folgendes Schreiben des Regenten von Braunschweig, Prinzen Albrecht, als dessen Adressat später der neu ernannte kommandierende General des Garde-Korps, v. Winterfeld, in dessen Hände jedoch das Schreiben nie gelangt ist, bekannt wird.

Blankenburg, 9. Mai 1893. Euer Exzellenz sind sehr beschäftigt, und ich fühle die Unbescheidenheit meines Schrittes, Ihnen in diesen Tagen zu schreiben. Die Sache, die ich erwähnen möchte, ist doch aber von solcher Wichtigkeit, daß ich sie nicht verschieben kann, bis ich vielleicht die Ehre habe, Sie hier zu sehen und duldet auch keinen Aufschub.

Einen Entschluß, ob überhaupt und wie sie zu behandeln, will ich aber nicht fassen ohne Euer Exzellenz davon in Kenntnis gesetzt zu haben und mir Ihren Rat erbeten zu haben. — Kammerherr von Witzleben, Klosterpropst zu Roßleben, bat mich gestern, es zu übernehmen, dahin zu wirken, daß bei der Enthüllung des Monumentes des Kaisers, meines Herrn Onkels in Görlitz — dem, wenn ich recht verstanden im Getreibe der Gratulation bei mir, die Standbilder Bismarcks und Moltkes zur Seite gestellt worden, — der Fürst Bismarck eingeladen werden könne. Es sei der Versuch gemacht die Erlaubnis zu erlangen den Fürsten zu laden, dieselbe ab-

gelehnt worden, jedoch in einer Weise, daß der Zweifel blieb, ob dies von Sr. Majestät gewollt, oder nur von anderer Seite ausgehe. Witzleben meinte eine publike Aussöhnung Sr. M. mit dem Fürsten würde, nach Auflösung des Reichstages ꝛc. von eminentem wohlthätigen Einfluß auf unsere inneren Verhältnisse sein müssen. Ich erwiderte, daß ich im Moment und offiziell ein „Nein" seinem Ersuchen entgegensetzen müsse, daß ich mir aber die Sache nochmals überlegen wolle. — Selbst, nun, von der Bedeutung eines solchen Schrittes — Begegnung von Kaiser und Fürst — durchdrungen, möchte ich doch den Gedanken nicht fallen lassen, ohne ihn Euer Exzellenz vertraulich mitgeteilt zu haben. Im Herzen kann ich es nicht von der Hand weisen, was ich offiziell zunächst thun zu müssen glaubte, um keine unnützen Hoffnungen zu erwecken. — So teile ich diesen Gedanken von Witzleben Euer Exzellenz mit für den Fall, Sie irgend Gebrauch von mir für dessen Ausführung glauben machen zu können, — oder auch ohne mich, der ich verbleibe Euer Exzellenz aufrichtig dankbarer Albrecht, Pr. v. Pr.

14. Mai. (Berlin.) Der ehemalige Abg. Dr. Baumbach (Volksp.) hält in einer Berliner Wählerversammlung eine Rede, in der er folgendes äußert:

Was das Schreckgespenst eines Krieges nach zwei Fronten betreffe, so habe ihm gegenüber in einem Gespräch der hiesige französische Botschafter auf das entschiedenste bestritten, daß zwischen Frankreich und Rußland ein Bündnis oder irgend eine ähnliche Vereinbarung oder auch nur Verabredung existiere. Auf der andern Seite wiederum hätten sich mehrfach einflußreiche Herren aus Kiew ꝛc. über die Stimmung in Rußland dahin ausgesprochen, daß man dort allgemein glaube, Deutschland wolle angreifen; Rußland werde dies jedenfalls nicht thun. Alles, was man bei unserm östlichen Nachbar verlange, sei die Freigabe der Dardanellen. Gegen einen Angriff sei der Dreibund stark genug.

Infolge der Berufung auf den französischen Botschafter richtet dieser, Herr Herbette, ein sehr scharfes Schreiben an Herrn Baumbach, das mit dessen Antwort am 19. in der „Nordd. Allg. Ztg." veröffentlicht wird.

18. Mai. Der Kaiser reist nach Görlitz zur Einweihung des Denkmals Kaiser Wilhelm I. Bei dem Festmahl hält der Kaiser folgende Rede:

„Eine erhebende Feier hat soeben ihren würdigen Abschluß gefunden. In schöner Vollendung steht das ragende Bildnis Kaiser Wilhems I. vor uns. Die Anregung, welche dieses Denkmal, sowie so manche andere, die bereits stehen oder in der Vollendung begriffen sind, ins Leben rief, ist das Gefühl der Dankbarkeit gegen den hohen Dahingegangenen. Der Lausitz gilt Mein Dank für die herrliche Weise, in welcher sie ihrem Gefühle der Treue und Anhänglichkeit zu Meinem Großvater und Meinem Hause Ausdruck verliehen. Herzlichen Dank auch für Ihre warmen Worte, Mein lieber Graf Fürstenstein. Sie haben gesprochen im Namen der Lausitzer, Ihre Worte werden Wiederhall finden in den Herzen aller Meiner Unterthanen. Dann auch innigsten Dank dieser Stadt für den schönen Empfang, den sie Mir bereitet hat.

In eine ernste Zeit ist unser Fest gefallen. Daher sei das Denkmal eine Mahnung an uns alle. Doppelt ernst sei sie, wenn wir uns im Geiste erinnern, wie einst der Hohe Herr in dieser Stadt in eigener Person zu

Ihnen gesprochen hat. Festzuhalten gilt es, was Kaiser Wilhelm einst geschaffen und gewollt, sicher zu stellen gilt es die Zukunft unseres gesamten deutschen Vaterlandes. Dazu bedarf unsere Wehrkraft einer erheblichen Verstärkung. Die Nation habe Ich aufgefordert, uns dazu die Mittel zu bewilligen. Hinter dieser Frage stehen alle anderen Fragen und Rücksichten für den Augenblick zurück. Zur Lösung dieser die Lebensexistenz Deutschlands bedingenden Frage bedarf es der vollkommenen Einheit. Was uns Deutsche privatim auch trennen und auf verschiedene Bahnen lenken möge, das sei für jetzt beiseite gesetzt, bis die Aufgabe vollbracht ist. Wie die Lausitz und die anderen Teile der Monarchie treu zur Dynastie und Krone stehen, so mögen die deutschen Stämme in Erinnerung an die große Zeit vor 22 Jahren, fest um ihre Fürsten geschart, durch das Band gemeinsam vergossenen Blutes zusammengekittet, dem Vaterlande seine Freiheit und seine Zukunft erhalten. Ich trinke auf das Wohl der Lausitz und der Stadt Görlitz. Sie leben hoch!"

19. Mai. Der Führer der nationalliberalen Partei in Bayern, Abg. Bankdirektor v. Schauß in München †.

23. Mai. (Hannover.) Der deutsch-soziale Parteitag nimmt nach einem Bericht Dr. Königs und lebhafter Debatte mit allen gegen 7 Stimmen folgende Resolution an: „Der Parteitag hält an der früher seitens des Parteivorstandes abgegebenen Erklärung, daß Ahlwardt nicht Mitglied der deutsch-sozialen Partei sei, fest und lehnt jede Verantwortung für die politische Wirksamkeit des Herrn Ahlwardt ab".

24. Mai. Nach langer Verzögerung erscheint der Wahlaufruf der „Zentrumsfraktion im deutschen Reichstag":

Zum dritten Mal seit fünfzehn Jahren ist der Reichstag aufgelöst, zum zweiten Mal aus Anlaß einer Heervorlage, zum ersten Mal um einer Frage willen von so grundsätzlicher Bedeutung wie die, welche nun zu des Volks Entscheidung steht. Nicht um das Dasein, die Ehre und die Zukunft des Vaterlandes gegenüber seinen äußeren Feinden handelt sichs. In der Erhaltung des Reichs und seiner Sicherheit nach außen gibt es in Deutschland keine Parteiung. Streitig ist einzig, wie das Reich am besten erhalten, in sich gefestigt und vor innerem und äußerem Feind zugleich gesichert wird. Die Umwandlung des Reichs in einen Militärstaat, ein stehendes Heerlager bereits in Friedenszeiten; die dauernde Heranziehung des letzten halbwegs waffenfähigen Mannes, die bleibende übermäßige Belastung des notleidenden Nährstandes für den Wehrstand bis zur Erschöpfung vor dem Krieg: das ists, worum der nun entfachte Kampf geht. Er war zu wichtig für die ganze Zukunft unseres Volks- und Verfassungslebens, als daß wir nicht schon darum ihn zur Entscheidung des deutschen Volkes selber bringen mußten. In diesem Sinne wird der Widerspruch gegen die Militärvorlage Caprivi und den, von den verbündeten Regierungen aufgenommenen, Antrag Huene im Vordergrund der jetzigen Wahlbewegung stehen, das Feldzeichen des Zentrums in der Wahlschlacht sein.

So nach wie vor sind wir bereit, für Heer und Flotte alles, was zur Wehrhaftigkeit des Reichs erforderlich ist, zu bewilligen. Allein wir fordern auch die volle freie Mitbestimmung der Volksvertretung darüber, was zu dem Zweck in Wahrheit nötig ist, wie die Verfassung sie gewährleistet. So nach wie vor halten wir ein starkes, schlagfertiges Landheer und

eine ausreichende Seemacht in der gegenwärtigen Zeit und angesichts der Lage Deutschlands in Europa für unentbehrlich. Allein wir können unser Auge nicht vor der gleich wichtigen Notwendigkeit verschließen, die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Reichs, der Einzelstaaten und des Volks, die sich zur Zeit in einem durchaus unbefriedigenden Zustand befinden, dabei aufs sorglichste zu schonen und zu pflegen. So nach wie vor achten wir die Bestimmung der Verfassung heilig, daß jeder Deutsche wehrpflichtig. Allein nicht minder unbeugsam bekennen wir uns zu den unter Zustimmung der verbündeten Regierungen von nahezu dem ganzen Reichstag erst vor drei Jahren angenommenen Resolutionen Windthorst, nach deren erster die wirkliche Heranziehung aller wehrfähigen Mannschaften zum aktiven Dienst dem Deutschen Reich und Volk geradezu unerschwingliche Lasten auferlegen würde. So nach wie vor erachten wir die Einführung der gesetzlichen zweijährigen Dienstzeit bei den gesamten Fußtruppen für wünschenswert und durchführbar und werden gern bewilligen, wie wir dies auch jetzt gewollt, was dazu innerhalb der gegenwärtigen Friedenspräsenzstärke an Erhöhung des Rekrutenkontingents, an Durchschnittsstärke und vermehrtem Ausbildungspersonal nötig ist. Allein wir halten fest daran, daß — insbesondere nach der durch uns errungenen Dispositionsurlauber-Vermehrung von 1890 — die zweijährige Dienstzeit für Ausgleichsmaßnahmen zu teuer ist, die eine Erhöhung des Personalbedarfs um 60,000 Mann, des dauernden Geldaufwandes um jährlich 40, des einmaligen um 32 Millionen Mark bedeuten, und mit denen weitere Forderungen an Geld und Mannschaften in Höhe von jährlich 20 und einmalig 35 Millionen Mark und 23,000 Mann verquickt werden. Am Allerwenigsten konnten und können wir dem Ausgangspunkt und Ziel der jüngsten Vorlage der verbündeten Regierungen und der von diesen gutgeheißenen Abänderungsanträge zustimmen, dem Grundsatz der vollen Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, wenn auch bei Einführung der zweijährigen Dienstzeit für die Fußtruppen. Hier schieden und hier scheiden sich die Wege. Wir mußten Vorschlägen die Zustimmung versagen, welche die mit der schließlichen Verwirklichung der allgemeinen Wehrpflicht verknüpfte, auf die Dauer unerträgliche Belastung des Volkes notwendig zur Folgen hatten und auf die obwaltenden hochbedenklichen wirtschaftlichen und Sozialzustände unseres Landes keine Rücksicht nahmen. Wir mußten dies bei voller, ernstester Würdigung der politischen Lage und der Verantwortung, die uns dieselbe auferlegte. Wir thaten es aus eigenster bester Ueberzeugung, fühlten und wußten uns jedoch bei solcher Haltung eins mit dem Volke, das uns nach Berlin entsendet, und treu den Ueberlieferungen unserer Vergangenheit und den Verheißungen unseres Parteiprogramms wie aller unserer früheren Ansprachen an unsere Wähler. Wir werden den darin beschlossenen Grundsätzen auch ferner treu bleiben; wir wollen die Resolutionen Windthorst, welche diejenigen des aufgelösten Reichstags sind, als Richtschnur aller künftigen Behandlung von Heeresfragen in den neuen Reichstag hinübertragen, und wiederholen in diesem Sinne, was unser Wahlaufruf von 1884 ausgesprochen: „Wir wollen des Vaterlandes volle Wehrkraft, aber auch die Steuerkraft des Volkes und das Budgetrecht des Reichstags nicht geschädigt sehen und können für jene erste nur bewilligen, was mit den beiden letzten sich vereinigen läßt."

Im übrigen hat die Fraktion nicht not, ihr altes Programm, für das in achtmaliger Wahl Millionen Wähler ihre Stimmen abgegeben, neu zu entwickeln und zu empfehlen. Wie es sich in die Herzen der Partei hineingelebt, so bürgt die Treue, womit die Fraktion in schweren Stunden sich zu einem wesentlichen Satz dieses Programms bekannt hat, auch für dessen Festhaltung in allen andern Punkten und in aller Zukunft.

Nicht Augenblickes Nützlichkeit, Gerechtigkeit ist Fundament der Reiche. Was der Gerechtigkeit entspricht, ist einzig wahrer Vorteil; und wahrer Nachteil, was ihr widerstreitet. Wir halten für geboten, dies ursprüngliche Motto der Partei auch heute wieder voran, der Politik bloßer Zweckmäßigkeit oder Gewalt diejenige des ewigen Rechtes gegenüber zu stellen.

„Das oberste Gesetz ist die Verfassung. Sie vor allem muß in der Ehrfurcht und in der Sitte der Nation sich befestigen; ihre Bestimmungen müssen allseitig geachtet werden." In diesem feierlichen Wort unseres erhabenen Dulderkaisers Friedrich ist unsere ganze Haltung seit der Gründung der Partei bestätigt. Ohne gewissenhafte Achtung der Verfassung sind alle anderen Errungenschaften auf die Dauer wertlos, ist jede staatliche und gesellschaftliche Ordnung, die innere und die äußere Sicherheit des Reiches gefährdet. Auf diesem unerschütterlichen Grunde muß unser Rechts- und Wirtschaftsleben sich entwickeln. Demgemäß halten wir insbesondere unverbrüchlich fest an der Reinhaltung, Behauptung und vollen Auswirkung des geschichtlichen und verfassungsmäßigen Grundcharakters des Deutschen Reichs als eines Bundesstaates und an den von unsern verdienten Vorkämpfern mühsam errungenen Gerechtsamen des deutschen Volkes und seiner verfassungsmäßigen Vertretung auf Grund des allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrechts, und werden für den wirksameren Schutz des Wahlgeheimnisses und der Wahlfreiheit die Obsorge treffen, welche seitherige Erfahrungen notwendig und unaufschieblich machen.

Ohne Gewissensfreiheit keine bürgerliche, keine gesellschaftliche, keine wahre Freiheit! Der sogenannte „Kulturkampf" ist auch heute noch nicht beendet. Seine Versumpfung unter schillernder Decke wohlmeinender Freundlichkeit würde das Volksleben unheilvoller, als seine Wiederaufnahme in vollster Rücksichtslosigkeit, vergiften. Diese Wunde, die allergefährlichste, an welcher Deutschland blutet, bald und ganz zu schließen, die vollste Freiheit des Gewissens und der Religion, Selbständigkeit und freieste Bewegung, vertrauensvolle Achtung für die Kirche, die vollste Gleichberechtigung der anerkannten christlichen Bekenntnisse und ihrer Anhänger auf jeglichem Gebiete des öffentlichen Lebens endlich herbeizuführen, wird unser wichtigstes und patriotischstes Ziel sein. Vor allem muß das Ausnahmegesetz wider den Jesuiten- und die mit ihm angeblich verwandten Orden aufgehoben werden. Wir werden diesen Antrag, auf dessen Beratung wir zur Zeit des Zedlitz'schen Schulgesetzentwurfs verzichtet hatten, und welcher jetzt durch die Reichstagsauflösung von der Verhandlung ausgeschlossen worden ist, alsbald von neuem einbringen und keiner politischen Lage zulieb mehr außer Verhandlung setzen. Wir werden ihn so lange wiederholen, bis Reichstag und verbündete Regierungen mit uns erkennen werden, daß nicht konfessionelle Vorurteile und Abneigungen, sondern nur das verfassungsmäßige Recht der freien Religionsübung, sowie das ursprünglichste Recht ans Vaterland, das Heimatsrecht, hier die Entscheidung fällen dürfen, und daß nach Aufhebung des Ausnahmegesetzes wider die Sozialdemokratie die Aufrechterhaltung desjenigen wider katholische Ordensmänner und Ordensfrauen zehnfach verletzen und erbittern muß.

„Nur ein auf der gesunden Grundlage von Gottesfurcht in einfacher Sitte aufwachsendes Geschlecht wird hinreichende Widerstandskraft besitzen, die Gefahren zu überwinden, welche unserer Zeit für die Gesamtheit erwachsen." Bereits vor fünfzehn Jahren haben wir auf die entscheidende Bedeutung hingewiesen, welche die Erhaltung und Wiederbelebung religiöser, vor allem gläubig-christlicher Gesinnung für die Bekämpfung der Wahnlehren des Liberalismus und des Sozialismus hat, und welche zehn Jahre nachher das obige Kaiserwort hervorhob. In dieser Bekämpfung wird das

Zentrum jederzeit den Reigen führen. Dies ist von allen Seiten, erst jüngst wieder sogar in heftigster Befehdung von dem Reichskanzler, und nicht minder vom Liberalismus und vom Sozialismus selber anerkannt und wird, je dringender und größer die Gefahr, um so bedeutsamer hervortreten. Mehr als zuvor gilt es im gegenwärtigen Wahlkampf, des unversöhnlichen Gegensatzes sich bewußt zu bleiben, der eine Partei, die in dem positiven Christusglauben wurzelt, von dem gewaltig aufstrebenden Sozialismus trennt. Wenn nach dem Ausspruch eines seiner Wortführer „kein überzeugter Sozialdemokrat auf die Dauer ein Gottesgläubiger sein kann", muß, wer dem Zentrum angehören will, standhaft davon durchdrungen sein, daß kein gläubiger Christ auch nur vorübergehend und in Einzelnfragen mit der Sozialdemokratie liebäugeln darf. Nicht Umsturz der bestehenden Ordnung kann die Heilung des kranken Erwerbs- und Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftslebens bringen, sondern allein die Wiederherstellung des Christentums als Grundlage unseres gesamten, des öffentlichen, wie des privaten Lebens, unserer Gesetzgebung und Verwaltung, das unbarmherzige, positive Vorgehen gegen die unchristliche liberale Gesetzgebung, wie wir dies jederzeit gefordert, unermüdlich angeregt, hingebend unterstützt haben. Bei der Arbeiterversicherungs- und Arbeiterschutzgesetzgebung, bei der Neuregelung des Innungswesens und den Bemühungen um Einführung des gewerblichen Befähigungsnachweises, bei der Zurückdrängung des unlauteren Wettbewerbs in Handel und Gewerbe, des Wuchers, des Abzahlungsunwesens und eines gefährlichen Hausierens, bei Umkehr zu einer den Interessen der vaterländischen Produktion in Landwirtschaft und Industrie gerecht werdenden Zoll- und Wirtschaftspolitik, endlich zur berufsorganisatorischen Zusammenfassung und Vertretung der Landwirtschaft — haben wir den Vortritt genommen oder eine ausschlaggebende Mitwirkung geübt. Wir werden unbeirrt auf diesem Wege weiterwandeln und, was wir gestern nicht erreichen konnten, morgen zu erstreben nicht erlahmen. In dem Bewußtsein der verfassungsmäßigen Pflicht jedes einzelnen Abgeordneten, „Vertreter des gesamten Volkes" zu sein, werden wir jede Sonderinteressenvertretung, sie möge heißen wie sie wolle, nachdrücklich bekämpfen, weil sie der Tod unseres Verfassungslebens und die unbillige Gefährdung aller anderen, gleichberechtigten Interessen unseres weiten, von den verschiedenartigsten und oft entgegengesetzten Interessen bewegten Vaterlandes wäre. Aber wir werden bei der unverdrossensten Fürsorge für jedes Einzelinteresse in gleich austeilender Gerechtigkeit und thatkräftiger Hingebung an die Gesamtheit die widerstrebenden Interessen billig gegeneinander abzugleichen und zu des Ganzen wie der Teile Wohlfahrt miteinander zu versöhnen suchen. Unsere Zusammensetzung aus allen deutschen Gauen und allen Berufsarten der vaterländischen Gesellschaft weist uns darauf ganz besonders hin und befähigt uns dazu besonders; und unser Grundsatz, daß die idealen Interessen der Reichsgemeinschaft allen materiellen Interessen der Angehörigen des Reiches vorgehen und immer vorgehen müssen, wird uns dabei vor Irrungen und Unrecht wahren.

Den Handelsverträgen mit Oesterreich-Ungarn und Italien haben wir zugestimmt, weil sie die Festlegung der Schutzzölle wenigstens in der Höhe dieser Verträge auf 12 Jahre mit sich brachten; weil sie dem politisch-militärischen Dreibund eine wirtschaftliche Unterlage und damit größere Festigkeit und Bürgschaft der Dauer gaben; und weil ohne dieselben, mit dem unmittelbar bevorstehenden Ablauf früherer Abmachungen, ein wilder Zollkrieg gerade unter den Verbündeten zugleich die heimische Industrie und Landwirtschaft und das für Deutschlands Sicherheit und die Erhaltung des Weltfriedens so notwendige Bündnis geschädigt haben würde. In dem erhebenden Bewußtsein, daß der „neue Kurs" zu dieser seiner besten vater-

ländischen That ohne die Mitwirkung des Zentrums nie im stande gewesen wäre, lassen die neuesten Anklagen von dieser Seite auf Mangel aufrichtiger, opferfreudiger Liebe zu Vaterland und Reich uns doppelt kalt. Bei künftigen Handelsvertragsvorlagen sollen die Interessen deutscher Landwirtschaft und deutschen Groß- und Kleingewerbes vorwiegend für uns maßgebend und unserer genauesten Prüfung und sorgfältigsten Abwägung doppelt versichert sein.

Die Hebung des so tief darniederliegenden gemeinen Wohlstandes ist unaufschieblich. Ihr muß die Aufmerksamkeit und Thatkraft der Gesetzgebung in nächster Zeit besonders zugewendet bleiben. Gemeinnützige Ausgaben sollen in größerem Umfang, als seither, gemacht, im übrigen soll weise Sparsamkeit geübt werden. Vor allem thut eine entschlossene Reform der Reichsfinanz- und Steuerwirtschaft not. Dem unaufhörlichen Anwachsen der öffentlichen Schuld- und Zinsenlast muß Einhalt und für vernünftige Tilgung dieser Last muß ehemöglichst Vorsorge geschehen. Wir halten fest an unserem früheren Ausspruch, daß wir keine Vermehrung der Abgaben, sondern deren thunlichste Verminderung und gerechtere Verteilung unter gebührender Entlastung der schwächeren Schultern wollen. Verbrauchssteuern mit dem Charakter von Luxussteuern an Stelle mancher jetzigen indirekten Abgaben werden ein sehr diensames Mittel hiezu sein. Dagegen werden wir den Monopolen, mit ihrem für die wirtschaftlichen Interessen wie die politischen Rechte gleich bedrohlichen Charakter, wie früher, so auch jetzt entgegentreten.

Der Augenblick ist ernst; das Deutsche Reich hat keinen ernsteren erlebt. Auf Jahre hin, vielleicht für immer, wird die bevorstehende Reichstagswahl für unser Rechts- und Verfassungs- wie für unser wirtschaftliches Leben entscheidend, der Wahlkampf wird gewaltiger, als alle früheren, sein. Den alten Widersachern haben sich neue zugesellt; in seinen Kampfmitteln ist keiner derselben wählerisch. Es gilt, wie Mauern festzustehn, bis auf den letzten Mann die Pflicht zu thun. Nur so kann der von allen Seiten hart berannte Zentrumsturm auch dieses Mal unüberwindlich bleiben.

Wohlan also! In unsere, der Wähler, Hand legt die Verfassung die volle Hälfte der Verantwortung für Deutschlands Wohl und Wehe. Erinnern wir uns deß zu dieser Zeit, am Tag der Wahl! An dem Entscheidungstag möge nicht einer unserer Freunde fehlen! Das Vaterland, die ruhmreiche Vergangenheit, das eigene Gewissen ruft uns zu: Vorwärts in eng geschlossenen, vollzähligen Reihen, vorwärts in alter Tüchtigkeit zur Wahl! Vorwärts mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht!

Mai 1893.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion im deutschen Reichstage: Graf v. Hompesch. Graf v. Preysing (Straubing). Freiherr v. Buol. Dr. Brüel. Dieden. Fritzen (Düsseldorf). Gröber. Dr. Freiherr Heereman v. Zuydwyck. Dr. Lieber. Reindl. Dr. Schädler.

27. Mai. Dr. Franz Graf Matuschka, einer der 12. Zentrumsmänner, die für den Antrag Huene gestimmt haben, richtet an die „Kreuz-Zeitung" eine Zuschrift, in welcher er sich auf den Standpunkt v. Schorlemers stellt, weil er die Existenz des Vaterlandes für unermeßlich wichtiger halte als den Fortbestand und die Interessen irgend einer politischen Partei. Graf Matuschka schreibt darüber:

„Ich beklage es tief, daß in der Zentrumspartei dieser kleinliche,

partikularistische, engherzige Parteistandpunkt über die große, weitausschauende patriotische Auffassung vorläufig obgesiegt hat, daß die „Germania", die „Zeitung für das Volk", die Stirn hat, in ihrem Leitartikel vom 7. Mai die Verwerfung des Antrages Huene „eine befreiende That nicht nur für Deutschland, sondern für das gesamte Mitteleuropa" (auch für Frankreich?) zu nennen und an den beherzigenswerten und tiefbewegenden kaiserlichen Worten auf dem Tempelhofer Felde eine höchst ungebührliche und ungezogene Kritik zu üben, und daß der endlich erschienene Wahlaufruf des dezimierten früheren Zentrums-Vorstandes in kurzsichtiger Verblendung die Lage Deutschlands besser zu beurteilen glaubt als der Kaiser und seine hohen Verbündeten. Die Schwenkung des Zentrums zu einer demokratisch-oppositionellen Partei mag mitmachen, wer will; für mich als grundkonservativen Mann ist ein ferneres Verbleiben in dieser Fraktion ausgeschlossen! Möchte auch das katholische Volk sich dreimal besinnen, bevor es sich rückhaltlos einer Führung preisgibt, die unter vielen schönen Phrasen schließlich doch nur die Geltendmachung der eigenen Person und kleinlicher Herrschaftsgelüste bezweckt und die Sache, der sie zu dienen vorgibt, mitsamt dem Vaterlande zu Grunde richtet!"

Auch v. Schalscha und Graf Ballestrem wechseln scharfe Briefe mit den ehemaligen Fraktionsgenossen.

31. Mai. Das **Abgeordnetenhaus** nimmt (gegen Zentrum, Freisinn und einzelne Dissentierende) den Beschluß des Herrenhauses vom 2. Mai bez. des Wahlgesetzes an, das nunmehr lautet (Ges. v. 29. Juni):

§ 1.

Für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten werden die Urwähler nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staats-, Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialsteuern in drei Abteilungen geteilt, und zwar in der Art, daß auf jede Abteilung ein Dritteil der Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Urwähler fällt.

Für jede nicht zur Staatseinkommensteuer veranlagte Person ist an Stelle dieser Steuer ein Betrag von drei Mark zum Ansatz zu bringen.

§ 2.

Urwähler, welche zu einer Staatssteuer nicht veranlagt sind, wählen in der dritten Abteilung.

Verringert sich infolgedessen die auf die erste und zweite Abteilung entfallende Gesamtsteuersumme, so findet die Bildung dieser Abteilungen in der Art statt, daß von der übrig bleibenden Summe auf die erste und zweite Abteilung je die Hälfte entfällt.

§ 3.

Wo direkte Gemeindesteuern nicht erhoben werden, treten an deren Stelle die vom Staat verlangte Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer.

§ 4.

Auch in Gemeinden, welche in mehrere Urwahlbezirke geteilt sind, wird für jeden Urwahlbezirk eine besondere Abteilungsliste gebildet.

§ 5.

In den Stadt- und Landgemeinden, in welchen die Bildung der Wählerabteilungen für die Wahlen zur Gemeindevertretung nach dem Maßstabe direkter Steuern stattfindet, werden diese Abteilungen fortan allgemein in der durch die §§ 1 bis 3 für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten vorgeschriebenen Weise gebildet.

Unberührt bleiben die Bestimmungen der Gemeindeverfassungsgesetze, nach denen die Ausübung des Wahlrechts an die Entrichtung bestimmter Steuersätze geknüpft ist oder geknüpft werden kann.

§ 6.

Alle diesem Gesetz entgegenstehenden Bestimmungen, insbesondere das Gesetz, betreffend Aenderung des Wahlverfahrens, vom 24. Juni 1891 (Gesetz-Samml. S. 231) werden aufgehoben.

§ 7.

Bis zum Erlaß des Wahlgesetzes werden die Bestimmungen der Art. 71 und 115 der Verfassungsurkunde, soweit sie den vorstehenden Bestimmungen entgegenstehen, außer Kraft gesetzt.

§ 8.

Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündigung in Kraft, jedoch erhalten § 3 und für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten die Vorschrift des § 1, wonach bei der Bildung der Urwählerabteilungen die direkten Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialsteuern in Anrechnung zu kommen haben, erst mit dem Inkrafttreten des Gesetzes wegen Aufhebung directer Staatssteuern Geltung.

Ferner nimmt das Haus das Gesetz wegen Aufhebung direkter Staatssteuern (gegen Zentrum, Polen, Freisinnige) an. Endlich wird (durch Konservative und Zentrum) ein „Gesetz zur Gewährung von Beihilfen zu Volksschulbauten" (je 2,000,000 ℳ für 1893 und 1894) angenommen, nachdem die sehr viel weitergehende Vorlage der Regierung, sowie alle Vermittelungsanträge durch dieselbe Majorität abgelehnt sind.

4. Juni. (Baden: Offenburg.) Der Großherzog hält auf dem Abgeordnetentage des Militärvereinsverbandes folgende Rede:

„Meine verehrten Freunde! Ich habe Ihnen wiederum vielen Dank auszusprechen. Ich danke allen den Herren, die vor mir geredet haben, auf das innigste für die wertvolle Gesinnung, die sie für mich und meine Angehörigen kundgegeben haben. Doch will ich mich bei diesem Gedanken aus dem Grunde nicht aufhalten, weil ich gern noch einige Worte mit Ihnen reden möchte, und um das in der rechten Weise zu thun zu einer Zeit, wo das Wort von Bedeutung ist, so habe ich vorgezogen, Ihnen das, was ich zu sagen habe, mit wenigen Worten schriftlich darzulegen. Ich will versuchen, Ihnen das mitzuteilen, was ich Ihnen bei dieser Gelegenheit ans Herz zu legen für notwendig halte.

Außer meinem Dank kann ich Ihnen nur meine Wünsche für Ihr und Ihrer Vereine Wohlergehen und Gedeihen sagen und auf die Ansprache hinweisen, welche ich vor einigen Wochen an Ihre Kameraden vom Pfalzgauverband gerichtet habe, worin ich die Aufgaben der Militärvereine darlegte.

Manche meiner damaligen Aeußerungen haben Anlaß zu Mißdeutungen gegeben, und daher empfehle ich Ihnen, diese meine Ansprache in unserem Vereinsblatt aufmerksam zu lesen.

Heute will ich Ihnen in wenigen Worten sagen, welche Wege einzuschlagen sind, um aus der Verwirrung der Anschauungen herauszukommen, welche dermalen das öffentliche Leben erfüllen.

Der gerade Weg ist der beste! Daher frage sich jeder, was soll bei den bevorstehenden Wahlen erreicht werden? Eine Verständigung über eine genügende Verstärkung des deutschen Heeres im Angesicht stärkerer Gegner.

Da will ich Ihnen mitteilen, was einst vor langen Jahren ein großer Feldherr, Erzherzog Karl von Oesterreich, über den Krieg sagte: „Der Krieg ist das größte Uebel, das einem Staat, einer Nation widerfahren kann. Es muß daher die Hauptsorge eines Regenten sein, alle nur immer mögliche Kraft gleich bei dem ersten Ausbruch des Krieges aufzubieten, alles anzuwenden, damit derselbe so kurz als nur immer sein kann, dauere und bald auf die möglichst günstige Art entschieden werde."

Das ward zu einer Zeit des tiefsten Niedergangs des deutschen Vaterlandes gesagt, da die Schlachten auf deutschem Boden ausgefochten wurden; ich nenne nur die Namen Malsch, Kehl, Philippsburg, Stockach!

Darin liegt ein Schwergewicht herbster Prüfungen, vor deren Wiederholung Deutschland bewahrt bleiben möge. Wie diese Bewahrung erreicht werden kann, sagt der Erzherzog Karl in trefflichen Worten nach eigenen schweren, teils glorreichen Erfahrungen: „Ein großer Zweck kann nur durch große Anstrengung erreicht werden; groß ist aber auch die Belohnung in dem Danke des Vaterlandes, in der Achtung der Zeitgenossen und der Nachwelt; groß in dem Selbstgefühl, von dem Bewußtsein der Kraft und eigener Thaten erzeugt."

Machen diese Worte nicht den Eindruck eines prophetischen Hinweises auf die Zeit, welche wir erlebten unter dem Heldenkaiser Wilhelm I.?

Nun wohlan, meine Freunde, gehen Sie den geraden Weg der Ehre und wählen Sie nur solche Männer, welche die Kraft und die Macht des Deutschen Reichs höher halten als den Parteigeist, und welche in der Militärvorlage den Weg erkennen, das Deutsche Reich vor Demütigung zu bewahren.

Zur Bekräftigung Ihrer mir kundgegebenen Gesinnungen lege ich Ihnen ein Telegramm an den Kaiser vor, das alle Gauvorstände mitunterzeichnen sollen. Es soll lauten:

„Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät huldigen in treuer Hingebung die Vertreter aller Gaue des badischen Militärvereinsverbandes, die zahlreich versammelten Kriegervereine und in deren Namen das Präsidium des Landesverbandes.

Als Protektor desselben bringe ich Eurer Kaiserlichen Majestät die Versicherung freudiger Bereitschaft, für des Reiches Wohl und Sicherheit einzutreten, wenn wir auf den Ruf unseres Kaisers zu den Waffen greifen sollen.

Mit dreifachem „Hurrah" bekräftigen wir unser Gelöbnis der Treue zum Kaiser, der Liebe zum Vaterland."

Das Mißverständnis seiner früheren Rede, über das der Großherzog sich beklagt, bezieht sich darauf, daß eine Wendung über den Wert der Qualität einer Armee so ausgelegt war, als ob sie gegen die zweijährige Dienstzeit gerichtet sei.

6. Juni. (Bayern.) Kriegsminister von Safferling reicht seinen Abschied ein, an seine Stelle tritt Freiherr Asch zu Asch auf Oberndorf.

8. Juni. Die „Nordd. Allg. Ztg." veröffentlicht eine Erklärung rheinischer Katholiken zu Gunsten der Militärvorlage.

Windthorst würde das Zentrum nicht so geleitet haben. Er setzte ein so unbedingtes Vertrauen in die Wahrhaftigkeit und Selbstlosigkeit des Reichskanzlers Grafen Caprivi, er schätzte dessen staatsmännischen und

organisatorischen Eigenschaften so hoch, daß er sich gegenüber den von demselben vertretenen Forderungen zur Erhaltung der vollen Wehrhaftigkeit des Reiches gewiß nicht in kühler Ablehnung auf die vor drei Jahren beschlossenen Resolutionen berufen haben würde. Nie und nimmer würde er sich durch die angedrohte Sezession eines Teiles der süddeutschen Zentrumsabgeordneten zu einer unpolitischen Opposition haben drängen lassen; nie und nimmer hätte er die Fraktion über das Vaterland gestellt.

15. Juni. Reichstagswahl.

	sind gewählt	kommen in Stichwahl
Konservative	50	56
Reichspartei	12	17
Nationalliberale	16	75
Freisinnige Vereinigung .	3	11
Freisinnige Volkspartei .	0	38
Süddeutsche Volkspartei .	4	7
Zentrum	79	31
Zentrum für Antrag Huene	3	1
Bayer. Bauernbund . . .	1	5
Welfen	0	10
Polen	12	10
Dänen	1	0
Elsässer	7	1
„ für Militärvorlage	2	1
Antisemiten	3	15
Sozialdemokraten . . .	24	82

Es sind also 217 Mandate definitiv, während 180 Stichwahlen stattzufinden haben.

Nach Abschluß der Stichwahlen ergibt sich folgende Zusammensetzung des Hauses im Vergleich zu dem aufgelösten Reichstag.

Konservative . . .	70	(66)
Reichspartei	27	(18)
Nationalliberale . .	52	(42)
Freisinnige Vereinigung	13	(70)
Freisinnige Volkspartei	23	
Süddeutsche Volkspartei	11	(11)
Zentrum	99	(108)
Bayer. Bauernpartei .	3	
Sozialdemokraten . .	44	(36)
Polen	19	(17)
Antisemiten	18	(6)

Dänen	1 (1)
Elsässer	8 (10)
Welfen	7 (10)
Wilde (lib.)	2 (2)

Im Deutschen Reiche betrug die Bevölkerung nach der den Wahlen vorausgegangenen Volkszählung

	1893	1890	1887
	49,428,470	46,855,704	46,855,704
die Zahl der Wahlberechtigten .	10,628,292	10,145,877	9,769,802
von diesen wurden im ersten Wahlgange abgegeb. gültige Stimmen	7,673,973	7,228,542	7,540,938
ungültige Stimmen	28,292	33,117	29,772
Es kamen also auf je 100 Einwohner Wahlberechtigte . .	21,8	21,7	20,9
und haben von je 100 Wahlberechtigten gestimmt	72,2	71,6	77,5

Von den abgegebenen gültigen Stimmen entfielen im ersten Wahlgange auf Kandidaten der

Deutschkonservativen	1,038,292	895,103	1,147,200
Reichspartei	438,435	482,314	736,389
Nationalliberalen	996,980	1,177,807	1,677,979
Freisinnige Vereinigung . . .	258,481	1,159,915	973,104
Freisinnige Volkspartei . . .	666,439		
Süddeutsche Volkspartei . . .	166,757	147,570	88,818
Zentrum	1,468,501	1,342,113	1,561,222
Polen	229,531	246,773	219,973
Sozialdemokraten	1,786,738	1,427,298	763,128
Antisemiten	263,861	47,536	—
Dänen, Welfen, Elsässer etc. . .	234,927	227,503	358,872
unbestimmt und zersplittert . .	124,970	74,610	59,253

Die amtliche Statistik gibt auch Aufschluß über die Wirkung der Stichwahlen; es haben im Ganzen 180, also nahezu die Hälfte aller Wahlen stattgefunden, davon sind 117 ebenso ausgefallen, wie wenn bereits die relative Mehrheit des ersten Wahlganges entschieden hätte. 63 Stichwahlen haben aber im Vergleich zur Majorität der Hauptwahlen ein anderes Ergebnis gehabt und die im Wahlkreis stärkste Partei von der Vertretung ausgeschlossen. Die Nationalliberalen verloren durch die Stichwahlen 3 Mandate, die Konservativen 6, die Freikonservativen 1, die Sozialdemokraten 24. Die Freisinnigen gewannen 22, das Zentrum 2, die Polen und Welfen je 1, die Antisemiten 6.

Die „Germania" gibt für die Stichwahlen folgende Parole aus:

„Betreffs der Stichwahlen, die jetzt bis zum 24. Juni, dem Wahltag, vorbereitet werden müssen, werden hoffentlich alle Zentrumswähler in Stichwahlkreisen noch einmal ihre volle Schuldigkeit thun. In Stichwahlkreisen, in denen das Zentrum selbst nicht beteiligt ist, muß nach der Rücksicht verfahren werden, daß die Zentrumsziele möglichst erreicht werden, d. h. bei diesen Wahlen in erster Linie der Sturz der Militärvorlage, und daß ferner das Zentrum das Zünglein in der Wage im Parlament bleibt. Bei dem ungünstigen Stande der Wahl für die Linksliberalen (insbesondere die freisinnige Volkspartei) erfordern beide Rücksichten die Unterstützung Linksliberaler in der Stichwahl gegen jede andere Partei, es sei denn, die

Person des linksliberalen Kandidaten mache das unmöglich. Mittelparteiler, d. h. Nationalliberale und Freikonservative, und die Sozialdemokraten können unter keinen Umständen unterstützt werden, und wo also diese unter sich zur Stichwahl stehen, müssen sie allein gelassen werden und die Zentrumswähler sich der Stimmen enthalten. Konservative können, wenn die Person nicht als besonderer Kulturkämpfer, Zentrumsfeind und dergleichen bekannt ist, da unterstützt werden, wo ihr Gegner zweifellos das größere Uebel ist. So ist die richtige Zentrumsparole für die Stichwahlen!"

Die Parole der „Kreuz-Ztg." lautet:

„Den sogenannten Ordnungsparteien kann es unter den jetzigen Verhältnissen ziemlich gleichgültig sein, ob ein Sozialdemokrat oder ein Richterscher Volksparteiler mehr in den Reichstag gelangt. Sie werden daher nicht geneigt sein, die „freisinnige Volkspartei" bei den Stichwahlen gegen sozialdemokratische Kandidaten zu unterstützen, wenn Richter ihnen nicht bindende Erklärungen abgibt, daß seine politischen Freunde in allen Fällen, wo Sozialdemokraten in Frage kommen, Reziprozität üben werden. Die Konservativen möchten wir wenigstens hiermit ausdrücklich aufgefordert haben, überall in Stichwahlen zwischen Volksparteilern und Sozialdemokraten sich der Wahl zu enthalten, wenn eine solche Erklärung nicht offiziell und in bündiger Form abgegeben wird."

Der „Vorwärts" gibt als offizielles Parteiorgan der Sozialdemokratie den Genossen folgende Verhaltungsmaßregeln:

„Der Berliner Parteitag hat insofern Stellung zur Frage der Stichwahlen zwischen gegnerischen Kandidaten genommen, als er sich gegen die absolute und prinzipielle Wahlenthaltung aussprach. Unmittelbar vor der Auflösung des Reichstags beschäftigte die sozialdemokratische Fraktion nebst dem Parteivorstand sich mit dieser Frage, und einstimmig wurde dahin entschieden, unseren Genossen zu empfehlen, daß sie, wo das Interesse der Partei es erfordert, sich an den Stichwahlen zwischen gegnerischen Kandidaten beteiligen; jedoch nur dann, wenn der gegnerische Kandidat, der um unsere Stimmen wirbt, sich in klaren, nicht mißzudeutenden Worten verpflichtet, falls er gewählt wird, im Reichstag rückhaltlos entgegenzutreten: 1) jeder Vermehrung des stehenden Heeres über den gegenwärtigen Präsenzstand hinaus; 2) jeder Vermehrung der Steuerlast; 3) jeder Beschränkung der Volksrechte, namentlich jedem Angriff auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht. Wer sich diesen Mindestbedingungen nicht unterwirft, kann keine sozialdemokratische Stimme erhalten. Und die Ehre und das Interesse der Partei gebieten unseren Genossen, in allen denjenigen Fällen, wo unsere Bedingungen nicht klipp und klar angenommen werden, sich der Wahl zu enthalten und mit allem Nachdruck für Wahlenthaltung thätig zu sein. Das Prinzip der Partei darf in keinem Falle örtlichen oder persönlichen Rücksichten geopfert werden."

18. Juni. (Friedrichsruh.) Huldigung der Mecklenburger beim Fürsten Bismarck. Der Fürst hält folgende Rede:

„Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen, daß Sie den weiten Weg, den Staub und den Wind nicht gescheut haben, um mir heute die Ehre zu erzeigen, Sie hier zu sehen. Ich danke Ihnen von Herzen dafür und ich danke Ihnen insbesondere, daß Sie gerade den heutigen Tag zur Begrüßung gewählt haben, der für unsere heimische Geschichte vielfach ein bedeutsamer gewesen ist. Vor 200 — ich weiß nicht genau wie viel — Jahren war die Schlacht bei Fehrbellin, die auch dazu beigetragen hat, Deutsch-

lands Unabhängigkeit herbeizuführen, wenn nicht vollständig, so doch vorbereitend. Vor 78 Jahren, gerade am heutigen Tage, war die Schlacht bei Waterloo, die uns von der Fremdherrschaft im eigenen Lande befreit hat und der sich die Aelteren unter uns noch erinnern, während den Jüngeren davon erzählt worden ist. Außer diesen historischen Erinnerungen, die sich an den heutigen Tag knüpfen, hat der 18. Juni für mich noch eine andere persönliche Bedeutung. Es war heute vor einem Jahre, als ich die Reise zur Hochzeit meines Sohnes antrat und nach Dresden abreiste, wo mir ein in hohem Maße ehrenvoller Empfang von meinen sächsischen Landsleuten zu Teil wurde: nicht minder demnächst in Bayern, in München, Augsburg; in Schwaben, in Kissingen; in Thüringen, in Jena. Daran haben sich jetzt die Begrüßungen meiner norddeutschen Landsleute angeschlossen, zuerst aus der Provinz, der ich jetzt angehöre, aus Schleswig-Holstein, dann die Oldenburger, die vom Westen her nach Friedrichsruh gefahren waren, und nun heute meine östlichen und, meinem Gefühl als Brandenburger nach, auch nördlichen Nachbarn, die Mecklenburger. Ich bin Ihnen ganz besonders dankbar für diesen Abschluß in der Vollständigkeit der Huldigungen der deutschen Stämme, den Sie mir heute gewähren, und ich sehe darin eine Anerkennung der Mitarbeit, die ich im stande gewesen bin, durch die Gnade meines alten Herrn, des Kaisers Wilhelm I., bei der Wiederherstellung der deutschen Einigkeit zu leisten. Es war das Werk im ganzen kein leichtes. Wir Deutschen hängen unserer Natur nach inniger und enger an unseren heimischen Verbänden, als an der Allgemeinheit, namentlich, da durch die Ungunst der Jahrhunderte das Gefühl einer größeren Allgemeinheit und festen Zusammengehörigkeit unterdrückt worden war. Der Partikularismus jener Zeiten liegt uns einigermaßen im Blute, und nach meiner Erfahrung kann ich nicht einmal sagen, daß man da viel ändern kann; dieses Gefühl hat immer im Landesherrn seinen Schwerpunkt gehabt. Ich kann auch kaum behaupten, daß alle immer das rechte Gefühl der Zusammengehörigkeit gehabt haben. Nach meiner Erfahrung ist der Widerstand gegen dieselbe immer ausgegangen von den Beamtendynastien am Hofe und im Staate, und dieses Konglomerat hat bis auf den heutigen Tag die lokale Erinnerung an früher nicht verloren. Es war zwar schwer, die richtigen Wege und Grenzen zu finden. Es würde meines Erachtens eine große Thorheit sein, wenn man einen engeren Verband, seine engere Heimat aufgeben oder zerstören wollte. Die Mecklenburger sollen Mecklenburger und ihr Großherzog soll in seinem Lande der Herr bleiben und in seiner selbständigen Existenz nicht erschüttert werden. Aber darunter darf das Reich nicht zu leiden haben; freiwillig müssen die Beziehungen zu demselben sein, freiwillig die Mitwirkung an der Einigkeit der deutschen Nationalität. Das Gefühl, zur deutschen Nationalität zu gehören, muß sich im Lokalpatiotismus lebendig erhalten. Die unitarischen Bestrebungen, die manche meiner Landsleute gepflegt haben, mögen für Theoretiker und andere Nationen sich eignen; für den germanischen Charakter halte ich sie nicht für praktisch. Ohne mir ein Verdienst daraus zu machen, wenn das Resultat schließlich ein befriedigendes für die Gesamtheit gewesen ist, kann ich sagen, daß die Gesamtleitung die deutsche Nation in Europa so zusammengebracht hat, wie sie jetzt besteht, und damit das, was andere Nationen, England und Italien, längst genossen hatten, auch uns anzueignen. An diesen Grenzlinien zwischen Heimatsgefühl und Vaterlandsgefühl zu rütteln, halte ich nicht für nützlich, sondern gefährlich, und ich glaube, daß derjenige, der es thut, nicht viel zu thun, aber viele Muße haben muß um allerlei Experimente zu machen. Sie wissen, das Beste ist des Guten Feind, aber ich möchte hier sagen, das scheinbar Beste ist des Guten Feind. Sehen Sie nach Rußland und England, wo die Uni-

tarität herrscht; — ist das Land dadurch glücklicher geworden? Wären diese großen Länder nicht viel zufriedener in sich, wenn sie mehr als ein Zentrum hätten? Das Bedürfnis nach Partikularismus ist bei uns Deutschen so groß, daß, nachdem der geographische Partikularismus überwunden war, soweit es nötig war, der Partikularismus in anderer Form sofort wieder auftauchte. Der Deutsche braucht engere Verbände; geht ihm der geographische Partikularismus verloren, so schafft er sich Fraktionspartikularismus. Man geht in Fraktionen über und vergißt die Allgemeinheit; das ist die schwere Krankheit, an der wir heutigen Tages leiden, denn unsere heutigen Fraktionen sind in ihrem Partikularismus viel schlimmer, als alle Sachsen und Bayern dem Reichsgedanken gegenüber jemals gewesen sind. Ich weiß nicht, ob es uns gelingt, diese Krankheit bei wiederholten Wahlen zu bekämpfen. Ich glaube nicht, daß es jetzt schon gelungen ist, das Fraktionswesen zu klassifizieren nach den Dynastien und Ortschaften, sondern daß es aufgeht in den Bestrebungen der Fraktionsleiter. Das sind die Werber, die Kondottieri, von denen jeder sich seine Schar anwirbt, an deren Spitze er hofft die Herrschaft zu erlangen über den von ihm nicht beliebten Nebenbuhler. Die Eifersucht der Fraktionen ist der Krebsschaden in unserem Lande. Das Deutsche Reich ist angewiesen auf die Gesamtheit der Intelligenz und des Vertrauens, welches Ministerium und Parlament gemeinsam aufbringen können. Und wenn die Intelligenz und das Vertrauen auf der einen Seite fehlt, nehmen wir an, auf der ministeriellen, so muß auf der anderen Seite das Minus gedeckt werden und die Thätigkeit der Volksvertretung hervortreten; wenn aber der Volksvertretung das richtige Vertrauen verloren geht, so muß die staatliche Leitung das Steuerruder fester in die Hand nehmen. Sie müssen sich gegenseitig ergänzen zur Gesamtheit von Einsicht, Tapferkeit, Vaterlandsliebe und Heimatsliebe. Darin wird nach mancher Richtung hin gesündigt, was ich aber hier in Gegenwart der Damen nicht weiter ausführen will. Wenn von dem Redner vorhin meine Mitwirkung an dem Erreichten, an der Herbeiführung der Zustände, mit welchen wir im Großen und Ganzen zufrieden sind, hervorgehoben wurde, so erwähne ich meinerseits, daß auch Mecklenburg daran Anteil hat; es wäre Unrecht, wenn ich dies verschweigen wollte. Die Mutter des Kaisers Wilhelm I. war eine mecklenburgische Prinzessin, sie war aber durch und durch eine Deutsche und hat ihre Gefühle auf ihren Sohn – ihren Lieblingssohn, glaube ich wohl sagen zu können — vererbt. Insofern hat sie an der Vorbereitung des deutschen Einheitsgedankens ein wesentliches Verdienst. Auch den alten Blücher will ich nicht vergessen. Nehmen Sie an, daß wir anno 1815 bei Waterloo nicht gesiegt, daß wir den alten Blücher nicht gehabt. Wie es dann gekommen wäre, ist schwer zu sagen, aber daß es, wie es gekommen wäre, nicht zum Nutzen Deutschlands gereicht hätte, dessen werden Sie alle wohl sicher sein. Hier möchte ich dem Hamburger Redner sagen, daß auch damals, beim alten Blücher, de mecklenborgsche Firigkeit nich utbläwen is, und demnächst auch bei Ligny nicht. Dann möchte ich vor allem noch meines verstorbenen Freundes und Mitarbeiters Moltke gedenken, auf den Sie als Landsmann nach seiner Abstammung und Geburt Anspruch haben. Und deshalb darf ich wohl, ohne der Wahrheit zu nahe zu treten, sagen, daß der Anteil Mecklenburgs an der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in den Gestalten dieser Personen kein geringer ist. Ich habe als Brandenburger, als altmärkischer Nachbar des mecklenburgischen Landes und demnächst als preußischer und als Reichsbeamter mit vielen Mecklenburgern Beziehungen gehabt und habe sie hervorragend an Tüchtigkeit und Arbeitsamkeit gefunden. Da sind vor allen die Bülows und die Bernstorffs, die wir in unserem Militär- und Zivildienst gehabt haben und

die sich wie ein roter Faden durch dieses gesegnete Land zwischen der Elbe und der Ostsee ziehen. Bei der Aufzählung der Verdienste ihrer Landsleute komme ich schließlich auf die Fürsten der Neuzeit. Ihr hochseliger Großherzog ist mir immer ein sehr gnädiger Herr gewesen. Ich habe in Krieg und Frieden seine Mitarbeit an der deutschen Politik beobachten können und kann ihn als Muster eines deutschen Reichsfürsten anerkennen, der nur leider zu früh seinem Lande und dem Deutschen Reich entrissen ist. Sein regierender Herr Sohn hat die Gesinnungen seines Vaters geerbt, leider nicht seine Gesundheit. In der Zeit, wo ich im französischen Kriege schlechte Nachtquartiere und schlechte Verpflegung mit ihm zu teilen die Ehre gehabt habe, da war er immer kerngesund, mobil und kräftig, und ich kann nur zu Gott wünschen, daß er wieder so werden möge, wie ich ihn damals gekannt habe. Und ich kann Ihnen meinen Dank für Ihre Begrüßung und meine Gesinnungen für Ihr engeres Heimatland nicht kürzer und besser ausdrücken, als indem ich Sie bitte, mit mir zusammen ein Hoch auf Ihren Landesherrn, den Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, auszubringen."

23. Juni. Kaiser Wilhelm läßt dem Ersten Lord der Admiralität folgendes Beileidstelegramm zugehen:

„Kiel, 23. Juni. Soeben ist Mir die Nachricht von dem Untergange J. M. Schiffes „Viktoria" mit dem Admiral Sir George Tryon und 400 tapferen Seeleuten zugegangen. Worte können Meinen Kummer über den Verlust eines so edlen Mannes und eines so schönen Schiffes nicht ausdrücken. Als Admiral der Flotte bedaure Ich aus tiefstem Herzen den Schlag, welcher die britische Marine betroffen hat. Es ist ein nationales Unglück. Meine Offiziere und Meine Seeleute lassen durch Mich ihren Kameraden in der britischen Flotte ihr wärmstes Beileid ausdrücken. Zum Zeichen der Trauer habe ich Befehl gegeben, auf Meinen Schiffen die britische Flagge nebst der Unsrigen auf Halbmast wehen zu lassen.
Wilhelm, Deutscher Kaiser, König von Preußen, Admiral der Flotte."

3. Juli. (Berlin: Abg.-Haus.) Das Kommunalabgabengesetz wird in der vom Herrenhause beschlossenen Form mit erheblicher Mehrheit angenommen. Dagegen stimmen: Zentrum, Polen und freisinnige Partei.

Dazu wird folgende von den nationalliberalen Abgg. Krause, Hammacher und Schmieding unterzeichnete Resolution angenommen:

Die Regierung aufzufordern, womöglich in der nächsten Session dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die staatliche und kommunale Besteuerung der Aktiengesellschaften 2c. unter thunlichster Vermeidung jeder Doppelbesteuerung neu regelt.

Anf. Juli. In der „Fortnightly Review" veröffentlicht Mr. G. W. Smalley den Bericht über eine Unterredung, die er am 17. Mai mit dem Fürsten Bismarck gepflogen habe. Der frühere Kanzler führte u. a. aus:

„Man braucht nicht mehr Leute: Wenn ein Krieg ausbricht, wird es zuerst vielleicht drei oder vier Schlachten zu gleicher Zeit auf verschiedenen Punkten geben. Der Ausgang dieser Schlachten kann den ganzen Feldzug entscheiden — er muß auf jeden Fall einen großen Einfluß auf die Geschicke des Krieges ausüben. Jede von ihnen wird etwa mit zweimalhunderttausend oder aufs höchste mit einer Viertelmillion Menschen auf jeder Seite ge-

schlagen werden. Man kann also sozusagen für den Notfall, der wahrscheinlich der gefährlichste, wenn nicht der entscheidende Augenblick des Konfliktes sein wird, eine Million Soldaten brauchen. Mehr kann man gar nicht brauchen, ausgenommen als Reserven oder für künftige Schlachten, die entweder geschlagen oder auch nicht geschlagen werden können. Aber man hat schon drei Millionen! Wozu braucht man noch weitere achtzigtausend? Nein, was der Armee Not thut, ist mehr Artillerie. Wir gewannen unseren letzten Krieg mit Frankreich durch die Artillerie. Die beste Artillerie wird auch den nächsten Krieg gewinnen, und zwar noch gewisser. So sehr haben sich die Bedingungen der Kriegführung geändert, daß die beste Infanterie durch sich selbst ebensowenig eine Schlacht gewinnen kann, wie es die Kavallerie im stande wäre. Aber in dieser Waffe sind wir — obwohl noch immer Frankreich gegenüber überlegen — doch nicht in demselben Maße überlegen, wie wir es 1870 waren. Die Gewißheit des Sieges hängt davon ab, daß wir nicht bloß die Ueberlegenheit, sondern eine beträchtliche Ueberlegenheit uns bewahren. Das ist's, was eine kluge Gesetzvorlage anzustreben hätte. Aber das ist keine kluge Vorlage, noch sind die Urheber derselben klug... Die Regierung ist schwächlich und kurzsichtig. Sie macht einen Mißgriff nach dem andern. Sie hat günstige Positionen und Vorteile verschleudert und schien sich nicht im mindesten bewußt zu sein, was zu gleicher Zeit vorgeht. Gerade als der Bedarf von Geld voraussichtlich war, schnitt sie sich eine reiche Einnahmsquelle durch ihre neuen Handelsverträge ab. Niemand hatte diese Einnahmen bekämpft, sie wurden weder als eine Beschwerde noch als eine Last empfunden und brachten fünfzig Millionen ein. Nun hoffen sie die Heeresvorlage, die Bedeckung und alles durchzusetzen, indem sie das Land bedrohen, das Volk einschüchtern und Krieg, Verderben und die Niederlage der Armee prophezeien, wenn dieselbe nicht gerade so vermehrt wird, wie sie es verlangen. Das alles hat eine schlechte Wirkung auf die Gemüter des Volkes und besonders auf die Soldaten, wenn diese es glauben — es entmutigt sie und macht sie an sich selbst zweifeln. Der Umstand, daß die Regierung die Sozialisten als eine politische Partei behandelt, als eine Macht im Lande, die man ernsthaft behandeln und mit der man rechnen muß, statt als Räuber und Diebe, die zermalmt werden müssen — das hat ihre Kraft und Bedeutung in hohem Grade gesteigert, ebenso wie die Beachtung, die man ihnen schenkt. Ich hätte das nie gestattet. Sie sind die Ratten im Lande und sollten vertilgt werden." Auch über das sozial-politische Experiment des Kaisers äußerte sich Bismarck sehr unmutig und bemerkte unter anderm: „Ich habe den Kaiser davor gewarnt. Meine Warnung wurde aber verworfen. Ich hoffte, der Kaiser werde erkennen, welche Aufnahme seine eigenen Ideen bei jenen finden, deren Wohl er anstrebte und an die er sich wendete. Nichts von alledem, der Kaiser hat das nicht beachtet. Ich behielt Unrecht — ich war enttäuscht. Das Ganze führte zu nichts." Mr. Smalley fragte den Fürsten, ob die Sozialisten ihre Agitation in ausgedehnterem Maße in die deutsche Armee getragen haben, wie dies in England und namentlich in London der Fall sei, wo sich Sozialisten eigens zu diesem Zwecke anwerben lassen. Bismarck glaubte nicht, daß dies in Berlin der Fall sei. „Die Berliner Garnison wird aus dem ganzen Reiche zusammengesetzt. Die Leute aus Köln haben wenig Sympathien für die Pommern, und die Bayern und Sachsen fraternisieren nicht in solchen Dingen. Wenn eine Gefahr vorhanden ist, so könnte das z. B. in Hamburg der Fall sein, wo die Sozialisten sehr stark sind, und ein Hamburger Regiment könnte durch den Sozialismus vergiftet werden." Zum Schlusse dieser Erörterungen wiederholte Bismarck seinen schon oft gemachten Ausspruch, die Aufgabe einer Regierung sei, zu regieren.

„Aber wie wollen Sie zu dieser regierenden Regierung gelangen? Wie soll sie sein? Wer soll sie bilden?“ fragte der englische Besucher. „Es hat sich neuestens die Meinung gebildet“ — antwortete Bismarck — „daß die Welt von Unten aus regiert werden kann. Das kann aber nicht sein.“

4. Juli. Der Kaiser eröffnet den Reichstag mit folgender Thronrede:

Geehrte Herren!

Nachdem Sie zu gemeinsamer Arbeit mit den verbündeten Regierungen berufen worden sind, ist es Mir Bedürfnis, Sie beim Eintritt in Ihre Beratungen zu begrüßen und willkommen zu heißen.

Der dem vorigen Reichstag vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres, durch welchen eine stärkere Ausnutzung unserer Wehrkraft ermöglicht werden sollte, hat zu Meinem Bedauern die Zustimmung der Volksvertretung nicht gefunden. Die von Meinen hohen Verbündeten einmütig geteilte Ueberzeugung, daß das Reich gegenüber der Entwickelung der militärischen Einrichtungen anderer Mächte auf eine seine Sicherheit und seine Zukunft verbürgende Fortbildung unseres Heerwesens nicht länger verzichten dürfe, mußte zu dem Entschlusse führen, den Reichstag aufzulösen und durch die Anordnung von Neuwahlen das für notwendig erkannte Ziel zu verfolgen.

Seit der Vorlage jenes Gesetzentwurfs hat die politische Lage Europas keine Aenderung erfahren. Die Beziehungen des Reichs zu den auswärtigen Staaten sind zu Meiner großen Befriedigung nach wie vor durchaus freundlich und frei von jeder Trübung. Das Verhältnis der organisierten militärischen Kraft Deutschlands zu derjenigen unserer Nachbarn hat sich indessen noch ungünstiger gestaltet, als im verflossenen Jahr. Wenn schon seine geographische Lage und seine geschichtliche Entwickelung Deutschland die Pflicht auferlegt, auf den Bestand eines verhältnismäßig großen Heeres Bedacht zu nehmen, so wird die weitere Ausbildung unserer Wehrkraft mit Rücksicht auf die Fortschritte des Auslandes zu einer zwingenden Notwendigkeit. Um den Mir verfassungsmäßig obliegenden Pflichten genügen zu können, erachte Ich unumgänglich, daß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auf die Herstellung einer ausreichenden und wirksamen Verteidigung der vaterländischen Erde hingewirkt wird.

Es wird Ihnen deshalb unverzüglich ein neuer Gesetzentwurf über die Friedenspräsenzstärke des Heeres vorgelegt werden. Darin sind die bei der Beratung des früheren Entwurfs laut gewordenen Wünsche, soweit dies angänglich erschien, berücksichtigt und demgemäß die Anforderungen an die persönliche Leistungsfähigkeit und an die Steuerkraft des Volkes, soweit dies ohne Gefährdung des Zwecks geschehen konnte, herabgemindert.

Das Interesse des Reichs erheischt es, zumal im Hinblick auf den im nächsten Frühjahr bevorstehenden Ablauf des Septennats, daß der Gesetzentwurf mit thunlichster Beschleunigung verabschiedet wird, damit die diesjährige Rekruteneinstellung schon auf der neuen Grundlage vorgenommen werden kann. Eine Versäumnis des Termins dieser Einstellung würde sich auf mehr als zwei Jahrzehnte zum Nachteil unserer Wehrkraft fühlbar machen. Um es Ihnen zu ermöglichen, Ihre Arbeitskraft ungeteilt der Beratung der Vorlage zuzuwenden, werden die verbündeten Regierungen davon absehen, die Session mit anderen umfassenden Vorlagen zu beschweren.

Wenngleich bei Mir und bei Meinen hohen Verbündeten die Ueberzeugung fortbesteht, daß die durch die Neugestaltung unserer Heereseinrichtungen bedingten Mittel zweckmäßig und ohne Ueberlastung auf dem Wege beschafft werden können, welcher in den im verflossenen Herbst vorgelegten

Steuergesetzentwürfen in Vorschlag gebracht war, so bildet doch die Deckungsfrage den Gegenstand fortgesetzter Erwägungen. Ich gebe Mich der Erwartung hin, daß Ihnen beim Beginn der nächsten Wintersession Vorlagen zugehen werden, in welchen der Grundsatz, daß die Bereitstellung jener Mittel nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit und unter thunlichster Schonung der Steuerkraft erfolgen muß, noch vollständiger als in jenen Vorlagen zum Ausdruck gelangt. Bis zum Ablauf des gegenwärtigen Etatsjahres werden für die Deckung des Mehrbedarfs die Matrikularbeiträge heranzuziehen sein.

Geehrte Herren!

Unter schweren Opfern ist es gelungen, die deutschen Stämme durch ein festes Band zu einigen. Die Nation ehrt Diejenigen, welche für dieses Werk Gut und Blut eingesetzt und das Vaterland einem politischen und wirtschaftlichen Aufschwung zugeführt haben, welcher, wie er den Zeitgenossen zum Stolz und zur Freude gereicht, den nachkommenden Geschlechtern, wenn sie im Geist der Väter weiter bauen, des Reiches Größe und Glück verbürgt. Die glorreichen Errungenschaften zu wahren, mit denen Gott uns in dem Kampfe um unsere Unabhängigkeit gesegnet hat, ist unsere heiligste Pflicht. Solcher Pflicht gegen das Vaterland werden wir aber nur dann genügen, wenn wir uns stark und wehrhaft genug machen, um ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens bleiben zu können. Ich vertraue, daß Mir und Meinen hohen Verbündeten Ihre patriotische und opferbereite Unterstützung bei der Verfolgung dieses Ziels nicht fehlen wird!

Der Kaiser fügt der vorstehenden Thronrede, welche bei den letzten Sätzen mit wiederholtem Beifall begleitet wurde, noch folgende Worte hinzu:

„Nun, meine Herren, gehen Sie hinaus; der alte Gott sehe auf Sie herab, er verleihe Ihnen seinen Segen zum Zustandekommen eines ehrlichen Werkes zum Wohle unseres Vaterlandes. Amen!"

Die Schlußworte werden in dem vom Reichstagsbureau herausgegebenen Bericht in folgender Form wiedergegeben:

„Und nun, meine Herren, gehen Sie hin; unser alter Gott sehe auf Sie herab und leihe Ihnen seinen Segen zum Zustandebringen eines ehrlichen Werkes zum Wohl unseres Vaterlandes!"

Die Militärvorlage hat folgenden Wortlaut:

Artikel I. Die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres an Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten wird für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis 31. März 1899 auf 479,229 Mann festgestellt. An derselben sind die Bundesstaaten mit eigener Militärverwaltung nach Maßgabe der Bevölkerungsziffer beteiligt. Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Friedenspräsenzstärke nicht in Anrechnung. Die Stellen der Unteroffiziere unterliegen in gleicher Weise wie die der Offiziere, Aerzte und Beamten der Feststellung durch den Reichshaushaltsetat. In offenen Unteroffizierstellen dürfen Gemeine nicht verpflegt werden.

§ 2. Vom 1. Oktober 1893 ab werden die Infanterie in 538 Bataillone und 173 Halbbataillone, die Kavallerie in 465 Eskadrons, die Feldartillerie in 494 Batterien, die Fußartillerie in 37 Bataillone, die Pioniere in 23 Bataillone, die Eisenbahntruppen in 7 Bataillone, der Train in 21 Bataillone formiert.

Artikel II. Für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis zum 31. März 1899 treten bezüglich der Dienstpflicht folgende Bestimmungen in Kraft:

§ 1. Während der Dauer der Dienstpflicht im stehenden Heere sind die Mannschaften der Kavallerie und der reitenden Feldartillerie die ersten drei, alle übrigen Mannschaften die ersten zwei Jahre zum ununterbrochenen Dienst bei den Fahnen verpflichtet. Im Falle notwendiger Verstärkungen können auf Anordnung des Kaisers die nach der Bestimmung des ersten Absatzes zu entlassenden Mannschaften im aktiven Dienst zurückbehalten werden. Eine solche Zurückbehaltung zählt für eine Uebung, in sinngemäßer Anwendung des letzten Absatzes des § 6 des Gesetzes, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienst, vom 9. November 1867 (Bundes-Gesetzblatt 1867 S. 131).

§ 2. Mannschaften, welche nach einer zweijährigen aktiven Dienstzeit entlassen worden sind (§ 1), kann im ersten Jahre nach ihrer Entlassung die Erlaubnis zur Auswanderung auch in der Zeit, in welcher sie zum aktiven Dienst nicht einberufen sind, verweigert werden. Die Bestimmung des § 60 Ziffer 3 des Reichs-Militärgesetzes vom 2. Mai 1874 (Reichs-Gesetzbl. 1874 S. 45) findet auf die nach zweijähriger aktiver Dienstzeit entlassenen Mannschaften keine Anwendung. Auch bedürfen diese Mannschaften keiner militärischen Genehmigung zum Wechsel des Aufenthaltes.

§ 3. Mannschaften der Kavallerie und der reitenden Feldartillerie, welche im stehenden Heere drei Jahre aktiv gedient haben, dienen in der Landwehr ersten Aufgebots nur drei Jahre.

§ 4. Alle diesem Artikel entgegenstehenden Bestimmungen, insbesondere die bezüglichen Festsetzungen des § 6 des Gesetzes, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienste, vom 9. November 1867, und des § 2 des Artikels V des Gesetzes, betreffend Aenderungen der Wehrpflicht, vom 11. Februar 1888 (Reichs-Gesetzblatt 1888 S. 11) treten außer Kraft.

Artikel III. Die Bestimmungen des Artikels II, § 1, erster Absatz, finden für diejenigen Mannschaften, welche nach zweijährigem aktiven Dienst hiernach zur Entlassung zu kommen hätten, im ersten Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes keine Anwendung; jedoch zählt eine solche Zurückbehaltung für eine Uebung, desgleichen eine etwaige Einberufung während des angeführten Zeitraumes.

4. Juli. Es erscheint eine kaiserliche Verordnung, durch welche die Ausfuhr von Streu- und Futtermitteln verboten wird.

5. Juli. (Bayern.) Urwahlen zur bayerischen Abgeordnetenkammer. Es werden gewählt: 3 Konservative, 73 Klerikale, 7 Bauernbündler, 68 Liberale, 1 Volkspartei, 5 Sozialdemokraten. Zwei Mandate sind zweifelhaft, jedoch voraussichtlich Bauernbündler. Die Liberalen haben im Ganzen 7 Mandate verloren, darunter die 4 Nürnberger Mandate an die Sozialdemokraten und 3 weitere Mandate an die Bauernbündler, unter letzteren Passau. Das Zentrum hat fünf seiner bisherigen Mandate eingebüßt, von diesen das eine Mandat an die Sozialdemokratie und 4 weitere an den Bauernbund. Andererseits hat das Zentrum den Wahlkreis Weißenburg von den Konservativen gewonnen. Die Volkspartei hat einen Sitz in Ansbach gewonnen. Sonst sind anscheinend keine Veränderungen in der bisherigen Vertretung vorgekommen. Nicht wiedergewählt ist der bisherige Präsident der bayerischen Kammer Frhr.

v. Ow und der bisherige Führer der Nationalliberalen Dr. v. Marquardsen.

5. Juli. (Berlin.) Schluß des Landtags durch den Kaiser mit folgender Thronrede:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtags!

Am Schlusse einer langen und arbeitsvollen Tagung und der ersten fünfjährigen Legislaturperiode des Landtages Meiner Monarchie gereicht es Mir zur Genugthuung, Ihnen Meine Anerkennung für Ihre erfolgreiche Thätigkeit auszusprechen.

Dank Ihrem bereitwilligen und verständnisvollen Zusammenwirken mit Meiner Regierung hat diese Sitzungs- und Legislaturperiode zu Ergebnissen von grundlegender Bedeutung und dauerndem Werte geführt.

Die dem Vaterlande wiedergewonnene Insel Helgoland ist für immer mit der preußischen Monarchie vereinigt.

Die Landgemeindeordnung für die sieben östlichen Provinzen und ihre Einführung in der Provinz Schleswig-Holstein haben für die Landgemeinden dieser Provinzen, die Städteordnung für den Regierungsbezirk Wiesbaden hat für die Städte dieses Bezirks die Grundlagen gedeihlicher Entwickelung des kommunalen Lebens geschaffen.

Durch die Ueberweisung der Anstaltspflege für Geisteskranke, Taubstumme und Blinde an größere Verbände ist die Armenlast der Gemeinden erleichtert und die Fürsorge für jene Unglücklichen verbessert worden.

Die Gesetze über die Errichtung von Rentengütern haben, namentlich in den östlichen Provinzen, in erfreulichem Umfange auf die Seßhaftmachung der ländlichen Bevölkerung hingewirkt.

Ich begrüße es mit Befriedigung, daß Sie bereit gewesen sind, der Erleichterung der Volksschullasten durch eine weitere Beitragsleistung aus Staatsmitteln und der Verbesserung des Diensteinkommens der Volksschullehrer durch Erhöhung der Alterszulagen zuzustimmen, auch die Elementarlehrer von den Beiträgen zur Versorgung ihrer Hinterbliebenen zu entlasten und ihren Waisen eine erhöhte staatliche Fürsorge angedeihen zu lassen.

Das Gesetz, betreffend die Ruhegehaltsklassen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen, wird die Pensionslast der Gemeinden erleichtern und die Ruhegehaltsabgabe der Volksschullehrer beseitigen.

Für die Durchführung der Reform des höheren Schulwesens sind die erforderlichen Mittel bereit gestellt, auch ist die Verbesserung des Diensteinkommens der Lehrer an den nichtstaatlichen höheren Schulen gesichert worden.

Die Ausgestaltung des Staatseisenbahnwesens, die Regelung der Flußläufe, die Herstellung von Kanälen und Hafenanlagen haben weitere Fortschritte gemacht, die der Entwickelung des Verkehrs zu Gute kommen werden.

Durch das Gesetz über Kleinbahnen ist das Mittel gegeben, auch die bisher von Eisenbahnen noch nicht berührten Gegenden dem Verkehr zu erschließen und den Wettbewerb auf wirtschaftlichem Gebiet auf alle Teile des Landes auszudehnen.

Vor allem aber ist es gelungen, das Werk einer grundlegenden Umgestaltung der staatlichen und kommunalen Besteuerung zu vollbringen. Im Anschluß an die Neuregulierung der Einkommen- und Gewerbesteuer befreien die nunmehr beschlossenen Steuerreformgesetze den Grund- und Gewerbebesitz von der bisherigen Doppelbesteuerung, ergänzen die Einkommensteuer durch eine mäßige stärkere Heranziehung des Besitzeinkommens im

Verhältnis zum Arbeitseinkommen, unter ausgiebiger Berücksichtigung der Minderbemittelten und der persönlichen und Familienverhältnisse der Steuerpflichtigen, und verteilen die öffentlichen Lasten lediglich nach Maßgabe der Steuerkraft; sie gewähren den Gemeinden ihrer wirtschaftlichen Natur entsprechende, ergiebige und sichere Steuerquellen. Der infolge der Steuerreform eintretenden Verschiebung in der Abstufung des Wahlrechts trägt das Gesetz über die Abänderung des Wahlverfahrens Rechnung.

Ich hoffe zuversichtlich, daß die Neuordnung des staatlichen und kommunalen Steuerwesens dem Haushalte des Staates und seiner Glieder gleichmäßig zu Gute kommen und daß diese von dem Streben nach ausgleichender Gerechtigkeit geleiteten Reformen Meinem Volke zum dauernden Segen gereichen werden.

Ihnen aber, geehrte Herren, sage Ich Meinen Königlichen Dank für Ihre einsichtsvolle und hingebende Mitwirkung bei diesem bedeutsamen Werke.

Der Rechnungsabschluß des vergangenen Jahres hat sich günstiger gestaltet, als zu erwarten war. Ich gebe Mich der Hoffnung hin, daß auch im laufenden Jahre der im Voranschlage des Staatshaushalts vorgesehene Fehlbetrag bei andauernder sparsamer Verwaltung die veranschlagte Höhe nicht erreichen wird.

Zu Meinem Bedauern haben umfangreiche Landesteile, namentlich im Westen der Monarchie, infolge anhaltender Dürre an Streu- und Futtermangel zu leiden. Meine Regierung hat ohne Verzug Anordnungen zur Abhilfe getroffen und vertraut auf die kräftige Mitwirkung der kommunalen Verbände. Es wird auch ferner ein Gegenstand Meiner landesväterlichen Fürsorge sein, der Landwirtschaft bei diesen und anderen Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hat, zu Hilfe zu kommen.

Nicht alles hat zum Abschluß gebracht werden können, was in der zu Ende gehenden Legislaturperiode geplant und erstrebt wurde. Aber der Rückblick auf ihre Ergebnisse ist sowohl um dieser selbst willen als insbesondere auch deshalb ein erfreulicher, weil das Erreichte auf dem patriotischen Geiste beruht, dem das Wohl des Vaterlandes das höchste Ziel ist. Ich schöpfe daraus die Zuversicht, daß es auch in Zukunft gelingen werde, den Aufgaben gerecht zu werden, welche in immer steigendem Maße hervortreten, daß der Kampf der Meinungen und Interessen nur in jenem Geiste geführt und der Frieden im Lande gemehrt werde.

Das walte Gott!

5. Juli. (Reichstag.) Zum Präsidenten wird v. Levetzow (konf.) wiedergewählt; zum ersten Vizepräsidenten v. Buol-Berenberg (Z.), zum zweiten Bürklin (nl.).

7. u. 8. Juli. (Reichstag.) Erste Lesung der Militär-Vorlage.

Der Reichskanzler wiederholt kurz die sachlichen Gründe für die Vorlage und erklärt, daß die zum Zweck der Deckung früher vorgelegten Steuergesetze fallen gelassen seien.

Wir mußten uns aber sagen, daß nun es unsere Pflicht war, nach neuen Vorlagen zu suchen, nach anderen Steuerquellen; und im engsten Verein mit der preußischen Finanzverwaltung, Hand in Hand mit ihr, ist die Reichsfinanzverwaltung vorgegangen und bestrebt gewesen, andere Steuerquellen zu finden.

Wir haben drei Grundsätze hingestellt. Einmal wollen wir ver-

suchen, die Börsensteuer, an der auch allerlei Bemängelungen gemacht waren, anders und ergiebiger zu gestalten. (Bravo! rechts.)

Dann wollen wir versuchen, die Steuern, deren wir bedürfen, auf die leistungsfähigsten Schultern zu legen, die schwächeren Kräfte zu schonen. (Bravo! rechts.)

Und endlich wollen wir angesichts der schwierigen Lage, in der die Landwirtschaft sich befindet, danach trachten, das landwirtschaftliche Gewerbe von neuen Steuern freizulassen. (Lebhaftes Bravo rechts, Lachen links.)

Nach diesen Richtungen sind wir vorgegangen.

Es ist ja begreiflich, daß bei dem komplizierten Mechanismus des Reiches und bei der Schwierigkeit des Gegenstandes wir noch nicht in der Lage sind, Ihnen jetzt andere Vorlagen zu machen. Es werden noch Monate vergehen, bis wir so weit sind, daß ich im Stande wäre, zu sagen: Die verbündeten Regierungen haben die und die Absichten. Wir können darauf mit der Militärvorlage nicht warten, weil die Zeit uns drängt; aber wir können Ihnen die Versicherung geben, daß wir thun werden, was wir thun können, um die Sache zu fördern. Wir können uns nicht, und ich als Mensch, als Einzelner, als Beamter kann mich nicht über die Projekte jetzt äußern; denn ich weiß nicht, was der Bundesrat beschließen wird. Ich kann wohl wissen, was ich will; ich weiß, was die Verwaltungen wollen, die ich gehört habe; aber ich bin nicht im Stande, im Namen der verbündeten Regierungen, die jetzt einem Steuervakuum gegenüberstehen — denn die alten Vorlagen existieren nicht mehr, weil sie nicht wieder eingebracht sind —, zu sagen, was sie wollen werden. Da könnten Sie mir sagen: Dann sage du uns doch, was du denkst. Aber auch das kann ich nicht. Denn wenn ich das sagte, so würde — wir haben ja da die Erfahrung in reichlichstem Maße für uns — bei jedem Wort, bei jedem Substantiv, das ich in Bezug auf Steuern als mögliche Quellen nennte, das einen Sturm hervorrufen, der die Sache gerade so erschlüge, wie er die vorige erschlagen hat. (Bewegung.) Also ich muß mir das versagen. Ich kann nur an Ihr Vertrauen appellieren, an Ihren guten Willen und an Ihren Glauben an uns. Nur auf diesem Wege können wir mit der Deckungsfrage weiter kommen.

Es sprechen noch Payer, v. Manteuffel, Liebknecht, Stumm, Gröber, v. Bennigsen, Böckel, Richter, Rickert. v. Jadzewski gibt im Namen der polnischen Fraktion die Erklärung ab, daß diese einstimmig für die Vorlage votieren werde. In einer Erwiderung gegen Gröber (Z.) bemerkt der Kanzler:

Nicht auf den politischen Teil seiner Rede will ich eingehen; dasselbe haben wir oft genug gehört auch von den Bänken der freisinnigen Volkspartei, von den Bänken der Sozialisten. Er hat uns nichts Neues gesagt; es sind eben demokratische Anschauungen, etwas was mich nicht in Erstaunen setzt, seit wir in der Zwischenzeit mit Emphase haben verkünden hören, daß die demokratische Richtung im Zentrum zunimmt, und daß man in der Umwandlung von einer konfessionell-kirchlichen in eine politisch-demokratische Partei begriffen ist. (Hört! hört!) Jawohl, meine Herren, ich berufe mich auf einen Bericht der „Kölnischen Volkszeitung“, nicht etwa der „Kölnischen Zeitung“, über eine zu Köln im Viktoria-Saale, ich glaube, am 28. Mai abgehaltene Versammlung. Also auf einen so demokratischen Ton war ich gefaßt.

8. Juli. (München.) In dem Allgemeinen deutschen Jour-

nalisten- und Schriftstellertag hält Prinz Ludwig von Bayern als Protektor folgende Rede:

„Geehrte Versammlung! Als ich das Protektorat über den Deutschen Schriftsteller- und Journalistentag übernahm, geschah es aus zweierlei Gründen. Vor allem ist der Zweck des Schriftstellertages, den Schriftstellern und Journalisten im hohen Alter, das aber schon mit sechzig Jahren beginnen soll, und ebenso im Falle der Invalidität eine sorgenfreie Zukunft zu geben. Die Art und Weise, wie dieses Projekt, das hoffentlich Annahme finden wird, ausgearbeitet ist, ist sehr hübsch und zeichnet sich besonders dadurch aus, daß es durch die Selbsthilfe aller Teilnehmer, allerdings mit Herbeiziehung anderer Stände, insofern sie sich an den Festen und Vergnügungen und Veranstaltungen der Journalisten und Schriftsteller beteiligen, ermöglicht wird. Der zweite Grund aber, warum ich das Protektorat übernommen habe, ist der, daß ich die hohe Bedeutung der Schriftsteller und Journalisten für unsere ganze Zeit und für die ganze Menschheit hoch zu schätzen weiß. (Beifall.) Der Schriftsteller, besonders der gelehrte Schriftsteller, macht uns bekannt mit den Forschungen der Wissenschaft, der exakten Wissenschaft sowohl als der geschichtlichen Wissenschaft, sein erstes Streben muß nach Wahrheit gerichtet sein und Wahrheit gibt's ja immer und überall nur eine. Die schöne Litteratur, die soll uns erheben und erquicken, erbauen und unterhalten, deswegen ist alles das wegzulassen, was, möchte ich sagen, nur zum Zeitvertreib dient und was vielfach nur auf die niederen Leidenschaften der Menschen und nicht auf seine Veredelung, sondern auf seine Verziehung hinarbeitet. (Beifall.) Was nun die Journalisten selbst anlangt, die sind ja mit dem anderen Schriftstellertum vielfach so verquickt, daß es schwer zu unterscheiden ist, wo der Journalist anfängt und der Schriftsteller aufhört. Die große Masse der Journalisten allerdings, die hat die Aufgabe, uns mit den Tagesneuigkeiten, mit den Tagesfragen so schnell als möglich bekannt zu machen und da nehme ich es ja denselben nicht übel, wenn nicht alle Nachrichten ganz genau und richtig sind. (Heiterkeit.) Es ist ja nicht möglich, bei der Anforderung nach möglichst schneller Berichterstattung alles auf die Wagschale zu legen. Darin unterscheide ich den eigentlichen Journalisten ganz streng von dem wissenschaftlichen Schriftsteller. Eines soll aber der Journalist nicht thun, das ist, er soll nicht mit Absicht Unwahrheiten verbreiten und er soll nicht verleumden. (Lebhaftes Bravo!) Die Journale und die Leser derselben bekommen einen Ueberblick über die Ergebnisse der Zeit. Es ist nun die Kunst, Zeitungen richtig zu lesen. Wer nur ein Blatt liest oder nur Blätter von einer Richtung, der wird unwillkürlich einseitig. Darum sage ich, ist das Zeitungslesen eine Kunst und für hochstehende Personen und höchststehende Personen in einem Staate ist diese Kunst, die gewiß nicht leicht ist, auch die, sich von den Einflüssen ihrer Umgebung frei zu machen und Dinge zu erfahren und zu hören, die ihnen sonst bei ihrer unvermeidlichen Isolierung mehr oder weniger verborgen bleiben. (Bravo.) Diese Millionen Deutsche, die teilweise an unseren Grenzen, teilweise in Europa und sonst in der Welt zerstreut wohnen, werden durch die Litteratur in ständigem Band mit uns gehalten. Wir nehmen alle den innigsten Anteil an dem Wohl und Wehe derselben, unterstützen können wir sie aber in ihrem Bestreben, das Deutschtum zu erhalten, nur auf privatem Wege. So wirkt ja in dieser Richtung der deutsche Schulverein, wirkt der Verein zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande. (Bravo.) Durch diplomatische Intervention, sei es des Reiches, sei es der Einzelstaaten, ist natürlich nichts zu erreichen; dieselbe würde höchst wahrscheinlich die Lage der Deutschen außerhalb des Reiches nur ver-

schlimmern, es wäre das gerade so, als wenn fremde Völker oder fremde Staaten sich erlauben würden, in innere deutsche Verhältnisse hineinzureden. Wie wir uns das verbitten würden, verbitten sich das andere auch, und daß das Deutsche Reich deswegen keinen Krieg führen wird, das ist bei der friedlichen Gesinnung, ich glaube, ich kann sagen, aller im Reiche selbstverständlich. Der Irredentismus, der ist uns allen fern; was wir wünschen und was wir wollen, ist das, daß es den Deutschen außerhalb des Reiches recht gut gehe und daß sie ihr Deutschtum erhalten. (Bravo!) Wir wünschen, daß sie sich als gute Unterthanen ihrer Monarchen, als gute Bürger ihrer Staaten fühlen möchten und bleiben möchten, so wie sie es bis jetzt immer waren. (Bravo!) Ich schließe, indem ich damit aufhöre, womit ich begonnen habe, indem ich wünsche, daß der deutsche Schriftsteller- und Journalistentag die Beschlüsse, welche der Ausschuß vorgeschlagen hat und die dafür bestimmt sind, ein sorgenfreies Alter denselben zu bereiten, annehmen werde, daß der deutsche Schriftstellertag zu Gunsten dieses soweit verbreiteten und einflußreichen Standes ausfallen möge. Gebe Gott, daß es so sein werde!" (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Die Rede machte allgemein einen tiefen Eindruck.

8. Juli. Huldigung von Bewohnern des Fürstentums Lippe beim Fürsten Bismarck. Der Fürst hält folgende Rede:

Meine Herren, ich danke Ihnen von Herzen für Ihre Begrüßung, die von Herzen kommt, und dafür, daß Sie den weiten staubigen und heißen Weg nicht gescheut haben, um mir Ihre Gefühle persönlich zum Ausdruck zu bringen, um so mehr als Ihr Gruß von der Stelle kommt, welche die älteste Malstätte der deutsch-nationalen Entwickelung ist gegenüber der Fremdherrschaft -- der Fremdherrschaft, ich möchte damit sagen nicht nur der äußeren Eroberung, sondern auch der Zerrüttung des inneren nationalen Lebens. Dieser ist damals ein fester Damm entgegengesetzt und das Land bis an den Rhein gesäubert worden nicht allein von den ausländischen Präfekten, sondern auch von den römischen Büreaukraten. Wer die damalige deutsche Geschichte studiert, der wird finden, wie gerade das Eindringen römischen Wesens in das Familienleben, das Eindringen römischen Rechts in private Verhältnisse unsere Vorfahren so erbittert hatte, daß sie einig wurden, wozu schon damals viel gehörte, und die römische Büreaukratie zum Lande hinauswarfen.

Es ist mir eine besondere Genugthuung, daß Sie von dort gekommen sind, wo dies geschah. Die Gelehrten streiten ja über den Platz, aber die Volksmeinung ist darüber einig, daß es der Teutoburger Wald war. Einer Ihrer Landsleute hat mir vor einigen Monaten einen recht schweren Boten von da hergesandt, einen Fels von der Grotenburg. Dementsprechend fasse ich Ihre Begrüßung auf als von der dortigen Malstatt des Teutoburger Waldes kommend, aus einem stets ungemischt gebliebenen Gebiete Deutschlands.

Das Fürstentum Lippe gehört ja zu den kleinen Bundesstaaten des Reiches, aber ich möchte Sie doch bitten, die Thatsache seiner Zugehörigkeit, seiner Stellung zum Reiche ebensowenig zu unterschätzen, wie ich die Stellung der Kleinstaaten und ihren Nutzen für den nationalen Gedanken unterschätzt habe. Ich kann meinen Gedanken dahin ausdrücken, daß zwischen wenigen mittelgroßen Staaten schwerer als bei den 25 jetzt bestehenden, unter denen 17, 18 von der Größe sind, daß sie nur eine Stimme im Bundesrate haben, Einigkeit zu erzielen und zu behaupten sein würde. Sie bilden gewissermaßen den Mörtel zwischen den Quadern; hätten wir nur Staaten von der Größe wie Sachsen und Bayern, so würde die heutige Verfassung schwerer anzuwenden sein.

Ich weiß nicht, ob Sie in Ihrem Lande sich die Privilegien, welche die Reichsverfassung gerade den kleineren Staaten verleiht, vergegenwärtigt haben, wenn nicht, so erwarte ich es von der Zukunft. Es wäre ein großes Privilegium, wenn Ihr Fürst einen Reichstagsabgeordneten zu entsenden hätte. Er hat aber, was als viel schwerer wiegend zu veranschlagen ist, ein Mitglied zum Bundesrate zu ernennen. Dies ist der 58ste Teil der Gesetzgebung, während die Ernennung eines Reichstagsabgeordneten nur den 397sten Anteil an der Gesetzgebungs-Körperschaft bedeuten würde. Außerdem steht den Bundesratsmitgliedern das Recht zu, im Reichstage jederzeit in jeder Sache das Wort zu ergreifen, ohne daß der Reichstagspräsident es hindern könnte, und selbst wenn das Bundesratsmitglied für eine Sache spricht, die im Bundesrat in der Minorität geblieben ist. Dem Bundesrate ist die Möglichkeit der Mitwirkung im nationalen Leben gegeben, und es hat mir eine Enttäuschung bereitet, daß von diesem Rechte bisher nicht mehr Gebrauch gemacht worden ist. Wie die Verfassung in ihren Grundzügen angelegt wurde, hatte ich mir gedacht, daß die Bundesbevollmächtigten auch im Reichstage mehr sprechen würden, und daß jeder Staat von den Intelligenzen, die er zur Verfügung hat, abgesehen von denjenigen, welche in seinen ministeriellen Aemtern sind, auch im Reichstag Gebrauch machen würde. Ich dachte mir außerdem, daß die Landtage der einzelnen Staaten sich an der Reichspolitik lebhafter, als bisher geschehen, beteiligen würden, daß die Reichspolitik auch der Kritik der partikularistischen Landtage unterzogen werden würde. Dafür weiß ich bisher kein Beispiel; nichtsdestoweniger bin ich mit dieser Meinung im verfassungsmäßigen Rechte. Ich hatte mir bei der Aufstellung der Verfassung ein reicheres Orchester der Mitwirkung in den nationalen Dingen gedacht, als es sich bisher bethätigt hat, weil die Neigung zur Mitwirkung in den einzelnen Staaten nicht in dem Maße, wie vorausgesetzt worden, vorhanden war.

Denken Sie, daß die nationalen Interessen nicht nur in unserem Bundesrate und im Reichstage diskutiert, sondern auch in den einzelnen Landtagen vertreten und besprochen würden: würde die Teilnahme dafür nicht lebhafter werden? Ich fürchte, es zeigt nicht einen Fortschritt, sondern eine Rückentwickelung, wenn die große Zahl der Landtage, die zur Mitarbeit berufen waren, von diesen ihren Mitteln keinen Gebrauch macht und sich keine Geltung verschafft; infolgedessen durchdringt das nationale Gefühl nicht alle Poren, alle Adern in dem Maße, wie ich gehofft hatte, und wie es wünschenswert wäre und in Zukunft der Fall sein möge. Das Blut konzentriert sich jetzt in Kopf und Herz, in Bundesrat und Reichstag. Wenn der Bundesrat öffentlich in seinen Sitzungen wäre, so würde er wirksamer sein. Wenn die Abgeordneten für den Bundesrat danach ausgesucht würden, daß man Gewißheit hätte darüber, daß sie auch im Reichstag sprechen würden, so wäre es besser. In der Zeit, wo die Verfassung entstand, pulsierte das nationale Leben so stark, daß jeder, der auch nur einen Zipfel davon erfaßte, sich der Strömung hingab. Ich kann nicht sagen, daß die Hoffnung, dies würde andauern, sich bestätigt hat. Es ist eine alte deutsche Neigung, zu warten, daß andere das machen möchten, wobei man selbst Hand anlegen sollte.

Ich hoffe auf andere Zeiten, wo das nationale Gefühl wieder stärker sein und man zum Nachdenken darüber kommen wird, welche Mittel wir haben, es lebendig zu erhalten.

Solche Mittel sind zunächst in der Institution der Landtage, dann in der des Bundesrats vorhanden. Der Bundesrat hat in seinen Beschlüssen eine amtliche Gültigkeit, aber in der öffentlichen Meinung hat er nicht die Bedeutung erreicht, wie ich es mir gedacht hatte. Es kann ihm

auf die Weise ergehen wie dem preußischen Herrenhause, welches auch aus Mangel an initiativer und bemerkbarer Thätigkeit nicht die Autorität hat, die ein Oberhaus haben sollte. Und Gott möge verhüten, daß der obere Faktor unserer Gesetzgebung, der Bundesrat, in der öffentlichen Meinung Deutschlands die Gleichberechtigung mit dem Reichstage verliere.

Ich bin da, wie es Einem natürlich ergehen wird, der zeitlebens Politik getrieben hat und der nichts zu thun hat, als über die Vergangenheit nachzudenken, in eine weitläufige Erörterung gekommen, von der ich hoffe, daß sie Ihnen nicht ohne Interesse war, und die dazu beitragen möge, daß, wenn Sie nach Hause kommen, Sie dafür wirken werden, daß die Beteiligung an der Reichspolitik auch in der Diaspora der Landtage lebhafter werden wird.

Es ist ein Irrtum, wenn Staatsrechtslehrer behaupten, die Landtage seien dazu nicht berechtigt; sie sind immer befugt, das Auftreten ihrer Minister in Bezug auf die Reichspolitik vor ihr Forum zu ziehen und ihre Wünsche den Ministern kund zu thun.

Ich halte es für eine ungeschickte Tendenz, einen Mangel an Verständnis des deutsch-nationalen Lebens, wenn viele unserer Staatsrechtslehrer — Theoretiker, keine Praktiker — es für einen Gewinn erklären, wenn die Zahl der Kleinstaaten sich verringere, und ich bin bemüht, diesem zu widersprechen, wo ich kann. Gerade die Zahl der Stimmen im Bundesrate sollte nicht verringert werden. Würde sie das, so kämen wir wieder in die Gefahr, welche ich von Anfang an zu bekämpfen gehabt habe, nämlich die, an Stelle des deutsch-nationalen Reiches ein Großpreußen zu bekommen. Es gibt Viele, die gern deutsche Reichsangehörige sein wollen, aber nicht Preußen, und ich habe immer gefürchtet, daß sich das Reich nach der großpreußischen Seite hin entwickeln würde.

Die Bundesstaaten, die nur je eine Stimme im Bundesrate führen, sind 17, und wenn ich die Hansestädte, die im Vergleich zu den anderen eigenartig sind, abziehe, so sind es 14. Und 14 Stimmen im Bundesrate sind eine gewichtige Stimmenzahl, wenn sie sich zusammenhalten. 14 Stimmen zu den preußischen geben Preußen immer die Majorität; die übrigen nach Abzug der preußischen betragen 24. Der Bundesrat ist also gewissermaßen in drei Kategorien geteilt, erstens in die kleinen Staaten mit je 1 Stimme, Preußen mit 17 Stimmen und die Mittelstaaten mit 24 Stimmen. Welches Gewicht liegt also in den kleinen Staaten, und ich wundere mich, daß sich in ihnen allen kein Politiker fand, der sich dasselbe zu Nutzen gemacht hätte.

Alles, was ich Ihnen eben vortrage, ist, wenn Sie wollen, ein Klagelied darüber, daß der nationale Gedanke in den Landtagen und Einzel-Regierungen nicht derart gezündet hat, wie ich vor 20 oder 25 Jahren gehofft hatte und ich bin leider körperlich nicht mehr kräftig genug, um im Reichstage aufzutreten. Ich könnte dort wohl einmal eine Rede halten, aber die Gesamtheit der Leistungen, die für mich mit einem Mandat verknüpft sein würden, bin ich nicht mehr im Stande, körperlich durchzuführen. Deshalb entschuldigen Sie mich, wenn ich bei diesem politischen Anlaß, der Ihre Begrüßung doch ist, diese meine Klagelieder Ihnen vortrage. (Lebhaftes Bravo.) Aber ich hoffe, es wird mit der Zeit anders werden, und es werden die Bureaukraten, welche Hermann im Teutoburger Walde erschlug, die „Prokuratoren", wie sie damals genannt wurden, nicht wieder die Alleinherrscher werden.

Zur Zeit besteht noch die Gefahr, daß sie, in unblutiger aber erstickender Weise, die Herrschaft wieder über uns gewinnen werden und daß die Errungenschaften des Schwertes, ich will nicht sagen, durch die Feder

der Diplomaten, aber doch durch Bureauwesen, Beamtenherrschaft und das träge Zuschauen in Erwartung, daß andere das Nötige schon thun werden, zu Grunde gehen. „Die Regierung wird es schon machen!" Wer ist denn „die Regierung?" Ja, wenn die Fürsten es selbst besorgen könnten, sie sind alle wohlwollende Herren, aber sie sind notwendigerweise angewiesen auf ihre Beamten, ihre Minister, Vortragenden und Geheimen Räte.

Meine Befürchtung und Sorge für die Zukunft ist die, daß das nationale Bewußtsein erstickt wird in den Umschlingungen der Boa constrictor der Bureaukratie, die in den letzten Jahren reißende Fortschritte gemacht hat. Hier können nur Bundesrat und Reichstag helfen; auch ersterer hat das Recht, sich geltend zu machen. Wenn die staatsmännische Einsicht der Bureaukratie nicht ausreicht, so ist gerade den Bundesratsmitgliedern und dem Parlament Gelegenheit gegeben, ihr zu Hilfe zu kommen, so daß die Intelligenzen im Bundesrat und Reichstag zusammenwirken.

Ich wiederhole, daß ich nicht auf das Reden im Bundesrate selbst, sondern auf das Recht der Bundesratsmitglieder, im Reichstage jeder Zeit das Wort zu erhalten, das Hauptgewicht lege. Ich meinerseits bin zu alt und zu matt, um ins Gefecht zu gehen. Nehmen Sie aber an, daß das nicht der Fall wäre, daß ich als Bundesratsgesandter eines der deutschen Fürsten, sei es des Ihrigen, in Berlin wäre und ich spräche meine Ueberzeugung auch dann im Bundesrat und im Reichstage aus, wenn sie nicht im Einklange mit der Majorität des Bundesrats stände. Würde das nicht einen Eindruck machen, weil es von einer Persönlichkeit ausginge, die bekannt und deren Vorleben bekannt ist? Solche Persönlichkeiten sind aber doch nicht ausgestorben und es wäre auf diesem Wege auch für die Regierungen der kleineren Staaten die Möglichkeit gegeben, den gravaminibus öffentlichen Ausdruck zu geben, welche amtlich keine Berücksichtigung gefunden haben.

Die Ergebnisse all dieser Betrachtungen resumiere ich dahin: Gott erhalte uns die Reichsverfassung wie sie besteht, und Gott erhalte uns die Zahl der Bundesregierungen, die den Bundesrat bilden, damit dieser dem Reichstage als vollständig ebenbürtiger und gleichberechtigter Koeffizent unserer Gesetzgebung stets zur Seite steht.

Dazu ist notwendig, daß Gott auch das Haus Ihres Fürsten erhalte, und ich bitte Sie, mit mir dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß er Seiner Durchlaucht dem Fürsten Woldemar ein langes und gesundes Leben verleihen möge.

9. Juli. Fürst Bismarck empfängt 32 aus Kiel zurückkehrende Sekretäre deutscher Handelskammern und hält dabei folgende Rede:

„Meine Herren, ich danke Ihnen für Ihre Begrüßung, die für mich um so ehrenvoller ist, als Sie so vielen Bezirken unseres Vaterlandes angehören, und um so erfreulicher, als Sie in Ihrer Gesamtheit den Nährstand, das heißt den Lebensnerv des deutschen Volkes vertreten, dem ich auch von Jugend auf angehört habe und noch angehöre. Ich sehe als den Nährstand an die Gesamtheit der produktiven Bevölkerung, also vielleicht 99 pCt. der deutschen Bevölkerung. „Reine Konsumenten" gibt es eigentlich nur in Gestalt festbesoldeter Beamten und Honorarempfänger — ich kann den Begriff hier nicht sofort erschöpfen. Aber im Herzen hat es mich jedesmal gefreut, wenn ich in Ihrem Verzeichnisse den Ausdruck gefunden habe: „Handels- und Gewerbekammer". Sie gehören beide notwendig zusammen, und unter Gewerbe begreife ich die Landwirtschaft, der ich selbst angehöre, unbedingt mit. Man kann unterscheiden zwischen dem Gewerbe

im engeren Sinne und dem Grundbesitze, der bei aller Fruchtbarkeit des Bodens aber nicht produktiv wird, wenn nicht das Gewerbe der Landwirtschaft auf ihm mit Geschick betrieben wird. Die Trennung der Gewerbe, Handel und Landwirtschaft halte ich für eine irrige und irreführende. Der Handel kann in einem verarmenden Lande nicht gedeihen. Der Kaufmann steht sich unzweifelhaft besser, wenn er die Geschäfte eines wohlhabenden Hinterlandes und einer reichen Heimat zu besorgen hat, als wenn er nur einer armen und verarmenden Bevölkerung den Austausch und Verkehr der Waren vermitteln soll. Es ist also nicht richtig, wenn man annimmt, daß die Länder, in denen das Getreide am wohlfeilsten ist, die glücklichsten und prosperirendsten sind. Ich will nicht auf das Innere von Rußland hinweisen, wo der Roggenpreis unter Umständen nur noch 30 bis 40 pCt. von dem unserigen beträgt; und doch ist das Land deshalb nicht reich, es hat zwar reiche Leute, aber die Bevölkerung ist doch arm. Ich will auf meine eigenen Erfahrungen aus früher Jugendzeit zurückgreifen. In Hinterpommern kostete damals der Wispel Roggen 11 Thaler, das sind 33 ℳ. Dafür schickte mein Vater 8 Pferde und 3 Menschen mit 2 Wispel Roggen 8 Meilen von seinem Gute nach Kolberg über sandige Berge. Die Leute kamen zurück mit einer Tonne Salz und einer Tonne Hering und hatten 2 Thaler zugezahlt als Reisekosten. Die Tonne Salz kostete 15 Thaler, die Tonne Hering 7 Thaler, und die Reisekosten mit 2 Thalern hatten sie noch zuschießen müssen. So waren damals die Verhältnisse. War das ein Glück für das Land? Nein, in der ganzen Gegend waren kaum zwei Häuser, in denen Wein getrunken wurde, weißer und roter. Der Weinhändler und andere Kaufleute hatten kein Verdienst. Jetzt ist es anders. Es ist ein Irrtum, wenn man Handel und Gewerbe und Landwirtschaft von einander trennen will. Wir müssen zusammen gedeihen oder wir gehen zusammen zu Grunde. Ein durch ungeschickte Gesetzgebung und ungeschickte Handelsverträge verarmendes Land kann einen potenten Kaufmannsstand nicht ernähren, weder gegenüber dem Auslande noch im inländischen Verkehr. Arme Gewerbe, arme Kaufleute! Damals, in der Zeit, von der ich sprach, hatten wir eigentlich gar keine Kaufleute. Was war Stettin damals für ein Nest! Das bischen Kornausfuhr, das bei diesen niedrigen Preisen von dort nach England ging, wo noch die Kornbill bestand, war das Einzige, und es war charakteristisch, daß es kaum eine Firma gab, die nicht drei Namen führte, weil Einer das Kapital nicht zusammenbringen konnte. Wie ist es jetzt geworden, wo die Kornpreise vier- bis sechsmal so hoch sind oder sein könnten wie damals. Ich möchte, da ich Vertreter beider Richtungen vor mir habe, Ihnen diese Gedanken ans Herz legen, daß Handel und Produktion unmittelbar zusammengehen müssen, daß beide sich schädigen, wenn sie sich trennen. Es ist ja früher von meinen Gewerbsgenossen, den Landwirten, viel auf die Industrie und deren Forderung gescholten worden, aber ich habe in meiner eigenen Landwirtschaft gesehen, welche Wohlthat für den Landwirt es ist, eine reiche Industrie in der Nähe zu haben. Ich erfahre das selbst, weil auf meinen pommerschen Gütern eine erhebliche Industrie besteht, die ich nicht selbst betreibe, die aber dort betrieben wird. Infolgedessen hat jeder Bauer und Arbeiter, soweit die Fürsorge der Regierung für die Arbeiter ihn nicht daran hindert, die Möglichkeit, auf eine oder die andere Weise sich und seine Kinder zu beschäftigen und zu ernähren. Landwirtschaft und Industrie gehören zusammen und dürfen sich nicht entgegenarbeiten in der Gesetzgebung. Wo eine prosperierende Industrie ist, wie in den westlichen Provinzen, da hat die Landwirtschaft noch zu leben. Wo das nicht ist, sollte Industrie nach Möglichkeit geschaffen werden, und die Landwirte sollten sich zur Aufgabe stellen, sie zu pflegen.

Umgekehrt ist der wohlhabende Landwirt ihr bester Abnehmer. Der beste Absatz ist doch immer der an Inländer; die ganze Ausfuhr tritt gegen den inländischen Absatz sehr zurück. Wir müssen ja den ausländischen Absatz haben, aber wenn der inländische fehlte, so würde das noch schlimmer sein. Die Erzeugnisse der Industrie nimmt eine prosperierende Landwirtschaft bereitwillig auf. Viel näher liegt der Gedanke, daß der Handel im Gegensatz zur Produktion stände. Auch das halte ich für einen Irrtum, in den nur diejenigen verfallen, die an der Oberfläche haften, und ich glaube, daß die Kaufmannschaft eines armen, verarmten und besonders eines verarmenden Landes schlechter daran ist, als die eines reichen. Kaufleute in England, Amerika und überhaupt in Ländern, die im Aufschwunge begriffen sind, sind die gesegnetsten Leute. Dagegen wird eine Kaufmannschaft in Ländern mit rückläufiger Entwickelung nicht nur eine Ueberzahl von unversorgten Kaufmannslehrlingen liefern, sondern auch später keine Millionäre. Die Millionäre werden heutzutage ja mit einer gewissen Bitterkeit betrachtet; das ist nicht berechtigt, und ich glaube, wir wären alle, auch die, welche es nicht sind, besser daran, wenn wir noch zehnmal mehr Millionäre hätten, als wir haben, wie es in England und Amerika der Fall ist. Der reiche Mann behält ja sein Geld nicht, er gibt es aus, klug oder verrückt, und von diesen Ausgaben leben viele andere Leute. Wenn wir keine Leute hätten, die aus Ueberfluß ausgeben, so würden alle, die vom Luxus leben, die Künstler, die Verfertiger von Modewaren, Konfektion u. s. w. nicht existieren; wovon sollen sie leben, wenn jeder nur knapp hat, seinen Hunger zu stillen? Es ist notwendig, daß es Leute und Familien gibt, die auch für Luxus ausgeben können: Millionen leben davon. Schaffen Sie den Luxus ab, so zerstören Sie eine Menge Existenzen. Schaffen Sie den wohlhabenden Mann ab, der etwas mehr hat, als sich satt zu essen, und überlegen Sie sich einmal, was für Produktionen, was für Gewerbe und Industrien dann nichts mehr zu thun haben. Wenn alle Leute aufhören wollten, andere Ausgaben, als die für ihre einfache Ernährung zu machen, müßten viele Gewerbe ausfallen. Deshalb, meine Herren, möchte ich Ihnen empfehlen: halten wir alle zusammen, Produzenten jeder Art, Industrielle, Handwerker, Landwirte, aber auch Kaufleute! Auch dem Kaufmann kann eine verarmende Landwirtschaft nicht helfen, er bleibt bei rückläufiger Flut auf dem trockenen Sande, mit kümmerlichen Erwerbsverhältnissen. Es ist mir erfreulich, auch einmal als Theoretiker vor sachkundigen Leuten diese schwierigen Dinge zu besprechen; früher als Handelsminister hatte ich mich damit amtlich zu beschäftigen, und ich bin außerordentlich froh, daß ich nichts mehr damit zu thun habe. In der heutigen Welt ist für mich kein Platz für amtliche Thätigkeit. Das aber hindert mich nicht, bei Gelegenheit meine Meinung offen auszusprechen, selbst wenn ich dabei im Sinne des alten Textes Prediger in der Wüste bleiben sollte. Aber bei Ihnen fürchte ich das nicht; ich glaube, daß Sie mit mir einverstanden sind. Ich hoffe, Sie beherzigen die Empfehlung zur Einigkeit zwischen allen produktiven Ständen, die bei wachsender Wohlhabenheit der Bevölkerung interessiert sind, für die es nicht gleichgültig ist, ob die Bevölkerung arm oder wohlhabend ist."

11. Juli. Der Direktor im Reichsamt des Innern, **Nieberding**, wird zum Staatssekretär im Reichsjustizamt ernannt.

11. Juli. Der **Großfürst-Thronfolger von Rußland** hält sich auf der Rückreise von England einige Stunden in Potsdam zum Besuch beim Kaiser auf.

13. u. 14. Juli. (Reichstag.) Zweite Lesung der Militär-Vorlage.

Die Abgg. Prinz zu Schönaich-Carolath und Roesicke haben den Abänderungsantrag eingebracht, die Einleitung des Artikels II wie folgt zu fassen:

„Für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis zum 31. März 1899 treten bezüglich der aktiven Dienstpflicht folgende Bestimmungen in Kraft, welche für die spätere Zeit auch so lange gelten, als die Friedenspräsenzstärke nicht unter die im Artikel I § 1 Absatz 1 bezeichnete Zahl herabgesetzt werden wird und die im § 2 vorgesehenen Neuformationen erhalten bleiben."

Graf Hompesch (Vorsitzender der Zentrums-Fraktion):

In der letzten Plenarsitzung hat der Reichskanzler in Bezug auf meine Fraktion Behauptungen aufgestellt, die nicht ohne Antwort gelassen werden dürfen. Der Reichskanzler hat gegenüber dem Abg. Gröber gemeint: was er gesagt habe, habe man oft genug von freisinniger und sozialdemokratischer Seite gehört; es sei das eben ein Beweis dafür, daß im Zentrum eine Umwandlung in demokratischer Richtung erfolgt sei. Gegen diese Aeußerungen muß ich im Namen und Auftrage meiner politischen Freunde Verwahrung einlegen (lebhafter Beifall im Zentrum) und folgende Erklärung abgeben: Das Zentrum ist niemals eine nur konfessionell kirchliche Partei gewesen; wenn ihr dies in früheren Jahren insinuiert wurde, hat sie jedesmal dagegen Verwahrung eingelegt. Der Schutz der Rechte der katholischen Kirche und der übrigen anerkannten Kirchen ist und bleibt eine der vornehmsten Aufgaben unserer Partei, aber nicht die einzige. Die Erhaltung des föderativen Charakters des Reiches, der Schutz der Freiheiten aller Angehörigen desselben und die Förderung des allgemeinen Wohls sind, wie es unsere Statuten ausweisen, nicht minder Aufgaben, die sich unsere Fraktion gestellt hat. (Beifall im Zentrum.) Wir beteiligen uns nicht im gouvernementalen, sondern in wahrhaft konservativem Sinne für die Erhaltung aller Rechte; wir stehen fest in Treue und Gehorsam gegen die Träger der Autorität in Staat und Kirche, wir arbeiten an dem Ausbau der rechtlich gegebenen Grundlagen zur Besserung der inneren Zustände. Auf dem Boden dieser Grundsätze hat das Zentrum immer gestanden, steht es heute und wird es, so Gott will, unter Gottes Hilfe auch stehen bleiben. Ich weise demnach im Namen meiner Freunde die Anschuldigungen des Reichskanzlers als durchaus unzutreffend auf das Entschiedenste zurück. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

In namentlicher Abstimmung wird § 1 mit 198 gegen 187 Stimmen angenommen. Für denselben stimmen geschlossen die Konservativen, die Reichspartei, die Nationalliberalen, die Polen, die Freisinnige Vereinigung und die deutsche Reformpartei; ferner vom Zentrum Prinz Arenberg und Lender, ferner Graf Bismarck-Schönhausen, v. Hornstein, Prinz Carolath und Rösicke. Gegen § 1 stimmen geschlossen die Sozialdemokraten, die Süddeutsche und die Freisinnige Volkspartei, das Zentrum mit den genannten Ausnahmen, die Welfen, die Elsaß-Lothringer und von den Wilden Bachmeir, Pachnicke, Sigl und der Däne Johannsen. Es fehlten die drei Antisemiten Liebermann v. Sonnenberg, Ahlwardt und

Leuß, sowie der Pole v. Czarlinski, die Abgg. Eck (Z.), Hilpert (wild), Letocha (Z.). Abg. Wenzel erklärt, daß er durch Zufall verhindert gewesen sei, der Abstimmung beizuwohnen und mit Nein zu stimmen.

Der Antrag Carolath-Rösicke wird abgelehnt.

Zu § 2 ergreift das Wort Graf Herbert Bismarck, dem Graf Caprivi repliziert.

14. Juli. Im Reichstag wird eine „wirtschaftliche Vereinigung" gebildet.

15. Juli. (Reichstag: Militär-Vorlage.) Dritte Lesung. Auf eine Anfrage des Abg. Rickert bestätigt der Reichskanzler, daß weder eine Bier- noch eine Branntweinsteuer, noch eine Steuer auf Lebensmittel eingeführt werden soll. Bei der namentlichen Abstimmung im Ganzen wird das Gesetz mit 201 gegen 185 Stimmen angenommen (Gesetz v. 8. Aug.). Es haben auf seiten der Mehrheit die drei Antisemiten Liebermann v. Sonnenberg, Leuß und Ahlwardt mehr abgestimmt; auf seiten der Minderheit haben zwei gefehlt.

Der Reichstag wird geschlossen. An die betreffende Botschaft schließt der Reichskanzler einen Dank des Kaisers für die patriotiche Mitwirkung des Reichstags bei der Heeresverstärkung.

15. Juli. Der Kaiser erläßt folgende Kabinettsordre:

Mein lieber Reichskanzler Graf von Caprivi!

Mit freudiger Genugthuung blicke Ich auf den erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen über die Armee-Reform, welche durch die notwendige Verstärkung unserer Wehrkraft eine Bürgschaft für die Sicherheit des Reiches und damit für eine gedeihliche Entwickelung unserer vaterländischen Verhältnisse darbietet. Neben der patriotischen Unterstützung, welche das von Mir und Meinen hohen Verbündeten verfolgte Ziel in weiten Kreisen des deutschen Volkes, sowie bei der Mehrheit des Reichstages gefunden hat, ist das Zustandekommen dieses großen Werkes vor allem Ihr Verdienst, indem Sie mit fachmännischem Verständnis, staatsmännischem Blick und hingebender Thätigkeit in allen Stadien der stattgehabten Erörterungen Sich haben angelegen sein lassen, die Reform einem befriedigenden Ende entgegenzuführen. In der Wertschätzung dieser Ihrer Verdienste weiß Ich Mich mit Meinen hohen Verbündeten eins, und es ist Mir eine angenehme Pflicht, Ihnen Meine volle Anerkennung und Meinen unauslöschlichen Dank mit dem Wunsche auszusprechen, daß Ihre unschätzbaren Dienste Mir und dem Vaterlande noch lange mögen erhalten bleiben.

Neues Palais, den 15. Juli 1893.

Ihr wohlgeneigter

Wilhelm J. R.

15. Juli. Der Kaiser tritt in Begleitung der Kaiserin seine Reise über Kiel nach Norwegen an.

15. Juli. Der Kaiser sendet folgendes Telegramm nach Annahme der Militärvorlage an den Abg. v. Koscielski:

„Neues Palais, 15. Juli. Ich danke Ihnen und Ihren Landsleuten für Ihre Treue zu Mir und Meinem Hause. Sie sei ein Vorbild für alle. Für Ihre hingebende Arbeit verleihe Ich Ihnen den Kronenorden II. Klasse. Wilhelm J. R."

Eine ähnliche Anerkennung wird dem Abg. Stumm zu teil.

15.—16. Juli. Parteitag der Freisinnigen Volkspartei.

Badische Deputierte beantragen, daß dem Zentralausschuß eine größere Anzahl Vertreter der Provinzialparteitage angehören sollen mit dem Rechte, den Parteitag unter Umständen selbständig zu berufen. Man begründete dies Verlangen mit dem Hinweis auf Vorkommnisse der letzten Zeit, durch die man in Süddeutschland überrascht worden sei. Richter bekämpft diesen Antrag, und er wird verworfen. — Der Schwerpunkt der Partei wird von jetzt ab in einem Ausschuß ruhen, der nur aus fünf Mitgliedern besteht.

Mitte Juli. Abg. Böckel hält in einer Volksversammlung folgende Rede:

Der Führer der Reformpartei begann damit, daß er die Kritik der Sozialdemokratie an unseren bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen als vollberechtigte und sogar meisterhaft ausgeführte anerkannte und den alten Parteien, insbesondere der konservativen und der nationalliberalen Partei, als an Mark und Bein zerfressenen Parteien, den baldigen Untergang prognostizierte. Die Wahlen hätten der Regierung, trotz des Bundes der Landwirte, keine Majorität gebracht. Diese Niederlage sei bedingt durch unsere wirtschaftlichen Verhältnisse und unsere Gesetzgebung, welche nur für das Kapital zugeschnitten sei. Die Sozialdemokratie würde noch größere Erfolge zu verzeichnen gehabt haben, wenn nicht durch die antisemitische Agitation eine halbe Million Unzufriedener ihr entzogen worden wären. Für die „Parteien der Satten" wären diese Stimmen ganz gewiß nicht abgegeben worden. Er und seine Freunde hätten im vorigen Reichstage gegen die Militärvorlage nur deshalb gestimmt, weil die Deckung der Kosten durch das Volk belastende Konsumsteuern erfolgen sollte. Nachdem der Reichskanzler ihm nunmehr die bindende Erklärung abgegeben, daß die Regierung die Konsumsteuervorlagen zurückziehen und auch keine andere das Volk belastende Konsumsteuervorlage einbringen werde, die Deckung der Lasten vielmehr durch eine Börsensteuer, und falls diese nicht ausreicht, noch durch eine Luxussteuer erfolgen solle, lag für seine Partei kein Grund mehr vor, gegen die Militärvorlage zu stimmen. Die deutsche Reformpartei werde nunmehr versuchen, eine Reformgesetzgebung im großen Stile ins Werk zu setzen, selbst auf die Gefahr hin, daß ihre Anhänger zu Sozialisten gestempelt werden sollten. Vor allem müsse eine Börsenreform angestrebt werden: die großen Vermögen müssen derartig besteuert werden, daß sie nicht mehr verzinslich gemacht werden können. Und wenn Rothschild darüber Deutschland verlassen sollte, so möge er in Frieden ziehen; es ist besser, als wenn 80,000 Arbeiter auswandern müssen, um ihre Arbeitskraft einem anderen Lande zukommen zu lassen. Nicht allein das jüdische, auch das christliche Kapital sei zu bekämpfen. Die heutigen Verhältnisse erinnerten wunderbar an die vor hundert Jahren. Die Arbeit würde verachtet, dem Arbeiter gehe man aus dem Wege, der Spitzbube im Frack wird geehrt, er kann noch Geheimer Kommerzienrat werden. Noch sei es Zeit, daß die Regierung sich zu einer wahrhaft sozialpolitischen That aufraffe.

19.—20. Juli. Das Kaiserpaar stattet in Tullgarn dem

Kronprinzen und der Kronprinzessin von Schweden einen Besuch ab, wohin sich auch König Oskar von Schweden begibt.

20. Juli. Stichwahl im Wahlkreise Neu-Stettin (für den doppelt gewählten Ahlwardt, der in Arnswalde angenommen). Es erhielten: Professor Dr. Paul Förster 6518 (Antisemit, Anhänger Ahlwardts), Hofprediger a. D. Adolf Stöcker 1906 Stimmen.

20. Juli. Rückreise des Kaiserpaares über Rügen.

21. Juli. Gegen 1000 Braunschweiger machen eine Huldigungsfahrt nach Friedrichsruh. Der Fürst hält folgende Rede:

„Meine Herren und Damen! Ich danke Ihnen herzlich für die große Ehre und das Wohlwollen, welches Sie mir erzeigen durch Ihren Besuch hier und welchem in so beredten Worten der Herr Redner (Justizrat Dr. Semler) Ausdruck gegeben hat. Mir ist die Begrüßung von seiten des Braunschweigischen Landes in meiner Eigenschaft als Altmärker noch besonders wertvoll. Als Nachbarkinder sprechen wir in der Heimat dasselbe braunschweigische Platt, bei dessen Tönen ich an der Elbe geboren bin, und diese Namensverwandtschaft und Nachbarschaft macht mir den Ausdruck Ihrer Sympathie besonders wert.

Es ist Ihnen bekannt, von wie vielen Seiten ich im letzten Jahre aus allen Gegenden des Deutschen Reichs Kundgebungen des Wohlwollens und der Anerkennung erhalten habe, im vorigen Jahre aus dem Süden und Westen des Reiches, in diesem Jahre vom Norden, von Schleswig, Oldenburg bis Mecklenburg, und ich kann wohl sagen aus allen Bundesstaaten, mit alleiniger Ausnahme desjenigen, dem meine engere Heimat angehört. Es ist das eine eigentümliche Erscheinung, und wenn ich in den Kundgebungen des Wohlwollens für meine Person die Anerkennung für meine politische Wirksamkeit und für das Ergebnis derselben, nämlich für die heute vorhandene Einheit des Deutschen Reichs erblicken kann, so möchte ich daraus nicht den Schluß ziehen, daß in Preußen nun die nationale Begeisterung, das Gefühl der Zugehörigkeit zum gesamten Deutschland minder lebhaft wäre, wie in den außerpreußischen Bundesstaaten. Es liegt das in der Eigentümlichkeit und in der politischen Erziehung meiner engeren Landsleute. Sie sind, möchte ich sagen, viele Generationen hindurch ministeriell geschult und entfernen sich ungern von der von obenher vorgeschriebenen Linie (Heiterkeit, bravo). Es war dies früher, zur Zeit, wo ich an der Spitze der politischen Leitung stand, nicht in dem Maße der Fall. Ich habe scharfe Opposition gefunden, namentlich von meinen engeren Landsleuten und von der konservativen Partei, aus der ich hervorgegangen bin, der ich angehört habe, soweit es mir die nationale Entwicklung gestattete; ich habe als Ministerpräsident in Preußen zu Zeiten sehr viel schärfere und rückhaltlosere Opposition gehabt, wie sie heutzutage von der Seite kaum jemals versucht worden ist.

Ich will den Gründen davon nicht weiter nachsuchen, als ich schon vorher im Hinblick auf Preußens Vorgeschichte andeutete, aber ich will doch noch eins anführen: Zur Zeit des alten Kurses sah man keine Gefahr darin, Opposition zu machen; man hatte das feste Vertrauen, daß auch durch die schärfste Opposition der Bestand des Reiches und des Königreichs Preußen nicht gefährdet werden würde, weil das Steuer in den festen sicheren Händen des Königs Wilhelm I. und seines Ministeriums ruhte. (Lebhafter Beifall.) Dieser Glaube an die Festigkeit der Situation ist heute

vielleicht nicht in allen Kreisen in derselben Stärke vorhanden, und es kommt heutzutage vor, wie es die jüngsten Ereignisse gezeigt haben, daß rechts- und staatsfreundliche Elemente, wenn sie die Wahl haben, nach ihrer Ueberzeugung zu stimmen oder die Regierung der Versuchung einer neuen Auflösung des Reichstags und dessen, was sich daran schließen könnte, auszusetzen, doch das Opfer ihrer eigenen Ueberzeugung als das kleinere Uebel erkannt haben.

Was die Militärvorlage betrifft, die zuerst von allen Seiten bekämpft worden ist, so haben schließlich nicht nur diejenigen, die gegen Stärkung unsrer Wehrkraft sind, sondern auch diejenigen, die der Vorlage, für Juristen möchte ich den Ausdruck gebrauchen „angebrachtermaßen", abhold waren, doch schließlich geglaubt, ihre eigene Ueberzeugung lieber auf dem Alter des Vaterlandes opfern zu müssen, als der Ungewißheit entgegenzugehen, welche bei Ablehnung einer Vorlage, auf welche die Regierung so hohen Wert legte, entstehen konnte, und für die Folgen, welche sich an eine neue Reichstagsauflösung knüpfen könnten, einen Teil der Verantwortlichkeit auf sich zu nehmen.

Ich rede, wenn ich dies sage, einigermaßen pro domo; mein ältester Sohn ist Mitglied des Reichstags und hat für die Vorlage, wie er mir sagte, aus dem Grunde gestimmt, weil er die Verantwortung für die Folgen der Ablehnung nicht auf sich nehmen wollte, für die Folgen, welche nicht notwendig daraus hervorgehen mußten, sondern welche nach allgemeinen Andeutungen die Regierung mutmaßlich daran knüpfen würde; und da hat er ebenfalls die Annahme der Vorlage, mit der er an sich nicht einverstanden war, als das kleinere Uebel betrachtet und seine Ueberzeugung und sein Verständnis dem allgemeinen Interesse untergeordnet.

Nun habe ich einigermaßen pro domo gesprochen, aber da ich mich hier in domo befinde, habe ich geglaubt, von den Fenstern meines Hauses aus so vor Ihnen sprechen zu dürfen. Die Sonne kommt heraus; erlauben Sie darum, daß ich mich bedecke und ich bitte Sie, das Gleiche zu thun, da ich mich sonst auch der Blendung aussetzen müßte... Ich bin überhaupt nicht der Meinung, daß die Begeisterung, die uns mit den sechziger und siebziger Jahren in die Einheit hineingetragen hat, in der Gesamtheit des Volkes vermindert sei, sie ist nur in ihrer äußeren Wahrnehmbarkeit vermindert, ich möchte sagen: der Kanal, in dem sie strömt, ist schmaler geworden. Schmaler, wodurch? Durch die Zurückhaltung der parlamentarischen Körperschaften.

Ich habe von der Zeit an, wo ich aus dem Dienste geschieden, zuerst einer studentischen Deputation in Kissingen gegenüber die Mahnung ausgesprochen, festzuhalten an der Verfassung und an den Rechten, welche dieselbe jedem Einzelnen verleiht. In demselben Sinne habe ich mich vor einem Jahre in Jena ausgesprochen, daß wir in heutigen Zeiten das Bedürfnis fühlen, daß die parlamentarische Mitwirkung sich schärfer accentuiere. Statt dessen ist diese einigermaßen rückläufig geworden von dem Augenblick an, wo der Reichstag auf die Autorität, welche ihm die Verfassung verleiht, verzichtete und gewissermaßen abdizierte. Es war das in dem Moment, als er sich gefallen ließ, eine so wichtige Vorlage, wie die Handelsverträge, die vorher ganz geheim gehalten wurden und ihm gänzlich unbekannt waren, obgleich sie für ein längeres Stadium gelten sollten, in acht Tagen zu erledigen. Die Volksvertreter waren nicht im Stande, sich zu überzeugen, wofür sie ihre Stimme abgaben, noch sich von der Notwendigkeit einer so einschneidenden Vorlage zu überzeugen, die auf 12 Jahre festgelegt wurde. Der Reichstag hätte sie prüfen können und dann annehmen, aber auf die Prüfung solcher Vorlagen zu verzichten, das nenne

ich eine Abdikation. Wie kam der Reichstag dazu? Ich darf wohl behaupten: infolge der Parteiungen.

Die Fraktionen stellten ihre Interessen in den Vordergrund und verzichteten auf eine Prüfung der Reichsinteressen gegenüber den Parteiinteressen, jede in der Furcht, daß eine andere Fraktion ihr den Rang ablaufen könne. Es wurde von ministerieller Seite nach dem Grundsatze divide et impera verfahren, und das Gewicht, welches der Reichstag in die Wagschale hätte einsetzen können, zerbröckelt, nullifiziert, so daß der Reichstag einer großen und entscheidenden Maßregel ohne Prüfung zustimmte und dies nach Maßgabe der Frist der Verhandlung offen erkennbar machte. Jede Fraktion hatte dieselben Befürchtungen, und wenn ich daran denke, so erinnere ich mich an eine Scene aus Schillers Wallenstein: „Willst du's nicht, so thut's der Pestaluzz". Davor ängstigte sich jede Fraktion und sagte: Ich bin ja ganz bereit. So kam es, daß das Gewicht des Parlamentarismus aufgehoben wurde. Nun, das Vakuum, welches die parlamentarischen Einflüsse bei uns lassen, wenn sie sich nicht genügend geltend machen, wird ja nicht von dem Monarchen, dem Könige, eingenommen, sondern thatsächlich von der Büreaukratie, der Beamtenhierarchie. Sie füllt das Leere aus, die Büreaukratie, die nicht zu verwechseln ist mit dem Monarchismus, dieselbe Büreaukratie, die 1806 und 1807 dem französischen Siegeszuge die Wege ebnete und die 1848 den Barrikaden gegenüber haltlos zusammenbrach. Kein Oberpräsident war damals da, der nicht abwartete, was aus der Revolution in Berlin wurde. Das büreaukratische Zimmerwerk ist so konstruiert, daß es ein Holzbau ist, kein Granitbau. Darauf können wir nicht sicher bauen. Die Volksvertretung ist dazu da, die Büreaukratie zu korrigieren, zu zensurieren, ihr zu Hilfe zu kommen und sie vor Uebergriffen zu bewahren. Dazu ist erforderlich, daß die Gesetzgebung das System der Geheimhaltung aufgibt. Wenn niemand weiß, was die Regierung beabsichtigt, und sie die Durchführung ihrer Absichten nicht vorbereitet, so kann keine Landesvertretung und kein Abgeordneter rechtzeitig ein Urteil gewinnen. Ich halte für richtig und habe als Minister danach gehandelt, daß die neuen Vorlagen ohne Rücksicht darauf, ob sie populär waren oder nicht, in der offiziösen und amtlichen Presse zunächst bekannt gegeben wurden; von Ueberraschung und Zwangslage war denn auch keine Rede. Wenn dann vom Reichstag die Vorlagen abgelehnt wurden, so haben wir diese Ausübung seiner Berechtigung oft zwar mit bitterem Herzen, aber doch angenommen und uns auf eine andere Vorlage besonnen (Heiterkeit), durch welche wir unsern Zwecken näher zu kommen glaubten. Das, glaube ich, ist auch für die Zukunft der richtige Weg; dazu ist aber notwendig, daß die Beteiligung an den Regierungsgeschäften und an dem Schicksal der großen gesamten Nation nicht nur eine innere, gemütliche, sondern auch äußerlich erkennbarere wird, als es heute der Fall ist.

In diesem Sinne habe ich auch unsern Landsleuten aus dem Fürstentum Lippe, welche neulich hier waren, empfohlen, doch auch in ihrem kleinen Kreise mehr sich mit der Reichspolitik zu beschäftigen; diese gehört doch zu den Landesinteressen. Die deutsche Frage müßte in kleinen und großen Reichsländern stets die oberste Frage sein, über welche die Minister wegen ihrer Haltung im Bundesrate interpelliert werden sollten. Für manchen Minister mag es ja sehr bequem sein, wenn die Verhandlungen heimlich sind und er sich über sie nicht zu äußern braucht, aber für das gesamte Volksinteresse ist es nicht nützlich; da sollten immer Karten auf den Tisch gespielt werden. Es ist eine falsche Behauptung, wenn einige Blätter mir entgegenhalten, ich hätte dem Partikularismus das Wort geredet. Das Gegenteil ist richtig, dem Patriotismus habe ich das Wort geredet, der auch

in den kleineren Parlamenten seine Blüten treiben sollte. Das ist nationaler Patriotismus, den ich auch Ihnen empfehle. Wenn ich damit Erfolg im Lande hätte, wäre es auch ausgeschlossen, daß die nationale Begeisterung rückgängig würde, und es würde auch im Auslande die Hoffnung verschwinden, daß sie in Dunst verfliegt. Sie, meine Herren, tragen ja dazu bei, den Patriotismus im Inlande zu stärken, und man muß es so genau nicht nehmen mit dem, was ausländische Zeitungen über unsre inländischen Zustände bringen. Die Aeußerungen darüber sind zweifelhaft. Es ist aber doch in der Politik eine große Sache, die Autorität, die moralische, zu besitzen: Es gehört dies zu den Imponderabilien, es genügt nicht, daß man eine große Kriegsmacht hat, mit der man zuschlagen kann, sondern es ist notwendig, daß man die moralische Autorität hat, um den Krieg zu vermeiden, und daß die schweren Lasten, die ein auch noch so siegreicher Krieg auferlegt, dem Lande erspart werden. Deshalb lege ich Wert auf das Ansehen des Reiches, dessen wir uns in der außerdeutschen Welt erfreuen. Es ist dies eine Sache nicht bloß nationaler Eitelkeit und Ehrgeizes, sondern ein seltenes und außerordentlich nützliches Kapital, mit dem man wuchern kann, und wenn eine Verminderung in unserm Ansehen nach außen eintritt, so leiden wir Schaden; wenn man in jedem Provinziallandtage, in jeder Versammlung in Stadt und Land sich für die Entwicklung des Reichs nicht nur gemütlich interessierte, sondern wenn dem Interesse auch Worte gegeben würden, so würde dem Schaden vorgebeugt werden, der daraus entsteht, daß man es todschweigt. Aus meinen jungen Jahren ist mir erinnerlich, daß überall, wo damals Deutsche zusammen waren, die deutsche Frage zuerst und am meisten erörtert wurde. Damals hatten wir die Einheit nicht, jetzt haben wir sie. Sollte sie dadurch, daß wir sie besitzen, an Wert für uns verloren haben? Ich kann es nicht denken. Aber es mindert den Glauben des Auslandes an die Festigkeit unsres Zusammenhanges, wenn wir die nationale Sache scheinbar mit Gleichgültigkeit behandeln.

Einen äußerlich erkennbaren Fortschritt hat das Interesse für unser deutsches Gesamtwesen nur an einer Stelle gemacht, wo wir es früher nicht suchen durften: das ist bei unseren Landleuten polnischer Zunge. Die sind heute ministeriell geworden, was seit einem Jahrhundert nicht der Fall gewesen ist. Was sie damit erstreben, weiß ich nicht, aber ein altes Sprichwort lautet: timeo dona ferentes.

Ich glaube nicht, daß sie auf die Dauer ministeriell sein werden, wenigstens nicht die, welche die Träger der polnischen Bewegung sind, der polnische Adel und die polnische Geistlichkeit. Das ist mir nach meiner 50jährigen Erfahrung doch mehr als zweifelhaft. Deshalb frage ich mich, wie beim Tod Talleyrands jemand fragte: „Was hat wohl der alte Fuchs damit beabsichtigt, daß er jetzt starb?“ So stehe ich der polnischen Bewegung und dem „deutschen Patriotismus“ der polnischen Edelleute gegenüber.

Der Herr Vorredner hat die Versicherung gegeben, daß in Braunschweig die nationale Gesinnung unter allen Umständen lebendig geblieben sei und ich kann dies Zeugnis aus meiner langjährigen amtlichen Thätigkeit nur bestätigen. Das ganze Volk der Braunschweiger, das bei uns nicht nur seit dem Braunschweigischen Feldherrn im siebenjährigen Krieg, seit dem Herzog, der den unglücklichen Zug durch das nördliche deutsche Land machte und bei Quatrebas den Heldentod starb, sondern zu aller Zeit hervorragend war, — Braunschweigs Name hat immer einen guten Klang gehabt; die braunschweigischen Husaren und Infanteristen haben 1870 demselben eine brillante Auffrischung zu verleihen gewußt und in ganz Preußen ist die Sympathie mit Braunschweig vielleicht lebhafter als zu irgend einem

anderen Reichslande, es sei denn die Erinnerung an den alten Dessauer. Aber der Name Braunschweig ist seit einem Jahrhundert in Preußen immer ein populärer gewesen und die braunschweigische Politik hat dem Verlangen der Bevölkerung nach dem größeren Nachbarland immer Rechnung getragen. Ich benutze diese Gelegenheit, um dem persönlichen Gefühle Ausdruck zu geben, welches mich an den Regenten Ihres Landes, den Prinzen Albrecht von Preußen, knüpft. Schon sein Vater ist mir stets ein gnädiger Herr gewesen. Der jetzige Regent hat seine Ansicht nicht geändert, er machte, ob ich Minister oder Privatmann war, keinen Unterschied (lebhaftes Bravo), und es ist meinem Herzen eine Wohlthat, wenn Sie mit mir auf das Wohl Ihres Regenten, des Prinzen Albrecht, ein Hoch ausbringen."

25. Juli. Einführung des russischen Maximaltarifs gegen Deutschland. Vgl. Rußland.

27. Juli—8. August. Aufenthalt des Kaisers in England.

28. Juli. Der Bundesrat nimmt eine Verordnung betr. einen Zollzuschlag auf aus Rußland kommende Waren an. Begleitet war diese Vorlage von nachstehender Denkschrift:

Der deutsche Ausfuhrhandel nach Rußland leidet seit Jahrzehnten unter den hohen und stetig gesteigerten russischen Zöllen. Aus den beteiligten deutschen Erwerbskreisen ist hierüber beständig Klage geführt und die Herstellung erträglicher Bedingungen für die Ausfuhr verlangt worden. Für verschiedene Gewerbs- und Handelskreise war dieses Verlangen um so berechtigter, als der Verkehr aus Deutschland teils infolge erhöhter Differentialzölle an der deutsch-russischen Grenze, teils infolge von Begünstigungen, welche dritten Staaten bei der Einfuhr nach Finnland eingeräumt waren, einer ungleichen Zollbehandlung im russischen Reich unterlagen.

Es war daher der Regierung Seiner Majestät des Kaisers erwünscht, als die kaiserlich russische Regierung im Winter 1890/91 aus Anlaß der von Deutschland mit Oesterreich-Ungarn eingeleiteten Handelsvertragsverhandlungen die Verständigung über ein Zollabkommen zwischen Rußland und Deutschland anregte.

Die kaiserlich russische Regierung ging hierbei zunächst von der Auffassung aus, daß Deutschland zur Deckung seines Einfuhrbedarfs an Getreide auf die russische Getreideausfuhr angewiesen sei, und daß es daher für die Einräumung von Ermäßigungen der deutschen Getreidezölle Zugeständnisse bezüglich des russischen Zolltarifs nicht beanspruchen könne. Der deutsche Vorschlag, in Konsequenz dieser Auffassung von einer vertragsmäßigen Bindung der deutschen Getreidezölle überhaupt abzusehen und das Abkommen auf die Regelung des übrigen Warenverkehrs zu beschränken, fand jedoch nicht die Zustimmung der russischen Regierung. Die letztere schlug vielmehr im November 1891 eine Verständigung auf der Grundlage vor, daß Deutschland an Rußland seine Vertragszölle für Getreide, Holz, Eier, Butter, Geflügel und Wild (nicht lebend), Pferde, Schweine, sowie einige weitergehende Zollermäßigungen gewähre, ferner die Zölle für Petroleum und Kaviar und die Zollfreiheit für Flachs, Hanf, Werg, Wolle, nicht gewaschen, Schweineborsten, Felle und Leder, nicht bearbeitet, Flaum und Federn, Geflügel und Wild (lebend) und Kleie binde und auf den Erlaß von Vieheinfuhrverboten verzichte. Als Gegenleistung sollte Rußland seinen bestehenden Zolltarif für eine beschränkte Anzahl deutscherseits vorzuschlagender Artikel binden. Es wurde hierbei bemerkt, daß russischerseits Zollermäßigungen sowohl im allgemeinen, wie namentlich für die Ar-

7*

tikel der Metall-, Textil- und chemischen Industrie, für Zucker und Hopfen, sowie eine Aufhebung der an der deutsch-russischen Grenze bestehenden Differentialzölle auf Kohlen, Roheisen und Baumwolle ausgeschlossen seien.

Deutscherseits wurde erwidert, daß ein Vorschlag, nach welchem Rußland für vier Fünftel seiner Gesamteinfuhr nach Deutschland Ermäßigung oder Bindung des deutschen Tarifs mit der Wirkung eines jährlichen Zollnachlasses von rund 25 Millionen Mark fordere, dagegen selbst der dreimal geringeren deutschen Gesamteinfuhr nach Rußland keinerlei Erleichterung, sondern nur eine beschränkte Bindung des vielfach prohibitiven russischen Tarifs gewähre, in keiner Weise die geeignete Basis für eine Verständigung bilden könne. Dabei wurden sowohl die Bedenken geltend gemacht, welche vom Standpunkt der deutschen Landwirtschaft einer Ermäßigung des Zollschutzes gegenüber der billigen russischen Produktion entgegenstehen, wie darauf hingewiesen, daß inhaltlich der Statistik die wiederholten Erhöhungen des russischen Zolltarifs auf die deutsche Ausfuhr nach Rußland die nachteiligsten Wirkungen ausgeübt, während umgekehrt die Erhöhung des deutschen Zolltarifs in den Jahren 1879, 1885 und 1887 die zunehmende Entwickelung der russischen Einfuhr nach Deutschland nicht gehindert haben. Zugleich wurde kein Zweifel darüber gelassen, daß Deutschland als Entgelt für seinen Konventionaltarif, außer Erleichterungen des Grenzverkehrs und der Zollformalitäten, sowie Beseitigung der Differentialzölle u. s. w., eine erhebliche Ermäßigung des russischen Tarifs beanspruchen müsse, namentlich in folgenden Kategorien: Metallwaren, Instrumente, Maschinen und Fahrzeuge, Chemikalien und Farbstoffe, Textilwaren, keramische Artikel, Papier, landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Die kaiserlich russische Regierung sprach hierauf im Juli 1892 — nachdem inzwischen die Handelsverträge Deutschlands mit Oesterreich-Ungarn u. s. w. in Kraft getreten waren — den Wunsch aus, bevor sie sich über die Möglichkeit einer Ermäßigung des bestehenden russischen Zolltarifs erkläre, die deutscherseits zu stellenden Forderungen in präziser Formulierung mitgeteilt zu erhalten, um danach die ihr zugemuteten Opfer ermessen zu können. Zu diesem Zwecke wünschte sie die Mitteilung einer detaillierten Liste derjenigen Artikel, für welche deutscherseits Zollermäßigungen verlangt würden, unter Bezeichnung derselben nach der Klassifikation des russischen Tarifs und unter Angabe der für jeden einzelnen Artikel gewünschten Zollermäßigung, sowie eine detaillierte Angabe der deutscherseits gewünschten Grenzerleichterungen. Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers sagte alsbald unter Erklärung ihrer Bereitwilligkeit zum Eintritt in die Verhandlungen die Aufstellung der gewünschten Liste zu, erklärte aber zugleich, daß sie außer der Ermäßigung des russischen Zolltarifs die Beseitigung der differentialen Behandlung der Einfuhr über die deutsch-russische Landgrenze, gegenüber den baltischen Häfen Rußlands, für Roheisen, Baumwolle und Kohle, sowie die Gewährung voller Meistbegünstigung, auch für Finnland, als Voraussetzung für den Abschluß eines Uebereinkommens ansehen müsse.

Auf Grund sorgfältiger Beratungen und nach eingehender Vernehmung von Vertrauenspersonen aus den Kreisen der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels wurden die deutschen Vorschläge festgestellt und der kaiserlich russischen Regierung, welche inzwischen im November 1892 ihre Geneigtheit erklärt hatte, die Beseitigung der differentialen Behandlung der Einfuhr über die deutsch-russische Landgrenze gegenüber den baltischen Häfen Rußlands und die Gewährung voller Meistbegünstigung zuzugestehen oder in Erwägung zu nehmen, im März 1893 übergeben.

Bei Aufstellung dieser Vorschläge ist der Grundsatz leitend gewesen, daß, wenn Deutschland durch Gewährung seines Konventionaltarifs der

russischen Einfuhr Vorteile einräumt, es seinerseits berechtigt ist, ebenso wie von anderen Staaten, so auch von Rußland die Herabsetzung seines Zolltarifs in dem Maße zu verlangen, daß wiederum eine lohnende Ausfuhr deutscher Produkte nach Rußland möglich wird. Es sollte der russischen Regierung ein Verzicht auf das System des Schutzes der nationalen Arbeit nicht zugemutet werden, wohl aber der Gedanke zur Geltung kommen, daß Rußland nur dann darauf rechnen darf, seine Produkte bei uns abzusetzen, wenn es bereit ist, auch deutschen Erzeugnissen seinen Markt offen zu halten. Bei Auswahl der in die Liste aufzunehmenden Gegenstände wurde in Betracht gezogen, daß, wenn Rußland erst die Bahn einer Vertragspolitik beschritten haben würde, uns im Wege der Meistbegünstigung auch indirekt Begünstigungen für solche Artikel zukommen werden, an denen andere Staaten in erster Linie interessiert sind.

Die deutschen Anträge zum russischen Tarif beschränkten sich daher nach Zahl und Umfang auf das nach eingehender Prüfung als unerläßlich erkannte Mindestmaß. Im übrigen war vorausgesetzt, daß die Differentialzölle an der deutsch-russischen Grenze zu beseitigen und daß das Abkommen auf der Basis der gegenseitigen Meistbegünstigungen zu treffen sein würden.

Seitens der kaiserlich russischen Regierung sind diese Vorschläge in wesentlichen Punkten nicht angenommen worden. Der russischerseits zunächst wiederaufgenommene Antrag auf Abschluß eines Viehseuchenabkommens wurde zwar fallen gelassen, dagegen ist jede Vereinbarung über den finnischen Zolltarif mit Rücksicht auf die für Finnland in Aussicht stehende Einführung des höheren allgemeinen russischen Zolltarifs, sowie eine größere Anzahl der beantragten Ermäßigungen des russischen Tarifs abgelehnt worden; bei dem Rest sind nur mäßige Herabsetzungen zugestanden worden. Als Ersatz wurden geringere Zollermäßigungen für einige deutscherseits nicht benannte Artikel angeboten. Mit dieser Maßgabe brachte die kaiserlich russische Regierung die sofortige Eröffnung kommissarischer Verhandlungen in Vorschlag und knüpfte hieran Mitte Juli d. J. den Wunsch nach Abschluß eines Provisoriums, wodurch an Rußland provisorisch bis Ende d. J. der deutsche Konventionaltarif, dagegen an Deutschland der Mitgenuß der an Frankreich bewilligten Tarif-Konzessionen eingeräumt werden sollte.

Deutscherseits wurde der Vorschlag kommissarischer Verhandlungen im Prinzip angenommen, auch die Bereitwilligkeit ausgesprochen, eine Revision einzelner deutscher Anträge im Laufe der Verhandlungen vorzunehmen, dagegen betont, daß in der Hauptsache die gestellten Forderungen aufrecht erhalten werden müßten. Zugleich wurde zur Erwägung gestellt, ob nicht für den Fall und vom Zeitpunkt der Einführung des erheblich höheren russischen Zolltarifs in Finnland zu Gunsten des dadurch betroffenen deutschen Handels Kompensationen im Gebiete des allgemeinen russischen Tarifs zu vereinbaren wären.

Der Vorschlag des Provisoriums wurde deutscherseits abgelehnt, unter Hinweis darauf, daß es hierzu der Mitwirkung des Reichstages bedürfe, die nach dem Stand der parlamentarischen Arbeiten nicht mehr zu erlangen sei, und daß zudem die an Frankreich bewilligten Zollnachlässe zu bedeutend seien, um auch nur provisorisch ein Aequivalent für die Gewährung des deutschen Konventionaltarifs zu bilden.

Die kaiserlich russische Regierung hat hierauf zwar ein weiteres Entgegenkommen gegenüber den deutschen Vorschlägen in Aussicht gestellt, auch den Vorschlag kommissarischer Fortführung der Verhandlungen aufrecht erhalten, dagegen die Mitteilung gemacht, daß sie sich aus zolltechnischen Gründen veranlaßt sehe, am 1. August den Maximaltarif gegen die Rußland nicht meistbegünstigenden Länder einzuführen.

Durch die weitere Steigerung der hohen russischen Zölle, speziell gegen Deutschland, welche der russische Maximaltarif enthält, würde die fernere Ausfuhr deutscher Erzeugnisse, sowie der deutsche Zwischenhandel mit fremden Erzeugnissen nach Rußland außerordentlich erschwert und vielfach ausgeschlossen werden. Mit Rücksicht hierauf erscheint es unvermeidlich, sofort nach Einführung des russischen Maximaltarifs bis zur Wiederherstellung eines billigen Ausgleichs in den Bedingungen des gegenseitigen Handelsverkehrs auch deutscherseits die in § 6 des Zolltarifgesetzes vorgesehene Zuschlagsabgabe auf die russische Einfuhr, soweit die letztere zollpflichtig ist, insolange zu legen, als der russische Maximaltarif gegenüber Deutschland in Kraft bleibt.

Nach der Statistik des Deutschen Reichs betrug im Jahre 1891 der Warenaustausch des deutschen Zollgebiets mit Rußland im Spezialhandel:

in der Einfuhr aus Rußland 578,701,000 ℳ,
in der Ausfuhr nach Rußland 145,336,000 ℳ

Von der russichen Einfuhr nach Deutschland waren Werte von etwa 400 Millionen Mark zollpflichtig, darunter wichtigere Artikel:

		Millionen Mark	bei einer Gesamteinfuhr nach Deutschland aus allen Ländern von Millionen Mark
Weizen	im Werte von	91	163
Roggen	" " "	99	137
Hafer	" " "	11,7	13,8
Buchweizen	" " "	2,6	—
Hülsenfrüchte	" " "	9	—
Hirse	" " "	1	—
Gerste	" " "	37,5	104
Raps und Rübsamen . .	" " "	8,5	25,6
Mais und Dari	" " "	12,2	51,7
Holz und Waren daraus .	" " "	60	194
Kautschukwaren	" " "	1,3	4,7
Butter	" " "	3,8	9
Fleisch, ausgeschlachtet . .	" " "	2,4	16
Caviar	" " "	1,7	—
Petroleum	" " "	4,3	65,3
Mineralische Schmieröle .	" " "	4,3	10,5
Eier von Geflügeln . . .	" " "	20,8	56
Pferde	" " "	15,8	73
Schweine	" " "	5,6	71,9

Die vorstehenden Zahlen beleuchten das Interesse der russischen Volkswirtschaft an der Offenhaltung des deutschen Marktes. Andererseits haben die Erfahrungen, welche anläßlich der russischen Getreideausfuhrverbote im Jahre 1891/92 gemacht worden sind, gelehrt, daß Deutschland in der Deckung seines Einfuhrbedarfs an Brotfrüchten nicht auf die russische Produktion angewiesen ist, daß vielmehr selbst in einem ausnahmsweise ungünstigen Erntejahre der Zufuhrbedarf auf dem Weltmarkt gedeckt werden konnte, obwohl das russische Korn demselben ferngeblieben war.

Aus diesen Erwägungen ist der vorliegende Verordnungs-Entwurf hervorgegangen.

Der Zollzuschlag ist vorgesehen für die hauptsächlich in Betracht kommenden russischen Ausfuhrartikel.

Da die russische Maßregel sich auf Rußland, ausschließlich Finn-

lands beschränkt, so erscheint es angezeigt, die deutsche Gegenmaßregel in entsprechender Weise zu beschränken.

Die Höhe der Zuschlagsabgabe ist mit Rücksicht auf die im Vergleich zu dem russischen Zolltarif geringen Sätze des deutschen Tarifs und im Interesse der Wirksamkeit der Maßnahme auf 50 Prozent der tarifmäßigen Eingangsabgabe bemessen.

29. Juli. Fürst Bismarck reist nach Kissingen. Bei dem Empfange, der ihm in Hannover bereitet wird, sagt der Fürst folgendes:

„Es ist nach zehn Jahren das erste Mal wieder, daß ich die Hauptstadt Niedersachsens wiedersehe. Als ich seinerzeit zum ersten Male hieher kam, glaubte ich kaum, daß ich den Tag noch erleben würde, den wir heute schreiben. Jetzt, wo ich weniger krank nach Kissingen fahre, als damals, bin ich ja von der Bühne zurückgetreten und habe mich in den Zuschauerraum zurückgezogen, von wo ich mir erlaube, mitunter eine Kritik, aber immer eine wohlwollende und vom nationalen Gesichtspunkte, der auch meine Politik durchsetzt hat, ausgehende zu geben! — Für mich war die Herstellung der deutschen Einheit Lebenszweck; ich habe dieselbe ja auch bis zu einem Grade erreicht, der höher ist, als ich zu jener Zeit voraussetzen konnte. Damals war es kaum anzunehmen, daß ein preußischer Minister und Kanzler in Hannover so aufgenommen, so empfangen würde, wie es jetzt geschehen ist! Es ist das ein reiner und uninteressierter Zug der Dankbarkeit und des Wohlwollens, den ich hier wahrnehme. Daß ich hier und in den meisten deutschen Ländern so geehrt werde, thut mir wohl und ich werde darauf bis ans Ende meiner Tage mit Befriedigung zurückblicken."

29. Juli. Das durch Staatssekretär v. Marschall und Dr. C. Peters einerseits, Sir Edward Malet und Konsul Charles Stewart Smith andererseits abgeschlossene und unterzeichnete deutsch-englische Abkommen über Grenzfestsetzung am Kilimandscharo wird im „Reichsanzeiger" veröffentlicht. Die wesentlichen Bestimmungen desselben lauten:

An der Küste soll die Grenzlinie beginnen am Hochwasserstand des Ras Jimbo, und von dort soll sie gerader Linie bis zu dem Punkt laufen, wo 3°40'40.3" südlicher Breite (nach astronomischer Bestimmung) das Ostufer des Jipe-Sees schneidet. Indes soll die Grenze an der Küste folgende Abänderung erfahren: Sie soll vom Indischen Ozean dem nördlichen Ufer des Jimbo-Creeks entlang laufen, so daß der Strand in die englische Interessensphäre fällt, bis zur östlichsten Ausmündung des Ngobwe Ndogo, soll dann dem östlichen Ufer des Ngobwe folgen bis zu seinem Ende und von dort bis zu dem Punkt, wo die oben beschriebene gerade Linie zwischen Ras Jimbo und Jipe-See die Ufererhöhung von Jassini trifft, fortgeführt werden.

Von diesem Punkt am Jipe-See soll die Grenzlinie dem Ostufer des Jipe-Sees folgen, dann um das Nordufer des Sees herumgehen, den Lumi-Fluß überschreitend, dem nördlichen Wasserstand des Rufu-Flusses, beziehentlich des Rufu-Sumpfes entlang gehen bis zu einem Punkt, welcher eine englische Meile östlich von der deutschen Straße liegt, die von der Marangu-Station an die Küste geht. Von hier soll sie zu der höchsten Spitze vom Dschala-Hügel gemäß der Einzeichnung in beigefügter Karte laufen. So-

dann soll die Grenzlinie den Dschala-See in zwei gleiche Teile schneiden. Von der Nordseite des Dschala-Sees an soll die Grenzlinie in der Entfernung von einer englischen Meile westlich von der in beiliegender Karte eingetragenen Wegeroute bis zur geographischen Breite des sogenannten Useri-Lagers laufen und von da ab in einer Entfernung von einem Kilometer südwestlich dieser auf der beigefügten Karte bis Laitokitok laufenden Wegeroute bis zu dem Punkt, wo sie den Ngare Longei (Rongei) durchschneidet, fortgeführt werden.

Zukünftige Berichtigungen von Irrtümern, falls solche sich bei einer etwaigen Nachprüfung herausstellen sollten, haben beide Seiten sich vorbehalten.

1. August. Kaiser Wilhelm beteiligt sich in Cowes an der Segel-Wettfahrt um den Pokal der Königin.

8.—9. August. Aufenthalt des Kaisers in Helgoland.

10.—13. August. Aufenthalt des Kaisers in Kiel.

11. August. (Kissingen.) Fürst Bismarck empfängt etwa 100 Mitglieder des Bayerischen Volksschullehrer-Vereins und hält folgende Rede:

„Ich danke Ihnen, meine Herren, für die warmen Worte der Begrüßung, und ich freue mich, daß ich auch in diesem Jahre hier in Kissingen Gesundheit und Heilung von meinem Leiden, wie schon seit 20 Jahren, zu finden hoffen darf. Ich habe bei meinen jährlichen Besuchen hier und auch im ganzen bayerischen Lande stets freundliche Aufnahme gefunden, und das Gefühl, aus dem sie hervorging, wird mir heute durch Sie in ehrenvoller Gestalt bethätigt. Ich freue mich über Ihre Begrüßung im Rückblick auf die Vergangenheit und im Hinblick auf die Zukunft. Im Rückblick auf unsre Vergangenheit als Beweis der guten Beziehungen, die sich zwischen uns ausgebildet haben, mit denen Sie zufrieden sind, wie aus der Art hervorgeht, in der Sie mir ein Anerkenntnis meiner Thätigkeit aussprechen. Ich freue mich aber auch im Hinblick auf die Zukunft, die zu einem großen Teil in den Händen der deutschen Lehrerschaft liegt.

Die deutsche Schule hat an unsern nationalen Institutionen einen sehr erheblichen Anteil. Die deutsche Schule in Bayern, Sachsen, Preußen und auch in den kleinsten Staaten ist ebenso wie das deutsche Offizierkorps eine spezifisch deutsche Einrichtung, um welche die fremden Nationen uns beneiden, und welche sie uns so leicht nicht nachmachen werden, wenigstens so rasch nicht. (Lebhaftes Bravo.) Die durch den Lehrerkörper der gesamten deutschen Nation im Laufe der Jahrzehnte in die Volksseele gesenkten Keime haben Frucht getragen und unsre Nation zu einem Grad von politischer Klarheit und Besonnenheit gebracht, wie er im vorigen Jahrhundert beim Mangel unsrer heutigen Schuleinrichtungen dem Volk nicht eigentümlich war. Der mächtige Einfluß, den jeder Lehrer und also die Gesamtheit der Lehrer auf unser nationales Leben hat, beruht darauf, daß ihnen die Seele des Kindes wie ein unbeschriebenes Blatt übergeben wird, und was sie zuerst darauf schreiben, also namentlich im primären Unterricht, das bleibt fest mit unzerstörbarer Schrift das ganze Leben des Kindes darauf haften. Der jugendliche Verstand und die jugendliche Seele sind empfänglicher und weicher. Jeder von ihnen wird die Erfahrung an sich selbst gemacht haben, daß ihm geblieben ist, was er von 7 bis 15 Jahren gelernt hat, und zwar fester und verfügbarer im Gedächtnis, als was er in der vergangenen Woche gelernt hat. Darin, in der Bildsamkeit der Jugend, in diesem Festwachsen

der ersten Kindheitseindrücke liegt die Gewalt, die der deutsche Lehrer auf die deutsche Zukunft ausüben kann.

Ich habe schon bei einer früheren Gelegenheit einmal gesagt: Wer die Schule in Deutschland hat, der hat die Zukunft. (Lebhafter Beifall.) Was die Schule auf den Nationalcharakter an Einfluß leisten kann, dafür will ich Frankreich als Beispiel anführen. Ich habe bei meinen wiederholten Aufenthalten in Frankreich, im Krieg und im Frieden, Gelegenheit genommen, die französischen Schuleinrichtungen zu studieren und die Schulhefte der Kinder einzusehen. Dort hat man einen Weg eingeschlagen, den ich nicht zur Nachahmung empfehlen möchte. Die Fehler des französischen Nationalcharakters, die Eitelkeit, der Chauvinismus, die Geringschätzung fremder Nationen, die Unwissenheit in Geschichte und Geographie aller anderen Völker hat der französische Unterricht mit Bewußtsein von oben her gepflegt. Vom ersten Napoleon bis auf den heutigen Tag ist der französische Geschichtsunterricht eine große Geschichtsfälschung, und zwar von oben herunter, und hat schädigend auf den Nationalcharakter gewirkt.

Von dieser Wirkung, die in Frankreich die Schule gehabt hat, sollten wir Anlaß nehmen zu einem „Erkenne dich selbst", uns klar zu machen, welches die niederen Eigenschaften unsres Nationalcharakters sind, und diese zu glätten, zu bessern und zu beseitigen, ist meines Erachtens eine Aufgabe der Schule. Was uns früher unsre Ohnmacht und die einer großen Nation nicht würdige Rolle aufgezwungen hat, die Deutschland gespielt hat, war der Hang unsrer Landsleute zu kleinen lokalen Bildungen und Sonderverbindungen, und die Abwendung von dem großen nationalen Gedanken, von der Empfindung, daß wir alle Deutsche sind. Das Ergebnis davon ist auf jeder Karte des Deutschen Reiches aus den vorigen Jahrhunderten zu sehen, wo Reichsdörfer, Reichsstädte, Reichsritter, Reichsklöster, Hunderte von selbständigen Territorien aufgezeichnet sind. Diese Neigung zum Zerreißen des Ganzen, diese Neigung, sich von dem kaiserlichen Mantel der Nation einen Fetzen abzureißen und als Eigentum zu betrachten — diese müssen wir, glaube ich, bekämpfen, und diese in der Schule zu bekämpfen und auf die Zusammengehörigkeit aller Deutschen hinzuweisen, ist eine dankbare Aufgabe für den Lehrer.

Ich spreche damit nicht gegen den Partikularismus in dem Sinne, wie er in zentralistischen Tendenzen bekämpft wird. Im Gegenteil: der Partikularismus hat durch Vervielfältigung der höfischen und gouvernementalen Bildungsstätten sein Gutes gehabt und hat auch noch heute sein Gutes und ist in unserm nationalen Konto ein Saldo, das ich nicht zerstören möchte, und das für unser weiteres Zusammenhalten keine Gefahr und kein Schaden, sondern ein Nutzen ist. Mit diesem Partikularismus hängt die dem Deutschen eigentümliche Treue und Anhänglichkeit für seine Dynastie zusammen. Sie ist wichtig für unser Zusammenhalten. Denken Sie sich, ich meine nur als eine Fiktion, daß alle deutschen Dynastien mit einem Tage verschwunden wären: glauben Sie, daß wir einig bleiben würden? (Lebhafter Zuruf: Nein!) Ich glaube, wenn ich von meinem Heimatsstaat sprechen darf, nicht, daß der preußische Staat zusammen bleiben würde, wenn plötzlich die Dynastie verschwände, und wir uns eine neue wählen sollten. Ich will nicht sagen, daß wir dann für die Republik eintreten würden, aber ich glaube nicht, daß dann das Band, welches die preußische Dynastie zwischen Königsberg und Aachen geschmiedet hat, haltbar genug sein würde. Ebenso würde ich es für ein Unglück halten, wenn die Zahl der Dynastien Deutschlands sich verminderte. Wir brauchen sie als einen Senat der Nation, als ein Bindemittel der Einigkeit der Nation.

Die Dynastien haben sich früher heftig bekämpft. Wenn ich als

Preuße spreche, so haben wir ja auch mit Bayern 1866 Krieg geführt, und hier bei Kissingen selbst ist gekämpft worden. Das war ein Unglück, auf das ich nicht rechnete, und doch schließlich rechnen mußte. Ich hatte den Gedanken, daß in dem Zweikampf zwischen Preußen und Oesterreich die übrigen deutschen Staaten neutral bleiben würden. Mit Oesterreich und Ungarn und Siebenbürgen im Bunde ging die Sache nicht: einer von beiden Staaten mußte ausscheiden, Oesterreich oder Preußen. Das war der Zweck des Krieges, und dieser Bruderkrieg wurde dadurch verschärft, daß die übrigen Staaten Partei nahmen für Oesterreich oder Preußen. Das sind überwundene Standpunkte, die für immer hinter uns liegen. (Bravo!) Daß sie das sind, kann man am besten daraus entnehmen, daß schon 1870, vier Jahre nach Kissingen, zu einer Zeit, wo manche Wunde, die damals geschlagen wurde, noch nicht geheilt war, sie schon vollständig vergessen waren; denn nicht bloß der König von Bayern, auch das bayerische Volk, sowie die Nation von Frankreich bedroht war, ging mit uns mit freiwilligem Enthusiasmus, ohne Zwang und ohne dynastische Nötigung. Wenn man Ihre Landsleute auf den Schlachtfeldern gesehen hat, wie gern sie sich schlugen, und wie gute Kameradschaft sie mit den übrigen hielten, trotz 1866, so hat man das Gefühl, daß die Episode des Bruderkrieges keine unheilbaren Wunden hinterlassen hat.

Nun liegt dies alles bald ein Menschenalter, bald dreißig Jahre hinter uns. Wir haben seitdem den Vorteil, den Nutzen und das Wohlthuende des nationalen Gefühls empfunden, das uns in allen Gauen des deutschen Landes beseelt, des Gefühls, ein einheitlicher Staat zu sein, welcher die Bedingungen und Einrichtungen gefunden hat, um als Nation leben und atmen zu können und gleichberechtigt eine Rolle neben den anderen Nationen zu spielen, neben Frankreich, England nnd Rußland, die ihre Einheit in früheren Jahrhunderten gefunden haben. Ich glaube, daß wir in dieser Zusammengehörigkeit seit den 20 Jahren, die vergangen sind, so fest verwachsen sind, daß man uns schwer auseinanderreißen wird und daß selbst Mißgriffe in der Politik nicht dazu führen werden, daß ein Stamm den andern anklagt, sondern nur dazu, daß wir uns gemeinsam bemühen, sie zu remedieren, ohne daß unser gegenseitiges Wohlwollen von Stamm zu Stamm und unser nationales Gefühl darunter leidet.

Ich habe schon einmal, ich glaube im vorigen Jahre, gesagt, daß die Aufgabe, uns auseinanderzubringen, schwieriger sein würde, als die, an der ich gearbeitet, uns zusammenzubringen (lebhafter Beifall), und diese Aufgabe, geschlossen zusammenzuhalten, wird dadurch nicht erschwert, daß die Bayern gute Bayern, und die Sachsen gute Sachsen bleiben. Im Gegenteil, ich wünsche jedem Einzelstaate soviel Freiheit der Bewegung, als möglich ist, ohne daß unser Zusammenhalt dem Ausland gegenüber in unsern Militär- und Zolleinrichtungen darunter leidet. In diesen notwendigen Dingen müssen wir zusammenhalten, in den nicht notwendigen seien wir nachgiebig und lassen wir jedem seine Eigentümlichkeiten, in denen er aufgezogen ist und in denen er sich wohl fühlt. (Bravo!)

Unter den Dynastien ist die bayerische eine besonders mächtige Beihilfe in der Herstellung unsrer Einheit gewesen und eine starke Stütze in der Befestigung derselben. In Anerkennung dieser Thatsache bitte ich Sie, ein Hoch auf meinen gnädigen Herrn, den Prinz-Regenten auszubringen. Seine königliche Hoheit Prinz Luitpold, Regent von Bayern, lebe hoch!"

12. August. Siegreiches Gefecht am Kilimandscharo. Vgl. Afrika.

12. August. Der Reichsschatzsekretär Frhr. v. Maltzan nimmt

seinen Abschied, an seine Stelle tritt der Landeshauptmann der Provinz Posen Dr. Graf von Posadowsky-Wehner.

16.—25. August. Besuch des Prinzen Heinrich in Italien.

18. August. (Kissingen.) Auf eine Ovation, die der Barmer Gesangverein „Orpheus" dem Fürsten Bismarck darbringt, antwortet er:

„Ich danke Ihnen für Ihre warme Begrüßung und beginne meine Erwiderung mit einem kleinen Protest gegen das, was Ihr Hr. Vorstand über das Wupperthal gesagt hat. Ich kann das Thal als verrufen nicht anerkennen; für mich hat das Wupperthal eine politische Bedeutung dadurch gewonnen, daß mein erstes Erscheinen auf dem Gebiet der Politik des Reiches als Reichstagsabgeordneter für Elberfeld stattfand, also nicht nur in Elberfeld, sondern auch im Wupperthal die meisten Stimmen für mich waren. Und diese Anerkennung war eine gegenseitige, da ich mich dort beworben hatte und annahm.

Auf dem Gebiet der Musik bin ich Ihnen leider nicht ebenbürtig. Bei der Ueberbürdung im Unterricht in meiner Jugend ist die Musik zu kurz gekommen. Trotzdem fühle ich nicht weniger Liebe zu ihr.

Aber dankbar bin ich der Musik, daß sie mich in meinen politischen Bestrebungen wirkungsvoll unterstützt hat. Des deutschen Liedes Klang hat die Herzen gewonnen; ich zähle es zu den Imponderabilien, die den Erfolg unsrer Einigkeitsbestrebungen vorbereitet und erleichtert haben.

Praktische Beispiele sind nicht immer durchschlagend, aber das erste, was ich in dieser Beziehung nennen könnte, das Becker'sche Rheinlied ist es. Hier sind kaum Herren anwesend alt genug, die sich der Wirkung erinnern, die 1841 dieses Lied bei seinem Aufkommen hatte, ähnlich wie bei der französischen Bedrohung im Jahre 1870. In diesem Stadium war das Becker'sche Rheinlied mächtig, und bei der Schnelligkeit, mit der es von der Bevölkerung aufgegriffen wurde, die damals meist noch partikularistisch war, hatte es die Wirkung, als ob wir ein paar Armeekorps mehr am Rhein stehen hätten, als wir hatten.

Nehmen Sie später das näherliegende Beispiel der „Wacht am Rhein" und ihrer Komposition. Wie manchem Soldaten hat die Anstimmung des damaligen Kriegsliedes auf dem winterlichen Kriegsfelde und bei materiellem Mangel vor dem Feinde eine wahre Herzensstärkung gewährt, und das Herz und dessen Stimmung ist ja alles im Gefechte. Die Kopfzahlziffern machen es nicht, wohl aber die Begeisterung machte es, daß wir die Schlachten gewonnen haben; bei einigen waren wir in der Mehrheit, aber auch da, wo wir in der Minderheit waren, haben wir durch die Qualität unsrer Truppen gesiegt.

Was war der Grund unserer Ueberlegenheit? Er lag im Herzen, in der Begeisterung, die unsre Disziplin auch da erhielt, wo sie unter ähnlichen Umständen bei den Franzosen schon gelockert worden war.

Und so möchte ich das deutsche Lied als Kriegsverbündeten für die Zukunft nicht unterschätzt wissen, Ihnen aber meinen Dank aussprechen für den Beistand, den die Sänger mir geleistet haben, indem sie den nationalen Gedanken oben erhalten und ihn über die Grenzen des Reichs hinausgetragen haben. Unsre Beziehungen zum verbündeten Oesterreich, unserm mächtigsten Bundesgenossen, beruhen doch wesentlich auf Unterlagen im kulturellen Gebiete und nicht zum wenigsten auf den musikalischen Beziehungen. Wir wären kaum in gleich enger Verbindung mit Wien geblieben, wenn nicht

Haydn, Mozart, Beethoven dort gelebt und ein gemeinsames Band der Kunst zwischen dem Niederrhein und Wien geschaffen hätten.

Ja selbst unsre Beziehungen zu unserm dritten Bundesgenossen Italien waren musikalischer Natur früher wie politischer. Die ersten Eroberungen, die Italien bei uns gemacht hat, sind musikalische gewesen. Ich bin kein Gegner der italienischen Musik trotz meiner Vorliebe für die deutsche; im Gegenteil, ich bin ein großer Freund derselben. In diesem Sinne spreche ich Ihnen meinen Dank aus als den Pflegern der Musik. Pflegen Sie sie deshalb auch ferner.

Das deutsche Lied, sowie es ernst wird, nimmt immer Anklang ans Vaterland, so auch die ersten Lieder, welche ich heut von Ihnen gehört habe. „Herz und Hand fürs Vaterland" ist immer sein Grundton.

Der Deutsche kann sich der Wirkung des Liedes nicht entziehen, er kommt in die richtige Stimmung, wenn er Musik hört; daher bin ich jedem Landsmanne dankbar, der dazu mitwirkt, obwohl ich nicht mit Ihnen in Reih und Glied stehen kann.

Es ist ein glücklicher Umstand, daß von unsern herrschenden Familien keine der Musik feindlich ist, sondern alle sie pflegen. Diese Kunst würde nicht in so hoher Entwicklung bei uns stehen, wenn ihre Ausübung nicht an den Höfen in so weiter Ausdehnung stets verteilt gewesen wäre. Kommen Sie in eine französische oder russische Provinzialstadt, so werden Sie in dieser Beziehung nicht das Nämliche finden, wie in Barmen und Elberfeld, die doch ebenfalls ohne höfisches Leben sind. In Ihrem Landesteil sind ja Parteiungen, im ganzen Reiche überall, aber all diese Parteien sind verschwunden, wenn die Sachen ernst werden wie 1866, wo der Krieg nicht einmal populär war, und gar 1870, wo nicht nur alles einig war, sondern wo es mit Sturmesgewalt vorwärts ging. Und so wird es auch in Zukunft bei jeder Gefahr sein.

Wir Deutsche sind in unserm Zusammenhange wie ein Ehepaar; wenn alles ruhig und still ist, zankt man sich wohl ein wenig (große Heiterkeit), so wie es bei Mann und Frau ist. Wenn aber ein Nachbar sich einmischt, fällt Mann und Frau vereint über ihn her. So war es bei uns Deutschen im Kampf mit Frankreich; er machte uns einig.

Sie aber bitte ich, bringen Sie mit mir ein Hoch aus auf meinen ersten Wahlkreis, auf das Wupperthal!"

20. August. (Berlin.) Ein Erlaß des Handelsministers an die Oberpräsidenten (v. 15. Aug.) wird veröffentlicht, der eingehende Vorschläge betreffend die Organisation des Handwerks und die Regelung des Lehrlingswesens enthält und Gutachten einfordert.

20. August. (Kissingen.) Auf eine Huldigung der Thüringer hält Fürst Bismarck folgende Rede:

Meine Herren und Damen! Ich danke Ihnen, daß Sie gekommen sind, mich zu begrüßen und mir die wohlthuende Anerkennung, die in dem Liede lag, das Sie gesungen haben und das ich schon in Eisenach bei meiner Ankunft in Thüringen gehört habe,*) durch Ihre Gegenwart zu bestätigen und zum Ausdruck zu bringen.

Sie kommen hieher zu einer Zeit, in welcher für mich historische Erinnerungen immer besonders lebendig sind: die Erinnerungen an die

*) Das alte Thüringer Volkslied: „Ach wie ist's möglich dann".

großen geschichtlichen Begebenheiten der Augustwoche, wo in der Nähe von Metz vor nunmehr 23 Jahren die Siege erfochten wurden, die die Grundlage gebildet haben zur Einigung und Entstehung des Deutschen Reiches, zu unsrer heutigen nationalen Existenz.

Es ist heute der 20. August, der Jahrestag eines schmerzlichen Rückblicks auf die Verluste, die unser Heer in jener Woche erlitten hatte, die unsre Befürchtungen weit überstiegen und die damals eine niederschlagende Wirkung der Trauer auf uns übten.

Die Opfer, welche die Woche vor Metz gefordert, sind im weiteren Verlaufe des Feldzugs ja noch schwerer geworden. Nichtsdestoweniger werden wir im Rückblick auf die Erfolge von heute den Preis, den wir für die Errungenschaften bezahlt haben, nicht zu hoch finden, und mit Ausnahme derjenigen, die schwere Verluste ihrer Angehörigen oder Verwundungen erlitten haben, muß heutzutage jeder sagen: Das Erworbene war der Opfer wert; wir betrauern die Opfer, aber wir sehen, daß sie nicht umsonst waren.

Daraus dürfen wir eine Schätzung des Wertes der Errungenschaften entnehmen, die solche Opfer wert waren, eine Schätzung, die uns verpflichtet, das Errungene mit großer Sorgfalt zu hegen und zu pflegen (Bravo!) und stets eingedenk zu sein der Größe der Opfer, die dafür gefallen sind, und es als eine Sünde gegen die Manen der Geschiedenen ansehen, wenn wir in jetziger Friedenszeit nicht thun, was wir können, um zu erhalten, was sie uns erkämpft haben, was durch sie uns erworben worden ist. (Bravo!)

Was uns erworben worden ist, ist in erster Linie die nationale deutsche Einheit, die im Laufe der Jahrhunderte wiederholt zu stande kommen sollte, aber trotz der Bemühung aller niemals erreicht wurde und nur unter der Asche fortglimmte.

Dieses Gefühl der Einheit, das Nationalgefühl, ist ja nicht wägbar und kein materielles, man kann davon nicht essen und trinken, es auch nicht in Geldwert umsetzen. Aber wie hoch wir es halten, das zeigt die Stimmung der ganzen Nation, so oft von der Einheit die Rede ist: das zeigt der Besuch, den Sie mir heute machen und das zeigen die Besuche der anderen deutschen Stämme, die in der Hauptsache doch Anerkennung des Erworbenen und Zufriedenheit mit demselben bekunden.

Und in dieser Auffassung ist mir eine Begrüßung wie die Ihrige heute von hohem Wert, indem ich darin nicht nur die Anerkennung der Vergangenheit und der Leistungen der einzelnen Personen erblicke, sondern zugleich eine Bürgschaft der Dauer, daß Sie das Errungene nicht wieder loslassen wollen. (Beifall.)

Nächst dem Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit ist eine zweite Errungenschaft die erhöhte Sicherheit gegen äußere Angriffe und Kriege. Die Sicherung der nationalen Unabhängigkeit wird dadurch erhöht, daß wir zusammenstehen und auf diesem Wege die Kraft, die in der Nation steckt, zur vollen Geltung bringen.

Außerdem haben wir ein materielles Unterpfand unsrer nationalen Sicherheit in der Vorrückung unsrer Grenze nach Westen auf den alten Grenzzug der Vogesen erworben. Dadurch sind wir gegen die seit Ludwig XIV. ununterbrochenen Bedrohungen gedeckter. Durch Vorschiebung des französischen Gebiets nach Metz und Straßburg war gleichsam ein Keil in das deutsche Land getrieben worden und die Franzosen konnten immer schneller in Stuttgart sein als die Norddeutschen. Durch die Siege von Weißenburg und Wörth ist der Zusammenhang zwischen Nord und Süd sichergestellt worden. Daß dieser materielle Uebelstand gehoben wurde, ist besonders für die früheren Grenzländer Baden und Württemberg wesentlich und von beruhigender Wirkung. Halten wir nicht aneinander fest, so werden wir auch

nicht im Stande sein, die Bollwerke festzuhalten, die wir an Metz und Straßburg gewonnen haben. Daher möchte ich vor allem strenges Festhalten an Einheit und Einigkeit allerseits empfehlen.

Es ist uns, seit wir einig sind, gelungen, den Frieden nunmehr 22 Jahre zu erhalten; ein annähernd ähnliches Resultat ist ein Menschenalter früher vom gesamten Europa, von Moskau bis Spanien, erreicht worden, doch nicht so dauerhaft. Die Ergebnisse des Wiener Kongresses und des zweimaligen siegreichen Einrückens des verbündeten Europa in Paris wurden wesentlich bedroht durch die Julirevolution 1830 und sie brachen zusammen mit dem Jahre 1848.

Daß wir nun mit diesem Nachbarn, den wir nun einmal haben und den uns Gott gegeben, um uns wachsam zu erhalten und uns vor dem Einschlafen auf unsern Lorbern zu bewahren — daß wir mit diesem Nachbarn 22 Jahre in Frieden gelebt haben, obschon inzwischen die Republik, also eine schwerer regierbare Form, dort zur Herrschaft gelangt ist, das beruht doch wesentlich auf dem Schwergewicht, das Deutschland durch seine Einigkeit erworben. Es ist nicht mehr so leicht, Deutschland anzugreifen, man würde in Paris nicht mehr mit dem sicheren Gefühle: „à Berlin!" schreien, wie zu einer Vergnügungsreise. Es ist ihnen zum Bewußtsein gekommen, welche Macht in unserm Volke steckt.

Darum möchte ich bitten, allen Anwandlungen zu widerstehen, die von verschiedenen Seiten an uns herantreten, an dem, was wir haben, zu nörgeln und zu bröckeln. Manches wird vorgebracht, was darauf abzielt, an unsrer Verfassung zu bröckeln, ohne daß man weiß, was man an seine Stelle setzen soll. Offiziöse Preßblätter machen heute Versuche, an unsern verfassungsmäßigen Einrichtungen im Sinne des Unitarismus zu verbessern. Das Bessere ist des Guten Feind.

Meine Freunde, ich meine die Nationalliberalen, hatten im Jahr 1848 andere, mehr unitarische Gedanken über die deutsche Zukunft, aber sie kamen damit nicht zum Ziel, und zwar weil ihre Durchführung in dieser Form den uns gemeinsamen Empfindungen nicht entsprochen hatte und mehr nach der Schablone als nach dem deutschen Gemütsleben gerechnet war. Sie hatten nicht gewußt oder nicht für wichtig gehalten, daß die materielle Macht in Deutschland bei den Dynastien lag. Sie hatten die Einheit ohne diese geplant und machten sie sich zu Gegnern, während wir doch Feinde genug in Europa hatten, wir brauchten sie nicht zu suchen. Ich glaube, es war richtig, alles zu schonen, was in der Richtung des Einheitsgedankens dem Ausland gegenüber irgend zu ertragen war. In diesem Sinn ist es mir eine besondere Freude, daß die Kundgebungen des Wohlwollens und die Anerkennung der Vergangenheit mir namentlich auch außerhalb des größten deutschen Staates zu teil wurde. Solange sie alle damit zufrieden sind, steht die deutsche Einigkeit auch fest.

Wenn ich mit meinen preußischen Landsleuten spreche, und sie damit nicht zufrieden sind, so sage ich ihnen: „Ihr seid Partikularisten und kennt nicht, was außerhalb Preußens ist."

Ich habe eben noch Karikaturen gefunden, wo mir ein eifriger Feind die Pflege der Kleinstaaten zum Vorwurf macht. Ich habe das mit Vergnügen und Genugthuung gesehen: ich bin niemals Unitarier gewesen. In derselben Karikatur wurde mir vorgeworfen, ich hätte in dieser Beziehung meine Gesinnung geändert: das ist eine frivole Beschuldigung. Ich habe von Anfang an gesagt: Wir müssen unsre Kleinstaaten, mit denen wir leben, schonen und erhalten, wir müssen sie heranziehen zu dem gemeinsamen Werke, und wenn man das Gegenteil thun wollte, wie heute in mehr oder weniger offiziösen Kreisen angedeutet wird, wenn man eine unitarische

Zentralmacht, eine kaiserliche Regierung in Deutschland schaffen will, die bisher verfassungsmäßig nicht existiert, dann sehe ich mit Besorgnis auf diese Symptome hin. (Beifall.)

Für Ihre Zufriedenheit als Thüringer würde es kaum förderlich sein, wenn Ihre acht freundlichen Fürstenresidenzen verschwänden aus Ihrem Berglande und deren Macht sich konzentrierte in einem kaiserlichen Oberpräsidium, das in Erfurt residierte. Der Deutsche hängt an seinen Dynastien (lebhaftes Bravo), und die Dynastien haben gezeigt, daß sie auch an Deutschland hängen; sie sind mit den Rechten und Bürgschaften, die ihnen geblieben, zufrieden, mehr als ich erwartet hätte. Das ist ein positiver Wert. Die Dynastien, die wir haben, müssen wir nicht bekämpfen, sondern pflegen.

Die Vorwürfe, die man mir macht, ich hätte früher anders gedacht, sind vollständig aus der Luft gegriffen; es ist die heute so übliche Verwechslung des Sachlichen mit dem Persönlichen. Man wirft mir vor, daß ich der Regierung Opposition mache. Ich fürchte diesen Vorwurf nicht. Wenn ich agitieren wollte, so brauchte ich nur eine Rundreise in Deutschland zu machen (Heiterkeit), Volksversammlungen abzuhalten und breit zu drücken, was ich an den Maßnahmen auszusetzen habe. Das ist mir nie im Traume eingefallen. Wenn mich aber politische Freunde besuchen, so mache ich aus meinem Herzen keine Mördergrube. Das Lügen habe ich auch als Diplomat nicht gelernt. (Lebhaftes Bravo.) Und ich betrachte einen Besuch, wie den Ihrigen, doch als eine stumme Frage, wie ich über Menschen und Dinge denke. Deshalb spreche ich mich darüber aus.

Seit meinem Austritt aus dem Amt habe ich die erste politische Aeußerung hierüber einer Studentendeputation hier in meinem Saal gethan, die etwas verwundert war über den Accent, den ich auf die Erhaltung der Reichsverfassung legte.

Ich bedauere in hohem Grade die Trennung des Reichskanzleramtes von dem preußischen Ministerpräsidium. Die Aemter der Verwaltungsbeamten des Reiches, von denen der Kanzler der erste ist, sind lediglich exekutive und entbehren auf dem Gebiete der Gesetzgebung der Berechtigung zur Mitwirkung. Ich habe mit Verwunderung gelesen, daß in Frankfurt der preußische und der bayerische Minister und andere unter dem Vorsitze des „Reichsschatzsekretärs“, eines Unterbeamten des preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in dessen Eigenschaft als Reichskanzler, getagt haben. Die Bedeutung des Reichskanzlers beruht auf seiner Stellung als preußischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten, als welcher er die 17 preußischen Stimmen im Bundesrat zu instruieren berechtigt ist. Als Reichskanzler selbst ist er Vorgesetzter derjenigen Verwaltungen, die im Besitze des Reiches sind, als Post u. s. w. In der Gesetzgebung der Bundesländer hat er nicht weiter mitzuwirken, als die Vorlagen des Bundesrats an den Reichstag zu bringen. Aber innerhalb der Gesetzgebung hat weder Se. Majestät der Kaiser noch der Reichskanzler eine andere Thätigkeit zu entfalten, als die Publizierung der vom Bundesrat und Reichstag votierten Gesetze. Der Kaiser hat im Bundesrat keine Stimme, sondern nur der König von Preußen. Und deshalb ist notwendig, daß im Bundesrat nichts vorgebracht werde, was nicht vorher die Zustimmung des preußischen Staatsministeriums gefunden hat. Alle an den Bundesrat gehenden Vorlagen des „Präsidiums“ sind verfassungsmäßig vorher der Kritik des preußischen Ministeriums zu unterstellen; dies ist in der letzten Zeit nicht immer mit der nötigen Genauigkeit beobachtet worden. Ich habe im Dienst ja vorzugsweise den Titel „Reichskanzler“ geführt, das war aber ursprünglich nicht meine Absicht, indem der Reichskanzler zuerst nichts anderes als der frühere

preußische Bundestagsgesandte im alten Sinne sein sollte mit dem Titel eines Präsidialgesandten, und es war beabsichtigt, ihm zugleich die Leitung der deutschen Abteilung im preußischen auswärtigen Ministerium zu übertragen.

Dieser Entwurf änderte sich, nachdem der Reichstag beschlossen hatte, daß der Bundeskanzler der verantwortlich kontrasignierende Beamte für die Anordnungen des Präsidiums, heut des „Kaisers“, sein solle. Nachdem dies rechtsbeständig geworden, mußte der auswärtige Minister und der Kanzler kombiniert werden, da der König nicht zwei konkurrierende auswärtige Ratgeber haben konnte. Es war rein zufällig, daß ich den Titel Reichskanzler gewohnheitsmäßig führte, meine Kompetenz lag in der Eigenschaft des leitenden preußischen Ministers, dessen Organ ich selbst als Reichskanzler war. Ich möchte nicht, daß meine Titelwahl zum Schaden in der Entwicklung des Reichs durch Uebertreibung der Stellung des Reichskanzlers wird; der Reichskanzler mit den wenigen Räten, die er um sich hat, kann die Thätigkeit des preußischen Gesamtministeriums nicht ersetzen mit dessen hundert oder tausend eingeübten Räten, die mit dem Volksleben durch ihren täglichen Dienst in Fühlung stehen und damit sachkundig vertraut sind. Es ist eine verfassungswidrige Künstelei, wenn man den Reichskanzler in seiner militärischen Person als verantwortlichen Träger unsrer Gesetzgebung, oder wenn man den Reichsschatzsekretär als eine verantwortliche Persönlichkeit hinstellen will, während er nur Untergebener des Reichskanzlers ist. Ob er nun Posadowsky oder Schraut heißt, ist ganz gleichgültig; er ist nur ausführender Beamter, hat keine Verantwortung für unsre Gesetzgebung, und sie ihm beilegen, ist eine tendenziöse Abweichung von der Verfassung. Ich halte die Tendenz dazu, wie sie in offiziösen Blättern Ausdruck gefunden hat, für schädlich und gefährlich. Wir dürfen im Unitarismus nicht über die Verfassung hinausgehen. Die Verfassung hat nicht nur der Opfer an Blut und Leben genug gekostet, und ist deren wert gewesen, sondern es war auch eine außerordentlich schwere Arbeit, die seit Jahrhunderten kämpfenden divergierenden Interessen unter einen Hut zu bringen, und zwar in der Weise, daß schließlich alle zwar nicht zufrieden waren, aber doch zustimmten. Wenn daran gerüttelt wird, so macht mir das für mein Alter schwere Sorgen. Ich bin ja nicht mehr verantwortlich, aber ich würde ein Gefühl der Feigheit haben, wenn ich dazu schweigen wollte (Beifall), wenn sich die Dinge so gestalten, daß sie ein Abbröckeln der Verfassung bedeuten.

Aber ich bin der Meinung, daß jeder meiner Landsleute dasselbe Bedürfnis hat, die Reichsverfassung aufrechtzuhalten, und dieselbe Pflicht, wie ich, dafür einzutreten. Es ist ja ganz natürlich, daß die leitenden Persönlichkeiten des Neuen Kurses nicht dieselbe Vertrautheit mit der Situation und Stimmung in Deutschland und im Ausland besitzen, wie sie beim alten Kurs und unter dem alten Kaiser durch vierzigjährige Erfahrung gewonnen worden waren (lebhaftes Bravo!) im Frontdienste des diplomatischen und parlamentarischen Lebens.

In solchen Fällen muß jeder seinen Teil zur Richtigstellung unsrer Politik beitragen und dazu mitwirken, daß die Regierungen davon Kenntnis erhalten; darunter verstehe ich die Regierungen Preußens sowohl wie der nichtpreußischen Bundesstaaten. Alle deutschen Landtage sollten sich in dieser Hinsicht thätiger zeigen; die Sorge für die deutsche Sache sollte in jedem deutschen Landtage die erste Nummer der Tagesordnung sein; das heißt die Frage: Geschieht, was unser schwer erkämpftes Gut schädigen kann oder nicht?

Ich hatte erwartet, daß Anträge in dieser Richtung bis zum Bundesrate gelangen würden, aber die lebhafte Beteiligung an den nationalen

Fragen hat abgenommen, weil man die Einheit jetzt als einen Besitz betrachtet, der immer war und nicht mehr verloren gehen kann. Die alten Leute, die das erlebt haben, wie ich zum Beispiel 1833 auf einer Fußwanderung durch die thüringischen Staaten viele Unannehmlichkeiten mit Paß und Zoll erfuhr, werden immer seltener. Das ist jetzt anders geworden, aber man bildet sich ein, es sei immer so wie heute gewesen.

Man wirft mir vor, ich hätte früher jeden Widerstand gegen die Zentralisation bekämpft. Das ist eine Verwechslung zwischen Sache und Person. Ich bin mit den Vorlagen, die ich als Minister selbst eingebracht hatte, natürlich einverstanden gewesen und habe die Opposition dagegen bekämpft mit mehr oder weniger Heftigkeit, wie sie eben in der Persönlichkeit liegt. Es ist aber etwas ganz anderes, wenn ich mit einer ministeriellen Vorlage nicht einverstanden bin, wenn ich sie schädlich finde, wie das heute mitunter vorkommt. Als Minister konnte ich die Vorlagen, die ich einbrachte, nicht bekämpfen; soll ich deshalb über Vorlagen, die ich mißbillige, jetzt schweigen, bloß weil sie ministeriell sind? Wenn ich von der höchsten Geschäftsleitung auch für unfähig gehalten worden bin, so kann ich doch dadurch, daß ich ein Menschenalter hindurch die Staatsgeschäfte nicht ohne Erfolg geleitet habe, nicht meine angeborenen staatsbürgerlichen Rechte der freien Meinungsäußerung verloren haben. (Anhaltendes Bravo!) Die werde ich mir nicht nehmen lassen, solange ich lebe, und ich habe keine Bedürfnisse und Bestrebungen, die mich auf diesem Wege irre machen könnten. (Bravo!) Aber wenn die Herren, wie ich aus Ihrem Zurufe entnehme, mit mir einig sind, daß der Weg des Unitarismus bedenklich ist, und daß unsre Dynastien nicht Gegner, sondern starke Hilfsmittel für die Einigkeit und Erhaltung des Reichs sind, so bitte ich Sie, mit mir ein Hoch auf die Thüringer Landesherren, die Wettiner sowohl als die anderen, auf alle acht auszubringen: „Sie leben hoch!"

Nachdem die stürmischen Hoch- und Bravorufe verklungen waren, fügte der Fürst hinzu:

„Ich danke Ihnen, meine Herren, daß Sie mir so lange Gehör geschenkt haben. Weß das Herz voll ist, deß geht der Mund über. Ich stehe heutzutage mit keinem einzigen Blatt in Verbindung. Ich zahle mit derselben Münze, mit der mir gezahlt wird. Wenn Sie kommen, um mich zu besuchen, als politische Freunde, so habe ich Grund, meine Dankbarkeit auszusprechen und Ihnen zu sagen, was ich über die heutige Lage denke."

21. August. In Wien wird ein Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Serbien abgeschlossen.

22. August. (Gotha.) Herzog Ernst II. von Sachsen-Koburg-Gotha †. Sein Nachfolger wird Herzog Alfred von Edinburg. Der Kaiser begibt sich nach Gotha.

24. August. Der Kaiser reist von Gotha aus nach Schwerin, um der Enthüllungsfeier eines Denkmals für den verstorbenen Großherzog beizuwohnen.

25. August. (Speyer.) Hofprediger Dr. Rogge-Potsdam sagt bei der Grundsteinlegung der Protestationskirche in seiner Rede:

Wir wollen Frieden halten mit unseren katholischen Mitbürgern allerwärts, aber wir protestieren dagegen — und um mit den Worten des alten Reichskanzlers zu reden: eingeschworen auf das weltliche Kaisertum

— daß die Leitung in Staat und Reich abhängig gemacht werde und beeinflußt auch nur werde von einem politischen Katholizismus, dem die Interessen der katholischen, der römischen Kirche höher stehen, als die des deutschen Vaterlandes. (Lebhafter Beifall.) Wir protestieren gegen einen vaterlandslosen Katholizismus, der zwar deutsch redet, aber nicht deutsch denkt, der sein Vaterland jenseits der Berge hat und sich kein Gewissen daraus macht, die Forderung der Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes wieder auszusprechen, selbst auf die Gefahr hin, einen Weltbrand dadurch zu entfesseln und den Frieden in Frage zu stellen. Wir protestieren gegen die Rückkehr der Jesuiten und sonstigen Orden, weil wir wissen, daß mit ihrer Thätigkeit der konfessionelle Friede in unserem Vaterlande unvereinbar ist. Wir protestieren gegen den unduldsamen Katholizismus, der uns die Berechtigung absprechen will und der sich einschleicht in das Heiligtum der Ehe und der Familie, insonderheit in der Frage der Mischehe. Wir protestieren gegen jeden Versuch, die Freiheit der deutschen Wissenschaft in ihrer Forschung einzuengen, weil wir in dieser Freiheit der Bewegung auch ein teures Kleinod sehen. (Bravo.)

27. August. (Kissingen.) Bei einer Huldigung der Frankfurter hält Fürst Bismarck folgende Rede:

„Meine Herren aus Frankfurt! Ich danke Ihnen von Herzen, daß Sie gekommen sind, mich hier zu begrüßen, und bitte um Ihre Nachsicht, weil ich in meinem Verkehr mit Ihnen behindert bin durch einen Besuch alter Gäste, welcher mir diese Nacht zu teil geworden ist. Das sind die ischiatischen Schmerzen. Ich wünsche niemand von Ihnen, daß er sie kennen lerne; ich kenne sie seit 34 Jahren. Ich habe sie zuerst in St. Petersburg infolge des dortigen Klimas und der dortigen Aerzte bekommen und habe in meinem Leben unter schwerer Arbeit harte Kämpfe damit gehabt und diese Kämpfe überstanden. Ich hoffe also auch mit diesem verspäteten Anfall fertig zu werden.

Ich habe mich durch dieses Hindernis doch nicht abhalten lassen wollen, gerade diesen Besuch aus Frankfurt selbst entgegenzunehmen. Frankfurt ist die Stadt, in der ich mich, nächst Berlin, am längsten und am liebsten aufgehalten und gewohnt habe, nicht nur ich, sondern auch meine Frau und Familie. Ich bin von 1851 bis 1859 dort wohnhaft gewesen und hätte kaum geglaubt, daß ich nochmals in meinem Leben wo anders wohnen würde. Ich hatte mir schon auf Ihrem schönen Friedhof die Stelle ausgesucht, wo ich, sehr spät, zu liegen wünschte. Aber es kam anders. Ich wurde plötzlich nach dem Norden geschickt und habe dann Frankfurt zuerst wieder politisch ins Auge zu fassen gehabt im Jahre 1863, wie der Fürstenkongreß dort stattfand. Es ist ja natürlich, daß eine so alte Krönungsstadt etwas anziehendes hat für jede politische Entwicklung, die im ehemaligen und im jetzigen Deutschen Reich stattfand.

Ich glaube, es war ein Glück für unsre weitere Entwicklung, daß dieser damalige Versuch, den Bundestag in einer anderen Form, in einer handlicheren, geschickteren, schneidigeren Form zu erneuern, mißlang. Ich glaube, daß meine früheren Kollegen die größere Beweglichkeit, die ihnen das damalige Projekt verlieh, kaum im Sinne des deutschen Volks benützt haben würden für die Thätigkeit des Bundestags. Ich bin dann mit Frankfurt wieder in Berührung gekommen im Jahre 1866 und zwar zu meiner Betrübnis als Gegner durch die Verschiebungen der Situation, die sich im Lande gebildet hatten. Ich kann nicht leugnen, daß ich in dem Kriege 1866 nie frei geworden bin von der Versuchung, daß Frankfurt zum preußischen Staate in ein näheres Verhältnis treten müsse. Ich hatte aber

nicht in Gedanken, daß dieses in einer widerwilligen Weise zu geschehen hätte. Es hat mich damals in Brünn der Senator Fellner*) besucht und ich hatte ihn gebeten, zu Hause zu bestellen, daß, so wie der Krieg verlaufen wäre, Frankfurt ganz unbedingt preußisch werden würde, daß uns aber doch sehr viel daran läge, in der damaligen Zeit, wenn eine freiwillige Anregung von seiten der Stadt käme. Ich sagte ihm damals: es gibt ja viel mediatisierte Fürsten, warum soll es nicht auch mediatisierte freie Städte geben? (Zustimmung.) Der Senator Fellner hat, wie ich nachher gehört habe, diesen Auftrag von mir zu Hause nicht bestellt oder ihn nicht so ernst genommen, und dieser ist nicht zur Erörterung gekommen; dadurch erschien er als abgelehnt, und es machte im Hauptquartier den Eindruck, als wenn Frankfurt noch auf eine andere Wendung des Krieges rechnete, als auf die, welche im Juli in Brünn bereits vorlag.

Das war ein Mißverständnis damals, das ja zwischen guten Freunden und wohlwollenden Mitbürgern zu manchem Verdrusse geführt hat.

Ich bin aber dann wiederum und zuletzt nach Frankfurt gekommen 1871, um dort den Frieden mit Frankreich abzuschließen, und da erlaubte ich mir, dem regierenden Bürgermeister zu sagen, daß ich wünschte, den Frieden nicht nur in Frankfurt, sondern auch mit Frankfurt nach Hause zu bringen. (Lebhaftes Bravo.)

Wenn wir 1866 noch den Besitz von Frankfurt erstrebten, so war das nicht bloß ein preußisches Eroberungsbedürfnis in dem Sinne, wie Friedrich der Große Schlesien eroberte, sondern es war für jemand, der als letztes Ziel der damaligen Einheitsbewegung die Brücke über den Main betrachtete, von außerordentlicher Bedeutung; es war der Brückenkopf über den Main, kein militärischer, aber ein geistiger und wirtschaftlicher. Wenn Frankfurt, die geborne Hauptstadt des Mittelrheins, beim Süden blieb, wenn Frankfurt nicht norddeutsch geworden wäre, so weiß ich nicht, ob die nächstliegenden größeren Staaten nach Süden hin ganz ebenso bereit gewesen sein würden, dem Beispiel dieses großen Handelsemporiums zu folgen. Das ist doch zu erwägen und zur Entschuldigung unsrer Annexionsgelüste im nationalen Sinne anzuführen: Frankfurt war eine Anweisung, eine Anwartschaft auf die Herstellung der Verbindung zwischen dem Norden und Süden Deutschlands. (Bravo!)

Als ich nachher im Jahre 1871 wieder nach Frankfurt gekommen bin, waren noch manche Wunden unvernarbt, die der Krieg geschlagen hatte, aber ich freue mich, daß die Stimmung sich geändert hat, wie ich seitdem stets gehört habe — und Ihr heutiger, so zahlreicher Besuch ist mir ein erneuter Beweis dafür.

Es ist lange Zeit, daß ich nicht soviel Frankfurter auf einer Stelle versammelt gesehen habe. (Heiterkeit.) Zuletzt, glaube ich, im Jahre 1890, wo ich von Homburg über den Frankfurter Bahnhof nach Hause fuhr; aber Ihr Besuch ist für mich doch ein Zeugnis, daß Sie mit den Dingen, wie sie geworden sind, zufrieden sind und mir, der ich bei der Herstellung und Herbeiführung erheblich mitgewirkt habe, nicht böse sind darüber, daß es so gekommen ist. (Lebhaftes Bravo.) Und deshalb danke ich Ihnen nochmals herzlich, daß Sie hergekommen sind, um Zeugnis abzulegen.

Ich bin ja daran gewöhnt, schon wie ich Minister war und heute noch mehr, daß meine Bestrebungen und Ueberzeugungen in demjenigen Teile unsrer Presse, der bei Herstellung des Deutschen Reichs nicht mitgewirkt hat (Heiterkeit), verkannt und entstellt werden. So sehe ich mich

*) Es wird später festgestellt, daß eine Verwechselung mit dem Senator Müller vorliegt, den der Fürst gemeint hat.

heute in manchen Blättern, die mir zugeschickt werden, ohne daß ich sie bestellt habe (Heiterkeit), als Partikularisten hingestellt. Nun ist das im Rückblick auf meine bisherige Lebensthätigkeit, auf meine ganze Lebensstellung ja eine ziemlich komische Anklage. Man beschuldigt mich, ich hetzte die Partikularisten gegen das Reich. Umgekehrt: wer das, was ich gesagt habe, ich will nicht sagen mit Wohlwollen, aber doch mit Aufmerksamkeit betrachtet, der wird wissen, daß ich nur wünsche, daß die Einzelstaaten ihre Kräfte im Interesse unsrer nationalen Einrichtungen und für unsre Reichspolitik bethätigen. Ich habe bei anderer Gelegenheit — ich glaube, als die Herren aus Thüringen hier waren — gesagt, daß die Landtage sich mehr mit der Reichspolitik beschäftigen sollten. Ich kann ja damit nicht gemeint haben, daß die Landtage dem Reichstag vorgreifen, auch nicht, daß sie dem Bundesrate das Konzept korrigieren sollten, sondern ich meine damit nur, daß in den Landtagen das Schweigen über das Reich zu tot ist. Ich habe nie den Gedanken gehabt, daß in den Landtagen die deutsche Politik gemacht werden sollte, aber die Landtage sollten meines Erachtens doch ihre Minister fragen: Wie habt ihr sie gemacht und warum habt ihr sie so gemacht? (Bravo), damit das Interesse an den gemeinsamen Dingen erhalten bleibe. Es ist ja zweifellos, daß hier den Angehörigen eines jeden Einzelstaates die Fragen, die in der Reichspolitik zu entscheiden sind, zum großen Teil wichtiger sind und schwerer wiegen, als diejenigen, über die ein Landtag Beschluß fassen darf. Kann denn der Einzelne sich teilen etwa in einen vom Reiche indirekt und vom Landesherrn direkt besteuerten Bürger? Ich nenne die Besteuerung hier nur als ein Beispiel; es gibt unzählige andere Dinge, die nur der Reichsgesetzgebung unterliegen; aber diese greift so in unser Leben ein, daß es von erheblicher Wichtigkeit ist, diese Gesetzgebung mit der der Einzelstaaten in Uebereinstimmung zu halten.

Ich sehe dabei in dem Landtage etwas ähnliches ungefähr wie in Preußen dem Ministerium gegenüber die Oberrechnungskammer. Die Landtage sollten, wenn ihre Minister im Bundesrate eine nicht ganz durchsichtige Abstimmung gethan haben, sich doch soviel für die deutsche Hälfte ihres Wohlergehens interessieren, daß sie die Minister fragen: Was habt Ihr dabei gedacht, was für Gründe führt ihr an, daß ihr so gehandelt habt?

Es ist ja dies die einzige Art von Ministerverantwortlichkeit, die wir überhaupt besitzen. Wir haben keine gesetzliche, keine juristische. Die einzige, die wir haben, ist, daß einem Minister, der etwas gethan hat, von seinen Landsleuten gesagt werden kann: Da hast du dich ungeschickt, um nicht zu sagen, recht dumm benommen. (Heiterkeit.)

Die Auffassung im Lande von dem, was ein Minister thut, sein guter Ruf und seine Ehrlichkeit sind die einzigen Faktoren, welche einen Minister in seiner Verantwortlichkeit bestimmen; etwas anderes haben wir nicht.

Wie steht es denn mit unsern Ministern im Bundesrate in dieser Hinsicht? Wer kritisiert denn das, wer weiß denn, was hier bei verschlossenen Thüren verhandelt ist? Der einzige, der darnach zu fragen hat, ist der Landtag. Also, wenn das Partikularismus ist, dann verdreht man die Worte. Im Gegenteil, ich wünsche die partikularen Landtage mehr, als bisher der Fall gewesen ist, von den großen nationalen Interessen durchsetzt, belebt, begeistert zu sehen.

Vor dreißig Jahren war die deutsche Frage in allen Landtagen die erste. Jetzt ist es anders, jetzt sagt man dort: Diese Sache geht uns nicht mehr an. Ja, darauf ist unsre ganze Einrichtung, unsre deutsche Verfassung nicht berechnet, sondern auf das Ineinandergreifen aller amtlich be-

rechtigten Faktoren im nationalen und einheitlichen Sinne. Und wenn wir das nicht erreichen, so fürchte ich, geht es rückwärts mit unserm Nationalgefühl, und das kann unter Umständen bei anderen europäischen Konstellationen eine betrübte Sache sein.

Es kann auch nicht sein, wie man mich anklagt, daß ich an Stelle einer Reichsregierung die Preußens setzen wolle. Eine Reichsregierung kann nach unsrer Verfassung überhaupt nicht anders ausgeübt werden, als von den fünfundzwanzig einzelnen Staaten zusammen.

Dabei halte ich für dringend notwendig, daß die äußere Spitze, wie sie sich heute in der Person des Reichskanzlers als Reichsregierung darbietet, sich nicht emanzipiert von der Kontrole des preußischen Staatsministeriums, das kollegial zusammengesetzt ist von 10 sachverständigen Ministern, die in den Sachen meist besser Bescheid wissen. Ich ängstige mich vor einem Kanzler, der niemand weiter fragt als sich selbst und seinen Adjutanten. (Heiterkeit.) Ich wünschte, daß er einigermaßen am Gängelbande seiner preußischen Kollegen bleibe — er ist ja doch auch preußischer Minister; und das ist seine Hauptbedeutung — und daß das preußische Ministerium sich mehr in direkter Fühlung mit den übrigen deutschen Ministerien, dem bayerischen, württembergischen, sächsischen u. s. w. hält. Ich habe mir gedacht, wenn unser Reich erst in Ordnung wäre, so würde die Reichspost schwer Geld verdienen durch die Korrespondenz der Ministerien untereinander. (Heiterkeit.) Die Hoffnung ist uns bisher nicht erfüllt worden.

Nun, meine Herren, ich fürchte, Sie und noch mehr die Damen durch weitere politische Erörterung zu ermüden. (Lebhafte Zurufe: Nein! aus den Reihen der Damen.)

Ich bitte Sie, mit mir auf meine langjährige Heimat ein Hoch auszubringen. Meine Frau ist oben, sie hängt ebenso an Frankfurt wie ich selbst, und wir haben beide einen angenehmen Rückblick auf die dort verlebten Jahre von 1851 bis 1859. Man hatte dort mit Politik gerade genug zu thun, um davon nicht überwältigt zu werden; man lebte in der Mitte Deutschlands in schöner Gegend; kurz es war ein Herrenleben, ganz abgesehen davon, daß man 2 bis 3 Monate Ferien hatte. Im Andenken an Ihre freundliche und glänzende Vaterstadt bitte ich Sie, mit mir der Anhänglichkeit an sie Ausdruck zu geben durch den Ruf: Die Stadt Frankfurt, sie lebe hoch! Et qui illam regit!"

28. August. (Koburg.) Beisetzung Herzogs Ernst II. in Gegenwart des Kaisers, des Königs von Sachsen, des Herzogs Alfred von Koburg, des Erbprinzen Alfred, des Herzogs von Connaught, des Prinzen von Wales, des Großherzogs und des Prinzen Wilhelm von Baden &c.

28. August. (Deutsch-Ostafrika.) Niederlage des Sultans Sinjangaro in Nondoa; vgl. Afrika.

Ende August. (Berlin.) Die evangelisch-lutherische Konferenz unter Vorsitz des Grafen Wartensleben nimmt einstimmig folgende Resolution an:

A. Die evangelisch-lutherische Konferenz innerhalb der preußischen Landeskirche beschließt, bei den Provinzialsynoden und demnächst bei der Generalsynode zu beantragen: I. daß dieselben den Herrn Kultusminister ersuchen: a) im Lehrplan der Gymnasien und sonstigen höheren Lehranstalten

dem Religionsunterricht die ihm gebührende zentrale Stellung zu verschaffen, und die Zahl der demselben gewidmeten Stunden zu vermehren; b) an den Gymnasien und sonstigen höheren Lehranstalten nur solche Religionslehrer anzustellen, welche wissenschaftlich und praktisch ausreichend vorgebildet sind, und deren ganze Persönlichkeit eine Gewähr bietet, daß sie ihren Schülern durch Unterricht nnd Seelsorge treue Wegweiser in den Dingen des Glaubens sein werden.

II. Daß dieselben ihren Einfluß dahin geltend machen, a) daß künftig bei der Berufung theologischer Professoren der Evangelische Oberkirchenrat in Verbindung mit dem Generalsynodal-Vorstande von vorneherein in derselben Weise gehört werde wie die theologischen Fakultäten. b) Daß der Zwang zu einem anderthalbjährigen Besuche der preußischen Universitäten seitens unserer Theologie-Studierenden beseitigt werde.

III. Daß dieselben ihren Einfluß dahin geltend machen, daß für alle Provinzen eine den kirchlichen Bedürfnissen entsprechende Ordnung der theologischen Prüfungen vereinbart werde, welche besonders auch vorschreibt, daß diese Prüfungen vorwiegend von Geistlichen und zwar unter Zuziehung der in der kirchlichen Verfassung zugelassenen Maximalzahl von Synodal-Mitgliedern abgehalten werden.

IV. Daß dieselben ihren Einfluß dahin geltend machen, a) daß jede Provinz ein Predigerseminar erhalte, b) daß die Zahl der Lehrvikariate bedeutend vermehrt werde.

V. Daß dieselben ihren Einfluß dahin geltend machen, a) daß das Kirchenregiment aus seiner staatlichen Gebundenheit entlassen werde, b) daß die Generalsynode bei Besetzung sämtlicher höheren kirchenregimentlichen Aemter eine entscheidende Mitwirkung bekomme, c) daß die juristischen Mitglieder des Kirchenregiments auf die Bekenntnisse der Kirche verpflichtet werden, d) daß eine Umgestaltung zunächst der konsistorialen Instanz in Anregung gebracht werde, so daß das juristische Element mehr zurücktritt.

B. Die evangelisch-lutherische Konferenz innerhalb der preußischen Landeskirche erklärt ihre Uebereinstimmung mit der seitens ihres Vorstandes in Verbindung mit den Vorsitzenden der lutherischen Provinzialvereine am 20. September vorigen Jahres erlassenen Kundgebung wider Harnacks gewissenverwirrendes und grundstürzendes akademisches Wirken und wider alles, was gleicher oder ähnlicher Art ist. Sie hält dafür, daß niemand, welcher Grundthatsachen des Heils, wie sie im Apostolikum bezeugt sind, leugnet oder umdeutet, die Befähigung besitzt, in einer theologischen Fakultät Lehrer zu sein oder ein kirchliches Amt zu führen. Sie warnt, indem sie sich zur schriftgemäßen Theologie bekennt, die Theologie-Studierenden davor, sich durch eine mit der Schrift und den Bekenntnissen der Kirche zerfallene theologische Wissenschaft um Glauben und gutes Gewissen bringen zu lassen.

Im Laufe der Debatte widerspricht Prof. Nathusius-Greifswald der Forderung, daß die Theologie zum 16. Jahrhundert zurückkehren müsse: auch er, als Orthodoxer sei ein „moderner Theolog".

31. August. Fürst Bismarck erkrankt lebensgefährlich an Lungenentzündung und Gürtelrose, am 6. September ist er außer Lebensgefahr. Erst um die Mitte des Monats dringen darüber Nachrichten ins Publikum.

31. August. Der Kaiser und die Kaiserin begeben sich nach Koblenz.

Anfang September. Die schon öfter in den Zeitungen aufgetauchten Gerüchte von der Ermordung Emin Paschas am Ufer des Viktoria Nyanza durch Araber (wahrscheinlich am 20. Oktober 1892) finden ihre Bestätigung durch englische und belgische Nachrichten.

1. September. Der Kronprinz von Italien trifft in Koblenz ein, um dem Kaisermanöver beizuwohnen.

1. September. (Koblenz.) Bei dem Provinzialdiner bringt der Kaiser folgenden Trinkspruch aus:

„Wenn dem Herrscher von treuen Unterthanen jubelnder Empfang bereitet wird, so geht das stets zu Herzen. Mancher Provinz Empfang habe Ich schon durchlebt; ganz besonders aber spricht der Empfang der Rheinländer zu Meinem Herzen. An diesen Gestaden des Rheins, sagenumwoben, von der Geschichte begleitet, wo jeder Berg zu uns redet und jedes Gotteshaus seine hohe Sprache spricht, muß jeder Empfang, muß jedes gesprochene Wort besonderen Zauber auf das Menschenherz üben.

Der Reiz der Poesie verschönt hier alles, vor allem aber gilt dies von der Stadt Koblenz, die so besonders reich ist an Andenken geschichtlicher und persönlicher Natur. Und so danke Ich denn den Koblenzern und mit ihnen allen Meinen treuen Rheinländern für den der Kaiserin und Mir am heutigen Tage gewordenen Empfang. Tief bewegten Herzens rede Ich zu Ihnen an dieser Stelle, in diesem Hause, so eng verknüpft mit der Geschichte Meines dahingegangenen Großvaters und mit der Persönlichkeit Meiner verstorbenen Großmutter. Erinnerungen feierlicher und ernster, schöner und lieblicher Natur sind es, die unsere Herzen durchziehen.

Jedoch das Gesamtbild, welches vor unseren rückblickenden Augen sich entwickelt, zeigt uns ein Leben voller Segen, eine Thätigkeit, reich gekrönt wie kaum je eines Menschen Leben. Wir fühlen das Walten der hohen Frau, die in diesen Räumen einst gewohnt, wir spüren noch jetzt die segnende Hand der Kaiserin Augusta in allen Teilen der Provinz.

Dieselbe Liebe und dieselbe Anhänglichkeit, welche die Provinz für Meine Großeltern empfand und welche diese für die Provinz hegten, verbindet auch uns. Mir ist es gleich Meinem hochseligen Vater vergönnt gewesen, zwei herrliche Jugendjahre an der Alma mater in Ihrer Mitte zu verbringen, unvergeßliche Zeiten.

So fasse Ich denn alles, was Ich fühle und denke, in einen Segenswunsch für das Gedeihen der Provinz zusammen, zu gleicher Zeit auch aus dem Rückblicke die Lehre schöpfend, daß durch das feste Zusammenhalten von Volk und Herrscher die größten Thaten geschehen sind, und daß auch die Rheinprovinz das Ihrige that, um Meinem Großvater zur Seite zu stehen, als er den Nibelungenhort der deutschen Einheit unserem Reiche wiedergewann. Und so hoffe Ich denn, daß in der festen Treue der Rheinlande zu Mir und in der treuen Gesinnung Meinerseits zu Meinen Rheinländern es uns vergönnt sein möge, unsere Wege zu wandeln zum Wohle der Rheinlande, zum Wohle unseres geeinten großen teuren deutschen Vaterlandes. Ich erhebe Mein Glas und trinke auf das Wohl der Rheinlande und ihrer Bewohner.“

2. September. (Koblenz.) Bei der Paradetafel bringt der Kaiser folgenden Trinkspruch aus:

„Seine Majestät der König von Italien haben in alter Waffenbrüderschaft die Gnade gehabt, Seinen Sohn, Seine Königliche Hoheit den Kronprinzen von Italien zu uns zu senden, damit Er einige Zeit unter uns weile. Indem Ich Meine lebhafte Freude hierüber sowie Meinen innigsten Dank ausspreche, trinke Ich auf das Wohl Seiner Majestät des Königs von Italien, Seiner Königlichen Hoheit des Kronprinzen von Italien und der uns befreundeten italienischen Armee."

Der Kronprinz von Italien antwortet hierauf, indem er in italienischer Sprache einen Toast ausbringt, der in wörtlicher Uebersetzung folgendermaßen lautet:

„Sire! Ich danke Eurer Majestät für die vielen und beständigen Beweise von Freundlichkeit, wie für die liebenswürdigen Worte, welche Sie an mich gerichtet haben.

Sire! Ich trinke auf Ihr Wohl, sowie auf das Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin und der gesamten Kaiserlichen und Königlichen Familie. Ich trinke auf das Wohl des deutschen Heeres."

Alsbald nachdem der Kronprinz diese Worte gesprochen hat, erhebt sich der Kaiser abermals:

„Meine verehrten Herren Generale! Neun Jahre sind es her, als das Korps zum letzten Mal seine Kaisermanöver hatte. Der Kaiser Wilhelm nahm die Parade ab, Ihre Majestät die Kaiserin Augusta führte Ihr Regiment vorbei; Mein Vater und Feldmarschall Graf Moltke waren unter den Zuschauern.

Seitdem sind alle diese hohen Persönlichkeiten dahingegangen, und mit der Würde der Krone ist zu gleicher Zeit der Feldherrnstab über das preußische Heer, über die deutsche Armee in Meine Hände übergegangen.

Am heutigen Tage spreche Ich Ihnen von ganzem Herzen Meine volle Befriedigung und Meinen Königlichen Dank aus für die Art und Weise, wie Sie Mein 8. Korps ausgebildet haben. Sie haben es verstanden, der alten preußischen Tradition entsprechend, einer Tradition, die auf jahrhundertelangen Erfahrungen beruht, dem Lobe, welches Mein Hochseliger Herr Großvater Seinem Korps spendete, gerecht zu werden und das Korps auf der Höhe zu erhalten, wie es Ihre Monarchen von Ihnen erwarten.

Ich spreche den Glückwunsch für den heutigen Tag aus an Sie und das gesamte Korps von einer Stelle, wo schon so manches Wort zu Ihnen gesprochen wurde. Sind wir doch in dem Hause, in dem vor Seinem Regierungsantritt in ernster, hingebender, stiller Arbeit Kaiser Wilhelm Seine Pläne schmiedete und Seine Vorbereitungen traf, um die preußische Armee zu dem Instrument zu schaffen, das dereinst im Verbande mit den deutschen Brüdern Unser Reich einigen und herrlich wiederherstellen sollte.

Und zu Ihnen, Meine Herren vom Königin Augusta-Regiment, spreche Ich hier Worte des Abschiedes. Sie scheiden von der Stelle, wo das Regiment 33 Jahre lang gestanden hat, in herzlicher und inniger Vereinigung mit der Bürgerschaft, aufgewachsen und entwickelt unter den Augen eines Chefs, der, wie es besser kaum möglich ist, für Sein Regiment gesorgt hat.

Die Augen der Höchstseligen Kaiserin haben auf dem Regiment geruht zu jeder Stunde, und die ernste Friedensarbeit, sowie die Lorbeern, die Sie um Ihre Fahnen geschlungen, haben stets die Krönung gefunden in der Gnade des Chefs zu Seinem Regiment.

Wer von Ihnen noch daran teilgenommen hat, der entsinnt sich mit

dankbarem Herzen sein ganzes Leben hindurch der schönen Momente, die die Kaiserin Ihrem Regiment allezeit zu bereiten wußte. Und wie ernst und militärisch Sie Ihre Pflichten auffaßte, das bewiesen namentlich die herrlichen Augenblicke, wo es den jungen Rekruten des Regiments vergönnt war, in Ihrer Gegenwart in dem Treppenhause dieses Saales vor ihren Fahnen, einmal sogar dem Kaiser Wilhelm persönlich, den Eid zu schwören.

Einen wie hohen Wert Ihre Majestät auf diesen Eid legte, bekundete Sie dadurch, daß Sie Mir persönlich sagte, man könne dem jungen Soldaten nie früh genug die ganze Schwere seiner Verantwortung klar machen und die Größe seiner Pflicht, die ihm auferlegt wird.

Wie hat sie alle Phasen des Regiments verfolgt! Ich erinnere vor allem an den Tag des Ausmarsches, als Sie das Regiment mit feuchten Augen mit Ihrem Segen entließ und den Offizieren zurief, daß, was auch kommen möge, sie sich stets als Söhne ihrer Mutter fühlen und führen möchten.

Und als das Regiment am Abend des blutigen Tages von St. Privat nach schwer erkämpftem Siege zu drei Vierteln seiner Offiziere auf dem Schlachtfelde lassen mußte, erging von den Uebrigbleibenden, zugleich im Geiste der im Kampfe Dahingesunkenen, an Ihre Majestät die Meldung, sie wären ihrem Schwur und ihrem Versprechen als Söhne ihrer Mutter treu geblieben und hätten ihre Pflicht gethan.

Nun, meine Herren, Sie scheiden von hier! Möge das Andenken an Ihren hohen Chef stets dem Regiment ein Ansporn sein, auf der Höhe seiner Thatkraft zu bleiben.

Wir alle aber rufen Ihnen hier aus dem Korps ein Lebewohl zu, und Ich rufe Ihnen aus Ihrer neuen Heimat ein Willkommen zu: Mögen Sie sich auf märkischem Boden heimisch fühlen und dieselbe Thatkraft entwickeln, wie Sie hier entwickelt haben. Ich bin der festen Ueberzeugung, Mein lieber Loë, daß, obwohl von den hohen Herren, vor denen Sie vor neun Jahren das Korps kommandierten, niemand mehr unter uns weilt, diese doch im Geist auch am heutigen Tage bei uns waren und zufrieden gewesen sind, wie ich es mit dem 8. Armeekorps bin.

Ich trinke auf das Wohl des Korps."

3. September. Der Kaiser und der italienische Thronfolger reisen nach Metz, wohin sich der König von Sachsen, der Großherzog von Baden, Prinz Ludwig von Bayern und noch verschiedene Fürstlichkeiten begeben.

Prinz Ludwig von Bayern hält in Zweibrücken, auf seiner Reise, als Antwort auf eine Ansprache des Bürgermeisters die nachstehende Rede:

„Meine lieben Pfälzer! Als ich vor 12 Jahren hier und vorher in manchen anderen Teilen der Pfalz war, wurde ich so gut aufgenommen, daß ich Besseres nicht verlangen konnte. Ich weiß ja, wie die Pfalz und insbesondere Zweibrücken und das Zweibrücker Land an dem Hause hängt, mit welchem es durch Jahrhunderte lange Verbindungen so innig verknüpft ist. Sie feiern mich hier als Sohn desjenigen, der mit kraftvoller Hand an des kranken Königs Stelle die Regierung des Landes führt. An dessen Stelle bin ich befohlen, den Kaisermanövern in Metz beizuwohnen. Wenn Sie daran denken, daß vor 100 Jahren dasselbe Haus, das jetzt wieder glorreich regiert, vor den Franzosen flüchten, und der spätere König Max Josef I. das Herzogtum Zweibrücken in der Verbannung übernehmen mußte, so sehen Sie den großen Unterschied der Zeit vor 100 Jahren und jetzt. Während vor 100 Jahren der Herzog flüchten mußte, komme ich heuer, ich

möchte sagen als Stellvertreter des Herzogs von Zweibrücken, nach Metz, das Jahrhunderte unter französischer Herrschaft war, um vor allem Volk zu zeigen, daß sämtliche deutsche Fürsten einig sind, und daß, wenn es darauf ankommt, wie vor 23 Jahren, auch jetzt ganz Deutschland zusammensteht. (Bravo!) Daß deutsche Gesinnung und Treue zum Herrscherhaus sich gut vereinigen lassen, davon ist der heutige Moment Zeuge. Ein Zeuge hierfür ist insbesondere auch König Ludwig I. (Bravo!), mein seliger Taufpate und Großvater, der so gern unter seinen Pfälzern weilte, und auf den ich stolz bin. (Bravo! und langanhaltender Beifall.) Und so sage ich Ihnen nochmals meinen herzlichsten Dank." (Bravo! und Hochrufe.)

Auf der Fahrt des Kaisers vom Bahnhof Kurzel nach Schloß Urville hält der älteste Bürgermeister des Bezirks, Herr Dory von Ogy-Puche, in französischer Sprache folgende Anrede an den Kaiser:

„Als Aeltester der Bürgermeister des Bezirks habe ich den ehrenvollen Auftrag erhalten, Sie in unserem lieben Lothringen willkommen zu heißen. Ich bin doppelt glücklich, Ew. Majestät begrüßen zu dürfen, nicht allein als unseren allgeliebten Kaiser, der uns die Ehre seines Besuches erweist, sondern ich wage es auch, Ew. Majestät als unseren Mitbürger willkommen zu heißen. Mit tiefem Danke weiß die Bevölkerung Lothringens die Ehre zu würdigen, die Se. Majestät ihr durch den Ankauf des schönen Schlosses Urville gegeben haben. Die Bevölkerung erblickt darin einen neuen Beweis der Huld unseres allverehrten Kaisers. Ich glaube, der treue Dolmetsch der Gefühle unserer friedliebenden Bevölkerung zu sein, wenn ich die Hoffnung ausdrücke, daß Ew. Majestät während der wenigen Tage des Verweilens in unserer Mitte die Aufrichtigkeit unserer treuen und ergebenen Gefühle erkennen möge. Wir hoffen, daß Gott unserem Kaiser noch viele Tage bescheere, und uns es erlaubt sei, ihn noch oft in unserem teuren Lothringen begrüßen zu dürfen."

Auch Bischof Fleck von Metz erscheint und hält folgende Ansprache:

„Ew. Kaiserliche Majestät möge geruhen, mir zu gestatten, im Namen des Klerus der Diözese Metz und in meinem eigenen Namen unsere ehrfurchtsvollsten Huldigungen darzubringen. Die Ehre, welche der Kaiser von Deutschland unserem Lande mit seinem Besuche erweist, ist für uns um so wertvoller, als Ew. Majestät in Lothringen Ihre Residenz aufschlagen wollen, und wir sind um so mehr hierüber erfreut, als Ew. Majestät hier Gelegenheit finden werden, in engere Beziehungen zu unserer arbeitsamen Bevölkerung zu treten, besser ihre friedliebende und religiöse Gesinnung kennen zu lernen und Ihr väterliches Wohlwollen zu bezeigen. Was den Klerus von Lothringen betrifft, so hätte ich eine Bitte an Ew. Majestät zu richten: Möge Hochdieselbe geruhen, uns nicht nach dem zu beurteilen, was feindliche Blätter gegen uns verbreiten, sondern nach unseren Handlungen. Unsere Bestrebungen laufen vor allem darauf hinaus, den religiösen Geist und die Achtung vor der Moral in unserer Bevölkerung aufrecht zu erhalten, sie vor den subversiven Lehren, welche die Existenz der Gesellschaft bedrohen, ebenso zu bewahren wie vor allem, was diese Lehren befördert, insonderheit vor der Begier nach Genuß und dem Verfall der Sitten. Wir hoffen hierdurch, dem Maße unserer Kräfte entsprechend, dem Deutschen Reiche nützlich zu sein und uns die Allerhöchste Zustimmung Ew. Majestät zu erwerben."

Der Kaiser antwortet hierauf in längerer Rede dem Bischof, indem er ihm seinen wärmsten Dank für die an ihn gerichteten Begrüßungsworte ausspricht. Der Kaiser fügt hinzu, er sei ganz besonders dankbar für die Versicherungen, welche ihm der Bischof hinsichtlich des Bestrebens des Klerus

gebe, dem Volke den religiösen Sinn und die Moralität zu erhalten. Das ist, meint er, eine der großen Aufgaben des heiligen Vaters, wie der Kaiser sich gelegentlich der Unterredung überzeugen konnte, die er mit dem Papste im letzten Frühjahr gehabt habe. Hierbei nimmt sich der Bischof die Freiheit, dem Kaiser zu sagen, daß der Papst ihm, dem Bischof, gegenüber diese Unterredung erwähnt und seiner Freude Ausdruck gegeben habe, sich mit dem deutschen Kaiser in Bezug auf den in Rede stehenden Gegenstand eins zu wissen. Der Kaiser, sichtlich erfreut über diese Worte, entgegnet, er habe neuerlich Nachrichten von dem Papste erhalten, denen zufolge sich seine Gesundheit wunderbar kräftige und er einen neuen Hirtenbrief über die soziale Frage vorbereite. Der Herrscher erneuert am Schluß nochmals den Ausdruck seiner Befriedigung über die Worte des Bischofs, die so ganz dem Ziele entsprächen, das er sich gesetzt habe, und sagt, mit einem Händedruck von dem geistlichen Würdenträger Abschied nehmend: „Ich bin allen denen dankbar, welche mich in diesem Werke unterstützen wollen."

4. September. Große Parade in Metz. Bei der Galatafel hält der Kaiser folgende Rede:

„Der gestrige Tag, Meine Herren Generale, führte uns mit dem größten Teile Ihres Korps zunächst zu der ernsten Stunde des Feldgottesdienstes, in welchem wir unseren Dank dem Lenker der Schlachten aussprachen, daß Er uns bis hierher geführt; den Dank, daß Er uns geholfen und dieses schöne Stück Erde, dereinst Deutschland gehörig, dem Deutschen Reich wieder einverleibt hat.

Sodann zogen wir hin zu dem Denkmal Kaiser Wilhelms. Die ernsten Blicke der Mannschaften zeigten, wie tief ergriffen sie von dem Momente waren: vor uns die alten Höhen mit ihren Vesten gen Himmel ragend und ringsherum ein blutgedüngter historischer Boden.

Am heutigen Tage hat das 16. Armeekorps seinen Ehrentag gefeiert, indem es auf die eifrige, unermüdliche Friedensarbeit in der Parade seine Krone zeigte.

Ich wünsche Ihnen, Mein lieber Graf Haeseler, Glück zu dem heutigen Tage und danke Ihnen und dem gesamten Armeekorps für den hingebenden Eifer und Fleiß, den sie daran gewandt haben, um zu dem schönen Ergebnisse zu kommen.

Sie haben die Ehre gehabt, nicht nur Meine Zufriedenheit sich zu erwerben; das Korps hat vor den Augen Durchlauchtigster Vettern von Mir vorbeidefilieren dürfen, darunter zwei Heerführer, denen es vergönnt war, unter dem Oberbefehle Meines hochseligen Herrn Großvaters den Feldmarschallstab vor dem Feinde sich zu erwerben, das Herrlichste, was einem Soldaten blühen kann.

Indem Ich für die erfolgreiche Arbeit dem Korps Meine vollste Anerkennung und Meinen Kaiserlichen Dank ausspreche, ergreife Ich zu gleicher Zeit die Gelegenheit, dem Korps Meine besondere Zufriedenheit zu erkennen zu geben; und um auch unter den Lothringern ein Regiment zu haben, welches in unmittelbarer Verbindung mit Meiner Person steht, erkläre Ich Mich hiermit zum Chef des allerjüngsten Regiments Meiner Armee, des 145., welches am heutigen Tage besonders gut bestanden hat.

Sie mögen daraus erkennen, daß das 16. Korps, welches die Ehre hat, die Wacht an der Grenze der Marken zu halten, Meinem Herzen nicht weiter steht als jedes andere.

Ich erhebe Mein Glas und trinke auf das Wohl des Kommandierenden und der sämtlichen Truppen des 16. Armeekorps."

5. September. Bei der Galatafel, welche für die Civilbehörden in Metz veranstaltet wird, bringt der Kaiser folgenden Trinkspruch aus:

„Mein heutiger Trinkspruch gilt den Reichslanden und von den Reichslanden den Lothringern. Meinen wärmsten und herzlichsten Dank sage Ich den Lothringern für die warme und freundliche Aufnahme, die sie Mir gewährt haben. Rauschender Jubel, freudige Gesichter, freudig bewegte Worte sind Mir entgegengebracht und zu herzlichem Danke verpflichten Mich dieselben. Ich sehe aus den Ovationen, aus der Festesstimmung der Bevölkerung von Metz sowohl, wie auch der der Landbevölkerung, die Bestätigung, daß Lothringen sich wohl im Reiche fühlt. Vor den Augen der hiesigen Einwohner zieht ein Stück der deutschen Größe, der deutschen Einheit, vorbei. Das Haupt des Reiches und mit ihm vereint in treuer Freundschaft und festem Bunde hohe, durchlauchte Verwandte, Vettern und Regenten deutscher Länder. Mit Genugthuung ersehe ich, daß Lothringen das Verständnis für des Reiches Größe und für seine Stellung in dem Reiche gewonnen.

„Wir Lothringer sind loyal, durch und durch konservativ und erstreben im Frieden unsere Arbeit zu thun, unser Feld zu bauen, und ungestört zu genießen, was wir verdient haben."

So klang es Mir beim Empfange in Kurzel entgegen. Nun, Meine Herren, um Ihnen dies zu ermöglichen und Ihnen einen Beweis davon zu geben, daß es Mir am Herzen liegt, Ihre Gedanken kennen zu lernen, habe Ich Mir ein Heim unter Ihnen gegründet und wohl fühle Ich Mich unter Meinen Nachbarn in Urville. Sie mögen daraus die Versicherung entnehmen, daß Sie ungestört Ihre Wege gehen und Ihren Erwerbszweigen nachhängen mögen. Das geeinte Deutsche Reich sichert Ihnen den Frieden, und deutsch sind Sie und werden Sie bleiben, dazu helfe Uns Gott und Unser deutsches Schwert. Ich trinke auf das Wohl der deutschen Reichslande und der treuen Lothringer."

9. September. Kaiserparade in Straßburg. Auf eine Ansprache des Bürgermeisters Bock sagt der Kaiser in seiner Antwort:

„Ich habe als Junge schon wie jeder Deutsche oft das Lied „O Straßburg, o Straßburg, du wunderschöne Stadt" gesungen und dabei zu Gott gebetet, daß Straßburg, für das Ich immer besondere Sympathie empfand, wieder deutsch werden möge. Dieser Wunsch ist ja nun in der Zwischenzeit glücklich in Erfüllung gegangen, wenn es Mir selbst auch nicht vergönnt war, dabei mitzuwirken. Ich schätze Straßburg als eine der besten deutschen Städte und bin überzeugt, daß auch die Straßburger in der Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reiche sich wohl fühlen. Ich habe das so recht das letzte Mal empfunden, als Ich ganz unerwartet hierher gekommen war. Als Ich da vom Polygon zurückritt und die Straßen in der kurzen Zeit so schön geschmückt fand, und den herzlichen Jubel des Empfangs hörte, da habe Ich Mich aufrichtig gefreut. Wenn Ich auch jetzt nicht länger bleiben kann, so hoffe Ich dafür später desto öfter Gelegenheit zu finden, ohne Ueberraschung längere Zeit hier zu weilen. Ich fühle Mich wohl unter Ihrer Bevölkerung, deshalb habe Ich Mir hier in der Nähe auch ein Jagdgebiet eingerichtet. Das wird Mich schon wieder hierherführen."

10. September. Der Kaiser begibt sich zu den Manövern nach Baden. Auf die Begrüßung des Oberbürgermeisters von Karlsruhe erwidert er:

„Ich danke Ihnen für Ihre Worte, für den feierlichen Empfang und den reichen Glanz des Festschmucks und bitte, der Bürgerschaft Meinen herzlichen Dank zu sagen. Als Ich im Frühjahr hierherkam und Sie in der Begrüßung die Lage streiften, sah es im Reiche anders aus. Wir waren alle besorgt, wie der Kampf enden würde, der damals um die Sicherung des Vaterlandes geführt wurde. Gott sei Dank hat sich das deutsche Volk gefunden, hat fest zusammengestanden und gethan, was seine Pflicht war. Mir und Meinen Verbündeten, insbesondere Ihrem Großherzog, war es dadurch möglich, auch unsere Pflicht zu thun, um den Frieden in Europa zu wahren. Ich danke Ihnen nochmals recht herzlich, Ihnen und der Bürgerschaft, für den schönen Empfang."

11. September. (Karlsruhe.) Bei dem Paradediner bringt der Kaiser in Erwiderung auf eine Ansprache des Großherzogs folgenden Trinkspruch aus:

„Durch Eurer königlichen Hoheit gnädige Worte und durch den Empfang, den Sie mit Ihrem Hause und Volke Mir bereitet, haben Sie Mich zu Ihrem Schuldner gemacht, und bewegten Herzens spreche Ich Ihnen Meinen innigsten Dank dafür aus. Wie sollte es auch anders sein! Führt Mich doch der Weg, den Ich bis hierher gemacht habe, von dem Schloß am Rhein, wo Ich soeben noch unter den schönsten Erinnerungen weilen konnte, über die Stätten dahin, auf denen Unser Reich geschmiedet und die deutsche Kaiserkrone erkämpft wurde, hierher in dieses herrliche Land, in dieses gastliche Haus, in dessen Mir wohlbekannten Räumen allerorten Erinnerungen auftauchen, die in einer unlösbaren Kette sich aneinander schlingen gleich denen, wie Ich sie in Koblenz verlassen habe. Und auch der heutige Tag auf dem Felde da draußen, wer würde nicht schweren Herzens an die Zeit zurückdenken, da die letzten Manöver vor Meinem Großvater sich hier entrollten! Und wer vermißte nicht mit schmerzdurchzuckter Seele vor den beiden Regimentern, die heute vorbeigerückt sind, die hehre Gestalt des Einigers des Deutschen Reiches und die Siegfriedgestalt des Kaisers Friedrich. Von Eurer königlichen Hoheit und Ihrem Hause werden mit inniger Anhänglichkeit an die früheren Zeiten die Erinnerungen an das hohe Paar gepflegt und gehegt. Sind Sie doch sowohl wie die hohe Landesmutter hier in Ihrem Leben nachfolgend und nachwandelnd auf den Bahnen geschritten, die jene beiden Großen Uns vorgewandelt sind, stets treu und ergeben Ihren hohen Pflichten und Ihre Gedanken stets auf das Wohl Ihrer Unterthanen gerichtet. Und Sie thun dies, königliche Hoheit, nicht nur als Landesvater; auch den General vergessen Sie dabei nicht. Der heutige Tag hat bewiesen, daß das 14. Armeekorps auf der Höhe seiner Leistungen steht, vollberechtigt neben den anderen. Auch an das 14. Armeekorps knüpfen Mich teuere Erinnerungen aus vergangener Zeit. Habe Ich doch in dessen Reihen selbst mit erleben dürfen, die Zufriedenheit des dahingegangenen Allerhöchsten Kriegsherrn zu erwerben; ist Mir doch auf badischem Grund und Boden das Regiment verliehen worden, dessen Rock Ich heute trage, das einzige, welches Ich je kommandiert habe. Und die Worte, die Mein Großvater damals an Mich gerichtet hat, sind mit goldenen Lettern in Meine Seele eingeschrieben. Ich habe sie Mir gewählt zum Maßstab für Mein militärisches Leben. Noch weiter reicht Eurer königlichen Hoheit Einfluß in militärischen Dingen. Wenn Ich daran erinnern darf, wie Ich in diesem Frühjahr mit der Erlaubnis Eurer königlichen Hoheit wenige Stunden der Ruhe hier pflegen durfte nach den herrlichen Tagen im schönen südlichen Lande, da drängte sich nicht nur Uns Beiden, sondern manchem guten deutschen Mann der Gedanke auf: Wird unser Volk seiner

Aufgabe noch gewachsen bleiben? Will es wirklich lenken von den Wegen, die Kaiser Wilhelm ihm vorgezeichnet? Will es sich unwürdig erweisen der großen Thaten des Kaisers Friedrich? Und als die Entscheidungsstunde nahte und unser Volk von neuem auf den richtigen Weg gewiesen werden mußte, waren es Eure königliche Hoheit zuerst, die mit inhaltsreichen goldenen Worten jene Saite anschlugen, die bei unserem Volk immer durchschlägt. Die militärische Ader wurde geweckt, und von Gau zu Gau über die badischen Lande hinaus unter den Kriegern, die mit Kaiser Wilhelm und Kaiser Friedrich gefochten, deren Brust Ehrenzeichen aus vergangenen Feldzügen bedecken, lebte der neue Gedanke auf, und unser Volk fand sich wieder. Ich danke Euer königlichen Hoheit für diese Unterstützung, und gleich Ihnen danke Ich Meinen Vettern im Deutschen Reich. Jeder Fürst hat das Seinige gethan, uns seinen Mann wieder heranzuführen und neu zu scharen um das Panier des Reichs. Dank ihnen allen steht neu gerüstet als schirmende Wehr das deutsche Volk, wie einst jener alte Götterheld Heimdal, wachend über den Frieden der Erde, am Thor des Tempels des Friedens nicht nur Europas, sondern der ganzen Welt. Möge es unserem deutschen Volke vergönnt sein, daß es dieser hohen Kulturmission, dieser Aufgabe, die ihm von Gott gestellt und von Meinem Großvater vorgezeichnet ist, nie untreu werde! Mögen in Zeiten der Prüfung und des Zweifels stets solche Fürsten ihm beschieden sein, wie Eure königliche Hoheit und Meine Vettern! Dann wird es von Uns und von dem Deutschen Reiche ebenso heißen, wie dereinst von Meinem seligen Urgroßvater und Großvater: Sie haben mich gedrängt von Jugend auf, aber sie haben mich nicht übermocht! Und nun erhebe Ich Mein Glas und trinke auf das Wohl Eurer königlichen Hoheit, Eurer königlichen Hoheit Haus und Badens schwertbewährte Söhne, alt und jung, sie leben hoch."

14. September. Der Kaiser begibt sich nach Stuttgart, um den Manövern in Württemberg beizuwohnen. Die Kaiserin und der Kronprinz von Italien befinden sich ebenfalls dort. Bei der Paradetafel bringt König Wilhelm II. folgenden Trinkspruch aus:

„Ew. kaiserliche Majestät wollen gestatten, wenn ich das Wort ergreife, um Sie und Ihre Majestät die Kaiserin herzlich willkommen zu heißen von seiten meines Hauses, meines Landes und Volkes und in erster Linie meines Armeekorps, dem der heutige Tag gilt. Zweimal war es meinem Armeekorps vergönnt, vor den Augen seines damaligen obersten Kriegsherrn, des unvergeßlichen verehrten Kaisers Wilhelm I., Proben seiner militärischen Ausbildung abzulegen und anerkennende Worte zu finden. Am heutigen Tage war es ihm vergönnt, Ew. Majestät die Probe abzulegen, daß wir nicht gerastet, daß wir weiter auf dem gewonnenen Boden gearbeitet haben. Auch aus dem Munde Ew. Majestät Worte der Anerkennung und Zufriedenheit zu vernehmen, war ein hoher Stolz, ein Glück für uns, dessen uns allezeit würdig zu zeigen, wir bestrebt sein werden. Aber nicht allein das Armeekorps, nein! das ganze Volk jubelt Euren Majestäten entgegen, wie Sie aus den strahlenden Blicken und den jauchzenden Zurufen entnehmen konnten. Sie erblicken alle in Ew. Majestät den Träger der deutschen Kaiserkrone, den Hort des Friedens, und in Ihrer Majestät der Kaiserin das leuchtende Vorbild der deutschen Frau, und so haben sie Eure Majestäten begrüßt und willkommen geheißen und oft und zu aller Zeit herzlich begrüßt. Diesen Gefühlen gebe ich Ausdruck, indem ich Sie auffordere, mit mir einzustimmen in den Ruf: Se. Majestät der

Kaiser, unser oberster Kriegsherr, und Ihre Majestät die Kaiserin leben hoch! hoch! hoch!"

Der Kaiser antwortet:

„Im Namen Ihrer Majestät der Kaiserin und in Meinem Namen danke Ich für die gnädigen Worte, die Sie soeben an uns gerichtet haben, und für den freundlichen Empfang, den Wir seitens Eurer Majestät, Ihres ganzen Hauses und Ihres Volkes haben entgegennehmen können. Die Stuttgarter und Ich, Euer Majestät, sind alte Bekannte, und Ich habe unter den verschiedensten Gelegenheiten die Möglichkeit gehabt, zu beobachten, in wie warmer und herzlicher Weise das württembergische Volk an seinem Königshause und auch am Reiche hängt, sei es bei Veranstaltung froher Festlichkeiten, sei es auch unter dem Ausdruck tiefsten Schmerzes über einen heimgegangenen geliebten Souverän. Stets hat das württembergische Volk der hohen Eigenschaft entsprochen, deren sich dereinst schon ein großer Vorfahre Eurer Majestät rühmen konnte, daß er überall, wo es sei, sein Haupt getrost in den Schoß seiner Unterthanen legen könne. Der heutige Tag hat aber zu gleicher Zeit den bewährten Teil der württembergischen Söhne vor Unseren Augen vorbeiziehen lassen, und es erfüllt Mich mit hoher Freude, daß das rückhaltlos beifällige Urteil Meines hochseligen Herrn Großvaters von damals von Mir heute an derselben Stelle hat wiederholt werden können. Ich wünsche Eurer Majestät und dem württembergischen Armeekorps von Herzen Glück zu dem heutigen Tage. Das Korps steht auf der Höhe der Ausbildung und wird auch so bleiben, dafür sorgt der militärische Sinn und Eifer Eurer Majestät, Ihrer Generale und Offiziere. Das Korps steht in dem Kranze der Armeekorps, die zum Schutze des Deutschen Reichs, zum Schutze des europäischen Friedens stets gewärtig sind, glänzend da. Ich hoffe und wünsche, daß zu allen Zeiten dem Korps diese herrlichen und guten Eigenschaften bewahrt bleiben mögen. Ich trinke auf das Wohl Eurer Majestät, Ihrer Majestät der Königin, des gesamten Hauses und aller württembergischen kampferprobten Söhne, die alten und die jungen."

16. September. Abreise des Kaisers von Stuttgart nach Güns in Ungarn (vgl. Österreich-Ungarn). Der Reichskanzler v. Caprivi, der den Kaiser bis dahin begleitet hat, begibt sich direkt nach Karlsbad.

17. September. (Berlin.) Norddeutscher Antisemitentag der Ahlwardt-Försterschen Richtung. Die antisemitischen Forderungen werden in dem vollständigen Entwurf eines Ausnahme- und Fremdenrechts für die Juden zusammengefaßt: Verbot der Neueinwanderung von Juden und Ausweisung aller nicht in Deutschland geborenen Juden, Ausschluß derselben von allem liegenden Besitz, von allen Staats- und Gemeindeämtern, aus dem Rechtsanwalt-, Aerzte- und Lehrerstand, aus der Presse und der Armee, Verbot des Haltens deutscher Dienstboten 2c. Abgeordneter Förster hält den Hauptvortrag, der folgendes ausführt:

„Eigentum ist nicht Diebstahl, aber das jüdische Kapital ist ein Raub am deutschen Volke, deshalb muß dasselbe auf gesetzlichem Wege eingezogen und zur Tilgung der Hypotheken- und Staatsschulden, sowie zur Errichtung von Wohlthätigkeitsanstalten verwendet werden."

Herr Ahlwardt äußert:

„Der Adel müsse vor allen Dingen von seinem hohen Pferde herabsteigen; so lange er das nicht thue, sei gar nicht einzusehen, wie eine Volkspartei mit diesen konservativen Herren zusammengehen könne."

19. September. Der Kaiser sendet dem Fürsten Bismarck folgende Depesche:

Güns, 19. September.

An Fürst Bismarck, Kissingen.

Ich habe zu Meinem Bedauern jetzt erst erfahren, daß Euere Durchlaucht eine nicht unerhebliche Erkrankung durchgemacht haben. Da Mir zugleich, Gott sei Dank, Nachrichten über die stetig fortschreitende Besserung zugegangen sind, spreche Ich Meine wärmste Freude hierüber aus. In dem Wunsch, Ihre Genesung zu einer recht vollständigen zu gestalten, bitte Ich Euere Durchlaucht bei der klimatisch wenig günstigen Lage von Varzin und Friedrichsruh für die Winterzeiten in einem Meiner in Mittel-Deutschland gelegenen Schlösser Ihr Quartier aufzuschlagen. Ich werde nach Rücksprache mit Meinem Hofmarschall das geeignetste Schloß Euerer Durchlaucht namhaft machen. Wilhelm.

Das Antwortstelegramm des Fürsten Bismarck lautet:

Kissingen, 19. September.

An Se. Majestät den deutschen Kaiser, Güns.

Euerer Majestät danke ich in tiefster Ehrfurcht für Allerhöchstdero huldreichen Ausdruck der Teilnahme an meiner Erkrankung und neuerlich eingetretenen Besserung und nicht minder für die Absicht gnädiger Fürsorge für die Förderung meiner Genesung durch Gewährung eines klimatisch günstigen Wohnsitzes. Meine ehrfurchtsvolle Dankbarkeit für diese huldreiche Intention wird durch die Ueberzeugung nicht abgeschwächt, daß ich meine Herstellung, wenn sie mir nach Gottes Willen überhaupt in Aussicht steht, am wahrscheinlichsten in der altgewohnten Häuslichkeit und deren Zubehör an Einrichtung und Umgebung zu finden glaube. Da mein Leiden nervöser Natur ist, so glaube ich mit meinem Arzte, daß das ruhige Weiterleben in den gewohnten Umgebungen und Beschäftigungen das Förderlichste für meine Genesung sein würde, und daß ein Uebergang in neue, mir bisher fremde Umgebungen und Verkehrskreise, wie es die Folge einer Verwirklichung der huldreichen Absicht Euerer Majestät sein würde, in meinem hohen Alter im Interesse der Beseitigung der vorhandenen Störungen meines Nervensystems zu vermeiden sein würde. Professor Schweninger behält sich vor, diese seine und meine Ueberzeugung in schriftlichem Bericht sachlich zu begründen. v. Bismarck.

Einige Zeit später, indem die Zeitungen besprechen, weshalb der Kaiser nicht früher von der Krankheit des Fürsten unterrichtet worden sei, wird bekannt, daß am 21. April 1890 folgende Kabinetts-Ordre an Professor Schweninger ergangen sei:

„Nicht nur das deutsche Volk, sondern alle Nationen der kultivierten Welt nehmen lebendigen Anteil an der Gesundheit und dem Wohlergehen des Fürsten v. Bismarck, Herzogs von Lauenburg. Mir persönlich liegt es besonders am Herzen, den Mann mit Gottes Hilfe möglichst lange erhalten zu sehen, der sich so unermeßliche Verdienste um das Vaterland und Mein Haus erworben hat. Ich weiß, daß Sie mit ebensoviel Hingebung und Treue als Geschick und Erfolg seit einer Reihe von Jahren den Fürsten

ärztlich behandelt und auch in kritischen Momenten den Gesundheitszustand desselben zu erhalten und zu befestigen gewußt haben. Es ist daher Mein Wunsch, daß Sie auch fernerhin die ärztliche Behandlung des Fürsten leiten und, soweit erforderlich, selbst ausüben. Indem Ich Sie mit diesem Auftrag betraue, will Ich von Zeit zu Zeit Ihrem Berichte über das Befinden des Fürsten entgegensehen."

23. September. Die Kölnische Volkszeitung gibt folgendes Wahlprogramm aus:

„Auf dem Gebiet der Reichspolitik gilt es, die Ausnahme-Gesetzgebung abzuschaffen, indem das Jesuitengesetz aufgehoben wird. Erheblich weitgreifender ist, was wir in Preußen verlangen. Hier verlangen wir, abgesehen von den Resten der preußischen Maigesetzgebung, die volle Durchführung der Parität, die wir noch niemals genossen haben, seitdem die Westprovinzen an Preußen fielen. Es muß aufhören, daß die protestantischen Diaspora-Gemeinden von der Regierung unterstützt werden, aber die katholischen nicht. Es ist kein normaler Zustand, wenn in Schlesien 92 Prozent der katholischen, aber nur 17 Prozent der protestantischen Schulen der geistlichen Schulaufsicht entbehren. Es kann nicht länger geduldet werden, daß so viele katholische Schulen protestantische Lehrer haben, von anderen Beweisen der Imparität auf dem Schulgebiet ganz zu schweigen. Es muß endlich eine Aenderung darin eintreten, daß den Katholiken die hohen Verwaltungsposten verschlossen sind, daß alle Minister, Unterstaatssekretäre, Ministerialdirektoren, Oberpräsidenten, Oberlandesgerichts-Präsidenten ausschließlich Protestanten sind. Dies sollte bei den bevorstehenden Landtagswahlen unsre Parole sein (freilich nicht die einzige, wir erinnern nur an die „Wahlreform"). Nicht weniger als alle Katholiken sind dabei interessiert; denn wenn die nationalliberale Presse auch bei jeder Gelegenheit versichert, nur die „Ultramontanen" schlösse man aus, so sehen wir, daß auch die so beliebten liberalen und „reichstreuen" Katholiken nicht Minister werden können. Es gibt nicht einmal „Auch-Katholiken" darunter, und vollends ein kirchentreuer Katholik, wie Frhr. v. Schorlemer-Alst, kann wohl Rittmeister, aber nicht Oberpräsident oder Minister werden. Ebenso sind bei den anderen hier erwähnten Punkten alle Katholiken beteiligt; denn wir können es uns nicht gefallen lassen, wenn die Protestanten als Staatsbürger erster Klasse betrachtet werden."

23. September. (Berlin.) Der Polizeipräsident zieht eine Verordnung vom 12. September betr. die Schließung aller Nacht-Cafés um 2 Uhr wieder zurück.

26. September. Der Kaiser sendet folgendes Telegramm auf der Rückreise nach Berlin von Oderberg an den österreichischen Kaiser:

Mit dem Gefühle wärmsten Dankes für die große Güte und Liebenswürdigkeit, die Du wieder für Mich gehabt hast, und unter dem frischen Eindruck der Bewunderung für die vorzüglichen Leistungen Deiner Armee verlasse Ich Dein Land. Es drängt Mich, beim Passieren der Grenze Dir dies zu wiederholen und Dir nochmals Meine aufrichtigen und herzlichen Wünsche für Dich und Deine Familie, für Dein Land und Deine Armee zu senden.
Wilhelm.

27. September. Der Kaiser ernennt den Erzherzog Albrecht von Österreich zum General-Feldmarschall der preußischen Armee.

28. September. (München.) Eröffnung des Landtags. Die Thronrede des Prinz-Regenten Luitpold von Bayern lautet:

„Meine Herren Reichsräte und Abgeordneten!

Ich freue Mich, die Kammern des Landtags nach erfolgter Neuwahl der Abgeordneten wieder um Mich versammelt zu sehen, und entbiete Ihnen Meinen herzlichen Gruß.

In Erfüllung der einschlägigen verfassungsmäßigen Bestimmungen werden dem Landtage alsbald das Budget nebst dem Finanzgesetz für die XXII. Finanzperiode 1894 und 1895, sowie die Rechnungsnachweisungen für die XX. Finanzperiode 1890 und 1891 vorgelegt werden.

Wie aus letzteren ersichtlich, hat sich die seit einer Reihe von Finanzperioden bestehende günstige Finanzlage des Staates auf die Jahre 1890 und 1891 erstreckt. War auch der Abschluß für das Jahr 1892 nicht ein gleich günstiger, so ist es dennoch möglich geworden, das Budget der Jahre 1894 und 1895 trotz der sich steigernden Ausgaben des Staates ohne Steuererhöhung sowie ohne Vermehrung der indirekten Staatsauflagen abzugleichen.

Zur besonderen Befriedigung gereicht es Mir, daß hierbei auch für die Neuregelung der Gehalts- und Pensionsverhältnisse der nichtpragmatischen Beamten und Bediensteten in das Budget ein Postulat eingestellt werden konnte, zu dessen näherer Begründung Ihnen seinerzeit eine Denkschrift zugehen wird.

Im Anschlusse an die Postulate, welche im Geschäftskreise des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten an Sie gelangen, ist hinsichtlich des Einkommens der katholischen und der protestantischen Geistlichen eine Vorlage in Aussicht genommen, sobald die nötigen Vorverhandlungen zum Abschlusse gediehen sein werden.

Dem Landtage wird ferner die Etatsvorlage für die gewöhnlichen Bedürfnisse des bayerischen Heeres mit den durch die Verhältnisse bedingten Nachtragsetats übermittelt werden.

Im Bereiche der staatlichen Verkehrsanstalten hat sich in mehrfacher Hinsicht das Bedürfnis nach Herstellung von Neuanlagen und nach Ergänzung bestehender Anlagen und Einrichtungen ergeben. Ich habe den Auftrag erteilt, wegen des Bedarfes für den weiteren zweigeleisigen Ausbau des Staatsbahnnetzes, ferner für Neubeschaffung von Eisenbahnfahrmaterial und für die Ausrüstung vorhandener Eisenbahnfahrzeuge, dann für Erweiterungs-, Ergänzungs- und Neubauten auf den im Betrieb befindlichen Staatseisenbahnen, endlich für Postbauten und Telephonanlagen Postulate an die Kammern des Landtages zu bringen.

Zur Hebung der Mainschiffahrt werden Sie eine Vorlage erhalten, welche für einen beträchtlichen Teil dieses Flusses die Verbesserung des Fahrwassers, sowie die Einrichtung eines staatlichen Kettenbetriebes zum Gegenstand hat.

Einer Bitte des Vereins zur Hebung der Fluß- und Kanalschiffahrt in Bayern entsprechend, ist außerdem in das Budget ein Postulat zur gründlichen Untersuchung der Frage eingestellt, ob eine Neugestaltung der Schiffahrtsstraße zwischen Aschaffenburg und Passau technisch ausführbar und wirtschaftlich vorteilhaft erscheint.

Von der in diesem Jahre eingetretenen Futternot wurden zu Meinem schmerzlichen Bedauern auch größere Gebietsteile Bayerns betroffen. Beseelt von dem Wunsche, jederzeit die landwirtschaftlichen Interessen thatkräftig zu fördern, habe Ich genehmigt, daß in umfassender Weise jene vorsorglichen Maßnahmen ergriffen werden, welche geeignet erschienen, der bedrohten Land-

wirtschaft soweit thunlich Hilfe zu gewähren, und werde Ich diesen Verhältnissen fortgesetzt Mein sorgsamstes Augenmerk auch fernerhin zuwenden.

Fest vertrauend auf Ihre und des bayerischen Volkes stets bewährte Treue und Anhänglichkeit an das Königshaus, gebe Ich Mich der Ueberzeugung hin, daß Sie die Ihnen gestellte Aufgabe in patriotischem Zusammenwirken zur Wohlfahrt und zum Gedeihen Unsres heißgeliebten Bayerns lösen werden.

Des Landes und des Deutschen Reiches Wohl zu fördern ist das unablässige Ziel Meines Strebens.

Lassen Sie Uns durch gemeinsame ernste Arbeit dafür wirken und möge der Segen des Allmächtigen diese Bemühungen begleiten!"

28. September. Der „Reichsanzeiger" schreibt:

„Im Laufe des vorigen Jahres ist in verschiedenen Tagesblättern, sowie in Streitschriften gegen die im Unterrichtsgebrauch der jüdischen Schulen befindlichen Lehrbücher die Anklage erhoben worden, daß sie Lehren enthielten, welche unser sittliches, wirtschaftliches und staatliches Leben gefährdeten. Man hat daran die Frage geknüpft, ob denn die preußische Unterrichtsverwaltung dem jüdischen Religionsunterricht ausreichende Aufmerksamkeit zuwende und ob sie mit dem Inhalt der betreffenden Bücher bekannt sei.

Der Unterrichtsminister hat daraus Veranlassung genommen, die sämtlichen zur Zeit im Unterrichtsgebrauche befindlichen oder sonst etwa noch in Betracht kommenden jüdischen Religionsbücher einzufordern. Die bezügliche Sammlung umfaßt 551 Bücher, und zwar sind sie dem Inhalt nach:

1. Unterrichtsbücher.		
a) für Erlernung der hebräischen Sprache . . .	40	Exemplare
b) für biblisch- und jüdisch-geschichtlichen Unterricht	163	„
c) für Religionslehre (Katechismen, Spruchbücher, Bibelkunden)	234	„
d) für den deutschen Unterricht (Lesebuch für Volksschulen)	2	„
2. Erbauungsbücher.		
a) Die heilige Schrift ganz oder Teile derselben (deutsch-hebräisch oder hebräisch-deutsch) . . .	21	„
b) Gebetbücher (hebräisch-deutsch u. deutsch-hebräisch)	47	„
c) Gesangbuch (deutsch)	1	„
3. Sonstige Schriften (keine Schulbücher)	43	„

Sämtliche Bücher sind einem theologisch und pädagogisch hervorragend gebildeten Schulaufsichtsbeamten zur Begutachtung zugegangen. Derselbe faßt das Ergebnis seiner sehr eingehenden Prüfung dahin zusammen, daß keine der in der Presse gegen die jüdischen Religionsbücher erhobenen Anklagen durch den Inhalt der vorgelegten Bücher begründet ist.

Dieses Gutachten ist sodann einem evangelischen Geistlichen, welcher längere Zeit im Dienste der Judenmission gestanden hat und mit der talmudischen Litteratur innig vertraut ist, zur Aeußerung zugestellt worden. Derselbe hat seine volle Zustimmung zu dem Gutachten ausgesprochen.

Die vielbesprochene Schrift „Schulchan Aruch" (gedeckter Tisch) ist in keiner öffentlichen oder privaten Volksschule im preußischen Staat im Unterrichtsgebrauch."

28.—30. September. Der Kaiser reist zur Jagd nach Schweden zum Besuch zum König Oskar. Von dort aus begibt er sich nach Ostpreußen.

Ende September. Der bisherige Stellvertreter des Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika, Oberst Freiherr v. Scheele, à la suite des Kriegsministeriums, wird zum Gouverneur von Deutsch-Ostafrika ernannt.

1.—8. Oktober. Aufenthalt des Kaisers in Rominten.

Anfang Oktober. (Preußen.) Die Parteien erlassen ihre Wahlaufrufe für die Landtagswahlen.

Der konservative lautet:

„Wir stehen am Schlusse der ersten fünfjährigen Legislaturperiode und vor Neuwahlen zum preußischen Landtage. — Die konservative Partei kann mit Befriedigung auf diesen Abschnitt ihrer politischen Thätigkeit zurückblicken; denn sie hat unter schwierigen Verhältnissen an den altbewährten, im Programm vom 8. Dezember 1892 neuerdings festgelegten konservativen Grundsätzen festgehalten. Diese Grundsätze haben sich als das Heil des Vaterlandes fördernd wie stets so auch jetzt bewährt.

Die unter Kämpfen durchgesetzte Verlängerung der Legislaturperioden auf fünf Jahre hat sich als eine dem Lande vorteilhafte Maßregel erwiesen; denn es wäre unmöglich gewesen, die großen Reformarbeiten auf dem Gebiete der direkten Steuern mit einem Abgeordnetenhaus von nur dreijähriger Mandatsdauer einheitlich durchzuführen. — In dieser Reform sind die langjährigen Forderungen der konservativen Partei: Beseitigung der Grund- und Gebäudesteuer als Staatssteuer, ihre Ueberweisung als Steuerquelle an die Kommunen, Reform der Einkommensteuer durch Einführung einer richtigen Einschätzung, zur Ausführung gelangt — damit ist eine erhebliche Entlastung des durch diese Steuer schwer und ungerecht belasteten Grundbesitzes — vornehmlich des verschuldeten — erreicht.

Für die nächste Zukunft wird es sich darum handeln, die in der verflossenen Legislaturperiode geschaffenen großen Organisationsgesetze sich einleben zu lassen. Unser Verwaltungsapparat ist in den mittleren und unteren Instanzen derartig angespannt, daß er nicht ferner mit organisatorischen Gesetzen belastet werden darf, bevor nicht die Steuergesetze und die Landgemeinde-Ordnung vollkommen zur Gewohnheit geworden sind. — Die gegen die Stimmen der Konservativen beschlossene Landgemeinde-Ordnung zeigt in ihrer Ausführung, wie wir vorausgesagt, erhebliche Mängel. — Es wird notwendig sein, die bei Erlaß der Landgemeinde-Ordnung gemachten Fehler zu verbessern und die bei Ausführung der Steuergesetze sich etwa herausstellenden Härten auszugleichen.

Später muß die Gesetzgebung die Organisation des Volksschulwesens und das in der Verfassung vorgesehene Volksschulgesetz in Angriff nehmen; denn die Mißstände und Unklarheiten auf dem Gebiete der Schulunterhaltungspflicht erheischen eine gesetzliche einheitliche Regelung. Indessen besteht die konservative Partei darauf, daß die äußeren Schulangelegenheiten von der inneren Ausgestaltung der Volksschule nicht getrennt werden können, weil die festzuhaltende Grundlage des Christlichen und Konfessionellen notwendig die äußere Gestaltung der Volksschule beeinflußt.

Die Hauptthätigkeit der nächsten und mancher folgenden Legislaturperioden wird sich der Erhaltung und Förderung der Mittelklassen unserer ländlichen und städtischen Bevölkerung zuzuwenden haben. — Diese Mittelklassen, wesentliche Stützen des Staates und der Monarchie, der Bauernstand und der Handwerkerstand, sind in ihrer wirtschaftlichen Existenz ge-

fährdet. In diesem Sinne werden wir eine besonnene Fortentwickelung unserer Verhältnisse anstreben."

Der freikonservative:

Die zum ersten Male fünfjährige Legislaturperiode hat auf wichtigen Gebieten des Staatslebens zu abschließenden Reformen geführt. Vor allem ist die Besteuerung in Staat und Gemeinde unter dem Gesichtspunkte der gleichmäßigen Heranziehung aller zu den Lasten des Staates nach ihrer Leistungsfähigkeit, sowie unter Verzicht des Staates auf die besonders für die kommunale Besteuerung geeigneten Steuerquellen zu Gunsten der Gemeinden neu geordnet. Eine wirksame Entlastung sowohl der Minderbegüterten, als der im engeren Sinne produzierenden, an den Lasten der Sozialgesetzgebung im Reiche wesentlich beteiligten Kreise des Erwerbslebens, namentlich des ländlichen Grundbesitzes, steht in Aussicht. Nicht ohne einige Bedenken im einzelnen, erscheint die Neuordnung des Steuerwesens geeignet, für lange Zeit im Ganzen befriedigende Zustände herbeizuführen. Die Erfahrung wird lehren, ob einzelne Härten und Mängel hervortreten, an welche die bessernde Hand anzulegen ist. Ebenso werden die Wirkungen der Neuordnung des Wahlrechts abzuwarten sein, bevor zu beurteilen ist, ob diese unter schweren Kämpfen zu stande gekommene Gesetzgebung zur Sicherung unseres im wesentlichen auf der Steuerleistung begründeten Wahlrechts ausreicht und die bisherige Wahlberechtigung des Mittelstandes und der Minderwohlhabenden nicht beeinträchtigt.

Das Verfassungsrecht der Landgemeinden der sieben östlichen Provinzen und Schleswig-Holsteins ist auf einer grundsätzlich richtigen Grundlage neu geordnet. Bei einer von dem Geiste der Selbstverwaltung getragenen Durchführung des Gesetzes darf eine gedeihliche Entwickelung des kommunalen Lebens auf dem Lande erhofft werden. Die Uebertragung der Grundsätze dieser Reform auf die anderen Provinzen wird ohne Ueberstürzung und nur nach Maßgabe des wirklich hervortretenden Bedürfnisses zu erfolgen haben.

Unerledigt sind dagegen die Aufgaben geblieben, welche der Gesetzgebung auf dem Gebiete der Volksschule gestellt waren. Vorschläge, welche der preußischen Volksschule den Charakter einer Veranstaltung des Staates zu nehmen und sie von ihrer jetzigen Höhe herabzudrücken drohten, sind erfolgreich abgewehrt; dabei traten aber so schwere Gegensätze hervor, daß die Wiederaufnahme des Planes eines vollständigen Volksschulgesetzes für lange Zeit ausgeschlossen erscheint, und die Ordnung der inneren Angelegenheiten der in der Regel konfessionell geordneten Volksschule und die Förderung der religiös-sittlichen Erziehung unseres Volkes Sache der Verwaltung bleiben muß. Dringend ist dagegen der baldige Erlaß eines Schuldotationsgesetzes geboten, durch welches die äußeren Verhältnisse der Schule nach den Grundsätzen unserer Verfassung geordnet werden.

Drückend empfundene Rückstände aus den staatskirchlichen Kämpfen sind sowohl für die evangelische wie für die katholische Kirche beseitigt. Verständnisvolles Zusammenwirken von Staat und Kirche zur Bekämpfung der auf den Umsturz beider gerichteten Bestrebungen muß fortan auf staatskirchlichem Gebiete das wichtigste Ziel sein.

Ungünstige Ernten und niedrige Preise haben die Lage der heimischen Landwirtschaft noch schwieriger gestaltet; im Reiche ist der bisherige Zollschutz gemindert, während die aus der Steuerreform zu erwartende Entlastung noch nicht in Wirksamkeit getreten ist. Um so dringender ist die Durchführung einer planmäßig auf die Erhaltung und Hebung der Landwirtschaft durch Gesetzgebung und Verwaltung gerichteten Agrarpolitik. Nicht bloß die Vermehrung der mittleren und kleineren Landwirtschaftsbetriebe

durch innere Kolonisation, sondern auch die Erhaltung der bestehenden bäuerlichen Wirtschaften ist eine im Interesse des Gesamtwohls unabweisbare Aufgabe staatserhaltender Politik. Die hierauf, sowie auf eine wirksame Vertretung der Landwirtschaft gerichteten Bestrebungen der Landwirte verdienen dieselbe Berücksichtigung und Pflege, wie Gewerbe, Industrie und Handel.

Die Verschlechterung der Lage der preußischen Finanzen macht eine feste Ordnung des Staatshaushalts und die strengste Sparsamkeit zur Pflicht. Es wäre aber das Gegenteil von weiser Sparsamkeit, wollte man durch zu knappe Bemessung des Staatsaufwandes die gedeihliche Fortentwickelung auf sittlichem, geistigem und materiellem Gebiete hemmen und das heimische Erwerbsleben schwächen. Insbesondere liegt die volle Ausnutzung und die dem Bedürfnisse entsprechende Erweiterung unseres Verkehrswesens im wohlverstandenen Interesse des Volkes und Staates.

Nach den großen Reformen, welche im Reiche und in Preußen während des letzten Jahrzehnts beschlossen sind, thut eine Ruhepause in der Gesetzgebung dringend not. Es wird daher durch die Beschränkung der Vorlagen auf das unbedingt Notwendige das Einleben in die neuen organischen Gesetze zu fördern sein.

Fester Zusammenschluß aller wirklich staatserhaltenden Elemente um unser kräftiges verfassungsmäßiges Königtum — Sammlung der gemäßigten patriotischen Männer von rechts und links, welche das Vaterland über die Partei stellen, zur Abwehr gegen sozialistische, radikale und rückschrittliche Bestrebungen jeder Art, aber kräftiges Eintreten für die Beseitigung wirklicher Mißstände — stetige, gedeihliche Fortentwickelung unseres Staatslebens in den guten preußischen Traditionen bürgerlicher Freiheit und fester staatlicher Ordnung — Stärkung des Reiches nach innen und außen — liebevolle und gleichmäßige Pflege aller Zweige des heimischen Erwerbslebens sind stets die leitenden Gesichtspunkte der freikonservativen Partei gewesen. Sie werden auch ihre Leitsterne für die Zukunft bleiben.

Unsere Parole ist „das Vaterland über die Partei, das Gemeinwohl über die Sonderinteressen!"

Der vom Vorsitzenden der Fraktion des Abgeordnetenhauses, Dr. Frhrn. v. Heeremann, unterzeichnete, vom 4. Juli datierte Wahlaufruf des Zentrums lautet:

„Die 17. Legislaturperiode des preußischen Landtages naht ihrem Ende. Bei dem Rückblick auf diesen fünfjährigen Zeitraum erfüllen uns die Verluste, die wir erlitten, mit tiefem Schmerze. Eine allzu große Zahl entriß der unerbittliche Tod unseren Reihen, darunter die Mitbegründer und hervorragendsten Führer des Zentrums, Windthorst und Peter Reichensperger. Ihre unvergeßlichen Verdienste um die Vertretung und Wahrung der Prinzipien des Zentrums sind in unser aller Gedächtnis. Wir ehren das Andenken der großen Toten, indem wir geloben, das, was sie im heißen Kampfe erstritten, treu zu bewahren, und den Weg, den sie uns vorgezeichnet, unerschrocken weiter zu wandeln. — Haben wir doch noch vieles zu erringen! Die zur Zeit wichtigste Frage des öffentlichen Lebens, das Volksschulwesen, entbehrt noch immer der in der Verfassung verheißenen gesetzlichen Regelung. Wir sind nach wie vor wesentlich auf das Wohlwollen der Staatsregierung angewiesen. Der dankenswerte Versuch, den konfessionellen Charakter der Volksschule gesetzlich festzulegen, scheiterte an dem Widerspruch der kirchenfeindlichen, liberalen Richtungen. — Wir sind überzeugt, daß der immer mehr sich ausbreitenden revolutionären Strömung, den Gefahren für Thron und Altar, für Staat und Kirche nur ein christlich erzogenes, gottesfürchtiges Volk erfolgreichen Widerstand zu leisten ver-

mag. Zur Gottesfurcht aber erzieht nur ein nach Gottes Wort kirchlich geordneter Religionsunterricht. — Wir erachten es deshalb für unsere heilige Pflicht, bei jeder Gelegenheit mit allem Nachdruck zu verlangen, daß der konfessionelle Charakter der Volksschule gewahrt, das natürliche Recht der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder nicht beeinträchtigt, der Religionsunterricht den Kindern in ihrer Muttersprache erteilt, und die Leitung des religiösen Unterrichts durch die Religionsgesellschaften im vollen Umfange anerkannt werde. Mit der Verwirklichung dieser Forderung wird auch der konfessionelle Friede gesichert, dessen Wahrung unser ernster Wille ist. — Auf kirchlichem Gebiete ist manches Unrecht beseitigt, manche Fessel gelöst worden. Zur segensreichen Wirksamkeit der Kirche für Staat und Gesellschaft ist jedoch ihre volle Freiheit und Selbständigkeit, wie sie früher durch die Verfassung gewährleistet war, erforderlich. Wir werden deshalb unausgesetzt die Beseitigung aller Beschränkungen derselben, namentlich auch auf dem Gebiete des Ordenswesens, und die Aufhebung der noch bestehenden Bestimmungen der Kulturkampfgesetze fordern und zu erkämpfen uns bestreben. — Groß und mannigfach sind auch die Klagen der Katholiken auf dem Gebiete der Parität. Noch immer scheint die Annahme begründet, daß gläubige Katholiken bei der Besetzung von Staatsämtern, zumal in katholischen Gegenden, zurückgesetzt werden. Das Zentrum erblickt hierin eine durch nichts gerechtfertigte Benachteiligung der Katholiken und wird nicht ruhen, bis auch den katholischen Staatsbürgern die gleiche Berücksichtigung zu teil wird. — Das wichtigste Reformwerk der abgelaufenen Legislaturperiode ist die Steuergesetzgebung. Wir haben dem ihr zu Grunde liegenden Prinzipe, eine gerechtere Verteilung der Steuerlasten herbeizuführen, zugestimmt und nach Kräften zu dessen Verwirklichung beigetragen. Wir haben eine Entlastung der bisher überbürdeten unteren und mittleren Klassen angestrebt. Wenn dabei eine größere Belastung der starken Schultern auch nicht zu vermeiden war, so sind wir doch einer ungemessenen Progression nach oben entgegengetreten. Bei Beratung des Wahlgesetzes hat das Zentrum alle Kraft eingesetzt, die durch die neue Steuergesetzgebung zu befürchtende plutokratische Verschiebung der Wählerklassen zu verhindern; leider ist diese Absicht trotz unserer einmütigen Haltung nicht erreicht worden. Es wird daher auch in Zukunft unsere Aufgabe sein, diesen gegen unseren Willen herbeigeführten Wirkungen nach Kräften entgegenzutreten und Abhilfe herbeizuführen. Für die notwendige Aufbesserung der Gehälter der Beamten, für die auskömmliche Besoldung der Lehrer, für die Sicherstellung der pensionierten Lehrer und ihrer Hinterbliebenen sind wir mit Freude eingetreten. Wir werden auch in Zukunft die berechtigten Bestrebungen dieser Berufsstände unterstützen, soweit die Finanzlage es gestattet und die Aufwendungen geschehen können, ohne die erwerbenden Stände zu überlasten. — Denn es ist nicht zu bezweifeln, daß die Steuerkraft unseres Volkes, namentlich durch die fortwährend sich steigernden Ausgaben des Reiches, in schärfster Weise angespannt ist. Es muß deshalb bei Bewilligung auch der dringenden Ausgaben eine weise Sparsamkeit walten. Für Förderung des Wohles der Handwerker und Arbeiter, für die Befestigung des Grundbesitzes, für die Besserung der landwirtschaftlichen Verhältnisse, für die Erhaltung eines gesunden Mittelstandes und überhaupt für die Hebung des gesamten Volkswohlstandes wird das Zentrum, wie bisher, so auch in Zukunft, energisch eintreten. Wohl kann und soll der Staat auch auf materiellem Gebiete nicht alles selbst thun; doch wird die Umkehr von den Wegen des falschen Liberalismus auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu den ewig gültigen und stets bewährten Grundsätzen der wahren Freiheit und des Rechtes auch das wirtschaftliche Gedeihen der verschiedenen

Gesellschaftsklassen heben und widerstreitende Interessen thunlichst ausgleichen. Je stärker das Zentrum ist, desto größer ist die Hoffnung auf Erreichung dieser Ziele. Darum erfülle jeder in dem bevorstehenden Wahlkampfe seine Pflicht! Wirke jeder an seinem Orte und nach seinen Kräften mit, vor allem fehle keiner bei der Wahl. Der Sieg liegt in Gottes Hand! Er wird denen nicht fehlen, die getreulich ihre Pflicht erfüllen."

Der Wahlaufruf der Nationalliberalen:

„Die Neuwahlen zum Landtage stehen bevor. In der verflossenen Legislaturperiode ist klarer als je zu Tage getreten, welche hohe Bedeutung der Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses innewohnt. Mit ganzer Kraft muß daher die nationalliberale Partei in die Wahlbewegung eintreten, zur vollen Durchführung ihres Programms vom 15. September 1888.

Preußens Stellung in Deutschland legt ihm die Pflicht auf, in erster Linie an der Stärkung des Reichs mitzuwirken, die eigene Gesetzgebung und Verwaltung mit den im Reiche verfolgten Zielen in Uebereinstimmung zu bringen. Das Streben der Reichsgesetzgebung, die Lage der arbeitenden Klassen zu bessern, ist demgemäß von uns in Preußen unterstützt worden. Daneben ist es ein Haupterfordernis der Gegenwart, den Mittelstand in Stadt und Land zu pflegen und zu fördern. Nicht das Reich allein, auch der Einzelstaat kann und soll dabei mitwirken. Manches ist in Preußen nach dieser Richtung in Erfüllung der von uns erhobenen Forderungen während der letzten Jahre geschehen. Die Gesetzgebung über die direkten Steuern ist in grundlegender Weise umgestaltet. Dabei haben einzelne Punkte nicht unerhebliche Bedenken wachgerufen, deren Beseitigung unsere Aufgabe bleiben muß. In ihrer Gesamtheit aber wird die Reform nach völliger Durchführung die schwächeren Schultern entlasten und die Steuerpflicht vollkommener als bisher nach dem Maße der Leistungsfähigkeit verteilen. Besonders wird die ungerechte Vorbelastung der Landwirtschaft und des kleineren Gewerbes beseitigt. Den Gemeinden sind die ihnen naturgemäß zukommenden Einnahmequellen zugänglich gemacht und weitgehende Freiheiten in der Art der Aufbringung ihrer Steuern und Abgaben eingeräumt. Mit der Landgemeinde-Ordnung für die östlichen Provinzen ist ein weiterer bedeutsamer Schritt geschehen, um die lebendige Teilnahme des Volkes an der Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten durchzuführen und zu sichern. Das Rentengütergesetz bildet den verheißungsvollen Anfang zur Erreichung der großen Ziele einer richtigen inneren Kolonisation, der Vermehrung des kleinen und mittleren Grundbesitzes, der Kräftigung unseres gesunden Bauernstandes. Eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Landtags wird es sein, die Ausführung der im Reiche wie in Preußen erlassenen Gesetze in einem wahrhaft volksfreundlichen Sinne aufmerksam zu überwachen. Als notwendige Maßnahmen zur Hebung des Volkswohlstandes betrachten wir: gesteigerte Thätigkeit für die gedeihliche Entwickelung des Erwerbslebens, unter gleichmäßiger Wahrnehmung der Interessen von Landwirtschaft, Handwerk, Industrie und Handel; erhöhte Verwendung von staatlichen Mitteln für den gewerblichen, kaufmännischen und landwirtschaftlichen Unterricht; Pflege des Genossenschaftswesens; Förderung der Landesmelioration; fortschreitende Ausdehnung des Eisenbahnnetzes; Schiffbarmachung und Regulierung der Flüsse, Herstellung neuer Wasserstraßen und Nutzbarmachung derselben auch für die Landwirtschaft; Schaffung eines geeigneten Wasserrechts unter gerechter Abwägung der verschiedenen wirtschaftlichen Interessen nach ihrer Bedeutung.

Erste Vorbedingung aber für eine ersprießliche Thätigkeit des Staats ist ein befriedigender Zustand seiner Finanzen. Bisher sind dieselben wohl durch die Zugriffe des Reichs in Gestalt der Matrikularbeiträge wie durch

die schwankenden Erträge der großen Betriebsverwaltungen, besonders der Eisenbahnen in ihrer ruhigen Weiterentwickelung bedroht, wie der Fehlbetrag der letzten Jahre nur zu sehr bewiesen hat. Es bedarf einer Reform der Besteuerung und der Finanzverwaltung im Reiche, sowie eines neuen Eisenbahngarantiegesetzes, um das Gleichgewicht im Staatshaushalt vor solchen gefährlichen Einflüssen zu schützen. Bei Beobachtung weiser Sparsamkeit in allen Dienstzweigen der staatlichen Verwaltung müssen auch ohne neue Steuerbelastung die Mittel gefunden werden, um unerläßliche Aufgaben zu erfüllen, wie wir sie in einem Schulunterhaltungs- und Lehrerbesoldungsgesetze, in der weiteren Gehaltsverbesserung der Beamten, in der Besetzung der dauernd erforderlichen Stellen mit fest angestellten Beamten, namentlich der ausreichenden Besetzung der Richterstellen, und in der Reform des staatlichen Medizinalwesens erblicken.

Die innere Ordnung der Finanzen und die alte preußische Sparsamkeit in der Verwendung staatlicher Mittel ist durch das lange in Aussicht gestellte, aber noch heute rückständige Gesetz über die Einnahmen und Ausgaben des Staates (Komptabilitätsgesetz) zu festigen und zu sichern. Zur gerechteren Verteilung der Lasten, zum Ausgleich bestehender Interessengegensätze, wie zur Kräftigung der Selbstverwaltung verlangen wir den Erlaß der in manchen Provinzen noch notwendigen Wegeordnung, die festere Abgrenzung der staatlichen Polizeigewalt gegenüber den Befugnissen der Gemeindebehörden und die weitere Verbesserung des Armenwesens. Die Bereitstellung der nötigen Mittel zur Aufhebung der Stolgebühren und zur Besserung der äußeren Lage der Geistlichen hat unsere Zustimmung gefunden.

Aufs schärfste haben wir den zu Anfang des vorigen Jahres unternommenen Versuch, den kirchlichen Einfluß auf die Volksschule zum Nachteil des Staats und der Gemeinden, der Schule selbst und des Lehramts zu erweitern und damit den konfessionellen Frieden zu gefährden, bekämpft nnd zurückgewiesen. Der Volksschule, dieser unschätzbaren Grundlage unserer nationalen Bildung, muß der durch die Verfassung gewährleistete Charakter einer staatlichen Veranstaltung erhalten bleiben; sie darf durch die sogenannte Schulfreiheit, durch Loslösung von der staatlichen Aufsicht und Leitung nicht untergraben werden. Die hohe Bedeutung des religiösen Unterrichts erkennen und würdigen wir in vollem Maße, aber nimmermehr soll die Volksschule einseitigen, kirchlich-reaktionären Herrschaftsgelüsten zum Opfer fallen. Daß jener Versuch für diesmal gescheitert ist, verdanken wir in erster Linie dem Kaiser; doch hat auch unser entschlossenes, von den weitesten Kreisen des ganzen deutschen Volkes unterstütztes Auftreten wesentlich dazu beigetragen. Unsere heilige Pflicht bleibt es, ähnlichen Angriffen auf die geistige Freiheit und zeitgemäße Bildung unseres Volkes auch in aller Zukunft unbeugsamen Widerstand entgegenzusetzen. Die Gefahr solcher Angriffe wird fortbestehen, so lange in unseren Parlamenten eine Partei von Einfluß ist, welche den Boden des paritätischen Staates für die römisch-hierarchischen Machtbestrebungen zu erobern trachtet. Doppelt gefährlich ist diese Partei, weil sie sich in vielgewandter Taktik bald mit den radikal-demokratischen, bald mit den radikal-reaktionären Elementen verbündet, insbesondere auch die das Deutschtum in den östlichen Grenzprovinzen bekämpfenden Bestrebungen der Polen jederzeit unterstützt. Nicht Feindschaft gegen die katholische Kirche oder gegen kirchliches Leben überhaupt hat uns zu unversöhnlichen Gegnern des Ultramontanismus gemacht, sondern die feste Ueberzeugung, daß der preußische Staat von undeutschem Wesen, von politisch radikalen und einseitig kirchlichen Tendenzen freibleiben muß, wenn anders das Ganze gedeihen soll. Darum mußten wir auch bei dem Wahlgesetz dem ultramontanen Bestreben nach der Herrschaft in zahlreichen Gemeinden

Widerstand leisten und die Erfüllung eigener Wünsche gegenüber dem Wahlrecht auf eine spätere Zeit vertagen, wo die Zusammensetzung des Landtags bessere Aussichten eröffnet.

An den Wählern ist es jetzt, zu entscheiden, welcher Geist im neuen Abgeordnetenhause herrschen soll. Es gilt, den überwuchernden Einfluß extremer Parteirichtungen zu brechen und damit zugleich die unter den bisherigen Verhältnissen fortwährend drohende Gefahr zu beseitigen, daß unser Vaterland durch Nachgiebigkeit gegen Ultramontane, Polen und Rückschrittler aller Art schwer geschädigt werde. Es gilt, die sichern Grundlagen unserer Wirtschaftsordnung und den durch Verfassung und Recht anerkannten Grundsatz der Gleichheit der Staatsbürger gegen alle Umsturz- und Rückschrittsversuche der Sozialdemokraten und Antisemiten zu verteidigen. Nur wenn eine gemäßigte, allen eigensüchtigen Sonderbestrebungen gegenüber lediglich das Gesamtwohl verfolgende, die freiheitlichen Einrichtungen des Landes gegen radikale Ueberstürzung, wie gegen reaktionäre Beschränkung schützende Mehrheit aus den Wahlen hervorgeht, mag die Erreichung dieser Ziele verbürgt erscheinen. Wohlan! Siebenundzwanzig Jahre hindurch ist unsere Partei die erfolgreiche Vertreterin der gemäßigt-liberalen Richtung gewesen. Die jüngsten Reichstagswahlen haben gezeigt, wie feste und tiefe Wurzeln der nationale und liberale Gedanke allen Anfeindungen zum Trotz im deutschen Volke behauptet hat. Getrost gehen wir deshalb den Wahlen zum Abgeordnetenhause entgegen. Zu ernst ist die Zeit, als daß einer unserer Gesinnungsgenossen in bequemer Gleichgültigkeit abseits stehen dürfte. Wer sich seiner Pflicht gegen das Vaterland bewußt ist, der setze alle Kraft ein, unserer guten Sache zum Siege zu verhelfen!"

Um die freisinnige Volkspartei gegen den Vorwurf zu schützen, daß sie nur zu negieren wisse, veröffentlicht das Organ Eugen Richters an leitender Stelle einen Programmentwurf, der im wesentlichen folgende Forderungen aufstellt:

Beseitigung der „Ungeheuerlichkeiten" des Dreiklassenwahlsystems, zum mindesten Einführung des geheimen Wahlverfahrens; Beseitigung des Herrenhauses, zunächst Neueinteilung der Landtagswahlkreise unter Berücksichtigung der seit 1858 veränderten Bevölkerungsverhältnisse; geheimes Wahlrecht auch für die Kommunalwahlen; Abschaffung des Privilegiums der Hausbesitzer in der Vertretung und Beschränkung des Bestätigungsrechts der Regierung auf die Bürgermeister; Bildung leistungsfähiger Landgemeinden aus den vielfach noch vorhandenen Zwerggemeinden; Ausübung der Ortspolizei durch die Gemeindevorsteher der mittleren und größeren Landgemeinden; Wahl der Amtsvorsteher durch den Amtsausschuß und des letzteren durch Gemeindevertretung oder Gemeindeversammlung; Bemessung der Vertretung des platten Landes auf den Kreistagen zwischen Landgemeinden einerseits und Gutsbezirken andrerseits nach dem Verhältnis des Beitrags der Landgemeinden und der Gutsbezirke zu den direkten Staatssteuern; Bestellung selbständiger Vorsitzender für die Kreistage statt der Landräte; Zwang zur Einhegung des Hochwilds, Erweiterung der freien Verfügung der Gemeinden über die Jagdnutzung; Beseitigung der Hindernisse gegen die Kolonisation auf dem platten Lande, welche in der bestehenden Kommunal-, Kirchen- und Agrargesetzgebung beruhen; Veräußerung des Domänenbesitzes des Staates zum Zweck der Kolonisation; Umwandlung des Fideikommißbesitzes in freies Eigentum und Beschränkung des Grundbesitzes zur toten Hand; Förderung des Fortbildungs- und Fachschulwesens; Errichtung von Musterlehrwerkstätten; Beschränkung der industriellen

Gefängnisarbeit; gesetzliche Festlegung der Grundlagen der Lehrerbesoldung; Aufhebung des Schulpatronats; freies Wahlrecht der Gemeinden unter den geprüften Lehrern; Beteiligung der Lehrer an der kollegialischen Schulverwaltung. Regelung des höheren Schulwesens auf gesetzlicher Grundlage unter Erweiterung der Selbstverwaltung der Gemeinden und unter Einschränkung des Unterrichts in den altklassischen Sprachen zu Gunsten einer gründlicheren Ausbildung in den neueren Sprachen und Naturwissenschaften; Durchführung des Grundsatzes der Parität für alle Bekenntnisse, Ausführung der Verfassungsartikel in Bezug auf Aufhebung des Kirchenpatronats und Wahrung des Elternrechts in betreff des Religionsunterrichts der Kinder; Reform des Eisenbahnpersonentarifs, insbesondere durch Beseitigung der vierten Wagenklasse und Ermäßigung des Tarifs; Herabsetzung der Gütertarife, insbesondere für Rohstoffe, wie Kohlen, Cokes, Brennholz und Erze, Gewährung eines vollständig dienstfreien Tages unter je 7 Tagen für die Eisenbahnbeamten; Fortführung der Besoldungsverbesserung für die Beamten, von unten aufsteigend, unter organischer Reform des bisherigen Besoldungssystems, insbesondere auch unter Neuregelung der Wohnungsgeldzuschüsse, Einführung fester Altersklassen, Festsetzung eines bestimmten Verhältnisses der etatsmäßigen zu den diätarischen Beamten und bessere Versorgung derjenigen Beamten, die durch Unfall im Dienst ganz oder teilweise erwerbsunfähig werden; Beseitigung der neuerdings eingeführten Doppelbesteuerung der Wirte, sowie der Aktiengesellschaften und Genossenschaften bei der Einkommensteuer, Reform der den Gemeinden überwiesenen Gebäudesteuer und Grundsteuer, ihrer neuen Zweckbestimmung entsprechend; Ermäßigung der Tarife der Einkommensteuer für die Mittelklassen; gesetzliche Ermächtigung des Abgeordnetenhauses zur alljährlichen Festsetzung des Prozentsatzes der zu erhebenden Steuer.

Die „Kreuzzeitung“ teilt folgende Fragen mit, welche denjenigen Landtagskandidaten zur Erklärung vorzulegen wären, die von den Mitgliedern des Bundes der Landwirte unterstützt werden sollen:

„1. Sind Sie bereit, bei etwaigen Verhandlungen über diesbezügliche Resolutionen im Landtage gegen die jetzige, die Landwirtschaft schädigende Handelsvertrags-Politik des Reichs einzutreten? Sind Sie namentlich bereit, durch Zustimmung zu solchen Resolutionen, oder in anderer geeigneter Weise darauf hinzuwirken, daß ein Handelsvertrag mit Rußland oder Rumänien, welcher die Herabsetzung der jetzigen deutschen Getreidezölle enthält oder die Viehеinfuhr erleichtert, nicht zu stande kommt?

2. Sind Sie in gleicher Weise bereit, darauf hinzuwirken, daß die Auswüchse des Börsentreibens, insbesondere das willkürliche Spiel der Börse mit den Preisen von Nahrungsmitteln, z. B. Getreide und Mehl, im Interesse der Allgemeinheit beseitigt werde?

3. Sind Sie bereit, mit darauf zu dringen, daß die preußische Regierung auf energische Behandlung der Frage, betreffend die internationale Regelung der Währung, hinwirkt?

4. Wollen Sie desgleichen für die Förderung des mit dem Gedeihen der Landwirtschaft so eng verknüpften Handwerkerstandes eintreten, insbesondere in der Richtung, daß Sie alle Bestrebungen unterstützen, welche auf Einführung des Befähigungsnachweises, der Zwangsinnungen und auf die Beseitigung des unreellen Wettbewerbs abzielen?

5. Sind Sie bereit einzutreten für eine praktische Gestaltung der Eisenbahnpolitik, namentlich für einen beschleunigteren und dem Interesse

der Landwirtschaft mehr Rechnung tragenden Ausbau des Eisenbahnnetzes, sowie für Verbilligung der Frachttarife für Düngemittel?

6. Wollen Sie dafür eintreten, daß Staatsmittel nicht in dem Umfange wie bisher zu unnötigen Prachtbauten, sondern zur Hebung von Landwirtschaft, Industrie und Handel, zunächst durch Ausbau der Land- und Wasserstraßen verwandt werden?

7. Erkennen Sie das Bedürfnis an, das Meliorationswesen einschließlich Entwässerungs- und Bewässerungsanlagen in weit ausgedehnterem Maße als bisher zu fördern, und sind Sie bereit, gegebenenfalls die Geldmittel zu bewilligen, welche erforderlich sind zur Einrichtung einer besonderen Abteilung hierfür beim landwirtschaftlichen Ministerium?

8. Wollen Sie eintreten für eine Reorganisation des Viehhandels durch Einführung einer besseren Marktkontrolle und klare amtliche Preisnotierungen?

9. Wollen Sie mitwirken zu einer Entlastung der Landratsämter und der Selbstverwaltungs-Behörden von der Ueberhäufung mit Bureaugeschäften, durch welche die Landräte verhindert werden, in der notwendigen Verbindung von Land und Leuten zu bleiben, die Organe der Selbstverwaltungs-Behörden aber ihrer wirtschaftlichen Thätigkeit über Gebühr entzogen werden?

10. Sind Sie bereit, darauf hinzuwirken, daß thunlichst bald den landwirtschaftlichen Zentralvereinen die Möglichkeit gegeben wird, sich als Landwirtschaftskammern zu konstituieren?

11. Sind Sie bereit, darauf hinzuwirken, daß unsere Gesetzgebung in einem Sinne ausgestaltet wird, welcher der Natur des ländlichen Grundbesitzes nach deutsch-rechtlicher Anschauung mehr wie bisher gerecht wird?"

Anf. Oktober. (München.) Von den sozialdemokratischen Mitgliedern der bayerischen Kammer der Abgeordneten wird folgender Antrag auf Vorlegung eines neuen Landtagswahlgesetzes eingebracht:

„Es sei an die Staatsregierung das Ersuchen zu richten, dieselbe wolle baldmöglichst und jedenfalls noch rechtzeitig im Laufe der gegenwärtigen Tagung dem Landtag den Entwurf eines neuen Landtagswahlgesetzes zur Beratung und Beschlußfassung unterbreiten. Für diesen Entwurf sollen die nachfolgenden Grundzüge maßgebend sein: 1) Die Zahl der Abgeordneten soll sich nach den Bevölkerungszahlen der einzelnen Regierungskreise berechnen, in der Weise, daß durchschnittlich auf je 35,000 Einwohner ein Abgeordneter kommt. 2) Dieser Berechnung soll die jeweils letzte allgemeine Volkszählung zu Grunde gelegt werden, mit der Bestimmung, daß hierbei lediglich die Civilbevölkerung in Anrechnung kommt und demnach die Zahlen der Personen des aktiven Soldatenstandes von der Gesamteinwohnerzahl abzurechnen sind. 3) Es sollen nur Wahlkreise mit je einem Abgeordneten gebildet werden. 4) Die erstmalige Einteilung der Wahlkreise auf Grund des neuen Wahlgesetzes soll durch die Staatsregierung erfolgen. Fernere Abänderungen der Wahlkreise sollten nur unter Zustimmung des Landtags geschehen können. 5) Sobald die jeweils letzte allgemeine Volkszählung eine solche Veränderung der Bevölkerungszahl in einem Regierungsbezirk ergibt, daß sich dadurch die auf denselben treffende Abgeordnetenzahl verändert, so soll die Staatsregierung dem Landtag unverweilt, bezw. in dessen nächster Tagung, den Entwurf einer Neueinteilung des betreffenden Regierungsbezirks unterbreiten. 6) Wahlberechtigt soll jeder volljährige Bayer, wählbar jeder Bayer sein, welcher das fünfundzwanzigste

Lebensjahr zurückgelegt hat. Personen des aktiven Soldatenstandes sollen weder wahlberechtigt noch wählbar sein. 7) Die Wahlen sollen an einem Sonntag oder Landesfeiertag stattfinden. 8) Die Wahl soll eine unmittelbare und geheime sein. 9) Zur wirksamen Wahrung des Wahlgeheimnisses soll Größe und Gewicht der Stimmzettel gleichmäßig für das ganze Land festgesetzt und die Abgabe der Stimmzettel in amtlich herzustellenden Umschlägen vorgeschrieben werden. 10) Die sonstigen Bestimmungen, namentlich auch in Bezug auf die Herstellung und Auslegung der Wählerlisten, den Verlauf der Wahlhandlung, die Vornahme von engeren Wahlen u. s. w. sollen im wesentlichen den entsprechenden Vorschriften des Wahlgesetzes, sowie den Reglements für die Reichstagswahlen nachgebildet werden."

3. Oktober. (München.) Die liberale Fraktion berät über den Antrag Grillenberger auf ein neues Wahlgesetz. Eine größere Zahl der Fraktionsmitglieder erklärt sich für die Forderung des allgemeinen direkten Wahlrechts und bringt zu dem Antrag Grillenberger folgenden Zusatzantrag ein:

„Es sei an die königl. Staatsregierung das Ersuchen zu richten, baldmöglichst dem Landtag den Entwurf eines neuen Wahlgesetzes zur Beratung und Beschlußfassung zu unterbreiten, welches nach Analogie der Reichsverfassung auf allgemeinem, direktem Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe beruht und die nötigen Garantien zum Schutz der Wahlfreiheit und des Wahlgeheimnisses bietet, die gerechte Vertretung auf der Grundlage der Bevölkerungsziffer gewährleistet, sowie das Wahlrecht von der Altersgrenze von 25 Jahren und von der Leistung einer direkten Steuer abhängig macht." Unterzeichnet hatten die Abgg. Seyboth, Maison, Altinger, Hänle, Schwarz, Johann Geiger, Kleoph. Schmidt, Langhans, Keller-Ansbach, Leidig, Dr. Aub, Dr. Hebel, Bolzano, Haug, Sellner, Wagner.

4. Oktober. Landtagswahlen in 22 hessischen Wahlkreisen.

Die Nationalliberalen verlieren 6 Mandate, die Freisinnigen gewinnen 3 und verlieren 2, die Antisemiten gewinnen 3, das Zentrum eines.

Danach gehören dem Landtag an 31 Nationalliberale, 7 Freisinnige, 5 Zentrum, 4 Sozialdemokraten, 3 Antisemiten.

7. Oktober. Fürst Bismarck ist soweit wieder hergestellt, daß er sich von Kissingen nach Friedrichsruh zurückbegibt.

9.—17. Oktober. Der Kaiser hält sich zur Jagd in Hubertusstock auf.

12. Oktober. Der frühere Kriegsminister General der Infanterie v. Kamecke in Berlin †.

12. Oktober. (Bayerische Abgeordnetenkammer.) Der Antrag wegen Abänderung des indirekten Wahlsystems in ein direktes, dem Reichswahlrecht nachgebildetes wird, ebenso wie ein von den freisinnigen Mitgliedern der Kammer dazu beantragtes Amendement abgelehnt, nachdem die Regierung erklärt hatte, daß sie einen Wahlgesetzentwurf nicht einbringen, sondern erst nach Annahme eines solchen durch die Kammer ihrerseits Stellung nehmen werde.

Mitte Oktober. Der Bischof von Ermeland macht, weil die Polen eine lebhafte, gegen das Zentrum gerichtete Agitation entfalten, folgenden Erlaß bekannt:

„Bekanntmachung und Warnung.

Während der letzten Jahre haben wiederholt hinterlistige und ehrgeizige Abenteurer und Agitatoren, angeblich im Interesse der polnischen Nationalität, in Wort und Schrift die unwürdigsten Unwahrheiten und Verdächtigungen gegen Eure der Kirche treuen Geistlichen und sogar gegen Euere Bischöfe verbreitet. Aus christlicher Liebe und in der Hoffnung, daß die augenblickliche außergewöhnliche Erbitterung mit der Zeit sich beschwichtigen werde, schwiegen diese letzteren bis jetzt, und, obschon dazu aufgefordert, schritten sie gegen die Schuldigen nicht ein. Nicht lange danach gingen jene Leute in ihrer Leidenschaftlichkeit so weit, daß sie für die erwähnten Verdächtigungen unter die Anzeigen, welche davon der geistlichen Behörde gemacht wurden, viele Namen aus der betreffenden Pfarrei schrieben, obgleich die genannten Personen selbst davon keine Ahnung hatten und, entrüstet über solche Unverschämtheit und solchen Trug, eine Richtigstellung verlangten. Dies nötigt mich, besonders euch, meine geliebten Diözesanen polnischer Zunge, sehr zu warnen und zu bitten, daß Ihr Euch vor solchen schamlosen und hinterlistigen Verleumdern hütet, welche Zwietracht säen zwischen Euch und Euren Seelenhirten. In Eurer lobenswerten, angeborenen Arglosigkeit habt Ihr keinen Begriff davon, was für schlechte Menschen jene von weit hergekommenen Sendlinge oder durch Geld erkauften Mietlinge des Umsturzes sind. Sie wollen Euch zuerst in der erwähnten Weise von Eueren treuen katholischen Geistlichen und Bischöfen trennen, um Euch später der Häresie, dem russischen Schisma oder dem Unglauben der Sozialisten auszuliefern. Betet für diese allerschlimmsten Feinde Eurer polnischen Nationalität und seid zugleich Eurerseits sehr wachsam, daß Ihr nicht ihren Schmeicheleien und Nachstellungen zum Schaden Eures Leibes und Eurer Seele zum Opfer fallet."

15. Oktober. Der Großherzog von Baden hält bei der Einweihung des Kriegerdenkmals und beim Verbandstage der Kriegervereine in Neckerau folgende Rede:

„Ich ergreife gern diese Gelegenheit, Ihnen allen auszusprechen, wie dankbar ich bin, einer Feier anwohnen zu können, welche bestimmt war, die großen Ereignisse der Vergangenheit dem Gedächtnis künftiger Geschlechter einzuprägen. Das heute enthüllte Denkmal ist ein würdiger Ausdruck der Ehrfurcht, welche wir den tapfern Kriegern zollen, die auf dem Felde der Ehre ihr Leben fürs Vaterland opferten. Es ist aber auch ein Ausdruck der Dankbarkeit für die erkämpfte Freiheit und Größe des Deutschen Reiches. Diese Dankbarkeit zu pflegen, sie mehr und mehr zur Erkenntnis der heranwachsenden Generationen zu bringen, ist für uns alle eine werte und wichtige Aufgabe, ja, es ist eine Pflicht, in diesem Sinne zu wirken, die immer dringender wird, je mehr wir wahrnehmen können, daß schon vielfach vergessen wird, welche Vorzüge der deutschen Nation aus den Erfolgen der Jahre 1870/71 zu teil werden. Vielfach wird die erlangte Macht und Größe nur gering auf ihren wahren Wert geschätzt, weil die Zahl derjenigen, welche die frühere Ohnmacht und Zerrissenheit durchlebt, immer kleiner wird. Daher ist es besonders wertvoll, auf den Besitz so schätzbarer Güter hinzuweisen und den Dank dafür, wie heute geschehen, öffentlich zu bekunden. Das, meine Freunde, sind Thaten, die von dem Willen zeugen,

die Kraft der Nation ungeschwächt zu erhalten, ja, sie mehr und mehr zu entwickeln, damit neben der Kraft die Fähigkeit, sie anzuwenden, uns die Bereitschaft verleiht, jederzeit für den Bestand des Reiches in ganzer Stärke einzustehen. Was dazu erforderlich ist, das haben Sie alle in der Schule des Heeres gelernt und sich überzeugen dürfen, daß nur eine feste Gliederung, ein unbedingter Gehorsam, eine freudige Hingebung zu dem Erfolge führen, der erreicht werden muß, damit große Aufgaben gelingen können. Nicht knechtischer Gehorsam, sondern der feste, gute Wille, sich unterzuordnen, um in großer Gemeinschaft wirksam zu sein, das zeichnet den Soldaten aus, der durch gründliche Erziehung die Ueberzeugung erlangt hat, daß die Disziplin die Grundlage aller Ordnung ist. Im Laufe dieses Jahres habe ich Veranlassung genommen, den Militärvereinen zu empfehlen, mit Wort und That für die Ehre und Macht des Reiches einzustehen. Wie sehr das befolgt wurde, war erfreulich wahrzunehmen. Auch heute, meine Freunde, ermahne ich Sie zu gleicher Thatkraft, es gilt die vaterländische Gesinnung sowohl fürs Reich, als für die Heimat mit ganzer Liebe zu bekunden und für die Ordnung in Staat und Heer mutig einzutreten. Mit dieser Mahnung nehme ich Abschied von Ihnen und rufe aus treuem, deutschen Herzen ein freudiges Hoch dem tapferen deutschen Heere!"

18. Oktober. Aufenthalt des **Kaisers** in Bremen zur Enthüllungsfeier des Kaiser-Wilhelm-Denkmals. Auf die Ansprache des Bürgermeisters Dr. Pauli beim Rathausdiner erwidert der Kaiser:

„Ein schönes Fest voll erhebenden Inhaltes ist soeben gefeiert worden. Die treue Hansastadt Bremen hat in feierlicher Weise ihre Dankesschuld dem alten Kaiser Wilhelm gegenüber abgetragen. Ein würdigerer Tag konnte kaum für diese Feier gefunden werden. Der 18. Oktober, der Jahrestag der Völkerschlacht von Leipzig, in welcher die zur „heiligen Allianz" verbündeten Monarchen Preußen, Deutschland, ja man kann sagen ganz Europa, von dem ehernen Joche der Unterdrückung befreiten, der 18. Oktober fernerhin der Geburtstag des nachmaligen Kaiser Friedrich III., — welch eine hohe Vorbedeutung für seine Zukunft! In seiner Brust trug er in jungen Jahren die Vorahnung der kommenden Ereignisse und den brennenden Wunsch nach der Einheit unseres geliebten Vaterlandes. Und als nun das Morgenrot des neuen Deutschen Reiches strahlend emporstieg, da durfte er als gereifter Mann die Träume seiner Jugend verwirklichen. Das deutsche Schwert in der Faust, gewann der Sohn auf blutiger Wahlstatt seinem Vater die deutsche Kaiserkrone. Seinen Hammerschlägen ist es zu danken, daß des Reiches Rüstung fest geschmiedet war. Ewig bleibt unserm deutschen Volke der siegumstrahlte erste deutsche Kronprinz, der Kronprinz κατ' ἐξοχήν vor Augen. Heute nun, an seinem Geburtstage, fiel sodann die Hülle von seines greisen Heldenvaters Bild, und in Erz geformt blicken uns Kaiser Wilhelms Züge mit hoheitsvollem Ernste an. Wie hat die göttliche Vorsehung ihn wunderbar geführt! Wie herrlich hat der Himmel es gefügt, daß der hohe Herr nach mancher schweren Trübsal zum Regieren berufen ward in einem Alter, wo andere Männer sich von der Arbeit zurückzuziehen pflegen. Welch ungeahnte Erfolge hat er mit Gottes Hilfe errungen! Ihm war es von Gott bestimmt, aller Deutschen Sehnen zu erfüllen und mit der siegreich erkämpften Kaiserkrone Deutschland seine Einigkeit wiederzugeben. Er durfte zu diesem Werke große Männer finden, denen die Ehre zu teil ward, seinen Gedanken auszuführen und als seine Berater mit ihm zu arbeiten. Wahrlich, mit Recht hat Bremen dem alten kaiserlichen Helden

heute ein Denkmal gesetzt. Ich danke Ihnen als Sohn für die Wahl des Tages, Ich danke Ihnen als Enkel für die Ehrung Meines Großvaters, Ich danke Ihnen als Kaiser für den warmen Empfang Ihrer Stadt und die Pflege der alten Tradition. Mein ganzes Bestreben wird sein nachzuleben und nachzustreben dem hohen Herrn, deß ehernes Bildnis von drüben herübergrüßt. Auch Bremen kann Meiner steten Sorge sowie Meines Interesses und Meines kaiserlichen Schutzes stets gewärtig sein. Möge Bremens Handel im Schatten des Friedens sich entwickeln, blühen und gedeihen, eingedenk der großen Tage der alten Hansa, deren Wahlspruchs nicht nur Sie, sondern wir alle stets eingedenk sein müssen, wenn wir auf dem Weltmarkt vorwärts kommen wollen. „Navigare necesse est, vivere non est necesse!" Ich leere Mein Glas auf das Wohl der freien Hansastadt Bremen, ihres Senats und ihrer Bürgerschaft! Hoch, hoch, hoch!"

18. Oktober. Der deutsche Botschafter Graf Münster sendet das folgende Telegramm an die Witwe Mac Mahons:

„Se. Majestät der Deutsche Kaiser hat mich, sobald Allerhöchstderselbe Kenntnis erhalten hatte von dem schweren Verluste, der Sie betroffen hat, beauftragt, als einen Ausdruck des tiefen Mitgefühls in Allerhöchstseinem Namen einen Kranz auf den Sarg des tapferen, edlen Feldmarschalls niederzulegen. Indem ich Ihnen meine persönlichen aufrichtigen Beileidsempfindungen ausspreche, bitte ich Sie, mir gütigst Zeit und Ort mitteilen zu wollen, wo ich die Ehre werde haben können, mich dieses Allerhöchsten Auftrages zu entledigen."

19. Oktober. Der Kriegsminister General von Kaltenborn-Stachau nimmt seinen Abschied, an seine Stelle tritt der General der Infanterie z. D. Bronsart von Schellendorf.

19. Oktober. (Dresden.) Bei den Landtagswahlen werden gewählt: 17 Konservative, 6 Nationalliberale, 2 Fortschrittler, 2 Deutschsoziale und 5 Sozialdemokraten.

Die Konservativen verloren 4, die Fortschrittler 3 Sitze; die Nationalliberalen gewannen 2, die Antisemiten 2 und die Sozialdemokraten ebenfalls 2 Sitze.

21. Oktober. Der Handelsvertrag mit Rumänien wird in Berlin unterzeichnet.

22. Oktober. König Albert von Sachsen feiert sein fünfzigjähriges Militär- und Dienstjubiläum. Die Ansprache des Prinzen Georg bei dem Festgottesdienst lautet folgendermaßen:

„Kameraden! Es ist ein hohes, ein herrliches Fest, das jedes Soldatenherz höher schlagen läßt; feiern wir doch heute den Tag, an dem vor 50 Jahren unser König und Kriegsherr in die Armee getreten ist. Dieser Zeitraum von 50 Jahren ist kein leeres unbeschriebenes Blatt, sondern er ist reich an wichtigen Ereignissen und herrlichen Thaten. Ich erinnere zunächst an den 13. April 1849, wo bei dem Sturm auf die Düppeler Schanzen der damalige jugendliche Prinz Albert die Truppen, die im heftigen feindlichen Feuer standen, durch sein Erscheinen und Beispiel anfeuerte. In dem verhängnisvollen Jahre 1866 — wem verdankt es zumeist die sächsische, daß sie, geachtet von Freund und Feind, aus dieser schweren Zeit hervorgegangen ist, als ihm, unserem Führer, dem damaligen Kron-

prinzen! Und was soll ich sagen von dem ruhmreichen Kriege gegen Frankreich, was von dem herrlichen Tage von St. Privat, wo es uns vergönnt war, unter und infolge der ausgezeichneten Führung unseres damaligen Kronprinzen, des jetzigen Königs, zum Erfolge und zur Entscheidung der Schlacht wesentlich beizutragen! Was soll ich sagen von den Siegen von Beaumont und Sedan, die unser König wesentlich als seine eigenen bezeichnen kann, was von den schweren Kämpfen vor und um Paris! Sind wir stolz auf unseren König als Kriegshelden, so sind wir aber auch gewohnt, im Frieden zu ihm emporzublicken mit Vertrauen und Liebe; ist er doch der gerechte aber auch milde Beurteiler unserer Leistungen, der treue Pfleger unserer Armee, ein wahrer Soldatenvater. Kameraden! Wir können diesen Tag nicht besser feiern, als indem wir das Gelöbnis unbedingten Gehorsams gegen unseren königlichen Kriegsherrn und das Gelübde einer unerschütterlichen Treue, der Treue in Krieg und Frieden, der Treue in Glück und Unglück, der Treue bis in den Tod ablegen. Um dieses Gelöbnis zu bekräftigen, stimmen Sie alle mit mir ein: Hoch lebe Se. Majestät der König und Kriegsherr! Hoch der Held und Sieger! Hoch!"

Der Kaiser, Prinz Heinrich und Prinz Albrecht sind zu dem Feste in Dresden anwesend. Kaiser Wilhelm hält an König Albert folgende Ansprache:

„Ein seltenes Fest feiern Euere Majestät an dem heutigen Tage. Fünfzig Jahre lang tragen Euere Majestät den Soldatenrock, fünfzig Jahre des militärischen Lebens sind verstrichen, eines Lebens voller Arbeit, voller Aufgaben, voller herrlicher Erinnerungen und Errungenschaften. Euere Majestät sind einer derjenigen Kämpfer, denen es vorbehalten gewesen, mit Meinem hochseligen Großvater und Meinem Vater zusammen für unseres Vaterlandes Sicherheit fechten zu können und die Einheit des Reiches, die Kaiserkrone auf dem Schlachtfelde miterobern zu helfen. Nach menschlichem Ermessen wäre es wohl möglich gewesen, daß sowohl Mein Großvater, wie Mein geliebter Vater und des Feldmarschalls Moltke Exzellenz am heutigen Tage hätten hier sein können, und freudig wären wir anderen, jüngeren, ihren Schritten gefolgt, um das Zusammentreffen der Heerführer zu feiern. Die Vorsehung hat es anders beschlossen, und Mir ist es nun überkommen, die gesamten Wünsche und die Huldigung des deutschen Heeres am heutigen Tage Euerer Majestät zu Füßen zu legen. Genehmigen Euere Majestät den Ausdruck unseres herzlichsten, innigsten Glückwunsches zum heutigen Tage. Die Freude, daß Euere Majestät diesen Tag mit ungebrochener Kraft und Frische, mit ungeminderter Arbeitslust und gleichen Interessen erleben und feiern dürfen, erfüllt unser aller Herzen. Huldigend blickt heute die Armee hier auf den einzigen großen Heerführer aus jener großen Zeit, auf den letzten Ritter des eisernen Kreuzes mit dem Großkreuze. Euere Majestät haben errungen, was einem Soldaten nur zusteht zu erringen, die höchste Ehre ist Ihnen zu teil geworden: Sich den Feldmarschallstab vor dem Feinde zu erkämpfen. Ich bitte daher Euere Majestät, den Feldmarschallstab, den Ich Euerer Majestät anzubieten wage, als ein Symbol der Huldigung Meinerseits und seitens Meiner Armee zu übernehmen. Zu gleicher Zeit spreche Ich den Wunsch aus, daß Euere Majestät Uns noch recht lange erhalten bleiben möge und daß, da der bewährten Führer und Ratgeber so viele schon aus dem Leben geschieden sind, Euere Majestät Meinem jugendlichen Streben und Meiner Arbeit für Unsere Armee mit Ihrem bewährten Rate noch lange zur Seite stehen möge. Wir vereinigen alle diese Wünsche, die in diesem Augenblicke die gesamten kommandierenden

Generale und alle Armeekorps des deutschen Heeres durchzucken, in dem Rufe: Seine Majestät, der Generalfeldmarschall König von Sachsen, er lebe hoch! nochmals hoch! abermals hoch!"

Der Kaiser überreicht alsdann dem König Albert einen Feldmarschallstab mit Brillanten, worauf der König von Sachsen auf die Ansprache des Kaisers erwidert:

„Durch das Erscheinen Ew. Majestät ist einem alten Soldaten bei seinem Jubelfest die sehr hohe Ehre zu teil geworden, einen Kaiser an der Spitze aller Führer des deutschen Heeres vor sich zu sehen. Ich sage Ew. Majestät Meinen tiefgefühltesten Dank. Ist es Mir in früheren Jahren gelungen, die Zufriedenheit des verstorbenen Kaisers und seiner Ratgeber zu erwerben, so bin Ich dafür noch im Tode demselben dankbar. Dieser Stab, den Ew. Majestät Mir jetzt verliehen, soll in Meinen Händen fest und sicher sein, und sollte — was Gott verhüten möge — Ich nochmals das Schwert für deutsches Recht und für die Sicherheit zu ziehen veranlaßt sein, so werden Ew. Majestät gewiß glauben, daß Ich mit diesem Stab in der Hand Meine Pflicht erfüllen werde, wie in früheren Zeiten."

23. Oktober. Eröffnung des sozialistischen Parteitages in Köln.

24. Oktober. Besuch des Erzherzogs Albrecht von Österreich am Hofe in Potsdam.

27. Oktober. (Karlsruhe.) Bei den Landtagswahlen werden gewählt: 12 Liberale, 12 Ultramontane, 2 Freisinnige, 1 Konservativer und ein Sozialdemokrat.

Die zweite Kammer wird infolge dieser Teilwahl in der nächsten Tagung aus 30 Nationalliberalen, 23 Ultramontanen, 5 Freisinnigen und Demokraten, 3 Sozialdemokraten, 2 Konservativen bestehen.

27. Oktober. Sozialdemokratischer Parteitag in Köln.

v. Vollmar und Grillenberger fehlen. Das Hauptinteresse dreht sich um die Gewerkschaftsfrage. Die älteren Führer, namentlich Auer, suchen mit einer Art von Gewalt Legien, den Führer der Hamburger Gewerkschaften, die eine praktisch-nützliche Politik treiben wollen, statt der revolutionären, niederzudrücken.

28. Oktober. (Bayern.) Dem General der Kavallerie Prinzen Leopold von Bayern werden die Befugnisse des Generalinspekteurs der bayerischen Armeen übertragen.

29.—30. Oktober. Besuch des Herzogs von Koburg-Gotha in Potsdam beim Kaiser.

31. Oktober. Beendigung eines sensationellen Wucher- und Spieler-Prozesses in Hannover.

4. November. Die „Kreuz-Zeitung" bringt einen überaus heftigen Artikel gegen die Bureaukratie, die sie des Liberalismus beschuldigt.

„Der bureaukratische Apparat steht als Scheidewand zwischen Thron und Volk; d. h. zwischen der Krone und dem Teile des Volkes, welches stets

das Beste gab, wenn die Zeit der Not gekommen war. Er hat die Männer, welche die edelsten Triebe der Nation, auch die zur Treue dem Monarchen, zu behaupten suchen, allmählich zum Erlahmen gebracht, die gesunden kirchlichen Erwägungen eingeschraubt, die großen Anregungen der beiden Kaiser Wilhelm auf sozialem Gebiete nach und nach immer mehr im Sande verlaufen lassen; dieser Organismus hat die Anstürme gegen die gefahrbringende stets zunehmende Latifundien-Bildung im Keime erstickt und die Klagen der Landwirte und ihre Bemühungen, eine Stärkung der Lage des Grundbesitzes zu erreichen, teils einfach verhöhnt, teils niedergehalten, mit jenen langsam wirkenden Gummimassen, die überall eingelegt werden, wo eine lebendige Thatkraft sich zeigt. Wenn uns Gott nicht eine fast übermenschliche Kraft erwachsen läßt, die da wagt, diesen gordischen Knoten mit fester, ruhiger Hand zu zerschneiden oder zu lösen, so wird die Bureaukratie uns langsam aber sicher dem Untergange entgegenführen, auch der sozialen Revolution! Denn sie hat bisher alle diejenigen Kräfte und Erwägungen zum Versanden gebracht oder in andere Bahnen zu lenken gewußt, die einzig und allein eine nachhaltige, tüchtige Gegenwirkung in die Wege zu leiten und das Vaterland vor dem gähnenden Abgrund zu retten suchten."

6.—11. November. Der Kaiser folgt einer Einladung des Königs von Württemberg zur Jagd nach Bebenhausen.

7. November. (Preußen.) Wahlen zum Abgeordnetenhause.

Gewählt werden	1893	1888	
Konservative	146	134	+ 12
Freikonservative	63	67	- 4
Nationalliberale	90	87	+ 3
Freisinnige Volkspartei	14	30	— 10
Freisinnige Vereinigung	6		
Zentrum	95	98	— 3
Polen	17	15	+ 2
Dänen	2	2	± 0
	433	433	± 20

Dabei sind den verschiedenen Parteien die ihnen nächststehenden „Wilden" zugerechnet.

10. November. Bei der Ersatzwahl zum Reichstage im 2. badischen Wahlkreise Donaueschingen an Stelle des früheren Abg. Freiherrn v. Hornstein werden 16,840 Stimmen abgegeben, davon für Karl Egon Fürst zu Fürstenberg (parteilos) 10,056 Stimmen und für Oberamtsrichter Josef Gießler in Engen (Zentrum) 5803 Stimmen.

11. November. Das „Berliner Tageblatt" bringt folgenden Artikel gegen den Abg. Richter.

„Trost in mancherlei Thränen."

1888.	1893.
Man soll die menschlichen Dinge nicht beweinen und nicht belachen, sondern zu verstehen trachten. Dies	Man soll in menschlichen Dingen nicht beweinen und nicht belachen, sondern zu verstehen trachten. Dies

gilt auch von den Ursachen der Wahlniederlagen. Gewiß erscheint auch die Organisation und Leitung der Partei einer steten Verbesserung fähig, aber alles, was gewisse Berliner Blätter jetzt dem Programm, der Leitung und Organisation der freisinnigen Partei als Ursache der Wahlniederlage zur Last legen möchten, ist eitel Gewäsch, nicht wert des Druckpapiers, auf dem es verbreitet wird.	gilt auch von den Ursachen unserer Wahlniederlagen. Gewiß hätte hier und dort dies oder jenes bei den Wahlen anders und besser gemacht werden können. Aber alles was jetzt im allgemeinen in diesem und jenem Berliner Blatt dem Programm, der Führung oder dem Gesamtverhalten der Freisinnigen Volkspartei als Ursache der Wahlniederlage zur Last gelegt wird, ist eitel Gewäsch, nicht wert des Druckpapiers, auf dem es verbreitet wird.

So schrieb in spinozistischen Anwandlungen die „Freisinnige Zeitung“ nach den Landtagswahlen von 1888 und so schreibt sie heute nach den Landtagswahlen von 1893. Man sieht, die Leitung dieses Blattes hat für alles ihre Formeln, auch für Wahlniederlagen. Schon 1888 gab es in den Reihen der Freisinnigen etliche Leute, welche bescheidene Zweifel darüber hegten, ob denn in der Partei wirklich alles zum Besten bestellt sei. Die wiederholten Mißerfolge machten sie stutzig. Da erschien denn ein Artikel, welcher die Ursachen auf alles andere, nur nicht auf die eigene Haltung zurückführte, auf die Sonderbestrebungen der Großgrundbesitzer, der Großindustriellen, auf die Sozialdemokratie, die Zentrumspartei, auf das Beamtenheer und auf noch einiges andere, nur nicht auf die Parteileitung. Genau der inhaltlich gleiche Artikel erscheint jetzt in demselben Blatt aus derselben Feder. Damals sollte er darüber beschwichtigen, daß nur 29, heute darüber, daß nur 20 freisinnige Abgeordnete gewählt sind. Beide Male wurde die erreichte Ziffer als noch recht annehmbar hingestellt, indem man ausführte:

1888.	1893.
Jede andere politische Partei in Deutschland würde unter dem Zusammentreffen so vieler ungünstigen Verhältnisse, mit denen die freisinnige Partei fortgesetzt zu kämpfen hat, längst bis auf den letzten Mann ihrer Vertretung im Parlament beraubt worden sein. Daß dies bei der freisinnigen Partei nicht der Fall ist, verdankt sie einem festen Stamm charaktervoller und selbstloser Parteigenossen, der auch unter den ungünstigsten Verhältnissen an der Fahne festhält.	Jede andere politische Partei in Deutschland würde unter solchen Verhältnissen längst bis auf den letzten Mann ihrer Vertretung im Landtage beraubt sein. Daß dies bei der Freisinnigen Volkspartei nicht der Fall ist, verdankt sie einem festen Stamm charaktervoller und selbstloser Wähler, der auch unter den ungünstigsten Verhältnissen der Fahne treu bleibt.

Ergo: tröstet Euch, es hätten noch viel weniger werden können! Unter allen Umständen ist die Niederlage höchst ehrenvoll; denn die freisinnige Partei ist sich immer gleich geblieben in der Vertretung des Gemeinwohls.

1888.	1893.
Wenn die freisinnige Partei darüber an Mitgliedern erheblich eingebüßt hat, so muß dies im politischen Gesamtinteresse bedauert werden, kann aber der freisinnigen Partei nicht zum Vorwurf oder zur Unehre gereichen.	Wenn die freisinnige Partei darüber bei mehreren Wahlen an Mitgliedern erheblich eingebüßt hat, so muß dies im politischen Gesamtinteresse bedauert werden, kann aber der freisinnigen Partei nicht zum Vorwurf, sondern nur zur Ehre gereichen.

Grund zur Aufregung ist somit durchaus nicht vorhanden. In den Sternen steht es geschrieben und in der Registratur der „Freisinnigen Zeitung“, daß die Partei immer schwächer, immer einflußloser werden kann und dabei doch die bestgeleitete der Welt ist. Und wenn einmal der letzte Volksparteiler — natürlich abgesehen von den 9 Berlinern, die immer wiederkommen, — das preußische Abgeordnetenhaus verlassen haben wird, dann brummt eine Stimme aus der „Freisinnigen Zeitung“ noch immer:

„Alles, was da gegen Programm, Leitung und Organisation gesagt wird, ist eitel Gewäsch, nicht wert des Druckpapiers, auf dem es verbreitet wird.“

Wie irre redet doch der Volksmund, der Selbsterkenntnis anempfiehlt, weil sie zur Besserung der erste Schritt ist!

13.—14. November. Der Kaiser reist zur Jagd zum Fürsten von Lichnowski nach Oberschlesien.

14.—15. November. Der Großfürst und die Großfürstin Wladimir von Rußland halten sich auf der Durchreise zum Besuch des Kaisers in Potsdam auf.

15. November. (Dresden.) Eröffnung des Landtags mit nachfolgender Thronrede:

„Meine Herren Stände! Ich habe Sie heute zur Wiederaufnahme Ihrer verfassungsmäßigen Thätigkeit berufen und heiße Sie herzlich willkommen. Dabei drängt es Mich, dem von Mir bereits öffentlich ausgesprochenen Dank für die Mir zu Meinem 50jährigen Militärdienst-Jubiläum aus allen Teilen des Landes entgegengebrachten Zeichen der Treue und Anhänglichkeit auch noch Ihnen, als Vertretern des Landes, gegenüber den wärmsten Ausdruck zu geben. Der Landtag, der jetzt zur 25. ordentlichen Tagung zusammentritt, kann auf einen langen bedeutsamen und erfolgreichen Abschnitt in dem konstitutionellen Leben des Staates zurückblicken. Ist dieser Rückblick auf eine lange Zeit fruchtbringenden Wirkens auch geeignet, Anlaß zur Freude zu geben, so gereicht es Mir um so mehr zu lebhaftem Bedauern, daß Ihr diesmaliger Zusammentritt gerade in eine Periode fällt, in welcher die Verhältnisse auf dem Gebiete der Volkswirtschaft und der Staatsfinanzen nicht eine so günstige Gestaltung aufweisen, wie in den letztvergangenen Perioden. Die Lage des gesamten wirtschaftlichen Lebens im Lande läßt indessen erkennen, daß der Druck, unter dem dasselbe seit einiger Zeit zu leiden hat, im Weichen begriffen ist, wenn auch die bislang im Bereiche der Industrie und des Handels beobachtete Stetigkeit des Wachstums, vielleicht mit infolge der durch günstige Jahre veranlaßten Vermehrung der Produktion einige Abschwächung erfahren hat. Die Landwirtschaft ist durch die langandauernde ungewöhnliche Trockenheit im Frühjahre und Sommer dieses Jahres und den dadurch herbeigeführten Futtermangel wesentlich beeinträchtigt worden und Meine Regierung hat sich deshalb veranlaßt gesehen, zur Fernhaltung eines zu besorgenden Notstandes vorsorgliche Maßregeln zu treffen. Haben sich auch diese Verhältnisse im weiteren Verlaufe des Jahres wesentlich gebessert, so üben doch die zum Teil nicht befriedigenden Erträgnisse der diesjährigen Ernte bei gedrückten Preisen einen ungünstigen Einfluß aus. Es steht aber zu hoffen, daß der auf den hauptsächlichsten Erwerbsquellen zur Zeit noch lastende Druck vorübergehen und insbesondere bei den — Gott sei Dank — sich bietenden Bürgschaften für Erhaltung friedlicher Verhältnisse die Besserung der wirtschaftlichen Lage eine nachhaltige sein werde. Diese Hoffnung wird dadurch bestärkt, daß

bereits in den einzelnen Zweigen der Volkswirtschaft Anzeichen hervortreten, welche auf eine wiedererwachende stärkere Nachfrage nach Erzeugnissen der Industrie und Gegenständen des Handels schließen lassen. Wenn die Lage der Staatsfinanzen gegen bisher eine weniger günstige geworden ist, so liegt der Grund hieran, abgesehen von dem Rückgange der Erträgnisse in einzelnen Staatsbetrieben, in der Hauptsache in der Verkettung der Finanzwirtschaft des Reiches mit der der einzelnen Bundesstaaten und den dadurch für letztere herbeigeführten Schwankungen in ihren Staatshaushalten. Da die längere Beibehaltung dieses Verhältnisses von den Bundesregierungen allseitig als unhaltbar erkannt und eine baldige Reform der Reichsfinanzverwaltung als dringend nötig erachtet worden ist, so läßt sich erhoffen, daß die darauf gerichteten gemeinsamen Bestrebungen in nicht zu langer Zeit von Erfolg begleitet sein und damit auch die gegenwärtig schwer empfundenen Störungen in unserem Staatshaushalt werden beseitigt werden. Ungeachtet der Ungunst der Finanzlage hat sich indes noch die Möglichkeit ergeben, ohne eine Erhöhung der Steuern das Gleichgewicht in demselben herbeizuführen. Dabei ist es aber unthunlich gewesen, die Ueberweisung eines Teiles der Einnahme aus der Grundsteuer an die Schulverbände fernerhin aufrecht zu erhalten. Um aber die wenig leistungsfähigen und wirklich bedürftigen Schulgemeinden für diesen Ausfall der Einnahmen einigermaßen entschädigen zu können, wird Ihnen Meine Regierung eine Erhöhung der Etatssumme zu Beihilfen an unvermögende Schulgemeinden bei Aufbringung des Schulbedarfs vorschlagen. Zu Abhilfe der Mißstände, welche sich im Laufe der Jahre bei der gerichtlichen Aburteilung über die Entwendung von Feld- und Gartenfrüchten herausgestellt haben, wird Ihnen von Meiner Regierung ein entsprechender Gesetzentwurf vorgelegt werden. Die weitere Ausbildung und Verbesserung des Eisenbahn- und Verkehrswesens wird wie bisher Gegenstand unausgesetzter Fürsorge Meiner Regierung sein. Die mit Hilfe der von den vorigen Landtagen bewilligten Mittel angefangenen Erweiterungsbauten sollen weiter fortgesetzt, auch eine Reihe anderer dergleichen Bauten, für welche sich ein dringendes Verkehrsbedürfnis gezeigt hat, ausgeführt werden. Nicht minder hat sich für den Eisenbahnbetrieb die Beschaffung neuer Betriebsmittel als notwendig erwiesen. Auch soll auf die Fortsetzung des Eisenbahnneubaues durch Herstellung einiger Sekundärbahnen Bedacht genommen werden. Wegen Bereitstellung der hierzu erforderlichen Mittel werden Ihnen von Meiner Regierung geeignete Vorschläge zugehen. So mögen denn die Verhandlungen auch dieses Landtags zum Heil und Segen des Landes gereichen!"

15. November. In München wird die Vermählung des Erzherzogs Joseph August von Österreich mit der Prinzessin Auguste von Bayern gefeiert.

Mitte November. In Kiel und anderen Orten finden sozialdemokratische Versammlungen statt, die sich sehr scharf gegen die Parteileitung und für die Gewerkschaftsbewegung aussprechen. In Kiel äußert ein Redner:

„Wir wollen Vorteile schon heute von unseren Organisationen sehen und müssen unser Hauptaugenmerk auf die Verbesserung der Gewerkschaften richten. Auer und Bebel sind verpflichtet, für die Bewegung einzutreten. Das arbeitende Volk kann nicht warten, bis die sozialdemokratische Partei die Mehrheit im Reichstage hat, sondern muß früher berufen werden, das System zu stürzen."

Mitte November. (Berlin.) Bei den Wahlen zur Stadtverordneten-Versammlung verliert die Bürger-Partei (konservativ-antisemitisch) alle ihre Sitze bis auf einen. Die Sozialdemokraten gewinnen mehrere Mandate.

16. November. Der Reichstag wird von dem Kaiser mit nachstehender Thronrede eröffnet:

„Geehrte Herren:

Als Ich Sie im Juli d. J. um Mich versammelt hatte, gab Ich dem Vertrauen Ausdruck, daß Sie Mir und Meinen hohen Verbündeten Ihre Mitwirkung zu der im Interesse der Sicherheit des Reichs gebotenen Fortbildung unserer Heereseinrichtungen nicht versagen würden. Ich freue Mich, daß Meine Zuversicht nicht getäuscht worden ist, und indem Ich Sie heute bei Ihrem Zusammentritt begrüße, ist es Mir Bedürfnis, dem Reichstag für seine patriotische Bereitwilligkeit Meinen kaiserlichen Dank auszusprechen. Die mannigfachen Beweise warmer Sympathie, deren Ich Mich während der letzten Monate in den verschiedenen Teilen des Reichs zu erfreuen gehabt habe, sind Mir eine Bürgschaft dafür, mit welcher Genugthuung die Nation es empfindet, daß dem deutschen Heere eine Organisation gesichert worden ist, in welcher die Gewähr für den Schutz des Vaterlandes und für die Erhaltung des Friedens beruht.

Es wird nunmehr Ihre vornehmste Aufgabe sein, in gemeinsamer Arbeit mit den verbündeten Regierungen für die Beschaffung der Mittel Sorge zu tragen, welche zur Deckung des durch die erhöhte Friedenspräsenzstärke des Heeres entstandenen Mehrbedarfs erforderlich sind. Die Vorschläge, welche Ihnen in dieser Beziehung zugehen werden, bewegen sich auf einer breiten, zugleich die finanziellen Beziehungen des Reichs zu seinen Gliedern neu regelnden Grundlage.

Die Finanzverwaltung des Reichs hat eine endgültige Ordnung im Sinne der Reichsverfassung noch nicht gefunden. Die bisherigen Erfahrungen haben bewiesen, daß ohne Schädigung des Reichs und der Einzelstaaten eine Auseinandersetzung zwischen denselben nicht länger hinausgeschoben werden kann. Das Finanzwesen des Reichs wird dergestalt aufzubauen sein, daß unter Beseitigung der bisherigen Schwankungen die Anforderungen desselben an die Einzelstaaten in ein festes Verhältnis zu den Ueberweisungen gestellt werden, und ein gesetzlich festgelegter Anteil an den eigenen Einnahmen des Reichs für einen vorher bestimmten längeren Zeitraum den Einzelstaaten zugesichert wird. Eine solche Ordnung wird im Einklang mit der föderativen Gestaltung unseres Staatswesens ein ungestörtes Zusammenwirken des Reichs und der Einzelstaaten gewährleisten und ohne Schmälerung der Rechte des Reichstags die Finanzverwaltung in hohem Grade fördern. Zu diesem Behuf wird dem Reichstag ein Gesetzentwurf, betreffend die anderweite Ordnung des Finanzwesens des Reichs, vorgelegt werden.

Zur Beschaffung der hiernach erforderlichen Mittel werden dem Reichstag Gesetzentwürfe, betreffend die Besteuerung des Tabaks und Weins, sowie die Erhebung von Reichsstempelabgaben zugehen.

Ich zweifle nicht, daß die Lösung dieser bedeutsamen Aufgabe Ihrer hingebenden Mitwirkung gelingen wird.

Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Finanzlage des Reichs ist der Reichshaushalt mit äußerster Sparsamkeit aufgestellt.

Die beim Abschlusse der Handelsverträge des Reiches mit Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien und der Schweiz gehegte Erwartung, daß die

selben zugleich den Anknüpfungspunkt für die vertragsmäßige Regelung unserer Handelsbeziehungen zu anderen Staaten bilden würden, hat sich inzwischen insoweit erfüllt, als es gelungen ist, auf der durch jene Verträge geschaffenen Grundlage auch mit Spanien, Rumänien und Serbien neue Handelsverträge zu vereinbaren. Die Verträge, durch welche unserem Güteraustausch mit diesen Ländern die wünschenswerte Stetigkeit und die Möglichkeit gedeihlicher Entwickelung geboten wird, werden Ihnen zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme zugehen.

Im Einverständnis mit Meinen hohen Verbündeten habe Ich Mich veranlaßt gesehen, Rußland gegenüber von der Befugnis einer außerordentlichen Erhöhung der Einfuhrzölle Gebrauch zu machen. Die von Mir erlassenen Verordnungen werden Ihnen sofort mitgeteilt werden. Ich gebe Mich der Hoffnung hin, daß der Verlauf der schwebenden Handelsvertragsverhandlungen mit Rußland zur Beseitigung dieser Maßnahmen führen wird.

Dank den energischen Bemühungen, welche die verbündeten Regierungen aufgewendet haben, ist es gelungen, die verheerende Epidemie, welche im vergangenen Jahre schwere und schmerzliche Opfer gefordert hatte, seitdem fernzuhalten und, wo sich vereinzelte Krankheitsfälle zeigten, ihrer Verbreitung erfolgreich entgegenzutreten.

Die gewonnenen Erfahrungen noch wirksamer zu verwerten und die Abwehrmaßregeln zu dauernden und einheitlichen zu gestalten, ist der Zweck eines Gesetzentwurfs, welcher Ihnen vorgelegt werden wird.

Um die mit der pflichtmäßigen Strenge jener Abwehrmaßregeln vereinbare Schonung des internationalen Verkehrs thunlichst sicher zu stellen, hat unter Beteiligung des Reichs im Frühjahr in Dresden eine von der Mehrzahl der europäischen Staaten beschickte Konferenz stattgefunden, deren Beschlüsse Ihnen zur Genehmigung zugehen werden.

Die Erledigung der Ihnen auf finanziellem und handelspolitischem Gebiet gestellten Aufgaben wird Ihre Arbeitskraft in so hohem Maße in Anspruch nehmen, daß die verbündeten Regierungen es für ratsam erachtet haben, den Kreis der Vorlagen im übrigen thunlichst einzuschränken.

In dem Verhältnis Deutschlands zum Auslande ist eine Aenderung nicht eingetreten. Bei Fortdauer der engen Freundschaft mit den zur Verfolgung gemeinsamer friedlicher Zwecke uns verbündeten Reichen stehen wir zu allen Mächten in guten und freundlichen Beziehungen. Ich gebe Mich daher der Zuversicht hin, daß uns mit Gottes Hilfe die Segnungen des Friedens auch fernerhin werden erhalten bleiben."

16. November. In Berlin findet die Vereidigung der Rekruten statt, der Kaiser hält folgende Ansprache:

„Ihr habt soeben vor Gottes Antlitz Mir Treue geschworen und seid hierdurch in demselben Augenblick Meine Soldaten und Meine Kameraden geworden. Ihr habt die Ehre, zu Meiner Garde zu gehören und in und um Meinen Wohnort, Meine Hauptstadt zu stehen. Ihr seid berufen, Mich in ersten Linie vor dem äußeren und inneren Feind zu schützen: Seid treu und vergeßt nicht, daß Euere Ehre die Meinige ist."

21. November. Der Reichsanzeiger schreibt:

Verschiedene Blätter beschäftigen sich mit einer Unterhaltung, die der Reichskanzler im Oktober d. J. mit dem Abg. Freiherrn v. Manteuffel gehabt hat, und geben dieselbe dem Wortlaut wie der Tendenz nach falsch wieder. Der wesentliche Inhalt und Verlauf der Unterhaltung war vielmehr der folgende:

Nachdem Freiherr v. Manteuffel sich nach den Absichten der Regie-

rung in Bezug auf die Arbeiten des kommenden Reichstags erkundigt hatte, erklärte der Reichskanzler, daß die verbündeten Regierungen und die preußische Regierung bereit wären, für die Landwirtschaft zu thun, was sie könnten, und erwähnte bei dieser Gelegenheit z. B. die Novelle zum Gesetz über den Unterstützungswohnsitz und die Einrichtung von Landwirtschaftskammern in Preußen. Im Anschluß hieran gab der Reichskanzler der Ansicht Ausdruck, daß damit allerdings eine durchgreifende Hilfe nicht gegeben sei, und erkundigte sich dann, wie es mit dem unter Mitwirkung des Herrn v. Manteuffel innerhalb der Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch unternommenen Versuch, das Agrarerbrecht zu reformieren, stehe. Weiter bemerkte der Reichskanzler, daß er in der Verschuldung durch Erbteilungen und in der zeitweise über den realen Wert hinausgegangenen Steigerung der Güterpreise einen wesentlichen Grund für die gegenwärtige Kalamität zu erkennen glaube. Zu stark verschuldete Besitzer würden sich auch unter Einschränkungen auf die Dauer nicht halten können.

Der Reichskanzler gab, ebenso wie in der Sitzung des Reichstags vom 10. Dezember 1891, zu erkennen, daß er dies als eine sehr bedauerliche Perspektive betrachten würde. Weder Wortlaut noch Sinn seiner Aeußerungen würden zu einer anderen Auffassung berechtigt haben. Die Unterhaltung ist von beiden Seiten in wohlwollendem Ton zu Ende geführt worden.

In agrarischen Blättern war behauptet worden, der Kanzler habe den Landwirten gleich ein Abschreiben von 50% empfohlen. Auch Abg. v. Manteuffel dementiert, daß der Kanzler das gesagt habe.

22. November. (Bayern.) Die Kammer der Abgeordneten lehnt den Antrag der Liberalen, die Steuerfreiheit der Standesherren aufzuheben, mit 76 gegen 67 Stimmen ab, nimmt dagegen den Antrag des Zentrums nach lebhafter Debatte an, nach welchem eine Enquete vorgenommen werden soll über den fiskalischen Umfang dieser Steuerfreiheit, um den Betrag festzustellen, welcher für die eventuelle Ablösung innerhalb der verfassungsmäßigen Zulässigkeit erforderlich wäre.

Der Minister des Innern Frhr. v. Feilitzsch erklärt, eine solche Enquete werde angestellt werden, dieselbe würde aber in der gegenwärtigen Legislaturperiode kaum mehr abgeschlossen werden können.

23. November. (Kiel.) Bei der Vereidigung der Marinerekruten hält der Kaiser ungefähr folgende Ansprache:

„Da Ihr nun zur Fahne geschworen habt und Mir den Eid der Treue geleistet, so seid Ihr vor allen Dingen auf Euern Eid verpflichtet. Seid gehorsam gegen Eure Vorgesetzten, und bei allen Reisen ins Ausland sollt Ihr die Flagge ehren durch Euer gutes Benehmen fremden Nationen gegenüber. Mein Auge wacht über alles, und Ich werde denjenigen, die ihren Verpflichtungen in jeder Beziehung nachkommen, meine Anerkennung zollen."

23.—25. November. (Reichstag.) Beratung über die Handelsverträge mit Spanien, Rumänien und Serbien. Die Konservativen greifen die Regierung aufs heftigste an.

Die Verträge werden an eine Kommission verwiesen.

24. November. Die „Kreuz-Zeitung" bringt „Stimmungsbilder aus landwirtschaftlichen Kreisen", in denen es heißt:

Die Regierung züchtet damit (mit ihrem Verhalten gegenüber der Landwirtschaft — ist gemeint) künstlich Sozialdemokraten und Bettler, und das aus dem Volke Kaiser Wilhelm I., kaum fünf Jahre nach seinem Tode ....

Nach der Reichstagseröffnungsrede wird die Caprivi'sche Politik an Allerhöchster Stelle gebilligt. Wenn die Leute nun fragen: Se kennen doch den Kaiser, warum litt de denn so'n Wirtschaft? Weinen muß man — wenn man darauf schweigen muß, weinen — nicht darüber, daß damit die Sozialdemokraten gewonnenes Spiel haben, sondern darüber, in wie erschreckendem Maße die Liebe zu unserem Königshause und zum Vaterlande abnimmt ....

Der einfache Sinn des Bauern rechnet sich heraus, daß er mit seinem sauer verdienten Gelde die Freundschaft der Oesterreicher und Italiener nicht nur hat erkaufen müssen, sondern daß wir jetzt auch, um den Russen zum Frieden zu bringen, diesem Tribut zahlen müssen. Die Leute haben gar nicht so unrecht, aber was würde Friedrich der Große, was der Große Kurfürst sagen, wenn er seine Märker so reden hörte, die märkischen Bauern, mit denen er die ganze damalige Welt siegreich bezwungen. Den Frieden erkaufen! Pfui, für jeden Preußen ein empörendes Wort! — aber sind wir denn so weit ab?

Opfern wir den Russen jetzt die ganze Landwirtschaft mit zwanzig Millionen Menschen, na, dann wollen wir doch schnell auch mit den Franzosen Frieden machen, die verlangen ja viel weniger, bloß das bischen Elsaß-Lothringen mit den paar Millionen Menschen darin, die uns nicht mal viel nützen. ....

„Wir müssen den Handelsvertrag mit Oesterreich und Italien zerreißen und wenn's mit dem Schwert in der Faust sein muß! Besser ein ehrlicher Kampf auf Tod und Leben, als dies Verhungern bei lebendigem Leibe!"

24.—25. November. Aufenthalt des Kaisers zur Jagd in der Göhrde in Hannover.

26. November. Anschlag auf den Kaiser und den Reichskanzler Grafen v. Caprivi durch aus Orleans an ihre Adressen gesandte Päckchen, die Pulver enthalten. Beide Packete werden rechtzeitig erkannt und richten keinen Schaden an.

27. November. (Reichstag.) Erste Beratung des Etats.

Der Reichshaushalt für 1894/95 ist in Einnahme und Ausgabe auf 1,305,632,229 ℳ festgestellt und zwar auf 1,082,884,697 ℳ an fortlaufenden, auf 83,925,726 ℳ an einmaligen Ausgaben im ordentlichen und auf 138,821,820 ℳ an einmaligen Ausgaben im außerordentlichen Etat.

Der Etat des auswärtigen Amtes erfordert 10,323,840 ℳ, ein Mehr von 187,935 ℳ.

An einmaligen ordentlichen Ausgaben 200,000 ℳ zur Beihilfe für wissenschaftliche Bestrebungen in Zentralafrika und anderen Ländern; 1 Million Mark für die südwestafrikanischen Schutzgebiete; 3½ Million Mark für die ostafrikanischen Schutzgebiete (1 Million mehr).

Reichsamt des Innern: 27,213,055 ℳ, mehr 1,371,540 ℳ, für die

Invaliditäts- und Altersversicherung 13,960,000 ℳ (mehr 1,289,075 ℳ), zur Errichtung des Kaiser Wilhelm-Denkmals 1,100,000 ℳ, erste Rate; die Gesamtkosten sind auf 8,000,000 ℳ veranschlagt.

Reichsheer: 450,254,680 ℳ (mehr 31,812,148), darunter für Besoldungen, persönliche und sachliche Ausgaben, für Gefechtsübungen, Militär-Eisenbahnen u. dergl. 121,079,415 ℳ (mehr 7,986,294 ℳ), für Naturalverpflegung 94,539,820 ℳ (mehr 9,138,501 ℳ), für Bekleidung und Ausrüstung 24,527,736 ℳ (mehr 1,708,461 ℳ), für Kasernen- und Garnisongebäude 18,369,706 ℳ (mehr 1,006,109 ℳ), Manöverkosten 2,002,780 ℳ (mehr 250,000 ℳ), Servis 15,955,052 ℳ (mehr 473,839 ℳ), Medizinalwesen 7,369,138 ℳ (mehr 351,611 ℳ), Ankauf für Remontepferde 5,954,520 ℳ (mehr 104,390 ℳ), Reisekosten, Tagegelder, Vorspannkosten 7,656,941 ℳ (mehr 960,152 ℳ), Artillerie und Waffenwesen 28,009,839 ℳ (mehr 2,152,173 ℳ). Zur weiteren Beschaffung für artilleristische Zwecke 28,201,500 ℳ, für Handwaffen 3,781,250 ℳ (letzte Rate). Zu Garnisonsbauten in Elsaß-Lothringen 1,942,600 ℳ, zu Festungsanlagen 12,645,400 ℳ, zu Kasernenbauten 1,644,420 Mark. Die einmaligen Ausgaben im außerordentlichen Etat beziffern sich auf 64,531,945 ℳ

Der Haushalt für die Flotte beträgt an ordentlichen laufenden Ausgaben 51,369,307 ℳ (mehr 3,116,668 ℳ). Die einmaligen Ausgaben im ordentlichen Etat betragen 22,904,050 ℳ, darunter zum Bau von neun bereits bewilligten und drei neu geforderten Ersatzschiffen 13,735,300 ℳ Im außerordentlichen Etat werden 6,152,800 ℳ gefordert.

Reichsschatzamt: Ausgaben 360,528,435 ℳ, darunter 355,450,000 ℳ Ueberweisungen an die Bundesstaaten. Die Verzinsung und Verwaltung der Reichsschuld beansprucht 72,269,800 ℳ (mehr 5,303,800 ℳ); der allgemeine Pensionsfonds 48,245,438 ℳ, der Reichsinvalidenfonds 27,258,492 ℳ (mehr 2,586,414 ℳ).

Die einmaligen Ausgaben im ordentlichen Etat belaufen sich also auf 83,925,726 ℳ, darunter außer den bereits angegebenen Summen für die Armee und Flotte 8,875,483 für die Post- und Telegraphenverwaltung; die einmaligen Ausgaben im außerordentlichen Etat betragen 138,821,820 ℳ Also die gesamten einmaligen Ausgaben 222,747,546 ℳ

Die Einnahmen setzen sich wie folgt zusammen:

Zölle und Verbrauchssteuern 616,935,560 ℳ, darunter Zuckersteuer 70,406,000 ℳ, Salzsteuer 42,742,000 ℳ, Tabaksteuer 11,082,000 ℳ, Maischbottich- und Branntweinmaterialsteuer 17,588,000 ℳ, Verbrauchsabgabe und Zuschlag 100,097,000 ℳ, Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier 24,856,000 ℳ, Zölle 349,706,000 ℳ Insgesamt beträgt das Mehr 14,015,720 ℳ

Reichsstempelabgabe 34,045,000 ℳ (also weniger 2,469,000 ℳ), darunter 7,970,000 ℳ Wechselstempelsteuer, und 24,524,000 ℳ Stempelabgabe für Wertpapiere, Verkaufsgeschäfte und Lotterielose (weniger 2,647,000 ℳ).

Post- und Telegraphenverwaltung Ueberschuß 24,858,617 ℳ, Reichsdruckerei 1,436,800 ℳ, Eisenbahnverwaltung 20,081,090 ℳ, Reichsbank 7,123,000 ℳ, verschiedene Verwaltungseinnahmen 12,539,163 ℳ, Ueberschuß aus früheren Jahren 1,372,033 ℳ Aus den Reichsinvalidenfonds 27,258,492 ℳ Matrikularbeiträge 419,592,544, also mehr 39,528,399 ℳ An außerordentlichen Deckungsmitteln, die also naturgemäß ebenfalls für den laufenden Etat als Einnahme in Rechnung zu stellen sind, figurieren 138,821,820 ℳ, darunter 126,886,020 ℳ aus der Anleihe.

Werden die durchlaufenden Posten, nämlich die Ausgaben für den Invalidenfonds und die aus den Einnahme-Zöllen, Verbrauchssteuern, Stempelabgaben in Gemäßheit der gesetzlichen Bestimmungen an die Einzel-

staaten abzuführenden Beträge mit insgesamt 382,708,492 ℳ, als die Höhe der Matrikularbeiträge und das Abschlußergebnis des Reichstages nicht beeinflussend, ausgeschieden, so stellt sich für die fortlaufenden und einmaligen Ausgaben im ordentlichen Etat der Bedarf auf 784,101,917 ℳ, also ein Mehr von 45,098,112 ℳ, und im außerordentlichen Etat der Gesamtbedarf auf 138,821,820 ℳ, also ein Weniger von 78,713,655 ℳ

Zur Deckung des Fehlbetrages werden neue Steuern vorgeschlagen, deren Erträgnisse folgendermaßen veranschlagt werden:

Tabaksteuer mehr als bisher	45,000,000	ℳ
Weinsteuer a) Naturwein	12,738,730	"
b) Schaumwein	4,544,818	"
Stempelsteuer mehr		
a) für Aktien ꝛc.	4,400,000	"
b) " Kauf- und Anschaffungs-Geschäfte	11,000,000	"
c) " Lotterielose	5,400,000	"
d) " Quittungen	6,500,000	"
e) " Checks	650,000	"
f) " Frachtpapiere	8,500,000	"
Zusammen	98,733,578	ℳ

Der auf diese Weise erzielte Überschuß soll nach einem eigenen Reichsfinanzgesetz derart verwendet werden, daß den Einzelstaaten vom Reich für die nächsten 5 Jahre die feste Summe von 40 Mill. Mark überwiesen werden, statt der bisher schwankenden Zuschüsse oder Überweisungen.

27.—28. November. Jagdaufenthalt des Kaisers in Neugattersleben.

28. November. Im Lauf der Etat-Debatte rechtfertigt der Finanzminister Miquel die Steuervorlagen.

Persönlich halte er eine direkte Besteuerung seitens des Reichs wohl für zuläßig, aber wenn einer solchen direkten Besteuerung des Reichs ein rechtliches Hindernis nicht entgegenstehe, so sei doch thatsächlich mit Rücksicht auf die Einzelstaaten und deren Existenzbedingungen eine solche nicht thunlich und nicht durchführbar. Wäre man so aus praktischen Gründen auf die indirekten Steuern angewiesen, so sei doch nicht zu bestreiten, daß die Besteuerung des Weines besonders angezeigt erscheine, da derselbe doch vorzugsweise die Wohlhabenden treffe. Man habe auch wohl die Wehrsteuer vorgeschlagen. Wir hätten ja auch bereits eine solche Vorlage gehabt; indes seien die Bedenken gegen eine solche Steuer in einem Föderativstaat doch überwiegend. Die Kosten für die Sicherheit des Reichs würden immer nur auf dem Wege der indirekten Besteuerung aufgebracht werden können. Eine Erbschaftssteuer würde die Mittelklassen sehr schwer treffen; wenn man aber bloß die großen Vermögen besteuern wolle, würde das wenig bringen. Der Finanzminister rechtfertigte dann die vorgeschlagene Tabaksteuer, welche den Konsum keineswegs so wesentlich vermindern werde, wie die Agitation es behaupte. Deutschland habe sich zudem im Vergleiche zu anderen Ländern mit einer sehr geringen Besteuerung dieses Genußmittels begnügt. Glauben Sie, meine Herren, daß es auf die Dauer möglich ist, in Deutschland sich mit einer Besteuerung dieses weit verbreiteten Genußmittels zu 1 ℳ pro Kopf zu begnügen, wenn Frankreich 7 ℳ hat, England allein mit

dem Zoll 5 ℳ, Oesterreich, Ungarn, Italien, Portugal, Spanien über 2- bis 300 pCt. mehr — glauben die Herren Fabrikanten, die nach meiner Meinung sehr gegen ihr Interesse diese heftige Agitation in Szene gesetzt haben, daß man sich auf die Dauer in Deutschland bei einer Besteuerung des Tabaks mit 1 ℳ beruhigen kann und wird?

Abg. Richter führt in seiner Entgegnung aus:

Für die Heeresverstärkung reichten nach seiner Berechnung 46 Millionen aus. Aus einer statistischen Tabelle des Vorgängers des jetzigen Schatzsekretärs vom 15. März d. J., welche der Budgetkommission vorgelegt, ergebe sich, daß im Laufe von fünf Jahren sich aus den eigenen Einnahmen des Reichs eine Mehreinnahme von 114 Millionen ergeben werde. Man sage nun wohl, diese Mehreinnahme würde das Reich auch selbst verbrauchen; um so schlimmer würde es aber dann sein, jetzt 40 Millionen auf Vorrat zu bewilligen. Indes auch zur Deckung der Mittel für die Heeresvorlage bedürfe es keiner neuen Steuern; die dazu nötigen Mittel seien durch die Beseitigung der Branntwein- und Zuckersteuerprivilegien zu schaffen. Der Etat pro 1894/95 werde durch außerordentliche ungünstige Momente bedrückt; auf ihn könne man also keinen Schluß für die Notwendigkeit neuer dauernder Steuern ziehen.

30. November. In der Etats-Debatte ergreift der Reichskanzler das Wort und sagt über die Sozialdemokratie:

Nun war überraschend in dem politischen Teile der Rede, wie energisch der Herr Abg. Liebknecht sich bemühte, den anarchistischen Teil der Sozialdemokraten von sich abzustreifen. Er sagte, er habe die Tendenz, den Leuten das, was er für nötig hält, mit Hämmern ins Gehirn zu schlagen — so war es ungefähr. Nun das, Herr Liebknecht, schlagen Sie mir, und ich glaube, der Mehrzahl dieses Hauses, mit allen Ihren Hämmern niemals ins Gehirn, daß Sie nicht die Verantwortlichkeit für die Anarchisten tragen. Sie haben die Anarchisten gerufen, jetzt sind sie Ihnen unbequem; erst kamen die Alten, dann kamen die Jungen, dann kamen die Anarchisten, und jetzt sind Sie so weit gediehen, daß Sie von den Anarchisten nichts mehr wissen wollen. Die Mehrzahl der deutschen Nation glaubt Ihnen das nicht, Herr Liebknecht, und macht sie für alles, was da geschieht, verantwortlich mit Ihrem ganzen destruktiven Treiben.

Ebenso weist der Kanzler den Antisemitismus scharf zurück.

30. November—2. Dezember. Der Kaiser und die Kaiserin reisen nach Hannover.

Ende November. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ veröffentlicht folgenden Erlaß des Ministers des Innern an sämtliche Regierungspräsidenten:

Ministerium des Innern. Berlin, den 29. Juli 1893.
Eigenhändig!

In Uebereinstimmung mit sonstigen Beobachtungen haben die letzten Reichstagswahlen bewiesen, daß die Sozialdemokratie beträchtliche Fortschritte gemacht hat. Sind auch ihre Erfolge hinter den Erwartungen der Führer zurückgeblieben, so ist doch gegenüber den Wahlen von 1890 die Zahl der abgegebenen Stimmen und der erlangten Mandate um 25 Prozent gewachsen, und es hat sich gezeigt, daß die Sozialdemokratie an Orten, wo sie bisher überhaupt nicht oder nur wenig aufgetreten war, insbesondere auf dem flachen Lande, Eingang gefunden oder an Umfang zugenommen

hat. Für die hier und da hervortretende Stimmung, daß die sozialdemokratische Bewegung ihren Höhepunkt erreicht habe, fehlt es an thatsächlichen Anhaltspunkten. Vielmehr läßt sich mit Sicherheit voraussehen und wird durch Wahrnehmungen der jüngsten Zeit bestätigt, daß die Organisation und Agitation in verstärktem Maße fortgesetzt und bis zu den entlegensten Gegenden, sowie auf immer weitere Schichten der Gesellschaft ausgedehnt wird. Daraus ergibt sich unabweislich die ernste Pflicht, nicht nur die sozialdemokratische Bewegung aufmerksam zu verfolgen, sondern auch unausgesetzt ihrem Umsichgreifen mit allen zulässigen Mitteln zu steuern und insbesondere die ländliche Bevölkerung vor ihrem Einfluß zu bewahren. Daß diese Bestrebungen auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen und nicht überall zu unmittelbaren Erfolgen führen werden, ist gewiß. Sie dürfen aber um so weniger unterbleiben oder erlahmen, als der Kampf gegen die Sozialdemokratie, sofern er in geeigneter Weise mit Umsicht und Thatkraft geführt wird, keineswegs vergeblich ist. Dies ist auch bei den letzten Reichstagswahlen mehrfach hervorgetreten. In verschiedenen Gegenden, welche der sozialdemokratischen Agitation besonders ausgesetzt waren, ist wenigstens ein Ueberhandnehmen der sozialdemokratischen Bewegung verhütet worden, und an einzelnen Orten, wo die Sozialdemokratie seit längerer Zeit Fuß gefaßt hatte, ist es gelungen, ihre Vertreter bei den Wahlen zu verdrängen. Bei der Bekämpfung der Sozialdemokratie darf zunächst der Ansicht nicht Raum gegeben werden, daß es auf die Anwendung des gemeinen Rechts, weil vermeintlich wirkungslos, nicht ankomme. Es ist vielmehr darauf zu halten, daß auf dem Gebiete der Presse, des Vereins- und Versammlungswesens, sowie bei den Ruhestörungen und sonstigen Ausschreitungen von den gesetzlichen Befugnissen unverzüglich mit Entschiedenheit und nachhaltig Gebrauch gemacht, insbesondere auch straffes, gerichtliches Einschreiten herbeigeführt wird. Indem ich in dieser Hinsicht auf den Runderlaß vom 18. Juli 1890 — II, 3546 — Bezug nehme, hebe ich hervor, daß, wenn Störungen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit eintreten oder ernstlich zu besorgen sind, zu deren Beseitigung die vorhandenen polizeilichen Kräfte nicht ausreichen, rechtzeitig für die Beschaffung von Hilfe zu sorgen ist. Reichen die den Civilbehörden zur Verfügung stehenden Kräfte zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit nicht aus, so wird nach Maßgabe der bestehenden Vorschriften militärische Hilfe in Anspruch zu nehmen oder je nach Umständen um Bereithaltung derselben zu ersuchen sein. In erster Linie kommt jedoch die Heranziehung der Gendarmen in Betracht. Die Bestimmungen, welche hierüber in den Runderlassen vom 18. April 1890 — II, 4560 — zunächst für den Fall des Ausbruches etwaiger Bewegungen unter den Arbeitern der Kohlenreviere und der sonstigen industriellen Welt gegeben sind, können im wesentlichen auch auf Fälle anderweitiger Störungen der öffentlichen Ordnung, namentlich auf solche, welche im Zusammenhange mit der sozialdemokratischen Bewegung stehen, Anwendung finden, und wird dieserhalb noch besondere Verfügung ergehen.

Mit den staatlichen Machtmitteln allein, deren Anwendung überdies vielfach gesetzlich beschränkt ist, läßt sich aber die Sozialdemokratie mit Erfolg nicht bekämpfen. Gegenüber ihren verführerischen Lehren, ihrer rührigen und geschickten Propaganda muß der Versuch gemacht werden, auf anderen Wegen und mit anderen Mitteln der Sozialdemokratie und ihrer Agitation entgegenzuarbeiten, ihr Eindringen in bisher unberührte Gegenden und Bevölkerungskreise zu verhindern und da, wo sie bereits eingedrungen ist, ihr den Boden abzugraben.

Zu dieser Arbeit, deren Ziel die innerliche Ueberwindung der Sozialdemokratie ist, bedarf es des Zusammenwirkens und der andauernden plan-

mäßigen Thätigkeit der Wohlgesinnten aus allen Kreisen der Bevölkerung. Hierbei anregend und fördernd voranzugehen, ist eine der ersten Aufgaben der Organe der königlichen Staatsregierungen, deren ernste Erfassung und Befolgung ich nicht ernstlich genug empfehlen kann.

Vor allem werden diejenigen Kreise in das Auge zu fassen sein, welche der sozialdemokratischen Verführung vornehmlich ausgesetzt sind, die wirtschaftlich Schwachen, namentlich die Arbeiter aller Gattungen, aber auch die anderen Angestellten in privaten und öffentlichen Diensten. Sollen diese vor dem Einfluß der Sozialdemokratie bewahrt oder zur Abkehr von derselben bestimmt werden, so ist dafür die unerläßliche Voraussetzung, daß diejenigen, zu denen sie im Abhängigkeitsverhältnisse stehen, die Arbeitgeber, Vorgesetzte, Prinzipale, in dem Geiste, auf welchem die allerhöchste Botschaft vom 17. November 1881 und die allerhöchsten Erlasse vom 4. Februar 1890 beruhen, sich durchdringen und neben der gebotenen Fürsorge auch die Pflege persönlicher Beziehungen und der Erkenntnis der gemeinsamen Interessen, sowie der ethischen Seite des gegenseitigen Verhältnisses sich angelegen sein lassen.

Auf solchem Boden werden die Aufklärungen und Belehrungen Erfolg versprechen, deren es wie den vorerwähnten, so auch den übrigen Volkskreisen gegenüber bedarf, auf welche die Agitation der Sozialdemokratie sich erstreckt, insbesondere bei den kleinen Grundbesitzern, Handwerkern und Gewerbetreibenden. Zu diesem Zwecke werden die Mittel anzuwenden sein, durch deren Gebrauch die Sozialdemokratie hauptsächlich ihre Erfolge erzielt. Die Bildung von Vereinen, die Veranstaltung von Versammlungen, in denen Vorträge gehalten werden, und die ausgiebige Benutzung der Presse. Namentlich die Verbreitung guter Druckschriften — Flugblätter, Zeitungen, Volksbibliotheken — ist bei dem immer zunehmenden Lesebedürfnis unumgänglich.

Ferner ist dahin zu streben, daß der sozialdemokratischen Agitation im persönlichen Verkehr, namentlich in den Werkstätten und auf den Arbeitsplätzen, besonders durch dazu geeignete Arbeiter entgegengewirkt werde. Ueberhaupt ist das Ziel zu verfolgen, daß die Beteiligten selbst die sozialdemokratische Agitation von sich und den Ihrigen mit Entschiedenheit abwehren, zumal vielfach versucht wird, die weibliche Bevölkerung und jugendliche Kreise für die sozialdemokratische Lehre zu gewinnen. Zur Erreichung dieses Ziels ist es erforderlich, daß nicht nur seitens der Behörden gegen sozialdemokratische Angriffe und Anfeindungen jeder mögliche Schutz gewährt, sondern daß auch bei jeder geeigneten Gelegenheit auf die Belebung des Bewußtseins von der Notwendigkeit und Gerechtigkeit der Abwehr und der Zuversicht ihres Gelingens hingewirkt wird. Wenn ferner dafür gesorgt wird, daß in sozialer und religiöser Beziehung der nötige An- und Zusammenhalt nicht fehlt, so wird die Widerstandsfähigkeit derart gesteigert werden, daß sie auch den gefährlichsten Einflüssen gegenüber Stand halten, welche im geschäftlichen und geselligen Verkehr, sei es durch Verlockungen oder Herabsetzung, sei es durch Verspottung oder Androhung hauptsächlich von sozialdemokratischer Seite, leider aber auch nicht selten von anderen Parteien ausgeübt werden.

Wie nach vorstehenden Gesichtspunkten die Thätigkeit in jedem Kreise und an jedem Orte zu gestalten sein wird, muß nach den örtlichen Verhältnissen ermessen, dabei aber ganz besonders darauf Bedacht genommen werden, dem Vordringen der Sozialdemokratie auf dem flachen Lande vorzubeugen.

Euer Hochwohlgeboren ersuche ich ergebenst, dieser wichtigen Angelegenheit gefälligst Ihre volle Aufmerksamkeit und Fürsorge zuzuwenden und

die nachgeordneten Behörden, insbesondere die Landräte, zu thatkräftiger Mitwirkung aufzufordern. Ueber das hiernach Veranlaßte und die damit gemachten Erfahrungen wollen Euer Hochwohlgeboren gefälligst in den bezüglich des Standes der sozialdemokratischen Bewegung zu erstattenden und durch Vermittlung des Herrn Oberpräsidenten vorzulegenden Halbjahrsberichten in einem besonderen Abschnitte unter der Bezeichnung: „Bekämpfung der Sozialdemokratie" Sich äußern, dabei auch weitere Anregungen und Vorschläge auf diesem Gebiete, falls Sie dazu Anlaß finden, nicht zurückhalten.

Der Minister des Innern.
Graf Eulenburg.

1. Dezember. Das Abkommen mit England über das Hinterland von Kamerun wird veröffentlicht. Vgl. Afrika.

1. Dezember. (Reichstag.) Ein Initiativantrag des Zentrums auf Aufhebung des Jesuitengesetzes wird angenommen mit 173 gegen 136 Stimmen.

In der Debatte geben die Konservativen und die Mittelparteien nur kurze Erklärungen ab. Für den Antrag stimmen das Zentrum mit den Welfen, Polen, Elsässern und den bayerischen Bauernbündlern; die Sozialdemokraten, die süddeutsche Volkspartei, von den beiden freisinnigen Gruppen die Abgg. Barth, Buddeberg, Casselmann, Goellner, Müller-Sagan, Pflüger-Baden, v. Reibnitz, Schmidt-Elberfeld, Schmieder, Schneider, Träger, Weiß; ferner von den Deutschkonservativen Prinz zu Hohenlohe-Oehringen, von den Antisemiten Hirschel und der Däne Johannsen. Mit Nein stimmen geschlossen die Reichspartei und die Nationalliberalen, die anwesenden Konservativen (darunter v. Hammerstein und v. Manteuffel), während ein größerer Teil (31) derselben sich an der Abstimmung nicht beteiligt; die Mehrheit der beiden freisinnigen Gruppen und der Antisemiten; ferner die fraktionslosen Abgg. Graf Bismarck, v. Dallwitz, Fürst zu Fürstenberg, Pachnicke, Roesicke. Enthalten haben sich der Abstimmung die Antisemiten Bindewald und Werner.

Anfang Dezember. Der württembergische Gesandte am Berliner Hof und Bevollmächtigte zum Bundesrat Herr v. Moser tritt von seinem Posten zurück.

2. Dezember. (Berlin.) Parteitag der Freisinnigen Vereinigung.

5.—7. Dezember. (Reichstag: Stempelsteuervorlage.) Der bayerische Finanzminister v. Riedel tritt mit Entschiedenheit für die gesamte Finanz-Vorlage ein.

6. Dezember. Die amtliche Schätzung der Ernte Deutschlands im Jahre 1893 wird veröffentlicht. Sie betrug:

in	von ha hkg	dagegen i. J. 1892	dagegen im Jahrzehnt 1882/91
Winter-Roggen	15,0	12,1	10,0
Sommer-Roggen . . .	10,8	9,2	7,8
Winter-Weizen	17,0	16,2	13,5

in	von ha hkg	dagegen i. J. 1892	im Jahrzehnt 1882/91
Sommer-Weizen	13,3	14,8	12,2
Winter-Spelz	15,2	13,9	11,6
Sommer-Spelz	9,0	11,5	10,7
Sommer-Gerste	14,8	14,3	12,9
Kartoffeln	134,1	95,5	81,3
Hafer	10,7	11,9	11,7
Wiesen-Heu und Grummet	22,3	28,6	29,4

Wenn man die Hektar-Erträge für 1893 mit den für 1892 ermittelten Anbauflächen multizipliert — was freilich fehlerhaft, aber unvermeidlich ist, da die 1893er Anbauflächen in der Statistik noch fehlen — so erhält man folgende Erntemengen — in Tonnen zu 1000 Kilogramm —, denen hier die Durchschnittsbeträge für die zehn Jahre 1883/92 gegenübergestellt werden:

	1893	1883/92
Roggen	8,437,681	5,777,206
Weizen	3,275,379	2,618,248
Spelz	545,183	429,213
Gerste	2,501,342	2,259,665
Kartoffeln	39,288,725	24,586,967
Hafer	4,266,859	4,527,707
Wiesen-Heu und Grummet	13,140,759	17,275,231

6. Dezember. Der württembergische Minister des Innern v. Schmidt †.

9. Dezember. Aufenthalt des Kaisers zur Jagd in Barby.

13. Dezember. (Reichstag.) Der rumänische Handelsvertrag wird in zweiter Lesung mit 189 Stimmen gegen 165 angenommen.

Dafür stimmen geschlossen die Sozialdemokraten, die Freisinnigen beider Richtungen, die Polen, die Welfen und die süddeutsche Volkspartei, ferner die Mehrheit der Nationalliberalen und des Zentrums, ein Teil der Reichspartei — die Abgg. Krupp, Graf Moltke, Müller (Harburg), Schultz-Lupitz, v. Stumm — und von den Konservativen Abg. Prinz v. Hohenlohe und Abg. Pöhlmann.

Dagegen stimmen geschlossen die Konservativen und die Antisemiten mit obiger Ausnahme, von der Reichspartei die Abgg. Graf Arnim, Bauermeister, Baumbach, Engels, Frhr. v. Gültlingen, Holtz, Kalmring, Klemm, Loesewitz, Mirbach, Nauck, Pauly, Ritter, Scherre, Stephan (Torgau).

Von den Nationalliberalen die Abgg. Bayerlein, Blankenhorn, Fink, Hahn, Hische, Hosang, Münch, Graf v. Oriola, Schwertfeger, Walter, Weber (Heidelberg), Wiesicke.

Vom Zentrum stimmen gegen die Abgg. Aichbichler, Bäurle, Brandenburg, Bruckmann, Bürger, Conrad, Dieden, Eck, Euler, Frank (Ratibor),

Graf v. Galen, Harl, Hartmann, Hans, Frhr. v. Heeremann, Horn, Hubrich, Keßler, Klose, Krebs, v. Lama, Lehemeir, Lehner, Dr. Marcour, Neckermann, Pezold, Pingen, Reindel, Rembold, Dr. Rudolphi, Dr. Schädler, Schmid (Immenstadt), Schmidt (Warburg), Schöpf, Steininger, Stöcker, Wattendorf, Weber (Bayern), Wenzel, Wildegger, Witzelsperger.

Die Elsässer nehmen an der Abstimmung nicht teil.

Die Mehrheit bestand aus 34 Nationalliberalen, 45 Zentrumsmitgliedern und Welfen, 23 Mitgliedern der freisinnigen Volkspartei, 14 der freisinnigen Vereinigung, 8 der süddeutschen Volkspartei, 38 Sozialdemokraten, 15 Polen, 6 Mitgliedern der Reichspartei, 4 Fraktionslosen, 2 konservativen Hospitanten. Die Minderheit von 165 bestand aus 64 Konservativen, 18 Mitgliedern der Reichspartei, 49 Zentrumsmännern und Welfen, 4 bayerischen Bauernbündlern, 13 Nationalliberalen, 13 Antisemiten, 3 fraktionslosen Konservativen, 1 reichsländischen Protestmann (Haas-Metz). Abwesend waren 3 Konservative, 3 Mitglieder der Reichspartei, 8 Zentrumsmänner, 6 Nationalliberale, 4 Polen, 6 Protestelsässer, 2 süddeutsche Demokraten, 6 Sozialdemokraten, 3 Antisemiten, 1 Däne, zusammen 42.

Ostpreußen hat 4 Freunde, 12 Gegner gestellt, Westpreußen 6 Freunde, 5 Gegner, Berlin 6 Freunde, Brandenburg 5 Freunde, 11 Gegner, Pommern 2 Freunde, 12 Gegner, Posen 10 Freunde, 2 Gegner, Schlesien 19 Freunde, 15 Gegner, Provinz Sachsen 8 Freunde, 11 Gegner, Schleswig-Holstein 7 Freunde, 2 Gegner, Hannover 11 Freunde, 5 Gegner, Westfalen 10 Freunde, 7 Gegner, Hessen-Nassau 6 Freunde, 6 Gegner, die Rheinprovinz 27 Freunde, 6 Gegner, Hohenzollern 1 Freund, zusammen Preußen 122 Freunde, 94 Gegner. Bayern hat 9 Freunde, 44 Gegner gestellt, ist also das Kernland des Widerspruchs, Königreich Sachsen 11 Freunde, 12 Gegner, Württemberg 12 Freunde, 3 Gegner, Baden 8 Freunde, 3 Gegner, Hessen 2 Freunde, 4 Gegner, Mecklenburg 1 Freund, 6 Gegner, die kleineren Fürstentümer 15 Freunde, 6 Gegner, die Hansestädte 4 Freunde, Elsaß-Lothringen 5 Freunde, 4 Gegner.

14. Dezember. (Reichstag.) Annahme der Handelsverträge mit Spanien und Serbien.

In der Debatte verteidigt der Führer der Konservativen, v. Manteuffel, daß er 1891 für den österreichischen, jetzt gegen den rumänischen Vertrag gestimmt habe. Er sagt:

„Damals waren noch einige Gesichtspunkte maßgebend, die heute durchaus wegfallen.

Zunächst der politische Gesichtspunkt. Es handelte sich damals darum, Handelsverträge abzuschließen mit denjenigen Staaten, die, mit uns im Dreibund verbündet, den europäischen Frieden zu erhalten berufen sind; und ich meine, daß man da aus diesen politischen Rücksichten wohl anders über die Handelsverträge denken konnte, als dies heute der Fall ist. Ja, meine Herren, es war wirklich eines von den Hauptargumenten, die damals bei dem Abschluß des österreichischen und italienischen Handelsvertrags ins Feld geführt wurden, daß es notwendig sei, das gute Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und diesen beiden Staaten zu stärken. Nun, meine Herren, bin ich weit davon entfernt, mich hier in die hohe Politik einzulassen. Ich kann nur das eine sagen, daß ein möglichst inniges Verhältnis zwischen den drei Mächten des Dreibunds dringend notwendig ist. Ich kann aber auch hinzufügen, daß uns, als der österreichische und der italienische Handelsvertrag abgeschlossen wurden, versichert wurde, das Verhältnis sei ein ausgezeichnetes, und daß uns auch jetzt nun ebenso wieder versichert

wird, daß das Verhältnis zwischen den Dreibundstaaten ein ausgezeichnetes sei, also eine Steigerung gewissermaßen nicht möglich sei.

Nun, meine Herren, müßte ja untersucht werden, ob, wenn die Handelsverträge vor zwei Jahren nicht zu stande gekommen wären, das Verhältnis dadurch verschlechtert worden wäre. Dies, meine Herren, zu beweisen, wird, glaube ich, nicht ganz leicht sein, zumal ja die Handelsverträge zu stande gekommen sind; und ich glaube, daß selbst Herr v. Marschall, der sonst so beweislustig ist, hierfür den Beweis schwerlich erbringen könnte. Das eine möchte ich aber doch unter allen Umständen hier ausdrücken, daß von den drei Staaten des Dreibunds, die ja, vermöge der Stellung, die sie in Europa einnehmen, genötigt sind, eine schwere und kostspielige Rüstung zu tragen, das Deutsche Reich unzweifelhaft den schwereren und kostspieligeren Teil dieser Rüstung zu tragen hat, und daß selbstverständlich an dieser Rüstung alle Berufsstände mit zu tragen haben, aber doch keiner in so hervorragender Weise wie die Landwirtschaft. Und ich glaube, daß man das auch gerade hier beim Abschluß des spanischen Handelsvertrags sich nochmals vergegenwärtigen muß.

Nun, meine Herren, ein zweiter Punkt, der damals ins Gewicht fiel, der heute aber vollständig wegfällt, das sind die Preise, die vor zwei Jahren für die Zerealien gezahlt wurden, gegenüber denjenigen Preisen, die heute gezahlt werden. Meine Herren, die Preise waren vor zwei Jahren gewiß ungesund hohe; das habe ich damals offen ausgesprochen, ebenso wie mein verehrter Freund Herr Graf v. Kanitz; und sie waren damals thatsächlich derartig hohe, daß zu befürchten stand, daß, wenn eine Reduktion der Zölle durch die Handelsverträge nicht stattfand, der Fall wohl eintreten könnte, daß die Zölle überhaupt beseitigt oder noch mehr reduziert würden als um 1 ℳ 50 ₰; und das hat bei meinen politischen Freunden und mir, die damals für die Handelsverträge gestimmt haben, auch dazu geführt, mit dem Gedanken uns zu befreunden, daß durch die Handelsverträge eine Herabsetzung der Zölle einträte, die leichter zu ertragen sein würde, als wenn ein heftiger Ansturm gegen die Zölle überhaupt sich erhöbe. Und wir mußten uns auf das Versprechen des Reichskanzlers verlassen, daß die Zölle unter diesen in den Handelsverträgen vorgesehenen Satz nicht heruntergehen würden.

Ich will hier gleich eine Berichtigung einschalten gegenüber dem Bericht, in dem gesagt ist, die Zölle seien gebunden auch nach unten hin. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Wir können es sehr wohl erleben, daß, wenn die Situation sich zu unseren Ungunsten verändert, wir von diesem Zoll noch einen Teil verlieren.

Also, meine Herren, diese Gesichtspunkte, die damals maßgebend waren, sind doch heute, wo wir mehr als 100 ℳ für den Roggen und 100 ℳ für den Weizen pro Wispel weniger bekommen als vor 2 Jahren, also netto 80 Prozent weniger, bei diesen Handelsverträgen absolut nicht mehr maßgebend. Darum meine ich, daß man eine gewisse Entschuldigung gegenüber der Abstimmung vom Jahre 1891 hieraus entnehmen könnte.

Aber, meine Herren, ich bin ganz offen: ich habe sehr bald, nachdem die Zollverträge abgeschlossen worden waren und in Wirkung traten, eingesehen, daß der Abschluß der Zollverträge ein politischer Fehler war, und ein Fehler von meinen Freunden und mir, damals dafür zu stimmen. Von diesem Moment ab scheide ich mich von den verbündeten Regierungen; denn ich muß in Anspruch nehmen für mich, daß ich einsichtsvoller gewesen sei als die verbündeten Regierungen, und daß ich den zweiten Schritt nicht mitmache, während die verbündeten Regierungen weiter in Konsequenz des ersten Schrittes Fehler zu machen gewillt sind, resp. schon gemacht haben.

Ich muß nun aber doch dem Herrn Reichskanzler eine Unterlassungssünde vorführen. Zu den Kompetenzen der verbündeten Regierungen und des Reichs gehört doch ganz unzweifelhaft die Währungsfrage. Und bezüglich dieser dem Wunsch der Landwirtschaft entgegenzukommen und hier mannigfache Abhilfe zu schaffen für die schweren Schäden, die der Landwirtschaft in anderer Richtung zugefügt worden sind, dazu wäre nach meiner Ansicht der Herr Reichskanzler wohl in der Lage gewesen.

Meine Herren, ich muß nun doch sagen, daß von uns wenigstens zweierlei unzweifelhaft bewiesen worden ist. Zunächst einmal, daß eine Schädigung der Reichsfinanzen durch Herabminderung der Zölle und den Abschluß der Handelsverträge eingeführt ist. Das wird sich jetzt ungefähr auf jährlich 40 Millionen Mark belaufen oder noch etwas mehr. Ganz leichthin gibt man aber 40 Millionen auch nicht weg nach meiner Ansicht, vor allem, da der Ausfall auf eine andere Weise aufgebracht werden soll und man über den Modus, wie ich glaube, noch recht uneinig ist.

Dann aber kann man das eine doch auch nicht in Abrede stellen — und das ist auch von Herrn v. Marschall wenigstens zugegeben worden —, daß der Zoll vom Ausland getragen wird. Wenn nun von diesem Zoll $1^1/_2$ ℳ genommen wird, dann ist der leidende Teil nicht das Ausland, sondern das Inland, also in diesem Falle die deutsche Landwirtschaft. Und wenn es auch bloß $1^1/_2$ ℳ sind, auf den Wispel sind es bereits 15 ℳ; und bei einem Preise von 123 ℳ sind 15 ℳ allerdings sehr viel empfindlicher als bei einem Preise von 240 ℳ (Sehr richtig! rechts.) Bei 123 ℳ sind 15 ℳ bereits $13^1/_3$ Prozent für Roggen, für Weizen, der 150 ℳ kostet, reichlich 10 Prozent. Diese 10 oder $13^1/_3$ Prozent kann der deutsche Landwirt jetzt absolut nicht entbehren. (Sehr richtig! rechts.) Deshalb, glaube ich, ist durch dieses ganz einfache Exempel mehr bewiesen worden, als der Herr Freiherr v. Marschall je mit seinen Gegenbeweisen zu erreichen in der Lage gewesen ist. (Sehr richtig! rechts.)

Dann hat Herr v. Bennigsen es für gut befunden, uns die Agitation vorzuwerfen, die wir bezüglich der agrarischen Bewegung in Szene gesetzt hätten, und vor dieser Agitation gewarnt und uns zugerufen, wir würden nicht im stande sein, diese Agitation in den richtigen Bahnen zu halten oder nach unseren Wünschen zu gestalten. Nun meine ich, ist doch Herr v. Bennigsen von allen Rednern in diesem Hause vielleicht am wenigsten berufen, uns derartige Vorhaltungen zu machen; ich erlaube mir, ihn nur daran zu erinnern, daß er es gewesen ist, der vor noch gar nicht sehr langer Zeit hier den sogenannten Rütlibund in Szene gesetzt hat und eine Agitation gegen das Volkswohl heraufbeschworen hat, die nach meiner Ansicht ein schweres nationales Unglück war.

Nun kann ich Sie versichern: von der Agitation, von der Sie reden, habe ich persönlich in meiner Gegend wenigstens absolut nichts verspürt. Die Erregtheit gegen die Handelsverträge, gegen den spanischen ebensogut wie gegen die anderen, ist bei uns ganz aus sich selbst heraus gewachsen durch die schwere Not der Zeit, und, wie ich schon ausgeführt habe, die Erregung wird noch mehr wachsen, die agrarische Strömung wird noch lebhafter werden durch die Abstimmungen, die jetzt vorgenommen sind. Wir brauchen absolut keine Agitation, die kommt ganz von selbst.

Nun wird ja, meine Herren, Ihnen wahrscheinlich ganz gleichgültig sein, was ich für meine Person hier vortrage. Das kann ich aber meinerseits nicht ändern; ich muß aber das eine hinzufügen, daß ich hier im Namen der gesamten konservativen Fraktion spreche; ich glaube, daß ich gesprochen habe im Namen meiner sämtlichen politischen Freunde, und nicht nur derer hier im Hause, sondern auch im Namen der weitaus meisten Konservativen

im Lande. Sollte aber die Strömung, die gegen die konservative Partei an gewissen Stellen herrscht und deutlich dokumentiert worden ist, so lebhaft sein, daß auch diese Ausführung nur geringen Eindruck macht, so möchte ich doch darauf aufmerksam machen, daß trotz der Ausführungen des Herrn v. Bennigsen gewiß 99 Prozent sämtlicher Landwirte Deutschlands auf meiner Seite stehen und das unterschreiben, was ich gesagt habe. Das wollen die Herren denn doch bedenken, darum bitte ich und das hoffe ich."

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Warum scheint mir der Bund der Landwirte bedenklich? Ich habe das schon einmal gesagt. Der Bund könnte nutzbringend wirken, wenn er zündende Gedanken, lichtvolle Ideen zu Tage förderte, die er uns gäbe, mit denen wir weiter kämen. Wir würden bereit sein, sei es nun der Reichskanzler, seien es die Regierungen der Einzelstaaten, diese Ideen zu ergreifen. Aber ich kann nur wiederholen, davon haben wir bisher nichts gemerkt.

Ich habe mich gewendet und wende mich auch heute gegen die agitatorische Methode, die eingeschlagen wird. Ich wiederhole heute noch einmal: es ist nicht konservativ, Majoritäten gegen Autoritäten ins Gefecht zu führen. Es ist nicht Recht, Massen gegen die Autorität der Regierung ins Gefecht zu führen. Die Regierung muß sich auf große Teile der Bevölkerung stützen. Wie unsere Parteilage, unsere Verhältnisse einmal sind, ist es ausgeschlossen, daß eine Regierung, sei es im Reich, sei es in den Einzelstaaten, sich auf eine einzelne Partei stützt. Auf welche denn, meine Herren? Sind Sie im stande, der Regierung eine Majorität zu geben, mit der regiert werden kann? Nein! Also seitdem ich die Ehre habe, im Amt zu sein, ist uns nichts anderes übrig geblieben, als den Versuch zu machen, das, was die verbündeten Regierungen für Recht halten, zu erreichen mit derjenigen Unterstützung, die für diesen Fall zu haben ist. Ich habe das ein anderes Mal mit den Worten ausgedrückt: wir werden das Gute nehmen, wo wir es finden. Das können Sie uns nicht übelnehmen. Das, was wir Ihnen vorschlagen, halten wir für das Gute, und wir nehmen die Unterstützung da an, wo sie uns gewährt wird. Daß ich persönlich sie gern von Ihnen gehabt hätte, das brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Leisten Sie mir die aber nicht, so suche ich sie wo anders. So sind wir weiter gegangen; wir sind immer unserem Ziel zugegangen und haben uns durch nichts irre machen lassen.

Daß der Gedanke, sich auf Majoritäten zu stützen, ein nach meiner festesten Ueberzeugung durchaus unkonservativer Gedanke ist, der die Vernichtung des konservativen Prinzips zur Folge hat, betone ich nochmals. Auch das Ansehen des Parlaments muß Schaden leiden, wenn Sie in der Anwendung dieses unrichtigen Gedankens so weit gehen, daß sie imperative Mandate annehmen. Wir haben die Herren Abgg. Grafen zu Limburg-Stirum und v. Ploetz als Verfechter dieses Gedankens gehört, bei der Gelegenheit, als sie jemand angriffen, von dem sie glaubten, daß er dem ihm erteilten und angenommenen imperativen Mandat nicht nachkäme. Es ist daher vielleicht nicht überflüssig, wenn ich den Art. 29 der Verfassung vorlese; denn wir machen ja alle Tage die Erfahrung, wie sehr — nicht hier im Hause, aber doch draußen — solche Dinge unbekannt sind. Er heißt: „Die Mitglieder des Reichstags sind Vertreter des gesamten Volks und an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden." Ich bin der Meinung, es war weise, diesen Artikel in die Reichsverfassung aufzunehmen, um so weiser, als die Verfassung uns das allgemeine Wahlrecht gab. Ein allgemeines Wahlrecht mit imperativen Mandaten führt ganz zweifellos auf die schiefe Ebene, vor der wir jahrelang in der „Kreuzzeitung" warnen hörten. Das ist unvermeidlich. Ich habe mir gedacht, daß ein Parlament aus den Besten

und aus den Weisesten der Nation zusammengesetzt sein muß. Daß ich die Ehre habe, die Besten vor mir zu sehen, kann keinem Zweifel unterliegen; ob es aber auch überall die Weisesten sind, wird mir in dem Augenblick zweifelhaft, wo man durch ein imperatives Mandat sich gegen Vorlagen binden läßt, die man noch nicht kennt. Das würde eine Weisheit voraussetzen, die das gewöhnliche Maß überschreitet und eine Art von Vorsehung wäre. Ich kann nicht annehmen, daß diese Inspirationsgabe weit verbreitet sein soll. Wenn Sie nun solche Mandate annehmen, so schädigen Sie, wiederhole ich, das Parlament. Das Ansehen des Deutschen Reichstags muß nach meiner Ueberzeugung sinken, wenn seine Thätigkeit beeinflußt wird durch Ordres, die er von den breiten Massen zu Hause bekommt; dann ist der Reichstag nicht mehr eine Autorität für das Volk, — er wird abhängig vom Volk. Und genau so geht es dem einzelnen Abgeordneten. Ich bin der Meinung, daß der Abgeordnete die Pflicht hat, auf den Wahlkreis einzuwirken. Gewiß, er muß hören, was haben meine Wähler für Interessen, welches ist ihre Stimmung? Er ist aber andererseits verpflichtet, seine in dem Verkehr mit den Kollegen, durch die Verhandlungen des Reichstags, durch seine tiefere Bildung gewonnene bessere Einsicht geltend zu machen.

Wenn Herr v. Manteuffel sagt, die gestrige Sitzung wird dahin führen, die agrarische Bewegung zu stärken, dann, meine Herren, bin ich eben der Meinung, es ist die Pflicht der Abgeordneten, diese agrarische Bewegung einzuschränken, die nicht so gut belehrten Wähler über die Lage der Sache aufzuklären. Aber das, was ich soeben hier aus den Zwischenrufen und Ihrem Gelächter heraus höre, das zeigt mir, daß Sie diesen Standpunkt nicht teilen, und daraus folgere ich nun erst recht: das, was Sie treiben, ist bedenklich, und Sie wollen dem gar nicht entgegentreten, Sie wollen von der Masse geleitet sein, Sie sehen in der Masse eine Kraft, die Sie vorwärts treibt!

Endlich hat der Freiherr v. Manteuffel die Währungsfrage berührt und mir den Vorwurf gemacht, daß ich darauf nicht eingegangen bin. Meine Herren, wenn das die letzte Patrone ist, die Sie gegen mich in dem Kampf verschossen haben, dann, muß ich sagen, kann ich es noch mit ansehen.

Ich bin nun auch in dieser Währungsfrage die bête noire geworden. Warum eigentlich? Was habe ich gethan? was habe ich verbrochen? Wo habe ich die Interessen Deutschlands geschädigt? Sie haben mir vorgeworfen, daß zur Zeit der Brüsseler Konferenz ich nicht das gethan hätte, was ich hätte thun müssen. Ich habe die Instruktion, die unsere Vertreter in Brüssel bekommen haben, hier laut und deutlich vorgelesen und ich habe nicht gesehen, daß gegen diese Instruktion irgend ein Angriff erfolgt wäre. Sie konnte damals gar nicht anders sein; die Regierung sah voraus, daß aus dieser Konferenz nichts herauskommen würde, — und warum wir uns an einem Fiasko aktiv beteiligen sollten, das sehe ich noch heute nicht ein!

Ich habe sodann noch einmal — ich bin verlegen um den Ausdruck — die Belehrung oder den Ratschlag, oder die Bitte — der Graf Mirbach hat mir gesagt, daß meine Belehrungen mindestens überflüssig wären; also ich bitte Sie selbst, für das, was ich jetzt sagen will, den mildesten Ausdruck zu wählen —: ich habe mir damals erlaubt, die Meinung auszusprechen, daß, den Bimetallismus agitatorisch zu betreiben, höchst bedenklich ist. Und diese Meinung halte ich auch noch heute aufrecht, und ich kann nur tief bedauern, wenn in der konservativen Partei diese Meinung nicht geteilt wird. Denn die Ueberzeugung werden Sie mir nicht nehmen, daß die Währungsfrage nicht geeignet ist, von Massen beurteilt zu werden, namentlich wenn sie ihnen so vorgetragen wird, wie das vielfach in spezifisch

bimetallistischen Schriften geschieht. Sie drängen damit eine Frage in die Bevölkerung, die, unverstanden, wahrscheinlich viel tiefer und schwerer wirkt, als wenn sie verstanden würde.

Das also sind meine beiden Sünden: die Brüsseler Konferenz und dieser Ratschlag. Im übrigen, meine Herren, wenn Sie dem Bimetallismus näher treten wollen, ergreifen Sie doch die Wege; Sie haben ja ein Gesetz eingebracht, wir werden uns darüber sprechen. Ich bin gar nicht starrsinnig in dieser Frage. Ich bin überzeugt, wir haben die beste Währung; aber ich würde mit mir reden lassen, wenn ich wirklich die Ueberzeugung gewänne, die ich zur Zeit nicht habe, daß durch eine Aenderung unserer Währung den Leiden eines großen Teils der Bevölkerung dauernd abgeholfen werden könnte. Ich kann noch nicht sagen, daß die Kaufkraft des Goldes so gestiegen wäre, daß dadurch ein schwerer Nachteil für die Bevölkerung, auch nur für die landwirtschaftliche Bevölkerung bestände, — auch wenn der Herr Abg. v. Staudy „Donnerwetter ja" sagt (große Heiterkeit links und in der Mitte); ich vermag noch nicht abzusehen, daß das Gold knapp geworden ist. Die Königlich preußische Regierung befaßt sich mit der Sache ebenso ernst, wie das Reich, und der preußische Herr Handelsminister hat Recherchen darüber angeordnet, wie es denn mit der Goldproduktion und dem Goldverbrauch steht. Sie können nicht erwarten, daß diese Recherchen von heute auf morgen einen Erfolg haben; das sind Recherchen, die bis Australien, bis ins Innerste von Afrika gehen, sich fast auf jeden Weltteil erstrecken. Warten wir doch einmal ab, wie das verläuft. — Ja, Herr Frhr. v. Manteuffel, Sie sagen: „sehr ruhig" (Zuruf rechts), — nun, da war es jedenfalls Ihr Herr Nachbar; jedenfalls bin ich gewohnt, die Zwischenrufe von diesen Plätzen zu erwarten. Also wir sollen nicht ruhig warten. Ja, meine Herren, wir könnten, auch wenn wir anders wollten, zur Zeit gar nichts anderes thun (sehr richtig! links), als ruhig abwarten. Wer von Ihnen will denn eigentlich veranlassen, daß die englische Regierung unter dem jetzigen Premierminister, der eine seiner größten und schärfsten Reden gegen den Bimetallismus gehalten hat, auf eine Aenderung der Währungsfrage eingeht? Bisher aber wenigstens — ich weiß nicht, ob ich jetzt eine Ausnahme nach der Richtung machen muß — ist die Welt darüber einig gewesen, daß eine Aenderung der Währungsfrage, ein Uebergang zum Bimetallismus ohne die Teilnahme von England nicht durchführbar sein würde. (Sehr richtig! rechts und in der Mitte.) Jedenfalls habe ich persönlich diese Ueberzeugung noch heute. Sie haben also kein Recht, aus meiner Haltung in der Währungsfrage den Vorwurf herzuleiten, ich wäre der Landwirtschaft nicht wohl gesonnen. Denn mindestens wird mir die überwiegende Mehrzahl von Ihnen zugeben müssen, daß, wenn ich auch der fanatischste Bimetallist wäre, im gegenwärtigen Augenblick es durchaus unmöglich ist, einen erfolgreichen Schritt auf dieser Bahn zu thun. Ich bitte Sie also, auch mit diesen Angriffen gegen meine Person etwas vorsichtiger zu sein.

15. Dezember. (Reichstag.) Der rumänische Handelsvertrag wird ohne namentliche Abstimmung definitiv angenommen.

15. Dezember. (Stuttgart.) Staatsrat v. Pischek wird zum Minister des Innern ernannt.

15.—21. Dezember. Meuterei in Kamerun vgl. Afrika.

16. Dezember. (Leipzig: Landesverratsprozeß.) Das Urteil gegen die beiden französischen Spione vor dem Reichsgericht

lautet gegen Dubois auf 6 Jahre, gegen Daguet auf 4 Jahre Festungshaft.

20. Dezember. Die „Kreuz-Zeitung" schreibt:

„Das Vorgehen des Reichskanzlers Grafen Caprivi gegen die Konservativen hat eine unüberbrückbare Kluft zwischen ihm und den Konservativen geschaffen. Die Entstehung dieser Kluft reicht weiter zurück; die Ausführungen, mit denen der Herr Reichskanzler das Tivoli-Programm der Konservativen aufnahm, ließ in konservativen Kreisen die Auffassung reifen, daß die Partei leider nicht in der Lage sein werde, mit dem leitenden Staatsmanne eine fruchtbare Politik fortzuführen. Wie berechtigt diese Auffassung war, das haben die Vorgänge der letzten Zeit klar erwiesen. Das Tafeltuch zwischen dem Reichskanzler und den Konservativen ist von ersterem zerschnitten. Hierüber darf kein Zweifel bestehen.

Hieraus ergibt sich als notwendige Konsequenz, daß die Konservativen zu dem leitenden Staatsmanne kein Vertrauen mehr haben.

Das konservative Interesse fällt mit den Lebensinteressen des Staats zusammen, deshalb existieren für uns keine Parteiinteressen, und darum ist der Vorwurf der Demagogie bedeutungslos. Dieser Vorwurf kann nur hervorgehen aus einer Auffassung, die von der konservativen grundverschieden ist."

22. Dezember. (Preußen.) Der Minister des Innern richtet an sämtliche Regierungspräsidenten einen Erlaß, der im „Staatsanzeiger" veröffentlicht wird. Er lautet:

„In dem allerhöchsten Erlaß vom 4. Januar 1882 sind die Grundsätze angegeben, welche den königlichen Beamten für ihr politisches Verhalten nicht nur bei den Wahlen, sondern unter allen Verhältnissen zur Richtschnur zu dienen haben. Die politischen Gegensätze und Kämpfe der Gegenwart, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet, geben mir Veranlassung, diesen allerhöchsten Erlaß in Erinnerung zu bringen und seine Beachtung wiederholt zur Pflicht zu machen.

Euer Hochwohlgeboren ersuche ich ergebenst, die Ihnen unterstellten Beamten hierauf hinzuweisen."

22. Dezember. Das christlich-konservative „Volk" schreibt:

„Der derzeitigen Reichsregierung ist in diesem Punkte alles zuzutrauen, denn ihr ist nicht mehr das Wohl des Vaterlandes oberste Richtschnur, sondern der „höhere Wille", wie es Herr v. Caprivi in rührender Offenheit bei einem parlamentarischen Essen ausplauderte, indem er meinte, die Konservativen müßten seine Politik unterstützen, die sei jedenfalls konservativ, denn er mache nicht seine eigene, sondern die Politik seines kaiserlichen Herrn. Damit ist allerdings der „Kadavergehorsam" des Herrn v. Caprivi von ihm selbst in das richtige Licht gestellt, und man wird künftig, wenn man den Namen des Kanzlers unter einem öffentlichen Aktenstücke prangen sieht, nicht mehr im Zweifel über dessen eigentlichen Ursprung sein. Insofern hat die Situation an Klarheit entschieden gewonnen. Es wird bei den jetzigen Regierungsinhabern immer mehr Mode, sich den Rücken mit der Krone zu decken, und doch verlangen sie, daß man den Träger derselben nicht in die Diskussion ziehen und nicht kritisieren solle. Ich halte diesen Grundsatz für durchaus verkehrt, und er wird wohl nicht lange aufrecht zu erhalten sein. Der Monarch ist nach dem Ausspruche eines großen Königs „der erste Diener im Staate" und als solcher der öffentlichen Kritik unterworfen, um so mehr, wenn er sich nicht wie ein Dalai-Lama zurück-

zieht, sondern überall selbstthätig ein- und angreift; Herr v. Caprivi scheint anzunehmen, daß ein Monarch nichts anderes als konservative Politik treiben könne; man sollte es allerdings annehmen, allein man hat auch Beispiele vom Gegenteil."

27. Dezember. Die „Kreuz-Zeitung" sucht um den Erlaß vom 22. herumzukommen, indem sie unterscheidet zwischen preußischer und Reichspolitik, wird aber von allen Seiten deshalb verspottet; sie schreibt:

„Mit Ausnahme weniger im Artikel 11 der Verfassung bestimmt bezeichneter Fälle, in denen der Kaiser persönlich handelt, sind es überall die im Bundesrat vertretenen verbündeten Regierungen, welche über Vorlagen an den Reichstag Beschluß fassen. Bei dem Stimmenverhältnis im Bundesrat kann es sehr wohl vorkommen, daß die durch die preußischen Mitglieder zum Ausdruck kommende Ansicht des preußischen Königs in der Minorität bleibt. Danach ist es eine entschiedene mißbräuchliche Deutung des Erlasses vom 4. Januar 1882, wenn man ihn auf die Reichspolitik anwendbar machen will. Er geht allein vom König von Preußen aus, wendet sich allein an die preußischen politischen Beamten, verlangt von ihnen allein „die Vertretung" der Politik des Königs von Preußen und zwar „auch bei den Wahlen". Er würde aber schlechthin in sein Gegenteil verkehrt werden, wenn die Beamten auch ohne weiteres für alle Maßnahmen des Bundesrats eintreten sollen. Darum enthält der Erlaß kein Wort davon, den Beamten auch die Vertretung des gesetzgeberischen Vorgehens der im Reich dafür verantwortlichen Faktoren zur Pflicht zu machen. Der Hinweis auf ihn durch den preußischen Minister des Innern will dies aber augenscheinlich thun. „Die politischen Gegensätze und Kämpfe der Gegenwart, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete", geben dem Grafen zu Eulenburg „Veranlassung", die „Beachtung" des Erlasses den Königlichen Beamten „zur Pflicht zu machen". Diese Worte sind überall so verstanden worden und können auch wohl kaum anders gemeint sein, als daß sie die preußischen Beamten auf Grund des Erlasses verpflichten wollen, auch für die augenblickliche Wirtschafts- und Handelspolitik der verbündeten Regierungen einzutreten oder ihr wenigstens nicht entgegenzutreten. Das widerspricht aber offenbar dem Wortlaut und Sinn des Erlasses vom 4. Januar 1882. Die jetzige Wirtschaftspolitik und Handelspolitik ist verfassungsmäßig nicht die des Königs von Preußen, auch nicht einmal die des Deutschen Kaisers, sondern sie würde selbst dann im Reiche geltend sein, wenn sie in ihren gesetzgeberischen Akten den persönlichen Intentionen des Königs und Kaisers nicht entspräche. Der Erlaß von 1882 hatte es vorsichtig vermieden, die preußischen Beamten auf etwas anderes zu verpflichten, als auf die Unterstützung der verfassungsmäßig persönlichen Politik des Königs von Preußen. Wir halten daher die erweiternde Anwendung des Erlasses durch den preußischen Minister des Innern für sehr bedenklich, weil sie den thatsächlichen verfassungsmäßigen Verhältnissen im Deutschen Reiche nicht entspricht."

II.

Die Österreichisch-Ungarische Monarchie.

1. Januar. (Ungarn.) Der Ministerpräsident Wekerle kündigt in einer Neujahrs-Ansprache schärfere Maßregeln gegen die Widerspenstigkeit der nicht-magyarischen Nationalitäten in Ungarn an.

11. Januar. Die ungarische Regierung schließt einen Konversions- und Anleihe-Vertrag mit der Rothschild-Gruppe ab.

24. Januar. (Wien.) Vermählung der Erzherzogin Margarethe Sophie mit dem Herzog Albrecht von Württemberg, dem präsumtiven Thronfolger.

26. Januar. Der Statthalter von Böhmen, Graf Thun, hält in Teplitz eine Ansprache, in der er sich selbst mit Nachdruck als einen Deutschböhmen bezeichnet.

4. Februar. (Wien.) Im Abgeordnetenhause des Reichsrats versammeln sich der Klub der vereinigten deutschen Linken, der Polenklub und der Klub der Konservativen. In sämtlichen drei Klubs geben die betreffenden Obmänner das Programm der Regierung bekannt. Dasselbe lautet:

Die Allerhöchste Thronrede vom 11. April 1891 hat die Hoffnung ausgesprochen, daß sich die laufende Session des Reichsrats als eine Periode erfolgreicher Arbeit erweisen werde, und hat zur Mitwirkung alle diejenigen aufgerufen, deren Ueberzeugung es ist, daß über den einzelnen Parteien die Gesamtheit, Staat und Volk, stehe und daß die Sorge für diese höchsten Interessen durch Parteibestrebungen niemals beirrt werden dürfe. Um diesen Intentionen der Allerhöchsten Thronrede gerecht zu werden, erscheint es jedoch nach den gemachten Erfahrungen notwendig, daß jene Parteien und Abgeordneten, welche dem an sie ergangenen Aufrufe mit patriotischer Bereitwilligkeit zu folgen entschlossen sind, in eine Koalition treten und hierdurch einen entsprechenden und gedeihlichen Fortgang der parlamentarischen Thätigkeit sichern. Die Regierung wendet sich daher an jene parlamentarischen Faktoren, welche den in der Allerhöchsten Thronrede entwickelten Anschauungen beipflichtend im Interesse der Gesamtheit ihren Parteibestrebungen Einhalt geboten und dies durch einen übereinstimmenden Be-

schluß über die Art der Beantwortung der Allerhöchsten Thronrede auch bethätigt haben. Damit sich jedoch jene parlamentarischen Faktoren, welche nach ihrer Auffassung der staatlichen Angelegenheiten für eine solche Koalition in Betracht kommen, bei voller Kenntnis der Absichten der Regierung über den Beitritt zu dieser Koalition zu entscheiden vermögen, erachtet es die Regierung für ihre Pflicht, unter Hinweis auf die in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 2. Dezember 1892 abgegebene Erklärung die Grundsätze klar auszusprechen, die sie bei der Führung der öffentlichen Angelegenheiten leiten. Ebenso wie die Regierung jederzeit bereit ist, im Sinne der auch von den Delegationen durchaus gebilligten auswärtigen Politik der österreichisch-ungarischen Monarchie, die Machtstellung des Reichs mit allen Mitteln zu wahren und zu kräftigen, somit auch für die Entwickelung der Wehrkraft voll einzustehen, hält sie rückhaltlos an dem gegenwärtigen gesetzlich geregelten Verhältnisse zur ungarischen Reichshälfte, wodurch die Organisation der Monarchie ihren dauernden Abschluß gefunden hat, fest. Die Regierung steht unverrückbar auf dem Boden der bestehenden Verfassung und ihrer Grundprinzipien und wird daher Aenderungen dieser Grundprinzipien nicht zustimmen. Die Verfassung bildet die feste Basis für die Entfaltung des gesamten politischen Lebens. Auf dieser Basis wird sich aber das politische Leben nur dann im Einklange mit dem österreichischen Staatsgedanken entwickeln, wenn die gesetzlich gewährleistete Autonomie der Königreiche und Länder, ebenso wie der nationale Besitzstand der einzelnen Volksstämme gewahrt und jedes Uebergreifen verhindert wird. Die Regierung erkennt an, daß die gesetzliche Regelung des Gebrauchs der Sprache in Amt, Schule und öffentlichem Leben — unter voller Berücksichtigung der der deutschen Sprache als allgemeinem Verständigungsmittel auch für die Zwecke der Verwaltung zukommenden Bedeutung — geeignet ist, die Herstellung des nationalen Friedens zu fördern. Die Regierung wird daher ein Einvernehmen zwischen den beteiligten Parteien hinsichtlich dieser Frage herbeizuführen bestrebt sein und eine auf ein solches Einvernehmen sich gründende eventuelle legislative Aktion unterstützen. Bis zu dem Zustandekommen eines solchen Gesetzes wird die Regierung — unter dem ausdrücklichen Vorbehalte der ihr zustehenden Kompetenz — innerhalb ihres administrativen Wirkungskreises Veränderungen des nationalen Besitzstandes thunlichst hintanhalten. Dies gilt ebenso für Entscheidungen des freien Ermessens, als für jene der administrativen Judikatur. Im letzteren Belange wird die Regierung, welche durch die geltenden Gesetze und Verordnungen gebunden ist, an der bestehenden langjährigen Uebung möglichst festhalten. Unser staatliches Leben erheischt jedoch nicht bloß die thunlichste Vermeidung nationaler Streitpunkte, sondern auch ein friedliches Verhältnis der einzelnen Konfessionen, Gesellschaftsklassen und Staatsbürger untereinander. Die Regierung wird daher religiöse Ueberzeugungen stets achten und schützen und Verhetzungen jeder Art mit Entschiedenheit entgegenzutreten wissen. Die Regierung hält die Zurückstellung kirchenpolitischer Fragen und der legislativen Behandlung von grundsätzlichen Aenderungen des Reichs-Volksschulgesetzes im Interesse des ruhigen Zusammenwirkens der beteiligten Parteien für erforderlich. Die Regierung wird jedoch bei der Anwendung des Reichs-Volksschulgesetzes den religiösen Gefühlen der Bevölkerung innerhalb der bestehenden Gesetze Rechnung tragen. In Fragen der religiösen Gefühle erkennt die Regierung lediglich das Gutachten der betreffenden kirchlichen Behörden als maßgebend an und wird deren Wünschen in dieser Hinsicht innerhalb der bestehenden Gesetze nach Thunlichkeit entgegenkommen. Die Allerhöchste Thronrede hat bereits darauf hingewiesen, daß die Aufgaben des wirtschaftlichen Lebens, welche nicht das Interesse einzelner Par-

teien, sondern die Sorge für die Gesamtheit uns auferlegt, durch die rasche Entwickelung in der Gegenwart besonders zahlreich und dringend geworden sind, und hat eine Reihe von Gegenständen aufgezählt, welche diesem Gebiete angehören. Einige der betreffenden Gesetzesvorlagen haben in dem abgelaufenen Sessionsabschnitte bereits ihre Erledigung gefunden, andere stehen in parlamentarischer Behandlung, oder sind noch in Ausarbeitung begriffen. Mit diesen Gegenständen ist aber die notwendige Thätigkeit auf wirtschaftlichem Gebiete in keiner Weise abgeschlossen. Es gesellt sich hierzu nicht bloß die stets erneute und bei den immerfort wachsenden Anforderungen auf allen Gebieten des staatlichen Lebens stets schwieriger und verantwortungsvoller sich gestaltende Sorge für die Erhaltung und Festigung des Gleichgewichts im Staatshaushalt, sowie für die erfolgreiche Durchführung der Regelung unseres Geldwesens und der gerechten Verteilung der Steuerlast; auch sonst lassen die gebotene, der naturgemäßen Entwickelung angepaßte Förderung der Produktion und des Verkehrs, die Notwendigkeit der Erhaltung und des Schutzes der Mittelstände auf allen wirtschaftlichen Gebieten, sowie der Förderung des Ausgleichs sozialer Gegensätze, und der Hebung der schwächeren Gesellschaftsklassen, endlich die Notwendigkeit, solchen Ausschreitungen des Eigennutzes, welche einem gesunden wirtschaftlichen Fortschritte schädlich sind, mit Ernst und Strenge entgegenzutreten, fortgesetzt neue Aufgaben entstehen, deren eifriger Erfüllung Gesetzgebung und Verwaltung, welche auf der Höhe der Anforderungen schwieriger Zeitverhältnisse stehen wollen, sich durchaus nicht entschlagen können. Endlich bildet auch die gebotene Fortbildung des Civil- und Strafrechts den Gegenstand großer legislativer Arbeiten. Nach den eben entwickelten Grundsätzen wird die Regierung vorgehen. Hierzu bedarf sie einer festen parlamentarischen Unterstützung. Sie erwartet bei dem Umstand, als keine der vorhandenen Parteien für sich allein diese Unterstützung gewähren kann, daß die staatserhaltenden gemäßigten Parteien und Abgeordneten gleicher Gesinnung in eine den Anschauungen der Regierung beipflichtende Koalition treten werden. Soll diese Koalition thatsächlich feste Majoritäts-Verhältnisse im Abgeordnetenhaus schaffen, so benötigt sie eines Organs aus ihrer Mitte, dem die Aufgabe zufiele, die Verbindung mit der Regierung ständig aufrecht zu erhalten und die gemeinsamen parlamentarischen und politischen Angelegenheiten zu ordnen.

Nach längerer Beratung faßte darauf der Klub der vereinigten deutschen Linken folgenden Beschluß:

„Das mitgeteilte Programm der Regierung enthält vorerst die Einladung zur Bildung einer Parteikoalition, sodann eine Reihe von Grundsätzen, von welchen die Regierung sich bei der Führung der öffentlichen Geschäfte leiten lassen zu sollen erklärt. Die vereinigte deutsche Linke hält noch immer dafür, daß eine Koalition von staatserhaltenden, nicht durch große innere Gegensätze geschiedenen Parteien eine gedeihliche Entwickelung unserer politischen und parlamentarischen Verhältnisse herbeiführen und verbürgen würde; sie kann jedoch mit solchen Parteigruppen und Abgeordneten, welche gegenüber den Grundanschauungen der Partei bisher eine gegensätzliche Stellung eingenommen haben, ohne Preisgebung ihrer eigenen Ueberzeugung eine Koalition nicht eingehen. Die Partei nimmt den Inhalt des Regierungsprogramms zur Kenntnis und konstatiert, daß jene Sätze, welche sich auf die Bekräftigung der auswärtigen Politik und des staatsrechtlichen Verhältnisses zu Ungarn, sowie auf die Aufrechterhaltung der Grundprinzipien der Verfassung, die Erhaltung des nationalen Besitzstandes der Deutschen, die reichsgesetzliche Regelung der Sprachenfrage mit Anerkennung der

der deutschen Sprache zukommenden besonderen Stellung und die Aufrechterhaltung der Grundsätze des Reichs-Volksschulgesetzes, dann die Erhaltung des sozialen und konfessionellen Friedens beziehen, den grundlegenden Anschauungen der Partei entsprechen, für welche dieselbe jederzeit eingetreten ist und welche sie auch künftighin mit Entschiedenheit vertreten wird. Dagegen rufen die im Programme enthaltenen weitergehenden Vorbehalte bezüglich der Rechte der Exekutive und der administrativen Praxis ernste Bedenken wach; gilt dies schon von der Sprachenfrage, so halten wir uns überdies insbesondere bezüglich der Schulverwaltung für verpflichtet, ausdrücklich zu erklären, daß die religiösen Gefühle der Bevölkerung, die wir hochhalten und geschützt wissen wollen, durch die bestehende Reichs- und Landesgesetzgebung über die Schule keinerlei Beeinträchtigung erfahren, daß wir daher eine administrative Praxis, welche dem Geist und lebendigen Inhalte des Reichs-Volksschulgesetzes widersprechen würde, unmöglich gutheißen könnten. Die Partei erklärt bei diesem Anlasse, daß sie im Interesse der Lösung einer der wichtigsten Aufgaben der inneren Politik, für welche zugleich bindende Verpflichtungen vorliegen, die Bestrebungen der deutschböhmischen Abgeordneten auf wirksame Fortführung der Ausgleichsaktion, insbesondere aber der nationalen Bezirksabgrenzung in Böhmen nach wie vor mit aller Macht unterstützen wird. Das politische Verhalten der Partei gegenüber der Regierung wird wesentlich von der Art der Handhabung der im Programm aufgestellten Sätze, sowie von dem allgemeinen Geiste der Verwaltung abhängig sein; bei Beratung der einzelnen sachlichen Regierungsvorlagen wird sich die Partei die freie Hand wahren und dabei sich auch ihrerseits von dem aufrichtigen Bestreben leiten lassen, wirtschaftliche, gewerbliche, Verkehrs- und sozialpolitische, sowie Justiz- und Steuerreformen zu fördern."

Der Polenklub nahm das Regierungsprogramm für die Bildung einer Mehrheit zur Kenntnis und erklärte sich bereit, die Regierung im Sinne des Programms zu unterstützen; sachliche Prüfung, sowie die Entscheidung über die einzelnen Vorlagen behielt sich der Klub jedoch vor.

Der konservative Klub nahm das Programm gleichfalls zur Kenntnis, sprach aber sein Bedauern darüber aus, sehr ernste Bedenken gegen verschiedene Punkte des Programms vorbringen zu müssen. Der Klub behielt sich eine sachliche Prüfung der Vorlagen vor und erklärte, keinen Anlaß zu haben, seine Stellung gegenüber der Regierung zu ändern.

16. Februar. (Österreichisches Abgeordnetenhaus.) Der Jungtscheche Vasaty greift den Präsidenten des obersten Gerichtshofes, Stremayr, auf heftigste an wegen eines Erlasses, worin die nichtdeutschen Sprachen als „fremde Sprachen" bezeichnet waren. Unter steigendem Tumult der Jungtschechen wird der Erlaß verlesen und aus dem Lärm heraus ruft der Jungtscheche Graf Kaunitz: „Unverschämte Beamtenbagage!"

27. Februar. Bei der Wahl eines Landtagsabgeordneten für

die Städtebezirke Stockerau, Korneuburg, Oberhollmbrunn wird der Deutschliberale Freiherr v. Czedik mit 598 Stimmen gewählt. Der Deutschnationale Knotz erhält 406 Stimmen.

Im niederösterreichischen Landtag wird ein Gesetz angenommen mit 37 gegen 24 Stimmen, betreffend Abänderung des Wiener Gemeindestatuts, wodurch es künftig einer verhältnismäßig kleinen Fraktion (im speziellen Fall den Antisemiten) unmöglich gemacht werden soll, durch Fernbleiben von den Sitzungen eine chronische Beschlußunfähigkeit des Gemeinderats herbeizuführen.

3. März. (Pest.) Das Abgeordnetenhaus stimmt der Erhöhung der Diäten der Abgeordneten auf jährlich 2400 Gulden und 800 Gulden Wohnungsgelder zu.

Anfang März. Nachdem Plener eine gegen die Tschechen versöhnliche Parlamentsrede gehalten, wird viel über eine bevorstehende Verständigung zwischen Deutschen und Jungtschechen gesprochen.

Der Abg. Sommaruga erklärt im Bürgerverein, eine deutsch-jungtschechische Verbindung sei vorläufig eine Utopie; vorerst müßte der nationale Ausgleich geschaffen werden, das böhmische Staatsrecht müßte aufgegeben werden, ehe die Deutschen mit den Jungtschechen sich vereinigen könnten.

13. März. (Troppau.) Bei der Reichstagstichwahl siegt der Deutschliberale Demel mit nur 15 Stimmen Majorität über den Deutschnationalen Dr. Pommer.

17. März. (Wien.) Das Abgeordnetenhaus beschließt unter Zustimmung der Regierung einstimmig eine Ehrendotation für den bisherigen Präsidenten Smolka, der sich hochbetagt von seiner Thätigkeit zurückzieht.

17. März. (Pest: Abgeordnetenhaus.) Ministerpräsident Dr. Wekerle erklärt, die Regierung betrachte die Durchführung ihres kirchenpolitischen Programms als conditio sine qua non ihres Bestandes.

Tags zuvor hatte sich der Ministerpräsident in eingehender Weise über die vom Abgeordneten Asboth angeregte Frage einer Inanspruchnahme der römischen Kurie durch den früheren Ministerpräsidenten Koloman Tisza ausgelassen. U. a. bemerkte Herr Dr. Wekerle:

„Die Thatsache an sich, daß in gewissen Fragen, welche das religiöse Empfinden betreffen oder damit zusammenhängen, der Einfluß des Heiligen Stuhles in Rom in Anspruch genommen wird, kann nicht in dem Maße bemängelt werden, daß sie sofort als Einmischung in die inneren Angelegenheiten oder gar als unpatriotisch deklariert werden müßte (Zustimmung rechts), und jeder Regierung die Pflicht auferlegt wird, wenn etwas derartiges einmal geschehen ist, die Sache sofort aufzuklären. (Rufe auf der

äußersten Linken: Weshalb hat man es geleugnet?) Die Inanspruchnahme der römischen Kurie ist auch in anderen Staaten erfolgt. .... Da die vom Abg. Asboth aufgeworfene Frage mit der Verantwortlichkeit der gegenwärtigen Regierung in keiner Weise zusammenhängt, so kann ich mich nicht veranlaßt sehen, die auf diese Angelegenheit Bezug habenden Akten, welche teils vertraulichen Charakters sind, teils geradezu einen privaten Charakter besitzen und halbamtlich sind, vor die Oeffentlichkeit zu bringen. (Lebhafter Beifall und Zustimmung links und auf der äußersten Linken.) .... Es ist richtig, geehrtes Haus, daß am 24. März 1884 ein halbamtlicher, „Privatschreiben" genannter, mit gar keiner Nummer versehener Brief an unseren beim Heiligen Stuhle in Rom akkreditierten Botschafter gerichtet wurde. In diesem Aktenstücke wurde weder verlangt, wie es der Herr Abg. Pazmandy soeben erwähnte, daß die Regierung bei den Wahlen unterstützt werde (Zurufe auf der äußersten Linken: Das hat er nicht gesagt! Gegenrufe rechts: Ja wohl, das hat er gesagt!), noch auch wurde ein Versprechen nach der Richtung gegeben, daß der zurückgezogene Gesetzentwurf oder eine ähnliche Vorlage nicht wieder werde eingebracht werden. Dieser Brief ist informativer Natur, und es wurde in demselben der Wunsch ausgesprochen, daß der Heilige Stuhl auf das leidenschaftliche Auftreten des Klerus mäßigend einwirke. (Große Bewegung; Heiterkeit links und auf der äußersten Linken.) Auf die weitere Frage jedoch, die eigentlich uns angeht, ob dieser Privatbrief auf Initiative der ungarischen Regierung nach Rom gesendet wurde, ist meine Antwort die (stürmische, aufgeregte Rufe: Hört, hört!), daß, wie aus jenem Schreiben hervorgeht, in demselben der Name des damaligen Kultus- und Unterrichtsministers erwähnt wird. In dem Archive der ungarischen Regierung befindet sich auch kein wie immer geartetes Aktenstück über diese Angelegenheit, denn dieser Brief wurde auf mündliche Aufforderung verfaßt. (Große Bewegung; Heiterkeit links und auf der äußersten Linken.) Ob der damalige Herr Ministerpräsident davon Kenntnis gehabt, ja oder nein, darüber bietet der Brief selbst keine Aufklärung." (Neuerliche Bewegung; lebhafte Heiterkeit links und auf der äußersten Linken.)

17. März. (Wien.) Der Jungtscheche Dr. Slavik bringt im Abgeordnetenhause einen Antrag ein auf Einführung des allgemeinen Stimmrechts und Vermehrung der Zahl der Abgeordneten auf 400; vorausgeschickt ist dem Antrage eine Rechtsverwahrung, wonach die Tschechen den rechtlichen Bestand der gegenwärtigen Reichsverfassung negieren und die Restituierung der Rechte der böhmischen Krone anstreben.

Die „Narodny listy" stellen eine Berechnung auf, derzufolge nach der geplanten Wahlordnung von den 400 Reichsratsmandaten 244 den Slawen, 145 den Deutschen und 11 den Italienern zufallen würden. Von den 244 Mandaten der Slawen kämen 92 auf die Tschechen, 63 auf die Polen, 52 auf die Ruthenen, 4 auf die Rumänen, 12 auf die Serbo-Kroaten und 21 auf die Slowenen. In Böhmen würden 62 Tschechen und 36 Deutsche, in Mähren 27 Tschechen und 11 Deutsche, in Schlesien 2 Tschechen und 5 Deutsche, in Niederösterreich 1 Tscheche und 44 Deutsche gewählt werden.

20. März. (Wien: Abgeordnetenhaus.) Wahl des ersten Präsidenten. Die Jungtschechen und Kroaten enthalten sich der Abgabe von Stimmzetteln. Bei der Wahl lauten 224 von 249 Stimmzetteln auf Ritter v. Chlumecky, 24 Zettel waren unbeschrieben,

Zum ersten Vizepräsidenten wird Kathrein mit 202 von 243 Stimmen, zum zweiten Vizepräsidenten Madeyski mit 184 von 207 Stimmen gewählt. Bei der letzteren Wahl enthält sich ein großer Teil der Polen und ein Teil der Konservativen der Stimmabgabe.

20. März. (Wien: Abgeordnetenhaus.) Der Justizminister bringt den Entwurf der neuen Civil-Prozeßordnung ein.

Ende März. (Ungarn.) Der Kaiser genehmigt die neue Verfassung für die Protestanten Augsburgischer Konfession, nach welcher vor einem Pastor geschlossene Mischehen zwischen Juden und Protestanten rechtsgültig sind.

8. April. (Triest.) Der Gemeinderat wird aufgelöst.

11. April. (Wien.) Empfang Stambulows beim Kaiser. Vgl. Bulgarien.

13. April. (Prag.) Im Landtage wird eine Regierungsvorlage eingebracht, betreffend die Ausscheidung des Gerichtsbezirkes Laun aus dem Brüxer Gerichtsbezirk, der Ortschaften Libochowitz und Raudnitz aus dem Leitmeritzer Gerichtssprengel, sowie die Errichtung eines Kreisgerichts in Schlan.

15. April. (Prag: Landtag.) Der Antrag des Abg. Solc, betreffend die Erlassung eines Gesetzes über den Gebrauch beider Landessprachen bei den öffentlichen Behörden in Böhmen, wird einhellig einer Spezialkommission zugewiesen.

17. April. (Wien.) Bei den Gemeindewahlen des ersten Wahlkörpers, bisher fast unbestrittene Domäne der liberalen Partei, werden 40 Liberale, 6 Antisemiten gewählt. Die Antisemiten besitzen nunmehr 46 Gemeinderatsmandate, ein volles Drittel der ganzen Körperschaft.

18. April. (Pest.) Das Abgeordnetenhaus beendigt die Budgetberatung. Dem Ministerpräsidenten Wekerle wird aus diesem Anlaß eine stürmische Ovation dargebracht. Wekerle legt sodann das nach dem Ergebnis der Budgetdebatte festgestellte Budgetgesetz pro 1893 vor, welches mit 486,183,521 fl. in den Ausgaben und mit 486,653,643 fl. in den Einnahmen abschließt. Der Überschuß beträgt sonach 470,122 fl.

26. April. (Ungarisches Abgeordnetenhaus.) Die Regierung beginnt mit der parlamentarischen Durchführung ihres kirchenpolitischen Programms. Es sind zunächst zwei Vorlagen, welche der Beratung der Volksvertretung unterbreitet werden: Kultusminister Graf Csaky hat den Gesetzentwurf über die Rezeption der

Juden, und der Minister des Innern Hieronymi das Gesetz über die obligatorische Einführung der Civilmatrikeln vorgelegt.

Bei beiden Gesetzen kann es genau genommen als zweifelhaft gelten, ob man sie als „kirchenpolitische" Maßnahmen im engeren Sinn bezeichnen darf. Bei der Vorlage über die Judenrezeption handelt es sich nämlich durchaus nicht um irgend eine Erweiterung der Emanzipation der Juden, denn diese ist schon seit 1868 nach allen Richtungen hin hergestellt, es handelt sich vielmehr darum, an Stelle der bestehenden Erlasse und der in der Verwaltungspraxis zur Geltung gekommenen Usanzen ein umfassendes Gesetz zu schaffen, welches durch übersichtliche und logisch korrekte Anordnung in die ganze Materie mehr Klarheit und Sicherheit bringt. In der Vorlage über die Civilmatrikeln aber ist der rein verwaltungstechnische Gesichtspunkt so stark wie möglich betont, um, soweit es irgend anging, jeden Gedanken an einen willkürlichen Eingriff in das kirchliche Leben fernzuhalten.

3. Mai. Der Schriftführer des Polenklubs, Abg. Dr. v. Lewicki, erstattet seinen Wählern in Przemysl einen Bericht über die parlamentarische Lage, in welchem er sich bezüglich des Verhältnisses der Polen zu den anderen Parteien folgendermaßen äußert:

„Der Polenklub fühlt sich der Tradition gemäß als Delegation des galizischen Landtages und hat die Aufgabe, die polnischen Interessen in Wien zu vertreten. Diese Tradition hat der Polenklub im Jahre 1879 durch seinen Eintritt in den Eisernen Ring verletzt. Erst jetzt haben die Polen ihre Aktionsfreiheit wieder erlangt. Der Polenklub beabsichtigt nicht, die Bildung einer Parlamentsmehrheit zu hindern, aber er hat andrerseits keinen Grund, zur Organisation der Majorität die Initiative zu ergreifen. Der Polenklub will freie Hände haben, um gegebenenfalls beim Anschluß an irgend eine Majorität sich die Erweiterung der galizischen Landes-Autonomie zu sichern. So wie sich die Polen von den Einflüssen der Regierung des Grafen Taaffe freizuhalten gedenken, so werden sie auch den Einfluß irgend welcher Partei, und selbst der Hohenwart-Partei, nicht dulden. Dem Hohenwart-Klub bewahren die Polen ein dankbares Andenken im Hinblick auf die zwölfjährige Waffengenossenschaft. Beide Klubs werden jedoch durch Meinungsverschiedenheiten in betreff der konfessionellen Schule und der Begünstigung des rumänischen Elements zum Nachteile der Polen getrennt. Fürst Schwarzenberg habe als der Erste Galizien den schmerzlichen Vorwurf: „Passives Land!" entgegengeschleudert; dann debutierte er mit der reaktionären Sentenz, daß das Parlament noch nicht das letzte Wort über die Regierungsform habe, wobei er die Perspektive des aufgeklärten Absolutismus eröffnete. Diesem Fürsten imponieren in der äußeren Politik am meisten die Ideen des Grafen Hübner, des Fürsten Metternich und des Fürsten Windischgrätz, und er hat in seiner Rede im Katholischen Vereine in Prag sich als Gesinnungsgenosse Vaschatys manifestiert. Mit dem Jungtschechenklub haben die Polen nichts gemein, da die Jungtschechen die nationale Zwietracht säen und für die russisch-österreichische Allianz schwärmen. Von der Vereinigten Linken werden die Polen durch Stammesverschiedenheit, durch jahrzehntelange Kämpfe und die dadurch entstandenen Ueberlieferungen, sowie durch gegenseitige Vorurteile geschieden. Vereinigen könnte beide Parteien die Uebereinstimmung in der auswärtigen Politik und die Sicherstellung einer Autonomie-Erweiterung für Galizien."

3. Mai. Reise des Kaisers nach Pest. Glänzender Empfang.

9. Mai. (Pest: Oberhaus.) Nach Graf Szaparys Rede beantragt Desewffy ein formelles Mißtrauensvotum und Ablehnung des Budgets. Bischof Schlauch entwickelt aufs eingehendste die Geschichte des kirchlichen Programms der Regierung und kennzeichnet die Gefährlichkeit desselben. Minister Csaky führt die amtlichen Dokumente an, wonach der frühere Fürstprimas ganz freiwillig die Ausfolgung der Matrikelauszüge weggetaufter Kinder anordnete, und erklärt, er habe dreimal demissioniert, jedesmal hätten sich aber die kompetentesten Faktoren geweigert, seine Demission anzunehmen; er erachte es daher als Ehrenpflicht, auszuharren und die Prinzipien seiner Überzeugung geltend zu machen. Der Staat könne sich nicht vor einer Konfession beugen. Die Lösung sei nur dann für den konfessionellen Frieden günstig, wenn der Kirche Freiheit in ihrem eigenen Wirkungskreis gelassen, dasselbe aber auch dem Staat für seine Sphäre gewährleistet werde. Anton Zichy und Paul Szontagh treten für Bewilligung des Budgets ein, Superintendent Teutsch für Erhaltung des Gesetzes von 1868; Nikolaus Zay spricht sich gegen das Budget aus.

10. Mai. (Pest.) Das Oberhaus genehmigt mit überwiegender Majorität das Budget und nimmt sodann mit 85 gegen 56 Stimmen den Antrag Geza Szaparys an, wonach das Haus das kirchenpolitische Programm der Regierung nicht billigt und demselben seine Zustimmung verweigert.

15. Mai. (Pest: Abgeordnetenhaus.) Abg. Polonyi meldet eine dringende Interpellation in der Angelegenheit des Verbots der Teilnahme der Offiziere an der Enthüllungsfeier des Honved-Denkmals an. Der Ministerpräsident Dr. Wekerle erklärt, der Reichskriegsminister habe in dem von ihm erlassenen Verbot in höchsten Ehren und mit größter Pietät der 1848/49 gefallenen Honveds gedacht; das Recht des Reichskriegsministers zu einem die gemeinsame Armee betreffenden Erlaß stehe außer allem Zweifel. Für die bezüglich des Erlasses ausgesprochene Befürchtung politischer Demonstrationen treffe nicht die Regierung, sondern vielmehr das Verhalten der Unabhängigkeitspartei die Verantwortung.

15. Mai. Im böhmischen Landtage geraten die Jungtschechen in große Erregung infolge der Mitteilung des Oberst-Landmarschalls Fürsten Lobkowitz, daß mit Unterbrechung der Budgetdebatte der Kommissionsbericht, betreffend die Errichtung eines Kreis-

gerichts in Trautenau auf die Tagesordnung der Sitzung vom Mittwoch werde gestellt werden. Die Jungtschechen suchen den Oberst-Landmarschall am Weitersprechen zu verhindern. Derselbe erklärt hierauf, eine Deputation der Jungtschechen habe bei ihm den Wunsch nach Vertagung der Angelegenheit, betreffend Trautenau vorgebracht, alle anderen Parteien des Hauses hätten aber erklärt, daß sie auf eine baldige Verhandlung wert legen. Da dieser Wunsch der Mehrheit respektiert werden müsse, so gelange die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung. Da diese Erklärung aufs Neue einen Tumult hervorruft, schließt der Oberst-Landmarschall die Sitzung.

In der Adreßkommission des Landtages begründet der Jungtscheche Gregr seinen Adreßentwurf. Graf Schoenborn erklärt, der Großgrundbesitz entsage dem staatsrechtlichen Gedanken nicht, doch sei eine Realisierung des Staatsrechts nur möglich, wenn sich in Böhmen eine neue Volkspartei bilden werde. Er beantragt den Übergang zur Tagesordnung, da keine Änderung eingetreten sei, welche die Überreichung einer Adresse begründete. Mattusch erklärt sich gegen die Adresse, solange die deutschen Abgeordneten an ihrem Widerspruch gegen dieselbe festhielten. Solange die Deutschen gegen das Staatsrecht seien, sei eine Verwirklichung desselben unmöglich. Er bedauere die Entfernung der deutschen Abgeordneten aus der Adreßkommission, da hierdurch eine Aufklärung der Deutschen über das Staatsrecht unmöglich gemacht sei. Prinz Friedrich v. Schwarzenberg spricht ebenfalls sein Bedauern über diese Entfernung aus.

17. Mai. (Pest.) Im Abgeordnetenhause bringt der Kultusminister unter lebhaften Ovationen des ganzen Hauses einen Gesetzentwurf über die freie Religionsübung ein. Die Hauptbestimmungen desselben sind:

Jede Religion darf frei bekannt und geübt werden innerhalb der durch die Sittengesetze gezogenen Schranken. Zu einer religiösen Handlung darf niemand gezwungen werden. Die Beschränkungen in der Amtsbefähigung durch die Religion werden abgeschafft. Kirchliche Strafen dürfen wegen Befolgung gesetzlicher Bestimmungen nicht verhängt werden. Jede Konfession kann unter Einreichung detaillierter Vorschriften um die gesetzliche Rezipierung einkommen, worauf dieselbe mit den anderen Religionen gleichberechtigt ist. Die Kirche darf keine körperliche, keine Gefängnis- oder Geldstrafe verhängen und darf Grundbesitz nur zu kirchlichen und Schulzwecken erwerben. Die Geistlichen müssen Ungarn sein und eine in Ungarn anerkannte Befähigung besitzen. Der Minister kann die Entfernung der Geistlichen wegen Staatsfeindlichkeit verlangen. Sollte die Gemeinde nicht gehorchen, so wird sie aufgelöst. Mehrere Gemeinden müssen eine höhere Organisation haben, welche sie der Behörde gegenüber vertritt, doch darf das

Oberhaupt kein Ausländer oder keine ausländische Behörde sein; auch darf die Kirche von keiner ausländischen Person oder ausländischen Behörde abhängen. Die Regierung wacht über die ordentliche Gebahrung und Einhaltung der Statuten. Wer konfessionslos wird, muß zuvor die Rückstände bei der Konfession, der er früher angehörte, beglichen haben. Auch die Konfessionslosen, sowie die Fremden dürfen sich zu gemeinsamen Religionsübungen vereinigen.

17. Mai. (Prag.) Großer Skandal im Landtag.

Als die Sitzung eröffnet wurde, fehlten die Jung- und Alttschechen. Die Deutschen und die Abgeordneten des Großgrundbesitzes waren vollzählig anwesend. Kaum war der Oberst-Landmarschall Lobkowitz im Saale erschienen, um die Sitzung zu eröffnen, ersuchte Abg. Dr. Engel ums Wort und verlangte die Auszählung des Hauses. Der Oberst-Landmarschall erwidert, daß es seine Sache sei, zu bestimmen, wann eine Auszählung vorgenommen werden solle oder nicht. Da sie aber von zwei Seiten verlangt werde, so wolle er das Haus auszählen lassen. Es wird sodann konstatiert, daß 137 Abgeordnete anwesend seien, daß also das Haus beschlußfähig sei.

Bevor jedoch der Oberst-Landmarschall zur Beratung der Tagesordnung übergehen will, erscheinen sämtliche Jung- und Alttschechen wieder im Saale. Nun sollte der Berichterstatter über die Errichtung eines Kreisgerichts in Trautenau, Dr. Funke, das Wort ergreifen. Zuvor verlangt jedoch dasselbe „zur Geschäftsordnung" der Abg. Kutschera. Er bittet den Oberst-Landmarschall auf das Dringendste, diesen Gegenstand von der Tagesordnung abzusetzen und zur Verhandlung des Budgets zu schreiten. Die Abgrenzungsvorlagen und die Vorlage, betreffend die Errichtung eines Kreisgerichts in Trautenau, haben die höchste Erbitterung des tschechischen Volkes hervorgerufen. Er spreche im Namen des böhmischen Volkes, das in diesen Vorlagen den Beginn der Zerreißung des Landes und der Verdrängung der tschechischen Sprache aus tschechischem Gebiete erblicke. Der Oberst-Landmarschall erwidert mit einer Erklärung, in der er sagt, ein Abgeordneter habe nicht das Recht, „im Namen des Volkes oder des Landes" zu sprechen. Nur der Landtag selbst, resp. die Majorität desselben, vertrete die Meinung des Königreiches. Die Jungtschechen begleiten diese Erklärung des Oberst-Landmarschalls mit heftigen Zwischenrufen. Dr. Gregr ruft: „Es ist ein gefälschter Landtag!" Andere Jungtschechen rufen: „Das ist nicht die Vertretung des Königreichs Böhmen!" Auch die Großgrundbesitzer werden von den Jungtschechen apostrophiert; sie schreien: „Ihr habt kein Recht, hier zu sitzen!" „Ihr seid nicht das Land!" ꝛc. In diesem Lärm verlangt nun der Abg. Dr. Herold das Wort „zur Geschäftsordnung". Der Oberst-Landmarschall verweigert ihm jedoch dasselbe und fordert den Berichterstatter Dr. Funke zum zweitenmale auf, sein Referat zu erstatten. Dies gibt den Anlaß zu dem eigentlichen Tumult, auf den es offenbar abgesehen war. Die jungtschechischen Abgeordneten ziehen die Schubladen aus den Pulten, schlagen mit denselben auf, erheben die Fäuste und stampfen mit den Füßen — kurz es entsteht ein betäubender Lärm. Die Jungtschechen machen einen so ungeheuren Lärm, daß der Oberst-Landmarschall nicht zu Worte kommen kann. Hierauf läßt der Oberst-Landmarschall die Stenographen an den Berichterstattertisch des Abg. Dr. Funke treten und Dr. Funke diktiert ihnen seinen Antrag. Wie die Jungtschechen dies sehen, verlassen sie ihre Plätze und dringen lärmend an den Berichterstattertisch, stoßen die Stenographen fort, zerreißen ihnen die Papiere, ballen die Papiere zusammen und werfen sie nach dem Berichterstatter und den Stenographen. Sie erwischen auch die Akten der Kanzleibeamten des Landtages, schleudern sie

zu Boden, werfen die Urne um ꝛc. Mit der Gewalt der Fäuste bahnen sie sich sodann den Weg bis zum Oberst-Landmarschall, welcher sich ihnen entgegenstellt, und schreien ihm zu: „Herunter mit ihm!“ Der Großgrundbesitz und die Deutschen umgeben den Berichterstatter, und der Oberst-Landmarschall verläßt schließlich mit dem Prinzen Ferdinand Lobkowitz und dem Grafen Buquoy, lebhaft gestikulierend, den Saal, während der Statthalter von seinem Platze aus eine Depesche abfertigt, welche der Bezirkskommissär hinausträgt. Es entsteht nunmehr eine zwanzig Minuten lange Pause, da der Oberst-Landmarschall nicht im Saale ist. Nach halb 1 Uhr erscheint der Oberst-Landmarschall wieder und verkündet, daß nach der vorgegangenen Störung die Sitzung aufgehoben sei. Hierauf verläßt er sofort wieder den Saal. Die Großgrundbesitzer und die Deutschen folgen langsam, während die Jungtschechen nicht vom Platze weichen und schreien, man wolle sie hinters Licht führen, und die Sitzung hinter ihrem Rücken wieder eröffnen. Sie verlangen, zu wissen, wann die nächste Sitzung sein werde. Da sie hierauf keine Antwort erhalten, schreien sie wild durcheinander; schließlich erklärt Dr. Herold, man müsse auf der Hut sein, es dürfe keine Sitzung stattfinden, ehe sie nicht bekanntgegeben werde. Gregr macht den Vorschlag, sich in den jungtschechischen Klub zu begeben, was auch geschieht. Im Klub warten sie die neue Sitzung ab.

18. Mai. (Wien.) Das offiziöse „Fremdenblatt“ nennt die Jungtschechen eine Pöbelpartei, gegen deren Kriegsruf die gesetzliche Ordnung zu schützen Aufgabe der Deutschen und des Adels sei. Die Geschicke Böhmens dürften nicht den Gregr und Vasaty überantwortet werden.

18. Mai. Der böhmische Landtag wird durch Verordnung des Kaisers geschlossen.

19. Mai. (Pest.) Die Unabhängigkeitspartei löst sich auf. Ein Teil, wesentlich protestantisch, unter Eötvös bildet eine neue Fraktion, die die Kirchenpolitik der Regierung unterstützen will.

23. Mai. Anton Ritter v. Schmerling †.

25. Mai. (Wien.) Den versammelten Delegationen wird der gemeinsame Staatsvoranschlag Österreich-Ungarns für 1894 vorgelegt. Er beläuft sich nach Abzug des Zollüberschusses in Höhe von 44,370,180 fl. auf 100,878,320 fl. oder 4,104,106 fl. mehr als im Vorjahre. Das ordentliche Heereserfordernis ist um 5,276,800 fl. größer, das außerordentliche um 1,274,800 fl. geringer als 1893, so daß das thatsächliche Mehr des Heereserfordernisses 4,002,000 fl. beträgt.

26. Mai. (Prag.) Gegen die Deutschen, insbesondere Plener finden große Straßen- und andere Kundgebungen statt.

Zunächst wiederholte der Jungtscheche Czernohorsky im Prager Stadtrat seinen Antrag auf Erlassung einer Zustimmungserklärung zum Verhalten der Jungtschechen im Landtag. Er bedauerte, daß die Prager Gemeindeordnung keine Bestimmung enthalte, wonach man dem Abg. Plener das Betreten des Prager Gemeindegebiets verbieten könnte. Abends traf dann der

tschechische Hauptheter Dr. Schamanek aus Reichenberg ein, um für das erledigte Reichstagsmandat der Prager Neustadt zu kandidieren. Eine große Menschenmenge empfing ihn am Bahnhofe, wo deutschfeindliche Reden gehalten wurden, worauf die Menge lärmend die Straßen durchzog und vor deutschen Häusern Pereatrufe ausstieß. Dr. Schamanek hielt seine Kandidatenrede. Unter den heftigsten Ausfällen gegen die Regierung und die Deutschen erklärte er, er werde sich dem radikalsten Flügel der Jungtschechen anschließen. Hierauf sprach Dr. Eduard Gregr, der Schamanek als Märtyrer in Reichenberg feierte. Die Deutschen in Böhmen seien Fremdlinge, die nur geduldet werden infolge der Lammsnatur der Tschechen, die damit ihre hussitischen Grundsätze aufgeben. Gregr griff dann Plener an, was stürmische Rufe veranlaßte: „Pereat Plener!" „Schmach ihm!" „Wenn er nach Prag kommt, wird er totgeschlagen!" Gregr kündigte noch die Fortsetzung der Prager Landtagsszenen im Abgeordnetenhause an, worauf neuerliche Verwünschungen gegen Plener ausgestoßen wurden. Es sprachen noch andere ebenso heftig, darunter Vaschaty, worauf die Versammlung nationale Lieder sang, und mit besonderem Nachdrucke die bekannte, auf die Freundschaft mit Rußland und Frankreich bezügliche Strophe. Der Gesang wurde in den Straßen fortgesetzt, wobei weitere deutschfeindliche Kundgebungen erfolgten, bis die Polizei die Menge auseinandertrieb.

27. Mai. (Wien.) Kaiser Franz Josef hält eine Ansprache an die Delegationen und betont erheblich eindringlicher, als dies bei den Delegationsempfängen der letzten Zeit der Fall war, das durchaus friedliche Gepräge der internationalen Lage; einen besonders erfreulichen Eindruck macht die Erwähnung der „sehr freundschaftlichen" Verhältnisse Österreich-Ungarns zu allen Mächten und die Erklärung, daß auch „die sonstigen der weiteren Erhaltung des Friedens günstigen Umstände ungeschwächt andauern".

Der Kaiser, der mit jedem Anwesenden sprach, ließ die jungtschechischen Delegierten Herold, Pacall und Masaryk vollständig unbeachtet, und richtete kein Wort an sie; den vierten, Adamek, that er mit der Frage ab: „Sie gehören heuer wieder der Delegation an?" Hingegen führte er mit Dr. v. Plener ein längeres Gespräch, das sich insbesondere um die Vorgänge in Böhmen bewegte.

3. Juni. (Wien.) Auswärtiger Ausschuß der ungarischen Delegation. Nach dem Referat Falks und einer Rede des Grafen Apponyi gibt der Minister des Auswärtigen, Graf Kalnoky, sein Exposee über die auswärtige Lage.

Der Minister erinnerte an die in der letzten Session abgegebenen Erklärungen über die auswärtige Politik, insbesondere über die Bündnisse Oesterreich-Ungarns. Die Erklärung des Kaisers, daß seither in der politischen Lage der Monarchie keinerlei Aenderung eingetreten sei, beziehe sich selbstverständlich auch auf das Verhältnis Oesterreich-Ungarns zu den verschiedenen Mächten. Endlich sei wohl die Zeit gekommen, um nicht alljährlich die Festigkeit und Dauerhaftigkeit des Dreibundes betonen zu müssen. Es sei erstaunlich, daß das Wegbleiben dieser ausdrücklichen Betonung Deutungen im entgegengesetzten Sinne erfahren konnte. Er könne auf das Bestimmteste bestätigen, daß an den Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu Deutschland und Italien sich in keiner Beziehung etwas geändert

habe; dieselben seien so intim und fest, wie jemals und würden dies auch bleiben.

Dem Ausspruch des Kaisers, daß die Beziehungen zu allen Mächten sehr freundschaftlich seien, lägen keine besonderen Ereignisse zu Grunde. Das Gefühl der Sicherheit und die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens stärkten sich; es sei in dieser Beziehung seit einiger Zeit eine gewisse sehr erfreuliche Progression bemerkbar.

Der Minister machte darauf aufmerksam, daß die Ansprache des Kaisers einen zweiten Teil gehabt habe, in welchem festgestellt werde, die Regierung erachte nach wie vor die Sorge für die stete Entwickelung der Wehrfähigkeit und der Schlagfertigkeit des Heeres für ihre Pflicht. Nicht in den politischen Intentionen der einzelnen Mächte, wohl aber in der ganzen militärischen Situation liege eine gewisse Gefahr, welche jedoch, wie dies schon jetzt erfreulicherweise der Fall sei, durch die guten Beziehungen zwischen den Monarchen und den Regierungen sich allmählich vermindere und schließlich wohl ganz beseitigt werden solle.

Der Minister erinnerte sodann daran, daß auch in früheren Ansprachen der Balkanstaaten nur ausnahmsweise Erwähnung geschehen sei, als die Dinge in Bulgarien eine bedrohliche Wendung nahmen und in der öffentlichen Meinung auch in Oesterreich-Ungarn sich vielfache Besorgnisse kundgaben. Jetzt sei die Lage auch in dieser Richtung geklärt und es sei daher zu einer besonderen Erwähnung kein Anlaß gegeben.

In Bezug auf Italien stimme er den Ansichten des Referenten vollkommen zu; es gebe überall Minoritäten mit besonderen Wünschen. Die Hauptsache sei, daß die weitaus überwiegende Mehrheit der italienischen Nation sich bei jeder Gelegenheit für die Friedenspolitik ausspreche.

Die jüngsten Ereignisse in Serbien seien so ruhig verlaufen und vom Lande so rückhaltlos acceptiert worden, daß von einer Revolution eigentlich nicht die Rede sein könne; die Großjährigkeit des Königs sei einfach um kurze Zeit vorgerückt worden. Graf Kalnoky erklärte sodann, er hoffe auf eine weitere ruhige Fortentwickelung der Dinge in Serbien und auf eine glückliche Regierung des jungen Königs. Oesterreich-Ungarn mache in Serbien keine Politik und wünsche hauptsächlich entgegenkommende, freundschaftliche Beziehungen der serbischen Regierungsorgane zu Oesterreich-Ungarn und einen freundnachbarlichen Verkehr der beiderseitigen Bevölkerung. In dieser Beziehung hätten sich die Dinge unter der letzten Regierung viel gebessert und auch von der gegenwärtigen Regierung seien die besten Versicherungen gegeben. Da sich in der allgemeinen Situation in den letzten Monaten nichts geändert habe, so erachte er es nicht für erforderlich, die einzelnen Mächte besonders zu erwähnen.

Da jedoch ein Delegierter speziell Rußlands gedacht habe, so glaube er versichern zu können, daß sowohl bei dem Kaiser Alexander III. wie bei dessen Regierung nur günstige Dispositionen gegenüber Oesterreich-Ungarn vorherrschten, und es könne nur erfreulich sein, wenn die schon früher guten Beziehungen zu Rußland sich noch weiter verbessern. Dies werde allmählich eines der gewichtigsten Motive dafür werden, daß die militärische Spannung in Europa aufhöre, die Anspannung der Wehrmacht aller Staaten ein Ende erreiche und normale Zustände eintreten, welche Oesterreich-Ungarn, das nur eine Politik des Friedens verfolge, als sein Ziel betrachte.

Bis dahin gehe Oesterreich-Ungarn mit pflichtgemäßer Vorsicht für seine Wehrfähigkeit, aber zugleich auch mit Rücksicht auf seine Finanzen vor; namentlich sei das Kriegsministerium bestrebt, für die bewilligten Summen etwas Bleibendes zu schaffen, was sich unter allen Umständen für die Armee nützlich erweisen werde.

Die Abstimmung ergibt die einstimmige Annahme des beantragten Vertrauens-Ausdruckes für den Grafen Kalnoky, worauf in der Spezialdebatte das Budget des Ministeriums des Auswärtigen unverändert angenommen wird.

Die russische Presse über die Rede des Grafen Kalnoky vgl. Rußland.

Die österreichischen Blätter bezeichnen als die wichtigsten Punkte derselben den Umschwung der Beziehungen zu Rußland und das schöne Zukunftsbild der europäischen Abrüstung. Die „Neue Freie Presse" sagt:

Die Schilderung, welche der Minister von dem Verhältnis Oesterreichs zu Rußland entwarf, ist an und für sich ein wichtiges, erfreuliches und überraschendes Ereignis. Diese Stelle enthüllt eine bedeutsame Wendung. Der Minister muß wohl Beweise haben, denen vielleicht die Tragweite eines praktischen und abschließenden Ereignisses nicht zukommt, die aber trotzdem einen politischen Wandel verkünden. Kalnoky, der jedes Wort ängstlich prüft, verheißt die Möglichkeit einer dauernden Friedensperiode, deren Segnungen nicht durch den harten Druck neuer militärischer Rüstungen verleidet und verkümmert werden. Man hätte beinahe einen Gegensatz zu den militärischen Bestrebungen des deutschen Reichskanzlers heraushören oder richtiger herausklügeln können, wenn Graf Kalnoky sich nicht beeilt hätte, hinzuzufügen, daß dieser heilbringende Tag noch nicht erschienen sei und die Regierung in der Sorge für eine fortgesetzte Stärkung der Wehrfähigkeit nicht ermüden dürfe. Endlich eröffnet sich jedoch die Aussicht auf eine Grenze für die Steigerung der Lasten, unter welchen die Völker zu erliegen drohen.

5. Juni. Im Budgetausschuß der österreichischen Delegation nimmt Graf Kalnoky nochmals Gelegenheit, über die friedliche Lage Europas sich zu äußern. Er spricht zunächst sein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß namentlich in einigen deutschen Zeitungen seine Äußerungen falsch interpretiert worden seien. Kalnoky äußert in dieser Beziehung:

„Ich will nicht auf die mehr oder weniger verletzenden Imputationen einiger Blätter eingehen. Es ist mir aber zu wichtig, daß über unsere Politik in Deutschland keinerlei Mißverständnis Wurzel fasse, um nicht auf die gedachten falschen Auffassungen zu reflektieren, die sogar die Basis unserer Politik, nämlich unsere Bündnisse und unser Verhältnis zu denselben, anzuzweifeln versuchten. Ich sprach in meinen Ausführungen deutlich aus, daß unsere Bündnisse fest und unverändert fortbestehen, daß auch in der Fortdauer der innigen Beziehungen keine Aenderung eingetreten ist. Es liegt kein Grund vor, hieran zu zweifeln. Die aus meinen Worten herausinterpretierten Zweifel wolle man darauf basieren, daß man in meiner ausgesprochenen Ueberzeugung bezüglich der befestigten Friedenshoffnungen und in den Aeußerungen bezüglich unserer freundlichen Beziehungen zu Rußland einen Gegensatz zu dem von dem Berliner Kabinette eingenommenen Standpunkt erblicken will, eine Auffassung, die unbegründet ist. Was die wachsende Zuversicht auf die Erhaltung des Friedens betrifft, so ist dieselbe,

wie ich schon sagte, nicht auf besondere Ereignisse oder eine politische Schwankung zurückzuführen, sondern auf das allgemeine Gefühl, welches nach und nach sich überall beobachten läßt."

Kalnoky trat hierauf der Auffassung entgegen, als seien seine Worte irgendwie gegen etwaige Verstärkung der Armeen befreundeter Staaten gerichtet. Von einer politischen Schwenkung Oesterreichs sei keine Rede. Das Bündnis mit Deutschland und Italien schließe gute Beziehungen zu andern Mächten nicht aus, wie ja auch Fürst Bismarck, der doch den Grundstein zu der Bündnispolitik gelegt, stets ausgesprochen habe, daß möglichst freundschaftliche Beziehungen zu Rußland die beste Gewähr für die Erhaltung des Friedens seien.

„Es ist also widersinnig, daß, wenn wir konstatieren, daß unsere Beziehungen zu Rußland freundliche sind, deutsche Blätter darin etwas erblicken, was eine Entfernung von unserem Bündnisverhältnisse bedeute. Ich kann nur nochmals konstatieren, daß wir bezüglich unseres Bündnisses unverändert auf demselben Boden stehen, es mit derselben Aufrichtigkeit und Loyalität festhalten wie bisher, daß dieses Bündnis, ein rein defensives, zur Erhaltung und Sicherung des Friedens bestimmt ist, daß also meine in dieser Richtung gemachten Aeußerungen unmöglich im Gegensatz zu den Auffassungen, welche man hierüber im Deutschen Reiche hat, gestellt werden können, daß endlich, was Rußland betrifft, freundliche Beziehungen zu demselben nicht in Widerspruch zu unseren Bündnissen und zu jener Politik, die wir bisher mit aller Klarheit und Konsequenz verfolgt haben, stehen und auch keinerlei Schwenkung bedeuten können."

Auf die Interpellation eines Deputierten hinsichtlich des in deutschen Blättern erhobenen Vorwurfs, daß Oesterreich-Ungarn bezüglich der Ausbildung seiner Wehrkraft nicht im gleichen Maße wie Deutschland fortschreite und den Bundesverpflichtungen nicht genügend nachkommen würde, erklärte Kalnoky diese Behauptung für willkürlich und ungerecht. Oesterreich-Ungarn führe mit großer Kraftanspannung seinen Teil an der Machtentwickelung ehrlich und voll durch. „In allen diesen bedauerlichen Interpellationen", schloß Kalnoky, „sind wohl die im deutschen Wahlkampf eingenommenen Partei- und andere Standpunkte durchzufühlen. Bei den innigen Beziehungen der beiden Monarchien und dem vollsten Vertrauen in die gegenseitige Loyalität und Treue kann wohl von einem höher hinaufreichenden Mißverständnisse über alle diese wichtigen Fragen nicht die Rede sein."

8. Juni. Auf der Rückreise von Wien nach Galizien wird der Lemberger ruthenische Erzbischof Sylvester Sembratowitsch, welcher dieser Tage in Rom die ruthenischen Pilger dem Papste vorführte, vor der Abfahrt des Zuges von ruthenischen Studenten insultiert.

Drei Studenten stiegen in den Schlafwaggon des Erzbischofs und nannten ihn einen Elenden; einige zwanzig andere, auf dem Perron des Nordbahnhofs anwesende Studenten riefen Pereat und warfen faule Eier in den Wagen des Erzbischofs Sembratowitsch, der am Kopfe getroffen wurde. Zwei Studenten wurden verhaftet. Sembratowitsch ist in Rom vom Papste zum Handkusse nicht zugelassen worden; der Papst machte ihm auch Vorwürfe wegen seiner russenfreundlichen Haltung.

Diese Demonstration ist durch diesen Empfang der ruthenischen Pilger beim Papst direkt veranlaßt und hängt mit wichtigen kirchlichen Fragen zusammen. Der Papst behandelte nämlich die Pilger ungnädig, machte

ihnen starke Vorwürfe wegen der Sympathien, welche unter den Ruthenen für die russisch-orthodoxe Kirche gehegt werden, und wollte die Pilger nicht zum Handkuß zulassen. Die den Pilgerzug führenden Würdenträger, der Metropolit Sembratowitsch und die Bischöfe Kuilowski und Polesz, schworen darauf in Rom, daß sie künftighin die im Jahre 1891 in Lemberg von der ruthenischen Synode gefaßten Beschlüsse streng durchführen würden. Diese Beschlüsse betrafen die vom Papst angeordnete Einführung der römisch-katholischen Gebräuche in den griechisch-katholischen Ritus. Beim neulichen Pilgerempfang sagte der Papst, er werde dahin wirken, daß der bisher noch bestehende Unterschied zwischen beiden Riten gänzlich verschwinde. Die ruthenischen Kirchenfürsten sagten ihre Mitwirkung zu. Darob herrscht große Aufregung unter den Ruthenen.

Die ruthenischen Studenten grollen den drei Kirchenfürsten, weil sie dem Drängen des Papstes nachgegeben haben. Insofern hat die Demonstration einen antipäpstlichen und russophilen Charakter.

14. Juni. In der österreichischen Delegation wird der Voranschlag für das Ministerium des Auswärtigen beraten. Die jungtschechischen Redner erklären, das böhmische Volk mißtraue dem Dreibund, und empfehlen ein Einvernehmen mit Rußland als das beste Mittel, den gegenwärtigen, bewaffneten Frieden durch einen wahren unbewaffneten zu ersetzen. Herold erklärt, das ganze böhmische Volk verlange eine Aenderung der inneren und äußeren Politik. Graf Ledebur protestiert gegen das Auftreten der Jungtschechen als Vertreter des ganzen böhmischen Volkes.

Anfang Juli. Graf Harrach legt sein Landtagsmandat nieder und richtet an seine Wähler ein Schreiben, in welchem er hervorhebt, daß die Mehrheit des Volkes sich den Jungtschechen zugewendet habe, und dadurch die Aussicht auf einen Frieden mit den deutschen Landsleuten, ohne welche auf eine günstige Lösung der Staatsrechtsfrage nicht zu hoffen sei, immer weiter entfernt werde.

9. Juli. (Wien.) Große Arbeiterkundgebung von den sozialistischen Arbeitervereinen zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts.

Innerhalb des Rathauses sind über fünfzehntausend Arbeiter anwesend, während die Parkanlagen vor dem Rathause, ferner die Plätze und Straßen ringsum mindestens von zwanzigtausend Menschen angefüllt sind, die bei glühendem Sonnenbrand seit acht Uhr Morgens in musterhafter Ordnung ausharren. Zweitausend Arbeiter mit roten Kokarden im Knopfloch und rotem Band am Arm üben das Ordneramt aus und sorgen für stete Zirkulation der Massen und Freihaltung der Fahr- und Fußwege. Die relativ geringe Anzahl der anwesenden Polizei beschränkt sich auf die Beobachtung. Unweit des Rathauses ist allerdings die gesamte Polizei konsigniert. Auch steht für alle Fälle Militär in einigen Kasernen in Bereitschaft. Die Arbeiter sowie die große Menge der erschienenen Arbeiterinnen tragen zumeist rote Nelken als Abzeichen. Den Versammlungen wohnen auch einige Wiener Reichsratsabgeordnete bei. Außer am 1. Mai hat hier noch niemals eine auch nur annähernd so große Arbeiterkundgebung stattgefunden.

20. Juli. Verbot der Ausfuhr von Futtermitteln.

20. Juli. (Ischl.) Enthüllung eines Denkmals für den ehemaligen Unterrichtsminister Leopold v. Hasner. Die Regierung bleibt bei der Feier unvertreten.

22. Juli. (Wien.) Kriegsminister Bauer †.

23./24. Juli. Große Rumänen-Konferenz in Hermannstadt.

Die Resolution billigt das im vorigen Jahre der Kabinettskanzlei vorgelegte Memorandum in allen Teilen, erklärt, die kirchenpolitischen Reformen seien durch kein Staatsinteresse gerechtfertigt und spricht den Wunsch aus, zur Durchführung des Programms mit der nichtungarischen Bevölkerung Ungarns Hand in Hand zu arbeiten.

Anfang August. Ein Rundschreiben des ungarischen Ministers v. Hieronymi macht bekannt, daß der magyarischen Sprache in der Armeeverwaltung sehr große neue Rechte eingeräumt sind.

10. August. Die Leitung des österreichisch-ungarischen Reichskriegsministeriums wird dem Feldzeugmeister Frhrn. v. Merkl übertragen.

Mitte August. Der frühere Ministerial-Sekretär im österreichisch-ungarischen Ministerium des Äußern, Rimler, veröffentlicht „Enthüllungen" über Verhandlungen, welche er zwischen der ungarischen Unabhängigkeitspartei und russischen diplomatischen Kreisen geführt hat. Namentlich Hr. v. Polonyi erscheint kompromittiert. Die ungarische äußerste Linke stellt jede Gemeinschaft mit Rimler in Abrede und die Presse Ungarns verwahrt sich dagegen.

17. August. Der Führer der deutschliberalen Partei, Abg. Dr. v. Plener erstattet in der Egerer Handelskammer seinen Rechenschaftsbericht.

Er bezeichnet die verlaufene Tagung als unfruchtbar. Die bevorstehende obligatorische Einführung der Kronenwährung bezeichnet er als verfrüht, da es im Auslande einen schlechten Eindruck machen werde, wenn die neue Währung auch nur als Papierwährung mit Agio ins Leben trete. Ueberaus beklagenswert sei die Verschlimmerung der Verhältnisse in Böhmen, die sich durch den Friedensbruch im Prager Landtage noch mehr zugespitzt haben. Bezüglich der Haltung der Partei gegenüber der Regierung in der kommenden Tagung erklärte Plener, daß die Unzufriedenheit der Deutschen unfehlbar zum Ausdruck kommen würde, weil durch die abermalige Verschiebung des modus vivendi das politische Vertrauen völlig verloren sei. Die Partei werde wieder einen allgemeinen Sprachenantrag einbringen, der, da die Regierung die Regelung der Sprachenfrage in ihr Programm aufgenommen hat, wohl deren Unterstützung finden werde. Plener sprach schließlich die Ueberzeugung aus, daß nach einer Zeit des Schwankens und des Mißtrauens die liberalen Grundsätze wieder zur Anerkennung kommen werden. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Deutschen schlage immer festere Wurzeln und die letzte große Bewegung zu Gunsten des Reichsvolksschulgesetzes beweise, daß die freiheitliche Gesinnung der Bevölkerung nicht erlahme.

17. August. Bei der Vorfeier des Kaisergeburtstages finden in Prag Exzesse statt, die mit blutigem Zusammenstoß zwischen Polizei und Pöbel endigen, es werden eine große Anzahl Verhaftungen vorgenommen.

4. September. (Jaroslau.) Der Kaiser empfängt am Hoflager eine Deputation des galizischen Adels. Auf die Ansprache des Landmarschalls erwidert derselbe, er sei glücklich, in dem Lande zu weilen, dessen Repräsentanten in allen Vertretungskörpern mit wahrem Patriotismus neben den Interessen des Landes auch die Interessen der Monarchie im Auge behielten; er benutze die Gelegenheit, hierfür seine Anerkennung und seinen Dank auszusprechen. Der Kaiser gedenkt schließlich unter Hinweis auf den Statthalter in anerkennender Weise der ausgezeichneten zielbewußten Verwaltung des Landes.

10. September. (Boros-Sebes.) Kaiser Franz Joseph empfängt Deputationen.

Auf die Ansprache der Deputation des römisch-katholischen Klerus antwortete der Kaiser mit dem Ausdrucke des Dankes für die neuerliche Versicherung ihrer traditionellen Gefühle und fuhr dann folgendermaßen fort:

„Ich zweifle nicht, daß der römisch-katholische Klerus seinem heiligen Berufe entsprechend auch in dieser Gegend in der Bevölkerung die konfessionelle Ruhe und die friedliche Eintracht ohne den Unterschied der Konfession und Nationalität pflegen wird, in welchem Bestreben Sie auf Meine unveränderliche Gnade und Mein Wohlwollen sicher rechnen können." (Begeisterte Eljenrufe.)

Die Ansprache des griechisch-katholischen Klerus erwidernd sagte der Kaiser:

„Mit Freude höre Ich den Ausdruck Ihrer Ueberzeugung, wonach sich Meine väterliche Fürsorge dahin richtet, daß die gesamten Staatsbürger Meines geliebten Ungarn, ohne Unterschied der Religion und Sprache, im engen Zusammenhalten und in gegenseitiger Eintracht ruhig den Segen des Friedens, des Fortschrittes und des Wohlseins genießen sollen; Ich zweifle nicht, daß auch Sie bei der Verwirklichung dieses Meines Wunsches mit voller Hingebung wirken werden; denn sowie einerseits die Betonung leerer Schlagworte, übertriebener Chauvinismus und verdammungswürdige Straßenausschreitungen von wahrem Patriotismus fernstehen, so ist es andererseits patriotische Pflicht, und erfordert es das wirkliche Interesse der gesamten Staatsbürger, daß die friedliche Eintracht zwischen den Nationalitäten, sowie die Achtung der Verfassung und der Gesetze des Landes überall und überhaupt in dieser Gegend sorgsam gepflegt und gesichert werden."

In Erwiderung auf die Ansprache des Bischofs Metianus, als dem Führer einer griechisch-orientalisch-rumänischen Deputation, äußerte der Kaiser:

„Ich hoffe und erwarte, daß auch Sie durch Ihren Einfluß Ihre Gläubigen von jenen schädlichen Aufreizungen fernhalten werden, welche in manchen Gegenden die Irreleitung des Volkes bezwecken. Denn jede Nationalität ist verpflichtet, die friedliche Eintracht mit den anderen Nationalitäten aufrecht zu erhalten und die Gesetze und die Verfassung des Landes gleichförmig zu achten."

Auf die Ansprache der Deputation der evangelisch-reformierten Geist-

lichkeit erwidert der Kaiser, er empfange mit besonderer Befriedigung und mit Dank den Ausdruck ihrer Treue und ihre Huldigung. Sie möchten überzeugt sein, daß ihre Kirche und deren Verfassung auch fürderhin auf seinen königlichen Schutz rechnen könne. — Der Deputation der Augsburger Konfession antwortete der Kaiser, er nehme dankend und mit Freuden die ihm dargebrachte Huldigung entgegen und bitte, den Religionsgenossen seinen Gruß und die Versicherung weiterer Gnade zu überbringen.

11. September. (Boros-Sebes.) Kaiser Franz Joseph bringt aus Anlaß des Namenstages des Zaren einen Toast aus, in dem er den Zaren seinen „teuren Freund" nennt.

12. September. (Prag.) Die Jungtschechen versuchen trotz polizeilichen Verbots auf der Sophien-Insel ein Bankett zu halten und werden gewaltsam auseinander getrieben. Der Name des Kaisers wird dabei verhöhnt.

13. September. Eine Verordnung des Gesamtministeriums verfügt nach eingeholter Genehmigung des Kaisers die zeitweilige Aufhebung der Artikel 12 und 13 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger im Gebiete der Hauptstadt Prag, sowie der Bezirkshauptmannschaften Weinberge, Karolinenthal und Smichow. Gleichzeitig wird für gewisse Delikte die Thätigkeit der Geschworenengerichte im Landesgerichtssprengel Prag auf ein Jahr eingestellt.

Die amtliche Prager Zeitung begründet die Ausnahme-Verfügungen mit der maßlosen Verhetzung der Bevölkerung durch eine rücksichtslose Fraktion, welche, unbesorgt um die Zukunft des Volkes, die Leidenschaften entflamme und Terrorismus ausübe gegen Individuen, Stände und Nationalitäten hetze, die Mitwirkung unruhiger Elemente anderer Parteien suche, gegen die Behörden zur Auflehnung ermuntere und selbst vor der Majestät des Monarchen nicht Halt mache. Indem das Blatt ferner auf die wiederholt vorgekommenen Ruhestörungen, die Bedrohungen der Sicherheit von Personen und Eigentum, auf die Mißachtung gegen die Behörden und die Verunglimpfung von Abzeichen staatlicher Hoheitsrechte hinweist, erklärt es, daß die gewöhnlichen Mittel der Regierungsgewalt nicht mehr ausreichend gewesen und die gesetzlich zulässigen Einschränkungen der Preßfreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechtes erforderlich geworden seien, um der Notwendigkeit, zum Schutze der Ordnung schärfere Mittel anzuwenden, vorzubeugen. Daher seien die betreffenden Ausnahmeverfügungen für die Stadt Prag und deren Umgebung getroffen worden, von wo aus die Bewegung geleitet werde und wo die Wirkungen derselben am sichtbarsten hervortreten.

16. September. Kaiser Franz Joseph begibt sich nach Güns in Ungarn, um den Manövern beizuwohnen. Kaiser Wilhelm, der König von Sachsen und der Herzog von Connaught sind ebenfalls dazu anwesend.

17. September. (Prag.) Das 28. Infanterie-Regiment, das wesentlich tschechisch zusammengesetzt ist, wird nach Linz verlegt. Beim Ausmarsch kommt es zu einem Volksauflauf und Exzessen.

17. September. Kaiser Franz Joseph empfängt in Güns Deputationen, die zu seiner Bewillkommnung erschienen sind, und hält an dieselben Ansprachen.

Die Ansprache des Bischofs Zalka im Namen des katholischen Klerus beantwortete der Kaiser mit dem Ausdruck der Hoffnung, die katholische Geistlichkeit werde auch gegenwärtig eifrig zu der Erreichung des Zieles mitwirken, daß bei der Wahrung der Würde des Staates und der Kirche die öffentlichen Interessen und der so sehr erwünschte religiöse Friede keinen Abbruch erleiden. Die Ansprachen der Führer der evangelischen Deputationen erwiderte der Kaiser mit warmem Ausdrucke des Dankes und der Versicherung seiner Huld. Auf die Ansprache des Obergespans Rado, welcher im Namen der Deputation der Munizipien sprach, antwortete der Kaiser: „Seien Sie überzeugt, daß, wie ich die Zeichen der treuen Anhänglichkeit an den Thron und an meine Person stets mit großer Freude wahrnehme, ich ebenso innig die Entwickelung und die Zunahme des geistigen und materiellen Wohles des Landes wünsche. Zu diesem Zwecke mitzuwirken, sind die Munizipien neben der Erfüllung der Aufgaben der Administrative als Faktoren der öffentlichen Meinung auch in der Richtung berufen, daß sie das Volk vor dem Einflusse irreführender Schlagworte und unfruchtbarer Versprechungen bewahren und den Samen friedlicher Eintracht und nützlicher Arbeit pflegen. Einen weiten Raum bietet hierfür die Grundlage, auf welcher unser geliebtes Königreich Ungarn in den letzten Dezennien so erfreulich aufblühte und deren Erschütterung sowohl den Glauben an den bestehenden gesetzlichen Zustand schwächen, als auch den wahren Interessen des Landes sowie der ganzen Monarchie und demzufolge auch meinen Regentenpflichten entschieden widerstreiten würde.“ — Auf die Ansprache des Führers der israelitischen Deputation erwiderte der Kaiser, er zweifle nicht daran, daß die Israeliten nie Gelegenheit bieten würden, daß er seine Gnade und seinen Schutz den treuen israelitischen Unterthanen entziehe. Alle Antworten des Kaisers wurden mit begeisterten Eljenrufen aufgenommen.

21.—27. September. Kaiser Wilhelm hält sich nach den Manövern zur Jagd als Gast bei Kaiser Franz Joseph auf.

22. September. (Wien.) Die Polizei entdeckt ein großes Anarchisten-Komplott. 12 Anarchisten werden verhaftet.

23. September. General v. Krieghammer wird zum Kriegsminister ernannt.

25. September. (Pest: Abgeordnetenhaus.) Szalay, Mitglied der Unabhängigkeitspartei, interpelliert über die Antwort des Königs in Güns an die Deputation der Munizipien, indem er an den Ministerpräsidenten Dr. Wekerle die Frage richtet, ob die Spitze der Antwort gegen die Unabhängigkeitspartei oder gegen die Apponyi-Partei gerichtet sei, ob der Ministerpräsident Kenntnis von dem Inhalt hätte, und wodurch die scharfen Worte des Königs begründet seien. Der Ministerpräsident kündigt gleichzeitig in nicht allzu ferner Zeit die Beantwortung dieser und ähnlicher bevorstehenden Interpellationen an.

27. September. (Pest: Abgeordnetenhaus.) Der Finanzminister überreicht den Budgetvoranschlag für das Jahr 1894.

Derselbe weist an ordentlichen Ausgaben 394,532,835 fl. aus (gegen 1893 mehr 16,655,632 fl.). Die Uebergangsausgaben betragen 47,576,883 (gegen 1893 weniger 38,228,965 fl.), die Investitionen 16,351,975 (gegen 1893 mehr 782,981); die außerordentlichen gemeinsamen Ausgaben betragen 6,530,561 (gegen 1893 weniger 400,915). Gesamtbetrag der Ausgaben 464,922,254 (gegen 1893 weniger 21,191,267). Die ordentlichen Einnahmen betragen 416,608,094 (gegen 1893 mehr 13,275,109), die Uebergangseinnahmen 48,395,848 (gegen 1893 weniger 34,924,810), zusammen 465,003,942 (gegen 1893 weniger 21,649,701). Der Ueberschuß beträgt 11,688 fl. (gegen 1893 weniger 458,434). Die Bilanz der ordentlichen Gebahrung ergibt an ordentlichen Ausgaben 394,532,835 fl., an ordentlichen Einnahmen 416,608,094 fl., mithin einen Ueberschuß von 22,075,259 Gulden.

28. September. (Innsbruck.) Enthüllung eines Andreas-Hofer-Denkmals in Gegenwart des Kaisers Franz Joseph.

Ende September. Professor Masaryk, der Führer des Realistenflügels der jungtschechischen Partei, legt seine Mandate für den Landtag und den Reichstag nieder.

Ende September. (Pest.) Die Fusion zwischen der Achtundvierziger- und Unabhängigkeitspartei und der Ugron-Fraktion wird perfekt. Die Ugronisten kehren in den Parteiverband zurück. Die Frage der Teilnahme an den Delegationen wird als offene angesehen.

2. Oktober. (Prag.) Die Jungtschechen erlassen ein Manifest.

Es spricht nicht von der kaiserlichen, sondern von der Wiener Regierung, nicht von der kaisertreuen Bevölkerung Böhmens, sondern nur von ihrer historisch-royalistischen Gesinnung. Die Szenen im Landtagssaal werden als berechtigter Widerstand der Minorität hingestellt. Durch die seit der Ausgleichsaktion beobachtete Haltung der Regierung sei das dynastische Gefühl der Tschechen erschüttert worden. Wiederholt betont das Manifest, die Jungtschechen werden sich trotz aller Maßregelungen von ihrem Wege nicht ablenken lassen.

5. Oktober. (Pest: Abgeordnetenhaus.) Bei der Debatte über die Antworten des Kaisers auf die Ansprache der Delegationen in Boros Sebes und Güns

beantragt Bartha im Namen der äußersten Linken, daß der Regierung die Mißbilligung des Hauses ausgesprochen würde. Graf Apponyi legte den Entwurf einer Adresse an die Krone vor, in welchem die Loyalität und das unerschütterliche Vertrauen der ungarischen Nation zu dem Monarchen hervorgehoben und die Bitte ausgesprochen wird, der Kaiser möge der ungarischen Nation bedingungsloses Vertrauen schenken und die durch die in Boros Sebes und Güns erteilten Antworten hervorgerufenen Besorgnisse zerstreuen. Ministerpräsident Wekerle erklärte, die Regierung übernehme für den Inhalt der ihr bekannt gewesenen königlichen Antworten die volle Verantwortung. Gegen staatsfeindliche Agitationen treffe die Regierung die erforderlichen Maßnahmen, und sie werde, falls dies nötig sein

sollte, neue Gesetzesmittel beantragen. Der Ministerpräsident kündigt sodann die demnächstige Vorlegung eines Gesetzentwurfes betreffend das Versammlungsrecht an. Die Verfassung und die Gesetze seien niemals vorher so energisch betont worden wie in Boros-Sebes, und es sei bedauerlich, daß gerade ungarischerseits die Ermahnung des Monarchen devolviert worden. Der Ministerpräsident wies endlich auf den im öffentlichen Leben zu Tage tretenden Terrorismus hin, betonte den bleibenden Charakter der Ausgleichsbasis und stellte eine baldige Vorlage betreffend die ungarische Hofhaltung in Aussicht.

7. Oktober. (Agram.) Die Landesversammlung evangelischer Kirchengemeinden Augsburger Konfession beschließt die Lossagung vom ungarischen Kirchenverband und Gründung einer autonomen kroatischen Landeskirche.

10. Oktober. (Wien: Abgeordnetenhaus.) Der Finanzminister Dr. Steinbach überreicht das Budget für 1894, dessen Gesamterfordernis sich auf 618,694,237 fl. beläuft; die Gesamtdeckung beträgt 619,105,779 fl.; der Überschuß beträgt demnach 411,542 fl.

Der Ministerpräsident Graf Taaffe bringt eine Vorlage ein betreffend die Einführung des allgemeinen Wahlrechts auf der Grundlage des Bildungszensus und unter Aufrechterhaltung der Kurie des Großgrundbesitzes.

Taaffe erklärt, die Regierung habe in der Ueberzeugung, daß die Erörterung der Wahlrechtsreform nicht weiter hinausgeschoben werden könne, selbst die Initiative in dieser wichtigen Frage ergriffen. Der Gesetzentwurf bringt unter Festhaltung an den Grundsätzen der bestehenden Verfassung den Gedanken zum Ausdruck, allen denjenigen, welche die staatsbürgerlichen Pflichten in der vom Gesetze vorgeschriebenen Weise erfüllen, die Teilnahme an dem politischen Leben durch Ausübung des Wahlrechts zu ermöglichen, wobei nach der Anschauung der Regierung nur die aus allgemeinen staatlichen Gesichtspunkten als unabweisbar gebotenen Beschränkungen eintreten sollen. Bei der großen Wichtigkeit und Dringlichkeit der Vorlage ersucht der Ministerpräsident Graf Taaffe, unmittelbar nach der Erledigung der heute eingebrachten Budgetvorlagen in die meritorische Beratung der Wahlrechtsreform einzugehen.

13. Oktober. (Wien: Abgeordnetenhaus.) Ein Wahlreformantrag des Abg. Baernreither (deutsche Linke), welcher eine neue Wählerklasse der krankenversicherungspflichtigen Arbeiter vorschlägt, welche zwanzig Abgeordnete wählen soll, wird eingebracht.

Erste Lesung der böhmischen Ausnahmeverordnung.

Im Verlaufe der Debatte sprechen die Jungtschechen Eim und Slama und der Kroate Biankini gegen die Ausnahmeverfügungen. Im Namen der Deutschnationalen erklärt Bareuther, daß dieselben gegen die Ausnahmeverfügungen stimmen würden. Heilsberg gab auf Grund eines einstimmigen Beschlusses der deutschen Linken die Erklärung ab, die Partei werde die Aufklärungen der Regierung in dem Ausschusse entgegennehmen, erkläre jedoch, daß sie die Regierung für die beklagenswerten Zustände in Böhmen verantwortlich mache. Die Partei spricht ferner die entschiedene Verurtei-

lung der jüngst bekundeten feindseligen Tendenzen der Regierung gegen die Interessen und den politischen Besitzstand der Bürger und des Bauernstandes im allgemeinen, insbesondere des deutschen Volkes aus.

13. Oktober. (Pest.) Bei der Beratung der Petitionen betreffs der Kaiserantworten in Güns nimmt das Abgeordnetenhaus den Antrag des Petitionsausschusses an, nach welchem die Petitionen im Archiv hinterlegt werden. Alle Beschlußanträge werden abgelehnt.

16. Oktober. (Wien.) Der Polenklub nimmt mit allen gegen eine Stimme folgende Resolution an: „Ohne sich prinzipiell der Idee einer Erweiterung des Wahlrechtes auf dem den autonomistischen Anschauungen des Klubs entsprechenden Wege zu verschließen, erklärt der Polenklub, daß er mit Rücksicht auf die staatlichen und politischen Interessen und die autonomistischen Grundsätze mit dem Inhalt der Regierungsvorlage, betreffend die Wahlreform, nicht einverstanden ist, und beauftragt den Obmann, diesen Standpunkt bei der ersten Lesung im Hause zu vertreten."

19. Oktober. Der Präsident des Abgeordnetenhauses, Baron Chlumecky, reist nach Budapest und wird dort vom Kaiser empfangen.

Der polnische Landsmannminister Zaleski reicht seine Demission ein.

19. Oktober. (Wien.) Der Klub der vereinigten deutschen Linken versendet folgendes Communiqué:

„Die vereinigte deutsche Linke erblickt in dem Wahlreformentwurfe der Regierung eine schwere Bedrohung des politischen Besitzstandes des Bürger- und Bauernstandes im allgemeinen und jenes des deutschen Volkes insbesondere. Sie ist bereit den Arbeitern zunächst eine sofortige Vertretung zu schaffen, sowie an einer allgemeinen Wahlreform mit Erweiterung des Stimmrechtes überhaupt mitzuwirken, welche zugleich bei einer entsprechenden Vermehrung der Abgeordnetenzahl für die berechtigten Interessen des städtischen und ländlichen Mittelstandes ausreichende Bürgschaften bietet. Die Partei muß schon heute ihre Entrüstung über das Vorgehen der Regierung aussprechen, welche vor wenig Monaten in ihrem Programme das Wort gab, Veränderungen des nationalen Besitzstandes hintanzuhalten und nunmehr eine solche, alle nationalen und staatlichen Verhältnisse umwälzende Wahlreform vorlegt, ohne, wie bei der Natur des Gegenstandes und nach dem Beispiele der Geschichte der Wahlreformen in anderen Ländern die parlamentarische Sitte und die politische Pflicht geboten hätten, die Stimmen der parlamentarischen Parteien und der berufenen Volkskreise gehört zu haben. Diese Kundgebung ist einstimmig angenommen worden."

Ein von dem Klub der Konservativen einstimmig beschlossenes Communiqué besagt, der Klub sei zwar bereit, zur Ausbildung des aktiven Wahlrechts bei Wahrung der autonomistischen

Prinzipien die Hand zu bieten, erkläre jedoch die Wahlreformvorlage in der gegenwärtigen Fassung im Interesse des Reiches und der Länder für unannehmbar.

23. Oktober. (Wien.) Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses sind nahezu vollzählig anwesend. Erste Lesung der Regierungsvorlage über die Wahlreform. Der Ministerpräsident gibt folgende Erklärung ab:

Als die Regierung mit dem Programm der derzeitigen Parlamentssession sich beschäftigte, konnte sie nicht übersehen, daß die zahlreichen aus der Initiative des Hauses hervorgegangenen Wahlreformanträge voraussichtlich in der nächsten Zeit zur parlamentarischen Behandlung gelangen werden. Selbstverständlich war es Pflicht der Regierung, ihre eigene Stellung gegenüber der Wahlreformfrage klar und unzweideutig zu präzisieren. Abgesehen von diesem äußeren Anlasse, ließ die sorgfältige Beobachtung mannigfacher Vorgänge des öffentlichen Lebens während der letzten Jahre innerhalb des Staates wie im Auslande es der Regierung pflichtgemäß erscheinen, in dieser ernsten und wichtigen Frage selbst die Initiative zu ergreifen, um durch einen formulierten Gesetzentwurf ihre prinzipielle Auffassung zum Ausdruck zu bringen. Schon dieser Entstehungsgeschichte ist zu entnehmen, daß der Regierung eine feindselige Tendenz gegen irgend eine Bevölkerungsklasse oder gegen irgend eine politische Partei gänzlich fernlag, und daß es nicht angeht, die Einbringung dieses lediglich durch Erwägungen allgemein staatlicher Natur veranlaßten Gesetzentwurfes als eine Maßregel zu bezeichnen, zu welcher die Regierung sich etwa unter dem Drucke äußerer Faktoren entschlossen hätte. Der Regierungsentwurf, der an den Grundlagen der bestehenden Verfassung festhält, drückt den leitenden Gedanken aus, die Ausübung des Wahlrechts allen einzuräumen, welche ihre staatsbürgerlichen Pflichten in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise erfüllen. Dieser eine möglichst große Erweiterung des Wahlrechts erzielende Grundgedanke erscheint der Regierung als Postulat der Staatsraison, indem nur durch rechtzeitige und ausreichende Erweiterung des Wahlrechts jene großen und schweren Gefahren wirksam und dauernd abgewendet werden können, welche der bürgerlichen Gesellschaft und damit der gesamten staatlichen Ordnung seitens der bisher politisch rechtlosen Volkselemente drohen. Die Regierung muß daher ungeachtet des von den drei großen Klubs erhobenen Widerspruches an dem Grundgedanken festhalten. Die Regierung spricht gleichzeitig die Ueberzeugung aus, daß, vorausgesetzt die prinzipielle Einigung über die von der Regierung beabsichtigte Erweiterung des Wahlrechts selbst, es bei Schonung der bestehenden politischen Besitzverhältnisse gelingen wird, den Weg zu dem bezeichneten Ziele unter Mitwirkung des Hauses zu finden. Auf diese Darlegung ihrer Anschauungen glaubt sich die Regierung bei der ersten Lesung aller Wahlreformanträge beschränken zu sollen. (Allgemeine anhaltende große Bewegung.)

Pernerstorfer, Slavik und Baernreither begründen ihre Initiativanträge. Plener bezeichnet die von der Regierung gegebene Darstellung über die Entstehungsgeschichte der Wahlreform-Vorlage der Regierung für unzutreffend, denn die Initiativanträge seien älteren Datums und die Regierung bisher stets bestrebt gewesen, jedwede Wahlreform zu verhindern. Die Darstellung der Regierung bezwecke, den üblen, durch ihren Theaterkoup hervorgerufenen Eindruck zu verwischen; eine konservative Regierung hätte die öffentliche Meinung vorbereiten müssen, anstatt sie zu überrumpeln. Eine

Feindseligkeit liege darin, daß bei einer unabsehbar anwachsenden Wählerzahl die Zahl der Mandate festgehalten werde, wodurch dem Bürger- und dem Bauernstande genommen werden müsse, was den unteren Klassen zugedacht. Der Großgrundbesitz seiner Partei lasse sich durch den hingeworfenen Köder nicht verleiten. Oesterreich sei kein Feld für radikale Experimente, sondern bedürfe der Weiterentwickelung der sicheren im öffentlichen Leben wirkenden Kräfte. Die Regierungsvorlage schädige den nationalen Besitzstand, insbesondere der Deutschen, im Widerspruch mit der erteilten Zusage. Aus der Vorlage könne ein demokratischer Föderalismus mit radikalen agrarischen Tendenzen entstehen, was auf die auswärtige Politik einwirken müßte. Seine Partei betrachte den Antrag Baernreithers nur als Provisorium, quasi als Notwahlgesetz; sie selbst strebe eine große, der Regierungsvorlage nahekommende Wahlreform an, voll Entgegenkommens im Sinne der Erweiterung des Stimmrechts, sie lasse sich aber nicht mittels einer Ueberflutung der Mittelstände durch neue Wähler hinwegfegen. Der Zweck der Regierung sei eine Ablenkung der Aufmerksamkeit von dem Schiffbruche in Böhmen. Das Endergebnis der 14jährigen Regierungsära des Grafen Taaffe sei, daß die Jungtschechen und die Demokraten eine aliirte Regierung geworden seien. Mit diesen möge sich die Regierung auseinandersetzen, wie sie wolle, die Stellung seiner Partei sei gegeben. (Beifall links). — Jaworski erklärt, er müsse sich klar und offen über die Vorlage äußern, nicht den Vogel Strauß spielen. Seine Partei habe nur das Interesse des Staates und des Landes im Auge, für sie seien nur die staatlichen und nationalen autonomen Grundsätze maßgebend. Redner verweist auf die Thronrede und hebt die Ueberraschung durch Einbringung der Wahlreform hervor, deren Ziele auch nach der heutigen Rede des Ministerpräsidenten unklar seien. Die Wahlreform sei eine solche, daß sie, kaum in Kraft gesetzt, von den eigenen Anhängern wieder beseitigt werden würde. Die Polen würden die Autonomie des Landes immer hoch halten. Redner betont, die Aufhebung des Prinzips der Beschickung des Reichsrates durch die einzelnen Landtage habe die heutigen Verhältnisse hervorgerufen, das allgemeine Wahlrecht werde aber zu einer zentralistischen Gewalt und einer Vernichtung der Autonomie des Landes führen. Da die Regierungsvorlage die erste Etappe zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts darstelle, so müßten sie sich entschieden dagegen verwahren, obwohl sie sich der Idee eines erweiterten Wahlrechts nicht verschlössen. Ein solches Werk müsse aber in einer Zeit wirtschaftlicher und politischer Ruhe, in Harmonie mit den Vertretern des Landes vorgenommen werden. (Beifall bei den Polen.)

24. Oktober. Besuch des Erzherzogs Albrecht bei Kaiser Wilhelm in Potsdam.

24. Oktober. (Wien: Abgeordnetenhaus.) Bei der fortgesetzten Beratung der Wahlreformvorlage führt Hohenwart aus,

der Klub der Konservativen habe in Erwiderung des der Regierung jederzeit entgegengebrachten Vertrauens gehofft, in einer so wichtigen Frage wenigstens vor Ueberraschungen gesichert zu sein; leider sei diese Hoffnung nicht in Erfüllung gegangen. Die gestrige Erklärung des Ministerpräsidenten Grafen Taaffe sei nicht zufriedenstellend. Durch die angeregte Wahlreform werde der politische Einfluß des Mittelstandes in Stadt und Land stark herabgedrückt. Es wäre ein Gebot der Klugheit gewesen, gerade den Bürger- und Bauernstand in der gegenwärtigen Stellung eher zu stärken als zu schwächen. Die Regierung sei nicht im Stande, die Konsequenzen hintanzuhalten. Es sei total unrichtig, daß die ländliche Bevölkerung von

der Wahlreform nichts zu befürchten habe. Die niedrigsten Schichten der Bevölkerung, welche der Politik apathisch gegenüberstehen, würden leicht eine Beute der sozialistischen Emissaire. Noch stärker sei das Wahlrecht der städtischen Bürgerschaft bedroht. Obwohl die Mehrzahl der städtischen Bevölkerung liberalen Prinzipen huldige, müsse doch die konservative Partei für dieselbe eintreten. Eine Schädigung der städtischen Wählerschaft involviere aber auch eine Schädigung des Staates. Die konservative Partei könne nicht zugeben, daß das politische Schwergewicht von den besitzenden Klassen auf die besitzlosen abgewälzt werde. Dadurch würde ein höchst bedenklicher Zustand herbeigeführt. (Lebhafter Beifall.) Nachdem Lienbacher seinen Wahlreformantrag begründet hatte, führte Stadnicki (Pole) aus, das allgemeine Wahlrecht würde auch auf die militärische Disziplin nachteilig einwirken, da jeder Rekrut mit Klagen bei seinen Abgeordneten drohen könnte. In Galizien würden die neuen Wählerklassen Anarchisten erzeugen; sollte die Regierungsvorlage durchdringen, dann könnte Rußland Einfluß auf die Massen in Galizien gewinnen.

24. Oktober. (Wien.) Der Bürgermeister Prix legt sein Amt als Bürgermeister nieder.

25. Oktober. (Wien.) Das Abgeordnetenhaus setzt die erste Lesung der Wahlreformvorlage fort. Der jungtschechische Abg. Kramarz spricht sich für die Regierungsvorlage aus.

27. Oktober. (Budapest.) Eine zur Audienz erschienene kroatische Deputation der Agramer Diözesangeistlichkeit wird vom Kaiser nicht empfangen.

Der Sektionschef Papay erklärt der Deputation, welche eine Adresse mit der Bitte um Besetzung des Agramer Bistums durch einen Kroaten überreichen wollte, daß der Kaiser der Geistlichkeit nicht gestatte, sich in solche Dinge zu mischen, und daß er sich nicht durch Demonstrationen beeinflussen lasse.

28. Oktober. (Wien.) Das Ministerium Taaffe reicht seine Demission ein.

30. Oktober. Die drei Führer der Deutschliberalen, der Klerikal-Konservativen und der Polen, die Herren v. Plener, Graf Hohenwarth und v. Jaworski, werden vom Kaiser empfangen. Alle drei Parteiführer waren in der Lage, dem Monarchen zu erklären, daß die Verständigung unter den drei parlamentarischen Gruppen genügend weit gediehen sei, um ein Koalitions-Ministerium zu bilden.

4. November. (Wien.) Bürgermeister Prix erklärt, daß er im Falle einer Wiederwahl das Bürgermeisteramt wieder annehmen werde; die fortschrittlichen Gemeinderatsmitglieder sprechen sich mit 67 gegen 2 Stimmen für seine Wiederwahl aus.

4. November. Fürst Windischgrätz übernimmt die Neubildung des Kabinetts. Während die Mehrzahl der Blätter aller Parteischattierungen, auch die polnischen, das durch den Fürsten Alfred Winschgrätz zu bildende Koalitionsministerium sympathisch

und hoffnungsvoll begrüßen, hat die deutsch-nationale Partei auf ihrem Parteitage gegen das Ministerium Stellung genommen.

Steinwender erstattet den Bericht; der Parteitag spricht sich für Erweiterung des Wahlrechtes aus und proklamiert das sogenannte Linzer Programm, welches die Ausscheidung Galiziens, der Bukowina und Dalmatiens aus Cisleithanien verlangt; den Schluß des Parteitages bildete die Absingung der Wacht am Rhein.

4. November. (Pest.) Schluß des Abgeordnetenhauses.

10. November. (Wien.) In der Gemeinderatssitzung wird der frühere Bürgermeister Prix mit 81 von 137 Stimmen zum Bürgermeister von Wien wiedergewählt. Lueger erhält 45 Stimmen.

12. November. (Wien.) Das amtliche Blatt veröffentlicht ein Handschreiben des Kaisers, durch welches das Entlassungsgesuch des Gesamtministeriums Taaffe angenommen wird und Fürst Windischgrätz zum Ministerpräsidenten, sowie in Genehmigung der Anträge desselben folgende Minister ernannt werden: Marquis Bacquehem Inneres, Graf Wurmbrand Handel, v. Madeyski Unterricht, Dr. v. Plener Finanzen, v. Jaworski Minister ohne Portefeuille, Graf Schönborn Justiz, Graf Welsersheimb Landesverteidigung und Graf Falkenhayn Ackerbau.

Ein besonderes Handschreiben an den Grafen Taaffe besagt, der Kaiser vollziehe einen Akt der Herzenspflicht, indem er seinen wärmsten und anerkennendsten Dank für die lange Reihe treuer und hervorragender Dienste ausspreche, welche Graf Taaffe in allen Lagen, von den besten patriotischen Absichten geleitet, mit selbstlosem und hingebungsvollstem Pflichteifer und wahrer Selbstaufopferung dem Kaiser und dem Staate geleistet hat. Was Graf Taaffe und jedes Mitglied des enthobenen Ministeriums für den Staat Ersprießliches geschaffen, werde in dankbarer Erinnerung des Kaisers bewahrt bleiben. Weitere Handschreiben an die früheren Minister Dr. v. Gautsch, v. Zaleski und Dr. Steinbach sprechen denselben, unter Vorbehalt der Wiederverwendung im Dienste, volle Anerkennung für ihre hingebungsvollen und ausgezeichneten Dienste aus. In dem Handschreiben an den Minister v. Gautsch sind insbesondere die Verdienste um die Entwickelung und Hebung des Unterrichtswesens sowie um die Förderung der Interessen aller Konfessionen erwähnt, in dem an Dr. Steinbach gerichteten Handschreiben die erfolgreichen Bemühungen zur Erhaltung des Gleichgewichts im Staatshaushalte und die Regelung der Währungsverhältnisse. Die Handschreiben, durch welche die bisherigen Minister Graf Falkenhayn, Graf Welsersheimb, Graf Schönborn und Marquis de Bacquehem wiederernannt werden, sprechen die Anerkennung des Kaisers aus für in der bisherigen Stellung geleistete hingebungsvolle und ausgezeichnete Dienste und heben insbesondere hervor: bei Graf Welsersheimb die Verdienste um Hebung und Ausgestaltung der Landwehr, bei Marquis Bacquehem die Verdienste, welche in der Entwickelung der Handelsverkehrs-Verhältnisse Oesterreichs so glänzenden Ausdruck gefunden haben, bei Graf Schönborn die großen Verdienste um die Entwickelung der Rechtsverhältnisse und um die Anbahnung wichtiger Reformen auf allen Gebieten des Rechtswesens.

12. November. (Budapest.) In der klerikalen Mehrheit des

Oberhauses ist eine Spaltung eingetreten. Unter Führung des Grafen Aurel Desewffy hat sich eine starke Gruppe abgezweigt, die sich konservativ, doch nicht klerikal nennt. Die Gruppe proklamiert den Grundsatz, die Civilehe sei keine kirchliche, sondern juristische Frage.

14. November. (Pest.) Der Kultusminister Graf Csaky tritt zurück; an seine Stelle tritt Graf Julius Andrassy.

15. November. Vermählung des Erzherzogs Joseph August mit Prinzessin Auguste von Bayern in München.

15.—16. November. Graf Kalnocky reist nach Monza, wo er mit dem italienischen Minister Brin und dem Botschafter Nigra eine längere Audienz beim König von Italien hat.

17. November. (Graz.) Tod des Grafen v. Hartenau, ehemaligen Fürsten Alexanders von Bulgarien. Vgl. Bulgarien.

23. November. (Wien.) Das Abgeordnetenhaus, das sich bei Eintritt der Regierungskrisis vertagt hat, tritt wieder zusammen. Der neue Ministerpräsident Fürst Windischgrätz gibt folgende Erklärung ab:

„Se. Majestät der Kaiser haben mich zu Ihrem Minister-Präsidenten allergnädigst zu ernennen geruht; ich habe die Ehre, mich als solchen sowie das neue Ministerium Seiner Majestät dem hohen Hause hiermit vorzustellen. Die neue Regierung wurde eingesetzt infolge der gemeinsamen politischen Aktion der drei großen Parteien des Abgeordnetenhauses; sie wendet sich daher in nächster Linie an diese Parteien und spricht die Erwartung aus, daß dieselben ihre Thätigkeit mit Vertrauen begleiten und auch einander gegenüber gute parlamentarische Beziehungen erhalten werden. Die Regierung erklärt, daß sie es als ihre erste und wichtigste politische Aufgabe betrachtet, im Einvernehmen mit diesen Parteien eine umfassende Wahlreform zu schaffen, welche mit Aufrechterhaltung der derzeit bestehenden verfassungsmäßigen Vertretung der Interessengruppen und mit genauer Berücksichtigung der Verhältnisse der vereinigten Königreiche und Länder eine wesentliche Ausdehnung des Wahlrechtes unter Heranziehung der bisher vom Stimmrecht ausgeschlossenen Volksschichten, insbesondere der Arbeiter, herbeiführen und zugleich das bisherige Schwergewicht der politischen Rechte des Bürger- und Bauernstandes sichern soll, und welche voraussichtlich eine Vermehrung der Mitgliederzahl des Abgeordnetenhauses zur Folge haben wird, sowie eine Revision der Wahlbezirkseintheilung erfordern dürfte. Bis zum Zustandekommen der Wahlreform hält die Regierung es für angemessen, alle anderen großen politischen Fragen ruhen zu lassen, und will sich in dieser Zeit, unter gleichzeitiger steter Bedachtnahme auf die Erhaltung der Machtstellung und Wehrkraft der Monarchie, mit aller Thatkraft wirtschaftlichen und finanziellen Aufgaben zuwenden. Die neue Regierung übernimmt das mit Ungarn vereinbarte Werk zur Herstellung der metallischen Währung und wird bestrebt sein, dasselbe mit Ernst und Umsicht weiterzuführen. Ebenso wird die Regierung großen Wert darauf legen, daß im Wege des parlamentarischen Einvernehmens die Reform der direkten Steuern zum Abschlusse gebracht werde. In Erkenntnis der großen Bedeutung der Sozialpolitik in der heutigen Verwaltung und der Notwendigkeit der Fürsorge

für die arbeitenden Klassen wird die Regierung diesem in unserer Zeit so überaus wichtigen Gebiete staatlicher Thätigkeit ihr besonderes Augenmerk zuwenden und behält sich vor, hierüber seinerzeit bestimmte Vorschläge zu machen. Das Gelingen der Justizreformen, welche zum großen Teile die Interessen des Rechtsuchenden Publikums und der Bevölkerung überhaupt direkt berühren, wird die Regierung sich dringend angelegen sein lassen. Nützliche Reformen zur Hebung der sittlichen und materiellen Verhältnisse und somit der Bildung und des Wohlstandes liegen im Interesse des ganzen Volkes und darum auch sämtlichen Parteien des Hauses gleichmäßig am Herzen. Die Regierung wird glücklich sein, wenn hier die Parteischeidungen zurücktreten und sich alle in gemeinsamer patriotischer Arbeit zusammenfinden wollen. Offenheit und Wahrheit im öffentlichen Leben, volle Anerkennung der Bedeutung der parlamentarischen Institutionen, die wirksame Förderung aller berechtigten wirtschaftlichen Interessen, eine kräftige, auf der Höhe der Zeit stehende Verwaltung, eine entschiedene Abwehr aller den Frieden des Staates und die allgemeine Wohlfahrt störenden Elemente, dies sind die Gesichtspunkte, von welchen sich die Regierung bei der Führung der öffentlichen Geschäfte leiten lassen will; sie hofft in ihrer schwierigen Aufgabe auf das Vertrauen und die Unterstützung aller Wohldenkenden, welche für ihr Volk warm empfinden, und denen das Ansehen Oesterreichs teuer ist."

1. Dezember. (Wien: Abgeordnetenhaus.) Die Landwehrvorlage wird angenommen. Dafür sprechen Dubsky, dagegen Fürnkranz und Vasaty.

2. Dezember. (Pest.) Das Ministerium bringt die kirchenpolitischen Vorlagen ein.

Der Minister Szilagyi hält die Einführungsrede. Das erste Gesetz führt die obligatorische Civilehe ein und erlaubt die Ehescheidung durch weltlichen Richterspruch. Das zweite Gesetz regelt die Konfession der Kinder aus gemischten Ehen.

11. Dezember. (Pest: Abgeordnetenhaus.)

Der Abg. Ugron spricht im Namen der äußersten Linken aus Anlaß des Bombenattentates in Paris Sympathie für die französische Kammer aus und betont, die parlamentarischen Institutionen könnten durch ein Häuflein Verbrecher nicht untergraben werden. (Lebhafte Zustimmung.) Abg. Daranyi drückt namens der liberalen Partei die Entrüstung über das beispiellose Attentat aus. Bei derartigen Kundgebungen anläßlich solcher Ereignisse dürfe keine Nation fehlen. Er glaube, das Vertrauen der Völker zu den parlamentarischen Institutionen könne durch derartige Zwischenfälle nicht erschüttert werden. (Lebhafter Beifall.) Abg. Horanszky schließt sich namens der Nationalpartei dieser Kundgebung an, betont die Solidarität aller parlamentarischen Körperschaften und wünscht, daß ein einmütiger Ausdruck der Sympathie und der Solidarität vom Hause kundgegeben werde. Der Präsident erklärt, im Sinne der Hausordnung könne darüber kein Beschluß gefaßt werden; die gehaltenen Reden seien genügendes Zeugnis für die Gefühle des Hauses. (Lebhafter Beifall.)

11.—14. Dezember. (Wien: Abgeordnetenhaus.) Verhandlungen über den Prager Ausnahme-Zustand.

Der Minister des Innern, Bacquehem, hält eine sehr wirksame Rede, in der er gegenüber den tschechischen Ableugnungen hervorhebt, daß in Prag in der in Betracht kommenden Zeit nicht weniger als 18 große Straßen-

demonstrationen und 26 Fälle von Widersetzlichkeit gegen die Wachen vorkamen, wobei letztere wiederholt verwundet wurden. Böhmen mit Irland zu vergleichen, wie Gregr es gethan, sei eine Geschmacklosigkeit. Wer die blühenden Gefilde Böhmens kenne, werde solches nicht glauben. Die Rede Gregrs sei die beste Begründung für den Ausnahmezustand. Graf Deym erklärt namens des böhmischen Großgrundbesitzes, die Verhängung des Ausnahmezustandes sei gerechtfertigt; dieser sei nicht gegen das böhmische Volk gerichtet, sondern nur gegen die Ruhestörer. Prinz Karl Schwarzenberg bemerkt gegenüber dem Vorwurf, daß der böhmische Adel seine Haltung seit 1868 geändert habe, die böhmische Politik habe seit jener Zeit eine veränderte Richtung eingeschlagen. Damals verlangte man bloß die Gleichberechtigung, heute Trikolore, rein tschechische Straßentafeln. Damals wehrte man sich gegen die Sonderstellung, heute verlangt man die Selbständigkeit und Lostrennung, die Bildung eines selbständigen Staates. Der Redner kennt keinen besonderen böhmischen Patriotismus, sondern nur einen österreichischen. Die tschechische Nation sei verloren, wenn sie von Oesterreich getrennt werde.

Der Antrag Herold auf Nichtgenehmigung des Ausnahmezustandes wird mit 185 gegen 73 Stimmen abgelehnt und der Antrag des Ausschusses, den Ausnahmezustand zur Kenntnis zu nehmen, mit 185 gegen 73 Stimmen angenommen. Ferner wird der weitere Antrag Herold auf sofortige Aufhebung der Suspension der Geschworenengerichte mit 186 gegen 75 Stimmen abgelehnt.

15. Dezember. (Wien: Abgeordnetenhaus.) Der Finanzminister Dr. Plener bespricht das Ergebnis der Einnahmen in den letzten zehn Monaten dieses Jahres.

Die direkten Steuern seien um 127,150 fl. zurückgegangen, während die indirekten Steuern um 12,200,000 fl. gegen die Vorjahre gestiegen seien, was einen außerordentlich günstigen Erfolg bedeute. Dieser Erfolg werde jedoch durch eine Reihe von Ueberschreitungen in einzelnen Etats verdunkelt. Diese Ueberschreitungen ergeben ein außerordentliches Mehrerfordernis von annähernd über 6½ Millionen. Es sei anzunehmen, daß der thatsächliche Ueberschuß für 1893 höher sein werde, als der auf 2 Millionen veranschlagte, dessen ungeachtet dürfe man bezüglich des nächsten Jahres nicht allzu optimistisch sein, das Budget von 1894 werde in gewisser Beziehung allerdings besser sein als das von 1893, weil einige außerordentliche Einnahmen, welche in diesem Jahre sich ergaben, nicht vorhanden sind und gleichwohl das Präliminare von 1894 mit einem Ueberschuß abschließt. Dieser Ueberschuß sei jedoch sehr gering und rechnungsmäßig mit 400,000 fl. präliminiert, dabei seien Mehransprüche des Armeebudgets zu berücksichtigen, sowie der Umstand, daß im Laufe der nächsten Jahre eine Reihe neuer Anforderungen an die Finanzverwaltung heranträten, welche ohne eine außerordentliche starke Deckung nicht mehr aus den laufenden Einnahmen bestritten werden können.

23. Dezember. In Prag wird der Handschuhmacher Rudolf Mrva ermordert, der zu den Häuptern des tschechischen Geheimbundes Omladina gehört. Die Mörder sind die seiner Partei angehörenden Dolegal und Dragoun, die Mrva für einen Agenten

der Polizei gehalten hatten. Der jungtschechische Abg. Herold hatte ihn öffentlich als solchen denunziert.

28. Dezember. Erzherzog Albrecht empfängt durch eine militärische Deputation unter Führung des Generalobersten v. Loë vom deutschen Kaiser den Marschallstab.

Die Deputation wird auch vom Kaiser empfangen.

28. Dezember. (Prag.) Der böhmische Landtag tritt wieder zusammen.

Ende Dezember. Der Klub der deutschen Nationalpartei und der Coroniniklub schließen sich durch eine Koalition der deutschen Linken an, die dadurch 140 unter den 353 Abgeordneten umfaßt; die Polen haben 56, der Hohenwartklub 58 Stimmen.

III.

Portugal.

2. Januar. In Lissabon werden die Kortes vom König persönlich mit einer Thronrede eröffnet.

In derselben werden die guten Beziehungen zu den fremden Mächten konstatiert und Reformen angekündigt zwecks Wiederherstellung der Finanzen durch Einschränkung der Ausgaben und Verminderung der für die öffentliche und schwebende Schuld zu zahlenden Zinsen. Die Kortes würden eine Erhöhung der Einnahmen bewilligen müssen, um hierdurch den Inhabern von Schuldverschreibungen des Staates die strikte Ausführung der durch das Gesetz vom 26. Februar und durch das Dekret vom 13. Juni übernommenen Verpflichtungen zu gewährleisten. Ferner wird auf die Wichtigkeit der Herabsetzung der Zinsen für die öffentliche Schuld hingewiesen und angekündigt, daß Unterhandlungen im Gange seien behufs Herabsetzung der Zinsen der schwebenden Schuld, damit der Staatsschatz ohne Besorgnis dem Schlusse des Finanzjahres entgegensehen könne.

20. Februar. (Deputiertenkammer.) Der Ministerpräsident Dias Ferreira kündigt die Demission des gesamten Kabinetts an. Das neue Ministerium ist wie folgt zusammengesetzt: Hintze Ribeiro Präsidium und Auswärtiges, Franco Castello Branco Inneres, Antonio Azevedo Justiz, Oberst Pimentel Pinto Krieg, Fuschini Finanzen, Neves Ferreira Marine und Bernardino Machado Arbeiten.

28. März. Unterzeichnung des spanisch-portugiesischen Handelsvertrages in Madrid.

16. Mai. Die Kammer nimmt das Gesetz über die auswärtige Schuld, welches den Gläubigern noch einige Vorteile in Aussicht stellt, an.

9. November. Neues Dekret über die Eisenbahnschuld.

7. Dezember. Auflösung der Kortes; die Neuwahlen sollen am 14. Januar stattfinden.

IV.

Spanien.

3. Januar. In Barcelona findet ein Kongreß spanischer Republikaner statt.

5. Januar. Auflösung der Kammern.

5. März. (Neuwahlen.) Die neue Kammer enthält 50 Republikaner, 60 Konservative, 16 Karlisten, 9 kubanische Autonomisten, 296 Ministerielle. In Madrid sind 6 Republikaner und 2 Monarchisten, kein Klerikaler gewählt.

19. März. Auch für den Senat ergibt die Neuwahl eine liberal-gouvernementale Majorität.

28. März. (Madrid.) Der spanisch-portugiesische Handelsvertrag wird unterzeichnet.

5. April. Eröffnung der Kammer.

12. Mai. Nach 56stündiger Sitzung nimmt die Kammer den Antrag der Regierung, die Gemeindewahlen, die eigentlich am 14. Mai stattfinden sollen, hinauszuschieben, an.

8. August. (Madrid.) Der Handelsvertrag mit Italien wird unterzeichnet.

Ende August. In dem Hafenplatz San Sebastian kommt es zu revolutionären Ausschreitungen.

23. September. (Barcelona.) Dynamitattentat auf den Marschall Martinez Campos während einer Truppenrevue aus Anlaß des Namenstages der Prinzessin von Asturien. Der Marschall wird leicht verwundet, 2 Personen getötet, mehrere andere werden verwundet. Der Attentäter ist der Anarchist Paulino Fallas, der am 5. Oktober kriegsrechtlich erschossen wird.

2. Oktober. Angriff der Riff-Berbern auf das spanische Präsidio Melilla.

Mitte Oktober. Neue Kämpfe bei Melilla. General Margallo fällt.

Mitte Oktober. Der Minister des Innern Gonzalez wird ersetzt durch Puigcerver.

3. November. (Santander.) Der im Hafen liegende Dampfer „Cabo Machichaco", der eine große Dynamitladung an Bord hat, gerät in Brand. Während der Lösch- und Bergungsversuche erfolgt eine furchtbare Explosion, sämtliche im Hafen liegende Schiffe werden beschädigt, der umliegende Stadtteil zerstört, über 1000 Menschen getötet, darunter der Marinekommandant, und ungefähr 4500 verwundet.

7. November. (Barcelona: Dynamitexplosion.) Bei der Einweihung des Theatro Liceo werden während des zweiten Aktes von „Wilhelm Tell" zwei Orsinibomben in die Orchesterfauteuils geworfen. Eine Bombe explodiert und tötet 23 Personen, 45 Personen werden verwundet. Sechs Anarchisten werden als die Attentäter entdeckt und verhaftet.

19. November. Die Gemeindewahlen finden statt und fallen gegen die Republikaner zu Gunsten der Liberalen aus.

27. November. Marschall Martinez Campos geht mit zwei Armeekorps nach Melilla.

30. Dezember. Abschluß eines spanisch-französischen Handelsabkommens.

V.

Großbritannien.

Mitte Januar. Über die Ministerkrisis in Egypten vgl. Egypten.

16. Januar. (London.) Unter der Führung des Parlamentsmitgliedes Keir Hardie bildet sich in Bradford eine Unabhängige Arbeiterpartei.

Ihr Programm, das ungleich radikaler ist, als der von den Arbeitervertretern in Newkastle aufgestellte Aktionsplan, fordert Abschaffung der Ueberstunden, der Stückarbeit, der Kinderarbeit; Herbeiführung einer gesetzlich festgesetzten Arbeitswoche von 48 Stunden; öffentliche Fürsorge für Kranke, sowie für mittellose Witwen und Waisen; Bestreitung der Wahlkosten und Besoldung aller Mitglieder gesetzgebender Körperschaften aus der Staatskasse; Abschaffung der Peerskammer der Monarchie und der indirekten Besteuerung und endlich Einführung kürzerer Parlamentsperioden, sowie einer abgestuften Einkommensteuer.

31. Januar. (London.) Eröffnung des Parlaments. Die Thronrede lautet:

„Meine Lords und meine Herren! Meine Beziehungen zu allen auswärtigen Mächten sind fortdauernd freundlich und harmonisch. Die von denselben abgegebenen Erklärungen sprechen sich alle zu Gunsten der Aufrechterhaltung des Friedens aus. In Verbindung mit der sich nähernden Räumung Ugandas durch die britische Ostafrika-Kompanie habe Ich es für angemessen gehalten, einen Bevollmächtigten von großer Erfahrung und Fähigkeit, für dessen persönliche Sicherheit die nötigen Maßregeln getroffen worden sind, dorthin zu senden. Derselbe wird an Ort und Stelle untersuchen, in welcher Weise am besten mit dem Lande in Zukunft verfahren werden soll und wird darüber an Meine Regierung berichten. Angesichts der jüngsten Ereignisse in Aegypten habe ich beschlossen, die Zahl Meiner dort stationierten Truppen um ein Weniges zu vermehren. Diese Maßregel bezeichnet durchaus keinen Wechsel in der bisher von Mir befolgten Politik, noch irgend einen Wandel in den Versicherungen, welche Meine Regierung von Zeit zu Zeit in Bezug auf die Besetzung dieses Landes gegeben hat. Der Khedive hat in befriedigenden Ausdrücken die Erklärung abgegeben, daß er beabsichtige, in Zukunft die feststehende Praxis zu befolgen, mit Meiner Regierung über alle politischen Gegenstände zu beraten und in aufrichtiger Gemeinsamkeit mit ihr zu handeln.

Meine Herren Abgeordneten! Das für den Staatsdienst nötige Budget des nächsten Finanzjahres wird Ihnen in Kurzem vorgelegt werden.

Meine Lords und Meine Herren! Mit Betrübnis habe Ich von der in der Landwirtschaft weit verbreiteten Not Kenntnis genommen. Es steht zu hoffen, daß einige der Ursachen, welche diesen Zustand mit hervorgebracht haben, nur zeitweiliger Natur sind. Aber Ich zweifle nicht daran, daß Sie dieser Angelegenheit Ihre ernstliche Aufmerksamkeit schenken und dieselbe reiflichst in Erwägung ziehen werden.

Der in Irland proklamierte Belagerungszustand ist aufgehoben worden, und es gereicht Mir zur großen Befriedigung, erklären zu können, daß die Lage des Landes in Bezug auf agrarische Verbrechen in fortwährender Besserung begriffen ist. Eine Gesetzvorlage wird Ihnen bei der ersten, sich bietenden Gelegenheit in Bezug auf die Regierungsweise in Irland unterbreitet werden. Dieselbe ist mit dem Wunsche vorbereitet worden, zur Zufriedenheit des irischen Volkes beizutragen, dem Parlament eine wichtige Erleichterung in seinen Arbeiten zu verschaffen und erhöhte Sicherheit für die Stärke und Einigkeit des Reiches zu etablieren. Bills zur Amendierung des in Großbritannien bestehenden Regierungssystems werden Ihnen vorgelegt werden. Ferner wird Ihnen eine Vorlage für kürzere Parlamentsdauer und für ein gleiches Wahlrecht durch die Beschränkung eines jeden Wählers auf eine Stimme unterbreitet werden.

Verschiedene Bills werden Ihnen in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse vorgelegt werden. Unter diesen befinden sich Vorlagen in Bezug auf die Verbindlichkeit der Arbeitgeber, die Arbeitsstunden der Eisenbahnbeamten und das Verschwörungsgesetz. Ihre Aufmerksamkeit wird ferner in Anspruch genommen werden in Bezug auf die Verbesserung der Lokalverwaltung, die Kreirung von Kirchspielversammlungen, die Erweiterungen der Gerechtsame des Londoner Grafschaftsrats, die Vermeidung eines ferneren Anwachsens neuer Privilegien der Staatskirche in Schottland und Wales, direkte lokale Kontrolle des Handels in Spirituosen und andere Maßregeln zur allgemeinen Wohlfahrt.

Ich bete zu Gott dem Allmächtigen, daß er Sie erleuchte und in Ihren Beratungen segne."

13. Februar. (Unterhaus.) Gladstone bringt die Homerule-Bill für Irland ein.

Er erklärt, ein parmanentes Zwangsgesetz für Irland sei unmöglich. Bei Errichtung der Union seien Irland, gleiche Gesetze wie England versprochen, dieses Versprechen sei jedoch niemals erfüllt worden. Fünf Sechstel der irischen Abgeordneten seien Nationalisten. Er wolle gegen England keinerlei Drohung richten, aber wenn dasselbe gegen die irischen Forderungen ewigen Widerstand leiste, werde es seine Kräfte erschöpfen. In der im Jahre 1886 eingebrachten Vorlage seien fünf unabänderliche Hauptprinzipien aufgestellt worden, an denen festzuhalten die Regierung bestrebt sei. Der Zweck der jetzigen Vorlage sei die Errichtung einer legislativen Körperschaft mit dem Sitze in Dublin für die legislativen und administrativen irischen Angelegenheiten. Die Regierung wünsche nichts zu thun, was mit der Reichseinheit unvereinbar sei. Sie wünsche vielmehr, dieselbe durch die Ausdehnung der lokalen Selbstverwaltung zu stärken. Für die Suprematie des Reichsparlamentes werde in der Einleitung zur Homerule-Bill Sorge getragen, indem dort ausdrücklich gesagt sei, daß die Bill eingebracht werde, um ein irisches Parlament zu errichten, ohne die Oberherrschaft des Reichsparlamentes zu beeinträchtigen oder zu beschränken. Die irische legislative Körperschaft werde aus dem legislativen Rat und der legislativen Versammlung bestehen. Der Vizekönig werde auf 6 Jahre ernannt werden, sei aber der eventuellen Absetzung durch die Krone unterworfen. Auf die Qualifi-

kation zu diesem Amte soll die Konfession ohne allen Einfluß sein. Dem Vizekönig würde volle Exekutivgewalt übertragen. Ferner werde ein Exekutivkomitee des Geheimen Rates von Irland ernannt werden. Dieses Komitee werde in Wirklichkeit den Rat für gewöhnliche Angelegenheiten oder das Kabinett des Vizekönigs bilden. Auf den Rat dieses Komitees werde der Vizekönig die Bills genehmigen, wobei er jedoch von der königlichen Instruktion bezüglich aller eingebrachten Vorlagen abhängig bleibe. Der legislative Rat werde der Minorität in Irland Gelegenheit zum Ausdruck ihrer Meinungen bieten und die volle Erwägung derselben sichern. Dieser Rat werde aus 48 gewählten Mitgliedern bestehen. Stimmberechtigt sei jeder, der ein Minimum von 20 Pfund als Jahresmiete entrichte. Jeder Wähler sei nur in einem Wahlbezirke stimmberechtigt.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede führte Gladstone aus, die legislative Versammlung Irlands solle auf sechs Jahre von den jetzigen Wählern gewählt werden und aus 103 Mitgliedern bestehen. Die Richter seien unabsetzbar und würden von der Krone ernannt. Für den Zusammentritt der legislativen Körperschaft sei der erste Dienstag im September in Aussicht genommen. Die finanziellen Bills sollten aus der legislativen Versammlung hervorgehen, indes nur nach vorhergegangener Initiative seitens des Vizekönigs. Die polizeiliche Gewalt werde von der alten auf eine neue Behörde übertragen werden. Die lokalen Behörden Irlands sollten allmählich eine neue Polizeimacht in den lokalen Bezirken errichten und die jetzigen Konstabler sollten hauptsächlich aus diesen Lokalbezirken nach und nach zurückgezogen werden. Irische Deputierte sollten im Reichsparlamente sitzen, aber der Zahl der Bevölkerung gemäß solle die Zahl von 103 auf 80 vermindert werden. Selbstredend müßten für diese Deputierten Neuwahlen ausgeschrieben werden. Die Stimmfähigkeit der irischen Abgeordneten im Reichsparlament werde beschränkt werden. Dieselben seien ausgeschlossen von den Abstimmungen erstens über Anträge und Vorlagen, deren Inhalt ausdrücklich auf Großbritannien allein beschränkt sei, zweitens über Finanzbills, die nur Großbritannien betreffen, drittens über Kredit für andere als Reichszwecke. Irland werde einen billigen Anteil an den Reichsausgaben tragen. Die Zolleinnahmen Irlands sollten als angemessener Beitrag des Landes zu den Reichsausgaben betrachtet werden. Hierdurch werde die Notwendigkeit einer schwierigen Berechnung beseitigt. Natürlich müsse die Verwaltung der Zolleinkünfte Irlands eine britische Angelegenheit sein. Die Nettoeinkünfte Irlands betrügen im Jahre 2,300,000 Pfd., die Reichsausgaben bezifferten sich auf 59 Millionen. Die Erhebung der von der Reichsbehörde festzusetzenden Acciseabgaben solle in den Händen der irischen Behörden sein. Falls die in der Bill enthaltenen Anträge genehmigt würden, werde das irische Parlament mit einem Ueberschusse von einer halben Million beginnen. Gladstone schloß seine mehr als zweistündigen Ausführungen mit der Erklärung, die Homerule-Bill würde die Stärke, Größe, den Ruhm und die Einheit des Reiches erhöhen und kräftigen. Er bitte das Haus, durch die Annahme der Vorlage die Vergangenheit vergessen zu machen.

Die Abschnitte der Homerule-Bill, die sich auf die gesetzgebende Gewalt in Irland, die Exekutivgewalt daselbst, die irischen gesetzgebenden Körperschaften und die irische Vertretung im Hause der Gemeinen beziehen, lauten wörtlich:

Gesetzgebende Gewalt. 1) An und nach dem festgesetzten Tage wird es in Irland eine Legislatur geben, welche aus Ihrer Majestät der Königin und zwei Häusern, nämlich dem gesetzgebenden Rat und der gesetzgebenden Versammlung bestehen wird. 2) Mit den weiter unten in dieser Vorlage

erwähnten Ausnahmen und Beschränkungen wird der irischen Legislatur die Macht eingeräumt, Gesetze für die öffentliche Ruhe, Ordnung und gute Verwaltung in betreff ausschließlich auf Irland oder einen Teil davon bezüglicher Angelegenheiten zu geben. 3) Nachstehende Angelegenheiten sind der gesetzgebenden Gewalt der irischen Legislatur entzogen: (1.) Die Krone oder das Erbfolgerecht oder eine Regentschaft; oder der Vizekönig von Irland als Repräsentant der Krone; (2.) das Recht des Friedensschlusses oder der Kriegserklärung, oder solche Angelegenheiten, welche aus einem Kriegszustand entspringen; (3.) die Streitkräfte zur See oder zu Land oder die Reichsverteidigung; oder (4.) Verträge und andere Beziehungen zu fremden Staaten, oder Beziehungen zwischen den verschiedenen Teilen von Ihrer Majestät Staatengebieten, oder Verletzungen solcher Verträge und Beziehungen; oder (5.) Würden und Ehrentitel; oder (6.) Verrat, Hochverrat oder Heimatsrecht; oder (7.) Handel mit irgend einem Platze außerhalb Irlands; oder Quarantäne oder Schiffahrt mit Ausnahme, was die Binnengewässer und die lokalen Gesundheits- oder Hafenbestimmungen betrifft; oder (8.) Baaken, Leuchtthürme oder Seezeichen, ausgenommen insoweit als sie einer allgemeinen Parlaments-Akte gemäß durch eine lokale Hafenbehörde errichtet oder erhalten werden können; oder (9.) Münzwesen, gesetzliche Zahlungsmittel, oder Bestimmung von Maß und Gewicht; (10.) Handelsmarken, Warenmarken, Urheberrecht und Patentwesen. Irgend ein in Uebertretung dieses Abschnittes gegebenes Gesetz wird ungültig sein. — 4) Die Gewalten der irischen Legislatur sollen sich nicht auf die Schaffung von Gesetzen in betreff nachstehender Angelegenheiten erstrecken: (1.) Gründung oder Dotierung einer Religions-Genossenschaft oder Verbot der freien Ausübung derselben; oder (2.) Auferlegung irgend einer Beschränkung oder Verleihung irgend eines Vorrechtes auf Grund irgend eines Religionsbekenntnisses; oder (3.) Aufhebung oder Schmälerung des Rechts zur Errichtung oder Erhaltung irgend einer konfessionellen Unterrichts- oder Wohlthätigkeitsstelle; oder (4.) Beeinträchtigung des Rechts irgend eines Kindes, eine auf öffentliche Kosten erhaltene Schule, ohne dem Religionsunterricht in dieser Schule beizuwohnen, zu besuchen; oder (5.) ein Gesetz, wodurch irgend eine Person des Lebens, der Freiheit oder des Eigentums ohne das angemessene gesetzliche Verfahren beraubt oder derselben der für alle gleiche Schutz der Gesetze verweigert wird, oder ein Gesetz, wodurch Privateigentum ohne billigen Ersatz hinweggenommen wird; oder (6.) ein Gesetz, wodurch irgend eine bestehende, durch Königliches Patent oder irgend eine lokale oder allgemeine Parlamentsakte inkorporierte Körperschaft (welche keine Körperschaft ist, die für öffentliche Zwecke Steuern, Abgaben, Auflagen, Gebühren oder Zölle erhebt, oder solchergestalt erhobene Gelder verwaltet) ohne ihre Zustimmung oder die vorher mittels einer Adresse der beiden Häuser der irischen Legislatur eingeholten Königlichen Bewilligung ihrer Rechte, Privilegien oder ihres Eigentums ohne angemessenes gesetzliches Verfahren beraubt würde; oder (7.) ein Gesetz, wodurch irgend ein Bewohner des Vereinigten Königreichs der gleichen Rechte in betreff der öffentlichen Seefischereien beraubt würde.

Exekutivgewalt in Irland. 5) (1.) Die Exekutivgewalt in Irland bleibt nach wie vor verkörpert in Ihrer Majestät der Königin, und der Lord-Leutnant soll als Stellvertreter Ihrer Majestät jedes Vorrecht und jede andere Exekutivgewalt der Königin ausüben, deren Ausübung ihm Ihre Majestät übertragen mag, und soll im Namen Ihrer Majestät die irische Legislatur einberufen, vertagen und auflösen. (2.) Es soll ein Exekutiv-Komitee des Geheimen Rates in Irland errichtet werden, um bei der Regierung Irlands zu helfen und zu raten, und es soll aus so vielen Mitgliedern bestehen, wie es Ihre Majestät für gut befindet oder wie es durch eine irische Akte

festgesetzt werden mag. (3.) Der Lord-Leutnant wird, auf den Rat des besagten Exekutiv-Komitees, den Gesetzentwürfen, welche von den beiden Häusern der irischen Legislatur angenommen worden sind, die Zustimmung Ihrer Majestät gewähren oder versagen, bleibt jedoch den Weisungen unterworfen, welche ihm Ihre Majestät in Bezug auf jeden solchen Gesetzentwurf erteilt.

Die gesetzgebenden Körperschaften. 6) (1.) Der irische gesetzgebende Rat soll aus achtundvierzig Räten bestehen. (2.) Jeder der im ersten Zusatzartikel dieser Akte erwähnten Wahlkreise soll so viel Räte wählen, als in dem Zusatzartikel ausdrücklich genannt sind. (3.) Jedermann soll berechtigt sein, als Wähler eingeschrieben zu werden, und wenn eingeschrieben, sich an der Wahl eines Rates zu beteiligen, der als Grundbesitzer oder Pächter in dem Wahlkreise eine jährliche Steuer von mehr als zwanzig Pfund bezahlt — unter denselben Bedingungen, wie ein Mann, wenn die gegenwärtige Akte angenommen worden, berechtigt ist, als Parlamentswähler eingeschrieben zu werden und zu stimmen kraft seines Besitzes oder kraft der im Artikel 5 der Volksvertretungsakte von 1884 angeführten Eigenschaft; unter der Bedingung jedoch, daß niemand berechtigt ist, in mehr als einem Wahlkreise in demselben Jahre eingeschrieben zu werden oder, wenn eingeschrieben, zu stimmen. (4.) Die Mandatsdauer jedes Rats soll acht Jahre sein und durch keine Auflösung berührt werden, und in jedem vierten Jahre soll die Hälfte der Räte ausscheiden und ihre Sitze sollen durch Neuwahlen besetzt werden. 7) (1.) Die irische gesetzgebende Versammlung soll hundertunddrei Mitglieder zählen, welche von den bestehenden Wahlkreisen Irlands oder deren Teilen und den gegenwärtig dort anwesenden Parlamentswählern gewählt werden. (2.) Die irische gesetzgebende Versammlung soll, wenn sie nicht früher aufgelöst wird, von dem Einberufungstage an gerechnet, fünf Jahre und nicht länger tagen. (3.) Sechs Jahre nach Annahme dieser Akte mag die irische Legislatur die für das Wahlrecht erforderlichen Eigenschaften und die Verteilung der Abgeordneten auf die Wahlkreise anders bestimmen, vorausgesetzt, daß bei dieser Verteilung auf die Bevölkerung der Wahlkreise gehörige Rücksicht genommen wird. — 8) Wenn ein Gesetzentwurf oder der Vorschlag für einen Gesetzentwurf, welchen die gesetzgebende Versammlung angenommen hat, von dem gesetzgebenden Rate verworfen und nach einer Auflösung oder nach Ablauf von zwei Jahren nach dieser Verwerfung von der gesetzgebenden Versammlung abermals angenommen, von dem gesetzgebenden Rat aber innerhalb dreier Monate nicht angenommen wird, so soll derselbe sofort der gemeinsamen Beratung und Abstimmung der Mitglieder beider Häuser unterbreitet und nach der Entscheidung der Mehrheit der anwesenden und über die Frage abstimmenden Mitglieder angenommen oder verworfen werden.

Irische Vertretung im Hause der Gemeinen. 9) Solange und bis das Parlament nicht anders bestimmt, sollen die folgenden Vorschriften gelten: (1.) Nach dem bestimmten Tage soll jede der im zweiten Gesetzartikel dieser Akte genannten Wählerschaften die Anzahl von Mitgliedern in das Parlament entsenden, welche in diesem Zusatzartikel namhaft gemacht wird, und keins darüber, und die Dubliner Universität soll aufhören, ein Mitglied zu wählen. (2.) Die bestehenden Teilungen dieser Wählerschaften sollen, außer wenn der erwähnte Zusatzartikel es anders bestimmt, abgeschafft werden. (3.) Ein irischer Repräsentativ-Peer im Hause der Lords und der Vertreter eines irischen Wahlkreises im Hause der Gemeinen soll nicht berechtigt sein, zu beraten oder zu stimmen über: a) Einen Gesetzentwurf oder darauf bezüglichen Antrag, dessen Wirksamkeit auf Großbritannien oder einen seiner Teile beschränkt ist. b) Einen Antrag oder Beschluß, der sich auf eine Steuer bezieht, die in Irland nicht erhoben wird oder nicht erhoben werden

soll. c) Eine Geldbewilligung, die ausschließlich für einen Zweck bestimmt ist, der im dritten Zusatzartikel dieser Akte nicht erwähnt wird. d) Einen Antrag oder Beschluß, der ausschließlich Großbritannien oder einen Teil davon, oder eine Lokalbehörde oder eine Person oder Sache innerhalb seiner Grenzen betrifft. e) Einen Antrag oder Beschluß, der mit einem der zuletzt erwähnten Anträge oder Beschlüsse zusammenhängt oder sich ausschließlich auf eine Steuer bezieht, die in Irland nicht erhoben wird oder nicht erhoben werden soll, oder der mit einer Geldbewilligung, wie früher erwähnt, in Verbindung steht. — (4.) Die Zustimmung zu den Vorschriften dieses Abschnitts soll in jedem Hause in einer von diesem selbst zu bestimmenden Weise verlangt werden. — (5.) Die Wahlgesetze und die Gesetze, welche die Eigenschaften der Parlamentswähler bezeichnen, sollen, soweit sie sich auf Parlamentswahlen beziehen, von der irischen Legislatur nicht verändert werden; aber diese Bestimmung soll die irische Legislatur nicht hindern, irgend welche Beamten mit der Ausschreibung der Wahlen zu betrauen, und wenn irgend welche Beamten damit betraut worden sind, so soll es gesetzlich sein, daß Ihre Majestät durch Kabinettsordre für den Erlaß der Wahlausschreiben Sorge trägt, und die infolge dieser Ordre erlassenen Wahlausschreiben sollen dieselbe Geltung haben, als wären sie in der bisher gebräuchlichen Weise erlassen worden.

18. Februar. Gladstone schlägt Diäten für die Mitglieder des Parlaments vor, der Art, daß Mitglieder, welche unter 400 Pfund Einkommen haben, einen jährlichen Zuschuß von 300 Pfund aus Staatsmitteln, jedoch nur auf Ansuchen, erhalten.

20. Februar. (Unterhaus.) Fowler beantragt eine Novelle zum Wahlregistergesetz.

Er führt aus, die Bill beseitige den Verlust des Wahlrechts bei Nichtzahlung von Lokalabgaben und mindere die Dauer des zur Erwerbung des Wahlrechts in einem Distrikt erforderlichen Aufenthalts auf drei Monate herab. Die Registrierung solle ohne weiteres durch die von den Stadträten und Grafschaftsräten ernannten Registratoren erfolgen.

22. März. (London.) Das Unterhaus nimmt die zweite Lesung der von der Regierung unterstützten Bill an, welche die Lokalbehörden ermächtigt, den Arbeitern zum Ankaufe von Häusern Vorschüsse zu machen, die innerhalb 35 Jahren rückzahlbar sind.

25. März. (London: Unterhaus.) Ein Antrag William Allens', in welchem die sofortige Gewährung mäßiger Diäten an die Mitglieder des Unterhauses befürwortet wird, wird mit 276 gegen 229 Stimmen angenommen. Der Kanzler der Schatzkammer, Harcourt, unterstützt den Antrag und erklärt, er fasse das Wort „sofortige“ dahin auf, daß dem Antrage Folge gegeben werden solle, wenn die Zeit und das Geld, welche für Ausführung des Antrages erforderlich seien, der Regierung zur Verfügung ständen.

21. April. (Unterhaus.) Die zweite Lesung der Homerule-Bill, d. h. die Generaldebatte, wird beendigt. Regierungspartei wie Opposition waren vollzählig anwesend. Als letzte Redner traten

nochmals die beiden Führer und Vorkämpfer Balfour und Gladstone auf. Dann erfolgte die Abstimmung. Die Spezialdebatte, deren Beginn der Premier auf den 4. Mai anberaumen will, wurde mit 347 gegen 304 Stimmen beschlossen.

25. April. Der Lordmajor von London empfängt im Mansion-House gegen 200 hervorragende Delegierte aus Ulster.

Der Wortführer der Delegierten, Sir W. Ewart, erklärt, die Bevölkerung von Ulster sei entschlossen, ein inländisches Parlament in Dublin nicht anzuerkennen; sie beabsichtige, eine Versammlung von 600 Delegierten zu wählen, welche die erforderlichen Maßnahmen beschließen und leiten solle für den Fall, daß die Homerule-Vorlage zum Gesetz werden würde. Inzwischen würden alle über 16 Jahre alten Wehrfähigen gemustert und eingeschrieben werden. Man werde es versuchen, sich mit den Brüdern im Norden Irlands in Ruhe und Frieden zu verständigen. Sollte es aber dessen ungeachtet zum Bürgerkrieg kommen, so werde die Verantwortung für das vergossene Blut auf das Haupt Gladstones und John Morleys fallen. Der Lordmajor erwidert den Delegierten sehr freundlich, er erkenne die große Wichtigkeit der Frage vollständig an und teile ihr Mißtrauen bezüglich der Homerule-Vorlage. Aber, wenn sie auch die Pflicht hätten, die Vorlage mit allem Nachdruck zu bekämpfen, so müßten sie sich dennoch unbedingt auf die konstitutionellen Wege beschränken.

Ende April. Attentat auf Gladstone durch einen geistig Gestörten namens Townsend.

1. Mai. (Unterhaus.) Bei Beantwortung von Dilke's Anfrage, ob jetzt nicht der Zeitpunkt gekommen sei, um die Verwirklichung der von verschiedenen Administrationen in betreff der Räumung Ägyptens gegebenen Zusicherungen in Erwägung zu ziehen, äußert sich Gladstone wesentlich anders, als er im vorigen Jahre als Führer der Opposition während des Wahlkampfes es gethan.

Damals hatte er gegen die unbegrenzte Fortdauer der Okkupation gedonnert und es lebhaft beklagt, daß die Regierung durch ihre Weigerung, über die baldige Zurückberufung der Truppen zu verhandeln, Frankreichs Sympathien sich entfremde; gestern im Unterhause sprach er sich in sachlicher Hinsicht genau so aus, wie sein Amtsvorgänger Lord Salisbury es gethan haben würde. Er erkannte an, daß England nicht berechtigt sei, für ewige Zeiten in Aegypten zu bleiben und das Pharaonenland zu einer Dependenz des Britischen Reiches zu machen, aber er lehnte es entschieden ab, irgend einen Zeitpunkt für die Räumung in Aussicht zu nehmen. Ehe die im Augenblick der Okkupation übernommene Verpflichtung, am Nil vollkommen geordnete und gesicherte Zustände herzustellen, nicht gelöst sei, könne die segensreiche englische Kontrolle nicht aufhören. Wann es möglich sein werde, Aegypten wieder den Aegyptern zurückzugeben, vermöge er nicht vorauszusagen. In absehbarer Zeit werde es, wie Vorgänge neueren Datums in Kairo gezeigt hätten, kaum der Fall sein.

3. Mai. Verlobung des Prinzen Georg, Herzog v. York mit der Prinzessin Mary v. Teck, der Braut seines verstorbenen Bruders.

3. Mai. (Unterhaus.) Der gesetzliche Achtstundentag für

Bergarbeiter wird mit 279 gegen 201 Stimmen angenommen. (Vgl. Jahrg. 1892 S. 254.)

Anfang Juni. Der Antiparnellit Sexton legt sein Mandat nieder.

23. Juni. Untergang des zum englischen Mittelmeergeschwader gehörigen Panzerschiffes „Viktoria" infolge Kollision mit dem Panzerschiffe „Camperdown" bei Tripolis in Syrien. Der kommandierende Admiral Tryon, 22 Offiziere und 238 Mann von der Besatzung finden dabei ihren Tod.

Telegramm Kaiser Wilhelms an den ersten Lord der Admiralität vgl. Deutschland.

26. Juni. Der gesetzgebende Rat von Indien erläßt eine Bill, welche das Recht der freien Münzprägung aufhebt und den Wert der Rupie auf 1 s 4 d festsetzt.

Zu diesem Preis sollen die silbernen Rupien gegen Gold und Sovereigns eingewechselt werden. Sovereigns und halbe Sovereigns sollen in Indien zwar nicht mehr gesetzmäßige Zahlungsmittel sein, doch werden sie auf den öffentlichen Schatzämtern zu dem Maßstabe, daß 1 Sovereign gleich 15 Rupien ist, angenommen werden. Diese Bestimmung soll verhindern, daß der Wechselkurs über 1 s 4 d steigt, sowie auch Schwankungen unmöglich machen.

28. Juni. (Unterhaus.) Gladstone erklärt, die Münzstätten Indiens seien in der Lieferung von Silber im Austausch gegen Gold nicht beschränkt. Die Bestimmung des indischen Münzgesetzes vom Jahre 1870, wonach der Vizekönig die die Prägung und die Münzen betreffenden Angelegenheiten, welche durch das angeführte Gesetz nicht berührt worden sind, von Zeit zu Zeit regeln kann, bleibe auch ferner in Kraft.

28. Juni. (Unterhaus.) Da die Beratung der Homerule durch die Obstruktion der Opposition nicht von der Stelle kommt, so schlägt die Regierung ein „Guillotine"-Gesetz vor, das angenommen wird.

Darnach soll die Einzelberatung der Paragraphen 5 bis 8 der Homerule-Bill bis zum 6. Juli um 10 Uhr abends, die Einzelberatung der Paragraphen 9 bis 26 am 13. Juli, und diejenige der Paragraphen 27 bis 40 am 20. Juli beendet sein. Die Einzelberatung der vertagten Paragraphen, sowie der neuen von der Regierung beantragten Paragraphen soll am 27. Juli beendet sein. Was bis dahin nicht beraten ist, soll ohne Debatte sofort zur Abstimmung gebracht werden. Ferner beantragt die Regierung die Suspendierung des Mitternachts-Reglements. Die Ankündigung Morleys wird von den Ministeriellen mit lautem Beifall aufgenommen. Russel erklärt, er werde den Antrag Gladstones durch ein Amendement bekämpfen, besagend, daß, da die Homerule-Bill eine neue Verfassung bilde und die konstitutionellen Rechte britischer Unterthanen dauernd und nachteilig be-

rühre, das Haus die Sanktion der Resolution verweigere, die sich direkt in die freie parlamentarische Beratung mische.

30. Juni – 10. Juli. Aufenthalt des Großfürsten Thronfolgers von Rußland in London.

6. Juli. (London.) Vermählungsfeier des Herzogs v. York mit der Prinzessin Mary v. Teck.

13. Juli. (Unterhaus.) Gladstone beantragt ein Amendement zum Paragraphen 9 der Homerule-Bill, nach welchem die Untersätze 3 und 4 gestrichen werden und demgemäß die irischen Vertreter im Reichsparlamente bei allen Gegenständen stimmberechtigt bleiben sollen. Es wird mit 325 gegen 298 Stimmen angenommen. Als Paragraph 10, als erster finanzieller Paragraph, betreffend die Errichtung eines separaten konsolidierten Fonds, zur Abstimmung vorliegt, erklärt sich die Regierung für Streichung. Der größte Teil der Konservativen und liberalen Unionisten verläßt hierauf den Sitzuugssaal. Paragraph 10 wird sodann mit 358 gegen 49 Stimmen verworfen. Im weiteren Verlaufe der Sitzung werden die Paragraphen 11 bis 17 inkl. der Homerule-Bill zurückgezogen; Paragraph 18 wird mit 328 gegen 294 Stimmen angenommen, ebenso Paragraph 19. Die Paragraphen 20 und 21 werden ohne besondere Abstimmung abgelehnt und die Paragraphen 22 bis 26 inklusive mit Majoritäten von 33 und 35 Stimmen angenommen.

13. Juli. Großbritannien tritt der Dresdener Sanitätskonvention bei.

Mitte Juli. Räumung Egyptens vgl. Egypten.

17. Juli. (Unterhaus.) Frage von Siam.

Der Parlamentssekretär des Auswärtigen, Grey, erklärt, wie er höre, bestehe in einigen Teilen des Hauses der Wunsch, heute die zwischen Frankreich und Siam bestehenden Schwierigkeiten, besonders im Hinblick auf den Ernst der Lage in Bangkok zu erörtern. Unzweifelhaft sei die Situation ernst. Am Freitag sei das Haus davon benachrichtigt worden, daß Schüsse ausgetauscht worden wären, seitdem seien keine weiteren Feindseligkeiten vorgekommen, die Sache bleibe also in der Schwebe. Das gesamte Haus habe sicherlich den Wunsch, daß die Regierung nichts unterlasse, um die britischen Interessen ernstlich zu überwachen und zu schützen, daß aber auch nichts geschehe, was die Lage irgendwie verschlimmern könnte. Gegenwärtig sei noch jede Möglichkeit vorhanden, daß die Angelegenheit mit einer friedlichen Lösung endigt und ein weiterer Ausbruch von Feindseligkeiten nicht stattfindet. Das Haus wünsche gewiß auch, daß gegenwärtig nichts gesagt werde, was die Lage verschlimmern könnte; er wolle daher, um eine Diskussion zu vermeiden, folgende Erklärung verlesen: Um die gegenwärtige Lage der Angelegenheiten zwischen Frankreich und Siam gerecht und leidenschaftslos zu erwägen, sei es notwendig, die verschiedenen Fragen, welche infolge

des Laufes der Ereignisse vermischt worden, gesondert zu halten. Vielleicht liege aber die Hauptschwierigkeit, über diese Fragen zu einer Schlußfolgerung zu gelangen, darin, eine klare und definitive Information zu erhalten, und in Ermangelung einer solchen Information sei die britische Regierung nicht bereit, irgendwelche entschiedene Ansicht über die Bedeutung der verschiedenen Punkte abzugeben. Erstens gebe es gewisse Forderungen Frankreichs für Verluste, welche französische Kaufleute und Reisende durch siamesische Beamten erlitten. Frankreich bestehe auf der Befriedigung dieser Forderungen, bevor es Unterhandlungen über wichtigere Angelegenheiten anknüpfe, während die siamesische Regierung Schwierigkeiten und Einwände erhoben habe, die sie noch nicht zurückgezogen. Zweitens gebe es eine Grenzfrage in und bei dem Mekongthale. Dieses sei eine komplizierte Frage, über welche die Regierung nicht genügende Informationen besitze, um eine definitive Ansicht zu äußern, und bei welcher vorausgesetzt sei, daß sie innerhalb gewisser Grenzen bleiben und nicht solche Proportionen annehmen werde, daß die Unabhängigkeit und Integrität des siamesischen Königreiches verletzt würde. Großbritannien sei nicht unmittelbar interessiert. Drittens gebe es eine Frage betreffend die Gefangennahme des französischen Offiziers Thereusse und die Ermordung eines anderen Offiziers und einiger anamitischer Soldaten. Wie es heiße, sei Thereusse, dessen Freilassung seit einiger Zeit zugesagt gewesen, auf französisches Gebiet geführt und ausgeliefert worden. Hinsichtlich des anderen Zwischenfalles würden die Thatsachen bestritten, etwaige Forderungen Frankreichs seien unbekannt. Viertens komme das gewaltsame Hinauffahren zweier französischer Kanonenboote im Menamflusse trotz der Opposition der siamesischen Behörden in Betracht. In Bezug hierauf besitze die Regierung noch nicht alle Thatsachen, habe aber Grund zu glauben, daß der Schritt den Weisungen der französischen Regierung, sowie dem ausdrücklichen Wunsche des französischen Vertreters in Bangkok zuwiderlaufe. Es sei absolut notwendig, detaillierte Informationen abzuwarten, bevor über die Frage eine Ansicht ausgesprochen werden könne. Die der Regierung aus Paris zugegangenen neuesten Nachrichten meldeten jedoch, die französischen Befehlshaber behaupteten positiv, daß sie einem ihrerseits nicht provozierten Feuer bei Ausübung ihres unzweifelhaften Rechtes, den Menamfluß bis Pakuam hinaufzufahren, ausgesetzt gewesen seien. Eine fünfte Frage sei die des Schutzes britischer Unterthanen und britischen Eigentums, sowie desjenigen anderer europäischen Mächte in Bangkok. Seit einiger Zeit habe die Regierung Vorkehrungen in dieser Richtung getroffen, und die Marinebehörden versicherten, daß alle Arrangements vollständig und die Streitkräfte genügend seien. Sollten mehr Schiffe nötig sein, so wären dieselben sofort verfügbar. Endlich handle es sich um die Frage der Unabhängigkeit und Integrität Siams. Die britische Regierung sei sich völlig bewußt, daß dies ein Gegenstand ernster Wichtigkeit für das britische und mehr noch für das britisch-indische Reich sei, aber die französische Regierung erkläre sich nicht minder besorgt als die britische, jene Unabhängigkeit und Integrität aufrecht zu erhalten. Die britische Regierung sei sich ihrer Verantwortlichkeit völlig bewußt und werde keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um eine befriedigende Lösung zu erleichtern.

21. Juli. Der britische Botschafter Lord Dufferin, der Paris in brüsker Weise, ohne Abschied bei den offiziellen Persönlichkeiten, verlassen hatte, um dann Wochen lang, ohne sein Fernbleiben irgendwie zu motivieren, in Urlaub zu weilen, kehrt ebenso plötzlich, wie er gegangen, nach Paris zurück.

27. Juli—8. August. Kaiser Wilhelm hält sich zum Besuch in England auf. Vergl. Deutschland S. 104.

28. Juli. (Unterhaus.) Prügelszene.

Chamberlain griff die Regierungspartei an, die jeden Befehl Gladstones unbesehen ausführe; niemals habe im englischen Parlament solche Schweifwedelei bestanden. (Ruf: Seit Herodes' Zeiten sah man solchen sklavischen Gehorsam gegenüber einem Diktator nicht!) In diesem Augenblick ruft ein irischer Nationalist Chamberlain das Wort „Judas" zu, worauf die Konservativen „Schande!" schreien. Inzwischen verlangt man Schluß der Debatte, und wie zur Abstimmung geschritten werden soll, steht der Abg. Gibbs auf und verlangt, daß zuvor der Abg. O'Connor, welcher „Judas" gerufen habe, dieses Wort zurücknehme. Der Präsident erklärte, er habe das Wort nicht gehört, worauf Gibbs, an den Präsidententisch herantretend, seinen Antrag erneuerte. Gleichzeitig stand der Konservative Logan auf. Derselbe geriet in Wortwechsel mit einem Mitglied der Opposition. Zur Ordnung gerufen, ließ er sich, um das ordnungswidrige Stehen zu vermeiden, auf der vordersten Oppositionsbank nieder. Der Abg. Fisher faßte ihn am Kragen und suchte ihn mit Gewalt zu verdrängen. Dieser Zwischenfall war der Beginn der großartigsten Prügelszene, die je im englischen Parlamente vorgekommen ist. Die Nationalisten erhoben sich wie ein Mann, und in wenigen Sekunden prügelten sich dreißig bis vierzig Abgeordnete. Hüte wurden eingetrieben und Nasen zerschlagen. Oberst Saunderson erhielt einen schweren Hieb über den Kopf. Ein anderer Abgeordneter wurde zu Boden geschlagen. Die Konservativen riefen nach dem Sprecher des Hauses. Der Stabträger suchte vergeblich Ruhe zu stiften. Als sich endlich der Tumult etwas gelegt hatte, erklärten die Konservativen, daß sie zur Abstimmung den Saal nicht eher verlassen würden, als bis die „Judasfrage" geordnet sei. Endlich erschien der Sprecher. Nachdem er von den Parteiführern, von Gladstone, Balfour und anderen die nötige Aufklärung erhalten hatte, forderte er O'Connor auf, die Beleidigung zurückzunehmen. O'Connor erklärte, wenn er dazu beigetragen habe, diesen Sturm zu erzeugen, so bäte er um Verzeihung. Der Sprecher drückte die Hoffnung aus, daß hiermit die Angelegenheit erledigt sei. Oberst Saunderson fühlte aber noch das Bedürfnis, anzuzeigen, daß der Deputierte Crean ihn über den Kopf geschlagen, worauf festgestellt wird, daß, ehe Saunderson den Schlag erhalten, er verschiedene andere irische Kollegen durchgebläut hatte. Damit war die Angelegenheit geordnet und man konnte zur Abstimmung schreiten.

Ende Juli. Beginn eines Kohlenstreiks, der nach und nach an großer Ausdehnung gewinnt. Am 3. August beträgt die Zahl einschließlich der Frauen und Kinder über 400,000, am 7. August wird sie auf eine halbe Million geschätzt, und am 17. August auf eine ganze Million.

3. August. Im Mansionhause findet unter dem Vorsitze des Lordmajors eine zahlreich besuchte Versammlung von Anhängern des Bimetallismus statt, welcher der ehemalige erste Lord des Schatzes, Balfour, der amerikanische Botschafter, der Gesandte der Niederlande und viele Persönlichkeiten aus politischen und kommerziellen Kreisen beiwohnen.

Balfour hält eine sehr beifällig aufgenommene Rede, worin er die Vorteile der Doppelwährung hervorhebt. Die Münzverhältnisse Indiens seien gegenwärtig unerträglich, jedermann erwarte mit Ungeduld, welche Aktion die Vereinigten Staaten unternehmen würden. Die Doppelwährung sei von den Gesichtspunkten der Beständigkeit, der Zugänglichkeit und der Internationalität der Goldwährung überlegen.

15. August. Urteil des Schiedsgerichts in der Behringsmeerfrage. Vgl. Amerika.

1. September. Die Homerule-Bill wird vom Unterhaus in dritter Lesung angenommen.

Balfour erklärt, die Opposition wünschte die Bill zu zerstören, sie habe das erreicht, obwohl im Hause die dritte Lesung erfolge. Jeder, der für dieselbe stimme, wisse, die Bill sei tot. Die Wähler seien jetzt über die wirkliche Bedeutung von Homerule aufgeklärt, und die Bill werde nie die Majorität der britischen Wähler erlangen. Bis das Volk von England und Schottland nicht überzeugt sei, daß die Auflösung der Union seine besten Interessen fördere, werde die Auflösung nie stattfinden. Der Chef-Sekretär des Lord-Leutnants von Irland, Morley, erklärt hierauf, die Regierung habe das Verdikt des Landes nicht zu fürchten. Die Annahme der Vorlage durch das Unterhaus bilde die Anerkennung einer nationalen Forderung Irlands, die, was auch das Schicksal der Bill sein möge, nie ausgelöscht werden könne.

Die Homerule-Bill wurde darauf in dritter Lesung mit 301 gegen 267 Stimmen unter lebhaftestem Beifall der Nationalisten und Radikalen, welche sich von ihren Sitzen erhoben und Hüte und Tücher schwenkten, angenommen.

Als Gladstone mit seiner Frau das Unterhaus verließ, wurde der Wagen von einer großen Menschenmenge umringt, welche den Premierminister enthusiastisch begrüßte.

7. September. Der Kongreß der Gewerkvereine nimmt mit 137 gegen 97 Stimmen einen Antrag an, nach welchem diejenigen Parlamentskandidaten, welche eine finanzielle Unterstützung von den Gewerkvereinen erhalten, sich verpflichten müssen, das Prinzip des Kollektivbesitztums und der Kontrolle über sämtliche Produktions- und Distributionsmittel zu unterstützen.

7. September. (Oberhaus.) Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Lord Rosebery hält eine Rede über die Homerule-Bill.

Er führt aus, es seien ja leider beide politische Parteien über die besten Methoden, Irland zu regieren und zu versöhnen, uneinig. Dem Oberhause stünden zwei Wege offen, nämlich: die Bill abzulehnen, oder dieselbe im Prinzip anzunehmen und die Vorlage umzuarbeiten. Falls die zweite Alternative adoptiert und das Prinzip einer umfassenden Maßregel hinsichtlich der lokalen Verwaltung für Irland angenommen werden sollte, dann würde das jetzige Ministerium nicht mit einer Hand, sondern mit beiden Händen die betreffenden Vorschläge bewillkommnen. Das Oberhaus sei für einen Konflikt mit dem Unterhause nicht ausgerüstet, aber das Oberhaus wäre Herr der Situation und es sei keine Frage, daß die Angelegenheit

durch Einvernehmen zwischen beiden politischen Parteien gelöst werden könne. Dies sei der Weg, auf dem nach seiner Ansicht die Frage eventuell gelöst werden dürfte. Er sei nicht enthusiastisch für die Homerule-Bill gestimmt, er glaube, daß die Union eine Sache der Notwendigkeit sei. Die Bill sei ein Experiment, ein großer Schritt auf dem Wege zur Versöhnung beider Nationen.

9. September. (Oberhaus.) Lord Salisbury bekämpft in fünfviertelstündiger Rede die Homerule-Bill, die England keineswegs Ruhe bezüglich der irländischen Fragen bringen werde, da die Irländer im Reichsparlament blieben. Die Regierung behaupte, daß die Unionsakte ein Mißerfolg sei; er bestreite dies, denn seit der Union habe sich der Gesamtzustand Irlands wesentlich gebessert. Die Politik der Opposition sei am besten durch Gladstones und Lincolns Erklärungen gekennzeichnet, nämlich: geduldiges Verharren, Gutes zu stiften und von der bisher verfolgten Linie nicht abzuweichen. Es sei unwahr, daß durch die Annahme der Bill die internationale Lage gebessert werden würde, im Gegenteil würde England dadurch die Kontrolle der irischen Küste verlieren. Lord Salisbury empfiehlt schließlich der unionistischen Partei als Motto Macaulays Erklärung: Die Union bis zum Äußersten zu verteidigen und dem Mandate der Vorfahren, den hohen Überlieferungen, sowie dem britischen Reiche nicht untreu zu werden. Nachdem der Lord-Präsident des Geheimen Rates, Earl of Kimberley, auf die Rede Lord Salisburys geantwortet hat, erfolgt die Abstimmung. Mit 419 gegen 41 Stimmen wird die zweite Lesung der Homerule-Bill verworfen.

Mitte September. Der Herzog von Connaught hält sich in Ungarn zum Besuch des Kaisers Franz Joseph auf. Vergl. Österreich.

27. September. Gladstone hält in Edinburg eine Rede, in der er mitteilt, daß er das Unterhaus nicht auflösen werde.

Die Auflösung des Parlaments infolge der Verwerfung der Homerule-Vorlage wäre gegen das Prinzip der Verfassung und ein Verrat gegen die große Nation, welche das Recht besitzt, sich selbst zu regieren. Was die Frage bezüglich der Existenz der Kammer der Lords betreffe, so würde dieselbe den Wählern unterbreitet werden. Die Majorität werde die Pflicht haben, ein Mittel zu finden, zum Ziele zu gelangen.

16.—29. Oktober. Ein englisches Geschwader in Tarent und Spezia vergl. Italien.

31. Oktober. Vollständige Niederlage der Matabele, Besetzung der Hauptstadt Buluwayo vgl. Afrika.

Mitte November. England und Afghanistan vgl. Asien.

Mitte November. Lord Rosebery, der Minister des Äußern,

übernimmt in dem großen Kohlengruben-Streik die Vermittelung und bringt eine Einigung zu stande.

Die Ausgleichsbedingungen sind die folgenden:

1. Es ist sofort wenigstens für ein Jahr ein Schiedsgericht zu konstituieren, aus je 14 Vertretern der Meister und der Arbeiter bestehend. Sie haben beim ersten Zusammentreten einen unabhängigen Vorsitzenden zu erwählen und, im Falle des Mißlingens, den Sprecher des Hauses der Gemeinen zu ersuchen, einen zu ernennen.

Der Vorsitzende hat die entscheidende Stimme. Diese Behörde soll die Vollmacht haben, von Zeit zu Zeit am und vom 1. Februar 1894 ab den Lohnsatz zu bestimmen.

Die erste Konferenz soll am Mittwoch, den 13. Dezember 1893, im Westminster Palace Hotel abgehalten werden.

2. Die Leute nehmen sofort bis zum 1. Februar 1894 die Arbeit zum alten Lohnsatz wieder auf.

Einverstanden, daß alle Zechen, soweit möglich, sofort wieder in Betrieb gesetzt, und den Leuten keine Hindernisse bei Wiederaufnahme der Arbeit in den Weg gelegt werden.

16. November. (Unterhaus.) Mac Laren beantragt, in die Kirchspielrats-Bill Bestimmungen aufzunehmen, welche unvermählten und vermählten weiblichen Personen das Wahlrecht bei der Wahl der Distriktsräte und Kirchspielräte einräumen. Der Präsident der Lokalverwaltung, Fowler, bekämpft den Antrag, weil eine Überladung der Vorlage dieselbe ersticken müsse. Der Antrag wird mit 147 gegen 126 Stimmen angenommen.

1. Dezember. Deutsch-englisches Abkommen über das Hinterland von Kamerun wird veröffentlicht. Vgl. Afrika.

8. Dezember. Das Oberhaus beschließt in die Haftpflichtvorlage eine Klausel aufzunehmen, welche den Arbeitgebern und den Arbeitern das Recht gewährt, durch besondere kontraktliche Abmachungen die Haftpflicht in anderer Weise als gemäß den allgemein gesetzlichen Bestimmungen zu ordnen.

8. Dezember. (Unterhaus.) Der Parlamentssekretär des indischen Amtes George Russel erklärt, die Forderung einer ostindischen Anleihe im Betrage von 10 Millionen sei nötig geworden, weil, infolge der Schließung der indischen Münzen, der Verkauf der indischen Regierungstratten durch unvermeidliche Störung des Handels so zurückgegangen sei, daß ein Verlust von 5½ Millionen entstand.

Die Regierung habe schon auf Grund der noch vorhandenen Anleihe-Ermächtigung 5,600,000 Pfund ausgegeben, und daher nur noch die Berechtigung zur Aufnahme einer Anleihe von 1,800,000 Pfund, weshalb sie eine neue Ermächtigung nachsuchen müsse, da bis zum April 1894, falls der Trattenverkauf gering ausfalle, 5 Millionen, und falls gar keine Tratten verkauft werden sollten, 6 Millionen gebraucht würden. Der Rest von

4 Millionen Pfund solle als Reservefonds für mögliche Eventualitäten dienen. Im Laufe der Debatte erklärt der Schatzkanzler Harcourt, es handle sich nicht um eine Anleihe zur Deckung von Ausgaben Indiens, denn im indischen Staatsschatze seien jetzt 6 Millionen Pfund zur Bestreitung der Verpflichtungen disponibel, aber eine direkte Uebermittlung dieser Gelder aus Indien sei keine vorteilhafte Operation. — Die Schuld wird von der Opposition als beispiellos kritisiert, die erste Lesung aber schließlich angenommen.

14. Dezember. (Unterhaus.) Nachdem die Pariser Polizei den ausländischen Anarchisten den Ausweisungsbefehl zugestellt, wird in der naheliegenden Annahme, daß die Ausgewiesenen London aufsuchen würden, die Regierung deswegen interpelliert. Der Staatssekretär des Innern erklärt, die bestehenden Gesetze böten kein Mittel, um die ausgewiesenen Anarchisten zu verhindern, nach England zu kommen. Die Regierung sei indessen der Meinung, daß noch keine Zustände sich ergeben hätten, um eine Abänderung der Gesetze wünschenswert erscheinen zu lassen.

Mitte Dezember. Das britische Unterhaus sendet eine Teilnahme-Kundgebung an die französische Kammer wegen des Bombenattentates.

19. Dezember. Die ostindische Anleihe wird in sämtlichen Lesungen angenommen.

19. Dezember. (Unterhaus.) Hamilton begründet die von ihm eingebrachte Resolution, betreffend die Notwendigkeit der Verstärkung der englischen Flotte, indem er ausführt, Englands Seeherrschaft stehe auf dem Spiele. Die Gefahr sei nur durch rasches und entschlossenes Vorgehen abzuwenden. Die britische Flotte sei gegenwärtig zwar noch so stark wie die russische und die französische Flotte zusammengenommen, der Bau großer Schiffe erfordere aber mindestens 2½ Jahre, und es sei daher keine Zeit zu verlieren, mit dem Bau neuer Schiffe vorzugehen, wenn England nicht überflügelt werden wolle. Gladstone erklärt, die Regierung könne Hamiltons Antrag nur als Mißtrauensvotum ansehen, sie müsse denselben daher durch die Forderung eines Vertrauensvotums bekämpfen. Hamilton verlange das System umzustoßen, wonach die Flottenbedürfnisse dem Unterhause alljährlich zur Bewilligung vorgelegt werden. Zwar erfordere der Bau großer Schiffe in England 3 Jahre, aber in Frankreich seien dazu 4½ Jahre erforderlich. Außerdem thue die britische Admiralität Schritte zur Beschleunigung des Schiffsbaues. Die Mittel Englands zum Bau von Schiffen seien im Vergleiche mit denen anderer Nationen außer-

ordentlich groß. Die Forderung Hamiltons, daß die Regierung ihre Absichten bezüglich des Schiffsbaues darlege, würde die Verantwortlichkeit für diesen wichtigen Verwaltungszweig von der Regierung auf das Parlament übertragen. Die Regierung halte an dem bisherigen System fest, wonach die Schiffsbaupläne alljährlich vom Unterhause zu genehmigen sind. In den Zeiten der Not und Gefahr sei eine Abweichung von der Regel möglich, allein die gegenwärtige Zeit biete keine Not und Gefahr dar; die Regierung sei mit den Vorbereitungen und Hilfsmitteln für den Bau großer Schiffe nicht nur einer Macht, sondern zwei Mächten weit voraus. Im gegenwärtigen Augenblicke stehe Englands Flotte der vereinigten Flotte von Frankreich und Rußland nicht nach. England besitze jetzt 19 Schlachtschiffe erster Klasse, während Frankreich und Rußland davon nur 14 haben, von den Kriegsschiffen der übrigen Klassen besitze England eine größere Anzahl als die dreier Mächte zusammen; auch sei nicht außer Acht zu lassen, daß 8 Schlachtschiffe in der französischen und russischen Flotte gepanzerte alte Holzschiffe seien. England habe gegenwärtig Schlachtschiffe von 527,000 Tonnen gegen Schlachtschiffe von 318,000 Tonnen Frankreichs und Rußlands. In allen Klassen seien die englischen Schiffe größer und mächtiger als die der obenerwähnten Staaten. Angenommen, England bekäme in Zukunft keine neuen Schiffe zu bauen, so würden Rußland und Frankreich zwar in den Jahren 1897 bis 1898 an Schlachtschiffen nicht mehr als England besitzen, allein jene würden sich doch in der Minderheit hinsichtlich des Lastgehalts der Schiffe befinden. Allein die englische Flotte werde verstärkt werden. Das Marineministerium sei augenblicklich mit der Prüfung von Plänen beschäftigt, die zur Verstärkung der Flotte nötig seien. Dem Hause würden diese Pläne seiner Zeit zur Prüfung vorgelegt werden. Es wäre nicht weise, um die Regierung zu stürzen, Methoden zu zerstören, nach denen Bedürfnisse des Landes alljährlich festgestellt werden. Er hoffe, das Haus werde den Antrag nicht annehmen. Die Regierung siegt endlich mit 240 gegen 204 Stimmen.

21. Dezember. Im Unterhaus finden Anfragen wegen der jetzigen Stellung des Herzogs von Koburg als englischer Prinz statt. Gladstone verliest eine Urkunde, wonach der Herzog auf seine Apanage von 15,000 £ verzichtet, aber 10,000 £ für seinen englischen Haushalt, den er beibehalten will, und das vertragsmäßige Wit-

tum der Herzogin behält. Die Radikalen kommen noch mehrfach darauf zurück.

22. Dezember. Der Schatzkanzler Sir V. Harcourt kommt auf die Flottenfrage und seine bei dieser Gelegenheit gehaltene Rede zurück und erklärt, er habe nur gesagt, daß gegenwärtig die englische Flotte der vereinigten russisch-französischen überlegen sei, aber nicht von der Zukunft gesprochen. Man erfährt, daß sämtliche Lords der Admiralität ihre Entlassung am 20. Dezember eingereicht hatten und sie erst nach den neuen Erklärungen Harcourts zurückgezogen haben.

23. Dezember. Zusammenstoß zwischen einem englischen und einem französischen Expeditionskorps in dem Distrikt Kono vgl. Afrika.

VI.

Frankreich.

1. Januar. Beim Neujahrsempfang des diplomatischen Korps erwidert der Präsident Carnot auf die Ansprache des päpstlichen Nuntius:

„Mit lebhafter und inniger Befriedigung habe ich die Worte des hervorragenden Wortführers des diplomatischen Korps vernommen, der mir wiederum im Namen der Herrscher und Staatsoberhäupter, deren bevollmächtigte Vertreter Sie sind, die Wünsche dargebracht hat, welche Sie für den Frieden und die Eintracht, dieses wichtigste Band aller Völker, hegen. Sie erwidern die Gefühle der Regierung der Republik, und von ganzem Herzen schließe ich mich dieser neuen Bethätigung der Brüderlichkeit an. Ich danke Ihnen gleichzeitig für die Glückwünsche, welche Sie für Frankreich ausgesprochen haben. Sie, die Sie mitten unter uns leben, kennen besser als alle anderen Beobachter die soliden und unzerstörbaren Eigenschaften, welche unserem Volke zu eigen sind. Sie sind in der Lage, die Rolle richtig zu schätzen, welche die Geschichte Frankreich in dem europäischen Staatenkonzert zugeteilt hat, und die Dienste welche es berufen ist, der edlen Sache des Fortschrittes und der Humanität zu leisten. Ihr Zeugnis ist für uns außerordentlich wertvoll, und gehoben durch solche Sympathien, vertrauend der Einsicht eines Volkes, welches Ehre, Recht und Wahrheit heilig hält, blickt die Regierung der Republik an der Schwelle des beginnenden Jahres mit Ruhe in die Zukunft."

5. Januar. (Paris.) Der frühere Minister für öffentliche Arbeiten, Baïhaut, wird in Untersuchungshaft genommen.

7. Januar. Andrieux beantwortet die Aufforderung Magnards, alle Bestochenen zu nennen, damit endlich der Panamaskandal „kanalisiert" werde, mit der Erklärung, daß nach der Panama-Affaire die Militärlieferungen und die Verträge mit den großen Gesellschaften daran kommen würden, alsdann die Konversion der tunesischen Obligationen, der Rückkauf der Eisenbahnen und die Herstellung des Staatsbahnnetzes. Dann erst, nach völliger Zerschmetterung des opportunistischen Regimes, würde die Öffentlichkeit Erleichterung empfinden.

10. Januar. (Paris.) Beginn des Panama-Prozesses gegen beide Lesseps, Eiffel, Fontane und Cottu.

Als der Präsident des Gerichtshofs im Laufe des Verhörs Charles Lesseps über die Millionen befragte, welche Reinach erhalten hatte, antwortete der Angeklagte: „Als wir Reinach das Geld gaben, stellten wir ihm anheim, mit demselben für den Erfolg der Emission zu sorgen und gleichzeitig sich aus der überwiesenen Summe eine beliebige Remuneration zurückzubehalten." Präsident: „Sie übergaben also Reinach Millionen, die er, wenn er wollte, in die Tasche stecken konnte?" Lesseps: „Ganz richtig." Hierauf fragte der Präsident, welchen Gebrauch Reinach von den ihm überwiesenen Summen gemacht habe. Lesseps entgegnete, er wisse darüber nichts. Präsident: Von den 1,400,000 Fr. auf den Inhaber lautenden Bonds sind solche für 975,000 Fr. vorhanden, deren Verwendung nicht klargestellt ist." — Lesseps: „Es sind dies geheime Fonds der Gesellschaft gewesen." — Präsident: „Haben die Statuten der Gesellschaft solche geheime Fonds zugelassen?" — Lesseps: „Ich kann darüber Aufklärung geben. 600,000 Fr. erhielt Cornelius Herz in dem Zeitpunkte, als die Erlaubnis für die Zulassung der Losobligationen erstrebt wurde." — Der Präsident verlangt Auskunft über die Verwendung von 600,000 Fr. an Anweisungen, die auf den Inhaber lauten. Lesseps erklärte, als die Vorlage, betreffend die Panamalose, bei dem Bureau der Kammer eingebracht worden sei, habe der damalige Minister Baïhaut von ihm eine Million verlangt, zahlbar in mehreren Teilzahlungen von dem Tage der Einbringung der Vorlage bis zu ihrer Annahme. Bei der Einbringung habe man 375,000 Fr. an Baïhaut ausgezahlt; da die Vorlage abgelehnt wurde, habe man den Rest der verlangten Summe nicht ausgezahlt. Lesseps fügte hinzu: Ich gab diese Summe nur, weil mir das Messer an der Kehle saß, so wie man im finsteren Walde einem Räuber seine Uhr ausliefert." Lesseps versicherte sodann, der Verwaltungsrat der Gesellschaft habe von allen diesen Geldverteilungen Kenntnis gehabt.

10. Januar. (Deputiertenkammer.) Casimir Périer wird mit 254 von 408 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten der Kammer gewählt.

10. Januar. Das Ministerium Ribot demissioniert.

13. Januar. Das neue Ministerium Ribot setzt sich wie folgt zusammen: Präsidium und Inneres: Ribot; Ministerium des Äußern: Develle; Justizministerium: Bourgeois; Kriegsministerium: General Loizillon; Marineministerium: Admiral Rieunier; Unterrichtsministerium: Charles Dupuy; Finanzministerium: Tirard; Ackerbauministerium: Viger; Bautenministerium: Viette und Handelsministerium: Siegfried.

Die beiden Vertreter der bewaffneten Macht, General Loizillon und Admiral Rieunier, sowie der Ackerbauminister Viger haben bisher noch kein Portefeuille innegehabt. Der wesentliche Unterschied gegen das voraufgehende Ministerium ist das Ausscheiden von Freycinet, dem Beziehungen zu Cornelius Herz nachgewiesen werden, und Loubet.

14. Januar. Die Blätter bringen Andeutungen, daß auch der russische Botschafter v. Mohrenheim und der ehemalige italie-

nische Botschafter Manebra Panama-Gelder empfangen hätten. Der Minister Ribot entschuldigt sich deshalb bei den Botschaftern. Ein ungarischer Reporter, Szekely, der die Beschuldigung zuerst offen ausgesprochen, wird ausgewiesen. Dieser hält seine Behauptung, daß Mohrenheim 500,000 Franken Panamageld erhalten habe, aufrecht. Als Antwort eröffnet die französische Presse eine allgemeine Hetze gegen die Gesandten des Dreibundes in Paris, von denen die Verleumdung Mohrenheims ausgegangen sei.

17. Januar. Die Kammer nimmt ein Gesetz an, das die Ausgabe der Billets der Banque de France um 500 Millionen erhöht, weil das Maximum erreicht ist und die Bank in Gold zahlen muß.

17. Januar. Im Senat wird ein Gesetz eingebracht, nach welchem Beleidigungen der fremden Staatsoberhäupter und der beim Präsidenten der Republik beglaubigten diplomatischen Vertreter den Zuchtpolizeigerichten zur Aburteilung überwiesen werden sollen.

20. Januar. Der Graf d'Haussonville richtet an Herné, den Direktor des „Soleil" ein längeres Schreiben, worin die Grundzüge des Programms einer orleanistischen Partei entworfen werden.

In dem Schreiben wird ausgeführt, die Regierung sei unter den gegenwärtig herrschenden Umständen ohnmächtig. Die Monarchisten müßten die Leitung der Bewegung der öffentlichen Meinung übernehmen und sich an deren Spitze stellen. Man müsse eine Liga der öffentlichen Ehrlichkeit und der Verteidigung der gesellschaftlichen Ordnung bilden, da die Regierung durch die Sorge um die Verteidigung der Republik absorbiert sei. Die Organisation der monarchistischen Propaganda sei vollständig bereit. Man müsse alle Allianzen suchen, konservative und liberale ohne Unterschied. Er (d'Haussonville) werde bei dem Eintritt der Wahlen bestimmte Instruktionen bekannt geben. Da gegenwärtig die Konservativen nicht einig seien, solle die Frage der Regierungsform vor den Wählern nicht aufgeworfen werden. Inzwischen müsse man sich für den Wahlkampf und für einen etwaigen unvorhergesehenen Fall vorbereiten, da eine schwere Krisis unvermeidlich sei. Wenn das Land der Republik überdrüssig sei und nach etwas anderem verlange, so werde die monarchistische Partei gewaffnet sein, um die Sache der öffentlichen Ordnung zu verteidigen. Graf d'Haussonville weist ferner die Anschuldigung wegen monarchistischer Konspirationen zurück. Er fragt, wozu Verschwörungen dienen sollten, da doch die Ereignisse sich selbst zu Gunsten seiner Partei zuspitzten und deren beste Helfer seien. Auch noch eine andere Empfindung trete in Frankreich zu Tage, nämlich die durch die Ereignisse von Carmaux hervorgerufene wirtschaftliche Beunruhigung. Jeder, der an irgend einem industriellen Unternehmen mehr oder weniger beteiligt sei, werde jene Zeit des Interregnums nicht vergessen, während welcher die Regierung den Ausständigen nachgegeben habe. Die Panama-Enthüllungen würden den Sozialisten und Radikalen neue Massen in dem furchtbaren Kampf gegen das Kapital liefern. Die Regierung sehe diesen Vorgängen unthätig zu und dulde sogar unverhüllte Aufreizungen zum Bürgerkrieg, zum Plündern und Morden, während sie gegen die geringste Uebertretung,

deren sich ein armer Dorfpfarrer auf der Kanzel schuldig mache, mit äußerster Strenge vorgehe. Die Kapitalbesitzer hätten vor der drohenden Gefahr eine unbestimmte Furcht, die immer mehr in dem Verlangen nach sozialer Verteidigung ihren Ausdruck finde.

22. Januar. Der Minister des Äußern Develle sucht den deutschen Botschafter Grafen Münster auf, um ihm sein Bedauern über die verleumderischen Angriffe der französischen Presse auf andere Vertreter der Dreibundsmächte auszusprechen.

27. Januar. Das gerichtliche Verfahren gegen Jules Roche, Thévenet und Arènes wird eingestellt. Die anderen Parlamentsmitglieder, zu deren gerichtlicher Verfolgung die Genehmigung der Kammer nachgesucht war, werden unter Anklage gestellt. (S. Jahrg. 1892, 20. Dezember.)

31. Januar. Die Kammer nimmt ein Gesetz an, wonach Angriffe auf die Sparkassen mit Gefängnis von 2 Monaten bis 2 Jahren bedroht werden.

Das Gesetz ist hervorgerufen durch die Thatsache, daß infolge des allgemeinen Mißtrauens massenhaft Depositionen aus den Sparkassen zurückgezogen werden, was, da die Sparkassegelder in Staatsrente angelegt sind, auf diese schon ungünstig zurückwirkt.

6. Februar. (Deputiertenkammer.) Ein Ergänzungskredit von 6,236,000 Frcs. für die Kosten der Okkupation von Dahomey wird ohne Debatte mit 432 gegen 21 Stimmen bewilligt.

7. Februar. (Paris.) Die Anklagekammer beschließt in dem Panama-Prozeß die Einstellung des Verfahrens gegen Rouvier, Devès, Grévy, Renault.

8. Februar. (Kammer.) Der boulangistische Abg. Goussot wünscht die Regierung bezüglich derjenigen Mitglieder des Parlaments zu interpellieren, gegen welche tags vorher das gerichtliche Verfahren eingestellt worden ist.

Inmitten einer lebhaften tumultuarischen Bewegung sagte Goussot, daß, da Rouvier eingeräumt, Panamagelder empfangen zu haben, die Regierung sich darüber aussprechen solle, ob sie auf ihn den Artikel der Verfassung anwenden werde, welcher die Verantwortlichkeit der Minister zum Gegenstand habe. Justizminister Bourgeois erwiderte, man beschimpfe die Regierung, wenn man sie beschuldigte, Drohungen nachgegeben zu haben, als sie die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung gegen Deputierte beantragt habe. (Beifall auf der Linken.) Die Justiz handle in voller und unbedingter Unabhängigkeit. Seit länger als einem Monat verbreite man verleumderische Gerüchte, es sei Zeit, laut zu verkünden, daß alle Bürger sich vor den Entscheidungen der Justiz zu beugen hätten. (Beifall.) Die Regierung habe alles gethan, was sie thun mußte, sie sehe in den gestellten Fragen offenbare Manöver. Sie werde es ablehnen, den Gegnern der Republik Waffen in die Hand zu geben. Die Regierung habe ihre Pflicht gethan, die Kammer werde die ihrige thun. Der Deputierte Cavaignac

sagte, in der Panama-Angelegenheit seien Dinge vorgekommen, welche sich wiederholen könnten, er frage, was man gethan habe, um Mißbräuche, wie die Bestechung von Parlamentsmitgliedern, abzustellen. Die Lage sei nicht geklärt, die bisher erreichten Ergebnisse der Untersuchung seien nicht genügend, um die öffentliche Meinung zu befriedigen. Man habe erklärt, gewisse Praktiken seien für die Existenz der Regierung notwendig. Dies sei ein Fehler, die Regierung bedürfe keiner Almosen oder Geschenke von den Finanzleuten, es sei nicht notwendig, daß die Regierung die Verteilung gewisser Summen überwache. (Beifall.) Cavaignac brachte schließlich nachstehende Tagesordnung ein: Die Kammer, bereit, die Regierung in der Unterdrückung aller Bestechungshandlungen zu unterstützen, ist entschlossen, die Wiederkehr regierungsseitiger Machenschaften zu verhindern, welche sie mißbilligt, und geht zur Tagesordnung über. (Lebhafter Beifall.) Ministerpräsident Ribot erklärte hierauf, die Regierung habe ihre Pflicht gethan, so peinlich ihr dieselbe auch gewesen. Die Gerechtigkeit habe sich in ihrer Souveränität ausgesprochen. Die Regierung wünsche, wie Cavaignac, volles Licht, um die durch die Gegner der Republik verbreiteten Legenden zu zerstören, sie habe nichts verabsäumt, um Gerechtigkeit zu üben und Licht zu schaffen; wenn Arton den Nachforschungen entgangen sei, so liege dies nicht an einem Versehen der Regierung. Wären die ausgesprengten Gerüchte nicht lediglich Manöver, so würde man eine förmliche Anklage von der Tribüne der Kammer aus erhoben haben. Wie der Deputierte Cavaignac halte auch er für notwendig, die finanzielle Macht bei allen Staatshandlungen abzuschwächen. Die Regierung sei gern bereit, zu prüfen, welche Maßregeln zu ergreifen seien; gegenwärtig handle es sich jedoch nur darum, die bestehenden Gesetze in Anwendung zu bringen und das unabhängige und souveräne Walten der Gerechtigkeit zu sichern. (Lebhafter Beifall.) Der Deputierte Jaurès führt aus, die sozialistische Partei allein könne das Heilmittel für die gegenwärtige Krisis finden, und brachte eine in diesem Sinne abgefaßte Tagesordnung ein. Nachdem der Deputierte Dechanel diese Tagesordnung bekämpft hatte, wurde dieselbe mit 420 gegen 87 Stimmen verworfen. Ribot gab hierauf die Erklärung ab, daß er die von Cavaignac beantragte Tagesordnung acceptiere. Dieselbe wurde sodann mit 446 gegen 3 Stimmen angenommen und schließlich der öffentliche Anschlag der Rede Cavaignacs mit 367 gegen 102 Stimmen beschlossen.

9. Februar. (Paris.) Das Urteil in dem Panama-Prozeß lautet auf 5 Jahre Gefängnis und je 3000 Fr. Geldbuße gegen Ferdinand und Charles v. Lesseps, auf 2 Jahre Gefängnis und je 3000 Fr. Geldbuße gegen Fontane und Cottu wegen betrügerischer Handlungen und Vertrauensmißbrauchs, gegen Eiffel auf 2 Jahre Gefängnis und 20,000 Fr. wegen Vertrauensmißbrauchs.

24. Februar. (Paris.) Nachdem der Präsident des Senats Le Royer aus seiner Stellung ausgeschieden, wird Jules Ferry mit 148 von 243 Stimmen an seine Stelle gewählt.

27. Februar. Sensationelle Enthüllung des „Figaro“ über Panama.

„Die „M. Allg. Ztg.“ berichtet darüber (1. März):

Vorgestern hatte der „Vidi“-Gewährsmann des Boulevard-Blattes, der über die Vorgänge hinter den Coulissen des Palais de Justice ebenso gut Bescheid weiß wie über das, was hinter den parlamentarischen Coulissen

und in den Kreisen der haute finance sich zuträgt, bekanntlich behauptet, daß die beiden radikalen Parteigrößen Floquet und Clémenceau im Verein mit dem ehemaligen Kriegsminister Hrn. de Freycinet im Jahre 1888 mit Erfolg bemüht gewesen seien, zwischen der Panama-Gesellschaft und Hrn. de Reinach, der wegen Nichterfüllung übernommener Verbindlichkeiten mit der Anrufung der Gerichte drohte, einen Ausgleich zu Stande zu bringen und auf diese Weise einen Eclat zu verhindern, der die Interessen des Staates und der Gesellschaft in hohem Grade geschädigt haben würde. Der „Figaro" folgerte daraus, daß jene Herren gewisse Panama-Skandalosa, von denen sie nicht das mindeste gewußt haben wollen, in der That sehr genau gekannt haben müßten, daß es ihnen aber aus persönlichen oder Parteirücksichten ratsam erschienen sei, weiteren Kreisen einen Einblick in die Sachlage zu verwehren. Clémenceau antwortete darauf in der „Justice" mit der Erklärung, daß der „Vidi"-Artikel ein Gewebe von Unwahrheiten und Entstellungen sei. Das war eine arge Unvorsichtigkeit, denn heute veröffentlicht der „Figaro" den Wortlaut der wunderbarer Weise mit Doppelnummern versehenen Aktenstücke aus dem Dossier des Untersuchungsrichters, welche die Aussagen Floquets, Clémenceaus und Freycinets enthalten, und fügt zur Ergänzung das Protokoll über die Vernehmung des Hrn. Charles de Lesseps hinzu, soweit es dabei um die Intervention der drei Politiker sich handelte. Durch diese Publikation — die natülich ohne einen groben Vertrauensbruch nicht erfolgen konnte und die der „Figaro" daher hoch zu bezahlen haben wird, nicht nur dem, der das Material lieferte, sondern auch der Justiz, die nicht verfehlen dürfte Hrn. Francis Magnard zur Verantwortung zu ziehen — wird unwiderleglich festgestellt, daß im Sommer 1888 (darüber, ob es vor oder nach dem Votum der Kammer über die Ausgabe von „obligations à lot" zur Wiederflottmachung des notleidenden Lesseps'schen Unternehmens war, gehen die Aussagen auseinander) Clémenceau, Floquet und de Freycinet in Charles de Lesseps Sohn drangen, alles zu thun, um den Ausbruch eines Skandals zu vermeiden und zu diesem Zwecke den Forderungen des Barons Reinach so weit als irgend möglich nachzugeben. Ueber die Nebenumstände weichen die Angaben einigermaßen von einander ab, im wesentlichen aber stimmen sie darin überein, daß der Führer der äußersten Linken, der damalige Konseilpräsident und der Kriegsminister mit dem jetzigen Senator Ranc der Meinung waren, es müsse, angesichts der zu jener Zeit auf ihrem Höhepunkte angelangten boulangistischen Bewegung, alles aufgeboten werden, um den der Panama-Gesellschaft drohenden Prozeß mit seinen kompromittierenden Enthüllungen unter allen Umständen zu vermeiden. Um dies zu erreichen, sei kein Geldopfer zu groß. (Reinach forderte von der Gesellschaft, die ihm schon bedeutende Summen zur Verfügung gestellt hatte, weitere 10—12 Millionen Frcs.) Um zu bewirken, daß Hr. de Freycinet seinen Einfluß bei Charles de Lesseps geltend machte, gingen Clémenceau und Ranc eines Tages zum Kriegsminister und baten ihn, er möchte Lesseps dringende Vorstellungen machen, und dies geschah denn auch. Hr. de Freycinet sagte selbst aus, er habe Charles de Lesseps zu sich ins Kriegsministerium bitten lassen und ihn vor dem Baron Reinach gewarnt, der angeblich wegen rückständiger Forderungen einen Prozeß gegen die Panama-Gesellschaft anhängig machen wolle. Bei dieser Gelegenheit erfuhr er, daß Baron Reinach schon elf Millionen erhalten hatte und nun noch ebenso viel forderte, angeblich um Cornelius Herz zu befriedigen. Den Ratschlägen der leitenden Staatsmänner nachgebend, ließ Lesseps, trotz seiner anfänglichen bestimmten Weigerung, die Gesellschaftskasse durch Reinach ferner brandschatzen zu lassen, diesem letzteren noch nahezu fünf Millionen auszahlen, über deren Verwendung er nichts Genaues wußte. Auch sonst enthalten die

Aktenstücke, namentlich dasjenige welches die Aussagen von Charles de Lesseps protokollarisch feststellt, noch zahlreiche interessante und überraschende Aufschlüsse, doch verbieten uns schon räumliche Rücksichten auf die Einzelheiten einzugehen. Erwähnt sei nur noch, daß Lesseps, obwohl er sichtlich bemüht war, die verdächtigen Staatsmänner und Parlamentarier zu schonen (die bezüglichen Vernehmungen hatten stattgefunden, bevor das Appellgericht ihn wegen Betrugs und Untreue zu der höchsten Strafe verurteilte), dem Untersuchungsrichter doch zugestehen mußte, er habe dem damaligen Konseilpräsidenten Floquet auf dessen Ersuchen 300,000 Frcs. zur Verfügung gestellt. Nachdem Floquet über die Sache zuvor schon mit Arton gesprochen, habe er auch ihm (Lesseps) persönlich erklärt, er befinde sich seit der Wahl Boulangers im Norddepartement in großer Geldnot und es wäre ihm lieb, wenn die Panama-Gesellschaft ihm von ihrem Ueberflusse 300,000 Frcs. zukommen lassen wollte. Lesseps willfahrte und händigte Arton fünf Checks im Gesamtbetrage von 300,000 Frcs. aus. Floquet wollte bei seiner Vernehmung durch den Untersuchungsrichter diese Angaben nicht gelten lassen. „Am 3. April 1888" so erklärte er „trat ich das Konseilspräsidium an, die Wahl im Norddepartement fand am 15. statt. Wie hätte ich da in zwölf Tagen die mir zur Verfügung gestellten Geheimfonds erschöpfen können? Auch wäre es mir niemals eingefallen, mit Hrn. de Lesseps, dessen unrepublikanische Gesinnung ich kannte, so zu sprechen, wie er angibt." Dieser Einwand kann schwerlich als stichhaltig gelten. Hat doch z. B. Hr. Rouvier in einem Moment der Erregung in der Kammer erklärt, daß er bei Uebernahme der Konseilpräsidentschaft in den Kassen, aus denen die geheimen Ausgaben bestritten werden sollten, nicht einen Sou vorgefunden habe, weil die Gelder entweder verausgabt oder von seinem Vorgänger mitgenommen worden seien; er habe sich deshalb genötigt gesehen, die Gefälligkeit eines Geldmannes in Anspruch zu nehmen und sich von ihm die Summen verschaffen lassen, deren er zum Kampfe mit dem Boulangismus bedurfte. Weshalb sollte Herr Floquet sich nicht in einer ähnlichen Not- und Zwangslage befunden haben? Und was die „unrepublikanische" Gesinnung des Hrn. de Lesseps betrifft, so hat sie weder Floquet noch Freycinet oder Clémenceau gehindert, von der Panama-Gesellschaft unter Hinweis auf das Interesse der Republik die thunlichste Befriedigung Reinachs und die Vermeidung des angedrohten Skandalprozesses zu fordern.

Der „Figaro" schließt seine Veröffentlichung:

„Was ergibt sich für den unparteiischen Leser aus allen diesen Aussagen, trotz der vielen Widersprüche, denen man dabei begegnet? Jedenfalls so viel, daß der Ministerpräsident Floquet und sein Freund, der Führer der extremen Linken, Hr. Clemenceau, durch ihr Verhalten und ihre persönliche Einflußnahme die Panama-Gesellschaft zu Ausgaben und Gefälligkeiten gezwungen haben, gegen die Hr. de Lesseps mit aller Kraft sich sträubte. Neben Hrn. Baïhaut, der eine Million für sich forderte, fanden sich andere Minister, offenbar die aller integersten, die aus den von den Zeichnern der Panama-Anleihen gezahlten Fonds für ihre Schützlinge und Verbündeten Geldbeträge forderten und erhielten. Der Prozeß gegen die HH. de Lesseps könnte also zugleich ein Prozeß gegen die damaligen Minister werden, in dem sie wegen ihres Verfahrens gegenüber den Ersparnissen der französischen Staatsangehörigen Rechenschaft abzulegen hätten."

5. März. (Paris.) Der französische Akademiker Hippolyte Taine †.

8. März. Beginn des Panama-Bestechungsprozesses im Justizpalast.

Lesseps erklärte, er sei, um der Emission zu einem Erfolge zu verhelfen, genötigt gewesen, den Forderungen gewisser Bankiers und gewisser Journale genüge zu thun, und fügte hinzu, die Regierung selber hätte zu solchen Dingen ermutigt. Der Präsident forderte hierauf Lesseps auf, die Regierung in Ruhe zu lassen. (Andauernde Unruhe). Der Präsident droht, den Saal räumen zu lassen. Lesseps erzählte darauf, wie Blondin ihm zu verstehen gab, daß Baïhaut einen Gesetzentwurf über die Los-Obligationen einbringen würde, wenn er eine Million erhielte. Er (Lesseps) habe die Ueberzeugung gewonnen, daß der betreffende Gesetzentwurf ohne ein solches Opfer nicht eingebracht werden würde, und habe deshalb an Baïhaut 375,000 Francs gezahlt.

Der Präsident befragte Lesseps über die an Reinach gezahlten Summen. Lesseps sagte aus, Reinach habe von ihm 10 bis 12 Millionen verlangt, um von den Forderungen des Baron Herz loszukommen. Er (Lesseps) habe sich geweigert, aber Freycinet habe ihn zu sich rufen lassen und ihn aufgefordert, einen unangenehmen Prozeß zu vermeiden. Er habe darauf 5 Millionen an Reinach gezahlt. Uebrigens hätten Clémenceau und Floquet ihm gegenüber dieselbe Sprache wie Freycinet geführt.

12. März. Der Justizminister Bourgeois, gewisser Durchstechereien mit dem Angeklagten Cottu im Panama-Prozeß beschuldigt, demissioniert, um als Zeuge vor Gericht und als Deputierter in der Kammer um so freier jene Beschuldigungen widerlegen zu können, was ihm gelingt.

15. März. Bourgeois übernimmt wieder das Portefeuille als Justizminister.

17. März. (Paris.) Der Präsident des Senats, Jules Ferry †; Nachfolger Ferrys wird Challemel-Lacour.

21. März. (Panama-Prozeß.) Die Geschworenen verurteilen Blondin, Lesseps und Baïhaut; Fontane, Sansleroy, Béral, Dugué de la Fauconnerie, Gobron und Antonin Proust werden freige-sprochen.

Charles de Lesseps und Blondin werden mildernde Umstände zugebilligt. Lesseps wird zu 1 Jahre Gefängnis, Blondin zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Urteil gegen Baïhaut lautet auf 5 Jahre Gefängnis, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und eine Geldstrafe von 750,000 Francs. Baïhaut, Blondin und Lesseps werden außerdem auf Antrag der Zivilparteien zu einem vom Staat festzusetzenden Schadenersatz, sowie zur Zahlung von 375,000 Frcs. an den Liquidator der Panama-Gesellschaft, Monchicourt, verurteilt.

23. März. (Deputiertenkammer.) Beratung der Interpellation Millevoyes über die Panama-Angelegenheit.

Millevoye begründet seine Interpellation und macht Rouvier zum Vorwurf, von Blasto Geld für die Geheimfonds gefordert zu haben. Millevoye verlangt alsdann Aufklärungen bezüglich Herz, welcher der Agent eines auswärtigen Staates gewesen sei, sowie bezüglich der von Clémenceau, Floquet und Freycinet in der Panama-Angelegenheit unternommenen Schritte. Schließlich wirft Millevoye die Frage auf, aus welchem Grunde man nicht alle Schuldigen verfolgt habe. (Beifall rechts und bei den Boulangisten.) Bour-

geois erklärt, er habe eine traurige Pflicht erfüllt, als er die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung mehrerer Mitglieder des Parlaments nachgesucht habe. Er begrüße deren Rückkehr in die Kammer mit lebhafter Freude. Was Arton betreffe, so seien alle erforderlichen Maßnahmen zu dessen Verhaftung getroffen worden. Die Auslieferung von Herz werde dadurch verzögert, daß sein Gesundheitszustand es nicht zulasse, ihn vor das zuständige englische Gericht zu stellen. Bourgeois konstatiert, die gegen eine Anzahl politischer Persönlichkeiten gerichteten Anschuldigungen seien in keiner Weise bewiesen worden. Die Gegner der Republik beabsichtigen, die herrschende Erregung bis zu den Wahlen zu erhalten. Die Republikaner aber würden diese Manöver zu hintertreiben wissen. (Beifall.) Die von der Regierung acceptierte einfache Tagesordnung wurde hierauf durch Heben der Hände angenommen.

Nach der Abstimmung schreitet der frühere Minister Jules Roche erregt auf die Ministerbank zu, ruft Ribot und Bourgeois, mit der Faust drohend, ein Schimpfwort entgegen, und verläßt sodann unter dem Beifall der Rechten und des Zentrums den Saal. Ein ähnlicher Auftritt spielt sich zwischen Rouvier und den Ministern ab.

Cazenove de Pradine (Rechte) verliest den Entwurf einer Resolution, in welcher die Auflösung der Kammer verlangt wird, und beantragt die Dringlichkeit. Ribot erklärt, die Republikaner fürchteten nicht, vor das Land zu treten. Die Rechte werde durch das Abwarten nichts verlieren, da das Land beginne, einzusehen, zu welchem Zweck die Panama-Kampagne unternommen worden sei. La Rochefoucauld entgegnet, kein Mitglied der Rechten habe einen Panama-Check erhoben. Die Resolution wird hierauf durch Uebergang zur Tagesordnung abgelehnt. Für die Resolution stimmen 200, gegen dieselbe 314 Deputierte.

23. März. (Paris.) Erste Sitzung des Schiedsgerichts für die zwischen England und den Vereinigten Staaten schwebenden Streitfragen bezüglich des Fischfanges im Behringsmeer.

28. März. In einem Schreiben an die Vorsitzenden der monarchistischen Provinzvereine sagt der Graf von Paris:

„Eine Aufsehen erregende Strafsache hat soeben das Land über den sittlichen Wert der Männer, die es seit einigen Jahren regieren, aufgeklärt. Die Stunde ist ernst. Die Kammer hat alles Ansehen verloren, jede neue Sitzung läßt sie in der allgemeinen Achtung tiefer sinken. Die Regierung wagt nicht, den Drohungen des anwachsenden Sozialismus zu widerstehen, sie ist kraftlos im Innern, ohne Gewicht nach außen, die Unabhängigkeit des Richterstandes wird angezweifelt. Die Einrichtungen haben die Menschen verdorben. Das rechtschaffene und arbeitsame Frankreich ist betrübt und geängstigt, alle anständigen Menschen fühlen das Bedürfnis, sich zu einer äußersten Anstrengung zu vereinigen. Die Monarchie allein kann Frankreich eine starke Regierung geben.“

30. März. (Deputiertenkammer.) Bei der Beratung des Budgets befürwortet der Finanzminister Tirard die Trennung der Reform der Getränkesteuer, gemäß dem Beschlusse des Senats von dem Budget, damit nicht abermals die Bewilligung provisorischer Zwölftel erforderlich würde. Ribot tritt den Ausführungen Tirards bei und betont die politische Notwendigkeit einer Verständigung

mit dem Senat. Die Trennung der Getränkesteuerreform von dem Budget wird hierauf mit 247 gegen 242 Stimmen abgelehnt. Darauf demissioniert das Ministerium.

Die Majorität gegen das Kabinett hatte bestanden aus 117 Mitgliedern der Rechten, 28 Boulangisten und 102 Abgeordneten der Linken, zum größten Teil Radikalen und Sozialisten; der Minorität gehörten an 227 Republikaner und 15 Konservative. Der Stimmabgabe hatten sich enthalten 34 Republikaner, 5 Monarchisten und 1 Boulangist; 8 Mitglieder des Hauses waren im Enquete-Ausschuß beschäftigt und 31 auf Urlaub abwesend.

Ende März. Der Senat ermäßigt die Steuer auf Velozipede, welche die Kammer auf 10 Frcs. festgesetzt hatte, auf 5 Frcs. Er lehnt außerdem die Steuer auf Pianos und Livreen ab und votiert die Trennung der Getränkesteuer-Reform vom Budget.

4. April. Nachdem Méline mit der Kabinettsbildung gescheitert und Casimir Périer die Aufgabe abgelehnt, bildet Dupuy ein neues Ministerium.

Außer dem Konseilpräsidenten Dupuy, der zugleich das Portefeuille des Innern übernommen hat, gehören ihm an: Abg. Develle (Aeußeres), Abg. Peytral (Finanzen), Senator Guérin (Justiz), General Loizillon (Krieg), Admiral Rieunier (Marine), Abg. Poincaré (Unterricht, Schöne Künste und Kultus), Abg. Viette (öffentliche Arbeiten), Abg. Terrier (Handel und Kolonien) und Abg. Viger (Ackerbau). Der Abg. Delcassé bleibt Unterstaatssekretär der Kolonien.

6. April. (Senat.) Der Conseilpräsident Dupuy verliest im Senat und der Siegelbewahrer Guérin in der Kammer folgende ministerielle Erklärung:

„Meine Herren! Die Regierung, welche sich Ihnen vorstellt, gibt sich über die Schwierigkeiten der Lage keiner Täuschung hin; aber die im Lande herrschende tiefe Ruhe und sein ausdauerndes Vertrauen zur Republik flößen ihr Mut ein. In dieser Stimmung erblicken wir den Beweis, daß die schmerzlichen Zwischenfälle der letzten Monate, ungeachtet gewisser Bemühungen, sie zu politischen Zwecken auszubeuten, weder der Republik in ihrem kräftigen Wachstum noch dem Vaterlande in seinem überlieferten Rufe der Redlichkeit und Ehrenhaftigkeit etwas anzuhaben vermochten. Eine Lehre aber ergibt sich aus diesen Prüfungen: daß nämlich Wohlstand und Reichtum nur durch Arbeit erworben und nur durch Reinheit der Sitten und würdigen Lebenswandel erhalten werden. Diese Lehre hat das nationale Gewissen verstanden. Wir dürfen daher vertrauensvoll der Zukunft der Republik entgegenblicken. Täglich bestätigt das in den verschiedensten Landesteilen befragte allgemeine Stimmrecht seine früheren Errungenschaften und fordert andere, welche die demokratischen Bestrebungen und die republikanischen Einrichtungen allmählich in Einklang bringen. Der Tag naht, an dem die gegenseitige Verschmelzung, die endgültige Identifizierung Frankreichs und der Republik diesen Einklang noch erleichtern wird. Wir werden nicht vergessen, daß das sicherste Mittel, dieses Resultat, das die Kräfte des Vaterlandes vervielfältigen wird, zu beschleunigen, darin liegt, auf allen Stufen der Hierarchie im Interesse des Gesamtwohls die Verwaltung pünktlich und im Geiste des Wohlwollens und der Gerechtigkeit zu führen. Sie

aber, meine Herren, fordern wir auf, dem Lande das Bild eines regelmäßigen Ganges des parlamentarischen Lebens zu geben, indem Sie entschlossen an den Aufgaben festhalten, deren Lösung der Legislatur die Krone aufsetzen würde. Sie werden natürlich Ihre Aufmerksamkeit den wirtschaftlichen und sozialen Gesetzen schenken, welche die offenkundigen Interessen der Demokratie berühren und denen gewisse auf der Tagesordnung der Kammer stehende Entwürfe, wie der über die Kooperativgenossenschaften und der über den landwirtschaftlichen und Volkskredit, mit Nutzen als Vorbilder dienen können. Ihr nächstes Werk ist jedoch die Erledigung des Budgets für 1893, das aus dem unvermeidlichen Einvernehmen beider Kammern hervorgehen wird. Wir werden mit allen Kräften auf dieses Einvernehmen hinarbeiten und hegen die Ueberzeugung, daß es zeitig genug erzielt werden wird, um ein neues provisorisches Steuerzwölftel überflüssig zu machen und der Regierung zu gestatten, noch rechtzeitig das Budget für 1894 einzubringen. Alle bisherigen Legislaturen erledigten die vier Jahresbudgets, mit deren Prüfung die Verfassung sie betraut. Sie werden es sich angelegen sein lassen, nicht weniger zu leisten, als Ihre Vorgänger, und Ihr gutes Recht zu erschöpfen. Die Regierung dagegen wird nichts versäumen, was Ihnen bei der Durchführung dieser Aufgabe behilflich sein kann. Mit solchen Gesinnungen und Absichten treten wir die Regierung an. Wir bitten Sie um Ihre Unterstützung; wir hegen die Gewißheit, daß Sie dieselbe gutgewillten Männern gewähren werden, welche ohne Hintergedanken und ohne Vorbehalt ihre ganze Hingebung und ihr ganzes Herz der Republik und Frankreich schenken."

13. April. In der Schwurgerichtsverhandlung wegen der Explosion im Restaurant Véry wird der Anarchist François und die Geliebte Bricous, Delage, freigesprochen. Bricou wird zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

18. April. (Panama.) Der Disziplinarrat der Anwaltskammer entzieht den Anwälten Albert Grévy und Léon Renault, deren Namen sich auf der Liste der Panama-Checks befinden, auf drei Monate die Ausübung ihrer Funktionen, obgleich vom Gerichte seinerzeit eine Einstellung des Verfahrens beschlossen wurde.

9. Mai. Über eine Audienz des Deputierten und Rektors der katholischen Universität in Paris Herrn d'Hulst beim Papst am 20. April bringt der Figaro einen Bericht. Darnach hätte der Papst von der Notwendigkeit der Einigung aller Katholiken auf dem Boden des unbedingten Gehorsams gegen die Anweisungen des heiligen Stuhls gesprochen. Die päpstliche Politik gipfele in zwei großen Gedanken, der Wiedergewinnung der weltlichen Macht und der Vereinigung aller Kirchen mit Rom. Auf beiden Gebieten sei das Interesse Frankreichs eng mit dem des Papstums verbunden, da das Haupthindernis der Wiederherstellung der weltlichen Gewalt gerade der Dreibund sei, und der Wunsch nach der Vereinigung aller getrennten Kirchen ihm empfehle, sich soweit als möglich Frankreichs großem Verbündeten Rußland zu nähern.

20. Mai. Die Kammer bewilligt die gerichtliche Verfolgung des sozialistischen Deputierten Baudin, der am 1. Mai bei Aufreizung der Volksmenge verhaftet ist.

21. Mai. (Toulouse.) Der Ministerpräsident Dupuy hält eine Rede, in der er sagt:

„Alle Welt will heute Republikaner sein; man mußte weit suchen, um diese Seltsamkeit: einen Monarchisten, zu entdecken. Manche sagen, daß dieser Einklang daher kommt, weil der Papst gesprochen hat. Es wird aber nicht genügen, den französischen Wählern zu sagen: Roma locuta est, damit sie darauf antworten: Amen. Gewiß, Ratschläge, die, von einer hohen Absicht der Friedenstiftung, der Versöhnung, der Menschlichkeit eingegeben, von Rom erteilt werden, sind keinem Denkenden gleichgültig, und es wäre Wahnsinn, die Ueberredungskraft zu verkennen, welche der Macht eigen ist, die ein Staatsmann „die unantastbare Gewalt" genannt hat. Aber da liegt die Frage nicht. Wir haben die Republik gegründet, wir haben sie gegen Wind und Wetter aufrecht gehalten; wir haben ihr bezeichnende und unzerstörbare Gesetze als Grundlage untergelegt. Was denken unsere neuen Republikaner von diesen Gesetzen, was von der Republik selbst? Sie nennen sich die Bekehrten; ich nenne sie die Entmutigten ... Es mag sein, daß sie sich der Republik fügen. Aber werden sie sie verteidigen? Sie sind Führer ohne Soldaten. Ihre Truppen sind im ungeheuren Heer der Republikaner aufgegangen. Das ist das Geheimnis ihrer Bekehrung und darum kann zwischen ihnen und uns von Bedingungen keine Rede sein. Die Republik ist niemandes Eigentum, das gebe ich zu. Aber sie weiß die Ihrigen zu erkennen und macht bei den Wahlen einigen Unterschied zwischen denen, die den Sturm gegen sie am 24. und 16. Mai in den Jahren 1885 und 1889 angeführt haben, und jenen, die sie immer treu und heiß geliebt und ihr gedient haben. Ich habe von den Wahlen gesprochen. Das gegenwärtige Kabinett wird ihnen vorstehen. Daran zweifelt kein ernster Geist in diesem Lande, der nicht an Personen, sondern an Gedanken hängt. Unsere Nation, Gott sei Dank, hat keine Angst vor neuen Männern und anders wie Calypso weiß sie sich über Ulysses Abreise zu trösten. Ich sage, wir werden den Wahlen vorstehen; ich sage nicht: wir werden sie „machen"; diese Ausdrucksweise ist übelwollend und anstößig; sie erweckt die Vorstellung von ch weiß nicht welchen Kniffen und Schachereien, die eines freien Landes unwürdig sind. Man „macht" keine Wahlen. Man bereitet sie durch eine wachsame und aufgeklärte Verwaltung vor, die für alle wohlwollend ist, ... aber auch alle Bürger, wer sie auch seien, zur Achtung vor dem Gesetze nötigt.... Die nächste Kammer wird eine sichere republikanische Mehrheit enthalten. Ich kann auch sagen, was ihr Programm sein wird. Wir sind an einem Zeitpunkt angelangt, da man Politik treiben kann, ohne von einer nahen Gefahr hypnotisiert zu sein. Wir haben weder einen militärischen noch einen bürgerlichen Boulangismus zu fürchten..... Drei Grundsätze werde ich selbst als Bewerber in mein Wahlprogramm schreiben und allen wahren Republikanern empfehlen: zunächst Arbeitergesetze zur Regelung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit, um die Härte der Wirtschaftsgesetze durch eine Beimischung von Menschlichkeit zu mildern; ferner Steuerneuerungen, welche die Staatslasten gerechter nach der Leistungsfähigkeit der Bürger verteilen; endlich ein Genossenschaftsgesetz, das die Beziehungen der weltlichen und geistlichen Gesellschaft im Sinne der Duldung und Freiheit endgültig regelt... Ich beschwöre meine politischen Freunde, vom Zentrum bis zur äußersten Linken, beide inbegriffen ihren Ehrgeiz für die

nächste Gesetzgebung auf diese Punkte zu beschränken. Ich bitte Sie, auf Personenfragen, auf trennende Bezeichnungen zu verzichten und die nunmehr veralteten Unterscheidungen zwischen Radikalen und Opportunisten auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern. Man würde sich wundern, wenn ich nicht auch über den Sozialismus ein Wort sagen würde. Der Sozialismus ist kein Allheilmittel. Ich schließe ihn in dieses Dilemma ein: entweder erwartet er den Sieg seiner Wünsche vom natürlichen Gang unserer Einrichtungen, Gesetze und Wahlen, dann sehe ich ihn als politische Partei an und erwarte von der Weisheit des Volkes, daß es sich mit ihm abfinde, oder er behauptet, daß das Volk nur hat, was es sich nimmt, daß eine städtische Unterstützung nur eine Rückerstattung ist, dann schreibe ich ihm einen Umsturzcharakter zu und betrachte ihn, wie er sich selbst betrachtet, als außerhalb des Gesetzes stehend. In diesem Fall ist er ein öffentlicher Feind, gegen den sich das Eigentum, welches er leugnet, und das Gesetz, das er nicht anerkennt, erheben... Als wir zur Macht gelangten, gab man zu, daß wir ehrliche Leute seien, aber man sagte uns zugleich alle möglichen Mißgeschicke und Niederlagen vorher. Man sagte: sie werden niemals das 89er Haushaltsgesetz bekommen. Wir haben es bekommen. Sie werden niemals über den 1. Mai hinwegkommen! Wir sind zu unserer und des Gesetzes Ehre über ihn hinweggekommen. Sie werden niemals das 1894er Haushaltgesetz einbringen! Wir haben es eingebracht. Sie wollen und können das Getränkesteuergesetz nicht zu einem guten Ende bringen! Es liegt vor dem Senat und wird im 1894er Haushalt seinen Platz finden. Lassen wir die Unglücksraben ihre böswilligen Weissagungen fortsetzen und verzweifeln wir weder an uns noch an der Zukunft."

29. Mai. Die Kammer nimmt bei Beratung des Gesetzentwurfs über die Wahlkreise ein Amendement Bazille an, wonach das Mandat eines Deputierten unvereinbar sei mit jedem öffentlichen, mit Besoldung verbundenen Amte. Ausgenommen von der Unvereinbarkeit sollen nur sein Minister und Unterstaatssekretäre, dann solche Professoren, welche ihren Lehrstuhl entweder im öffentlichen Konkurs oder durch Berufung erhalten haben, und solche Personen, welche zeitweilige, nicht länger als 6 Monate währende Missionen inne haben.

Es wird von dem Antragsteller ausdrücklich konstatiert, daß sich die Exklusion auch auf die Geistlichen erstreckt.

3. Juni. Das Zuchtpolizeigericht verurteilt den Deputierten Baudin wegen der Vorgänge vom 1. Mai zu 200 Fr. Geldstrafe.

4. Juni. Rede Constans' in Toulouse, in welcher er folgendes ausführt:

Die nächsten Wahlen würden fast alle republikanisch ausfallen; aber die bloße Majorität genüge nicht, sie müsse auch einig und regierungsfähig sein. Nachdem die Republik nicht mehr in Frage gestellt werde, da ja ihre Gegner die Waffen niedergelegt hätten, müsse sie jetzt in eine Periode der Organisation eintreten, sie müsse tolerant, aber fest sein, sie müsse die zu ihr Bekehrten annehmen, ohne ihnen die Regierung anzuvertrauen, die Republik wolle den religiösen Frieden, aber ohne Rückschritte zu machen. Die Arbeiter müßten das Eigentum mehren, nicht dasselbe zerstören. Es sei

nötig, auf den Sparsinn der Arbeiter zu wirken, um die Bildung von Arbeiter-Pensionskassen zu fördern. Constans führt sodann aus, durch welche Mittel die Lage der Landwirtschaft verbessert werden könne, und schließt mit folgenden Worten: „Nach 1870 richtete die Republik Frankreich wieder auf. Frankreich will sich seiner Kraft nur bedienen, um im Innern allen die Wohlfahrt und nach Außen hin den Frieden zu sichern unter völliger Wahrung seiner Rechte, denen es bei allen und überall Achtung zu verschaffen entschlossen ist."

15. Juni. (Panama-Prozeß.) Freisprechung von Lesseps, Fontane und Eiffel durch den Kassationshof.

In dem Urteil des Kassationshofes, welches das Urteil der ersten Instanz umstößt, wird ausgeführt, das einleitende Verfahren und die Führung des Prozesses gegen Charles Lesseps, Fontane und Eiffel ermangelten der gesetzlichen Grundlage und seien ein nichtiger Akt, welcher die Verjährung nicht unterbrechen könne. Die Sache an einen anderen Gerichtshof zu verweisen, liege kein Grund vor. Cottu hatte die Nichtigkeitsbeschwerde nicht eingelegt. Fontane und Eiffel wurden sofort in Freiheit gesetzt. Charles Lesseps muß noch die ihm wegen Bestechung zuerkannte Strafe abbüßen.

17. Juni. Französisch-russischer Handelsvertrag vgl. Rußland.

17. Juni. Die Kammer nimmt das Kadresgesetz so an, wie es in der Kommission im Einverständnis mit dem Kriegsminister abgeändert wurde. Es werden danach eigene Reserve-Kadres gebildet. Der Kommissionsbeschluß lautet:

„Dadurch, daß die Reserve der aktiven Armee drei Jahrgänge mehr erhält und die aus Reservisten und Territorialen bestehenden gemischten Regimenter durch gleichmäßig nur aus Reservisten gebildete Regimenter ersetzt worden sind, hat sich die Stärke unserer Truppen der ersten Linie verdoppelt. Aber die Zahl genügt nicht, die Zahl selbst kann zu einer Gefahr werden. Wenn Truppen nicht genügend eingerahmt sind, so fehlt ihnen der Zusammenhalt und die Festigkeit; sie bilden einen Haufen, aber sie sind kein Heer. — Wollen wir diese Gefahr vermeiden, diese mögliche Ursache zu Niederlagen, so geben wir unseren Truppen schon im Frieden genügende Kadres, um das Kommando der einzelnen Teile des Reserveregiments sicher zu stellen, ohne das aktive Regiment auszusaugen oder zu schwächen." — Und an einer anderen Stelle heißt es: „Die Zeit drängt wirklich. Wir würden die schwerste Verantwortung übernehmen, wenn wir die vorhandenen Formationen noch ein Jahr länger ohne Kadres ließen. — Es ist von höchster Wichtigkeit, daß die diesjährigen großen Manöver unter den günstigsten Verhältnissen stattfinden und unsere Reserveregimenter dabei eingerahmt und festgefügt erscheinen."

20. Juni. Ein Antrag, die Kammer künftig nicht durch allgemeine Wahlen, sondern teilweise zu erneuern, wird abgelehnt.

Bei dieser Gelegenheit ergreift zum ersten Mal Clémenceau wieder das Wort, was Veranlassung zu einem ungeheuren Skandal gibt. Millevoye und Déroulède rufen ihm zu: „Sie haben fremde Gelder unterschlagen! Sie sind ein ausländischer Agent! Sie haben kein Recht zu sprechen!" Déroulède erklärt, er habe jene Rufe gegen Clémenceau gerichtet, weil das, was in Bornemouth vorgehe, Gladstone die Handhabe biete, sich der bei Herz beschlagnahmten Schriftstücke gegen Frankreich zu bedienen.

23. Juni. Millevoye trägt in der Kammer angebliche weitere Enthüllungen über Bestechungen vor aus Dokumenten, die der englischen Botschaft gestohlen sein sollen. Man erkennt sofort, daß es sich um eine Fälschung handelt, worauf Millevoye und Déroulède ihre Mandate niederlegen.

Anfang Juli. Der Polizeipräfekt von Paris Lozé reicht seine Entlassung ein infolge von Tumulten zwischen Studenten und der Polizei im Quartier Latin.

6. Juli. (Straßenunruhen.) Die Polizei läßt die Hauptarbeitsbörse an der Place de Chateau d'eau und deren Filiale in der Rue Jean Jacques Rousseau räumen, weil das Verhalten der Arbeitersyndikate mit den Gesetzen nicht in Einklang stände. Beide Gebäude werden durch Polizeiagenten und Jäger zu Fuß besetzt. 25 Infanteriebataillone und 6 Kavallerieregimenter rücken in Paris ein. Im Senat erklärt der Justizminister, er sei entschlossen, die ungesetzlichen Syndikate gerichtlich zu verfolgen. Die Schließung der Arbeitsbörse sei erfolgt, weil sie ein Herd revolutionärer Umtriebe geworden wäre.

6. Juli. Der Seinepräfekt untersagt den Deputierten und Munizipalräten, welche in dem Hotel de ville Sitzung abhalten wollten, den Eintritt in das Gebäude und fügt hinzu, daß die Munizipalräte allein eintreten sollten. Infolge dieser Entscheidung erheben die Munizipalräte und Deputierten Protest und richten einen Aufruf an die Bevölkerung von Paris, in welchem sie die Polizei heftig angreifen und die Bevölkerung beschwören, ruhig zu bleiben, um keinerlei Vorwand zum Einschreiten zu geben.

8. Juli. (Deputiertenkammer.) Paulin-Méry interpelliert über die Schließung der Arbeitsbörse und wirft der Regierung vor, aus der Agitation eine Emeute gemacht zu haben, um den Truppen die Thore von Paris zu öffnen. Dreyfus interpelliert alsdann über die Unruhen im Quartier Latin und hebt tadelnd hervor, daß die Polizei wahre Blutbade veranstaltet habe. Der Ministerpräsident Dupuy bezeichnet diese Anschuldigungen als vollständig unbegründet. Dreyfus tadelt hierauf das Eingreifen der bewaffneten Macht, deren einzige Aufgabe es sei, das Vaterland zu verteidigen, nicht aber auf das Volk zu schießen. Tony Revillon erklärt, die Arbeitsbörse sei geschlossen worden, ohne die Entscheidung des Gerichtshofs abzuwarten und ohne daß man genügende Beweggründe gehabt habe, denn unter den Meuterern habe sich auch nicht ein einziger Arbeiter

befunden. Die Arbeiter seien der Republik zugethan. Der sozialistische Deputierte Dumay verlangt, daß die Regierung in Anklagezustand versetzt werde. Der Ministerpräsident Dupuy spricht sein Bedauern über die traurigen Vorgänge der letzten Tage aus. Dreyfus habe die Vorfälle im Quartier Latin ganz übertrieben dargestellt. Dupuy legt sodann die thatsächlichen Vorgänge in der Umgebung der Charité dar und sagt bezüglich der Arbeitsbörse, der Charakter des Instituts habe sich geändert. Die Arbeitsbörse sei eine Gefahr für die Arbeiter selbst geworden. Die Syndikate hätten sich geweigert, sich dem Gesetze zu unterwerfen, trotz einer ausdrücklichen Aufforderung der Regierung, und trotzdem ihnen eine Nachfrist hierzu gewährt sei. Die Truppen seien herangezogen, weil die Anwesenheit derselben allein genügen sollte, die Ordnung wiederherzustellen. Hierauf wird mit 343 gegen 144 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, durch welche die Erklärungen der Regierung gebilligt werden.

Mitte Juli. Frankreich und Siam vgl. Asien und Großbritannien 17. Juli.

18. Juli. (Deputiertenkammer.) Dreyfus interpelliert die Regierung über die Siamfrage.

Der Minister des Auswärtigen, Develle, rechtfertigt das französische Vorgehen und sagt, er habe der englischen Regierung mitgeteilt, wie sehr die jüngsten Auslassungen Greys im Unterhause ihn überrascht hätten. Es sei notwendig erschienen, die Streitkräfte vor Bangkok infolge der gleichen Maßnahmen Englands und der anderen Mächte zu vermehren. Die Schiffe hätten den Befehl erhalten, nicht über die Barre des Menamflusses hinauszugehen, so daß die aus dem Vertrage von 1856 herrührenden Rechte gewahrt blieben. Der Befehl sei nicht rechtzeitig eingetroffen und zwei Kanonenboote, welche von den Siamesen, entgegen dem Völkerrecht, angegriffen worden wären, hätten vor Bangkok Anker geworfen. Develle schloß, die Vorgänge in Siam gestatteten nicht ein ferneres Abwarten, die Ansprüche Frankreichs müßten befriedigt und seine Rechte förmlich anerkannt werden.

21. Juli. Der britische Botschafter Lord Dufferin erscheint plötzlich wieder in Paris.

24. Juli. Die französische Regierung notifiziert den Mächten die Absicht, die Küsten von Siam in Blockadezustand zu versetzen, ohne daß hierdurch andere Maßregeln ausgeschlossen würden, die eventuell getroffen werden müßten, um Frankreich die Bürgschaft zu sichern, auf welche es ein Recht habe.

Ende Juli. Das Aktionskomitee der liberalen Linken erläßt sein Wahlmanifest, und zwar richtet sich dasselbe im wesentlichen gegen die Wahlkundgebung des Parmanenz-Ausschusses der „repu-

blikanisch-sozialistisch-radikalen Partei" (Clémenceau und Genossen). In dem Manifest heißt es:

„Die sozialistischen Radikalen, die Herren Clémenceau, Pelletan, Barodet und ihre Freunde, treten vor euch mit der Anmaßung, die einzigen zu sein, welche die schon „zwanzigmal versprochenen", von ihnen selbst aber niemals ernstlich beantragten Reformen zu verwirklichen im Stande wären. Um ihre Thatenlosigkeit zu entschuldigen, behaupten sie, der Senat wäre jedem Fortschritt hinderlich gewesen. Das wahre Hindernis lag aber in der Verschwommenheit und dem losen Zusammenhange der sozialistisch-radikalen Ideen."

Das Schriftstück geht nun die einzelnen Punkte durch: die Reform der Verwaltung, die Einführung des demokratischen Kredits, die Abschaffung der Monopole, den Schutz des durch die Arbeit erworbenen Kapitals, die Revision der Verfassung, die Trennung der Kirchen vom Staate. Auch das Aktionskomité der liberalen Linken will eine gerechte Steuerreform, es will den Schutz der Arbeit und Gesetze, welche den Arbeitern ein ruhiges Alter und gesunde Wohnungen sichern. Es will, daß die Vereine zur gegenseitigen Unterstützung größere Handlungsfreiheit erlangen und daß das Armenwesen auf dem Lande eingreifender gehandhabt werde. Zu alledem bedarf es vor allem ruhiger innerer Zustände und diese werden weder durch Verfassungskämpfe noch durch Religionskämpfe geschaffen werden.

„Hört daher nicht auf die" — heißt es am Schluß — „welche Männer des Kampfes und des Hasses geblieben sind, nachdem der Kampf aufgehört hat, und die noch heute die Aussöhnung aller Franzosen in der Republik verhindern wollen. Diese Männer berufen sich auf die Revolution; sie haben dazu kein Recht. Die Revolution hat die Arbeitsfreiheit und die Achtung vor dem Privateigentum eingesetzt. Die Feinde der Revolution sind die Sozialisten, welche wollen, daß der Staat überall eingreife, alles an sich reiße und mit dem persönlichen Interesse die Initiative des Einzelnen und den Geist des Fortschritts zerstöre."

7. August. Der „Figaro" veröffentlicht Mitteilungen eines Herrn Dupas, wonach die Regierung den Agenten in den Panama-Bestechungen Arton (Aaron) absichtlich habe entschlüpfen lassen.

15. August. Urteil des Schiedsgerichts in der Behringsmeerfrage. Vgl. Amerika.

17. August. In Aigues-Mortes finden Zusammenstöße zwischen französischen und italienischen Arbeitern statt. 7 Italiener werden getötet, 34 verwundet. Der Maire und die Behörden thun nichts, die Italiener zu schützen. Im Hospital in Marseille wird den verwundeten Italienern die Aufnahme verweigert.

20. August. Wahlen.

Gewählt sind 312 Republikaner, 30 Radikal-Sozialisten, 12 Ralliierte, 56 Reaktionäre, 162 Stichwahlen. Die Republikaner haben 63 Sitze gewonnen. Als Gesamtcharakteristik der Wahlen läßt sich trotz der großen Zahl der Stichwahlen schon sagen, daß der Panamaskandal sich gegen die Urheber desselben gewandt hat zum Vorteil der gemäßigten Republikaner. Andrieux, Delahaye, Drumont verschwinden fast gänzlich. Der Monarchist de Mun ist durchgefallen. Selbst Cassagnac, dessen Wahlkreis als ganz gesichert galt, muß in die Stichwahl gehen. Unter den Sozialisten herrscht

große Freude, weil Guesdes, einer der Führer der revolutionären Gruppen, gewählt ist. Andererseits stehen die Sozialisten Lafargue, Moreau und Ferroul sowie Vaillant in Stichwahl. Die Ralliierten haben nicht den erwarteten Erfolg gehabt.

3. September. (Stichwahlen.) Das Ergebnis ist, daß die neue französische Kammer aus 409 Republikanern und Radikalen, 79 sozialistischen Radikalen und Sozialisten, 29 Ralliierten und 64 Konservativen besteht. Nach anderer Zählung sind 310 gouvernemental, 122 radikal, 49 Sozialisten. Clémenceau und Floquet sind nicht gewählt.

1889 wurden 7,827,475 Stimmen abgegeben, 1893 5,444,873. Die Opportunisten haben 578,250 Stimmen verloren, obwohl sie mehr Wahlsitze eroberten als 1889; die Sozialisten gewannen 458,471, die Radikalen 46,348 Stimmen. Da über 10 Millionen Wähler eingeschrieben sind, hat knapp die Hälfte derselben ihre Stimmen abgegeben, und die Kammermehrheit hat weniger als zwei Fünftel der Stimmen sämtlicher Wahlberechtigten erhalten.

12. September. General v. Miribel, Chef des Generalstabs der Armee, auf Schloß Chatelard in der Dauphiné †.

An seine Stelle tritt General Boisdeffre.

Mitte September. Streik in allen Kohlenbergwerken des Departements Pas de Calais.

13. Oktober. Begrüßung eines französischen Kriegsschiffes durch den russischen Kaiser in Kopenhagen.

13. Oktober. Das russische Geschwader trifft im Hafen von Toulon ein.

Bei dem Empfang des Admirals Avellan in der Seepräfektur sagt der Marineminister Rieunier:

„In dem Augenblicke, wo Sie den Fuß auf französischen Boden setzen, empfinde ich tief die Ehre, Sie im Namen der Regierung zu empfangen. Die denkwürdige Erinnerung an das Jahr 1891 ist allen unseren Herzen gegenwärtig. Kronstadt und Toulon sind hinfort Gedenktage, welche von der Sympathie der Nationen Frankreich und Rußland Zeugnis ablegen. Als aufrichtige Freunde werden Sie überall begrüßt werden. Im Namen des Präsidenten der Republik, der Regierung und des ganzen Landes bewillkommne ich Sie, Herr Admiral, und Sie alle, meine Herren, welche Sie hier sind als Vertreter eines großen edlen Volkes."

Admiral Avellan erwidert, er könne nicht Worte finden, welche genügten, für die Worte des Ministers zu danken. Nicht allein das russische Geschwader, sondern ganz Rußland sei es, welches sich von der Herzlichkeit des Empfanges berührt fühle.

Festlichkeiten auf den Schiffen und in Toulon.

Kaiser Alexander und Präsident Carnot wechseln folgende Depeschen

Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland,

Schloß Fredensborg.

Zur Stunde, wo das schöne, von Eurer Majestät gesandte Geschwader vor der Rhede von Toulon vor Anker geht, und wo die tapferen russischen

Seeleute die ersten Zurufe vernehmen, die das französische Volk für sie in Bereitschaft hält, liegt es mir am Herzen, Eurer Majestät alle meine Gefühle der Dankbarkeit darzubringen und die aufrichtige Freude zum Ausdruck zu bringen, welche ich anläßlich dieses neuen Beweises der tiefen Sympathien, die Rußland und Frankreich vereinigen, empfinde. Carnot.

An den Herrn Präsidenten der Republik, Paris.

In Beantwortung Ihres liebenswürdigen Telegramms halte ich darauf, mein ganzes Vergnügen zum Ausdruck zu bringen darüber, daß unser Geschwader den Besuch, den die tapferen französischen Seeleute in Kronstadt abgestattet haben, hat erwidern können. Alexander.

Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland,
Schloß Fredensborg.

Indem Eure Majestät die vor Kopenhagen befindlichen französischen Seeleute mit einem Besuch beehrte, hat Eure Majestät meinem Lande einen neuen Sympathiebeweis gegeben, von dem ganz Frankreich tief gerührt sein wird. Ich mache mich zu seinem Dolmetsch, indem ich meinen wärmsten Dank an Sie richte. Carnot.

17.—25. Oktober. Admiral Avellan mit 50 russischen Offizieren und 30 Seeleuten in Paris.

Bei der Vorstellung beim Präsidenten Carnot hält dieser folgende Ansprache: „Ich danke Ihnen, Herr Botschafter, daß Sie mir den Admiral Avellan und die Offiziere des russischen Geschwaders vorgestellt haben. Ich hatte den Marineminister mit der Aufgabe betraut, dieselben in meinem Namen bei ihrer Einfahrt in die französischen Gewässer und beim Betreten unseres Bodens willkommen zu heißen. Ich bin glücklich, Sie jetzt persönlich willkommen heißen zu können. Man hat Ihnen, meine Herren, in Toulon die ganze Sympathie der französischen Regierung zu erkennen gegeben. Die Bevölkerung, mit welcher Sie in Berührung gekommen sind, hat Ihnen diejenige der gesamten Nation kundgegeben. Ueberall werden Sie denselben warmen und herzlichen Empfang finden. Die Bande der Zuneigung, welche Rußland und Frankreich vereinigen, und welche vor zwei Jahren enger geknüpft worden sind durch die erhebenden Kundgebungen für unsere Marine in Kronstadt, werden von Tag zu Tag fester und loyaler. Der Austausch unserer freundschaftlichen Gefühle muß alle diejenigen ergreifen, denen die Wohlthat des Friedens, des Vertrauens und der Sicherheit am Herzen liegt. Der Große Kaiser, welcher Sie sendet, meine Herren, und den ich von hier aus grüße, hat Sie mit einer hohen Mission betraut, welche Sie würdig zu erfüllen gewußt haben. Seien Sie willkommen!“

17. Oktober. Marschall Mac Mahon auf seinem Schlosse La Forest bei Montargis †.

Telegramme des deutschen Kaisers und des Königs von Italien vgl. Deutschland und Italien. Später sendet der Kaiser von Rußland der Witwe Mac Mahons ebenfalls ein Beileidstelegramm.

22. Oktober. Beisetzung der Leiche Mac Mahons in feierlichster Weise unter Beteiligung der russischen Gäste und der fremden, auch des deutschen Militärbevollmächtigten.

23. Oktober. Auf dem Marsfelde wird ein Riesenfestmahl veranstaltet, an dem 3600 Personen teilnehmen. Vorher ging ein glänzendes Reitfest und ein Wasserfest.

Neben den unausgesetzten Festlichkeiten verschiedenster Art wird besonders bemerkt ein großes Tedeum in Notre Name. Die französischen Behörden hatten eigentlich die Geistlichkeit von dem ganzen Ereignis ausschließen wollen, aber auf besonderen Befehl des Zaren machte der Admiral Avellan mit all seinen Offizieren dem Erzbischof von Paris einen offiziellen Besuch und zwang dadurch die Franzosen, die Geistlichkeit hinzuzuziehen.

25. Oktober. Die russischen Offiziere verlassen Paris, um in Lyon, Marseille und Toulon erneute Feste zu feiern.

27. Oktober. Präsident Carnot begibt sich nach Toulon und wohnt dort in Gemeinschaft mit den russischen Offizieren dem Stapellauf des Panzerschiffes „Jauréguiberry“ bei.

28. Oktober. (Toulon.) Im Augenblick der Abreise empfängt der Präsident Carnot das folgende Telegramm:

„Gatschina, 27. Oktober. An den Präsidenten der französischen Republik in Paris. In dem Augenblick, wo das russische Geschwader Frankreich verläßt, liegt mir daran, Ihnen zu sagen, wie dankbar gerührt ich von dem warmen und glänzenden Empfang bin, den die russischen Seeleute überall auf französischem Boden fanden. Diese neuerlichen, so beredten Beweise von lebhafter Sympathie werden den Banden, welche unsere beiden Länder vereinigen, neue hinzufügen und, wie ich hoffe, zur Befestigung des allgemeinen Friedens beitragen, welche hauptsächlich der Gegenstand der Bestrebungen und die beständigen Wünsche unserer Länder ist. Alexander.“

Die Antwort Carnots lautet:

„Die Depesche, für die ich Ew. Majestät danke, ist mir in dem Augenblick zugegangen, als ich, um nach Paris zurückzukehren, Toulon und das schöne Geschwader verließ, auf dem ich zu meiner lebhaften Befriedigung die russische Flagge in den französischen Gewässern habe begrüßen können. Der herzliche und spontane Empfang, der Ihren tapferen Seeleuten überall in Frankreich zu teil wird, ist ein wiederholter glänzender Beweis für die aufrichtigen Sympathien, welche unsere beiden Länder vereinigen, und kennzeichnet gleichzeitig den tiefgewurzelten Glauben an den wohlthätigen Einfluß, den das Zusammenhalten der beiden großen Nationen auszuüben vermag, welche der Sache des Friedens ergeben sind.“

Ueber die Aufnahme, welche die Depesche des Zaren in Frankreich gefunden hat, wird berichtet:

Die Depesche des Zaren wird von allen Blättern als ein Ereignis allerersten Ranges gefeiert. Der „Figaro“ glaubt zu wissen, daß die erste etwas kühle Depesche des Zaren nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt war, sondern nur durch einen Irrtum bekannt gegeben wurde. Der „Figaro“ schreibt weiter: „Das franco-russische Bündnis existiert, welche Form auch das diplomatische Dokument haben mag, das es sanktioniert, die Thatsache des Bündnisses liegt heute hell am Tage.“ Die „Debats“, die ebenfalls sehr enthusiastisch sind, schreiben: „Es war unmöglich, in einfacheren und stärkeren Ausdrücken den doppelten Charakter der Ereignisse zu präzisieren, welche gleichzeitig zwei große Länder einander näher bringen und allen das Gefühl der Sicherheit verstärken. Die Depesche des Kaisers Alexander sagt alles Notwendige, um Frankreich eine neue Freude zu bereiten und Europa zu beruhigen.“ — Die „Estafette“ erklärt: „Das, worauf es an-

kommt, ist die Thatsache, daß man gemeinsam vorgeht und daß die Welt dies weiß." -- Der offiziöse „Paix" ist übermäßig enthusiastisch, nennt die Depesche eine begeisterte Proklamation des allmächtigen Herrschers des ungeheueren Moskowiterreiches und fragt dann: „Versichert der Zar nicht wenigstens mit souveräner Autorität, daß die Kriegsbündnisse, die es geben mag, mit dem furchtbarsten Friedensbunde seit Beginn des Jahrhunderts zu rechnen haben?" Judet vom „Petit Journal", der vergebens in Kopenhagen den Zaren interviewen wollte, schließt einen Artikel mit den Worten: „Wir vertrauen der Weisheit des Zaren, wie der Zar heute Vertrauen zu unserer Weisheit haben muß, wir verstehen zu warten." Juliette Adam hofft im „Journal", daß die französischen Diplomaten jetzt nicht mehr dasjenige zerstören können, was die Liebe Frankreichs erreicht habe.

29. Oktober. Abfahrt des russischen Geschwaders aus Toulon.

30. Oktober. Streitigkeiten an der tripolitanisch-tunesischen Grenze. Vgl. Türkei.

Ende Oktober. Glückwünsche des Papstes zu dem Gelingen der Festlichkeiten in Frankreich. Vgl. Kurie.

Anfang November. Ende des siebenwöchigen Kohlenstreiks im Departement Pas-de-Calais.

Anfang November. Der französische Marineminister sendet eine Weisung an den Seepräfekten, die russischen Schiffe in allen Häfen wie französische Kriegsschiffe zu behandeln. Das betrifft also die Zulassung in das Innere der Häfen, Verproviantierung, Kohlenlieferung, Benutzung von Docks und Werften. Dem Admiral Avellan und dem Botschafter v. Mohrenheim ist davon offiziell Kenntnis gegeben worden.

Anfang November. Aufstand in Tonkin vgl. Asien.

Anfang November. Jules Simon spricht sich im „Figaro" über die „elsaß-lothringische Frage" wie folgt aus:

„Wie oft hat man mir in Deutschland gesagt: „Ihr seid hartnäckig in den Gedanken verbissen, die Quittung nicht zu unterschreiben. Findet Euch endgültig in die Lostrennung der beiden Provinzen, die nun doch einmal vollendete Thatsache ist, und der Friede zwischen den beiden Ländern ist geschlossen." Das glaube ich wohl. Allein die Preußen, die uns diesen Rat geben, haben ihn selbst nach der Schlacht bei Jena nicht befolgt. Sie wissen gerade so gut wie wir, daß die Ehre uns nicht gestattet, darauf einzugehen. Wir können nicht in Gegenwart unsrer wider Willen germanisierten Brüder, die ihre Arme nach dem alten Vaterlande ausstrecken, die Eroberung unterzeichnen. Es ist nicht unsere Sache, Verpflichtungen für die Zukunft auf uns zu nehmen. Aber was uns gestattet und möglich ist, das ist die Vertagung aller Rache und Kriegsgedanken. Wir thun das. Die öffentliche Meinung verlangt einen Waffenstillstand auf lange Frist und kurze Kündigung auf Grundlage des gegenwärtigen Besitzstandes. Sie ist bereit, einen Waffenstillstand bis zum Ende des Jahrhunderts anzunehmen in der Hoffnung, daß die Arbeit ihr Werk der Beruhigung und Beschwichtigung thun werde. Das ist jetzt unsre Sprache und unsre Rolle."

14. November. (Senat.) Challemel Lacour eröffnet die

Sitzung mit einer Rede, worin er den begeisterten Empfang hervorhebt, welcher den russischen Marineoffizieren in Frankreich zu teil geworden sei. Wenn der Senat zur Zeit des russischen Besuches beisammen gewesen wäre, so hätte er sich glücklich geschätzt, sich den begeisterten Kundgebungen des ganzen Landes anzuschließen. Der Senat sei von der Überzeugung durchdrungen, daß die Frankreich und Rußland verknüpfenden Sympathien von Dauer sein würden, da sie sich auf die Gemeinschaft der Interessen beider Länder stützten, welche an keinem Punkte der Erde einander entgegengesetzt seien. Der Senat gebe seiner Ehrerbietung gegenüber dem Kaiser von Rußland und der kaiserlichen Familie Ausdruck und begrüße in der erhabenen Freundschaft zwischen den beiden Nationen eine neue zuversichtliche Bürgschaft für den Frieden und die Civilisation. Hierauf wird die Sitzung aufgehoben.

14. November. (Kammer.) Die erste Sitzung der neugewählten Kammer wird von Blanc als Alterspräsidenten eröffnet. Blanc führt in seiner Ansprache aus, die neue Legislaturperiode beginne unter den glücklichen Auspizien der herrlichen Festtage, in welchen die Verbindung Frankreichs mit Rußland unter dem unbeschreiblichen Enthusiasmus des Landes in Erfüllung gegangen sei, der Festtage, in denen Frankreich und Rußland ihre Fahnen vereinigt und in ihre Herzen den Frieden Europas eingezeichnet hätten. Man werde der unsterblichen Depesche ewig eingedenk bleiben, durch welche der großherzige Souverän in erhabenen Worten die Allianz zwischen den beiden Ländern besiegelt und ihre friedlichen Gesinnungen bestätigt habe. Möge Frankreich seine Zuversicht wiedergewinnen: es stehe nun nicht mehr allein da, an seiner Seite stehe ein großes und mächtiges Volk. Frankreich brauche wegen seiner Zukunft sich keinerlei Besorgnissen hinzugeben; es könne alle seine Hoffnungen aufrecht erhalten.

Die Kammer wählt Casimir Périer mit 295 Stimmen zum provisorischen Präsidenten; auf Brisson waren 195 Stimmen entfallen.

14. November. (Paris.) Der frühere serbische Gesandte Georgiewitsch, der sich auf der Durchreise in Paris aufhält, wird von einem Anarchisten angefallen und schwer verwundet.

Der Attentäter ist der Anarchist Léon Léauthier, der sagt, daß er sich an der Gesellschaft rächen wollte.

16. November. (Marseille.) Vor dem Hause des Kom-

mandeurs des XV. Armeekorps findet eine Explosion durch eine Dynamitbombe statt. Personen werden nicht verletzt.

Mitte November. (Paris.) Dem Föderationsfest der Elsaß-Lothringer-Vereine wohnt eine Delegation tschechischer Studenten bei.

Ihr Präsident, Fröhlich, hält eine Rede, der wir folgende Stelle entnehmen: „Das Unwetter wird nächstens losbrechen. Der Bazillus des Deutschtums wird ausgerottet werden. Zur feierlichen Stunde, in welcher der Kampf gegen die Barbaren losbricht, werden wir Slawen unter Euerer Fahne kämpfen, die auch die unsere ist. Ich trinke auf Euere Erlösung und rufe Euch zu: Auf Wiedersehen in der Stadt, wo die „Marseillaise“ entstanden ist (Straßburg)!“

21. November. (Paris.) In der Kammer verliest der Ministerpräsident Dupuy eine Erklärung des Ministeriums.

Das Land habe sich bei den letzten legislativen Wahlen für eine praktische Politik erklärt, welche die aufregenden Fragen theoretischer Diskussionen vermeide. Die Regierung werde die auf Verfassungsrevision gerichteten Bestrebungen, die Trennung der Kirche vom Staate, die Abänderung des Wahlmodus, die Einführung einer einheitlichen, inquisitorischen und progressiven Besteuerung bekämpfen. Wir werden niemand, der das allgemeine Stimmrecht, das Privateigentum, die individuelle Freiheit und die Freiheit der Arbeit mißachtet, als Freund oder politischen Verbündeten anerkennen. Wir werden alle Doktrinen bekämpfen, welche die anonyme Alleinherrschaft des Staates an die Stelle der individuellen Bethätigung und der freien Vereinigung setzen wollen. Wir werden nachdrücklich jeden Versuch einer Agitation oder Ausschreitung aller internationalen Umsturzbestrebungen unterdrücken. Wir betrachten das Schulgesetz und das Militärgesetz als festen Besitz und werden diese Gesetzgebung durch soziale Gesetze vervollständigen, besonders in Bezug auf ärztliche Hilfe, hygienische Einrichtungen, Kinderschutz, Sparkassen, Unterstützungs-Gesellschaften auf Gegenseitigkeit, kooperative Genossenschaften und Arbeiter-Pensionskassen.

In der ministeriellen Erklärung wird ferner mitgeteilt, daß das Budget für 1895 im Anfang des kommenden Jahres vorgelegt werden würde. Dasselbe werde bereits die Vorteile einer Konversion der 4½prozentigen Rente berücksichtigen, zu deren Durchführung im geeignet erscheinenden Zeitpunkt die Regierung die Ermächtigung nachsuchen werde. Die aus der Konversion sich ergebenden Ersparnisse sollen im wesentlichen zur Wiederaufnahme der Schuldentilgung Verwendung finden. Das Budget werde verschiedene finanzielle Reformvorschläge umfassen. Dem Parlament werde auch die Aufgabe zufallen, die Frage der Regelung der Bank von Frankreich zu erledigen. Auch verschiedene, die Landwirtschaft betreffende Vorlagen würden eingebracht werden müssen. Das Kabinett bereite eine Vorlage, betreffend Explosivstoffe und eine andere, betreffend Vereine und Verbindungen, vor. Im Innern werde die Regierung auf die Beruhigung der Gemüter hinarbeiten und entschlossen die öffentliche Ordnung verteidigen. Im Aeußern werde der Regierung die Aufrechterhaltung und Verteidigung der Rechte Frankreichs zur Richtschnur dienen; sie werde sich die internationalen Beziehungen angelegen sein lassen, sowie die Erhaltung des französischen Absatzmarktes und seine Geltendmachung durch Aufmunterung der Privatinitiave. Frankreich wisse, was es der Republik schulde, die es wieder zu dem ersten Range unter den Nationen zurückgeführt hätte, die es genügend stark gemacht, um aufrichtig vom Frieden sprechen zu können, die ihm endlich nach

langer Absonderung Kenntnis von den Sympathien gegeben habe, deren Charakter durch die unvergeßlichen Oktoberfeste festgestellt und deren Tragweite durch dieselben gekennzeichnet sei. Die Erklärung fordert schließlich das Parlament auf, klar und ohne Rückhalt zu sagen, ob das Kabinett sein Vertrauen besitze.

25. November. Die radikalen Mitglieder des Kabinetts Peytral und Terrier geben ihre Entlassung und bringen dadurch das ganze Ministerium Dupuy zu Fall.

1. Dezember. Nachdem mehrere Versuche von Dupuy und Spuller (der am Widerspruch des russischen Botschafters scheitert) mißlungen, bringt endlich Périer folgendes Kabinett zusammen: Casimir Périer Präsident und Auswärtiges; Raynal Inneres; Burdeau Finanzen; Spuller Unterricht; Dubost Justiz; General Mercier Krieg; Admiral Lefèvre Marine; Marty Handel; Viger Ackerbau; Jounart Arbeiten; Delcassé Unterstaatssekretariat der Kolonien.

4. Dezember. Das neue Ministerium gibt in der Kammer folgende Erklärung ab:

Nie habe das Land größere Anhänglichkeit an die Republik, größere Abneigung vor einer Reaktion, einen größeren Respekt vor der Freiheit des Gedankens und des Gewissens bekundet und energischer die Aufrechterhaltung der Ordnung angesichts der Theorien einer gewissen Schule gefordert, als bei den letzten Wahlen. Das Kabinett werde sich angelegen sein lassen, diesen Wünschen des Landes Rechnung zu tragen; es werde in der Leitung der Politik Einheit und Festigkeit der Anschauungen herbeizuführen suchen und den Lehren der Sozialisten nicht Mißachtung entgegensetzen, sondern eine fruchtbringende Thätigkeit der öffentlichen Gewalt. Das Kabinett übernehme die Verantwortlichkeit der Macht, um mit allen Gesetzen, welche das Erbteil der Republik seien, zu regieren. Als seine Aufgabe betrachte das Kabinett eine gleichmäßigere Verteilung der Steuern, wobei besonders der erworbene Reichtum zu treffen sein werde. Die Erklärung kündigt alsdann weitere Finanzreformen an, insbesondere eine Grundbuchrevision, die Abänderung der Getränkesteuer und die Regelung der Beziehungen des Staats zur Bank von Frankreich, sowie Studien zur Schaffung einer Altersversorgung für die Arbeiter. Das Kabinett werde das von der letzten Legislatur übernommene Werk der Sparsamkeit verteidigen, der Landwirtschaft und der Industrie zu Hilfe kommen und sich mit der Frage der landwirtschaftlichen Versicherungen beschäftigen; es werde ferner eine Vorlage über die Gesellschaften und Vereine einbringen. Dagegen müsse es die Trennung der Kirche vom Staat, sowie die Revision der Verfassung ablehnen. Die Deklaration fügt hinzu, auf dem Gebiete der auswärtigen Politik Frankreichs hätten unvergeßliche Ereignisse bewiesen, daß alle Mißhelligkeiten verschwunden seien; diese Politik werde immer von dem Geiste erfüllt sein, der einer Nation würdig sei, die sich mächtig genug fühle, um verkünden zu können, daß sie aufrichtig den Frieden wolle, zugleich aber ihre Rechte, ihre Interessen, ihren Handel und ihre Industrie auf allen Punkten verteidigen werde. Die Deklaration gibt schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß alle Vorurteile beseitigt und die Gegner der Regierung besiegt würden durch die Loyalität der Sprache und die Festigkeit der Beschlüsse derselben. Alle Vertreter der Nation hätten dasselbe Recht, wenn sie lediglich die friedlichen

Waffen der Freiheit gebrauchten. Das Kabinett hoffe, sich die beständige Hilfe jener Majorität zu erhalten, welche entschlossen sei, mit ihm der gleichen Sache zu dienen.

4. Dezember. Der Sozialist Pascal Grousset beantragt den Erlaß einer allgemeinen Amnestie. Der Minister des Innern, Raynal, verlangt sofortige Diskussion, welche von der Versammlung auch beschlossen wird. Nach einer längeren, lebhaften Debatte wird das Eingehen in die Beratung der einzelnen Artikel mit 257 gegen 226 Stimmen abgelehnt.

Die Majorität bestand aus 209 regierungsfreundlichen Republikanern und 48 Mitgliedern der Rechten. Die Minorität bildeten alle Sozialisten und Radikalen, 27 opportunistische Republikaner und 12 Mitglieder der Rechten.

5. Dezember. Dupuy wird mit 251 Stimmen zum Kammerpräsidenten ernannt, wogegen Brisson mit 213 Stimmen durchfällt.

9. Dezember. (Bombenattentat.) In der Deputiertenkammer wird von der öffentlichen Tribüne aus eine Dynamitbombe geworfen, der Attentäter ist der Anarchist Vaillant. Etwa 20 Deputierte werden verwundet, auch Zuhörer auf den Tribünen, im ganzen etwa 100 Personen. Der Präsident Dupuy läßt alle Ausgänge des Gebäudes schließen und erklärt dann, derartige Attentate könnten die Kammer nicht in Verwirrung bringen, und er ersuche dieselbe, mit Ruhe ihre Arbeiten fortzusetzen; wenn die Tagesordnung erledigt sein werde, werde das Büreau seine Pflicht thun. (Lebhafter Beifall.)

Kundgebungen von auswärtigen Ländern wegen des Bombenattentates vgl. Österreich-Ungarn, Schweiz, Italien, England.

11. Dezember. Der Ministerpräsident Périer bringt neue Gesetzentwürfe zur Bekämpfung des Anarchismus bei der Kammer ein.

Zunächst eine Aenderung des bestehenden Preßgesetzes von 1881, die lautet:

Artikel 24. Diejenigen, welche durch eines der in Art. 23 (des Preßgesetzes) angegebenen Mittel direkt zu Diebstahl oder zu Mord, Raub und Brandstiftung oder zu einem in Art. 435 des Strafgesetzes angeführten Verbrechen oder zu einem der Verbrechen und Vergehen gegen die innere Sicherheit des Staats aufreizen, die in Art. 75—85 des Strafgesetzes vorgesehen sind, werden, falls diese Aufreizung wirkungslos bleibt, zu Gefängnis bis zu fünfjähriger Dauer und zu 100 bis 3000 Frcs. Buße verurteilt. Diejenigen, welche durch dieselben Mittel direkt zu einem der Verbrechen gegen die innere Sicherheit des Staats, die in Art. 86—101 des Strafgesetzes vorgesehen sind, aufreizen, unterliegen derselben Strafe. Desgleichen die, welche durch eines der in Art. 23 angeführten Mittel die Verbrechen des Mordes, des Raubs und der Brandstiftung oder die Vergehen gegen das Eigentum oder eines der in Art. 435 des Strafgesetzes angeführten Verbrechen verherrlichen.

Artikel 25. Jede Aufreizung (durch die Presse), die sich an die Mitglieder der Land- oder Seemacht richtet zu dem Zweck, sie ihrer militärischen Pflicht und dem Gehorsam, den sie ihren Vorgesetzten schulden, zu entfremden, wird mit einer Gefängnisstrafe von einem bis zu fünf Jahren und mit einer Buße von 160 bis 3000 Frcs. bedroht.

Artikel 49. Gleich nach der Requisition kann der Untersuchungsrichter, falls die Schriften nicht, wie Art. 3 und 10 anordnen, deponiert worden sind, die Beschlagnahme von vier Exemplaren der inkriminierten Schrift, Zeichnung oder Zeitung verfügen. Wenn der Angeschuldigte in Frankreich wohnt, kann er nur in den von Art. 23, 24 und 25 vorgesehenen Fällen in Untersuchungshaft gezogen werden. Tritt eine Verurteilung ein, so kann das Urteil in den in Art. 24 und 25 vorgesehenen Fällen die Konfiszierung der beschlagnahmten Schriften oder Drucksachen und Maueranschläge, in allen Fällen die Beschlagnahme und die Beseitigung oder die Zerstörung aller Exemplare anordnen, die in den Verkauf gebracht oder ausgehängt werden. Die Beseitigung oder die Zerstörung kann sich vorkommendenfalles nur auf gewisse Teile der beschlagnahmten Exemplare beziehen.

Dies Gesetz wird in derselben Sitzung mit 413 gegen 63 Stimmen angenommen.

Das zweite Gesetz bedroht die unrechtmäßige Anfertigung von Mord- oder Brandmaschinen und die Herstellung von Sprengstoffen mit Gefängnis von 2 bis 5 Jahren.

Das dritte Gesetz verbietet anarchistische Vereine und Verbindungen und bedroht sie mit Zwangsarbeit und Ausweisung.

Das vierte Gesetz organisiert durch das ganze Land eine politische Polizei.

15. Dezember. Die Kammer nimmt auch die drei anderen Gesetze gegen die Anarchisten mit großer Majorität an.

15. Dezember. (Dahome.) General Dodds besiegt den König Behanzin.

23. Dezember. Zusammenstoß zwischen einem englischen und einem französischen Expeditionskorps in dem Distrikt Kono vgl. Afrika.

30. Dezember. (Angoulême.) Schluß des Prozesses gegen die Urheber des Blutbades von Aigues-Mortes. Sämtliche Angeklagte werden freigesprochen. Vgl. 16. August.

30. Dezember. Abschluß eines französisch-spanischen Handelsabkommens.

Spanien gewährt für das Jahr 1894 als Modus vivendi mit dreimonatlicher Kündigungsfrist die Vorteile derjenigen Verträge, welche am 1. Januar 1894 in Kraft treten, sowie derjenigen, welche im Laufe des Jahres 1894 noch eingegangen werden. Frankreich wird Spanien gegenüber auch für das Jahr 1894 den Minimaltarif in Anwendung bringen und das Verbot aufheben, daß nach Algier Früchte und frische Gemüse aus Spanien nicht eingeführt werden dürfen, mit Ausnahme aller aus Weintrauben hergestellter Produkte.

VII.

Italien.

19. Januar. Nachdem im Dezember 1892 der radikale Deputierte Colajanni schwere Anklagen gegen die Banca Romana erhoben, wird deren Direktor, der Senator Tanlongo verhaftet. Man entdeckt, daß für 65 Millionen mehr Bankbillete in Umlauf gesetzt sind, als gesetzlich autorisiert und gedruckt.

25. Januar. Die Kammer tritt wieder zusammen und beginnt sofort den Bank-Skandal zu diskutieren. Die opponierende Rechte und Linke fordern neben der gerichtlichen eine parlamentarische Untersuchung.

26. Januar. Der Ministerialdirektor Manzilli wird als mitschuldig in dem Bankbetruge verhaftet.

27. Januar. Nach dreitägiger Debatte erlangt Giolitti mit 120 Stimmen Majorität ein Vertrauensvotum; die besondere parlamentarische Untersuchung wird abgelehnt.

3. Februar. Auf Antrag der Regierung genehmigt die Kammer die gerichtliche Verfolgung des Abg. de Zerbi wegen Bestechung durch die Banca Romana.

20. Februar. Abg. de Zerbi †.

23. Februar. (Rom.) Die Deputiertenkammer verwirft in namentlicher Abstimmung mit 197 gegen 92 Stimmen die Motion des Sozialisten Agnini, die die Banken betreffenden Ministerialakten einer Kommission von 7 Mitgliedern zuzuweisen, nachdem der Ministerpräsident Giolitti eine Vertagung der Motion auf drei Monate verlangt hatte. Crispi und Rudini stimmen für die Motion. Crispi erklärt, man müsse mit der Gewohnheit brechen, ähnliche Anträge beständig abzulehnen.

Mitte März. Antwortsdepesche König Umbertos auf die Anmeldung Kaiser Wilhelms vgl. Deutschland.

21. März. (Deputiertenkammer.) Beratung, betreffend die Ernennung einer Kommission zur Prüfung des Verzeichnisses der notleidenden Effekten im Besitz der Banken, das von der Regierung vorgelegt ist.

Der Ministerpräsident Giolitti erklärt, er könne die Veröffentlichung des Verzeichnisses unter keinerlei Form billigen, weil dieselbe zu sehr die Privatinteressen schädigen würde; er schließe auch alles von den Verhandlungen aus, was die Aktion der Justizbehörde behindern könnte; auch darin könne er nicht einwilligen, daß die Kommision richterliche Autorität erhalte. Wenn der Prozeß beendigt sei, werde sich die Kammer ein Urteil über das Ergebnis bilden können, heute dürfe man die Aktion der Justizbehörde nicht stören. Dies sei die einzige Bedingung und Einschränkung, welche er aufstelle. Hierauf erklärt Giolitti, die Tagesordnung Guicciardinis anzunehmen, wonach die Kammer beschließt, den Präsidenten mit der Ernennung einer Kommission von sieben Mitgliedern zu betrauen, welche die vorgelegten Dokumente prüfe, andere notwendige Recherchen zur Feststellung der politischen und moralischen Verantwortlichkeiten anstelle, jedoch von jedem Eingreifen in alle in die Kompetenz des Gerichts fallenden Angelegenheiten sich enthalten solle. Die Tagesordnung wird fast einstimmig angenommen.

Die Deputiertenkammer nimmt ferner den Gesetzentwurf, betreffend die Civil- und Militärpensionen, mit 245 gegen 128 Stimmen an.

20. April. In Florenz findet die Vermählung des Prinzen Ferdinand von Bulgarien mit der Prinzessin Marie Luise von Parma statt.

20. April. Kaiser Wilhelm und Kaiserin Auguste Viktoria kommen in Rom an, um der Silberhochzeit des Königspaars beizuwohnen, und werden von der Bevölkerung mit Begeisterung empfangen. Kaiser Franz Joseph ist durch den Erzherzog Rainer vertreten.

22. April. (Rom.) Feier der Silberhochzeit des italienischen Königspaares. Der Tag wird im ganzen Lande festlich begangen.

Die Spitzen der Behörden begeben sich zum Quirinal, um ihre Glückwünsche zu überbringen. Beim Empfang des Bureaus der Kammern äußert der König: „Mein Herz frohlockt, da Ich Mich von so viel Liebe und Hingebung umgeben sehe. Mit gerechtem, patriotischen Stolze sehe ich am heutigen Tage als Zeugen dieser Freude Meinen erhabenen Bundesgenossen und Freund, den Deutschen Kaiser und seine erlauchte Gemahlin, sowie die fremden Fürstlichkeiten und die Vertretungen aller Mächte, welche Italien und Mir Beweise der Sympathie und der Achtung geben. Das Vaterland weiß, daß Ich mit Meiner Familie ganz mit ihm und in ihm lebe, und daß alle unsre Gedanken seinem Glücke geweiht sind." Der König erließ eine Amnestie für gewisse Verbrechen, u. a. auch für Desertionen.

22. April. Kaiser Wilhelm verleiht dem Ministerpräsidenten Giolitti den Schwarzen Adlerorden.

Bei dem Galadiner im Quirinal ergreift König Humbert das Wort zu folgendem Trinkspruch:

„Das Herz erfüllt von Freude, danke Ich, zugleich im Namen der Königin, Meinem teuren Bruder, dem Kaiser Wilhelm und Seiner erhabenen Gemahlin, der Kaiserin Auguste Viktoria, sowie allen verwandten, befreundeten und verbündeten Prinzen und Prinzessinnen, welche hierher gekommen sind, um die Freuden dieser Tage mit Uns zu teilen.

Ihre Anwesenheit ist Mir, Meinem Hause und Meinem Volke ein Unterpfand des Glücks!

Ich trinke auch im Namen der Königin auf Seine Majestät den Deutschen Kaiser, Ihre Majestät die Kaiserin, auf alle fürstlichen Gäste, die an diesem Tische sitzen, sowie auf die Souveräne und Staatsoberhäupter, die heute durch ihre Verwandten oder durch Repräsentanten hier vertreten sind!"

Hierauf erwidert Kaiser Wilhelm:

„Euere Majestäten wollen Mir gestatten, zunächst in Unserer Beider Namen gerührten Dank zu sagen für den herzlichen Empfang, den Euere Majestäten und die Einwohner Roms und ganz Italiens Uns bereitet haben. Ich erblicke in dieser Thatsache den erneuten Beweis Euerer Majestät persönlicher Freundschaft, welche Sie von Meinem Großvater und Meinem Vater auf Mich übertragen haben. In Beider Sinne habe Ich gehandelt, als Ich hierher eilte, Meine Glückwünsche zum heutigen Feste darzubringen. Hand in Hand mit Unserer persönlichen Freundschaft geht die warme Sympathie, welche die Völker Deutschlands und Italiens verbindet und die in diesen Tagen mit neuer Kraft zum Ausdruck gelangt.

Zugleich spreche Ich im Namen der hier vereinigten hohen Gäste den innigsten Dank aus für Euerer Majestäten warme Begrüßung. Aus den begeisterten Huldigungen, die Eueren Majestäten in diesen Tagen dargebracht werden, klingt uns der schöne Ton aus der goldenen Saite der Liebe zum Herrscherpaar entgegen. Wir sehen gerührten Herzens ein ganzes Volk das schöne Fest seiner Königsfamilie mitfeiern: ein Wahrzeichen der innigen Wechselbeziehungen zwischen dem Königshaus von Savoyen und dem italienischen Volk.

Wir alle vereinigen uns in dem Wunsche, daß des Himmels Schutz und Segen auch ferner walten mögen über Eueren Majestäten und dem gesamten Königshaus zum Heil Italiens und Europas.

(Zum Schluß in italienischer Sprache):

Ich trinke auf das Wohl Ihrer Majestäten des Königs und der Königin von Italien!"

23. April. Kaiser Wilhelm und die Kaiserin statten dem Papst einen Besuch ab. Vgl. Kurie.

24. April. Kaiser Wilhelm hält mit König Humbert auf dem Prati di Castello eine Truppenschau ab.

26. April. Kaiser Wilhelm besucht Albano und wird überall von der italienischen Bevölkerung mit Begeisterung empfangen.

27. April. Das deutsche Kaiserpaar begibt sich mit dem König und der Königin von Italien nach Neapel, wo ihnen die glänzendsten Ovationen zu teil werden.

28. April. Rundfahrt der deutschen und italienischen Majestäten zur Flottenschau durch den Golf von Neapel und nach Capri.

29. April. Besichtigung von Pompeji.

30. April. Die Majestäten machen eine Reise nach Spezia, wo sie sich 2 Tage aufhalten. Von dort aus tritt das deutsche Kaiserpaar die Rückreise über Genua durch die Schweiz an. Vgl. Schweiz.

15. Mai. (Rom.) Der Gemeinderat bewilligt nach sehr stürmischer Sitzung eine finanzielle Unterstützung für eine 1895 in Rom geplante Ausstellung.

19. Mai. Die Kammer lehnt mit 139 gegen 138 Stimmen den Etat des Justizministers Bonacci ab, um diesen zu Fall zu bringen.

24. Mai. Nachdem der König die Demission des Gesamtministeriums abgelehnt, übernimmt Eula das Justiz-, Gagliardo das Finanzministerium.

2. Juni. Der Senat nimmt die Vorlage über das Pensionsreformgesetz mit 151 gegen 141 Stimmen an.

15. Juni. Die Kammer nimmt mit 181 gegen 83 Stimmen das Gesetz bezüglich der Civil- und Militärpensionen in seiner definitiven Fassung an.

8. Juli. (Rom.) Die Deputiertenkammer nimmt in geheimer Abstimmung mit 222 gegen 135 Stimmen eine Vorlage über die Emissionsbanken an.

7. August. Der bei den allgemeinen Wahlen durchgefallene irredentistische Radikale Imbriani wird im Wahlbezirk Corato (Provinz Bari) gewählt. Es war kein Gegenkandidat aufgestellt worden.

16.—25. August. Aufenthalt des Prinzen Heinrich von Preußen in Italien zum Besuch bei König Humbert.

16.—18. August. Zusammenstöße zwischen französischen und italienischen Arbeitern in Aigues-Mortes vgl. Frankreich.

20.—21. August. In Rom und verschiedenen anderen Städten Italiens finden anti-französische Demonstrationen statt. In Rom sind sie namentlich gegen die beiden Botschaftsgebäude gerichtet.

21. August. Die italienische Regierung teilt der französischen mit, sie verlange die strenge Bestrafung aller an den Unthaten von Aigues-Mortes Schuldigen, sowie die Bestrafung des Bürgermeisters von Marseille wegen Verweigerung der Aufnahme der Verwundeten in die Krankenhäuser.

22. August. Wie die „Agenzia Stefani“ meldet, beauftragte der Minister des Auswärtigen, Brin, den italienischen Botschafter in Paris, Reßmann, der französischen Regierung zu erklären, daß

die italienische Regierung infolge der von der französischen Regierung freiwillig beschlossenen Amtsenthebung des Maire von Aigues-Mortes, in Würdigung der von dem französischen Kabinett getroffenen freundschaftlichen Anordnungen und, indem sie volles Vertrauen setzt in die erfolgreiche und unparteiische Thätigkeit der französischen Behörden hinsichtlich der Bestrafung der Schuldigen, sich glücklich schätzt, die gegenwärtigen Zwischenfälle in zufriedenstellender Weise für geschlossen ansehen zu können.

Zugleich thut die italienische Regierung alles, der französischen Genugthuung zu geben. Der Präfekt von Rom wird abgesetzt, dem französischen Konsul in Messina eine feierliche Entschuldigung gemacht. Der Maire von Aigues-Mortes aber wird nicht abgesetzt, wie man hinterher erfährt, da er nach Ansicht der französischen Regierung nicht schuldig war.

23.—24. August. Proletarische Unruhen in Neapel.

Mitte Oktober. Bei der Enthüllung des Garibaldidenkmals in Quarto bei Genua, von wo die Expedition der „Tausend" 1860 nach Sizilien abging, hält Crispi eine mit großem Beifall aufgenommene Rede.

„Das Programm der „Tausend" Garibaldis", ruft der einstige Ministerpräsident, „ist noch nicht vollständig erfüllt. Rüsten wir uns darum für die Stunde, wo Italien uns von neuem rufen wird. Wenn auch Italiens Aufgabe nicht im Angriff, sondern in der Verteidigung liegt, so müssen wir uns dennoch vorbereiten, um nicht überrascht zu werden. Heute haben wir denselben Glauben wie damals. Ich glaube an das Vaterland, welches seine Geschicke selbst lenkt und von anderen Nationen geliebt und geachtet wird. (Lebhafter Beifall, Rufe: „Es lebe Italien!") Dieser Beifall und der Schmerzensschrei, welcher jüngst gelegentlich eines unseligen Ereignisses (von Aigues-Mortes) durch ganz Italien hallte, und wobei mein Name ausgesprochen wurde, enthalten für mich die Verpflichtung, das Werk zu vollenden, das auf diesem Felsen begonnen wurde. Diejenigen täuschen sich, welche glauben, ich wollte den Krieg. Ich bin ein Apostel des Friedens, nicht des Krieges. Ich kann den Krieg nur gegen die Unterdrücker der Völker wollen, aber nicht gegen die Völker selbst. Garibaldi und Mazzini, unsere großen Männer, wollten die Freiheit und Unabhängigkeit aller Nationen. Mich an ihrem Vorbilde begeisternd, werde ich in demselben Sinne zu wirken suchen. Diejenigen fälschen meine Handlungen, welche mir vorwerfen, daß ich das Recht anderer Nationen hätte verletzen wollen, als ich das Recht Italiens verteidigen mußte. Den Krieg können nur unvernünftige oder gewaltthätige Leute wollen, nicht diejenigen, die sich für Italien geschlagen haben. Ich wünsche, daß Vorbereitungen gegen einen möglichen Angriff getroffen werden, um das Vaterland zu verteidigen. Der Plan Mazzinis und Garibaldis, der auch der unsrige ist, war die Konföderation der Völker. Bereiten wir uns auf dieses für die Menschheit so notwendige Werk vor." (Lebhafter Beifall während der Rede und am Schlusse derselben.)

16.—20. Oktober. Besuch des englischen Geschwaders unter

Admiral Seymour in Tarent. Es werden Festlichkeiten veranstaltet und Reden auf die Freundschaft der beiden Nationen gehalten.

18. Oktober. Rede **Giolittis** in Dronero. 240 Deputierte und 80 Senatoren nehmen an dem Bankett teil.

Der Konseilpräsident erinnert daran, wie er seit sieben Jahren erklärt habe, daß Italien durch die Art seines Entstehens, sowie durch seine politische und soziale Verfassung darauf hingewiesen sei, eine freimütig demokratische Politik zu befolgen. Er könne diese seine Ueberzeugung auch heute nur bestätigen. Nach einer Skizzierung der Linien dieser Politik, welche die Regierung einhalten müsse, spricht Giolitti von der auswärtigen Politik und sagt wörtlich: „Unsere auswärtige, von dem Parlament und dem Lande gebilligte Politik beruht auf den Allianzen, die den Frieden sichern. Wir wahren denselben und werden ihm gewissenhaft immer treu bleiben. Ein internationaler Zwischenfall, welcher die öffentliche Meinung lebhaft beschäftigte, trug dazu bei, zu beweisen, daß der Wunsch nach Frieden allen in Europa gemeinsam ist, weil dieser Zwischenfall infolge der von beiden Seiten geführten Unterhandlungen eine gerechte und billige Lösung gefunden hat. Gegenwärtig macht Italien eine Periode wirtschaftlicher schmerzlicher Depression durch. Das Land muß vor allem aus dieser wirtschaftlichen Depression emporgehoben werden. Die Hauptursache dieser Krise war die schlechte Finanzpolitik, welche Ausgaben zu bestreiten unternahm, die die Hilfsquellen des Landes erheblich überstiegen, und welche die erforderlichen Kapitalien durch ungeheure, hauptsächlich im Auslande aufgenommene Schulden beschaffte. Das Werk der Diskreditierung Italiens wurde mächtig gefördert durch das Uebelwollen unserer Feinde im Auslande, wo wir hingestellt wurden als ein Volk, das auf dem Wege des Verfalls sich befinde und keine Hoffnung habe, sich wieder zu erheben.“ Der Minister wies an der Hand der Statistik nach, daß Italien seit 1884/85 bis 1892/93 von einem Defizit im Betrage von 250 Millionen heruntergegangen sei bis zu einem solchen von 14 Millionen; in gleicher Weise sei die jährliche Ausgabe für Eisenbahnbauten von 266 Millionen auf 29 Millionen herabgegangen. Italiens Kredit sei aber gegenwärtig schwer getroffen. Zu den früheren Uebeln sei fast unerwartet das Steigen des Wechsels hinzugekommen. Augenblicklich gelte es vor allem, gegen die Münzkalamität anzukämpfen. Italien müsse nicht bloß politisch, sondern auch finanziell unabhängig sein und diese finanzielle Unabhängigkeit werde erst erreicht werden, wenn die nationale Sparsamkeit einen großen Teil der im Auslande untergebrachten Schuldtitel aufgenommen habe. Dies habe bereits begonnen und sei eine der Ursachen für das Steigen der Wechsel. Diese wohlthätige, aber langsame Bewegung werde nur unter der Bedingung ihr Ziel erreichen, wenn mit der Aufnahme von Schulden im Auslande ein Ende gemacht werde und der Staatsschatz bei Beschaffung seiner Zahlungsmittel möglichst wenig auf den Geldmarkt drücke. In Summa: der Staatsschatz müsse aufhören, den Geldmarkt durch große Ankäufe zu beunruhigen, wenn er alle vier Monate seine Zahlungen im Auslande zu leisten habe, und es müsse sofort das Budgetgleichgewicht hergestellt werden, um die Notwendigkeit neuer Schulden absolut auszuschließen. Die Beschaffung der metallischen Gegenleistung für 120 bis 150 Millionen fremder Wechsel, welche in jedem Halbjahre nötig sind, übe auf den Geldmarkt einen gewaltigen, von der Spekulation leicht auszubeutenden Druck aus. Das einzige Mittel, diesem Drucke zu begegnen, sei, im geeigneten Momente die Zahlung der Einfuhrzölle in Gold zu fordern. Durch eine derartige Maßregel würden die bös-

willig ausgestreuten Zweifel beseitigt, als ob Italien seinen auswärtigen Verpflichtungen nicht ohne Aufnahme neuer Anleihen genügen könne. Die Feststellung des Gleichgewichts im Budget bildet eine unabweisliche, unaufschiebbare Pflicht. Dem rücksichtslosen Kriege gegen unseren Kredit müssen wir eine kräftige Finanzpolitik entgegensetzen. Deshalb wird die Regierung eine Reform der Erbschaftssteuer und eine progressive Steuer auf Einkommen über 5000 Frcs. vorschlagen. Durch diese und andere weniger wichtige Reformen werden 40 Millionen neuer Einnahmen erzielt werden, die zur Feststellung des Gleichgewichts genügen. Es muß aber auch gegen eine zukünftige Vermehrung der Ausgaben vorgesorgt und eine Verbesserung der verschiedenen Verwaltungszweige ermöglicht werden. Die Totalausgaben für Landheer und Marine seien von 554 Millionen in 1888/89 auf 342 Millionen in 1892/93 zurückgegangen. Innerhalb dieser Ausgabengrenzen müsse das Maximum der militärischen Entwickelung gesichert werden. Der Ministerpräsident bespricht hier auch die beabsichtigten inneren Reformen und sagt betreffs Sizilien: Die Regierung werde den aufhetzerischen Agitationen unter den dortigen Arbeitern energische Maßregeln entgegensetzen, gleichzeitig aber alle Mittel studieren, welche die Lage der Arbeiter verbessern könnten. Der Minister schließt: Zur Durchführung dieses Programms sei Einigkeit und Wachsamkeit der liberalen Partei nötig, von der ein mehr konservativer Teil seit einigen Jahren die Tendenz zeige, sich bei den Wahlen mit der klerikalen Partei zu verbünden.

18. Oktober. Telegramm des Königs Humbert an die Witwe des Marschalls Mac Mahon:

„Ich und die Königin teilen den tiefen Schmerz Ew. Exzellenz über den Tod des Marschalls Mac Mahon, Herzogs von Magenta, an dessen ruhmreichen Namen Italien stets mit Liebe und Dankbarkeit zurückdenken wird. Ew. Exzellenz und deren Söhne wollen geneigtest dieses Zeichen unserer lebhaften Anteilnahme entgegennehmen. Humbert."

23. Oktober. Der Marchese Rudini richtet an seine Wähler ein Schreiben, in welchem er die Politik des gegenwärtigen Ministeriums lebhaft bekämpft.

Die Erhöhung der Erbschaftssteuer und der Progressivsteuer, sowie die Zollzahlung in Gold weist er zurück und erklärt eine ehrliche Finanzpolitik für unmöglich, ohne auf das Programm zurückzukommen, den Staatsschulden ein Ende zu machen, gleichzeitig aber Ersparungen, sowie Erhöhungen der Einnahmen durchzuführen. Es sei unbedingt nötig, mehrere Zweige der Ausgaben, darunter die militärischen, einzuschränken. Der von der öffentlichen Meinung gehegte Verdacht, daß der Dreibund Italien militärische Lasten auferlege, welche zur Verwirrung der Finanzen beitrügen, müsse zerstreut werden. Unmöglich sei es, die Armee zu retten, wenn man nicht das Budget rette. Die Bündnisse sicherten den Frieden und verhinderten die Isolierung Italiens; sie seien für Italien eine unschätzbare Wohlthat. Diese Politik müsse zukünftig für Italien traditionell sein, allein die verschiedenen Ministerien drückten derselben das Siegel ihres Temperaments auf. Rudini tadelt sodann das Vorgehen der Regierung anläßlich der Zwischenfälle in Aigues-Mortes, Rom und Neapel und fügt hinzu, daß die Majorität des Parlaments unfähig sei, kräftige Werke zu vollbringen und das Land von Uebeln zu befreien. Die Nation sei der unfruchtbaren Manöver müde. Rudini schließt sein Schreiben mit den Worten: „Wir wollen unseren Söhnen ein großes ruhmreiches Vaterland hinterlassen. In

diesem Glauben blickt Italien auf den König, einen Fürsten, würdig des großen Namens, den er trägt, und der Krone, die ihn schmückt."

23.—29. Oktober. Aufenthalt der englischen Flotte in Spezia.

26. Oktober. Bei einem Bankett der piemontesischen Deputierten hält Giolitti eine Rede, in welcher er sich gegen den Inhalt des Briefes Rudinis an seine Wähler wendet, der das Ministerium mit berechneter Heftigkeit angegriffen habe:

Bezüglich der in der Militärfrage geübten Kritik sei er fest überzeugt, daß das Parlament nicht seine eigenen Beschlüsse in dieser Frage aufheben werde. In betreff der Finanzen sei er mit Rudini einig, daß es Pflicht sei, das Gleichgewicht im Budget alsbald herbeizuführen, sich der Aufnahme von Anleihen im Auslande zu enthalten und außer Ersparungen auf Erhöhung der Einnahmen bedacht zu sein. Eine Meinungsverschiedenheit bestehe nur bezüglich der Ausführung. Das jetzige Kabinett habe neue Ersparnisse gemacht und die in dem Budget vorgesehenen, aber von seinen Vorgängern nicht realisierten Ersparungen durchgeführt. Auf das frühere Kabinett falle die Verantwortung, wenn im Budget 1891/92 die unerhörte Ziffer von 28 Millionen Mehrausgaben gegen nur 9 Millionen Ersparnisse figurierten. Das gegenwärtige Kabinett habe sich im Gegenteil nicht damit begnügt, Ersparungen ins Budget einzustellen, sondern sie auch ernstlich durchgeführt. Das jetzige Ministerium habe nicht einen Kilometer Eisenbahnen neu begonnen und sich lediglich darauf beschränkt, die früher begonnenen Arbeiten zu bezahlen mit den Beträgen, welche für neue Bauten bestimmt waren. Giolitti widerlegte sodann die Einwendungen Rudinis gegen die von ihm in dem Programm von Dronero dargelegten finanziellen Vorschläge. Er hätte erwartet, von Rudini bekämpft zu werden, aber er habe nicht erwartet, daß Rudini von einer Verschlechterung der Budgetverhältnisse sprechen würde, denn seit zehn Jahren seien keine so günstigen Resultate gewesen, wie diejenigen des Budgets für 1892/93. Warum also von einer Verschlechterung der Budgetverhältnisse sprechen und durch unwahre Behauptungen die Feinde im Innern und im Auslande unterstützen, welche gegen den italienischen Kredit einen sehr ungerechten Krieg führten? Auf den rhetorischen Teil seines Programmes werde er Rudini nicht folgen. Gegenüber Rudinis finanziellen Vorschlägen mit administrativen Reformen frage er, warum denn Rudini während seiner Regierung nichts von alledem im Parlamente vorgelegt habe. Darauf wies Giolitti lebhaft die Behauptung Rudinis über die Bankfrage zurück und schob die Verantwortlichkeit in dieser Frage auf das Kabinett Rudini. Eine Erklärung für die ungewohnte Heftigkeit des Angriffs finde man, wenn man Rudinis Aeußerungen über die politischen Parteien betrachte. Für eine Partei, wie die Rechte, welche eine so große Vergangenheit habe, sei es demütigend, sich durch ihren Führer desavouiert zu sehen, welcher sage, es gebe keine Rechte mehr. Giolitti fügt hinzu: „Dieses schmerzliche Schauspiel muß unsere Partei von der Notwendigkeit überzeugen, ihre Reihen fester zu schließen und sich gegen Nachstellungen zu sichern, welche zur Spaltung führen; es muß uns lehren, energisch an der Wiederherstellung der ökonomischen Lage des Landes zu arbeiten und Thaten den Worten entgegenzusetzen."

5. November. (Rom.) Eine unter dem Vorsitze des Abg. Sonnino abgehaltene Versammlung von 23 Mitgliedern des Zentrums beschließt eine unabhängige Partei zu bilden, dem Mini-

sterium Opposition zu machen, dagegen diejenige Verwaltung zu unterstützen, welche dem Ernste der Finanzlage Rechnung tragen werde, und alle politische und moralische Kraft zur Überwindung der Krise aufzubieten.

11. November. Auch Nicotera erläßt ein Schreiben an seine Wähler, worin er das alte Thema von der Unfähigkeit Giolittis in einer neuen Variation behandelt. Nicotera will statt neuer Steuern Ersparnisse auf allen Gebieten, namentlich in der Administration der Armee (nicht in der Armee selbst), durch Verminderung des Beamtenheeres und Streichung von tausend und abertausend unnützen Ausgaben, leider fehle es an Männern, um solche Radikalreformen durchzuführen. Heute müssen die Italiener sich errötend sagen lassen, daß sie bei Deutschland um militärischen Schutz, bei Frankreich um Geld betteln.

11. November. (Rom.) Das amtliche Blatt veröffentlicht ein Dekret, durch welches die Zahlung der Zollabgaben in Metallgeld angeordnet wird.

Die Emissionsinstitute werden angewiesen, an diejenigen, welche darum zum Zwecke der Zahlung von Eingangszöllen ersuchen, auf Namen lautende Lagerscheine (Warrants) gegen Zahlung von Staats- oder Bankbillets in dem Betrage der Warrants mit Zuschlag des Wechsellagers unter Abzug von 25 Centimes für je 100 Frc. zu geben. Das an die Emissionsbanken zu zahlende Wechselagio wird sich dem Durchschnittspreise für die Checks auf das Ausland gleichstellen, wie dieser an den Börsen in Rom, Genua, Turin, Mailand, Venedig, Florenz, Neapel und Palermo zwei Tage vor demjenigen Tage notiert wird, an welchem die Warrants übergeben werden sollen. Die Zollämter werden diese Warrants bei Zollzahlungen als Metallgeld in Zahlung nehmen.

11. November. Der Redakteur des „Papolo Romano“ Chauvet, ein intimer Freund Giolittis, wird wegen Teilnahme an Zoll-Betrügereien verhaftet. Er war der einflußreichste Journalist in Rom.

15.—16. November. Aufenthalt des österreichischen Minister des Auswärtigen Graf Kalnocky bei König Humbert vgl. Oesterreich.

23. November. Die Kammer wird wieder eröffnet. Die Regierung legt ein Grünbuch über Aigues-Mortes sowie ihre Steuerprojekte vor. Darnach beginnt die Verlesung des Berichts der Parlaments-Kommission (vgl. 21. März) über die Bank-Skandale.

Die Relation untersucht zunächst die Beziehungen der einzelnen Kabinette, der Deputierten und Journalisten zur Banca Romana, wobei als Prinzip aufgestellt wird, daß jeder Deputierte wie alle anderen Bürger ein Recht auf Kredit habe, vorausgesetzt natürlich, daß dieser Kredit seine Finanzkraft nicht übersteige. Hinsichtlich der Deputierten erklärt auch die Relation, daß außer dem verstorbenen Decerbi kein einziger sich von der Banca Romana habe korrumpieren lassen; dagegen hätten viele Deputierte Indeli-

katessen begangen. Ueber die Kabinette heißt es, daß sie sämtlich seit 1880 der Banca Romana gegenüber die größte Indifferenz an den Tag legten. Erst 1889 habe eine Inspektion stattgefunden, deren sehr kompromittierende Resultate auch der Regierung unterbreitet wurden. Allein der damalige Handelsminister Miceli habe sich durch andere von Tanlongo inspirierte rosige Berichte täuschen lassen, und der damalige Ministerpräsident Crispi habe keinen dem Landeskredit schädlichen Skandal heraufbeschwören wollen, ehe er sein Projekt einer Einheitsbank durchgeführt. Der damalige Finanzminister Giolitti endlich erklärte dem Enquetekomitee, er könne sich der Sache nicht mehr erinnern. Miceli war sogar so vertrauensselig, daß er nicht einmal merkte, daß die Banca Romana an demselben Tage, da man ihr Kassenmanko entdeckte, sich von der Nationalbank 10 Millionen borgte, um das Manko zu verdecken. Weiter konstatierte die Relation, daß die Presse von Tanlongo fortlaufend hohe Beträge erhielt, im Jahre 1888 allein eine halbe Million. Allgemeinen Unwillen im Hause rief die Stelle der Relation hervor, wo konstatiert wird, daß die Polizei ohne Beisein von Richtern ein Packet der bei Tanlongo konfiszierten Dokumente öffnete und gewisse Dokumente verschwinden ließ. Alsdann wurden Namen von Deputierten veröffentlicht, welche Indelikatessen begangen: del Vecchio (intimer Anhänger Giolittis), der Herzog Sandonato (Neapel), der gegenwärtige Unterstaatssekretär Sangiuliano, der gegenwärtige Handelsminister Lacava, der frühere Handelsminister Miceli, der frühere Handelsminister Chimirri, endlich Nicotera. Die beiden Letztgenannten, weil sie dem früheren Deputierten Fazzari bei der Rombank eine Anleihe von dreieinhalb Millionen vermittelt, obgleich derselbe bereits drei Millionen Schulden hatte. Dem Journalisten Turco (dem Direktor des offiziösen Parlamento) wurden 130,000 Franks Subvention aus der Rombank nachgewiesen. Was Grimaldi betrifft, so nimmt das Enquetekomitee an, die Rombank habe ihn nicht subventioniert, sondern nur für juristische Dienste honoriert.

Die „Münchener Allg. Ztg." berichtet darüber:

Eine Sitzung wie die gestrige der Kammer ist in der Geschichte des Parlamentarismus — des italienischen wenigstens — noch nicht zu verzeichnen gewesen. Denn ohne Präcedens ist der Vorgang, daß das Ergebnis der Beratungen eines Vertrauensausschusses, durch welches nicht nur Abgeordnete und Minister, sondern auch Männer, deren Namen wie ein Symbol des italienischen Staates erscheinen, zum Gegenstand ausdrücklicher Mißbilligung gemacht werden, zur öffentlichen Verlesung gebracht wird. Es war als ob alle Anwesenden auf der Anklagebank säßen und aus dem Munde der „Sieben" ihren Urteilsspruch erwarteten. Dem entsprach die lautlose Stille bei der dreistündigen Verlesung, der am Schluß dann ein wildes Toben folgt. Und das Ergebnis der Bankenquete ist die Verurteilung einer ganzen Periode italienischen Staatslebens, von der Uebernahme der Regierung durch die Linke (1876) bis zur Gegenwart. Daran wird nichts dadurch geändert, daß viele Anklagen zurückgewiesen wurden, daß die Ausdrucksweise des Ausschusses sehr milde war und sich auf Bedauern (deplorare) und Mißbilligen (disapprovare) beschränkte. — Eine eigentliche „Simonie", d. h. ein Stimmenkauf, ist, nachdem der Ausschuß den Fall des plötzlich verstorbenen Deputierten De Zerbi ausgeschieden hatte, allerdings nicht nachgewiesen worden. Das charakteristische Krankheitssymptom, das die Sieben festgestellt haben, besteht aber in der untrennbar engen Verwebung des ganzen polititschen Treibens mit privaten Finanzgeschäften und in der daraus folgenden thatsächlichen Abhängigkeit der politischen Personen von den Bankinstituten. Dies ist das Wesentliche: nicht die einzelnen

schmutzigen Geschäfte, welche einigen Personen, dem früheren Unterstaatssekretär Grafen Amadei, dem Herzog von San Donato u. a., nachgewiesen wurden. Die Konnivenz gegen die Banca Romana, deren ungesetzlicher Zustand seit dem Jahre 1889 bekannt war, ist der Krebsschaden der Regierungen gewesen. Der Ausschuß der „Sieben“ erklärt für erwiesen, daß der Ministerpräsident Crispi, der Schatzminister Giolitti, der Handelsminister Miceli von der Enquete Alvisi-Biagini, welche 1889 ein Manko von 9 Millionen bei der Banca Romana feststellte, Kenntnis hatten, daß aber der parlamentarischen Kommission hievon nicht Mitteilung gemacht wurde, die statt dessen einen sehr abweichenden Bericht des Ministerialdirektors Monzilli erhielt, — und der Ausschuß mißbilligt das Stillschweigen der drei Minister. Der Ausschuß mißbilligt ferner, daß der Schatzminister Luzzatti und der Handelsminister Chimirri (im Kabinet Rudini) obgleich sie Kenntnis von der genannten Enquete hatten, dennoch keine neue Untersuchung des Zustandes der Bank vornahmen; er mißbilligt endlich, daß Giolitti, obgleich ihm vom Jahr 1889 her die widergesetzliche Geschäftsführung des Bankdirektors Tanlongo bekannt war, dennoch dem König den Antrag seiner Ernennung zum Senator vorlegte. Andererseits spricht der Ausschuß auch sein Mißfallen über verschiedenartige ungesetzliche Einmischungen der Minister in die Bankgeschäfte aus, und zwar besonders gegen den ehemaligen Minister des Innern Nicotera, und den jetzigen Handelsminister Lacava. Was den jetzigen Ministerpräsidenten betrifft, so erklärt der Ausschuß ferner für erwiesen, daß er von der Banca Romana (was Giolitti seinerzeit läugnete) 60,000 Frks. erhalten habe, jedoch nicht zu politischen Zwecken, und daß dieselben rechtzeitig zurückerstattet seien. Die Angabe einiger Zeugen, daß Giolitti noch andere beträchtliche Summen von der Bank erhalten habe, erklärt der Ausschuß für nicht bewiesen. In seiner Eigenschaft als Minister des Innern trifft den Ministerpräsidenten ein schwerer Vorwurf. Der Ausschuß konstatiert nämlich, es seien nicht alle bei dem Bankdirektor Tanlongo sequestrierten Papiere in die Hände der Justiz gekommen, d. h. also, sie seien bei der Polizei verblieben. — Diese Anklagen waren früher schon bekannt geworden und sind auch in der Allgemeinen Zeitung reproduziert worden. Sie aber hier von den eigenen Kollegen der Beschuldigten (denn die betreffenden Minister sind selbst Deputierte), von den allgemein geachteten Vertrauensmännern bekräftigt und zu einem so düsteren Bilde vereinigt zu sehen, gewährte einen erschütternden Eindruck. Die Demission des Ministeriums, das in seinem Chef so schwer getroffen ist, stand sofort außer Frage; es bedurfte dazu nicht der Ministeranklage, welche Imbriani und Cavallotti stürmisch verlangten. Verwundern könnte man sich, daß der Schatzminister Grimaldi, dessen irreguläre private Beziehungen zur Banca Romana allgemein bekannt waren, in dem Ausschußbericht nicht für kompromittiert erklärt wird. Allein es war längst bekannt, daß die ungedeckten Kreditbeträge, welche die Bank dem Minister sehr freigebig gewährt hatte, schon im Januar durch das Eingreifen einer sehr hohen Persönlichkeit getilgt worden waren.

24. November. Das Ministerium Giolitti reicht seine Entlassung ein.

10. Dezember. Nachdem fortwährende Verhandlungen geführt, alle Kombinationen, namentlich ein Ministerium Zanardelli gescheitert ist, bildet endlich Crispi ein neues Ministerium.

Crispi Vorsitz, Inneres und interimistisch Auswärtiges, Senator Calenda Justiz, Saracco Schatz, Sonnino Finanzen, General Mocenni

Krieg, Admiral Morin Marine, Baccelli Unterricht, Boselli Ackerbau, Pacazzi öffentliche Arbeiten, Ferraris Post und Telegraphen.

Später übernimmt Baron Blanc das Auswärtige.

Mitte Dezember. Die italienische Regierung drückt der französischen ihre Teilnahme wegen des Bombenattentates in der Kammer aus.

Mitte Dezember. In Sizilien entstehen erhebliche proletarische Unruhen, auch unter dem Landvolk, die mehrere Wochen andauern und die Einziehung der Reserven und Aufstellung größerer Truppenmengen nötig machen.

20. Dezember. Der Ministerpräsident Crispi verliest in der Deputiertenkammer und im Senate folgende Erklärung:

„Die Kollegen, welche mich umgeben, legen durch ihre politische Vergangenheit, durch ihre Ihnen wohlbekannten Gesinnungen Zeugnis für den Geist ab, von welchem wir bei der Bildung des neuen Kabinetts geleitet waren. Wir gehören keiner Fraktion des Parlaments mehr an als einer anderen. Wir gehören zu einer großen Parteieinheit, deren einziges Ziel Italien ist, welchem zu dienen wir uns mit Freudigkeit und Opferwilligkeit angeboten haben. Wir haben unglücklicherweise die Regierungsgewalt in einem Augenblicke übernommen, in welchem die Lage des Vaterlandes eine so ernste ist wie noch nie. Wir klagen niemanden wegen der gegenwärtigen Sachlage an, dieser Folge einer Reihe von Umständen, die wir zwar feststellen können, aber nicht richten sollen. Wir wollen daher nur sagen, daß die Schwierigkeiten, die wir zu überwinden haben, große sind, und daß wir, um Kredit zu haben, die Finanzen zu reorganisieren, die Macht des Gesetzes zu stärken und dem Lande ein neues Selbstbewußtsein zu geben, der Mitwirkung der Kammer ohne Unterschied der Parteien bedürfen. Zu diesem Ende fordere ich Sie auf, einen Gottesfrieden einzugehen. Wenn die Wohlfahrt Italiens wiederhergestellt ist, mag jeder seinen Platz wieder einnehmen! Uns heute zu bekämpfen, uns heute einander entgegenzustellen, das wäre — gestatten Sie mir, Sie dessen patriotischen Herzens zu versichern — ein Verbrechen. Wenn die Gefahr drängt, müssen wir alle einig sein für die gemeinsame Abwehr. Von dem König zu der schwierigen Aufgabe der Leitung des Staates berufen, fühlen wir uns nicht sicher ohne Ihr Vertrauen und ohne das Vertrauen des Volkes, dessen Dolmetsch wir zu sein haben. Wir legen Gewicht darauf, vor Ihnen zu erklären, daß der Patriotismus nicht das Monopol irgend einer Partei ist. Wir wenden uns deshalb an Sie, damit Sie uns zum Gelingen unseres Werkes behilflich seien. Das Werk, welches wir in Angriff nehmen, ist das wichtigste seit dem Erlaß der nationalen Verfassung von 1859. Bis zum Jahre 1890 arbeiteten wir daran, die materielle Einheit des Vaterlandes zu sichern. Nunmehr müssen wir daran gehen, die moralische Einheit zu befestigen, damit das Gebäude, für welches das Blut unserer Märtyrer vergossen wurde, ein dauerhaftes werde. Die Bedürfnisse des Landes sind zahlreich; um denselben zu genügen, wird die Exekutivgewalt dem Parlament die notwendigen Gesetzvorlagen unterbreiten. Indeß muß daran erinnert werden, daß keine Zeit zu verlieren ist. Zögern würde doppelten Nachteil haben, es würde die Unzufriedenheit im Innern vermehren und unsern Kredit im Auslande noch weiter schwächen. Wir werden in der Verwaltung durch zweckmäßige Vereinfachungen in den Zweigen des öffentlichen Dienstes mög-

lichst große Ersparungen durchführen. Man darf sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß die Stunde gekommen ist, wo vom Lande Opfer verlangt werden müssen. Das Land, dessen können Sie sicher sein, wird sie nicht verweigern. Es ist unnütz, uns mit unzureichenden Auskunftsmitteln abzuquälen und auf einen Glücksfall zu warten, der sich durch Säumnis noch weiter hinausschieben würde. Wenn seit dem Jahre 1889 das Parlament nicht die Forderungen der Exekutivgewalt abgelehnt hätte, würde niemand an unserer Zukunft zweifeln. Meine Herren Deputierten! Allein, ohne Sie, werden wir nichts thun! Das Einverständnis des Parlaments mit dem Ministerium ist für letzteres in einem freien Lande eine wesentliche Lebensbedingung. Lassen Sie uns alle unsere Bemühungen aufwenden, daß dieses Einverständnis uns nicht fehle. Im Vertrauen auf dieses Einverständnis wollen wir alle unsere Kräfte aufbieten, damit die einträchtige Aktion des Parlaments und der Regierung die ihr vorgesteckten hohen Ziele erreiche."

Imbriani, Cavallotti und andere Redner der äußersten Linken protestieren nach dieser Erklärung auf das Heftigste gegen neue Steuern. Nicht einmal mit Bajonetten könne man vom Volke einen weiteren Heller erpressen. Nach einer Reihe meist oppositioneller Reden gab Crispi neue Erklärungen über das Regierungsprogramm ab. Wenn er den gegenwärtigen Augenblick den kritischsten seit der Gründung des Königreiches nannte, so habe er damit keinen Zweifel an der Einheit des Vaterlandes ausgedrückt, sondern er habe damit nur andeuten wollen, daß die Aufgabe der wirtschaftlichen Regeneration nicht minder schwierig sei als die Erkämpfung der Unabhängigkeit. Alle Patrioten, Konservative wie Demokraten, müßten sich gemeinsam zum Werke die Hand reichen. Ueber die Außenpolitik äußerte Crispi kurz: „Meine Ansichten hierüber sind bekannt. Freundschaft mit allen Nationen, Einvernehmen mit allen Regierungen, Festhalten an den Verträgen." Schließlich versprach Crispi versöhnende Maßregeln für Sizilien. (Lebhafter Beifall.) — Im späteren Verlaufe der Sitzung votiert das Parlament mit geringer Mehrheit ein Beifallsvotum für das parlamentarische Bankenquete-Komitee.

Ende Dezember. Unter den Landarbeitern in Kalabrien und der Romagna kommen sozialistische und anarchistische Unruhen vor, während sie in Sizilien fortdauern.

VIII.

Die Römische Kurie.

16. Januar. (Rom.) Bei dem geheimen Konsistorium ernennt der Papst zu Kardinälen die Monsignori: Persiko Sekretär der Propaganda, Mocenni Unterstaatssekretär, Di Pietro Nuntius in Madrid, Galimberti Nuntius in Wien, Malagola Erzbischof von Fermo, Guarino Erzbischof von Messina, Thomas Erzbischof von Rouen, Meignan Erzbischof von Tours, Krementz Erzbischof von Köln, Kopp Fürst-Erzbischof von Breslau, Vaszary Primas

von Ungarn, Sanz y Fores Erzbischof von Sevilla, Vaughan Erzbischof von Westminster und Longue Primas von Irland.

19. Februar. (Rom.) Papst Leo XIII. feiert den fünfzigsten Jahrestag seiner Ernennung zum Bischof.

Der „Politischen Korrespondenz“ wird dazu aus vatikanischen Kreisen geschrieben, man habe nicht übersehen, daß die italienischen Behörden alles gethan haben, um bei der Papstfeier die Ordnung aufrecht zu erhalten und den nach Rom gekommenen Pilgern volle Freiheit der Bewegung zu sichern. Andererseits habe Leo XIII. bei dem Empfange italienischer Pilger einen durchaus friedlichen Ton angeschlagen, jede Anspielung auf politische Fragen oder auf das Gebahren der gegenwärtigen italienischen Regierung vermieden und sich darauf beschränkt, Eintracht unter allen zu predigen und seine Wünsche für das Wohlergehen und den Frieden ganz Italiens auszusprechen.

Die Rede, welche zwischen dem Abgesandten des Deutschen Kaisers und dem Papste gewechselt wurde, lautet:

„Seine Majestät der Kaiser und König haben mich beauftragt, in die Hände Eurer Heiligkeit dieses Schreiben zu legen, welches die aufrichtigen Glückwünsche Seiner Majestät anläßlich des denkwürdigen Jahrestags enthält, der die Vertreter aller Nationen um den heiligen Stuhl versammelt. Seine Majestät der Kaiser bittet Eure Heiligkeit, dieses Andenken an den 19. Februar in Geneigtheit annehmen zu wollen als ein Symbol der bischöflichen Würde, zu der die Vorsehung Eurer Heiligkeit an demselben Tage vor fünfzig Jahren erhoben hat. Seine Majestät nimmt von Herzen gern diesen feierlichen Anlaß wahr, um Eurer Heiligkeit den warmen Ausdruck freundschaftlicher Gesinnung zu wiederholen und sich mit den Wünschen Seiner katholischen Unterthanen zu vereinigen. Für meine Person zur großen katholischen Gemeinschaft Deutschlands gehörig, bin ich stolz darauf und glücklich, von meinem erlauchten Souverän als Dolmetsch seiner Gefühle bei der verehrungswürdigen Person Eurer Heiligkeit ausersehen worden zu sein.“

Der Papst erwidert:

„Wir sind von den Glückwünschen, die der Deutsche Kaiser durch Ihre Vermittelung Uns hat darbringen lassen, tief gerührt. Wir zweifeln nicht daran, daß dieser neue Beweis der Hochachtung, welchen Ihr Erlauchter Souverän dem Oberhaupte der Kirche gegeben hat, von den Katholiken des Deutschen Reichs nach Gebühr gewürdigt wird. Er wird in hohem Grade dazu beitragen, in den deutschen Katholiken die Ehrfurcht und die Treue zu vermehren, welche die Unterthanen zum Heile der Nationen den Vertretern und Inhabern der Macht gegenüber bewahren müssen. Wir sagen absichtlich „diesen neuen Beweis“ und erinnern Uns gern der verschiedenen Umstände, wo bereits nach dem Beispiel seines erlauchten Großvaters, des Kaisers Wilhelm I., und erfüllt von den heiligsten Interessen seines Volks Seine Majestät sich geneigt gezeigt hat, unsere Bemühungen um die Herstellung des religiösen Friedens zu unterstützen. Was Uns betrifft, so werden wir nichts verabsäumen, um jenes Ziel zu erreichen, von dem der kostbarste Gewinn ausgehen wird, nämlich die Verwirklichung der gesetzlich berechtigten Wünsche, der Gewissensfriede und das Wachstum des christlichen Gefühls in der edlen deutschen Nation. Dieselben Gesinnungen werden Wir in Unserem Antwortschreiben auf den Brief zum Ausdruck bringen, den Sie Uns soeben übergeben haben, — in dem Antwortschreiben, welches Sie die Gewogenheit haben werden, in die Hände Seiner Majestät zu legen, sobald Sie Ihm Bericht erstatten über diese ehrenvolle Mission,

die Ihnen mit so großem Rechte anvertraut ward und die Sie in so würdiger Weise erfüllt haben. Ich bitte Sie, bei derselben Gelegenheit Seine Majestät des sehr lebhaften Interesses zu versichern, welches Wir für Seine erhabene Person haben, sowie der Wünsche, die Wir für Ihn und die ganze Kaiserliche Familie hegen."

Ende März. Verhaltungsmaßregel des Papstes an Graf Ballestrem. Vgl. Deutschland.

20. April. Audienz des Deputierten und Rektors der katholischen Universität in Paris v. Hulst beim Papst. Vgl. Frankreich 9. Mai.

23. April. Besuch des Kaisers Wilhelm und der Kaiserin im Vatikan.

Der „Deutsche Reichs-Anzeiger" berichtet darüber: Seine Majestät der Kaiser traf um 12½ Uhr in Begleitung des Kaiserlichen Gefolges in der preußischen Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhle ein. Der Fahrt dorthin, welche Seine Majestät in einem italienischen Hofwagen zurücklegte, brachte das zahlreiche Publikum herzliche Ovationen dar. In der Gesandtschaft wurden Seiner Majestät die Kardinäle Ledochowski und Mocenni sowie die Prälaten Segna und De Montel durch den Gesandten von Bülow vorgestellt. Darauf fand eine Frühstückstafel zu 16 Gedecken statt.

Gegen 2 Uhr traf auch Ihre Majestät die Kaiserin in der Gesandtschaft ein. Nach der Vorstellung begaben sich die Kaiserlichen Majestäten in einem preußischen Hofwagen in Begleitung des Gefolges nach dem Vatikan. Auf dem Wege von der Gesandtschaft nach dem Vatikan bildeten italienische Truppen Spalier, welche den Kaiserlichen Majestäten die militärischen Ehren erwiesen. Ein überaus zahlreiches Publikum wohnte der Auffahrt bei.

Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin kamen um 2 Uhr 50 Minuten beim Vatikan an und verließen den Wagen in der Corte di Damaso, wo Allerhöchstdieselben von dem Großmeister Fürsten Ruspoli empfangen wurden. Hier meldeten sich auch die von dem Papst zum Ehrendienst bestimmten Herren, der Majordomus Monsignore della Volpe und der Geheim-Kämmerer Graf Alborghetti, welche durch den Gesandten von Bülow den Majestäten vorgestellt wurden. Im Clementino-Saale wurden die Majestäten durch den Zeremonienmeister Sambucetti und den Oberst-Kämmerer Azevedo empfangen. Die adelige Leibgarde und die Schweizergarde erwiesen den Majestäten die militärischen Ehren. Seine Heiligkeit der Papst ging den Majestäten bis zur Thür des gelben Saals entgegen. In diesem Saale war ein Baldachin errichtet, unter welchem drei Fauteuils von gleicher Höhe standen. Der Kaiser, die Kaiserin und der Papst nahmen daselbst Platz. Der Papst überreichte der Kaiserin ein aus den Ateliers des Vatikans hervorgegangenes Mosaikbild, welches die Basilika auf dem St. Peter-Platz darstellt, zum Geschenk. Der Kaiser schenkte dem Papst eine kolorierte Photographie, ein Gruppenbild der gesamten Kaiserlichen Familie. Der Papst sprach seine große Freude über das Geschenk aus und bemerkte, er werde das Bild neben der Photographie weiland Kaiser Wilhelms I. aufstellen, welche ihm nach dem Tode desselben von der Kaiserin Augusta übersandt worden sei. Der Kaiser und die Kaiserin verweilten etwa eine Viertelstunde mit dem Papst im Gespräch. Darauf wurde das Gefolge Ihrer Majestät der Kaiserin in den Saal geführt und dem Papst vorgestellt. Nachdem sich sodann Ihre Majestät die Kaiserin mit dem Gefolge zurückgezogen hatte, um die Sixtinische Kapelle und andere vatikanische

Sehenswürdigkeiten zu besichtigen, blieb Seine Majestät der Kaiser noch etwa eine Stunde mit dem Papst allein zurück. Hierauf wurde das Gefolge Seiner Majestät in den Saal geleitet und von dem Kaiser dem Papst vorgestellt, welcher dabei für jeden von den Herren ein verbindliches Wort hatte. Alsdann verabschiedete sich Seine Majestät der Kaiser von Seiner Heiligkeit. Beim Verlassen des gelben Saals wurde der Kaiser von dem Papst, in völliger Abweichung von dem sonst üblichen Zeremoniell, durch den Saal, das geheime Vorzimmer und bis zum Thronsaale geleitet, wo die Verabschiedung erfolgte. Da der Kardinal-Staatssekretär Rampolla unpäßlich war, unterblieb der Besuch Seiner Majestät bei demselben.

Ihre Majestät die Kaiserin besuchte inzwischen die Sixtinische Kapelle, die Pinakothek, die Bibliothek, den Gobelinsaal, den Saal mit den geographischen Karten, die Loggien und die Basilika auf dem St. Peter-Platz.

Um 4 Uhr 40 Minuten verließen die Kaiserlichen Majestäten nach dem gleichen Zeremoniell wie bei der Ankunft den Vatikan und begaben sich gemeinsam in einem vierspännigen preußischen Hofwagen nach der preußischen Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhle zurück. Ihre Majestät die Kaiserin fuhr von dort allein in einer italienischen Hofequipage nach dem Quirinal, Seine Majestät der Kaiser verließ die preußische Gesandtschaft um 6¾ Uhr gleichfalls in einer italienischen Hofequipage.

25. April. Verleihung des Schwarzen Adlerordens an den Kardinal Rampolla.

25. April. Der Papst empfängt den Staatssekretär des Auswärtigen Marschall v. Bieberstein in einer Audienz von anderthalb Stunden.

Ende April. Kaiser Wilhelm und Kardinal Ledochowski vgl. Deutschland.

2. September. Encyklika des Papstes an den ungarischen Episkopat. Die „Münch. Allg. Ztg." schreibt darüber:

„Die Encyklica, welche der Papst soeben an die ungarischen Bischöfe erlassen hat, ist durchaus nicht von jenem Geist der Versöhnlichkeit erfüllt, dessen Walten man von der Rückkehr des Kardinals Galimberti nach Rom erhofft hatte. Der Papst drückt sich in sehr schroffer Weise über das Verhältnis des Katholicismus zu anderen Konfessionen aus und warnt in entschiedenen Ausdrücken die Bischöfe vor den neuen Bedrängnissen, welche die ungarische Gesetzgebung der katholischen Kirche zu bereiten droht. „Wir ermahnen Euch daher eifriger als je, daß Ihr keine Mühe scheut, die so überaus große Gefahr von der Euch anvertrauten Herde fernzuhalten." Ausdrücklich wendet sich der Papst gegen diejenigen, welche, obgleich gute Katholiken, doch „durch eine gewisse Art menschlicher Klugheit geleitet, nicht entschieden genug vorgehen und dadurch die Einheit der katholischen Aktion abschwächen" -- Worte, die man wohl hauptsächlich auf den Erzbischof Samassa von Erlau beziehen darf, welcher öfters seine von dem heftigen Vorgehen des Primas abweichende Meinung kundgegeben hat."

Große Aufregung verursacht in Ungarn ein Satz, der lautet:

„In dieser ebenso heiligen und gerechten Sache wird euch das Wohlwollen und die Beihilfe des Monarchen, eures apostolischen Königs nicht fehlen."

Ende Oktober. Der Papst läßt die französische Regierung zu dem Gelingen der franko-russischen Festlichkeiten beglückwünschen.

Die vatikanische „Voce della Verità" folgert aus der „Vereinigung der Herzen", auf eine bevorstehende „Vereinigung der Geister" und auf „die Rückkehr Rußlands in den Schoß der allein selig machenden Kirche".

Mitte November. (Rom.) Der vatikanische offiziöse „Osservatore" publiziert einen Artikel, in welchem das Verdienst für das Zustandekommen der französisch-russischen Allianz für den Papst in Anspruch genommen wird. Auch die schließlichen Resultate der Allianz würden in erster Linie dem Papst zu Statten kommen.

IX.

Schweiz.

2. Januar. In Zürich wird eine Volksliga gegen Produkte aus Frankreich gegründet.

30. Januar. (St. Gallen.) Die Einführung des Proportional-Wahlverfahrens für den Kanton wird mit 21,800 gegen 19,941 Stimmen abgelehnt.

19. Februar. (Bellinzona.) Bei der Wahl der Regierung durch das Volk, welche zum ersten Mal nach dem Proportional-system vorgenommen wurde, sind drei Radikale und zwei Ultra-montane gewählt worden.

4. März. Im Kanton Tessin tragen die Liberalen bei den Wahlen zum Großen Rat ebenfalls den Sieg davon. Wahlergebnis: 51 Liberale und 45 Konservative.

21. März. (Bern.) Der Nationalrat beschließt, daß der Kanton St. Gallen alle Verpflichtungen zu übernehmen habe, welche nach dem mit Österreich geschlossenen Vertrage, betreffend die Rhein-regulierung, der Eidgenossenschaft obliegen. Der Kanton St. Gallen erhält hierfür eine Subvention des Bundes im Betrage von 8,709,200 Francs.

10. April. Der Kanton Schaffhausen beschließt die Wieder-einführung der Todesstrafe.

2. Mai. (Luzern.) Das deutsche Kaiserpaar hält sich auf der Rückreise von Italien in der Schweiz auf. Bei dem Frühstück zu Ehren des Kaisers und der Kaiserin in Luzern bringt der Bundes-präsident Schenk folgenden Trinkspruch aus:

„Ihre Kaiserlichen Majestäten haben, indem Sie der Schweiz die große Ehre eines Besuchs erwiesen, dem Bundesrat die erfreuliche Gelegen-heit gegeben, Sie persönlich zu begrüßen und Ihnen die innigsten Gefühle der Hochachtung, von denen er durchdrungen ist, auszusprechen.

Die ganze Schweiz freut sich über diesen denkwürdigen Tag. Sie

sieht in dieser Begegnung eine Bestätigung der vorzüglichen Beziehungen, welche zwischen dem großen Deutschen Reich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft bestehen.

Stets bereit, mit seiner ganzen Energie seine Unabhängigkeit und Freiheit zu verteidigen, bringt das Schweizervolk das lebhafteste Interesse den Bestrebungen und Kundgebungen entgegen, die bezwecken, den Nationen die unschätzbare Wohlthat des Friedens zu bewahren, dessen mächtigen Verteidiger und Beschützer die Bundesbehörden in Eurer Majestät begrüßen.

Ich trinke auf die Gesundheit und das Wohlergehen Seiner Majestät des Deutschen Kaisers und Ihrer Majestät der Kaiserin."

Der Kaiser antwortet hierauf:

„Herr Präsident!

Ihre freundliche Einladung an die Kaiserin und Mich, auf der Heimreise einige Stunden in der Schweiz zu verweilen, hat Uns Beiden zur aufrichtigen Freude gereicht. Mit herzlichem Danke, zugleich im Namen des gesamten deutschen Volkes, erwidere Ich Ihre liebenswürdige Begrüßung und den traulichen Empfang der Schweizer.

Die herrliche Gegend, welche Sie Uns soeben gezeigt, ist Mir nicht unbekannt: denn in jungen Jahren war es Mir vergönnt, schon einmal Mich am Anblick Ihrer Berge und Seen zu erfreuen, welche jährlich Tausenden Meiner Landsleute Erfrischung und Kräftigung bei gastlicher Aufnahme gewähren.

Mit Befriedigung konstatiere Ich, daß Unsere guten und freundnachbarlichen Beziehungen, die von Alters her bestehen, unverändert fortdauern, und Ich hoffe, daß der vertragsmäßig gesicherte Verkehr zwischen der Schweiz und Deutschland sich weiterhin gedeihlich entwickeln und dazu beitragen wird, die Freundschaft zwischen beiden Völkern zu erhalten und zu festigen.

Ich trinke auf das Wohl der Schweiz, der Schweizer und des Herrn Präsidenten der Eidgenossenschaft!"

4. Juni. Im Kanton Bern findet eine Volksabstimmung statt über den Entwurf einer revidierten Verfassung, dessen Feststellung auf Grund eines Kompromisses verschiedener Parteien zu stande gekommen war. Die Annahme der neuen Verfassung erfolgte mit 55,000 gegen 15 Stimmen. Die bisher gültige Konstitution war die älteste aller in der Schweiz bestehenden Kantonalverfassungen. Sie stammte aus dem Jahre 1846.

19. Juni. (Bern.) Exzesse zwischen italienischen und einheimischen Arbeitern, es werden Truppen aufgeboten und viele Verhaftungen vorgenommen. Zahlreiche Verwundete.

26. Juli. Die Bernische Regierung verbietet das Tragen oder Aufpflanzen roter Fahnen an öffentlichen Orten im ganzen Kanton Bern unter Androhung von Gefängnisstrafen von 8 bis 40 Tagen oder Geldbuße von 100 bis 500 Francs und Konfiskation der Fahnen.

6.—12. August. (Internationaler Arbeiter-Kongreß in Zürich.) Eröffnung des Kongresses durch den Vorsitzenden des Grütli-Vereins, Bürkli-Zürich, mit ungefähr folgenden Worten:

Es freut mich, diese imposante Versammlung im Namen des Lokalkomitees begrüßen zu können. Das was die Borgeoisie längst versprochen, aber nicht gehalten hat: Friede, Freiheit und die Wohlfahrt Aller zu fördern, diese Aufgabe hat sich das internationale Proletariat gestellt. Der Kapitalismus hat es dahin gebracht, daß Europa in Waffen starrt unter dem Vorgeben, daß der äußere Feind fern gehalten werden muß. In Wahrheit bezweckt aber der Kapitalismus mit der unaufhörlichen Vermehrung des Militärs: das Proletariat von der Erringung seiner Rechte und Freiheiten fernzuhalten und es von der Anteilnahme an den Volksreichtümern auszuschließen, die das Proletariat selbst erzeugt hat. Der Kapitalismus hat es verstanden, die Massen im Elend und geistiger Knechtschaft zu erhalten, er hat die Arbeiter in Hunger und Sorge gestürzt, die Natur sich dienstbar gemacht. Der Kapitalismus hat die Wälder verödet, den Boden ausgesaugt, das Klima verschlechtert, die große Dürre, Ueberschwemmungen und verheerende Stürme herbeigeführt, und das Alles nur des Profites halber, um den Privat-Reichtum der herrschenden Klassen zu vermehren. Dantes Hölle weist nicht so viel Elend auf, als der Himmel des Kapitalismus. Deshalb ist es mit großer Freude zu begrüßen, daß das Proletariat der ganzen Welt sich organisiert hat, um sich die politische Macht zu erobern und den Kapitalismus zu beseitigen. Wir wollen, daß alle Menschen gleichmäßig an den Errungenschaften der Kultur teilnehmen. Der Kongreß bedeutet daher einen großen Fortschritt, er wird dazu beitragen, die Kraft des Proletariats in seinem Kampfe gegen die herrschenden Klassen zu stärken. Ich begrüße es daher mit Freuden, daß die Vertreter des internationalen Proletariats so zahlreich auf Schweizer Boden erschienen sind. Sie erhalten hier in der Schweiz mit ihren demokratischen Volkseinrichtungen ein kleines Vorbild von der Gestaltung der zukünftigen vereinigten Staaten Europas, der dereinstigen Weltrepublik. Die Ansichten der Delegierten auf diesem Kongreß werden ja zum Teil auseinandergehen. Die Verschiedenheit der Ansichten ist jedoch von untergeordneter Bedeutung gegenüber dem großen Gedanken, der uns Alle beseelt, der Befreiung der Arbeiterklasse. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Bürkli übersetzte sofort diese, nur im Auszuge wiedergegebene Rede ins Englische und Französische.

Gegen 1½ Uhr nachmittags gruppierten sich die Delegierten und Vereine mit ihren Fahnen auf den Plätzen in der Umgebung der Tonhalle. Pünktlich 2 Uhr setzte sich der lange, unabsehbare Zug mit Musikbegleitung in Bewegung. Unter einem kolossalen Zulauf des Publikums ging der endlose Zug nach dem Kantonsschulplatz. Hier war eine große, rot drapierte Tribüne errichtet. Eine nach vielen Tausenden zählende Menschenmenge füllte den Festplatz. Der Vizepräsident des Organisations-Komitees, Redakteur Greulich-Zürich, eröffnete das Fest durch eine Ansprache. Alsdann wurde mit Musikbegleitung eine von Karl Henckel gedichtete, von Jos. Schen-Wien komponierte Begrüßungshymne vorgetragen. Darauf erfolgten Ansprachen von dem Parlamentsmitglied John Burns-London, dem Gemeinderat Vaillant-Paris, dem Abgeordneten Bebel-Berlin und dem Redakteur Turaté-Mailand. Die Redner sprachen sämtlich in ihrer Landessprache. Die Reden wurden stets sogleich in die drei Hauptsprachen französisch, englisch und deutsch übersetzt. Nach jedem Redner folgte ein Gesangsvortrag. Erst gegen 6½ Uhr abends begann unter stürmischen Hochs auf die internationale Sozialdemokratie der Abmarsch mit Trommelschlag und Musikbegleitung.

7. August. **Arbeiter-Kongreß.**

Die Vormittagssitzung des Kongresses nimmt einen wilden Verlauf.

Vorsitzender war Singer. In Gegenwart vieler Anarchisten und Unabhängigen galt es, die Frage zu entscheiden, ob diese Kategorien am Kongresse teilnehmen dürfen. Bebel, von den „Alten" unterstützt, von den „Jungen" ausgepfiffen, sprach gegen die Zulassung der Anarchisten und der „Jungen" Die letzteren seien nichts anderes als Anarchisten. Unter großem Lärm protestierten die „Jungen" und die Anarchisten. Cornelsen (Holländer) verlangt, daß man die Unabhängigen und die Anarchisten ohne weiteres zulasse. Dies war auch auf dem Brüsseler Kongreß beschlossen, vom Organisationskomitee jedoch nicht durchgeführt worden. (Bebel ruft: Ich protestiere gegen diese Verdächtigung!) Cornelsen entgegnet, es sei nicht Sache von Bebel, zu entscheiden, ob die Unabhängigen zur Arbeiterpartei gehören oder nicht. Für die Zulassung der Anarchisten und Unabhängigen sind auch die Franzosen. Cohan-Newyork erklärt, die anwesenden Franzosen könnten nicht als die richtigen Vertreter Frankreichs gelten. (Lebhafte Proteste der französischen Anarchisten.) Um 12 Uhr werden die Verhandlungen abgebrochen. Am Kongreß nehmen auch viele Nihilisten teil.

In der Nachmittagssitzung faßte der internationale Arbeiterkongreß nach langer, stürmischer Debatte einen Beschluß, wonach die Anarchisten und die Unabhängigen auszuschließen seien. Es entstand infolgedessen ein furchtbarer Lärm und eine heftige Schlägerei, wobei Abgeordneter Ullrich-Offenbach arg verletzt wurde, Wilhelm Werner-Berlin und der Redakteur des „Sozialist" Landauer-Berlin nebst drei schweizer Anarchisten wurden hinausgeworfen.

8. August. (Zürich.)

Die Debatten während des Vormittags führten noch nicht zum Beginn der eigentlichen Verhandlungen. Das Präsidium hat im Namen der französischen Deligierten Argyadère übernommen. Zunächst gelangte ein Protest der gestern vom Kongreß Ausgeschlossenen zur Verlesung, in welchem dieselben erklären, daß sie vergewaltigt worden seien. Der Kongreß habe nicht das Recht, sich internationaler Arbeiterkongreß zu nennen. Ein Antrag des holländischen Delegierten Nieuwenhues und des belgischen Delegierten Volders, betreffend die nochmalige Erwägung des gestrigen Beschlusses bezüglich der Fernhaltung der Anarchisten vom Kongreß, wurde abgelehnt. Nach erfolgter Prüfung der Mandate erklärte der Kongreß 412 derselben für gültig, und zwar aus England 65, welche 44 Verbände und 70 Branchen vertreten, Australien 1, Oesterreich 34, Belgien 17, Bulgarien 2, Dänemark 2, Spanien 2, Amerika 3, Frankreich 38, Holland 6, Ungarn-Kroatien 10, Rumänien 5, Rußland, Serbien und Norwegen je 1, Schweiz 101, Deutschland 92, Italien 21, Polen 10. Ueber 10 von den Deutschen bestrittene Mandate wird der Kongreß nachmittags entscheiden.

9. August.

In der „Militärkommission", die unter Vorsitz des Abg. Singer (Berlin) tagte, hatten die holländischen Delegierten folgenden Antrag gestellt:

„Der Kongreß beschließt, die internationale Arbeiterpartei einzuladen, sich bereit zu halten, um unverzüglich auf eine Kriegserklärung durch die Regierung mit einer allgemeinen Arbeitseinstellung zu antworten überall da, wo die Arbeiter einen Einfluß auf den Krieg ausüben können und in den fraglichen Ländern die Kriegserklärung zu beantworten mit einer militärischen Dienstverweigerung."

Von der sozialdemokratischen Partei Deutschlands war folgender Antrag gestellt:

„Die Stellung der Arbeiter zum Kriege ist durch den Beschluß des Brüsseler Kongresses über den Militarismus scharf bezeichnet. Die inter-

nationale revolutionäre Sozialdemokratie hat in allen Ländern mit Aufgebot aller Kräfte den chauvinistischen Gelüsten der herrschenden Klasse entgegenzutreten, das Band der Solidarität um die Arbeiter aller Länder immer fester zu schlingen und unablässig auf die Beseitigung des Kapitalismus hinzuwirken, der die Menschheit in zwei feindliche Heerlager geteilt hat und die Völker gegeneinander hetzt. Mit der Aufhebung der Klassenherrschaft verschwindet auch der Krieg. Der Sturz des Kapitalismus ist der Weltfriede."

10. August. Debatte über die Stellung der Sozialdemokraten im Kriegsfalle.

Rotowsky (Bulgarien): In Bulgarien sei stets die russische Invasion zu befürchten, der holländische Antrag sei daher in Bulgarien absolut unausführbar.

Redakteur Turrati (Italien): Auch die italienische Delegation erachte den holländischen Antrag für unausführbar. Im übrigen wolle er bemerken, daß an dem in Italien künstlich gezüchteten Franzosenhaß die italienischen Arbeiter keinen Teil haben.

Schriftsteller Plechanow (Petersburg): Er müsse es als eine Schmach bezeichnen, daß man auf dem internationalen Arbeiter-Kongreß ausspreche: eine russische Invasion sei nicht im stande, die Kultur auf Jahrhunderte zurückzuwerfen. Der betreffende Redner könne das nur in voller Unwissenheit gethan haben. Die russischen Kosaken seien jeder Kultur unzugänglich. Der Zarismus sei der größte Feind aller Kultur. Der Zar herrsche vollständig absolut. Wen er von seinen Gegnern nicht töten könne, den lasse er nach Sibirien schicken und überliefere ihn somit dem langsamen Hunger- und Martertode. Wenn die deutschen Soldaten heute in Rußland einmarschierten, dann würde das russische Volk dieselben ebenfalls als Befreier begrüßen, wie vor hundert Jahren das französische Revolutionsheer überall als Befreier begrüßt wurde. Und die französische Republik habe es in ihrem Deutschenhaß fertig gebracht, sich mit dem Zarismus zu verbinden. Ja, die französische Republik rutsche auf den Knieen vor dem Zarismus. (Stürmischer Widerspruch der Franzosen.) Es sei das derselbe Zarismus, der Polen unterjocht habe, das Polen, das stets die freundschaftlichsten Beziehungen mit Frankreich unterhalten habe. (Stürmischer Beifall und furchtbarer Lärm der Franzosen.) Die Franzosen entrüsten sich immer über den Dreibund, allein über den Zweibund der eine Schmach für die ganze zivilisierte Welt sei, werde Stillschweigen beobachtet. (Stürmischer Beifall und furchtbarer Lärm von Seiten der Franzosen.) Er ersuche nochmals, dem Antrage der Deutschen zuzustimmen.

Es wurde alsdann zur Abstimmung geschritten.

Für den holländischen Antrag stimmten nur die Vertreter von Holland, Frankreich, Norwegen und Australien, derselbe war sonach abgelehnt. — Alsdann gelangte der Antrag der Deutschen mit dem Zusatzantrage der Belgier: „Die sozialdemokratischen Abgeordneten in den Parlamenten aller Länder sind verpflichtet, alle militärischen Forderungen zu verweigern und Anträge auf Abrüstung zu stellen", zur Abstimmung. Hierfür stimmten vierzehn Nationen; fünf Nationen (Holland, Frankreich, Norwegen, Amerika und Australien) enthielten sich der Abstimmung. Der Antrag war daher mit dem belgischen Amendement angenommen.

11. August. (Sozialisten-Kongreß: Maifeier.) Die Kommission bringt folgende Anträge ein:

1. Der Kongreß erneuert den Beschluß des Brüsseler Kongresses,

welcher lautet: „Um dem ersten Mai einen bestimmten ökonomischen Charakter der Forderung des Achtstundentages und der Bekundung des Klassenkampfes zu wahren, beschließt der Kongreß: Der erste Mai ist ein gemeinsamer Demonstrationstag der Arbeiter aller Länder, an dem die Arbeiter die Gemeinsamkeit ihrer Forderungen und ihre Solidarität bekunden sollen. Dieser Demonstrationstag soll ein Ruhetag sein, soweit dies durch die Zustände in den einzelnen Ländern nicht unmöglich gemacht wird."

2. Der Kongreß beschließt folgenden Zusatz: „Die Sozialdemokratie jedes Landes hat die Pflicht, die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben und jeden Versuch zu unterstützen, der an einzelnen Orten, oder von einzelnen Organisationen in dieser Richtung gemacht wird."

3. Der Kongreß beschließt ferner: „Die Kundgebung des 1. Mai für den Achtstundentag soll zugleich eine Kundgebung des festen Willens der Arbeiterklasse sein, durch die soziale Umgestaltung die Klassenunterschiede zu beseitigen und so den einzigen Weg zu betreten, der zum Frieden innerhalb jedes Volkes, wie zum internationalen Frieden führt."

In der Diskussion blieb der erste Antrag, der ja nur die Wiederholung eines früheren Kongreßbeschlusses ist, unbestritten. Dagegen wurden der zweite und der dritte Antrag von deutscher Seite (Bebel) angefochten, wobei u. a. geltend gemacht wurde, es solle jeder Nation überlassen bleiben, zu bestimmen, wie und wann sie ihre Maifeier am zweckmäßigsten gestalten wolle. So wünschen die deutschen Sozialdemokraten, daß die Bestimmung der Art und Weise der Feier alljährlich dem Parteitage überlassen bleibe. Durch Annahme des dritten Antrages würde die künftige Maifeier in einer Reihe von deutschen Städten unmöglich gemacht. Ein österreichischer Delegierter bedauert, daß die deutschen Sozialdemokraten nicht einmal den Versuch machen wollen, den ersten Mai als Arbeiterfeiertag zu proklamieren. Von der Mehrheit der englischen Degation wird dem Antrag zugestimmt, während die Minderheit sich für Verlegung des Arbeiterfeiertages auf den ersten Maisonntag ausspricht, wie man dies bisher in England geübt hat. In der Abstimmung wurde die Resolution der Kommission angenommen, der zweite Antrag mit 15 gegen 4 Stimmen (Deutschland, Rußland, Bulgarien, Australien).

12. August. (Sozialisten-Kongreß.) Der Antrag der Kommission wird angenommen, daß die Partei sich in der bisherigen Form an allen parlamentarischen Arbeiten und Wahlkämpfen beteiligen solle zur Erlangung der politischen Macht. Die Entscheidung über Kompromisse und über die Taktik im Speziellen soll den einzelnen Ländern überlassen bleiben. Ferner wird ein Zusatzantrag des Delegierten Ellbogen angenommen, wonach auf die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in allen Ländern hingewirkt werden soll. Namentlich sollen die Sozialisten Oesterreichs von dem Proletariat der ganzen Welt moralisch unterstützt werden. Schließlich wird beschlossen, die Agrarfrage in erster Stelle auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses zu setzen. Der Sozialistenkongreß beschloß ferner mit 16 gegen 12 Stimmen bei der Abstimmung nach Nationalitäten die Errichtung großer internationaler Verbände mit gemeinschaftlichen Arbeitersekretariaten. Auf Einladung der englischen Delegierten wurde beschlossen, den nächsten Kongreß im Jahre 1895 in London abzuhalten. Sodann wurde der Kongreß durch Friedrich Engels als Ehrenpräsident geschlossen.

21. August. (Bern.) Das Schächtverbot wird in der Volksabstimmung mit 189,250 gegen 113,255 angenommen. 11½ Kan-

tone stimmen dafür, 10½ dagegen. 355,274 Bürger enthielten sich der Abstimmung. Gegen das Schächtverbot, das sich auf die ganze Schweiz erstreckt, stimmen die französischen, sowie teilweise die katholischen Schweizer.

10. September. Das Recht auf Arbeit wird durch Volksabstimmung in die Schweizer Verfassung eingefügt.

Der Artikel lautet:

Das Recht auf ausreichend lohnende Arbeit ist jedem Schweizerbürger gewährleistet. Die Gesetzgebung des Bundes hat diesem Grundsatz unter Mitwirkung der Kantone und der Gemeinden in jeder möglichen Weise praktische Geltung zu verschaffen. Insbesondere sollen Bestimmungen getroffen werden: a) zum Zwecke genügender Fürsorge für Arbeitsgelegenheit, namentlich durch eine auf möglichst viele Gewerbe und Berufe sich erstreckende Verkürzung der Arbeitszeit; b) für wirksamen und unentgeltlichen öffentlichen Arbeitsnachweis, gestützt auf die Fachorganisationen der Arbeiter; c) für Schutz der Arbeiter und Angestellten gegen ungerechtfertigte Entlassung und Arbeitsentziehung; d) für sichere und ausreichende Unterstützung unverschuldet ganz oder teilweise Arbeitsloser, sei es auf dem Wege der öffentlichen Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit, sei es durch Unterstützung privater Versicherungsinstitute der Arbeiter aus öffentlichen Mitteln; e) für praktischen Schutz der Vereinsfreiheit, insbesondere für ungehinderte Bildung von Arbeiterverbänden zur Wahrung der Interessen der Arbeiter gegenüber ihren Arbeitgebern und für ungehinderten Beitritt zu solchen Verbänden; f) für Begründung und Sicherung einer öffentlichen Rechtsstellung der Arbeiter gegenüber ihren Arbeitgebern und für demokratische Organisation der Arbeit in den Fabriken und ähnlichen Geschäften, vorab des Staates und der Gemeinden.

15. September. (Bern.) Die russische Gesandtschaft in Bern hat sich an den Bundesrat gewendet, damit er die Errichtung des Denkmals bei der Teufelsbrücke im Kanton Uri zur Erinnerung an jene Russen bewillige, welche daselbst 1799 unter Suwarow im Kampfe gegen die Franzosen ihren Tod fanden. Der Bundesrat hat die Bewilligung aus politischen Gründen nicht erteilt. Die russische Gesandtschaft will sich nun mit der Anbringung einer bloßen Totentafel bei der Teufelsbrücke begnügen.

1. Oktober. Die Sozialdemokraten stellen für die Nationalratswahlen folgendes Programm auf:

Recht auf Arbeit, obligatorische Berufsgenossenschaften, Kranken- und Unfallversicherung (allgemeine unentgeltliche Krankenpflege, Selbstverwaltung der Versicherten und möglichste Berücksichtigung der bestehenden freiwilligen Krankenkassen), Tabakmonopol (Verwendung des Reinertrags für die unentgeltliche Krankenpflege), Banknotenmonopol (staatliche Bundesbank, Hypothekarreform), Verstaatlichung des Eisenbahnwesens auf dem Wege der Expropriation, vorher Abschaffung der Bahnvorrechte im Obligationenrecht und im Rechnungswesen (Maßregeln gegen die Willkürlichkeiten der Bahngesellschaften), Zündholzmonopol, staatlicher Getreidehandel, thunlichste Beschränkung der Militärausgaben (Demokratisierung des Wehrwesens); Ausbau der Volksschule (finanzielle Unterstützung der Kantone durch den Bund,

Unentgeltlichkeit der Lehrmittel); Abschaffung der politischen Polizei, einheitliches Strafrecht, Wahl des Bundesrates durch das Volk; demokratische Reform der Bundesverwaltung; Proportionalvertretung für den Nationalrat und erweiterte Gesetzesinitiative für das Volk.

Mitte Oktober. Die Berner Polizeibehörde führt die Maßregel ein, von allen im Kanton Bern wohnenden Ausländern Legitimationspapiere, eventuell in Abwesenheit solcher Leistung der gesetzlichen Geldkaution zu fordern. Eine Reihe ausweisloser Ausländer, darunter russische Studenten und Studentinnen, können diese Geldkaution nicht leisten und werden deshalb aus dem Kanton Bern weggewiesen.

28. Oktober. Das Budget der Eidgenossenschaft für 1894 weist auf 75,885,000 Francs Einnahmen 79,730,000 Francs Ausgaben, also ein Defizit von 3,845,000 Francs. Die Ausgaben des Militärdepartements betragen 24,422,491 Francs, darunter eine halbe Million für die Befestigung von St. Maurice.

29. Oktober. Bei den Neuwahlen zum Schweizer Nationalrat werden mit wenigen Ausnahmen die bisherigen Abgeordneten wiedergewählt.

In allen Kreisen unterlagen die sozialdemokratischen Kandidaten, sie standen an Stimmenzahl stets weit hinter den Kandidaten der bürgerlichen Parteien zurück. Im übrigen haben die Wahlen das Verhältnis der Parteien nicht wesentlich verändert.

5. November. (Zürich.) Der leitende Ausschuß des Schweizer Arbeitertages, der aus 191,185 Mitgliedern besteht, beschließt, 50,000 Unterschriften zu sammeln für die Einführung des eidgenössischen Tabakmonopols und die Unentgeldlichkeit der Krankenpflege.

Das Begehren involviert eine Ergänzung zum Art. 34 bis der Bundesverfassung und lautet wie folgt:

„Der Bund hat, unter Mitwirkung der Kantone in der Organisation und Verwaltung, dafür zu sorgen, daß auf seine Kosten jedem Einwohner, der es verlangt, ärztlicher Rat und Beistand, sowie Heilmittel unentgeltlich zu teil werden. Er gewährt ferner den Kantonen Beiträge für unentgeltliche Spitalpflege Unbemittelter und für Errichtung von Heilanstalten. Zur Deckung dieser Ausgaben steht dem Bunde das ausschließliche Recht zur Tabacksfabrikation und zur Einfuhr und dem Verkauf von Tabak und Tabaksfabrikaten zu; er kann auch gesetzliche Vorschriften über die Tabakssurrogate erlassen. Die geringwertigen Tabaks- und Zigarrensorten sollen dabei nicht verteuert werden. Den Kantonen, die vor 1893 die Fabrikation oder den Verkauf von Tabak besteuerten, soll für den Wegfall dieser Steuer eine angemessene Entschädigung gewährt werden."

11. November. (Bern.) Nachwahlen zum Nationalrat. Im ganzen gestaltet sich das Ergebnis der Wahlen zum Nationalrat für die Parteien so, daß die Radikal-Demokraten 5 Sitze verlieren und 3 gewinnen, die Ultramontanen 4 verlieren und die Liberal-

Konservativen 6 gewinnen. Die Radikalen behalten auch im neuen Nationalrat eine große Mehrheit. Nicht wiedergewählt wurden u. a. Favon-Genf, radikal, und Python-Freiburg, ultramontan.

Mitte Dezember. Der Nationalrat drückt der französischen Deputiertenkammer seine Teilnahme wegen des Bombenattentates aus.

Mitte Dezember. Der Bundesrat unterbreitet der Bundesversammlung das neue Heeresorganisationsgesetz, durch welches die Herstellung klarer und scharf abgegrenzter Verhältnisse in der Zusammensetzung, Gliederung und Gruppierung der einzelnen Waffen und Truppengattungen gesichert wird.

Es ist nunmehr der Schlußstein in das neue Gebäude eingefügt, d. h. die Vereinheitlichung des Militärwesens oder, mit anderen Worten, der gänzliche Uebergang aller militärischen Befugnisse von seiten der Kantone an den Bund verwirklicht worden.

In seiner neuen Gestalt besteht das schweizerische Bundesheer aus dem Auszug, der Reserve, der Landwehr und dem Landsturm. Die beiden ersten Kategorien bilden im wesentlichen die Feldarmee, die beiden letzten die Territorialarmee.

Zum Auszug gehören die Jahrgänge der Wehrpflichtigen vom 20. bis zum zurückgelegten 32. Jahr; die Reserve wird aus den sieben folgenden und die Landwehr aus den fünf weiteren Jahresklassen gebildet. Der Landsturm besteht aus denjenigen Mannschaften vom zurückgelegten 17. bis zum vollendeten 50. Altersjahr, die keiner der vorher genannten Dienstkategorien angehören. Die Offiziere vom Stabsoffizier aufwärts können bis zum 48. Lebensjahr dem Auszug der Reserve oder der Landwehr zur Dienstleistung zugeteilt werden. Subalternoffiziere sind als Lieutenants bis zum 34. Jahre, als Hauptleute bis zum vollendeten 38. Lebensjahre dienstpflichtig.

Der Landsturm hat insofern eine von der Feldarmee abweichende Organisation, als er vom Bundesrat auf dem Verwaltungswege aufgestellt wird. Er wird grundsätzlich nur in Kriegszeiten aufgeboten und nicht außerhalb der Landesgrenzen verwendet. Nach neueren Bestimmungen ist der Landsturm auch im Frieden bewaffnet und ausgerüstet, so daß der schweizerische Landsturmmann in seiner äußeren Erscheinung von dem Soldaten der Feldarmee kaum mehr zu unterscheiden und zufolge seiner Gewehr- und Munitionsausrüstung befähigt ist, bei der Mobilmachung auch für den ersten Grenzschutz verwendet zu werden. Auch kann der Landsturm zu eintägigen Besichtigungen und Uebungen einberufen werden.

Mitte Dezember. Der Bundesrat legt der Bundesversammlung ein Anarchistengesetz vor.

Danach wird mit Zuchthaus bestraft: wer

1. Offen oder verdeckt zu verbrecherischen Handlungen aufmuntert oder die Anleitung gibt, welche das Leben von Menschen in Gefahr bringen.

2. Sprengstoffe, von denen er weiß, daß sie zu Verbrechen gebraucht werden sollen, herstellt, zur Herstellung Anleitung gibt oder solche Sprengstoffe aufbewahrt, oder jemandem übergibt oder forttransportiert.

3. Bestraft wird desgleichen jedermann, der ein Individuum nicht den Behörden anzeigt, welches von Sprengstoffen verbrecherischen Gebrauch gemacht hat oder machen wollte.

Wer Sprengstoffe zu verbrecherischen Zwecken gebraucht, bekommt

mindestens zehn Jahre Zuchthaus, alle Personen, welche wissentlich an der Herstellung von Druckschriften arbeiten, welche zu genannten Verbrechen aufreizen, werden bestraft.

Die Beschlußfassung wird auf die nächste Session verschoben.

X.

Belgien.

26. Februar. In Brüssel findet eine von den Radikalen organisierte Volksabstimmung über die Verfassungsrevision statt.

Von 111,700 in die Listen eingeschriebenen Personen haben 60,279 ihre Stimme abgegeben. Davon stimmten für den Antrag Janson, (das mit vollendetem 21. Lebensjahre zustehende aktive allgemeine Wahlrecht) 48,660 Personen, für den Antrag Nothomb (das mit vollendetem 25. Lebensjahre zustehende aktive allgemeine Wahlrecht) 7684, für die übrigen 3 Anträge zusammen 3935 Personen.

28. Februar. Beginn der Beratung in der Kammer über die Revision.

Grundlage der Beratung ist der von der Regierung (vgl. Jahrg. 1874, 25. Dez.) eingebrachte Entwurf. Danach soll weder das Referendum noch die Interessenvertretung eingeführt werden. Artikel 47 der Verfassung soll so umgestaltet werden, daß die proportionelle Vertretung ermöglicht wird. Das Wahlrecht für die Senatorenwahlen beginnt bei einem Lebensalter von 35 Jahren. Im übrigen sollen die Senatoren und Kammerdeputierten von denselben Wählern gewählt werden. Die Wähler zur Deputiertenkammer müssen eine selbständige Wohnung innehaben. Wahlberechtigt sollen auch die sogenannten Kapazitätswähler sein, d. h. diejenigen, welche eine Prüfung im Lesen, Schreiben und Rechnen bestanden haben.

5. April. Über die Wahlreform findet ein Kongreß zwischen der Regierung und den gemäßigten Liberalen statt.

12. April. (Kammer.) Das allgemeine Stimmrecht (Antrag Jansen) wird mit 115 gegen 26 Stimmen verworfen; ebenso der der Regierung (Haushalter-Wahlrecht) mit 91 gegen 61 Stimmen, d. h. wohl einfacher, aber nicht Zweidrittel-Majorität. Ebenso alle anderen Anträge.

Nach Verwerfung sämtlicher Anträge tauchen vier neue auf: Nyssens schlägt ein Mehrstimmenrecht in verschiedenen Stufen vor; Coomans will 10 Prozent der männlichen Bevölkerung aller Gemeinden wählen lassen; Woeste wünscht eine Verbindung von Zehnfrankenzensus und Befähigung; Coremans verlangt allgemeines Wahlrecht mit 25 Jahren und Doppelstimme mit 40 Jahren. Alle diese Anträge wurden dem Ausschuß überwiesen.

12./19. April. Manifestationen und Unruhen in Brüssel, Antwerpen und anderen Städten.

16. April. (Brüssel.) Attentat auf den Bürgermeister Buls durch einen Manifestanten.

17. April. Im Becken von Charleroi streiken 20,000 Bergarbeiter von 30,000. Kämpfe der Streikenden mit der Bürgerwehr in Mons.

18. April. (Kammer.) Der Antrag Nyssens wird mit 119 gegen 14 Stimmen angenommen; 11 Abgeordnete enthalten sich der Abstimmung.

Der Antrag Nyssens besagt: Jeder volljährige Belgier — die Volljährigkeit beginnt mit dem 25. Altersjahr — hat in seiner Eigenschaft als belgischer Bürger das Recht auf eine Stimme. Bestimmte Klassen von Bürgern haben das Recht auf zwei Stimmen, nämlich 1. jeder Familienvater, 2. jeder Besitzer einer Liegenschaft im Werte von mindestens 2000 Fr., 3. der Besitzer eines auf den Namen lautenden Sparkassenbuchs im Werte von 2000 Fr., 4. jeder, der sich über eine höhere Bildung ausweist. Niemand darf aber mehr als drei Stimmen beanspruchen. Nach den von Nyssens bei der Begründung seines Antrags aufgestellten Ziffern sind bei diesem Wahlsystem 1,200,000 Bürger stimmfähig. Davon erhalten eine Mehrstimme 365,000 Familienväter, 275,000 Eigentümer oder Rentner und 60,000 Kapazitätswähler. Es wären also bei einer Abstimmung ungefähr 1,900,000 Stimmen abgegeben.

Die streikenden Arbeiter nehmen die Arbeit wieder auf.

27. April. Der Senat nimmt mit 52 Stimmen, gegen 1 Stimme, bei 14 Stimmenthaltungen, den neuen Artikel 47 der Verfassung, nach welchem das Mehrstimmensystem nach dem Antrag Nyssens eingeführt werden soll, an.

6. Mai. Der Kriegsminister General Pontus nimmt seine Entlassung. Man bringt diese Demission zusammen mit der sozialdemokratischen Propaganda in den Kasernen. An seine Stelle tritt General Brassine.

23. Mai. (Brüssel.) Eröffnung des Grubenarbeiter-Kongresses.

Die zu dem Grubenarbeiter-Kongreß eingetroffenen französischen Deputierten Basly und Lamendin sind ausgewiesen, sie erhielten den Befehl, das Land vor Mitternacht zu verlassen.

15. Juli. Im Ministerrate unter dem Vorsitze des Königs legt der Kriegsminister General Brassine den von ihm vor zwei Monaten bei Übernahme des Portefeuilles versprochenen Gesetzentwurf, betreffend die Reorganisation der belgischen Armee, vor. Der Entwurf enthält zwei wichtige Grundsätze: die Einführung der persönlichen Wehrpflicht und die Verstärkung der belgischen Armee auf 300,000 Mann im Kriegsfalle. Der Ministerrat genehmigt den Entwurf.

29. Juli. Die Kammer nimmt den Art. 53 der Verfassung an, wonach der künftige Senat aus 102 Mitgliedern bestehen soll. Hiervon werden 76 Senatoren, wie bisher, den Höchstbesteuerten entnommen, während die übrigen 26 Mitglieder ohne Rücksicht auf irgend welche Steuerleistung von den 9 Provinziallandtagen gewählt werden. Für die Ausübung des aktiven Wahlrechts ist die Zurücklegung des 30. Lebensjahres des Wählers erforderlich, was jedoch nicht durch die Verfassung selbst, sondern erst durch ein besonderes Wahlgesetz bestimmt werden wird.

21. Dezember. Die von dem Abg. Woeste geführte Rechte verwirft das von dem Ministerium geforderte Proportionalsystem im Wahlgesetz. Die Kabinettskrisis, die darüber ausbricht, wird durch Vertagung der Kammer hinausgeschoben.

XI.
Niederlande.

Januar. Unruhen Arbeitsloser an verschiedenen Stellen.

14. Februar. (Haag.) Unterzeichnung eines Zusatzprotokolls zwischen den Vertragsmächten ausschließlich Frankreich über den Branntweinhandel auf der Nordsee.

Juni. (Kammer.) Verhandlungen über die Erweiterung des Wahlrechts auf Grund eigenen Haushalts und der Fähigkeit zu lesen und zu schreiben.

XII.
Luxemburg.

2. März. Der Erbgroßherzog Wilhelm verlobt sich mit der Prinzessin Anna von Braganza.

20. Juni. Bei den Wahlen fallen von 20 Mandaten den Liberalen 9 zu, während die Ultramontanen 3 und die mit ihnen verbündeten Agrarier 8 erringen.

21. Juni. Vermählung des Erbgroßherzogs. Für die Nachkommenschaft wird katholische Erziehung festgesetzt.

XIII.

Dänemark.

5. Januar. Der König unterzeichnet die Konstitution, nach welcher **Island** für alle lokalen Angelegenheiten eigene Legislatur und Verwaltung haben wird.

Die gesetzgebende Macht befindet sich in den Händen des Königs und der Nationalvertretung, des Althing, die Exekutive lediglich in den Händen des Königs. So lange Island keine Repräsentanten im dänischen Rigsdag hat, nimmt es an der Gesetzgebung für den Gesamtstaat auch nicht Anteil und ebensowenig hat es zu den allgemeinen Ausgaben beizusteuern. Ein Sekretär für Island in Kopenhagen wird für die Aufrechterhaltung der Verfassung daselbst verantwortlich sein. Der König ernennt einen Statthalter für die nordische Insel. Sollte das Althing sich über den Gouverneur beklagen, so bestimmt der König, wie derselbe zur Verantwortlichkeit gezogen werden soll. Das Althing wird aus zwei Häusern bestehen, einem Ober- und einem Unterhause. Von den 36 Mitgliedern des letzteren werden 30 vom Volke erwählt und 6 vom König ernannt. Das Oberhaus besteht aus 6 vom König ernannten und 6 von den Mitgliedern des Unterhauses gewählten Vertretern.

Die Verfassung soll am 1. August in Kraft treten.

28. März. (**Kopenhagen.**) Zu Stadtverordneten sind gewählt: vier der radikalen Linken, zwei der sozialistischen Partei angehörige Kandidaten, sowie ein Kandidat, dessen Wahl von der Rechten und moderaten Linken unterstützt wurde. Früher hatte die Rechte alle sieben Plätze besetzt.

1. April. Schluß des Landtages.

29. August—17. Oktober. Der Kaiser von Rußland hält sich mit seiner Familie zum Besuch in Fredensborg auf.

31. August—7. Oktober. Besuch der griechischen Königsfamilie in Fredensborg.

26. September. Der Graf von Paris und der Herzog von Orleans treffen in Fredensborg zum Besuch des Königs ein.

13. Oktober. (**Kopenhagen.**) Der Kaiser von Rußland, der Großfürst-Thronfolger, sowie der Großfürst Michael begeben sich an Bord des französischen Kriegsschiffes „Isly", welches im Flaggenschmucke vor der Einfahrt in den inneren Hafen liegt. Der Kaiser begrüßt die Offiziere des Schiffes, sowie die anwesende französische Gesandtschaft, nimmt alsdann die Einrichtungen des Schiffes in Augenschein und spricht seine hohe Befriedigung über das Gesehene aus. Nach halbstündigem Aufenthalte verlassen die Herrschaften das Schiff. Auf besondere Anordnung des Kaisers salu-

tiert der „Polarstern" die französischen Schiffe mit 30 Kanonenschüssen. Hierauf kehren der Kaiser und die Großfürsten nach Fredensborg zurück.

XIV.

Schweden und Norwegen.

13. März. (Stockholm: Volksreichstag.) Um für das allgemeine Stimmrecht Propaganda zu machen, haben die Radikalen einen „Folksriksdag" organisiert, der von den zum gesetzlichen Wahlrecht nicht Zugelassenen gewählt ist. An demselben nahmen 123 Delegierte teil, darunter 29 Sozialisten. Bei der Wahl des Bureaus siegte die nicht sozialistische Kandidatenliste mit einer Mehrheit von 4 Stimmen.

14. März. (Christiania.) In der Sitzung des Storthings acceptiert der Konseilpräsident Steen namens der Regierung die von der äußersten Linken beantragte Tagesordnung, wonach Norwegen ohne Verhandlung mit Schweden die Konsulatsfrage erledigen solle. Gleichzeitig glaubt Steen, von der Annahme der von den Moderaten und Mitgliedern der Rechten beantragten Tagesordnung, welche Verhandlungen mit Schweden empfiehlt, abraten zu sollen. Der Führer der Rechten, Stang, betont, man habe nur zu wählen, ob man der Regierung, welche außerhalb der Verfassung liegende Gewaltmittel anzuwenden im Begriff stehe, folgen oder in Verhandlungen mit Schweden eintreten wolle.

16. März. (Stockholm.) Der Folkriksdag sendet eine Deputation an den Staatsminister Boström. Der Minister läßt dem Präsidenten des Folkriksdag eine schriftliche Erklärung zustellen, in welcher es heißt:

Er könne eine derartige Deputation nicht empfangen, er kenne keine anderen Vertreter des schwedischen Volkes als die gemäß den konstitutionellen Gesetzen gewählten. Er könne begreifen, daß Personen zur Erreichung eines Zweckes, der ihnen am Herzen liege, Versammlungen abzuhalten, aber er finde es nicht richtig, daß dies in einer Weise geschehe, als ob diese Personen neben dem Riksdag das schwedische Volk repräsentierten.

17. März. (Christiania.) In der Abendsitzung des norwegischen Storthings wird die Tagesordnung der Rechten und der Moderaten mit 64 gegen 50 Stimmen abgelehnt, die Tagesordnung der Linken mit 64 gegen 50 Stimmen angenommen. Der von der Linken als Nachtrag zum ersten Antrag über das Konsulatswesen

eingebrachte Antrag, betreffend die Verhandlung mit der schwedischen Regierung über die Ordnung der Behandlung der diplomatischen Angelegenheiten, wird mit allen gegen 9 Stimmen abgelehnt.

20. März. (Stockholm.) In der zweiten Kammer ersucht der Abg. Mankell, Präsident des Volksreichstages, um die Erlaubnis, folgende Anfrage an den Ministerpräsidenten richten zu dürfen: „Beabsichtigt die Regierung in der gegenwärtigen Tagung einen Vorschlag zur Änderung der geltenden Verfassungsbestimmungen betreffend das Wahlrecht zur zweiten Kammer vorzulegen?“ Ohne Verhandlung verweigert die zweite Kammer mit 118 gegen 94 Stimmen die Zulassung der Anfrage. — Der Volksreichstag beschließt, daß der erste Sonntag im Juni im ganzen Lande als Demonstrationstag für das allgemeine Wahlrecht begangen werden soll. — König Oskar antwortet auf die Adresse, die ihm am Sonnabend von einer neungliedrigen Deputation des Volksreichstags überreicht wurde:

„Schwedens König darf und will schwedischen Männern nicht verweigern, ihm persönlich vorzutragen, was ihnen auf dem Herzen liegen kann. Ich nehme deshalb in der Regel die Schreiben entgegen, die mir persönlich überreicht werden, so jetzt auch dieses. Einen Bescheid aber darüber, was ich in Veranlassung einer so tief eingreifenden Frage, wie die von Ihnen gestellte, in der einen oder der anderen Richtung vorzunehmen gesonnen sein könnte, kann ich natürlicherweise jetzt nicht geben. Fragen, wie diese, können nur von mir und dem Reichstage und in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen Schwedens, die ich beschworen und deren Heiligkeit ich pflichtgemäß aufrecht erhalten soll, entschieden werden.“

12. April. (Stockholm.) Die beiden Kammern sprechen sich in ihren Sitzungen, und zwar die erste Kammer einstimmig, die zweite mit 184 gegen 38 Stimmen gegen die norwegische Forderung auf Teilung des Konsulatswesens aus; gleichzeitig wird hervorgehoben, daß der Reichstag in dieser Frage mitzureden habe.

22. April. (Christiania.) Staatsminister Steen hat eine halbe Stunde vor der Versammlung des Staatsrats Vortritt beim König, um im voraus die Meinung Sr. Majestät zu hören. Der König sagt ihm, daß er keinen Grund gefunden habe, sich von der vor einem Jahre von ihm eingenommenen Haltung zu entfernen. Als dann der Staatsrat zusammentritt, erklären die Minister gleich anfangs, noch ehe eine Verhandlung über die Konsulatssache stattgefunden hatte, daß, nachdem der König ihr Exposee durchgelesen hätte, und sie seinen Standpunkt kennten, sie ihre Abschiedsgesuche einreichten. Der König antwortet, daß diese in grundgesetzmäßiger Weise behandelt werden sollten.

29. April. Bildung eines Ministeriums Stang.

1. Mai. (Stockholm.) Die gemeinsamen Abstimmungen der beiden Kammern fallen alle gegen die größeren Anschläge der Regierung aus, auch die, welche sich auf außerordentliche Ausgaben im Budget des Kirchen- und Unterrichtsdepartements beziehen. Mit 211 Stimmen gegen 153 siegt der Beschluß der zweiten Kammer, statt jährlich 2 Millionen zunächst nur für ein einzelnes Panzerboot 2,868,000 Kronen auf dem außerordentlichen Budget, davon 1 Million für das nächste Jahr zu bewilligen. Mit geringerer Mehrheit (190 gegen 172) ward der Betrag von 100,000 Kronen zur Anschaffung von Artilleriematerial für Kriegsfahrzeuge gegen den von der Minderheit in Übereinstimmung mit der Regierungsvorlage vertretenen von 252,000 Kronen beschlossen.

3. Mai. (Christiania.) In der Storthingssitzung verliest der neuernannte Ministerpräsident Stang eine Erklärung, welche im wesentlichen folgendes besagt:

Der König habe nach der Demission des Ministeriums Steen vergeblich versucht, ein neues Kabinet zu konstituieren, welches in Bezug auf die allgemeinen politischen Fragen mit der Storthingsmehrheit übereinstimmte. Stang und seine Kollegen hätten es für eine patriotische Pflicht gehalten, der Aufforderung des Königs Folge zu leisten. Es sei dies geschehen, einerseits um die Gefahren zu vermeiden, welche daraus hätten entspringen können, wenn der König längere Zeit ohne Ratgeber und ohne verantwortliche Regierung hätte bleiben müssen, andererseits aber um dem Volke Gelegenheit zu geben, seinen Willen bei den Wahlen auszusprechen, bevor das Vaterland in Verhältnisse geführt werde, welche für seine Zukunft von so hoher Bedeutung seien. Das neue Ministerium habe als einziges Ziel das Wohl Norwegens im Auge. Es strebe im Innern die Entwicklung der verschiedenen Gerwerbezweige an; in Bezug auf die auswärtige Politik werde es die Gleichberechtigung Norwegens innerhalb der Union behaupten.

6. Mai. Das Storthing nimmt nach zweitägiger Debatte ein Vertrauensvotum für das bisherige Ministerium der Linken, Steen, mit 64 gegen 50 Stimmen, und ein Tadelsvotum gegen das neuernannte Ministerium der Rechten, Stang, mit 63 gegen 51 Stimmen an. Die Minorität bei der letzteren Abstimmung bestand aus der Rechten, den Moderaten und einem Mitglied der Linken.

8. Mai. Das Storthing nimmt mit 63 gegen 50 Stimmen den von 10 Mitgliedern der Linken eingebrachten Antrag an, als nationale Anerkennung für den Staatsminister Steen einen Ehrensold von 6000 Kronen jährlich zu bewilligen.

Anfang Juni. Ein russisches Kriegsschiff belegt norwegische Schiffe, die Seehunde im Eismeer fangen, mit Beschlag.

18.—20. Juli. Aufenthalt Kaiser Wilhelms und der Kaiserin in Norwegen vgl. Deutschland.

19. Juli. (Christiania.) Das Storthing beschließt mit 62 gegen 49 Stimmen die Kündigung der Konsulatsgemeinschaft mit Schweden. Als Termin für das Aufhören der Gemeinschaft wurde darauf mit 56 gegen 55 Stimmen der 1. Januar 1895 festgesetzt.

Ferner lehnt das Storthing mit 57 gegen 56 Stimmen die Forderung für die Gesandtschaft in Wien ab. Auch der Titel „geheime Ausgaben“ des Ministeriums des Auswärtigen wird abgelehnt.

20. Juli. (Christiania.) Das Storthing beschließt mit 62 gegen 52 Stimmen, die Apanage des Königs von 336,000 auf 256,000 Kronen herabzusetzen. Die Apanage des Kronprinzen wird mit 61 gegen 53 Stimmen um 50,000 Kronen reduziert.

21. Juli. (Christiania.) Das Storthing beschließt mit 61 gegen 51 Stimmen, die bisher den Staatsministern in Stockholm und Christiania bewilligten Tafelgelder im Betrage von 25,000 Kronen zu streichen.

22. Juli. (Christiania.) Das Storthing nimmt das Budget an. Die Session wird geschlossen.

4. November. (Christiania.) König Oskar hält bei einer Galatafel, zu der alle Notabilitäten der Hauptstadt geladen waren, folgende Rede:

„Heute tritt die im Jahre 1814 geschlossene Vereinigung in ihr 80. Jahr ein. Niemand mit klarem Blicke wird leugnen können, daß durch sie zwei Nachbarvölkern, die vordem in innerer Fehde gelebt hatten, aber während der Vereinigungszeit ununterbrochen der Ruhe und der Wohlthaten des Friedens genossen haben, große Vorteile beschert worden seien. Welches der Zustand der skandinavischen Halbinsel im Anfange dieses Jahrhunderts war, davon zeugt die Geschichte; welcher er heute ist, das sehen wir vor unseren Augen. Die Fortschritte im Ganzen — und nicht am wenigsten in Norwegen — sind so außerordentlich, daß sie der Mitwelt Anerkennung und Bewunderung erregen. Sie fordern auch unsere eigene Dankbarkeit für die neue Ordnung der Dinge, welche mit Norwegens wiedergeborener Selbstständigkeit gleichzeitig geboren worden. Zwar ist die Vereinigungsakte selbst nicht in allen Teilen vollkommen, nicht immer so deutlich abgefaßt, wie zu wünschen wäre. Aber die Grundprinzipien sind gut und wahr. Zwar können Fehler begangen sein sowohl in dem einen wie in dem anderen Reiche; die menschlichen Thaten tragen nun einmal das Gepräge der Unvollkommenheit. Indeß richte ich jetzt zunächst als Norwegens König und an Norweger meine Worte, indem ich mit der ganzen Stärke warmer Ueberzeugung in dieser Feierstunde sage:

Haltet fest an dem, was das Grundgesetz im ersten Paragraphen ausspricht, daß das Königreich Norwegen nicht blos ein freies, selbständiges

Reich, welches nicht geteilt oder abgetreten werden kann, sondern auch „ein unter einem König mit Schweden vereinigtes Reich ist".

Wahrer Patriotismus ist durchaus vereinbar mit unionsfreundlicher Gesinnung. Man kann gewiß der Union huldigen und sie stützen, während man gleichzeitig die Rechte jedes der beiden Reiche voll anerkennt. Man kann dagegen nicht wahrer Freund der Union sein, wenn man das Königtum zu untergraben sucht, welches Norwegen zufolge des Grundgesetzes und der Reichsakte gemeinsam mit Schweden hat. Jede politische Union setzt ja immer gemeinsame Ziele zum Nutzen aller daran Teilnehmenden voraus. Die Vereinigung vom 4. November 1814 beabsichtigte durch vermehrte Verteidigungskraft größeres Vermögen zu gewähren, um die Freiheit des Handelns der vereinten Reiche zu schützen und ihre Neutralität unter möglichen europäischen Verwickelungen zu bewahren und so mit aller Macht den Brudervölkern die Segnungen des Friedens zuzusichern. Die Vereinigung bedeutet also auch nach außen hin nicht Krieg, sondern Frieden!*) Uns volle Handlungsfreiheit zu bewahren, darauf sind meine Bestrebungen unablässig gerichtet, bisher mit Erfolg, und, wie ich hoffe, auch für die Zukunft. Damit aber dieses große Ziel in allen Zeiten und vollständig gesichert sei, müssen die vereinten Reiche genau derselben auswärtigen Politik folgen und also einen gemeinsamen Minister des Auswärtigen haben. Das Amt selbst muß seiner Natur nach unionell sein. Es ist auch mein inniger Wunsch, daß man durch beiderseitiges Streben übereinkommen und eine für beide Reiche zufriedenstellende Ordnung erreichen könne, durch welche dem Könige das Recht erwächst, das Amt des Ministers des Auswärtigen eben so gut mit einem Norweger, wie mit einem Schweden zu besetzen. Aber die Aufhebung der Gemeinsamkeit auf diesem Gebiete ist gleichbedeutend mit Auflösung der Union. Ich muß als nicht unionsfreundlich einen jeden, sei er Norweger oder Schwede, betrachten, welcher nicht schuldige Rücksicht auf die billigen Forderungen des Bruderreiches nimmt, sei es in der Frage der Rechte oder Pflichten. Nur durch Versöhnlichkeit werden Verbindungen zwischen freien Völkern gefördert. Nur durch sie kann die Zukunft unserer Union sicher geschützt und seine Entwicklung glückbringend werden. Ehe der nächste 4. November graut, steht hier in Norwegen die seit 1814 vielleicht bedeutungsvollste Wahl bevor. Möchten da alle treuen und guten Männer zur Wehr für die Vereinigung hervortreten! Hier gilt es nämlich nichts geringeres, als die Sicherung der skandinavischen Halbinsel und des Glückes ihrer beiden edlen Völker. Sollte jemals dieses durch feierlichen Akt besiegelte Band zwischen den Brudervölkern zerrissen werden, so würde die Selbständigkeit beider Reiche in größere Gefahr kommen, als ich hier aussprechen will. Aber dieses verhüte der Allmächtige! Meine Aufgabe und aller verfassungstreuen Mitbürger Pflicht in meinen beiden Reichen bleibt in jedem Falle, nach bestem Vermögen solche Gefahr abzuwehren. Dazu helfe uns Gott! Die Vereinigung lebe!"

*) Gesagt unter Rücksicht auf die ausgesprengten Gerüchte vom Anschluß Schwedens an den Dreibund.

XV.

Rußland.

13. Januar. (St. Petersburg.) Der Bericht des Finanzministers Witte an den Kaiser betont die schwierige Lage des Landes, die durch die Mißernte und die Cholera hervorgerufen sei; jedoch sei eine sichtliche Besserung eingetreten; überhaupt sei ein vollständiges Überwinden der Krisis sicher zu erwarten.

Witte entwickelt ein Programm, welches namentlich darin besteht, daß die Ausgaben des Staates für die Hebung der ökonomischen Lage, für Handel, Industrie und Landwirtschaft nicht verkürzt werden dürfen, daher werden die Ausgaben für Eisenbahn- und Hafenbauten und für Kultur-Arbeiten des Domänen-Ministeriums erhöht. Die neuen Steuererhöhungen betrügen 24½ Millionen Rubel und seien notwendig geworden, um die durch den Notstand verkürzten Mittel der Reichsrentei zu ergänzen. Witte betont entschieden die volle Friedensliebe Rußlands und erklärt, die Goldansammlungen bezweckten keineswegs die Bildung eines Kriegsfonds. Die Goldvorräte im Betrage von 600 Millionen Rubel, von denen 360 Millionen zur Deckung des Kreditgeldes dienten, hätten den Zweck, die ausländischen Börsenspekulationen zur Erniedrigung der russischen Noten und Fonds zu bekämpfen. Die Regierung werde im Falle eines Bedürfnisses davon Gebrauch machen.

24.—28. Januar. Besuch des Großfürsten-Thronfolgers in Berlin. Vgl. Deutschland.

10. Februar. Die Gesetzsammlung enthält den Kaiserlichen Befehl zur Änderung der Namen der beiden Städte Dorpat und Dünaburg in Jurjew bezw. Dwinsk.

Anfang März. Der Regierungsbote veröffentlicht eine amtliche Mitteilung, in welcher es heißt: Die kaiserliche Regierung habe schon mehrmals Gelegenheit genommen, ihre Ansichten über die Umwälzungen in Bulgarien und über die Prinzipien zu äußern, von denen sich die Regierenden in Sofia leiten ließen, seitdem der Prinz Ferdinand zur Macht gelangt sei. Nachdem diese Leiter der Regierung nunmehr beabsichtigen, die Sobranje einzuberufen, um

den Artikel 38 der Verfassung von Tirnovo abzuändern und auch der Religion des Landes Eintrag zu thun, könne die kaiserliche Regierung, wenn sie auch an dem Prinzip der Nichtintervention in die inneren Angelegenheiten des Fürstentums festhalte, nicht stummer Zeuge diesem Versuche gegenüber bleiben, welcher einer energischen Opposition unter der bulgarischen Bevölkerung begegne. Die Mitteilung schließt, wie folgt:

„Die kaiserliche Regierung spricht ihren aufrichtigen Wunsch aus, daß die Stimmen, welche sich unter der Geistlichkeit und den gut gesinnten Bürgern vernehmen lassen, allen Bulgaren ohne Unterschied der Partei als Mahnung dienen und die Gefahr beseitigen werden, welche dem ganzen Volke droht, das im Begriffe steht, seine heiligsten hundertjährigen Traditionen zu verleugnen. Die kaiserliche Regierung ist überzeugt, daß die beabsichtigte Aenderung in dem geistigen und politischen Leben des Fürstentums keine günstigen Resultate erzielen und nur traurige Folgen für die Zukunft haben wird, indem sie Zwistigkeiten im Innern und tiefgehende Mißhelligkeiten in moralischer Beziehung herbeiführen wird.

Diese Erklärung wird von der russischen Regierung mit einer Note den auswärtigen Mächten mitgeteilt.

Mitte März. Alle Signaturmächte nehmen Rußlands Zirkular betreffend die bulgarische Verfassungsänderung ohne Bemerkung zur Vorkenntnis.

Mitte März. (Anathem gegen russische Papiere.) Infolge der fortgesetzten Verfolgung ihrer Glaubensgenossen in Rußland hat das Londoner russisch-jüdische Komitee, dem das Parlamentsmitglied Sir Julian Goldsmid als Vorsitzender und Mr. S. Montagu, ebenfalls Mitglied des Parlaments, als Schatzmeister vorsteht, an alle Bankiers, Bankdirektoren, Bankprokuristen, Börsenmakler und Geldwechsler jüdischen Glaubens in allen wichtigen Städten Europas die energische Aufforderung gesandt, sich zusammenzuthun, um russische Anleihen, russische Regierungswerte, überhaupt den russischen Handel zu boykottieren. Zu gleicher Zeit wird ein „Die Finanzen Rußlands" betiteltes Pamphlet, in dem die schlechte russische Finanzlage und der ökonomische Zustand des Landes behandelt werden, unter alle Finanziers Europas ohne Rücksicht auf den Glauben verteilt. Durch diese Mittel und Bemühungen will man die Finanzwelt veranlassen, Rußland kein Geld mehr zu leihen.

21. März. (Moskau.) Vor Beginn der Wahl des Stadthauptes im Saale des Stadtverordnetenkollegiums übergibt der Kleinbürger Andrejanow dem Stadthaupt Alexejew eine Bittschrift und feuert hierauf zwei Revolverschüsse ab, die Alexejew so stark verwunden, daß er nach 2 Tagen stirbt. Andrejanow war ab-

ministrativ aus Petersburg verbannt. Die That ist, wie man annimmt, ein Racheakt; denn Andrejanow wurde vor zwei Jahren von einem Gerichtshof, bei welchem Alexejew als Gerichtsbeisitzer fungierte, verurteilt. Alexejew genoß allgemeine Sympathie.

Ende April. Gerüchtweise verlautet von einem Attentat auf den Zaren auf seiner Reise nach Südrußland. Die Zeitungen berichten darüber:

Während der Reise des Zaren nach dem Süden versammelten sich unweit Charkow mehrere Tausend Bauern, um gegen gewisse örtliche Mißbräuche zu petitionieren, legten sich nieder auf die Schienen und weigerten sich, sich zu erheben, bis der kaiserliche Zug anlangte. Es entspann sich ein Kampf, der den Tod von 15 Soldaten zur Folge hatte. 42 Bauern wurden entweder durch die Kugeln der Soldaten getötet oder vom kaiserlichen Zuge zermalmt. Nach anderer Darstellung waren es nicht Bauern, sondern Kosaken. Nach der Darstellung des Charkower Amtsblattes wurde der kaiserliche Zug eines Morgens um 5 Uhr durch optische Signale und Abfeuern von Schüssen durch die längs der Geleise aufgestellten Soldaten zum Stillstand gebracht, da entdeckt worden war, daß eine Schiene aufgerissen worden war. Von anwesenden Bauern ist nicht die Rede. Die Schiene wurde ausgebessert, in acht Minuten setzte der Zug die Reise ohne weitere Störung fort. Die angestellte Untersuchung ergab, daß der Unfall nicht der Fahrlässigkeit des Bahnpersonals zuzuschreiben ist.

Anfang Juni. Der Kaiser von Rußland übermittelt dem Sultan als Geschenk ein Album, welches die künstlerisch ausgeführten Abbildungen sämtlicher Schiffe der russischen Flotte im Schwarzen Meere enthält.

Anfang Juni. Der österreichische Minister des Auswärtigen, Graf Kalnoky hielt am 3. Juni im Ausschuß der ungarischen Delegation sein Exposee über die auswärtige Lage.

Die Rede begegnet in Rußland keineswegs einer besonders freundlichen Aufnahme. Man quittiert in Petersburg mit kaltem Lächeln über die aus dem Munde des österreichischen Ministers des Auswärtigen vernommenen Freundlichkeiten, wiederholt aber mit vielsagendem Achselzucken, daß die Freundlichkeiten nur Wert hätten, wenn die Worte in Thaten verwandelt würden. Ueber den Eindruck, welchen die „historische“ Rede des Grafen Kalnoky in Rußland gemacht hat, schreibt „Nowoje Wremja“:

„Man könne noch nicht an die Aufrichtigkeit des offiziösen österreichischen Jubels glauben, man müsse vielmehr befürchten, daß sich dahinter der Versuch verberge, die Oeffentlichkeit glauben zu machen, Rußland sei geneigt, Oesterreich-Ungarn auf dem Boden der sogenannten Balkanfrage wichtige Konzessionen zu machen. Nur hieraus lasse es sich erklären, daß die österreichisch-ungarischen Offiziösen die Rede als eine „Beendigung der Orientfrage im allgemeinen“ betrachten, und es könne durchaus nicht Wunder nehmen, wenn es sich schon bald herausstellen sollte, daß der ganze Jubel nur inszeniert worden sei, um vor der Oeffentlichkeit eine viel wesentlichere und wichtigere Angelegenheit zu vertuschen. Kalnoky sage geradezu, daß die gegenseitigen guten Beziehungan zwischen dem Petersburger und Wiener Kabinet in der Zukunft eines der mächtigsten Mittel sein werden, um Europa

vor weiteren Rüstungen zu bewahren und dem fortgesetzten Wachsen der Ausgaben für kriegerische Zwecke Einhalt zu gebieten. Mit Recht habe man der Rede des österreichischen Diplomaten, schon als dieselbe nur in telegraphischen Auszügen bekannt gewesen sei, die größte Bedeutung beigemessen. Sie gewann noch mehr dadurch, daß sie am Vorabende der Wahlen in Deutschland gehalten worden sei. Bemerkenswert an ihr sei nicht der Russophilismus, sondern vielmehr — wenn man so sagen dürfe — der „Anticaprivismus" des autorisierten Verfassers der Thronrede des Kaisers Franz Joseph. Oesterreich-Ungarn teile augenscheinlich nicht die Stimmung, welche zur Zeit die deutsche Regierung zwinge, auf der Militärvorlage zu bestehen. In Wien oder doch am Kaiserhofe wünsche man ein möglichst schnelles Ende der „gespannten Militärvorbereitungen", und man erblicke dort in der Freundschaft Oesterreich-Ungarns mit Rußland jetzt das wirksamste Mittel, das zu erreichen. So denke man auch in allen übrigen Staaten Europas.

Vor einem Monat wäre es wahrscheinlich niemandem eingefallen, daß Graf Kalnoky in Erfüllung des Willens seines Kaisers mit einer derartigen Erklärung in der Parlamentsarena aufgetreten wäre. Natürlich würden die Worte des österreichisch-ungarischen Premiers nicht ohne tiefen Eindruck auf die deutschen Wähler bleiben, welche wenig Neigung bekundeten, Freunde der Militärvorlage in den neuen Reichstag zu entsenden. Unter solchen Verhältnissen könnten die Wahlen für den deutschen Reichstag nur ein Schauspiel sein, an dem kein einziges der europäischen Reiche nach der Richtung hin interessiert sei, daß es dem jungen Deutschen Kaiser Erfolg wünschen könne. Wenn nun im neuzuwählenden Reichstage die Mehrheit aber doch für die Militärvorlage eintreten sollte, so werde die verstärkte Zahl der deutschen Armee nur diejenigen Unterthanen Kaiser Wilhelms II. erfreuen — diese aber auch vielleicht nur —, welche ihr Votum für die Vorlage abgegeben hätten, alle übrigen Deutschen aber würden gleich allen anderen europäischen Völkern auf Seiten Kalnokys stehen und seiner Auslegung der Thronrede des Kaisers Franz Joseph freudig zustimmen."

Ein Leitartikel der russischen „Petersburger Zeitung" sagt, daß, was den Eindruck anbetrifft, die Rede des Grafen Kalnoky mit den hochpolitischen Reden Bismarcks verglichen werden könne, welche seinerzeit die ganze Welt in Erstaunen setzten. Aber Thatsachen allein, nicht nur platonische Worte, könnten Rußland von der Aufrichtigkeit der ausgedrückten Wünsche überzeugen. Und da mangelt es denn Oesterreich-Ungarn durchaus nicht an Material, um seine Gefühle und Absichten zu beweisen. Vor allen Dingen harre da die sich bis ins Unendliche hinziehende bulgarisch-koburgische Frage, welche nur durch die verschiedenen direkten und indirekten Manöver Oesterreich-Ungarns sich so hingezogen habe, ihrer Lösung. Wenn also nach dieser Richtung die österreichisch-ungarische Politik Rußland gegenüber wenn auch nicht freundschaftlich, so doch wenigstens loyal und korrekt handeln würde, zudem nicht nur offiziell, sondern auch de facto, so würde natürlich niemand der Erfüllung der so schönen Hoffnungen und Wünsche, welche in der „historischen" Rede des Grafen Kalnoky ausgedrückt wurden, ein Hindernis in den Weg legen. Allgemein könne man sich ja nur über den friedlichen Inhalt und die über allem Zweifel erhabene Rede Kalnokys freuen — nämlich, wenn man den schönen Worten auch die Thaten folgen lassen würde.

Anfang Juni. Streit zwischen russischen und norwegischen Seehundsfischern im nördlichen Eismeer.

12. Juni. (Petersburg.) Der Minister des Auswärtigen, v. Giers, übernimmt wiederum die Leitung des Auswärtigen Amtes.

17. Juni. Eine französisch-russische Handelskonvention wird unterzeichnet. Die von Rußland zugestandene Zollerniedrigung auf Naphtaprodukte beträgt die Hälfte des bisherigen Zolles. Rußland gewährt außer den bekannten Vergünstigungen eine Erniedrigung der Zölle auf musikalische Instrumente, Wollwaren und Ackerbaugeräte.

25. Juni. Rußland führt einen doppelten Zolltarif ein.

Als Minimaltarif soll der gegenwärtige Zolltarif mit einigen Abänderungen gelten, während im Maximaltarif auf eine Reihe von Waren Prozentaufschläge von 20—30% gemacht werden.

Wenn Waren außereuropäischer Provenienz von einem europäischen Staate nach Rußland importiert werden, der Rußland nicht das Meistbegünstigungsrecht gewährt, so unterliegen diese einer Zollzahlung nach dem gewöhnlichen Tarif mit einem Aufschlag von 15 Prozent.

Ueber die Provenienz der Waren aus Ländern, die Rußland gegenüber das Meistbegünstigungsrecht genießen, sind den russischen Zollämtern Zeugnisse der russischen Konsuln oder sonstige vom Finanzministerium zu bestimmende Dokumente vorzulegen.

Die Festsetzung der Zeit, wann und gegen welche Länder der Maximaltarif in Kraft treten soll, ist dem Minister der Finanzen in Vereinbarung mit dem Minister des Auswärtigen unter Einholung der Allerhöchsten Genehmigung anheimgestellt.

Der zur Zeit geltende Tarif wird als Minimaltarif den Ländern zugestanden werden, welche die russischen Produkte unter den günstigsten Bedingungen zur Einfuhr und Durchfuhr zulassen. Diejenigen Länder, welche Rußland nicht die Behandlung der meistbegünstigten Nationen zugestehen, werden dem Maximaltarif unterworfen werden.

Ende Juni. Der Großfürst-Thronfolger reist nach London. Vgl. Großbritannien und Deutschland.

1. August. Der Finanzminister verfügt für alle Waren aus Deutschland außer dem Maximaltarif einen Zuschlag von 50%. Auch Schiffe unter deutscher Flagge zahlen eine erhöhte Laststeuer.

24. August. Bei der Grundsteinlegung zum neuen Kriegshafen in Libau richtet der Zar an die baltische Flotte einen Tagesbefehl, dessen Schluß folgendermaßen lautet:

„In Erfüllung des Vermächtnisses meines großen Vorgängers habe ich befohlen, für die Baltische Flotte in dem am meisten offenen Teil der Küste, nahe der Stadt Libau, einen Hafen zu erbauen, und nachdem ich heute eigenhändig den Grundstein zu diesem Hafen gelegt, vertraue ich die Verteidigung der neubegründeten Seefestung dem Heldenmute der baltischen Seeleute an, vollkommen überzeugt, daß sie, treu den Ueberlieferungen so vieler auf dem baltischen Meere erfochtener Siege, und eingedenk des Ruhms von Tschesme, Navarin und Petropawlowsk, es verstehen werden, die Zugänge zu unseren Küsten vor jedem Angriffe zu bewahren, in den sie bespülenden Gewässern der russischen Flagge die ruhige Herrschaft zu sichern und rechtzeitig überall da zu erscheinen, wo es die Würde des russischen Reiches fordern wird."

Ende August. Auf der Messe zu Nischni-Nowgorod hält der Vorsitzende des Messekomitees eine Ansprache an den Finanzminister Witte, in welcher er der Dankbarkeit der Kaufmannschaft für die Sorge Ausdruck leiht, welche der Finanzminister den Interessen des russischen Handels und der russischen Industrie entgegenbringe. Der Vorsitzende führt aus, die Haltung des Finanzministers bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland entspreche völlig den gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedürfnissen Rußlands. Herr Witte erwidert ungefähr folgendes:

„Es ist mir sehr angenehm, die von Ihnen zum Ausdruck gebrachten Gefühle der auf der altrussischen Nischni-Nowgoroder Messe versammelten Kaufmannschaft über die jetzt von uns durchlebten Ereignisse, welche unsern Handelsverkehr mit Deutschland betreffen, zu vernehmen. Die Umstände, die den jetzigen Zustand hervorgerufen haben, sind allgemein bekannt. Wir haben aufrichtig gewünscht, das zu vermeiden, was eingetreten ist; wir haben unsererseits ebenso den Wunsch ausgedrückt, zu versuchen, ein Ende für die beide Teile schädigende Lage zu finden.

Aber der heiße Wunsch, daß die Verhandlungen ruhig verlaufen, kann uns nicht der Pflicht entheben, an die Zukunft zu denken. Es wäre mehr als leichtsinnig, wollten wir zur Erzielung der Beruhigung der Gegenwart Verpflichtungen auf uns nehmen, welche die Industrie Rußlands erschüttern könnten. Wir verlangen von Deutschland keine Opfer. Der Wunsch Rußlands geht einzig dahin, daß der deutsche Nachbar, mit dem Rußland durch langjährige freundschaftliche Beziehungen verbunden ist, den russischen Import ebenso behandelt wie den Import aller anderen Länder der Welt. Wir verlangen von Deutschland keine Tarifherabsetzungen, welche es nicht schon der ganzen Welt gewährt hat, wenn Deutschland volle Gleichstellung Rußlands mit anderen Ländern nur durch eine Erhöhung seines Tarifes erreichen kann, so nehmen wir auch eine solche Entscheidung an. Dadurch, daß Deutschland Rußland mit allen übrigen Reichen gleichstellt, kann es seinem wirtschaftlichen Leben keinerlei Schädigung zufügen, denn für Deutschland ist es völlig gleichgiltig, ob die für dasselbe nötigen Produkte aus Rußland oder aus irgend einem anderen Lande eingeführt werden.

Die Forderung Deutschlands trägt einen völlig anderen Charakter. Rußland hat bis in die letzte Zeit, trotz des Fehlens eines Handelsvertrags, gegen Deutschland niemals schwerere Zollsätze angewandt als gegen die anderen Länder. Rußland hatte den gleichen Tarif für alle. Die deutsche Regierung forderte eine Herabsetzung dieses einen für alle gleichen Tarifes. Und so wünschen wir nur das Eine, daß Deutschland uns ebenso behandelt wie alle andern Staaten. Die deutsche Regierung begnügt sich hiermit nicht, sie fordert außerdem noch entschieden die Herabsetzung unseres Tarifs, der ausschließlich den innern Bedürfnissen Rußlands gemäß aufgestellt ist. Solche Forderungen führen die Frage über die gegenseitigen Zollbeziehungen auf den Weg des Handelns, auf den Weg der Willkür, der, wie das Geschehene zeigt, sehr schlüpfrig ist. Außer dem Prinzip, daß jeder Staat seinen Zolltarif den eigenen Bedürfnissen entsprechend frei aufstellt und sich nur verpflichtet, denselben in gleicher Weise auf alle befreundeten Länder anzuwenden, existieren keine anderen festen Grundlagen für Zolltarife als Normen gerechter internationaler Beziehungen. Die Abweichung von diesem Prinzip kann Antagonismus erregen und eine Reihe von unerwarteten Er-

eignissen für den Handel schaffen. Unter anderem kann es sich ereignen, daß die Zollherabsetzungen, welche Deutschland für sich erstrebt, in Wirklichkeit in bedeutendem Maße dessen Konkurrenten auf dem russischen Markt zu gute kommen.

In jedem Falle ist aber unzweifelhaft, daß die bestehende Lage der Dinge nur allein für die Konkurrenten Deutschlands und Rußlands vorteilhaft ist. Aber kein Unglück ohne Glück! Die gegenwärtigen Ereignisse haben mit voller Kraft gezeigt, wie sehr das öffentliche Bewußtsein in Deutschland und Rußland nach Frieden und Ruhe dürstet. Dies ist unzweifelhaft eine sehr tröstliche Thatsache und bei dem Vorhandensein einer solchen Thatsache kann man hoffen, daß die gesunde Vernunft triumphieren und eine auf dem Boden der Achtung der gegenseitigen Interessen beruhendes Uebereinkommen schaffen wird."

31. August—17. Oktober. Aufenthalt der Kaiserfamilie in Dänemark. Begrüßung eines französischen Kriegsschiffes in Kopenhagen vgl. Dänemark.

13.—24. Oktober. Besuch der russischen Flotte in Toulon; Depesche Kaiser Alexanders an Carnot vgl. Frankreich.

Ende Oktober. Kaiser Alexander sendet der Witwe Mac Mahons ein Beileidstelegramm, vgl. Frankreich.

Ende Oktober. Das Stadthaupt von Riga August v. Öttingen und der Bürgermeister Magnificus v. Hollander werden nach fünfjährigem Prozeß ihres Amtes entsetzt.

Ende Dezember. Ankauf der Großen russischen Eisenbahn durch den Staat.

XVI.

Die Türkei und ihre Vasallenstaaten.

1. Türkei.

Anfang Februar. Erteilung der Konzession für eine große orientalische Eisenbahn an eine deutsche Gesellschaft.

Mitte Februar. Glückwunschtelegramm des Sultans an den Fürsten von Bulgarien vgl. Bulgarien.

26. März. (Konstantinopel.) Die Königin Natalie stattet dem Sultan in Anwesenheit des Großveziers einen Besuch ab, welchen der Sultan bald darauf erwidert. Die Besuche tragen einen sehr herzhaften Charakter. Der Sultan bedauert, die Königin wegen des Ramazanfestes nicht zum Diner laden zu können und verleiht derselben den Großorden des Chefakatordens in Brillanten. Die Königin nimmt den Thee beim Großvezier ein und diniert anderen tags beim russischen Botschafter Nelidow.

Mitte April. Der Sultan erläßt eine allgemeine Amnestie für die Armenier, die in dem Verdachte stünden, bei den Anschlägen von Aufruhrplakaten in den verschiedenen Provinzen Kleinasiens beteiligt gewesen zu sein. Die Amnestie erstreckt sich auf etwa 500 Personen, nur gegen etwa 50 Personen sei das Strafverfahren vorbehalten.

Anfang Juni. Geschenk des Kaisers von Rußland an den Sultan vgl. Rußland.

Mitte Juni. (Konstantinopel.) Das Urteil gegen die wegen der Ruhestörungen in Cäsarea und Umgebung angeklagten Armenier wird von dem Gericht in Angora gefällt. Danach werden 17 Armenier, darunter zwei Professoren des Kollegiums von Mersivan, zum Tode, 6 zu 15 Jahren und 18 zu 7 bis 10 Jahren Gefängnis verurteilt. 15 werden freigesprochen.

Anfang Juli. Die armenischen Professoren Thoumajan und Kajajan werden vom Sultan begnadigt unter der Bedingung, daß sie das türkische Gebiet sofort verlassen.

Mitte Juli. Gerücht, daß der Sultan von England einen Termin für die Räumung Egyptens gefordert habe.

Ende Oktober. Gerücht von Verwickelungen mit den Franzosen an der Grenze von Tripolis.

2. Bulgarien.

12. Februar. Verlobung des Fürsten Ferdinand mit der Prinzessin Marie Louise von Parma in Florenz.

Der Sultan gratuliert dem Fürsten zur Verlobung und gebraucht dabei die Wendung, „daß er in der Verlobung des Fürsten ein wertvolles Pfand der Konsolidierung Bulgariens erblicke".

Ende Februar. Von der in Sofia erscheinenden halbamtlichen „Swoboda" wird ein Telegramm aus Tirnowo mit den Unterschriften des Vizepräsidenten der Sobranje und mehrerer Deputierten veröffentlicht, welches im Auftrage von etwa 2000 Bewohnern des Distrikts abgesandt ist und meldet, die Bevölkerung wäre durch die unpatriotische Haltung des Metropoliten, namentlich infolge seiner am 26. Februar aus Anlaß des Geburtstages des Prinzen Ferdinand gehaltenen aufrührerischen Rede äußerst erregt worden und hätte beschlossen, durch eine Deputation von dem Metropoliten Aufklärung und Garantien für seine künftige Haltung zu verlangen. Da der Metropolit bei seiner bisherigen Haltung beharrte, sei er durch eine Deputation zwangsweise in das Peter Pauls-Kloster geführt worden, der Schlüssel zur Metropolkirche sei dem Präfekten übergeben worden. Die Bevölkerung verlange um jeden Preis die Ersetzung des Metropoliten durch eine andere Persönlichkeit.

Anfang März. Russische Stimmen über die bulgarische Verfassungsrevision (s. vorigen Jahrgang und unten 28. Mai) vgl. Rußland.

11. April. Der Ministerpräsident Stambulow wird vom Kaiser von Österreich in Wien empfangen.

Stambulow erklärt gegenüber einem Mitarbeiter der „Neuen Freien Presse", er habe in Wien wertvolle Beweise empfangen, daß die österreichisch-ungarische Politik dem Programm der Forderung nach der Unabhängigkeit und dem Selbstbestimmungsrecht der Balkan-Völker treu bleibe. Das gegenwärtige Regierungssystem in Bulgarien sei an keine Partei und keine Person gebunden. Sein Nachfolger werde so regieren müssen wie er, nämlich in dem Sinne, daß Bulgarien seine Verwaltung nach eigenem Ermessen

regle. Kein Bulgare denke jetzt an die Erklärung der Unabhängigkeit des Landes oder Forcierung der Anerkennung des Prinzen. Jedes von einer fremden Regierung an Bulgarien gestellte Verlangen bedeute ein Stück faktischer Anerkennung. Der formalen Anerkennung bedürfe Bulgarien nicht. Niemand wünsche die Verletzung oder gar die Herausforderung Rußlands. Die Bulgaren wollten nur Ruhe für die Entwicklung und Verbesserung ihres Verwaltungswesens. Niemand in Bulgarien sei gegen den Prinzen Ferdinand, der aus allen Parteischichten Ergebenheitsbeweise erhalte. Die Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn, Italien, England und Deutschland seien gute. Zur hohen Pforte, sagt Stambulow, standen wir nie so gut wie jetzt.

20. April. Vermählung des Fürsten Ferdinand mit der Prinzessin Marie Louise von Parma in Pianore bei Pisa.

28. Mai. (Tirnowo.) Die von der kleinen Sobranje bereits gebilligte Abänderung der Verfassung wird einstimmig durch die große Sobranje angenommen.

Die Hauptpunkte der Abänderungen sind folgende: 1. Der Fürst führt den Titel „Zarko Visotschestvo", ebenso der Thronfolger. Dieser Titel ist am ehesten mit „Kaiserliche Hoheit" wiederzugeben. Bulgarien hatte früher nur Zaren als Herrscher, die in päpstlichen Urkunden bis 1204 „nobilis vir", nach 1204 „rex", 1237 „nobilis vir, dominus bulgarorum", 1291 „imperator bulgarorum illustris", 1337 „rex" genannt wurden. In amtlichen französischen Schriftstücken führt Fürst Ferdinand seit seiner Thronbesteigung den Titel „Altesse Royale". 2. Der erste Nachfolger des gewählten Fürsten braucht nicht der orthodoxen Religion anzugehören. Ein Sohn des Fürsten Ferdinand würde also doch seinen Erstgeborenen in der orthodoxen Religion erziehen müssen. Sollte der gegenwärtige Fürst bei seinem Ableben keinen Sohn hinterlassen, so würde also abermals eine Fürstenwahl nötig werden und, falls der so gewählte dritte Fürst Bulgariens einem andern christlichen Bekenntnis als dem orthodoxen angehört, würde er und sein Erstgeborener in die Rechte eintreten, welche die große Sobranje gegenwärtig dem gewählten Fürsten zuerkannt hat. 3. Der Fürst hat das Recht, Orden zu verleihen. 4. Die Abgeordneten zur Sobranje werden für fünf Jahre gewählt, auf 20,000 Bulgaren beiderlei Geschlechts entfällt ein Abgeordneter. Früher wurde auf 10,000 Seelen ein Abgeordneter für drei Jahre gewählt. 5. Die Beschlußfähigkeit der Sobranje ist bei Anwesenheit von mehr als einem Drittel der Abgeordneten vorhanden. Früher wurde die Hälfte verlangt. Stambulow begründete den Antrag besonders dadurch, daß die Minderheiten nicht in die Lage versetzt werden sollten, durch Fernbleiben von den Verhandlungen die Beschlußunfähigkeit herbeizuführen. 6. Die geheime Stimmenabgabe kann nur auf Antrag von 10 Mitgliedern und nach Annahme dieses Antrags durch die Sobranje geschehen. Die letztere Bedingung fehlte bisher in der Verfassung. 7. Der Fürst hat das Recht, unvorhergesehene Ausgaben des Staates bis zur Höhe von einer Million Franken zu gestatten. Die alte Verfassung setzte diese Höhe auf 300,000 Franken fest. 8. Allen Abgeordneten werden Tagegelder gezahlt. Früher hatten nur die ein Recht auf Tagegelder, welche an einem andern Orte lebten, als an dem, an welchem die Sobranje tagte. Die Tagegelder wurden auf 20 Franken festgesetzt. 9. Die Zahl der Abgeordneten zur großen Sobranje wird auf die doppelte Zahl der Abgeordneten zur gewöhnlichen Sobranje festgesetzt. 10. Es werden zwei neue Ministerien geschaffen: das Ministerium für Handel, Landwirtschaft und Industrie und

das Ministerium der öffentlichen Arbeiten und des Verkehrs. Die Zahl der Ministerien steigt damit auf acht.

30. Mai. (Tirnowo.) Die Sobranje wird unter Enthusiasmus der Bevölkerung und Deputierten in Anwesenheit des Fürstenpaares geschlossen.

Die Thronrede dankt den Deputierten für ihr patriotisches Werk und beglückwünscht sie zur einmütigen Annahme der Verfassungsänderung, welche ein evidenter Beweis der Vaterlandsliebe, des Taktes und der Einsicht sei, womit Bulgarien seine Rechte, Freiheiten und die Autonomie schütze und verteidige. Die Verfassungsänderung bedeute in gegenwärtigem Zeitpunkt ein wertvolles Geschenk für das Vaterland und die Krone. Der Prinz sei überzeugt, daß das Volk dieselbe als eines der wichtigsten Ereignisse seiner Regierung betrachten werde. Mit den nochmaligen Ausdrücken des Dankes erklärt der Prinz die Session für geschlossen.

24. Juli. Der Metropolit Clement wird der Aufwiegelung des Volkes gegen den Prinzen von Bulgarien und gegen die bulgarische Regierung schuldig befunden und zu lebenslänglicher Verbannung verurteilt.

31. Juli. Die Wahlen zur Sobranje ergeben fast ausschließlich Anhänger der Regierung.

Ende September. Gerücht von einem Konflikt zwischen dem Fürsten und dem leitenden Minister Stambulow.

1. November. (Sofia.) Bei der vor dem Appellgerichtshofe zu Tirnowo verhandelten Berufung des Metropoliten Clement gegen das in erster Instanz gefällte und auf lebenslängliche Verschickung lautende Urteil wird Clement zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren verurteilt. Gleichzeitig beschließt der Appellgerichtshof, bei dem Fürsten Ferdinand die Umwandelung der Strafe in zweijährige Verschickung in Vorschlag zu bringen.

17. November. Graf Hartenau, Fürst Alexander von Bulgarien in Graz in Steiermark †.

18. November. (Sofia.) In der Sobranjesitzung beantragt Dantschew unter allgemeiner lebhafter Zustimmung, der Witwe und den Kindern des verstorbenen ersten Fürsten von Bulgariens eine Pension von 50,000 Francs, welche diesem bewilligt worden, auf Lebensdauer anzubieten und das Begräbnis auf Staatskosten zu veranstalten.

19. November. Ein Armeebefehl des Fürsten Ferdinand gedenkt in erhebenden Worten des schweren Verlustes, welchen die bulgarische Armee durch den Tod ihres Begründers, des ruhmreichen Helden, erlitten hat, der am Jahrestag des ruhmreichen Sieges von Slivnitza verschied.

Ende November. Beisetzung des Grafen Hartenau in Sofia. Dabei hält der Fürst Ferdinand eine Ansprache.

„Als Herrscher von Bulgarien, als Oberhaupt der bulgarischen Armee und des bulgarischen Volkes nehme ich die sterblichen Ueberreste des Prinzen Alexander, des ersten Fürsten von Bulgarien, in Empfang und vertraue sie diesem Boden an, den er so tapfer zu verteidigen und zu schützen verstand. Möge sein Beispiel von Selbstverleugnung und Energie uns allen heilig und unantastbar bleiben! Im Namen des ganzen bulgarischen Volkes, im Namen aller Herzen, die für die bulgarische Idee schlagen, gelobe ich, daß das Andenken an den Verblichenen ewig dauern und ewig geheiligt sein soll."

Ende November. In Sofia wird ein Mordanschlag gegen den Fürsten Ferdinand entdeckt. Der Hauptschuldige ist ein früherer bulgarischer Offizier namens Iwanow. Das Attentat sollte bei der Begräbnisfeier stattfinden.

3. Egypten.

16. Januar. Der Khedive entläßt seinen bisherigen Ministerpräsidenten Mustapha Fehmi und ernennt Fakri-Pascha.

Englische Korrespondenten erblicken in dem Ministerwechsel das Werk einer russisch-französischen Intrigue. Es wird vermutet, daß der General-Sekretär des Khedive, Ruiller-Bei, seine Hand im Spiele gehabt hat, der mit den Vertretern Rußlands und Frankreichs nähere Beziehungen unterhalten soll als mit der übrigen Diplomatie. Ruiller-Bei war einer der Lehrer des jetzigen Chedive am Theresianum; er ist ursprünglich Schweizer, hat sich aber dann, um an das Theresianum kommen zu können, als Ungar naturalisieren lassen. Er wurde von Abbas nach Egypten mitgenommen und hat sich in der kurzen Frist außerordentlichen Einfluß zu verschaffen gewußt.

17. Januar. (Kairo.) Der englische Gesandte Cromer stattet dem Khedive einen Besuch ab, bei welchem er erklärt, England erwarte bei allen wichtigen Schritten des Khedive, namentlich bei einem Ministerwechsel, zu Rate gezogen zu werden. Die englische Regierung könne die Ernennung Fakris zum Premierminister absolut nicht gutheißen, da dieselbe als durchaus nicht wünschenswert erachtet werde. Cromer werde morgen den Khedive nochmals besuchen. Der Khedive konferiert nachmittags mit den früheren Premierministern Riatz und Nubar-Pascha.

17. Januar. (London.) Lord Rosebery empfängt wegen der Vorgänge in Egypten die Botschafter Rußlands und Frankreichs. Sofort darauf sandte Rosebery Lord Herschell zur Königin nach Osborne und konferierte mit dem Vertreter Deutschlands, eilte dann zu Gladstone, welcher schleunigst einen Ministerrat berief. Dieser trat zusammen und beschloß angeblich, mit größter Energie gegen

den Khediven vorzugehen, und rücksichtslos die vollste Abhängigkeit des Khediven von England klar zu stellen. Das Bekanntwerden der plötzlichen Berufung des Ministerrats erregt große Bewegung.

19. Januar. (Egypten.) Fakri-Pascha tritt zurück und Riaz Pascha wird zum Ministerpräsidenten ernannt.

19. Januar. Frankreich richtet an England eine Note, in der die Unabhängigkeit des Khedive gewahrt wird.

Ende Januar. Die englische Besetzung in Egypten wird verstärkt.

16. Februar. Lord Rosebery sendet dem englischen Vertreter in Egypten Lord Cromer eine Note, worin in geharnischter Form dem Vizekönige seine Stellung zu Großbritannien klar gemacht wird.

Darin heißt es im Eingange, der Khedive habe sich durch seinen Widerstand gegen die englische Reformpolitik amtsunfähig erwiesen. Feststellen lasse sich jedoch nicht, wieweit er dabei durch eigenes Ungestüm oder auf fremde Aufreizung hin vorgegangen sei. Dann wird in Uebereinstimmung mit einer Note Lord Granvilles von 1883 betont: es sei notwendig, daß die Ratschläge, welche England nach Kenntnisnahme der Ansichten der egyptischen Regierung gebe, vom Khedive befolgt würden, und daß die Minister und Statthalter, welche dagegen seien, ihr Amt niederlegten. Was die Wiederaufhebung der Besetzung Egyptens durch die Engländer anlange, so müsse diese Frage aus vier Gründen verneint werden, namentlich deshalb, weil dann der alte Wirrwarr wieder aufleben und eine neue Einmischung notwendig machen werde.

1. Mai. Frage der Räumung Egyptens siehe England.

19.—22. Juli. Der Khedive macht dem Sultan in Konstantinopel einen Besuch.

XVII.
Rumänien.

10. Januar. Vermählung des Thronfolgers Prinzen Ferdinand in Sigmaringen s. Deutschland.

17.—20. April. Unruhen in Bukarest wegen eines neuen Gemeindesteuergesetzes. Die Kammer läßt sich jedoch dadurch nicht einschüchtern, sondern nimmt das Gesetz (betr. Verzehrungssteuer) mit 81 gegen 21 Stimmen am 29. April an.

15. Oktober. Dem Thronfolgerpaar wird ein Sohn geboren und nach griechisch-orthodoxem Ritus getauft.

21. Oktober. Unterzeichnung eines Handelsvertrages mit Deutschland.

XVIII.

Serbien.

23. Januar. Aussöhnung zwischen König Milan und Königin Natalie.

In dem Briefe, worin König Milan seine Versöhnung mit Königin Natalie der Regierung mitteilt, stellte er im Namen der Königin das Ersuchen, der Ministerpräsident möge beim Metropoliten einwirken, daß die Scheidung rückgängig gemacht werde. Infolgedessen fand eine Sitzung der Synode statt, an der sämtliche Bischöfe teilnahmen und einstimmig erklärten, der Scheidungsakt des früheren Metropoliten sei unkanonisch und sei widerrechtlich erfolgt, die Ehe des königlichen Elternpaares sei demgemäß gar nicht aufgelöst. Auf Grund dieses Beschlusses erteilte der Metropolit der Versöhnung des Elternpaares seinen Segen, wofür sich der König Alexander beim Metropoliten persönlich bedankte.

18. März. (Belgrad.) Wahlen zur Skuptschina. Es sind 66 Liberale, 64 Radikale und 3 Fortschrittler gewählt.

26. März. Besuch der Königin Natalie von Serbien in Konstantinopel vgl. Türkei.

6. April. (Belgrad.) Eröffnung der Skuptschina. In der Sitzung waren sämtliche Abgeordnete und Minister anwesend. Die liberalen Deputierten wählen unter lebhaftem Widerspruche der Radikalen den Unterrichtsminister Georgevitsch zum Alterspräsidenten. Als derselbe die Auslosung in die Sektionen vornehmen lassen will, verlangen die Radikalen unter großer Unruhe zunächst die Auszählung des Hauses unter Namensaufruf, um den Nachweis der Stimmengleichheit mit den Liberalen zu erbringen. Nach heftigen Debatten verlassen die Radikalen unter Führung von Pasitsch und Sava Gruitsch in corpore den Sitzungssaal. Hierauf erklären Garaschanin und Navakovitsch namens der Fortschrittspartei, die Skupschtina sei nicht beschlußfähig, da weniger als 68 Mitglieder anwesend wären, und verlassen ebenfalls den Saal. Der Minister des Innern bezeichnet es als eine Pflicht der im Saal Zurückgebliebenen, Verfassung und Gesetzmäßigkeit der Zustände auch unter den schwierigsten Verhältnissen hochzuhalten; nach dem Wortlaut des Gesetzes und der Geschäftsordnung sei die Versammlung beschlußfähig. (Beifall.) Nunmehr werden die Sektionen ausgelost und der Verifikationsausschuß gewählt, worauf die weitere Sitzung ohne Störung verlief.

13. April. (Belgrad.) In einem Manifest erklären die radikalen Mitglieder der Skuptschina, daß sie infolge der ungesetz-

lichen Konstituierung der Skuptschina an den Sitzungen nicht teilnehmen könnten, und zwar um so weniger, als die Regentschaft ihren Beschwerden kein Gehör geschenkt habe. Für die Folgen seien die Regierung und die liberale Partei verantwortlich.

14. April. (Belgrad.) König Alexander läßt die Regenten verhaften und teilt ihnen mit, daß er sich großjährig erkläre. Der König ernennt sofort ein Ministerium unter dem Präsidium von Dokitsch. Die Truppen werden konsigniert und leisten dem König den Eid der Treue. Das neue Ministerium ist wie folgt zusammengesetzt: Dokitsch, früher Professor, jahrelang Erzieher des Königs und sein väterlicher Freund, Präsidium und Unterricht, Franassovitsch Krieg, Oberst Stankovitsch Bauten, Vuitsch Finanzen, Milosevitsch Volkswirtschaft, Milosavljevitsch Inneres.

König Alexander erläßt folgende Proklamation:

Serben! So oft die Lebensinteressen des serbischen Volkes es erheischten, haben sich meine Ahnen, die Obrenowicz, stets in den Dienst der serbischen Staatsidee gestellt. In deren Traditionen auferzogen, treu dem Geiste der Nation, gewohnt, vor allem der serbischen Staatsidee zu dienen, habe ich heute die Pflicht, dem Beispiele meiner Ahnen zu folgen. In der gegenwärtigen Zeit soll das Volksleben sich ruhig unter dem Schutze der Verfassung entwickeln, die mein erlauchter Vater im Einverständnis mit allen Parteien und mit dem Volke selbst dem Lande verliehen hat. Leider war die Verfassung in jüngster Zeit so gefährdet, die staatsbürgerlichen Rechte meiner teuern Serben dermaßen in Frage gestellt und die verfassungsmäßige Stellung der Volksvertretung derart erniedrigt, daß ich nicht säumen darf, diesem unglücklichen Zustande ein Ende zu machen. Serben! Von heute an nehme ich die königliche Gewalt in meine Hände. Von heute an tritt die Verfassung ganz in Kraft und erhält ihren vollen Wert. Im Vertrauen auf den glücklichen Stern der Obrenowicz werde ich, gestützt auf die Verfassung und die Gesetze, mein Land regieren, und so fordere ich euch alle auf, mir treu und ergeben zu dienen. Mein teures Volk! Indem ich Gott anflehe, daß er jeden meiner Schritte beschütze, schließe ich mit dem Rufe: Es lebe mein Volk! Gezeichnet: Alexander. Belgrad 1./13. April 1893.

15. April. (Belgrad.) Das „Amtsblatt“ verkündet die Pensionierung der Regenten. König Milan telegraphiert dem Chef des Kabinetts Dokitsch: „Ich gratuliere zum vollendeten Werke. Wäre die Regentschaft noch länger geblieben, so wäre es ein Unglück für das Land gewesen.“

19. April. Die liberale Partei erläßt folgendes Manifest, von Ristitsch verfaßt:

„Die liberalen Deputierten können nicht anders, als dem König Serbiens Glück und Segen wünschen. Sie werden niemals aus einer Frage, die über der Parteidiskussion steht, eine Waffe des Parteikampfes machen. Die Nacht des 13. April brachte auch die radikale Partei wieder ans Ruder, diesmal im Bunde und augenscheinlich im Einverständnisse mit den Fortschrittlern. Der nächtliche Ursprung der neuen Regierung, welche allein ver-

antwortlich ist sowohl für die Art ihrer Entstehung, wie für die Konsequenzen des ganzen Vorfalls, entspricht ganz den dunklen Wegen, welche Radikale und Fortschrittler stets gewandelt sind. Der erste Schritt der neuen Regierung, die Auflösung der Skupschtina, ist verfassungswidrig. Unwahr ist es, daß die Skupschtina sich nicht konstituieren konnte.... Auf ein neues Terrain gedrängt, wird die liberale Partei weder abdizieren, noch ihre Rechte preisgeben, sondern die ihr in der schrecklichen und stürmischen Nacht vom 13. April aufgezwungene Rolle mit derselben Ruhe und Entschlossenheit auf sich nehmen, mit welcher die liberalen Führer alle Schwierigkeiten der jüngsten Tragödie über sich ergehen ließen. Wir kehren in den Kreis unsrer Wähler, um eine Erfahrung reicher und um ein durch eine lange Reihe von Jahren genährtes Vorurteil ärmer, zurück. Alle Errungenschaften des serbischen Staates in den letzten dreißig Jahren sind ein Werk unsrer Partei, die stolz darauf ist. Wir werden unsern Weg fortsetzen, überzeugt, daß zuletzt Wahrheit und Ehrlichkeit siegen."

Anfang Juni. Bei den Skuptschinawahlen bringen die Fortschrittler es auf 10 Mandate, alle übrigen Mandate von den 133 sind den Radikalen zugefallen, mit Ausnahme eines einzigen, welches ein liberaler Verfechter der gewerblichen Interessen in der weinreichen Stadt Negotin errang.

16. Juni. (Belgrad.) Die Skuptschina wird eröffnet.

Die hierbei verlesene Thronrede hebt hervor, daß der König am 1. April eine gebieterische Pflicht erfüllt habe, da es die Aufgabe der Obrenovitschs sei, die Verfassung sowie die verfassungsmäßigen Rechte der Bürger Serbiens gegen jeden Eingriff zu schützen. Der König habe es nicht dulden können, daß die während seiner Minderjährigkeit in seinem Namen handelnde Regierung die Grundlagen des konstitutionellen Lebens untergrabe. Nach der Eröffnung der verfassungswidrigen Skupschtina am 31. März durch die unvollständige Regentschaft habe es keine Verfassung mehr gegeben. Er, der König habe sich beeilt, am nächsten Tage diesem Regime ein rasches Ende zu bereiten. Das Volk habe diesen Akt mit enthusiastischer Zustimmung begrüßt. Er könne mit Befriedigung verzeichnen, daß auch das Ausland denselben richtig beurteilte. Die Thronrede gedenkt ferner der freundschaftlichen und schmeichelhaften Aufnahme der Notifikationen des Regierungsantrittes seitens der fremden Souveräne und Staatsoberhäupter sowie der hierbei zu Tage getretenen kostbaren Sympathiebeweise für König und Land. Der König werde stets darauf bedacht sein, daß Serbien sich dieser hohen Sympathie würdig erweise. Das Element der Ordnung und des Fortschritts in Osteuropa werde sich die bereits erworbenen Freundschaften erhalten und neue erwerben. Die letzten Wahlen zur Skupschtina seien ohne jede Beeinflussung vor sich gegangen, und deshalb sei die gegenwärtige Kammer der treue Ausdruck des Volkswillens. Die Skupschtina sei zu der außerordentlichen Session einberufen behufs der Eidesleistung und der Abstimmung über das Budget, beides konstitutionelle Akte, welche keinerlei Aufschub duldeten. Ferner sei die Skupschtina einberufen wegen der Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland, welche der besonderen Aufmerksamkeit der Skupschtina empfohlen werden, weil sie von großer wirtschaftlicher und finanzieller Wichtigkeit seien. — Hierauf leistete der König den Verfassungseid. Dem Könige wurden sowohl beim Erscheinen in der Skupschtina als auch beim Verlassen derselben stürmische Ovationen dargebracht.

22. Juni. (Belgrad.) Die Skuptschina nimmt mit allen

gegen die Stimmen der Fortschrittler, die sich vor der Abstimmung entfernten, die Adresse an, in der auch der Beschluß der Erhebung der Anklage gegen das liberale Kabinett enthalten ist. Der Gerichtshof setzt sich zusammen aus den Präsidenten des Kassations- und Appellationshofes, des Staatsrates der Skuptschina, sowie drei Mitgliedern der letzteren.

19. Juli. (Belgrad.) Die Skuptschina nimmt nach fünftägiger Diskussion den Antrag, das frühere liberale Ministerium in Anklagezustand zu versetzen, mit 102 gegen 11 Stimmen an.

15. September. Prinz Peter Karageorgewitsch, der Prätendent auf die serbische Krone, richtet an König Alexander folgendes Telegramm zum Dank für einen Lorbeerkranz, den König Alexander auf das Grab des Stifters der Unabhängigkeit Serbiens, Karageorg, niedergelegt hat: „Dieser edle, zum ersten Male von einem Obrenovitsch vollzogene Akt werde vom serbischen Volke einmütig mit warmer Dankbarkeit begrüßt. Obwohl fern vom Vaterlande Serbien, begrüße er doch diesen aller Anerkennung würdigen Akt eines Monarchen gegenüber den Ahnen und dem Andenken eines großen Helden."

15. November. (Belgrad.) Der König eröffnet die Skupschina mit einer Thronrede, in welcher es heißt:

die Skupschtina habe eine wichtige Aufgabe zur Hebung der Volkswirtschaft und zur Konsolidierung der Finanzen zu erledigen. Die Thronrede lenkt darum die Aufmerksamkeit besonders auf das Budget für 1894, worin das finanzielle Gleichgewicht hergestellt werde, sowie auf den Handelsvertrag mit Rußland, durch den die Freundschaftsbande zu dem mächtigen Slawenreiche enger gefügt würden. Bei der Rundreise des Königs durch das Land habe das Volk neue wertvolle Beweise der Ergebenheit gegen den König und die Dynastie Obrenowitsch geliefert. Gegenseitiges Vertrauen zwischen König und Volk sei das beste Unterpfand einer schönen Zukunft. Der Passus der Thronrede, der sich auf die auswärtige Lage bezieht, lautet: „Betreffs der internationalen Verhältnisse unseres Vaterlandes, die ununterbrochen Gegenstand meiner lebhaftesten Fürsorge sind, kann ich mit Freude mitteilen, daß die Beziehungen zu allen Staaten freundlich und korrekt sind; meine Regierung war ununterbrochen bemüht, alle Verpflichtungen, die Serbien übernommen, loyal zu erfüllen und die aufgetauchten Fragen freundschaftlich und zuvorkommend zu verhandeln.

3. Dezember. Das Ministerium Dokitsch demissioniert. Dokitsch, schon länger schwer krank, stirbt wenige Tage darauf.

4. Dezember. König Alexander lehnt die Berufung Paschitschs ab.

6. Dezember. Ministerium Gruitsch.

Gruitsch hat das Auswärtige und interimistisch den Krieg, Wuitsch die Finanzen und Wesnitsch den Unterricht. Das Portefeuille des Inneren behält Milosavljevitsch, das der Volkswirtschaft Milosevitsch und die Bauten Oberst Stankovitsch.

XIX.
Griechenland.

Mitte Mai. Das Ministerium Trikupis demissioniert.

Das Präsidium und das Portefeuille der Finanzen übernimmt Sotiropulo, Inneres Ralli, Auswärtiges Contostavlo, Krieg Oberst Corpa, Marine Criezis, Unterricht Eftaxias, Justiz Hadzopulos. Von den Mitgliedern des Kabinetts sind allein Ralli und Eftaxias Deputierte. — Das Programm des neuernannten Ministerpräsidenten Sotiropulo besteht aus folgenden Hauptpunkten; Einhaltung der Verbindlichkeiten Griechenlands gegen das Ausland, Zahlung der demnächst fälligen Koupons, weitgehende Ersparnisse im Staatshaushalte und Einführung des Tabaksmonopols. — Sotiropulo gehört gegenwärtig keiner Partei an; die meisten Mitglieder des Kabinetts gehören der von Ralli geführten sogenannten dritten Partei an.

31. August—7. Oktober. Aufenthalt der königlichen Familie in Dänemark.

8. November. (Athen.) Die Kammer wird von dem König eröffnet. Die Thronrede hebt hervor, die Anleihe sei durch die Notwendigkeit, den seitens des Staates eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen, veranlaßt worden. Sie verspricht eine definitive Regelung der öffentlichen Schuld in Verbindung mit der Reorganisation der Nationalbank und der allmählichen Aufhebung des Zwangskurses. Ferner werden finanzielle Maßregeln angekündigt, welche es ermöglichen würden, das Gleichgewicht des Budgets herzustellen. Schließlich wird die Hoffnung ausgesprochen, daß der Patriotismus des Landes alle vorübergehenden Schwierigkeiten überwinden werde.

9. November. (Kammer.) Bei der Wahl des Präsidenten erhalten von 187 abgegebenen Stimmen Crestenito, der Kandidat der Regierung, 50, Buduris, der Kandidat der Trikupisten, 102 Stimmen. Zersplittert 35 Stimmen. Der Ministerpräsident Sotiropulo erklärt, daß durch diese Abstimmung eine Ministerkrisis eröffnet sei.

Der König nimmt die Demission des Kabinetts an und beruft Trikupis zu sich.

11. November. (Athen.) Das neue Ministerium konstituiert sich folgendermaßen: Trikupis, Präsidentschaft und Finanzen; Busidis, Inneres; Stephanon, Justiz und interimistisch Auswärtiges; Oberst Tsamados, Krieg; Butulis, Marine; Kalliphronos, Unterricht.

Mitte Dezember. Trikupis bringt eine Vorlage ein, wodurch

die von der vorigen Regierung beabsichtigte Anleihe von 100 Mill. annulliert und der Staatsbankerott erklärt wird. Am 19. nimmt die Kammer sie an.

Das Gesetz lautet: § 1. Die Regierung wird ermächtigt, in Verhandlungen einzutreten mit den Inhabern der Obligationen der Goldanleihen von den Jahren 1881, 1884, 1887 und 1890 und vom Jahre 1889 über eine Regelung des Dienstes betreffend die Zinsen, die Amortisation und die Garantien, welche betreffend Taxen, Abgaben, Monopole und alle anderen Rechte und Allokationen zu bieten sind. § 2. Bis zur legislativen Genehmigung des definitiven Reglements über den Dienst der im vorigen Paragraphen angeführten Anlehen werden A) 30% in Gold bezahlt den Inhabern der Obligationen für die fällig werdenden Koupons. Ausgenommen sind die Koupons dieser Anlehen, welche am 15. und 31. Dezember 1893 zahlbar sind; diese sollen provisorisch mit 50% Bankbillets bezahlt werden. Ebenso sollen provisorisch mit 50% in Bankbillets die am 31. Juli und 1. Oktober fälligen Koupons bezahlt werden, solange sie nicht gegen Titres des Kapitalisations-Anlehens umgetauscht werden. B) Der Amortisationsdienst der genannten Anlehen wird aufgehoben. C) Die Taxen, Steuern und Monopole, welche als Garantie gegeben werden, sind vom 1. Oktober 1893 an die Staatskasse zu entrichten. Die 1892er Goldanleihe und die älteren Inlandsanleihen werden in dem Gesetze nicht erwähnt. Die Koupons der ersteren sollen mit 100% in Papier bezahlt werden und dasselbe steht, für die übrigen Inlands-Anlehen bevor. Die Inländer werden also bei dem griechischen Staatsbankrott vor den Ausländern wesentlich bevorzugt.

XX.

Nord-Amerika.

27. Januar. (New-York.) Der frühere Staatssekretär Blaine †.

15. Februar. Präsident Harrison richtet an den Senat eine Botschaft betreffend Hawaii. Dieselbe ist begleitet von einem Vertragsentwurf betreffend die Annektierung der Hawaischen Inseln durch die Vereinigten Staaten und zwar unter einer provisorischen Regierung. Der Senat trat sofort in die Beratung der Botschaft ein, in welcher die Genehmigung des Vertrages befürwortet wird.

In der Botschaft heißt es im Interesse der Sicherheit der Vereinigten Staaten und des Weltfriedens müßten die Vereinigten Staaten Hawaii annektieren. Die Rechte der sich in Hawaii aufhaltenden Ausländer würden nach den Verträgen respektiert werden. Die gegenwärtige Regierung werde im Amte bleiben; es solle ein Kommissar ernannt werden mit der Befugnis, die von der Regierung vorgenommenen Akte eventuell für ungültig zu erklären; die Handelsbeziehungen und die auswärtigen Beziehungen würden unverändert bleiben. Bis zu einer neuen Gesetzgebung würden die Vereinigten Staaten eine Schuld von 3,250,000 Dollars aufnehmen und der Königin von Hawaii jährlich 20,000 Dollars, der Prinzessin Kainlani, der Thronfolgerin, die Summe von 150,000 Dollars zahlen.

3. März. Präsident Harrison unterzeichnet die Bill Chandler.

Nach dieser Bill Chandler erstreckt sich das Verbot der Einwanderung nach den Vereinigten Staaten auf Personen im Alter von über 16 Jahren, welche verkrüppelt, erblindet oder des Lesens und Schreibens unkundig sind, auch Personen, die mit körperlichen Gebrechen behaftet sind, welche dem Staate zur Last fallen können und endlich auf Mitglieder von Vereinigungen, welche verbrecherische Bestrebungen gegen Leben und Eigentum begünstigen.

4. März. Präsident Cleveland tritt sein Amt an und hält dabei folgende Ansprache:

„Mitbürger! Gehorsam dem Auftrage meiner Landsleute stehe ich im Begriffe, mich ihrem Dienste zu widmen unter der Sanktion eines feierlichen Ausdruckes des Vertrauens und persönlicher Zuneigung, welche mich zu diesem Amte berufen haben. Während jeder amerikanische Bürger mit dem größtem Stolze und Enthusiasmus das Wachstum und die Ausdehnung unseres Landes betrachten muß, haben wir beständig jedes Symptom gefährlicher Schwäche zu beobachten, welche unsere nationale Stärke bedroht. Ein

starker Mann, welcher im Vertrauen auf seine kräftige Gesundheit die stärkste Thätigkeit aufsucht und sich beständiger Arbeit freut, mag doch von heimlicher und naher Krankheit bedroht sein, welche zu plötzlichem Zusammenbruche führt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die ungeheuren Errungenschaften unseres Volkes und die bedeutende Stärke unseres Landes Anlaß zu einer Sorglosigkeit in jenen Gesetzen gegeben haben, welche unsere nationale Gesundheit leiten und die wir nicht mehr vermeiden können, als das menschliche Leben die Gesetze Gottes und der Natur. Offenbar ist für unser Uebergewicht als Nation und für die guten Zwecke unserer Regierung nichts wichtiger als eine gesunde und beständige Geldwährung. Sobald dieselbe der Verschlechterung ausgesetzt ist, sollte die erleuchtetste Staatskunst sofort zur Thätigkeit erwachen und die Gefahr der Entwertung der Kaufkraft und der Arbeitslöhne sollte den stärksten Ansporn zu schnellen und konservativen Vorsichtsmaßregeln sein. Bei der Behandlung unserer gegenwärtigen schwierigen Lage in Bezug auf diesen Gegenstand werden wir weise sein, wenn wir unser Vertrauen in unsere nationale Stärke und unsere Hilfsquellen mit dem offenen Bekenntnis mäßigen, daß selbst diese Hilfsquellen uns nicht erlauben werden, den unerbittlichen Gesetzen der Finanzen und des Handels straflos zu trotzen. Gleichzeitig sollten wir in unseren Bemühungen, Meinungsverschiedenheiten auszugleichen, uns frei von Intoleranz und Leidenschaft halten und unser Urteil sollte sich nicht durch trockene Phrasen verleiten und nicht durch selbstische Interessen erregen lassen. Ich bin überzeugt, daß, wenn wir die Frage in solcher Weise behandeln, wir zu einer verständigen und wirksamen heilenden Gesetzgebung gelangen werden. Inzwischen wird, soweit die Regierung dabei in Betracht kommt, keine Machtvollkommenheit, mit welcher dieselbe ausgerüstet ist, unbenutzt bleiben, wenn die Notwendigkeit an uns herantritt, unseren nationalen Kredit aufrecht zu erhalten oder ein finanzielles Unglück von uns abzuwenden. Eng verbunden mit dem übertriebenen Vertrauen auf die Größe unseres Landes, welches dazu neigte, die Gesetze der nationalen Sicherheit zu mißachten, droht uns eine nicht geringere Gefahr, ich meine das Vorherrschen der Neigung im Volke, von der Regierung besondere und direkte persönliche Vorteile zu verlangen. Der Urteilsspruch unserer Wähler, welcher die Ungerechtigkeit der Aufrechterhaltung des Schutzsystems um des Schutzes selbst willen verurteilte, legte den Dienern des Volkes die Pflicht auf, die Brut ähnlicher Uebel, welche die ungesunde Quelle des Patronagesystems sind, klarzulegen und zu zerstören. Dies ist der Fluch der republikanischen Institutionen und bildet eine beständige Gefahr für unsere Regierung durch das Volk. Es erniedrigt für die Zwecke verschlagener Leute den Plan der Regierung, welchen unsere Väter uns eingerichtet und als einen Gegenstand unserer Liebe und Verehrung hinterlassen haben. Es verdirbt die patriotischen Gesinnungen unserer Landsleute und verführt sie zu einer bedauernswerten Spekulation unseres Volkes auf schmutzigen Gewinn, der nur durch die Unterstützung der Regierung zu erlangen ist. Es untergräbt das Selbstvertrauen unseres Volkes und setzt an dessen Stelle die Abhängigkeit von der Gunst der Regierung. Es erstickt den wahren Geist des Amerikanismus und macht jedes Gefühl des amerikanischen Bürgertums stumpf. Man sollte die Lehren des Paternalismus vergessen, und es sollte dafür die bessere Lehre eingeprägt werden, daß, während das Volk patriotisch und freudig seine Regierung unterstützen sollte, die Funktionen der Regierung nicht darin beständen, das Volk zu unterstützen. Die Annahme dieses Grundsatzes führt zur Ablehnung der Prämien und Subventionen, welche die Arbeit und Sparsamkeit eines Teiles unserer Mitbürger belasten, um schlimme und mangelhaft gedeihende Unternehmungen zu unterstützen, an welchen sie gemeinschaftlich beteiligt sind.

Es führt auch zu einer wilden und rücksichtslosen Zahlung von Pensionen, welche die Grenzen dankbarer Anerkennung patriotischer Dienste überschritten und zum Mißbrauch der schnellen und edlen Hilfe des Volkes für die bei Verteidigung des Landes Verstümmelten führen. Jeder nachdenkende Amerikaner muß die Wichtigkeit erkennen, welche in der Bekämpfung der Ansicht liegt, daß Einfachheit und Sparsamkeit im öffentlichen wie im privaten Leben überflüssige Tugenden seien. Unter unserer Regierung wird die Verschwendung öffentlicher Gelder ein Verbrechen sein gegen die Mitbürger und eine Mißachtung der Bemühungen unseres Volkes, die Einfachheit und Sparsamkeit, diese starken nationalen Charakterzüge, zu bewahren.

Es ist die volle Aufgabe einer ehrlichen und guten Regierung, daß die öffentlichen Ausgaben nur begrenzt sind von der öffentlichen Notwendigkeit und daß diese wieder gemessen wird durch die Regeln der absoluten Sparsamkeit.

Um das Vertrauen und die Kompetenz der Beamten zu sichern und von der politischen Thätigkeit die Wut nach Bereicherungen zu entfernen, wird eine Reform des Beamtendienstes einen Platz in unserer Politik und Gesetzgebung finden. Die Wohlthaten, welche durch diese Reform gewonnen werden, sind derart, daß sie zur eifrigen Unterstützung und zur Ermutigung derer anspornen, welche unser öffentliches Beamtentum gebessert sehen wollen und die Hoffnung hegen, daß es die Reinheit und politischen Methoden, das politische Denken und Empfinden heben werden. Die Existenz einer ungeheueren Anhäufung von Unternehmungen und Vereinigungen von geschäftlichen Interessen, die zu dem Zweck gebildet sind, die Produktion und die Preise zu bestimmen, ist unvereinbar mit der freien Arbeit, welcher jede unabhängige Thätigkeit offen steht. Gesetzmäßige Konkurrenz in geschäftlichen Dingen sollte nicht unmöglich gemacht werden durch eine erzwungene Begünstigung des Verlangens nach Vereinigungen, welche die Macht, zu zerstören haben. Und dem Volke ist nicht damit gedient, die Billigkeit zu verlieren. Diese Vereinigungen und Trusts bilden häufig Verschwörungen gegen die Interessen des Volks und in all ihren Phasen sind sie unnatürlich und unserem amerikanischen Gefühl von Redlichkeit zuwider. So weit sie durch die Bundesgewalt erreicht und eingedämmt werden können, sollte die oberste Regierung unseres Volks gegen ihre Einflüsse und Unternehmungen schützen. Die Treue gegen die Grundsätze, auf denen unser Regiment ruht, verlangt positiv, daß die jedem Bürger gewährleistete Gleichheit vor dem Gesetz gerecht und billig gegen alle Teile des Landes ausgeführt werde. Der Genuß dieses Rechts folgt dem Bürgerrecht überall; und unbeherrscht durch Farbe oder Rasse verlangt es Anerkennung amerikanischer Mannheit und Bravheit. Unsere Beziehungen zu den bei uns wohnenden Indianern legten uns unentrinnbare Verantwortlichkeiten auf. Menschlichkeit zwingt uns, sie mit Nachsicht zu behandeln und in unseren Beziehungen zu ihnen ehrlich zu sein und ihre Rechte und Interessen zu achten. Alle Anstrengungen sollten gemacht werden, um sie durch Zivilisation zur Selbsthilfe und zum unabhängigen Bürgerrecht zu erziehen. Inzwischen sollten sie stets gegen die Gier gewissenloser Menschen verteidigt und gegen alle bösen Einflüsse und Versuchungen geschützt werden.

Das Volk der Vereinigten Staaten hat entschieden, daß heute die Kontrolle über seine Regierung, sowohl Legislative als Exekutive, derjenigen politischen Partei übergeben werden soll, die sich in der positivsten Weise für eine Tarifreform verpflichtet hat. Es hat sich also zu Gunsten eines gerechteren und billigeren Systems der Bundesbesteuerung entschieden. Die Männer, die es zur Ausführung seiner Absichten erwählt hat, sind durch ihre Versprechungen nicht weniger gebunden als durch den Willen ihrer

Auftraggeber, sich ohne Verzug diesem Dienste zu widmen. Während keine Verletzung von Grundsätzen stattfinden darf, so muß unsere Aufgabe weise und ohne Rachsucht unternommen werden. Unsere Mission ist nicht Bestrafung, sondern Beseitigung des Unrechts. Wenn wir die Lasten des täglichen Lebens unseres Volkes erleichtern und die von einzelnen nur zu lange genossenen unbilligen und ungerechten Vorteile verringern, so ist das eine notwendige Folge unserer Rückkehr zu Recht und Gerechtigkeit. Wenn wir von widerwilligen Geistern die theoretische Anerkennung einer ehrlichen Verteilung des Fonds des für alle vorhandenen Staatswohlwollens fordern, so bestehen wir nur auf dem Grundsatz, der unseren freien Institutionen zu Grunde liegt. Wenn wir die Täuschungen und Mißverständnisse, denen unsere verblendeten Landsleute über ihre Lage unter argen Zollgesetzen unterworfen waren, beseitigt haben, so zeigen wir ihnen nur, wie weit sie sich vom Pfade, der zur Zufriedenheit und Wohlfahrt führt, entfernt haben. Wenn wir erklären, daß die Steuer keinen anderen Zweck hat, als die Regierung im Gang zu erhalten, proklamieren wir eine so klare Wahrheit, daß, diese zu leugnen, zeigen würde, wie sehr der Begriff der Steuer verkehrt worden ist. Wenn wir bei unseren Mitbürgern das Vertrauen zu sich selbst und den Unternehmungsgeist wieder herzustellen suchen; wenn wir den Geist des abscheulichen Parasitismus und die servilen Tendenzen in betreff der Regierungsgunst bekämpfen, werden wir nur diejenigen Elemente des amerikanischen Charakters, welche eine Garantie für die zukünftige Größe Amerikas sind, stärken.

Eifer für die Wiederaufnahme der Pflichten, die meine Partei uns auflegt, und Sorge für die vollständige Rechtfertigung des Vertrauens, das das Volk in uns gesetzt hat, zwingen mich, diejenigen, mit denen ich zusammen arbeiten soll, zu erinnern, daß wir in dem uns übertragenen Werke nur durch aufrichtige, harmonische und uneigennützige Anstrengungen Erfolg haben werden. Selbst wenn unüberwindliche Hindernisse und Widerstände die Vollendung unseres Werkes verhindern, so werden wir kaum entschuldigt sein, und wenn das Fehlschlagen auf unsere Fehler oder Nachlässigkeiten zurückgeführt werden kann, so wird das Volk uns streng zur Rechenschaft ziehen. Der Eid, den ich jetzt leisten werde, die Verfassung der Vereinigten Staaten zu bewahren, zu schützen und zu verteidigen, bestimmt nicht nur ausdrücklich die zu übernehmende große Verantwortlichkeit, sondern verlangt Gehorsam den verfassungsmäßigen Aufträgen als der Regel, durch die mein amtliches Verhalten geleitet sein muß. Ich werde nach meinem besten Können und im Bereich meiner Pflicht die Verfassung bewahren, indem ich jede mir übertragene Macht loyal wahrnehme, alle Schranken, die durch Ungestüm und Unruhe angegriffen werden könnten, verteidige und ihre Selbstbeschränkungen und Vorbehalte zu Gunsten der Einzelstaaten und des Volkes in Geltung halte. Völlig erfüllt von der Schwere meiner Pflichten und von dem Bewußtsein meiner Schwäche, würde ich entmutigt sein, wenn ich meine Verantwortlichkeit ohne Hilfe tragen sollte. Ich bin jedoch gestärkt, wenn ich sehe, daß ich die Hilfe, den Rat und die Mitwirkung der weisen und patriotischen Männer haben werde, die mir im Kabinett zur Seite stehen oder das Volk in seiner Legislative vertreten werden. Ich finde auch viel Erleichterung in der Erinnerung daran, daß meine Landleute gerecht und großmütig sind, und in der Versicherung, daß sie diejenigen nicht verdammen werden, die in aufrichtiger Diensttreue Geduld und Zustimmung verdienen. Ueber allem weiß ich ein höheres Wesen, das die menschlichen Dinge regelt und dessen Güte und Gnade das amerikanische Volk stets begleitet hat; ich weiß, es wird sich nicht von uns wenden, wenn wir demütig seine mächtige Hilfe suchen!"

Entgegen dem Herkommen stand Präsident Cleveland barhäuptig. Sobald der Eid geleistet war, kündigten Artilleriesalven das Geschehene an. Beim Heimgange wurde der neue Präsident durch eine ungeheuere Zahl von Truppen, Deputierten und Neugierigen geleitet.

11. März. Präsident Cleveland zieht die Botschaft seines Vorgängers betreffend Hawaii zurück.

20. März. Zum Gesandten der Vereinigten Staaten beim Deutschen Reiche wird Theodore Runyon ernannt.

1. Mai. (Chicago.) Eröffnung der Weltausstellung durch den Präsidenten Cleveland mit folgender Ansprache:

„Ich befinde mich hier, um mich den dem freudigen Anlaß entsprechenden Glückwünschen meiner Mitbürger anzuschließen. Umgeben von den erstaunlichen Ergebnissen amerikanischer Unternehmungslust und Thätigkeit und angesichts der großartigen Beweise amerikanischer Geschicklichkeit und Intelligenz brauchen wir nicht zu befürchten, daß diese Glückwünsche übertrieben erscheinen. Wir stehen heute vor den ältesten Nationen der Welt, und indem wir auf die hier zur Schau gestellten Leistungen hinweisen, brauchen wir nicht um Nachsicht wegen unsrer Jugend zu bitten. Der Enthusiasmus, mit welchem wir unser Werk betrachten, verstärkt die Wärme des Willkommengrußes, welchen wir denjenigen entbieten, die aus fernen Landen kommen, um mit uns Zeugnis abzulegen von dem Wachstum und dem Fortschritt menschlicher Bestrebungen in der Richtung auf eine höhere Zivilisation. Wir, die wir glauben, daß eine volkstümliche Erziehung und Aneiferung die besten Antriebe für unsere Bürger sind, um die stolze, nationale Aufgabe, an die wir glauben, durchzuführen — wir begrüßen froh die Gelegenheit, bei welcher wir Ergebnisse sehen können, die auf dem Felde des Fortschritts durch längere Anstrengungen als die unsrigen erreicht worden sind, während wir dagegen die von einem Fortschritte ohne Gleichen zeugenden bewundernswerten Thaten einer jungen Nation und die Triumphe eines kräftigen, selbstbewußten und unabhängigen Volkes der Welt vor Augen führen. Wir haben diese glänzenden Gebäude hingestellt, aber wir haben auch den prächtigen Bau einer Volksregierung errichtet, deren große Verhältnisse in der ganzen Welt beachtet werden. Es ist eine erhabene Aufgabe, an welcher wir und unsere Gäste arbeiten. Indem wir gemeinsam zur Eröffnung einer der menschlichen Erleuchtung gewidmeten Unternehmung schreiten und in dieselbe eintreten, geben wir in der edelsten Weise ein Beispiel der Brüderlichkeit der Nationen. Lassen Sie uns festhalten an der dieser Zeremonie zu Grunde liegenden Bedeutung, lassen Sie uns nicht den Eindruck dieses Augenblicks vergessen! Wie durch einen Druck die Maschinerie, welche dieser ausgedehnten Ausstellung Leben gibt, in Bewegung gesetzt wird, so mögen zugleich unsere Hoffnungen und Bestrebungen Kräfte erwecken, welche für alle Zeiten das Wohlergehen, die Würde und Freiheit der Menschheit beeinflussen sollen."

Ende Juni. Der Gouverneur Altgeld begnadigt die Chicagoer Anarchisten Fielden, Neebe und Schwab.

Der Erlaß des Gouverneurs wird an demselben Tage veröffentlicht, an dem auf dem Waldheim-Friedhof, neun Meilen westlich von Chicago, das Denkmal enthüllt wurde, das den dort begrabenen hingerichteten Anarchisten Spieß, Parsens, Engel und Fischer errichtet worden ist. Große Vorbereitungen waren für diese Enthüllung getroffen worden, bekannte An-

archisten aus allen Teilen der Welt hatten Einladungen erhalten, und Anarchisten von Ruf, sowohl aus Europa wie auch aus Amerika hatten versprochen, Ansprachen zu halten. Das Denkmal besteht aus einer Bronzegruppe, die auf einem breiten sich abstufenden Unterbau vor einer Säulenplatte steht, die von einem mit jonischen Voluten gezierten Sims gekrönt wird. Die Hauptfigur der Bronzegruppe ist eine weibliche Gestalt, die das Haupt, Trotz und Verachtung in den Zügen, zurückwirft. Ihr rechter Arm krampft sich mit geballter Faust gegen die Brust, während sie mit der linken Hand einen Lorbeerreis auf die Stirn eines tot hinter ihr liegenden Mannes drückt. Zu den Füßen der Figur liegen auf der obersten Stufe des Unterbaues bronzene Palmenblätter, und zu beiden Seiten der Säulenplatte sind die in Bronze ausgeführten Bildnisse der hingerichteten Anarchisten angebracht. Als Inschrift dienen die letzten Worte, die August Spieß auf dem Schaffot gesprochen hat: „Unser Schweigen wird mächtiger sein als es Worte sein können." Diese Enthüllungsfeier hat also durch die Handlungsweise des Gouverneurs Altgeld ihre amtliche Weihe erhalten.

1. Juli. Cleveland beruft den Kongreß zu einer außerordentlichen Session auf den 7. August, um die Sherman-Bill abzuschaffen.

7. August. (Washington.) Der Kongreß der Vereinigten Staaten wird eröffnet. Präsident Cleveland richtet eine Botschaft an den Kongreß, die im wesentlichen lautet:

„Das Bestehen einer außerordentlich Besorgnis erregenden Geschäftslage, wobei es sich um den Wohlstand und die Wohlfahrt unseres Volkes handelt, hat mich gezwungen, die im Kongreß vereinigten Vertreter des Volkes zu einer außerordentlichen Tagung zu entbieten, damit durch weise und patriotische Ausübung der Pflichten eines Gesetzgebers die gegenwärtigen Uebelstände gemildert und die für die Zukunft drohenden Gefahren abgewandt werden. Unsere unglückliche finanzielle Lage ist nicht das Resultat widriger Ereignisse, noch hängt sie mit unseren natürlichen Hilfsquellen zusammen, noch läßt sie sich auf eine der Heimsuchungen zurückführen, welche häufig das nationale Wachstum und die nationale Wohlfahrt hemmen. Bei reichlichen Ernten, bei ausgiebigen berechtigten Hoffnungen auf lohnende Produktion und Industrie, bei ungewöhnlicher Gelegenheit zu höherer Kapitalanlage und bei befriedigender Sicherheit für Geschäftsunternehmungen ist allerorten plötzlich geschäftliches Mißtrauen und Furcht aufgetaucht und zahlreiche Geldinstitute haben ihre Zahlungen eingestellt, weil nicht augenblicklich Barkapital vorhanden war, um die Forderungen der ängstlichen Depositoren zu befriedigen. Die übrigen Anstalten sind bestrebt, ihr Geld zu behalten, welches sie sonst gern ausleihen, und die Geschäftsleute sind erstaunt, zu finden, daß die Sicherheiten, welche sie für Darlehen geben wollen, obgleich sie bisher genügten, jetzt nicht mehr angenommen werden. Früher feste Werte haben jetzt nur einen unsicheren, und Verluste und Bankerotte sind in jeder Geschäftsbranche zu verzeichnen. Ich glaube, all dieses ist hauptsächlich eine Folge des Kongreß-Gesetzes über den Ankauf und die Prägung des Silbers seitens der Bundesregierung. Dieses Gesetz ist vom 14. Juli 1890 und bildet den Waffenstillstand zwischen den Anhängern der freien Silberprägung und den Freunden konservativerer Anschauungen. Unzweifelhaft wurde der monatliche Ankauf von 4,500,000 Unzen Silber durch die Regierung von den Interessenten der Silberproduktion als sichere Gewähr der Preiserhöhung betrachtet. Das Ergebnis ist aber ein ganz anderes

gewesen. Denn unmittelbar auf eine krampfhafte und dazu noch geringe Preiserhöhung folgte ein Fallen des Silbers nach Genehmigung der Akte. Seitdem hat das Silber den tiefsten je bekannten Punkt erreicht. Dieses enttäuschende Resultat hat zu erneuerter hartnäckiger Anstrengung geführt, freie Silberprägung durchzusetzen. Mittlerweile steigern sich nicht nur die üblen Wirkungen des jetzigen Gesetzes fortwährend, sondern das Resultat, wohin die fernere Durchführung desselben führen muß, ist allen ersichtlich, welche sich irgendwie für Finanzsachen interessieren. Das Gesetz schreibt vor, daß für die 4,500,000 Unzen Silber, die der Schatzamts-Sekretär monatlich kaufen soll, Schatzamtsnoten ausgegeben werden sollen, die auf Verlangen in Gold oder Silber nach Belieben des Schatzamtssekretärs eingelöst werden sollen, während die Schatzamtsnoten wieder ausgegeben werden können. In der Akte heißt es aber, daß es die hergebrachte Politik der Vereinigten Staaten ist, beide Metalle auf pari zu erhalten nach dem jetzigen oder einem anderen gesetzlichen Verhältnis."

Die Botschaft führt des Weiteren aus, daß dem Schatzamtssekretär gar keine andere Wahl bleibt, als in Gold zu zahlen, wenn solches verlangt wird, da seine Noten sonst entwertet werden. „Bis zum 15. Juli 1893 sind für Silberankäufe für über 147,000,000 Dollar Noten ausgegeben worden. Während fast alles dieses Silber ungemünzt im Schatzamte ruht, sind viele Noten in Gold ausgezahlt worden. Vom 1. Mai 1892 bis zum 15. Juli 1893 hat das Schatzamt ungefähr 49,000,000 Dollar in Gold zur Einlösung der Noten ausgegeben. Daher kam es naturgemäß, daß die zur Einlösung anderer Noten bei Seite gelegte Goldreserve von 100,000,000 Dollar nicht geschont, sondern zum ersten Male angegriffen wurde. So haben wir eine Goldentnahme von uns anderen Nationen leicht gemacht und deren finanzielle Stärke erhöht. Die Goldausfuhr überstieg die Goldeinfuhr in dem mit dem 30. Juni 1893 endigenden Finanzjahr um mehr als 87,500,000 Dollar. Vom 1. Juli 1890 bis zum 15. Juli 1893 hat der Vorrat an gemünztem und ungemünztem Gold in unserem Schatzamt um mehr als 132,000,000 Dollar abgenommen, während der Silbervorrat um 147,000,000 Dollar gestiegen ist. Wenn nicht Bundesobligationen beständig ausgegeben und verkauft werden sollen, um unseren erschöpften Goldvorrat zu füllen, der allerdings wieder erschöpft wird, so ist es klar, daß das jetzige Silberankaufsgesetz die Folge haben wird, Silber statt Gold in unserem Schatzamt anzuhäufen und endlich alle Bundesobligationen in entwertetem Silber bezahlen zu müssen.... Unsere eigene Geschäftswelt weiß, daß unsere Regierung, wenn sie allein vorgeht, unserem Gelde keinen inneren Wert zu verleihen vermag und schlechteres Geld nicht zu besserem machen kann. Daher ein so geringes Vertrauen im Lande und eine solche Instabilität unserer Kurantwerte, daß das Kapital seine Hilfe zu neuen Unternehmungen versagt und Millionen brach und ungenutzt in den Händen ihrer furchtsamen Eigentümer daliegen. Das Ausland lehnt es ab, amerikanische Sicherheiten zu kaufen, und schlägt die, welche es besitzt, los... Vielleicht wäre es bei unserem beispiellosen Wachstum und unseren ungeheuren Hilfsmitteln möglich, eine bestimmte Menge Silber gleichwertig mit Gold zu erhalten. Wenn unser Silbervorrat aber ständig um 50,000,000 Dollar jährlich ohne jedes Ende zunimmt, so kann das Resultat keinem Zweifel unterliegen. Das Volk der Vereinigten Staaten ist berechtigt, ein gesundes und stabiles Kurant zu besitzen, welches auf jedem Markt der Welt als solches anerkannt wird. Die Regierung hat kein Recht, das Volk zu schädigen durch Finanzexperimente, die im Gegensatz zu der Politik und Praxis anderer gesitteten Staaten stehen. Diese Sache steht über der Parteipolitik. Sie berührt jeden Bürger des Landes. Jetzt mag ein Spekulant noch eine Ernte

aus dem Unglück anderer erhoffen. Der Kapitalist mag sich schützen, indem er sein Kapital ruhen läßt oder selbst seinen Vorteil aus dem Schwanken der Werte zieht. Der Lohnarbeiter aber, der am meisten geschädigt wird und zuletzt die Wirkungen der Besserung spürt, ist völlig wehrlos. Er hängt vom Vertrauen des Kapitals ab, wenn er Arbeit haben soll. Er kann nicht vom Unglück anderer leben, noch eine Arbeit brach liegen lassen ... Es ist von der äußersten Wichtigkeit, daß der Kongreß, so weit er kann, sofort Abhilfe schafft. Es ist möglich, daß wir ebenso sehr von befürchteten Uebeln, als wirklich bestehenden leiden. Es steht zu hoffen, daß weder Kapitalisten, noch Lohnarbeiter sich zu unvernünftiger Panik hinreißen lassen werden. Dennoch steigert jeder Tag der Säumnis das Unheil und die Verantwortung der Regierung. Das Volk hat ein Recht, vom Kongreß zu verlangen, daß ein Gesetz baldigst aufgehoben wird, welches die Feuerprobe dreier Jahre verdammt hat. Ich wollte ursprünglich den Kongreß anfangs September einberufen, um die Zollreform zn beginnen. Während aber die Wichtigkeit dieser in nichts geringer wird und in nächster Zukunft die Aufmerksamkeit des Kongresses beanspruchen soll, bin ich zu der Ueberzeugung gelangt, daß vor allem sofort die Finanzlage des Landes zur Beratung kommen muß. Ich empfehle dringend die Aufhebung der Akte vom 14. Juli 1890 über den Silberankauf und den Erlaß eines neuen Gesetzes, welches die Absicht und die Macht der Regierung über allen Zweifel stellt, ihren Geldverpflichtungen in solchem Gelde zu genügen, welches von allen gesitteten Ländern anerkannt wird."

15. August. Das Schiedsgericht in der Behringsmeerfrage fällt sein Urteil wie folgt:

1) Rußland hat niemals bis zu diesem Augenblick Alaska oder das ausschließliche Recht der Robbenfischerei im Behringsmeere jenseits der gewöhnlichen Grenzen des Küstengebietes an die Vereinigten Staaten von Amerika abgetreten. 2) Großbritannien hat Rußland gegenüber das Recht einer ausschließlichen Gerichtsbarkeit über die Fischerei im Behringsmeere weder anerkannt noch bewilligt. 3) Das Behringsmeer ist einbezogen in den Begriff „Großer Ozean", welcher in dem Vertrage vom Jahre 1825 zwischen Großbritannien und Rußland festgestellt ist. Nach diesem Vertrage hat Rußland weder das ausschließliche Recht der Jurisdiktion im Behringsmeer noch das ausschließliche Recht der Robbenfischerei außerhalb der gewöhnlichen Grenzen des Küstengebietes ausgeübt oder besessen. 4) Alle Rechte Rußlands in dem Teile des Behringsmeeres östlich der in dem Vertrage zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland vom März 1867 festgestellten Seegrenze sind vollständig an die Vereinigten Staaten übergegangen. 5) Den Vereinigten Staaten steht kein Recht des Schutzes oder des Eigentums zu auf diejenigen Robben, die sich auf den den Vereinigten Staaten gehörigen Inseln im Behringsmeer aufhalten, wenn diese Robben sich außerhalb der gewöhnlichen Grenze von drei Meilen befinden. Das Schiedsgericht setzt sodann in mehreren Artikeln ein Reglement fest zum Schutz und zur Erhaltung der Robben im Behringsmeer außerhalb der Grenzen der Jurisdiktion der respektiven Regierungen.

28. August. Das Repräsentantenhaus verwirft mit 225 gegen 123 Stimmen ein Amendement Bland, welches freie Silberprägung im Wertverhältnisse von 16 zu eins verlangte. Sodann wurde mit 230 gegen 100 Stimmen ein zweites Amendement Blands abgelehnt, welches ein Wertverhältnis von 17 zu 1 vorschlug. Ein

drittes Amendement mit einem Wertverhältnis von 18 zu 1 wurde sodann mit 239 gegen 102 Stimmen abgelehnt. Bland verzichtet nunmehr auf weitere Amendements, und die Abschaffung der Sherman-Bill wird mit 239 gegen 110 Stimmen beschlossen.

23. September. Der Senator Steward beantragt, den Präsidenten Cleveland im Senat in Anklagezustand zu versetzen wegen Verletzung des Geistes der Verfassung, weil er durch die Versuche, den Kongreß zur Aufhebung der Sherman-Akte zu nötigen, die Unabhängigkeit der Legislative vernichte.

11.—13. Oktober. Die Majorität des Senats sucht die Obstruktion der Minorität durch eine permanente Sitzung zu überwinden. Senator Allen spricht 15 Stunden lang für die Abschaffung der Sherman-Akte. Ein Amendement zu Gunsten der freien Silberprägung wird verworfen. Nach einer nahezu 39stündigen Sitzung vertagt sich der Senat wegen Beschlußunfähigkeit. Die Beschlußunfähigkeit wurde durch die Weigerung mehrerer demokratischer Anhänger des Silbers herbeigeführt, an der Abstimmung teilzunehmen. Die Vertagung ist ein Sieg der Anhänger des Silbers.

28. Oktober. Der Bürgermeister von Chicago, Harrison, wird in seiner Wohnung ermordet. Der Mörder namens Prendergast soll ein Geistesgestörter sein.

30. Oktober. (Washington: Senat.) Der Antrag auf Abschaffung der Shermanbill wird mit 43 gegen 32 angenommen.

30. Oktober. Schluß der Weltausstellung in Chicago.

1. November. Das Repräsentantenhaus stimmt mit 191 gegen 94 Stimmen dem Antrag Vorhees auf Aufhebung der Sherman-Akte zu, wie er am 30. Oktober vom Senat angenommen worden war. An der New-Yorker Börse fällt darauf der Preis des Silbers von etwa 73 Cent per Unze, wie er in letzter Zeit notierte, bis auf 69½.

7. November. (Washington.) Bei den Staatswahlen sind im Staate New-York für sämtliche Staatsämter die republikanischen Kandidaten gewählt worden. Im Staate New-Jersey wurden die Demokraten ebenfalls geschlagen. Mc. Kinley ist mit einer Majorität von 60,000 Stimmen zum Gouverneur von Ohio gewählt worden. In Pensylvanien, Massachusetts und Jowa haben die Republikaner, in Virginien, Kentucky und Maryland dagegen die Demokraten bei den Staatswahlen gesiegt.

4. Dezember. (Washington.) Botschaft des Präsidenten Cleveland an den Kongreß.

Sie weist auf die vollständig neutrale Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber den Kämpfen in Brasilien hin. Ueber die zwischen England und der Union schwebenden Fragen werde in friedlichem Sinne verhandelt; ebenso seien mit England Beratungen über einen neuen Auslieferungsvertrag im Gange. Die Vereinigten Staaten hätten ein außerordentliches Interesse an der Fertigstellung des Kanals von Nicaragua unter den Auspizien Amerikas zum Vorteil der Schiffe der gesamten Welt und im Interesse der Zivilisation. Das Vorgehen des amerikanischen Gesandten in Hawai, welcher die verfassungsmäßige Regierung gestürzt habe, sei im höchsten Grade zu mißbilligen. Der neue Gesandte sei beauftragt worden, den status quo, soweit es möglich, wieder herzustellen. Die Botschaft warnt vor übereilten, nicht ausgereiften Maßnahmen zur Regelung des Geldumlaufes und erklärt, das Land bedürfe in dieser Beziehung eines dauerhaften, umfassenden Finanzplanes. Die Botschaft legte nahe, den Präsidenten zu ermächtigen, jederzeit, wenn die Umstände einer Verständigung günstig seien, eine internationale Münzkonferenz einzuberufen. Obgleich der Präsident die Politik, welche die Kriegsmarine bis zur Höhe der nationalen Bedürfnisse vermehren will, grundsätzlich billigt, hält er den Moment nicht für geeignet, für dieses Kapitel neue Kredite zu verlangen. Die Tarifreform müsse offenbar eine Ermäßigung der Eingangszölle für die notwendigsten Bedarfsartikel umfassen und die Beschränkungen der Einfuhr der für die amerikanische Industrie nötigen Rohmaterialien aufheben. In der Botschaft heißt es ferner, daß die jüngst erfolgte Aufhebung der Sherman-Akte eine vollständige Veränderung der Währungsverhältnisse herbeigeführt habe. Der Präsident bezweifelt nicht, daß die Maßregel sich schließlich als höchst heilsam erweisen werde, augenblicklich sei es jedoch unmöglich, festzustellen, was für Verhältnisse die Veränderung hervorrufen oder welche gesetzgeberischen Maßnahmen sie notwendig machen würde. Nach der jüngsten finanziellen Störung sei Zeit zur Wiederherstellung des geschäftlichen Vertrauens erforderlich; sobald das aus Furcht angehäufte Geld wieder in den Verkehr gelange, werde wahrscheinlich ein sicherer Weg zu einer gesunden, allen Bedürfnissen genügenden Währung gefunden werden. Zu diesem Zwecke sei ein mäßiger Verzug bei der Behandlung der Frage geboten. Der Präsident empfiehlt die Abänderung der bestehenden Gesetze über die Ausgabe von Regierungsbonds, da die bezügliche Befugnis des Schatzsekretärs nicht klar erscheine und die autorisierten Bonds für die Regierung nachteilig seien, sowohl wegen der Verfallzeit als des Zinsfußes. Die Tariffrage erheische in erster Linie die Aufmerksamkeit der Regierung; nichts dürfe die Regierung davon abziehen, bis die Reform mittelst einer weisen Gesetzgebung vollendet sei. Die Einnahmen der Union für das nächste Verwaltungsjahr werden auf 430, die Ausgaben auf 458 Millionen geschätzt.

20. Dezember. (Washington.) Der Jahresbericht des Schatzsekretärs Carlisle wird dem Kongreß unterbreitet. In demselben wird ausgeführt, daß, obgleich die schlimmsten Wirkungen der finanziellen Störungen und des Geschäftsdruckes vorüber seien, sei ein Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben für den Rest des Finanzjahres nicht zu erwarten, weshalb das Defizit mit 28 Mill. Dollars veranschlagt sei. Zur Deckung dieses Defizits schlägt der

Schatzsekretär eine Abänderung des Gesetzes vom Jahre 1875, betreffend die Wiederaufnahme der Barzahlungen vor, sowie die Ermächtigung zur Ausgabe von Münzbonds (coinbonds) bis zum Betrage von 200 Mill. Dollars zu einem Emmissionspreise nicht unter Pari und mit geringerem Zinsfuß und kürzerer Verfallzeit als gegenwärtig. Der Schatzsekretär soll befugt sein, den Ertrag von Zeit zu Zeit zur Deckung des im Finanzjahr 1894/95 entstehenden Defizits zu verwenden. Carlisle glaubt, dreiprozentige Bonds, welche nach Ablauf von 5 Jahren nach Belieben der Regierung einlösbar wären, seien im Lande leicht verkäuflich. Für den Fall, daß es der Kongreß nicht für angezeigt erachte, irgend einen Teil des Ertrages der genannten Bonds zur Deckung des Fehlbetrages in den Einkünften zu verwenden, empfiehlt Carlisle, ihn zu ermächtigen, von Zeit zu Zeit nach einem Jahre rückzahlbare Regierungs-Obligationen bis zu einem Gesamtbetrage von 50 Mill. Dollars zu einem Preise nicht unter Pari zur Bestreitung der Staatsausgaben und der Ausgaben an diejenigen Gläubiger zu verkaufen, welche dieselben annehmen wollen. Der Stand der Staatskasse sei derartig, daß, falls nicht prompt Mittel aufgebracht, der Staatsdienst unter dem wachsenden Defizit schwer beeinträchtigt würde. Der Schatzsekretär empfiehlt schließlich die Bereithaltung einer größeren Reserve zur Einlösung der Regierungsnoten.

XXI.

Mittel- und Süd-Amerika.

April—Mai. Revolutionen und Bürgerkrieg in Honduras und Nicaragua.

August. Unruhen in Argentinien; am 17. August wird für das ganze Land der Belagerungszustand proklamiert.

Anfang September. (Brasilien.) Die Flotte unter Admiral Mello empört sich und verlangt die Abdankung des Präsidenten Peixoto. Da dieselbe nicht erfolgt, so fängt General Mello an, die Hauptstadt Rio de Janeiro wiederholt aber vergeblich zu bombardieren.

XXII.
Australien und Südsee.

Ende Januar. Auf den Hawaiischen Inseln bricht eine Revolution aus. Die Witwe des Königs Kalakaua, Lilinokalani, wird abgesetzt und an die Vereinigten Staaten der Antrag der Annexion gestellt. Amerikanische Marinesoldaten unterstützen die Bewegung, die der amerikanische Konsul leitet.

15. Februar. Ankündigung der Annektierung der Hawaiischen Inseln durch Nord-Amerika vgl. Nord-Amerika.

11. März. Rücknahme der Annexion Hawaiis.

Mitte Mai. (Australien.) Finanzielle Krisis. Viele Banken stellen die Zahlungen ein.

8. Juli. (Samoa.) Zwischen Malietoa und dem aufständischen Mataafa findet ein Gefecht statt, in welchem der letztere unterliegt.

August. (Neu-Seeland.) Das Repräsentantenhaus erteilt allen Frauen, Engländerinnen wie Maori-Frauen, das Recht, bei den Parlamentswahlen ihre Stimme abzugeben.

XXIII.
Afrika.

10. Januar. (Ostafrika.) Der Sultan Sike von Tabora wird durch die deutsche Schutztruppe völlig besiegt.

5. März. (Sansibar.) Sultan Sayyid Ali Ben Said †. Der englische Konsul Rennel Rodd proklamiert Hamed ben Twain als Nachfolger.

1. April. Die britisch-ostafrikanische Gesellschaft räumt Uganda. Der in besonderer Mission nach Uganda gesandte britische Generalkonsul in Sansibar, Sir Gerald H. Portal, zieht die britische Flagge auf und sucht Ordnung zu schaffen.

12. April. (Südwest-Afrika.) Erstürmung von Hornkranz durch Hauptmann v. François.

Ende Juli. Grenzfestsetzung am Kilimandscharo. Vergl. Deutschland.

12. August. (Ostafrika.) Das stark befestigte Lager des Sultans Meli am Kilimandscharo wird unter Befehl des stellver-

tretenden kaiserlichen Gouverneurs, Obersten Freiherrn v. Scheele erstürmt.

28. August. (Ostafrika.) Erstürmung der Haupttembe des Sultans Sinjangaro in Nondoa unter Leutnant Storch.

Anfang September. Über Emin Paschas Tod vgl. Deutschland.

Ende September. Freiherr v. Scheele wird Gouverneur von Deutsch-Ostafrika vgl. Deutschland.

31. Oktober. Kampf zwischen Engländern und den Matabeles unter König Lobengula in der Nähe von Buluwayo. Die Matabele werden geschlagen und ihre Hauptstadt Buluwayo von den Truppen der südafrikanischen Kompanie besetzt.

15. November. Konvention zwischen Deutschland und England über die Abgrenzung der Interessensphären im Hinterlande von Kamerun.

Yola bleibt den Engländern. Das südliche Ufer des Tschad-See bis zum 14. Breitengrade wird Deutschland zugesprochen. Nach Osten bleibt die Grenze frei und hat Deutschland sich noch mit Frankreich auseinanderzusetzen.

15.—21. Dezember. Meuterei der schwarzen Polizeitruppe in Kamerun. Assessor Ribow wird dabei getötet, mehrere andere Personen verwundet.

23. Dezember. Zusammenstoß zwischen einem englischen und französischen Expeditionskorps im Hinterlande von Sierra Leone bei Waina im Distrikte Kono. Erhebliche Verluste auf beiden Seiten.

XXIV.

Asien.

Ende Januar. (Japan.) Parlamentarischer Konflikt. Das Unterhaus will den Marine-Etat nicht bewilligen und verweigert weitere Beratungen.

10. Februar. Botschaft des Mikado an das Parlament, wonach der Bedarf für die Flotte durch Ersparnisse an der Civilliste und den Beamtengehältern aufgebracht werden soll. Sie ist „an die Beamten und die beiden Häuser des Landtags" adressiert und lautet:

„In einer Aera, wie der jetzigen, mit unnützem Gezänk die Zeit zu vergeuden, oder die Gelegenheit zur Förderung des Landeswohls ungenutzt zu lassen, ist ein Anblick, den Wir den Geistern Unserer Ahnen nicht bieten

wollen. Ebenso wenig kann auf diesem Wege das wahre Ziel repräsentativer Veranstaltungen erreicht werden. Wir machen es Unsern Ministern zur Pflicht, diese wichtigen Angelegenheiten zu ordnen, und erwarten vertrauensvoll von den erwählten Vertretern Unseres Volkes, daß Sie mit Uns die Sorge teilen, die vom Morgen bis zum Abend wegen dieser Sache auf uns lastet. Die Ausgabeposten, auf die sich Artikel 67 der Verfassung bezieht, sind durch den klaren Wortlaut dieses Artikels geschützt und können nicht wohl einen Grund zum Streite bilden. Wir befehlen daher hiemit Unsern Ministern, alle Teile der Verwaltung in gute Ordnung zu bringen und, unter Berücksichtigung alles Wesentlichen durch sorgfältige Beratung unter Unserer Leitung alle Irrtümer auszuschließen. Was die nationale Wehrkraft betrifft, so kann das Versehen eines Tages leicht eine Reue für ein Jahrhundert mit sich bringen. Wir wollen die Ausgaben Unseres Haushalts einschränken und für sechs Jahre jährlich 300,000 Yen (1 Million Mark) beisteuern. Wir befehlen Unsern Beamten und Offizieren, mit Ausnahmen, die durch besondere Umstände geboten sind, ebenfalls während derselben Periode ein Zehntel ihres Gehalts zu dem Fonds für den Flottenbau beizusteuern."

13. Juli. (Siam.) Französische Kriegsschiffe unter Admiral Human fahren den Menam hinauf und bedrohen Bangkok. Die Franzosen und Siamesen beschießen sich mehrfach gegenseitig.

20. Juli. (Siam.) Der französische Gesandte Pavie stellt das Ultimatum mit 48 Stunden Bedenkzeit.

Dasselbe verlangt Anerkennung des linken Mekongufers als Grenze und eine Entschädigung in Höhe von drei Millionen Franks. Falls die Antwort ungünstig ausfällt, blokiert Admiral Human die Küste.

Siam will in seiner Antwort das Mekong-Ufer nur bis zum 18. Breitengrade abtreten. Die französische Regierung verwirft dies Anerbieten.

29. Juli. Der siamesische Gesandte in Paris erklärt, daß Siam das Ultimatum annehme.

31. Juli. (Paris.) Minister Develle richtet durch Vermittelung des holländischen Generalkonsuls folgende Note an die siamesische Regierung:

„Die von der siamesischen Regierung an den Tag gelegte Zögerung der Annahme des vom französischen Gesandten am 20. Juli überreichten Ultimatums berechtigte die Regierung der französischen Republik, die Bedingungen desselben zu verschärfen. Indem sie willens ist, einen neuen Beweis der Mäßigung zu geben, welche die französische Regierung fortwährend beseelt hat, wird Frankreich sich damit begnügen, als unerläßliche Garantie für die praktische Ausführung der Bestimmungen des Ultimatums den Fluß und Hafen Chantaboum bis zur völligen und friedlichen Räumung der siamesischen Posten auf dem linken Mekongufer zu besetzen. Um andererseits die glücklicherweise zwischen Frankreich und Siam wiederhergestellten Beziehungen zu garantieren, wird Siam sich verpflichten müssen, zukünftig keine Militärmacht in Battanban und Sien Reap ebenso wie in allen Orten, welche 25 Kilometer vom rechten Mekongufer entfernt sind, zu unterhalten, beginnend von der Grenze Cambodjas. Siam darf dort nur zur Aufrecht-

erhaltung der Ordnung die dazu erforderliche Polizeimacht halten. Auf dem Großen See und auf dem Mekong darf Siam keine bewaffneten Fahrzeuge halten. Nach Annahme dieser Garantien wird Frankreich die Blokade aufheben."

1. August. (Paris.) Der Gesandte Prinz Vadhana begibt sich zu Develle und teilt demselben mit, daß Siam diese Bedingungen annehme.

11. August. (Bombay.) Straßenkämpfe zwischen Hindus und Muhammedanern.

2. Oktober. Friedensschluß zwischen Frankreich und Siam.

Die Verhandlungen des außerordentlichen Gesandten Le Mire de Villers mit Siam haben zu einem Vertrag und einer Konvention geführt, welche in Bangkok unterzeichnet wurden. Der Vertrag lautet:

Artikel 1. Siam verzichtet auf alle Ansprüche auf die Gesamtheit des linken Mekong-Ufers sowie sämtliche Flußinseln.

Artikel 2. Siam verzichtet auf das Recht, auf dem Großen See sowie auf dem Mekong und den Zuflüssen des Mekong, soweit sie im nachbezeichneten Gebiet liegen, bewaffnete Fahrzeuge zu halten.

Artikel 3. Siam darf keinen befestigten Posten oder eine militärische Niederlassung in den Provinzen Battambang und Sien Reap, sowie in einer fünfundzwanzig Kilometer breiten Zone vom rechten Mekong-Ufer errichten.

Artikel 4. In den in Artikel 3 bezeichneten Distrikten wird die Polizei, wie üblich, durch lokale Behörden nur mit den unbedingt notwendigen Sicherheitsorganen ausgeübt. Es darf weder eine reguläre noch irreguläre Militärmacht unterhalten werden.

Artikel 5. Siam verpflichtet sich, innerhalb sechs Monaten Verhandlungen mit der französischen Regierung einzuleiten einerseits über die Regelung der Zoll- und Handelsbeziehungen in den durch Artikel 3 bezeichneten Gebieten, andererseits über die Revision des Vertrags vom Jahre 1856. Bis zum Abschluß dieses Uebereinkommens werden in der durch Artikel 3 bezeichneten Zone keine Zölle erhoben, jedoch wird den Produkten der genannten Zone von der französischen Regierung Reziprozität gewährt.

Artikel 6. Die Entwicklung der Schiffahrt auf dem Mekong kann gewisse Arbeiten, wie die Anlage von Kahnstationen, Holz und Kohlenlagern auf dem rechten Ufer erforderlich machen. Siam verpflichtet sich auf Verlangen der französischen Regierung, hierzu alle notwendigen Erleichterungen zu gewähren.

Artikel 7. Französische Unterthanen oder Schutzbefohlene können sich frei in der durch Artikel 3 bezeichneten Zone bewegen und dort Handel treiben, sofern sie mit einem französischen Paß versehen sind. Den Einwohnern der genannten Zone wird Reziprozität zugesichert.

Artikel 8. Frankreich behält sich das Recht vor, Konsulate überall dort zu errichten, wo es die Interessen seiner Bürger oder Schutzbefohlenen erheischen, so besonders in Korat und Muang-Nam. Siam wird die erforderlichen Grundstücke zur Errichtung dieser Konsulate abtreten.

Artikel 9. Bei Meinungs-Verschiedenheiten gilt allein der französische Text.

Artikel 10. Vorstehender Vertrag muß innerhalb vier Monaten nach seiner Unterzeichnung ratifiziert werden.

Die gleichzeitig unterzeichnete Konvention enthält Ausführungsbestimmungen. Die durch Artikel 3 bezeichnete Zone muß in einem Monat geräumt werden, die Befestigungen werden dem Boden gleich gemacht. Die Urheber der Attentate von Tong-Xieng-Khan nnd Kammon werden von den siamesischen Gerichten im Beisein eines französischen Vertreters abgeurteilt. Frankreich kann dieses Urteil für unzureichend erklären, worauf die Angeklagten nochmals vor ein gemischtes Gericht gestellt werden müssen, dessen Zusammensetzung Frankreich zusteht. Siam gibt die französischen Waffen und die beschlagnahmten Fahnen heraus. Frankreich besetzt Chantoboon, bis die Bestimmungen dieser Konvention erfüllt sind.

Anfang November. Eine britische Gesandtschaft unter Sir Mortimer Durand trifft in Kabul beim Emir von Afghanistan ein.

Anfang November. Aufstand in Tonkin.

15. November. Die britische Gesandtschaft verläßt Kabul, nachdem der Emir am 13. November noch einen großen Abschiedsdurbar abgehalten, an dem 360 Khane und die Civil- und Militärbehörden teilnahmen. Der Emin erklärt Durand, er habe alle zwischen Afghanistan und Indien schwebenden Fragen auf das Befriedigendste geregelt, er beglückwünsche die Afghanen, sich in der britischen Regierung einen treuen Freund gesichert zu haben, deren Interessen mit Afghanisten identisch seien, und ermahne seine Unterthanen, den Engländern Freunde zu bleiben und dieses Gefühl ihren Söhnen zu überliefern. Der Emir verlas darauf ein das Siegel der Häuptlinge tragendes Dokument, welches jede von ihm getroffene Regelung genehmigt. Durand teilte in seiner Antwort auf die Äußerungen des Emirs eine Depesche des Vizekönigs mit, in welcher derselbe seine Befriedigung darüber ausspricht, daß sämtliche Mißverständnisse beseitigt seien und das enge Bündnis zwischen Afghanistan und England der ganzen Welt kund werde.

Der Hauptinhalt des Vertrages ist, daß England dem Emir Subsidien zahlt, wofür dieser Truppen hält und ihm sein Gebiet garantiert.

Übersicht

der politischen Entwickelung des Jahres 1893.

Allgemeine auswärtige Politik.

Das Jahr 1893 ist voll von Begebenheiten und Ereignissen gewesen; fast alle Staaten sind von großen inneren Kämpfen und Krisen bewegt worden und das Ergebnis ist, daß die Welt nach Ablauf dieses Jahres fast genau auf demselben Fleck steht wie am Ausgang des vorigen. Ganz dasselbe ist an dieser Stelle schon bei dem Überblick über das Jahr 1892 ausgesprochen worden und dabei ausgeführt, daß man bis zum Jahre 1886 zurückgehen muß, um den Punkt einer wesentlichen Abwandlung zu finden. Damals regierte noch Kaiser Wilhelm der Alte, neben ihm stand in ungebrochener Machtfülle der Begründer des neuesten europäischen Staatensystems, der erste Kanzler des Deutschen Reiches. Unabsehbare Veränderungen glaubte man erwarten zu dürfen, wenn diese beiden Personen einmal von der Bühne der Weltgeschichte abtreten würden. Der alte Kaiser ist ins Grab gesunken; sein Sohn ist ihm gefolgt, der dritte Monarch steht bereits an der Spitze des Deutschen Reiches. Fürst Bismarck hat die Leitung der Geschäfte anderen Händen übergeben; in Österreich, Frankreich, Italien, England haben Personen und Regierungssysteme gewechselt — aber die Szene ist immer noch dieselbe, wie sie ein kleines vor einigen Jahrzehnten kaum dem Namen nach in Europa bekanntes Volk im Jahre 1886 gestellt hat. Die Bulgaren sind es gewesen, die diese erstaunliche Wirkung hervorgebracht haben. Ihre Festigkeit vereitelte den Plan Rußlands, nach der Beseitigung des Fürsten Alexander auf in-

direktem Wege durch Dirigierung dieses Vasallenstaates die Herrschaft über die Balkanhalbinsel zu gewinnen. Das Zarenreich fühlte sich aus seiner Eroberung von 1877 herausgeworfen. Seitdem sinnt es auf den großen europäischen Krieg. Die Welt ist stehen geblieben trotz aller Veränderungen, weil sie in ihrem ganzen Dasein abhängt von diesem Kriege und der russische Zar den Entschluß dazu noch nicht gefaßt hat. Hier allein haben keine Veränderungen stattgefunden, weder in der russischen Politik noch in den Persönlichkeiten. Rußlands Wille ist es, der heute über Europa entscheidet. Warum nicht Deutschland? Sind wir nicht die Mächtigeren? Ist es etwa der neue Kurs, der des Mutes darbend Rußland die Befehlsstellung einräumt? O nein, grade in dieser Frage setzt der neue Kurs am allerstrengsten die Richtung des alten fort, und wenn er von ihm abweicht, so ist es nicht in größerer Weichheit, sondern in größerer Fernhaltung von Rußland. Wie aber kommt Deutschland dazu, unter Kaiser Wilhelm I. wie unter Kaiser Wilhelm II., mit einem Kanzler Fürsten Bismarck wie mit einem Kanzler Grafen Caprivi, sich eine solche Herausforderung geduldig gefallen zu lassen? Hat es den Krieg zu fürchten? Geduld ist keineswegs immer ein Zeichen der Schwäche, sondern ebenso oft ein Zeichen der Überlegenheit. Freilich legt Rußland Deutschland und ganz Europa durch seine Bedrohungen vielerlei Schranken, Lasten und Widerwärtigkeiten auf. Niemand aber in Deutschland will deshalb sofort zum Kriege schreiten. Es ist richtig, daß, was Rußland kann, wir nicht können, nämlich Europa in unausgesetzter Kriegsgefahr und Spannung erhalten. Aber nur deshalb können die Russen, was wir nicht können, weil jene ein barbarisches, wir ein Kulturvolk sind. Auch die Barbarei hat ihre Vorzüge, und diese müssen wir Rußland lassen. Die Barbarei kann, alle edleren und feineren Kulturblüten verachtend, abstreifend und zerstörend, in dem einen Gedanken unerhörter Kriegstriumphe und unermeßlicher Eroberungen aufgehen. Ein Kulturvolk kann das nicht. Die Kultur legt sich selber Schranken auf, namentlich in der Anwendung von Gewalt. Diese Schranken sind es, die wir heute in Deutschland empfinden, nicht Schranken, die uns eine wirkliche russische Überlegenheit auferlegte. Die Russen

schwelgen heute in dem Stolz, daß aus dem Munde ihres Zaren die Welt ihren Schicksalsspruch erwarte. Aber das Heute ist nicht die Weltgeschichte.

Hier und da wird auch der Gedanke gehegt, daß trotz Allem es zu dem großen Kontinentalkriege nicht kommen, sondern daß Rußland plötzlich von der Bedrohung Deutschlands und Österreichs abschwenken und sich auf England stürzen werde. Rußland wie Frankreich rivalisieren auf den allerwichtigsten und größten Gebieten mit England. Ohne sich selbst mit Rüstungen viel anzustrengen, heimst England eine Erwerbung nach der andern ein, weil die Kontinentalmächte sich gegenseitig in Schach halten. Kaum hat aber Frankreich einmal, wie in Siam, Ernst gezeigt, so ist England sofort zurückgetreten. Wäre es also nicht denkbar, daß die große europäische Spannung einmal auf diesem Wege ihre Lösung fände? Daß auch solche Möglichkeiten in der russischen Diplomatie erwogen werden, dürfte keinem Zweifel unterliegen. Unverkennbar ist, daß in England die Besorgnis steigt, doch einmal für die Vernachlässigung der Landesbewaffnung bestraft zu werden.

Die russische Flotte in Toulon.

Der Besuch einer russischen Flotte in Frankreich ist es gewesen, der in den Engländern das lebhafte Gefühl der Gefahr, in der sie schweben, hervorgerufen hat. Dieser Flottenbesuch war die formelle Erwiderung des Besuchs der französischen Flotte in Kronstadt im Jahre 1891. Man sieht, die Russen haben sich lange genug damit Zeit gelassen. Aller Wahrscheinlichkeit nach haben diese gegenseitigen Reverenzen im größten Stil keinen anderen Zweck, als die Völker zu beschäftigen und hinzuhalten. Der Augenblick, den großen Krieg zu beginnen, ist noch nicht gekommen, steht wahrscheinlich nicht einmal so sehr nahe bevor; ein formelles Bündnis, das Rußland an Frankreich bände, besteht wahrscheinlich auch nicht; wozu sollte Rußland ein solches Bündnis eingehen? In dem Augenblick, wo es seinerseits den Krieg beginnt, ist es auch des Zuspringens der Franzosen sicher; umgekehrt aber hat Rußland keinerlei Interesse, sich den Franzosen zu verpflichten und sie dadurch vielleicht zu unvorsichtigen Handlungen zu ermutigen, die den Krieg herbeiführen könnten, ehe Rußland ihn will. Thäte man

nun aber wieder gar nichts, so würde es für die französische Regierung schwer sein, die Ungeduld ihres Volkes zu zügeln und der Gedanke einer Aussöhnung mit Deutschland könnte trotz allem allmählich Boden fassen. So hat man denn das Mittel der feierlichen Besuche und Verbrüderungen erfunden, das die Stimmung erhält, ohne wirkliche Verpflichtungen aufzuerlegen. Zwar telegraphierte der Zar an den Präsidenten Carnot am Schluß der Feierlichkeiten (siehe Frankreich S. 241), daß dieser Besuch „den Banden, welche unsere beiden Länder vereinigt, neue hinzufüge," und die französische Presse ist in ein ungeheures Jubelgeschrei über diese Versicherung ausgebrochen, sieht man aber die Worte näher an, so erkennt man leicht, daß sie durchaus nichts Positives besagen. Der große Flottenbesuch mit dem ganzen Strom von Festlichkeiten und tönenden Verbrüderungsreden, das einzige eigentliche Ereignis der europäischen Politik im Jahre 1893, hat also doch die aktive Politik um keinen Schritt gefördert, sondern nur die Völker über die Thatsache, daß sie sich fortwährend auf demselben Fleck im Kreise herumdrehen, hinweggetäuscht.

Russische Mittelmeer-Flotte.

Wenn dieser Flottenbesuch eine aktive Bedeutung hat, so möchte es ein Zweck sein, den die russische Regierung mit großer Geschicklichkeit hinter dem offiziellen Vorgeben zu verstecken gewußt hat. Die Schiffe, welche an der französischen Küste erschienen, kamen aus Amerika, wo sie gelegentlich der kolumbischen Jubelfeier mit anderen europäischen Schiffen zusammen den Vereinigten Staaten ihre Huldigungen dargebracht hatten. Warum aber erschienen sie nicht in Cherbourg, das doch an ihrem natürlichen Rückwege nach der Ostsee liegt? Da russischen Kriegsschiffen die Durchfahrt durch den Bosporus verboten ist, so können sie ja auf diesem Wege gar nicht in ihre Heimat zurückgelangen. Die Antwort ist, daß Rußland bei dieser Gelegenheit, während es früher nur ein Schiff im Mittelmeer stationiert zu haben pflegte, eine größere Mittelmeerflotte schaffen wollte, und diese Erscheinung ist es, die in den Engländern die Besorgnisse wachrief. Man rechnete nach, daß zwar zur Zeit noch die englische Flotte einer Vereinigung der russischen und französischen überlegen sei, daß aber in Rußland und Frankreich erheblich mehr Schiffe im Bau begriffen

seien, als in England. England als die allgemeine Herrscherin der Meere beansprucht auch die Hegemonie im Mittelmeer. Durch das Mittelmeer und den Suezkanal geht der Weg nach Indien, und gestützt auf Gibraltar, Malta, Cypern und Egypten vermag England wohl eine große Mittelmeerstellung zu behaupten. Namentlich aber kommt ihm zu Hilfe, daß im Mittelmeer eine Macht entstanden ist, die auf keinen Fall die Alleinherrschaft in diesem Gebiet an Frankreich übergehen sehen möchte. Das ist Italien. Italien freilich wäre nicht imstande, selbständig seine langgestreckten Küsten und seine ungeschützten Seestädte wie Neapel gegen die französische Flotte zu verteidigen. Daher besteht seit langem eine englisch-italienische Verbindung, von der man nicht weiß, welchen näheren Inhalt sie hat und wie weit die wechselseitigen Verpflichtungen gehen, die aber in unzweifelhaften koinzidierenden Interessen begründet ist. Sobald der Besuch der russischen Flotte in Toulon angekündigt war, faßte man in England sofort eine analoge Demonstration ins Auge und eine englische Flotte besuchte Tarent und Spezia. An Festlichkeiten, Enthusiasmus und Reden wurde aber ein viel geringerer Aufwand gemacht als in Frankreich.

Besuch der englischen Flotte in Italien.

Die internationale Politik der Kurie.

Der dunkelste Punkt in der Gruppierung der europäischen Mächte ist nach wie vor die Stellung des Papsttums geblieben. Daß es nicht auf der deutschen, sondern auf der französisch-russischen Seite steht, ist klar — aber wie eng diese Beziehungen sind und wie stark man beabsichtigt, sie einmal in die Praxis eingreifen zu lassen, darüber ist es dem heiligen Stuhl immer noch gelungen, Dunkelheit zu erhalten. Als der Abgeordnete Lieber in einer Reichstagsdebatte, um allen Befürchtungen und Anklagen vorzubeugen, erklärt hatte, die päpstliche Unfehlbarkeit erstrecke sich nicht auf solche Fragen, erhielt er von der „Voce della Verità“ sofort einen strengen Verweis, und der Bericht über die Audienz des französischen Abgeordneten Monsignore d'Hulst bei Leo XIII. am 20. April des Jahres (s. Frankreich 9. Mai), wenn auch nicht offiziell beglaubigt, hat doch alle innere Wahrscheinlichkeit für sich.

Siam.

Außer dem Flottenbesuch von Toulon ist die Erwerbung des linken Mekong-Ufers in Siam durch die Frnnzosen das einzige bedeutendere Ereignis der auswärtigen Politik, das das Jahr

1893 aufzuweiſen hat. Aber nicht viel anders als der Flottenbeſuch, ſo iſt auch die Erwerbung der Franzoſen in Siam von ſehr geringem direktem Wert; von großer Bedeutung bloß als Etappe und Vorbereitung in der Erwerbung eines hinterindiſchen Reiches, das ſich an die eine Seite des engliſchen Indiens ebenſo drohend lagert, wie Rußland an die andere.

Bedeutender als die äußeren ſind die inneren Bewegungen in faſt allen europäiſchen Staaten geweſen.

Abweichend von der früher üblichen Reihenfolge ſtellen wir diesmal aus inneren Gründen nicht Deutſchland an die Spitze der Erzählung, ſondern beginnen mit Frankreich.

Frankreich hat den Panamaſkandal, den wir im vorigen Jahrgang ausführlich geſchildert haben, und Neuwahlen durchgemacht. Alle die Hoffnungen und Befürchtungen einer großen Veränderung, die ſich daran geknüpft hatten, ſind nicht in Erfüllung gegangen. In dem Kampf der politiſchen Leidenſchaften gehen ſelbſt ſo grobe Skandale wie die Panamazahlungen faſt wirkungslos vorüber, und um eine Regierung zu ſtürzen, muß eine andere Macht vorhanden ſein, die ſich an ihre Stelle ſetzen kann. Dieſe aber war in Frankreich nicht vorhanden. Obgleich der franzöſiſche Staat in allen Fugen zu krachen ſchien, obgleich der Abgrund der Enthüllungen einen Staatsmann nach dem anderen, zuletzt ſogar den großen Organiſator des Widerſtandes von 1870, Herrn Freycinet verſchlang, ſo ſind endlich die Beteiligten doch faſt alle gerichtlich freigeſprochen worden und hat das franzöſiſche Volk genau die Majorität, die ſich aller jener Sünden ſchuldig gemacht, ſogar noch etwas verſtärkt und in ſich etwas geſchloſſener wiedergewählt. Es iſt der in ſeiner Weltanſchauung unkirchliche oder kirchenfeindliche, aber von einem ſtarken franzöſiſchen Nationalbewußtſein getragene Mittelſtand, wie wir ſagen würden, der in Frankreich regiert. Der Ausdruck „Mittelſtand" paßt jedoch nicht recht, da dieſer Stand auf der einen Seite das ganze Kleinbauerntum umfaßt, auf der anderen die franzöſiſche Ariſtokratie teils nicht mehr exiſtiert, teils, den Perſonen wie den Ideen nach, ſich mit jenem Stande verſchmolzen hat. Die heutige regierende Schicht in Frankreich iſt das Produkt des Grundſatzes der großen fran-

Frankreich.

zösischen Revolution von der „égalité“. Standesunterschiede gibt es nicht mehr. Aber es gibt einen regierenden und tonangebenden Kreis, in den auf der einen Seite Jeder eintreten kann, der sich die persönlichen Qualifikationen erwirbt, und der auf der anderen durch die Aufrechterhaltung z. B. der Sitte des Duells und vielfältiger sonstiger Traditionen der vornehmen Gesellschaft des ancien régime einen gewissen aristokratischen Anstrich hat. Die moralische Korruption, die man von jeher der französischen Gesellschaft zum Vorwurf gemacht hat, unter den bourbonischen Königen, wie in der Revolution, unter dem Kaiserreich, wie unter dem Bürgerkönigtum, haftet auch dieser jüngsten Generation der französischen Gesellschaft an und hat die allermodernste Gestalt des Checks angenommen. Ob es damit gerade schlimmer steht als früher, oder als in anderen Ländern, oder ob solche Dinge in Frankreich nur besonders sichtbar werden, mag dahingestellt werden. Jedenfalls hindert diese moderne Korruption nicht, daß Frankreich bei all denen in Europa, die in dem Modernen die Höhe menschlicher Entwickelung sehen, sich einer großen Zuneigung erfreut. Die Liberalen in England, Holland, Belgien, in der Schweiz, in Italien, selbst in Ungarn und Rumänien haben eine Sympathie für Frankreich im Herzen, die selbst mit der politischen Berechnung des Kopfes zuweilen in Zwiespalt gerät.

Nur zwei Elemente im Innern sind es, die ernstlich die Herrschaft der modernen Bourgeois-Gesellschaft bestreiten und bekämpfen: die katholische Kirche und die Sozialisten. Die katholische Kirche hat, nachdem alle monarchischen Hoffnungen sich als unerfüllbar offenbart haben, den Versuch gemacht, die Republik durch die Republik zu bekämpfen. Mit Aufbietung seiner ganzen Autorität, mit immer wiederholten, im schärfsten Befehlston gehaltenen Schreiben hat der Papst seinen Gläubigen befohlen, die republikanische Staatsform anzuerkennen, um eine republikanisch-klerikale Majorität in der Kammer zu erzielen. (Vgl. Jahrg. 1892 S. 329.) Es schien für den Außenstehenden, namentlich für uns Deutsche, die wir die Macht der katholischen Priesterschaft über das allgemeine Stimmrecht kennen, als ob der politische Schachzug des heiligen Vaters nicht übel ersonnen sei und wohl Erfolg haben könne.

Aber die Neuwahlen haben ihm trotz Panama ein völliges Fiasko bereitet. Nicht mehr als 29 „Ralliierte" sind neben 64 Monarchisten in die neue Kammer eingezogen. Ganz ebenso gering sind die Erfolge der Sozialisten, sie haben nur 49 Mandate errungen — eine überaus wichtige und lehrreiche Erscheinung. Sie zeigt die ganze Hoffnungslosigkeit einer Umgestaltung des modernen Staates zu gunsten des jetzigen Proletariats durch das Proletariat selber. Nun haben diese Leute in Frankreich seit 22 Jahren die Republik mit dem allgemeinen Stimmrecht und haben weder soziale Reformen von oben, noch auch nur eine bedeutende soziale Partei im Parlament durchsetzen können.

Der Anarchismus.

Es wird nicht zu viel vermutet sein, wenn man hier auch die letzte Wurzel der unheimlichen Erscheinung des Anarchismus sucht. Er hat denselben Nährboden, wie sein Bruder, der russische Nihilismus: die Hoffnungslosigkeit. In Rußland wie in Frankreich und ähnlich auch in Spanien und in Nord-Amerika stehen soziale Reformer vor der Thatsache, daß schlechterdings keine Aussicht ist, weder auf gesetzlichem noch auch nur auf revolutionärem Wege irgend einen Erfolg zu erreichen. Der steinerne Bau des weltlich-geistlichen Zaren-Despotismus ist nicht zu erschüttern und das französische Bourgeois-Parlament lehnt, wie in der ersten Ansprache an die neugewählte Kammer der Ministerpräsident hervorhob, nichts entschiedener ab, als jede Art von „Staatssozialismus" (vgl. 21. Nov.). Da steigert sich der sozialistische Fanatismus zum Wahnwitz und greift zum Dynamit. Der deutsche Sozialdemokrat mag den bestehenden Staat ganz ebenso leidenschaftlich hassen wie sein russischer oder französischer Freund: aber er ist noch in der Lage, wenn er ein Realist ist, auf weitere soziale Reformen zu hoffen mit Hilfe der Monarchie; wenn er ein Phantast ist, sich weitere Illusionen zu machen über Erfolge seiner Propaganda: in jedem Fall hat er keine Veranlassung, durch Bombenwerfen den ungestörten Fortgang seiner Bestrebungen zu stören, und wenn ihm darüber noch ein Zweifel bleibt, so hat Deutschland sehr scharfe Gesetze und eine sehr aufmerksame Polizei. Die unsichere Staatsgewalt der französischen Republik hat weder die genügenden Gesetze geschaffen, noch auch unter den stets wechselnden Ministern eine

genügend scharfe und stetige Polizeigewalt, um das politische Verbrechertum in Schranken zu halten, ihm rechtzeitig nachzuspüren und ihm Furcht einzuflößen. So wird Jahr für Jahr Frankreich durch anarchistische Attentate in Schrecken gesetzt. Im Jahre 1892 die Mordthaten Ravachols und seiner Freunde, die seinen Tod rächen wollten; im Jahre 1893, nachdem schon mehrere Einzel-Attentate vorausgegangen (14. Nov., 16. Nov.), ein Angriff auf die Deputiertenkammer selbst. Ein Mensch, der bereits mehrfach mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommen war, Vaillant mit Namen, warf von der Gallerie der Zuhörer eine Bombe mitten unter die Deputierten (9. Dez.). Zwar wurde niemand getötet, da die Bombe auf die Brüstung der Gallerie aufschlagend, schon in der Luft platzte, aber eine große Anzahl von Personen wurde verwundet. Diese Erfahrung am eigenen Leibe, setzte die regierenden Herren in Bewegung. Mit echt französischer Schnellfertigkeit waren zwei Tage darauf vier Gesetze vorgelegt und binnen wenigen Tagen angenommen, die nun die bösen Geister bändigen sollen. Diese Gesetze sind wesentlich Kopien der deutschen Gesetzgebung, namentlich des deutschen sog. Dynamit-Gesetzes, wodurch auch schon der bloße unautorisierte Besitz von Sprengstoffen, sowie die bloße Anpreisung anarchistischer Verbrechen, ohne direkte Aufforderung oder Vorbereitung, strafbar gemacht worden sind (11. Dez.).

Ein böses Seitenstück zu den Unthaten der Anarchisten, das auf den französischen Nationalcharakter ein sehr schlechtes Licht wirft, bildet ein Konflikt zwischen französischen und italienischen Arbeitern bei Marseille. Schon seit Jahren (vgl. unsere früheren Jahrgänge) suchen die französischen Arbeiter die fremden, deutschen, belgischen, italienischen Arbeiter, die in dem reichen Frankreich ihr Brot verdienen, von den Arbeitsstätten oft mit Gewalt zu vertreiben. In den Salinen von Aigues-Mortes kam es nun (16. August) zu einem Zusammenstoß, der endlich mit einer förmlichen Jagd und Abschlachtung der Italiener endigte. Aber obgleich in dem Prozeß zeugenmäßig festgestellt wurde, mit welcher Barbarei einzelne Franzosen die schon verwundet am Boden liegenden Italiener getötet hatten, so sprachen die Geschworenen doch alle Angeklagten einfach frei (30. Dez.). Die italienische Regierung,

die anfänglich sehr energisch den Schutz oder wenigstens die Rächung ihrer Angehörigen in die Hand nehmen zu wollen schien, wurde von der französischen Regierung höchst kühl behandelt und wußte nichts dagegen zu thun, während sie ihrerseits leidenschaftliche Demonstrationen, die nun vielfach in Italien gegen die Franzosen veranstaltet wurden, mit Ernst unterdrückte.

Italien wird von von einer ähnlich konstituierten Gesellschaftsschicht mit ähnlicher Weltanschauung regiert wie Frankreich und scheint dabei den Vorzug einer wenn auch nicht starken, so doch auch nicht wesenlosen Monarchie und einer bei der geringeren industriellen Entwickelung weniger starken proletarischen Bewegung zu besitzen; es hat noch nicht einmal das allgemeine Stimmrecht, sondern schränkt es zwar nicht durch einen Zensus, aber durch einen gewissen Bildungsanspruch ein. Der Wähler muß wenigstens lesen, schreiben und die vier Spezies rechnen können. Trotzdem ist es nicht in einem besseren, sondern in einem noch schlechteren Zustande als Frankreich. Die Korruption ist ganz dieselbe und hat auch ganz parallel mit den Panamaenthüllungen und fast gleichzeitig zu einem ähnlichen Skandal geführt, der sich an den Namen der Banca Romana anknüpft. Während aber im französischen Volke der politische Zorn oder der politische Ekel von Zeit zu Zeit wieder abgelöst wird durch einen hochflutenden politischen Enthusiasmus, wie bei den Russenfesten, oder durch ein kräftiges Ringen der Parteien miteinander bei den Wahlen, und so die stockenden Säfte fortwährend umgetrieben werden, so fehlt in Italien diese Herzkraft und die Pulse schlagen trübselig und matt. Frankreich hat den Ruhm seiner großen Vergangenheit und nährt daran die unheimliche Glut seines Revanchegedankens, die sein ganzes Innere durchwärmt. Italiens große Vergangenheit hat keine Beziehung zu dem gegenwärtigen italienischen Staat. Dieser Staat ist geschaffen worden nicht durch eigene Großthaten des italienischen Volkes, sondern durch Gunst der Lage, Zufall und mächtige Verbündete. Kann das Herz eines Italieners schlagen, wie das eines Deutschen, wenn er das Werden seines Staates von Fehrbellin an über Prag, Roßbach und Leuthen, Leipzig und Belle-Alliance bis zu Königgrätz und Sedan hin verfolgt? Oder auch nur wie das eines Franzosen, selbst wenn

Italien.

er sich an die nach verzweiflungsvollem Ringen erlittenen Niederlagen von 1870 erinnert? Weil sie so garnichts anderes haben, so feiern die Italiener gar die Erstürmung Roms und das Scharmützel mit den Schlüsselsoldaten im Jahre 1870. Sie sind unbefriedigt in ihrem nationalen Dasein und wissen doch nicht, wie sie es anfangen könnten, eine aktive Politik zu machen. Auch Deutschland macht derzeit keine aktive Politik, sondern wartet ab, ob von anderer Stelle eine Bewegung ausgehen wird. Aber abgesehen von der Kolonialpolitik begehrt auch in Deutschland niemand nach weiteren Großthaten. Wir gehören nach dem Ausdruck des Fürsten Bismarck zu den saturierten Nationen. Die Italiener sind das gerade Gegenteil. Ihr Verstand weist sie auf den Dreibund und auf dessen abwartende Politik. Ihr Herz aber gehört den Franzosen, in denen sie nach einem Ausdruck, den Crispi einmal gebraucht hat, den vollendetsten Typus des modernen Menschen sehen, der ihr eigenes Ideal bildet. Im Herzen tragen sie ebenso noch immer den alten Haß gegen den Dreibundsgenossen Österreich, und immer wieder erhebt in der Irredenta der Wunsch nach der Erwerbung Trients und Triests sein Haupt, weil er in dem nationalen Empfinden aller Italiener seinen Sitz hat. Das religiöse Empfinden in Italien ist, wie es Cecil Mariano in einem Aufsatz über Spaventa (Preuß. Jahrb. Bd. 74 S. 1) sehr schön geschildert hat, erstorben, gleichwie in den regierenden Klassen Frankreichs. In Italien ist selbst der Katholizismus schwächer und vertrockneter, als in Frankreich und nimmt überdies gemäß der wohldurchdachten Politik des Vatikans an dem politischen Leben keinen Teil; die nationalen Regungen, die in Frankreich das religiöse Leben einigermaßen ersetzen, haben in Italien nicht die tiefen Wurzeln in der Vergangenheit und sind in der Gegenwart durch die unabweisbaren Forderungen in der Politik künstlich unterbunden. Die Italiener sind in der anscheinend glücklichen Lage, keine Parteien zu haben. In allem wesentlichen sind sie alle einig; nur minimale Abweichungen, sei es aus Temperament, sei es aus Taktik, trennen sie von einander und führen zur Bildung, nicht von Fraktionen in unserem Sinne, sondern von Koterien und Cliquen im Parlament. Aber das parlamentarische System fungiert deshalb nicht um so besser, sondern

nur um so schlechter. Wo die großen und tiefen Gegensätze fehlen, fehlt auch das Leben. Der Positivismus, zu dem sich die heutigen Italiener philosophisch bekennen, ist nach einem sehr glücklichen Wort Otto Harnacks bei ihnen ein Nihilismus. In Frankreich zeigen Wissenschaft, Kunst und Litteratur einen unerschöpflichen Reichtum, eine überströmende Produktivität; Talente jeder Art sprießen allenthalben hervor. Die Ministerien mögen wechseln, so oft sie wollen, immer sind neue Männer vorhanden mit der Qualifikation, sie zu besetzen. Wie vortrefflich hat Herr Dupuy, vor nicht langer Zeit ein unbekannter Gymnasiallehrer, dann Ministerpräsident, jetzt Kammerpräsident, die Würde des Parlaments bei dem Vaillantschen Bombenattentat gewahrt! In Italien ist die Produktivität an geistigen Kapazitäten ebenso gering wie an politischen. Über dies alles ist nun die wirtschaftliche Not gekommen. Sie trifft ganz Europa; am härtesten natürlich die Schwächsten. Italien hat seiner Zeit die Kühnheit gehabt, zur Goldwährung überzugehen. Bei der beschränkten Menge des vorhandenen Goldes hat es nur einen sehr kleinen Vorrat an sich ziehen können. Jetzt sind die Zeiten schlecht geworden, und die Verschiebung der Bilanz, indem sie mit barem Golde ausgeglichen werden mußte, hat Italien sofort seines gesamten baren Geldes beraubt. Das Königreich hat wieder Papierwährung mit 15 pCt. Agio; sein Wirtschaftsleben wie sein Budget sind in die schwerste Verwirrung gebracht, und es ist nicht abzusehen, wie es sich daraus erretten soll. Es ist nur zu natürlich, daß heute kein Volk pessimistischer und mißmutiger gestimmt ist, als das italienische.

Das mit großen Hoffnungen begrüßte Kabinett Giolitti hat gar nichts geleistet und als endlich der Bericht der Parlaments-Kommission über die Banka Romana feststellte, daß der Minister nicht einmal moralisch völlig intakt sei, da brach seine Herrschaft zusammen. (23. Nov.) Es dauerte sehr lange, ehe man sich entschloß, Crispi wieder an die Spitze des Staates zu rufen und es diesem gelang ein vollständiges Ministerium zu bilden, und kaum war es gebildet, so flackerte erst in Sizilien und dann an den verschiedensten Stellen des Königreiches eine aufrührerische Bewegung auf, die zwar nicht den Staat selbst gefährdete, aber doch die Ein-

ziehung von Reserven und Aufstellung größerer Truppenmassen notwendig machte. Wie Italien es ohne zeitweilige Einführung einer Diktatur möglich machen soll, sein Budget wieder in Ordnung zu bringen, ohne die für eine Großmacht unentbehrliche Wehrmacht zu verringern, vermag niemand zu sagen.

Österreich. Sonst waren es immer die Österreicher, die in politischer Morosität und Pessimismus bis zur Verzweiflung allen anderen Europäern voran waren. Es scheint, daß gerade hier, wenigstens für den Augenblick, ein Umschlag der Stimmung eingetreten ist. Ein Gouvernement, das sich vierzehn Jahre lang behauptet hat, ist gestürzt, ein völliger Systemwechsel scheint eingetreten und ist mit all den freudigen Hoffnungen begrüßt worden, die die neu aufgehende Sonne zu begleiten pflegen. Es ist die einzige Stelle in Europa, wo das Jahr 1893 eine große Veränderung hervorgebracht zu haben scheint. Aber wer die Dinge von fernher kühleren Herzens betrachtet, ist geneigt, allen Accent auf das Wort „scheint" zu legen. In unendlichen, in unerschöpflichen Klagen haben sich die Österreicher vierzehn Jahre lang über das Regiment Taaffe ergangen; mit einem Programm der Versöhnung der Nationalitäten sei es ins Amt getreten und der wildeste, gewaltthätigste Nationalitätenkampf unter dem Vordringen aller anderen, aber unter stetem Verlust der Deutschen, sei das Ergebnis gewesen. An diesem Ergebnis ist leider kein Zweifel, aber wer als außenstehender Zuschauer sich bemüht, ehrlich zu urteilen, wird schwerlich alle Schuld allein auf den Grafen Taaffe werfen. Man lese die Strafrede, die im Augustheft der „Preuß. Jahrbücher" Professor v. Zwiedinek seinen Landsleuten, den Deutschen in Österreich über ihr eigenes politisches Thun gehalten hat. Indem sie im Jahre 1879 die Mittel für die Besetzung Bosniens versagten, verletzten sie aufs gröblichste die Rücksicht auf das Gesamt-Interesse des Staates und verfeindeten sich dadurch den Monarchen. Während des ganzen späteren parlamentarischen und Nationalitäten-Kampfes operierten sie mit den einseitigsten Parteiforderungen und Ansprüchen, denen ihre wirkliche Macht in keiner Weise entsprach. So erlitten sie eine Niederlage nach der andern. Endlich hat ihnen ein fundamentaler Fehler ihrer hauptsächlichsten Gegner, der Tschechen, Luft geschaffen. Es bildete sich die jung-

tſchechiſche Partei, welche demokratiſch und antiklerikal, hussitiſche Erinnerungen aufnahm und eine panſlaviſtiſche Hinneigung zu Rußland zeigte. Das iſt eine Geſinnung, mit der der öſterreichiſche Staat nicht paktieren kann. Da die jungtſchechiſche Partei bald die völlige Oberhand gewann und die alttſchechiſche ſo gut wie verſchwand, ſo näherte ſich die Regierung den Deutſchen. Von Ende 1891 bis Ende 1893 machte Graf Taaffe einen Verſuch nach dem anderen, mit ihnen ein neues Regierungsſyſtem zu bilden. Aber man geriet immer wieder auseinander. Graf Taaffe wird von den Öſterreichern beſchuldigt, daß er eine wirkliche Verſöhnung der Parteien gar nicht angeſtrebt, ſondern im Gegenteil gewünſcht habe, ſie untereinander zu verhetzen, damit die Regierung über ſie alle herrſche. Auch den Tſchechen zeigte er immer wieder Entgegenkommen. Die Tſchechen aber wurden in ihrem Auftreten immer anmaßender, frecher und endlich gewaltthätig. Sie weigerten ſich auf dem Prager Landtag die Errichtung eines beſonderen deutſchen Gerichtsſprengels für Trautenau auch nur zu beraten und verhinderten durch Tumult die Verhandlungen, ſo daß der Landtag geſchloſſen werden mußte. (18. Mai). Dann erfolgte ein Straßenkrawall nach dem andern, in Prag, Brünn, Kladno, Dux. Bei den Nachwahlen wurden die wildeſten tſchechiſchen Fanatiker gewählt. Das kaiſerliche Wappen und der Name des Kaiſers ſelbſt wurden verhöhnt. Da verhängte (13. Sept.) die Regierung den Ausnahmezuſtand, ſuspendierte die Geſchwornen-Gerichte und unterdrückte die aufreizende Preſſe und die agitierenden Vereine. Es handelte ſich darum, ob der Reichsrat in Wien dieſe Verordnung gutheißen werde. Unter den Deutſchen hatte man nicht übel Luſt, der Feindſchaft gegen den Grafen Taaffe dadurch Luft zu machen, daß man ihm hier die Hilfe verſagte. Graf Taaffe holte aus ſeinem Arſenal eine neue gewaltige Waffe hervor. Schon lange ſah man in Öſterreich das beſtehende Wahlrecht zum Abgeordnetenhaus als veraltet an. Es beruht auf drei Kurien: den Großgrundbeſitzern (85 Abgeordnete), den Handelskammern (21 Abgeordnete) und den Gemeinden mit einem Cenſus-Wahlrecht (247 Abgeordnete). Die Regierung ſchlug nun vor, die beiden erſten Kurien unverändert zu laſſen, in den Gemeinden aber das Wahlrecht faſt zum allgemeinen, gleichen

Stimmrecht zu erweitern. Wer sechs Monate an demselben Ort seinen Wohnsitz hat, lesen und schreiben kann und seiner Militärpflicht genügt hat, sollte nach diesem Plan wahlberechtigt sein. Aus den 1½ Millionen Wählern der dritten Curie wären 4½ Millionen geworden. Ein großer Teil der Deutsch-Liberalen würde mit diesen Reformen aus dem Parlament verdrängt werden und Sozialdemokraten, Klerikale und Slawen an ihre Stelle treten. Ein gewaltiger Schrecken ergriff die Partei. Es zeigt sich, daß die vierzehnjährige Bedrängnis unter dem Taaffe'schen Regiment eine Zeit der Zucht für sie gewesen war, die nicht verloren ist. Sie hatte die Versuchung, bei der Gelegenheit des Prager Ausnahmezustandes die Parteipolitik über das Staatsinteresse zu stellen, zurückgewiesen, und den Wunsch der Regierung, die Ausschuß-Verhandlungen über diesen Gegenstand sekret zu führen, erfüllt und dadurch das Vertrauen des Kaisers erworben. Indem ihr jetzt der Taaffe'sche Vorschlag die ganze Schwäche ihrer Position zeigt, entschloß sie sich, um ihn zu stürzen, eine Koalition nicht nur mit den Polen, sondern auch mit den Klerikalen unter Führung des Grafen Hohenwart einzugehen. Auch diese beiden Gruppen waren erschreckt durch die Aussicht auf das allgemeine Stimmrecht. Dem gemeinsamen Ansturm mußte der Graf Taaffe weichen und ein deutsch-polnisch-liberal-klerikales Koalitions-Ministerium unter dem Präsidium eines persönlich hervorragenden Aristokraten ohne ausgesprochenen Parteicharakter, des Fürsten Windischgrätz trat an seine Stelle. Herr v. Plener, der Führer der Deutschen, übernahm darin das Finanzministerium. (12. Nov.) Auch dieses Ministerium wird nicht anders als nach den Prinzipien des Grafen Taaffe, d. h. unter fortwährenden Kompromissen regieren können. Bei dem großen Übergewicht der Deutschen in der Koalition — von den 188 Abgeordneten deutscher Nationalität gehören ihr 170 an, während das ganze Abgeordnetenhaus 352 Mitglieder zählt (vergleiche Seite 201, Schluß) — darf man hoffen, daß das Deutschtum endlich zu seinem vollen Recht kommen werde. Dazu gehört vor allem, daß die Deutsch-Liberalen gegen die Deutsch-Klerikalen die nötige Toleranz üben.

Die Prager-Ausnahme-Verordnung, eine Verbesserung des

Landwehr-Instituts und einige kleinere Vorlagen wurden noch in den letzten Wochen des Jahres von der neuen Majorität ohne Schwierigkeit erledigt und angenommen.

Im direkten Gegensatz zu den cisleithanischen Ländern zeichnet sich das ungarische Parlament dadurch aus, daß eine geschlossene Majorität existiert und das Heft fest in der Hand hält. Durch eine sehr geschickte Konstruktion des Wahlgesetzes sind die großen Massen der nichtmagyarischen Völkerschaften vom Stimmrecht ausgeschlossen. Die Magyaren, obgleich noch nicht die Hälfte der Bevölkerung, herrschen unumschränkt in der Volksvertretung und seit fast 20 Jahren regiert die von Ludwig Tisza geschaffene liberale und national-magyarische Partei. Freilich gelang es trotz der großen Majorität, über die die Partei verfügt, doch der Minorität, durch bloße Obstruktion einen Versuch, das völlig verrottete altmagyarische Verwaltungssystem zu reformieren, zu Falle zu bringen (1891) und die Legislative fand im nächsten Jahre nicht den Mut zu irgend einem neuen Anlauf. Im Jahr 1893 unter Führung des neuen Ministerpräsidenten Wekerle hat man an einer anderen Stelle die Hand angelegt zu einem großen Neubau. Das Verhältnis von Staat und Kirche soll von Grund aus reformiert und nach modernen, liberalen Grundsätzen gestaltet werden. Der Kaiser scheint keine große Neigung gehabt zu haben, sich in dies Unternehmen einzulassen, aber er wich dem „Druck von unten“, wohl um so mehr als die parlamentarischen Schwierigkeiten in Cisleithanien schon immer mehr zunahmen. Den Mittelpunkt dieses legislatorischen Werkes bildet die obligatorische Civilehe (2. Dez. vgl. 17. Mai und 26. April). Die katholische Kirche wartete nicht lange und begann ihre Gegenagitation. Das Oberhaus nahm schon am 18. Mai mit 81 gegen 56 Stimmen eine feierliche Resolution gegen die beabsichtigte neue Kirchenpolitik an. Die Bischöfe traten zusammen, konferierten, sandten nach Rom. Der Papst erließ eine Encyklika. (s. S. 263). In den parlamentarischen Fraktionen gährte und brodelte es. Mitglieder der gouvernementalen Fraktion traten aus; die Opposition spaltete sich, weil ein Teil die Kirchenpolitik der Regierung unterstützen wollte. Es ist nicht abzusehen, welche neue Ordnung dies Chaos gebären wird.

Ungarn.

Einen positiven Erfolg erfocht allein der magyarische Chauvinismus durch weitere Konzessionen an die magyarische Sprache in der Armee-Verwaltung und durch die Herstellung eines besonderen ungarischen Hofstaates für das Kaiserhaus, was der Nationaleitelkeit schmeichelte.

England. England ist völlig in Anspruch genommen worden durch den großen Streit um Homerule in Irland. Nachdem die Liberalen in der letzten Session des vorigen Parlamentes durch Obstruktion das konservative Ministerium verhindert hatten, eine bloß lokale Selbstverwaltung in Irland einzuführen, war es nunmehr durch die Neuwahlen 1892 ans Regiment berufen, ihre Sache, ganze Arbeit zu machen und durch eine völlig neue staatsrechtliche Konstruktion die Iren wirklich zu befriedigen. In den politischen Kreisen Deutschlands hat man wohl vorwiegend dagegen Stellung genommen. Eine halbe Selbständigkeit Irlands, das durch Rasse, Religion und Geschichte von England getrennt, und von Haß und Feindschaft gegen das Hauptland erfüllt ist, erscheint wie eine Auflösung des Staates. Die „Preußischen Jahrbücher" haben aber doch auch Abhandlungen gebracht, die den Gladstoneschen Plan nicht so ungünstig beurteilten. Deutschland wie Österreich-Ungarn bieten Beispiele eines politischen Zusammenlebens entgegengesetzter Elemente mit partikularen Selbständigkeiten, die keineswegs abschrecken. Die große Gefahr des englischen Weltreichs ist, daß die allmählich mehr und mehr demokratisierte Verfassung Elemente ans Ruder bringt, die zur Regierung eines solchen Reichs schlechthin unfähig sind. Eine Kombination von Grund- und Geldaristokratie hat die englische Weltmacht geschaffen; die aristokratischen Elemente aber mit ihrem energischen politischen Sinn treten mehr und mehr zurück und werden ersetzt durch Krämer und Demagogen. Eine irische Fraktion von achtzig Köpfen im englischen Parlament, die in jedem Augenblick imstande ist, die Majorität in die Minorität zu verwandeln, Regierungen zu stürzen, zu erheben und wieder zu stürzen, steigert die Schwierigkeit, ein Reich in fünf Weltteilen in gefährlichen und drangvollen Zeiten parlamentarisch-demokratisch zu regieren, ins Unabsehbare. Irland ist heute gegen England sehr klein. Im Jahre 1840 hatte Irland noch 8 Mil-

lionen Einwohner; England und Schottland zusammen 17 — heute hat jenes noch 4½, die Hauptinsel aber 33 Millionen Einwohner. Bei allem Gegensatz ist Irland doch auch wieder vielfältig auf England angewiesen und würde sobald es Selbständigkeit genösse, seinerseits wieder durch Parteigegensätze gespalten und im Zaume gehalten werden. Die direkte Gefahr, mit der es während eines Krieges England durch Abfall bedrohen könnte, erscheint also geringer als der heutige verderbliche Einfluß der irischen Abgeordneten im englischen Parlament selber. Unter diesem Gesichtspunkt, also unter der Voraussetzung der Entfernung der Iren aus dem Reichsparlament, konnte man den Homerule-Plan wohl für einen ganz gesunden politischen Gedanken halten, und es machte den Eindruck einer gewissen Großartigkeit, wie der alte Gladstone seine Majorität von nur vierzig Stimmen, eingeschlossen die Iren selber und die Sozialdemokraten, zusammenhielt und seine Bill mit Gewalt durch das Unterhaus brachte. Als die Minorität anfieng, Obstruktion zu treiben, schlug er sie mit einer Geschäftsordnungsklausel nieder. „Guillotine-Bill“ nannten die Gegner in ihrem Zorn die Bestimmung, die von vornherein die Tage festsetzte, an denen über jeden Abschnitt beschlossen und die Diskussion auch über die noch gar nicht beratenen Paragraphen abgeschnitten werden sollte. Nachdem 83 Sitzungen gehalten und 459 Reden für, 940 Reden gegen die Bill gehalten worden, nahm das Unterhaus sie an (1. Sept.). Dennoch ist der „große alte Mann“ gescheitert; nicht bloß an dem Widerspruch des Oberhauses, das mit 419 gegen 41 Stimmen das Gesetz verwarf, sondern vor allem an dem sachlich entscheidenden Punkt, für den er keine Lösung gefunden hat. Die Form, in der die ursprüngliche Vorlage der Regierung die irischen Abgeordneten aus dem Reichsparlament entfernen wollte, erwies sich als unrealisierbar. Da Irland doch immer ein Teil des Königreichs blieb, so hatte man eine Unterscheidung der Angelegenheiten versucht, wo die Iren mitstimmen sollten und wo nicht (s. Kalendarium S. 207 u. 209). Gladstone selber sah sich genötigt, diese Klausel zurückzuziehen und die Iren als vollberechtigte Mitglieder im Parlament zu lassen (s. Kalendarium S. 213, 13. Juli). Es wäre also ein Zustand eingetreten, wonach die Irländer berechtigt

waren, in England in jeder Beziehung mitzuregieren, die Engländer aber in Irland in erheblichen Beziehungen nicht. Man sagte, England gebe Irland Homerule und verzichte selber darauf. Ganz abgesehen von allen anderen Schwierigkeiten, abgesehen von den irischen Protestanten in der Grafschaft Ulster, die nicht unter die Herrschaft der Katholiken geraten wollten und ganz offen bewaffneten Widerstand organisierten — an jenem inneren Widerspruch mußte der Homerule-Plan Gladstones notwendig scheitern.

Formell war es das Oberhaus, das ihn zu Fall brachte und es hat den Anschein, als ob Gladstone Irland vertagen wolle, um erst mit dem Oberhaus aufzuräumen und zu diesem Zwecke irgend einen Streit anzufangen, in dem er hoffen darf, daß die öffentliche Meinung ihm beitrete. Sein Staatssekretär Morley sprach das Wort aus: „to mend or end the Lords." Er hielt das Parlament ungewöhnlich lange zusammen, um ein Haftpflicht-Gesetz und eine neue Gemeinde-Ordnung zu beraten. Letztere ist im Jahre 1893 nicht mehr vollendet worden und in das Haftpflicht-Gesetz fügte das Oberhaus eine Klausel ein, wonach die Arbeiter berechtigt seien, durch ihren Lohnkontrakt die Haftpflicht auszuschließen, d. h. daß die Unternehmer sich durch private Abmachung mit thörichten oder bedrängten Arbeitern von der Last befreien können. So sehr dem Unternehmerinteresse damit gedient ist, so hat die öffentliche Meinung doch die Lords deshalb nicht angegriffen, da sie sich mit der in England so sehr beliebten Doktrin der wirtschaftlichen Freiheit gedeckt haben.

Am Schluß des Jahres war noch nicht abzusehen, ob und wo Gladstone Gelegenheit zu neuer Offensive finden werde. Ganz umgekehrt eröffneten die Konservativen einen wirksamen Angriff auf ihn, indem sie die Nation auf die ungenügende Stärke der Flotte hinwiesen und der Regierung den Vorwurf der Vernachlässigung der Wehrkraft machten (vgl. oben Allgemeine auswärtige Politik S. 321). Der ängstliche Rückzug vor den Franzosen in Siam, obgleich in diesem Lande fast der ganze Handel in englischen Händen ist, und dann die russisch-französische Flottendemonstration hatte dieser Agitation genügend vorgearbeitet. Für Gladstone war das ein sehr unangenehmer Zwischenfall, da Schiffsbauten Geld kosten,

Geld durch Steuern aufgebracht werden muß und Steuern unpopulär machen. Er suchte nicht ohne Erfolg die öffentliche Meinung für die Gegenwart zu beruhigen und versprach alles nötige für die Zukunft.*)

Eine gewisse Energie zeigte die englische auswärtige Politik in Egypten. Hier glaubte zu Anfang des Jahres der jugendliche Englische auswärtige Politik.

*) Die englische Admiralität veröffentlicht eine Zusammenstellung über die Stärkeverhältnisse der Flotten der großen europäischen Mächte. Nach dieser hat:

England: 24 Schlachtschiffe, 3 Küstenverteidiger, 60 Kreuzer und 74 andere Schiffe im Dienst. In der Reserve befinden sich 10 Schlachtschiffe, 14 Küstenverteidiger, 46 Kreuzer und 44 sonstige Fahrzeuge. Im Bau und in der Ausrüstung befinden sich 9 Schlachtschiffe, 19 Kreuzer und 22 Schiffe zu anderen Zwecken; so daß die gesamte Seemacht Englands zur Zeit 325 Schiffe beträgt.

Frankreich: Im Dienst befinden sich 19 Schlachtschiffe, 5 Küstenverteidiger, 22 Kreuzer und 50 andere Schiffe. In der Reserve sind ohne Berücksichtigung der Reservedivisionen, die als im Dienst befindlich betrachtet sind, 5 Schlachtschiffe, 3 Küstenverteidiger, 20 Kreuzer und 62 andere Fahrzeuge. Im Bau und in der Ausrüstung stehen 8 Schlachtschiffe, 2 Küstenverteidiger, 19 Kreuzer und 5 sonstige Fahrzeuge, so daß die französische Republik über 221 Schiffe gegenwärtig verfügt.

Rußland: Bei der Ostseeflotte sind im Dienst: 5 Schlachtschiffe, 9 Kreuzer und 34 andere Schiffe; in der Reserve stehen 5 Schlachtschiffe, 9 Küstenverteidiger, 6 Kreuzer und 37 Schiffe verschiedenen Typs. Im Bau sind 8 Schlachtschiffe, 4 Küstenverteidiger, 2 Kreuzer und 4 sonstige Schiffe, so daß diese Flotte 120 Schiffe zählt. Im Schwarzen Meer sind stationiert: 4 Schlachtschiffe, 1 befindet sich in der Ausrüstung und ein ferneres ist im Bau befindlich. Die Summe der Schlachtschiffe beläuft sich bei Rußland mithin allein auf 23.

Italien: Im Dienst sind 4 Schlachtschiffe, 8 Kreuzer und 16 andere Schiffe; in der Reserve befinden sich 5 Küstenverteidiger, 5 Kreuzer und 26 andere Schiffe nebst 9 Schlachtschiffen. Im Bau sind 4 Schlachtschiffe, 13 Kreuzer und 3 andere, in Summa also 83 Fahrzeuge.

Deutschland (nach verbesserten Angaben): Die Panzerflotte zählt 14 Schlachtschiffe, 6 Küstenverteidiger und 13 Panzerkanonenboote; die Kreuzerflotte faßt 17 Kreuzer, 5 Kanonenboote nebst 9 Avisos. Schulschiffe und Schiffe zu anderen Zwecken hat Deutschland 23; mithin insgesamt 87 Fahrzeuge. Von diesen sind gegenwärtig im Dienst: 7 Panzerschiffe im Manövergeschwader und 29 Schiffe, teils auf auswärtigen Stationen, teils in heimischen Gewässern zu verschiedenen Zwecken.

Khedive sich etwas von England emanzipieren zu dürfen, entließ plötzlich sein Ministerium, und setzte ein franzosenfreundliches unter Fakri Pascha ein. Aber auf die Vorstellungen des englischen Gesandten Lord Cromer wich er bald zurück; es scheint, daß Frankreich doch die englische Regierung, die sich lebhaft erregt zeigte (vgl. Egypten S. 294) nicht gar zu sehr zu reizen wünschte. Es benützte aber die Gelegenheit, von neuem amtlich festzustellen, daß der Khedive formell unabhängig sei und England kein dauerndes Recht in Egypten besitze. Gladstone aber, der früher in der Opposition die Räumung Egyptens gefordert hatte, sprach jetzt genau in dem Sinne wie früher Lord Salisbury, daß irgend ein Termin, an dem England Egypten wieder räumen werde, nicht abzusehen sei.

Als ein günstiges Ereignis in der englischen auswärtigen Politik ist ferner die Beilegung des langjährigen Streites mit den Vereinigten Staaten über die Fischerei im Behringsmeere zu verzeichnen. Der nach mehrmonatlichen Verhandlungen in Paris zu stande gekommene Vertrag hatte das Glück, zuerst in jedem der beteiligten Staaten, England, Canada und der amerikanischen Union, angefochten zu werden, woraus alle ersahen, daß keiner zu viel erhalten hatte.

Noch wichtiger dürfte, falls er dauerhaft ist, der Vertrag einmal werden, den ein englischer Spezialgesandter, Sir Mortimer Durand, mit dem Emir von Afghanistan abschloß (vgl. Asien S. 317). England zahlt demnach dem Emir eine jährliche Subsidie und befähigt und verpflichtet ihn dadurch, eine tüchtige Streitmacht zu halten; zugleich schließt England mit dem Emir ein enges Schutzbündnis und verspricht ihm eintretendenfalls seine Hilfe gegen Rußland. Afghanistan ist dadurch ganz in das englische Interesse gezogen und soll, indem es seine eigene Unabhängigkeit verteidigt, die Vormauer zum Schutze Indiens bilden.

In Afrika haben Uganda und Südafrika das Interesse in Anspruch genommen. Die Britisch-Ostafrikanische Gesellschaft zog sich aus Uganda zurück, das von einem Bürgerkrieg zwischen katholischen (französischen) und protestantischen (englischen) Parteigängern zerrissen wurde. Sir Gerald Portal wurde mit der Aufgabe betraut, diese Wirren zu regeln und es scheint ihm auch ge-

lungen zu sein; ob bei dieser Gelegenheit Uganda definitiv der britischen Herrschaft unterworfen worden ist, steht noch dahin.

Wirtschaftsleben in England.

Das wirtschaftliche Leben der englischen Nation wurde im Jahre 1893 durch verschiedene Ereignisse schwer beeinträchtigt. Die Dockarbeiter in Hull machten im Frühjahr einen großen Ausstand, weil sie den Unternehmern verbieten wollten, Arbeiter zu beschäftigen, die nicht ihrer Gewerkschaft angehören. Vom Februar bis Mai dauerte der Kampf, der durch große absichtlich angelegte Feuersbrünste, wobei sämtliche Arbeiter sich weigerten, zu löschen, und andere Gewaltthaten verschärft wurde, aber endlich mit dem Siege der Unternehmer endigte. Noch größer war der Ausstand der Bergleute, der vom 28. Juli bis zum 18. November währte und zeitweilig 280,000 Mann außer Arbeit setzte (vgl. S. 215). Es war auch hier nicht direkt ein Lohnstreit, der den Kampf herbeiführte, sondern ein mit dem Lohn so merkwürdig verzwickter Prinzipienstreit, daß es für den Außenstehenden gar nicht möglich war, zu erkennen, um was es sich eigentlich handle. Fürchterliches Elend brachte die lange Arbeitslosigkeit über sehr viele Kohlengräberfamilien und die englische Industrie litt schwer darunter, daß die Kohlen, die am 28. Juli 23 Schilling gekostet hatten, bis zum 10. November auf 41 Schilling stiegen. Viele Fabriken mußten die Arbeiten einstellen und ihre Arbeiter entlassen. Endlich nahm die Regierung die Vermittelung in die Hand und brachte auch einen vorläufigen Kompromiß zu stande, wohl gerade deshalb, weil die so hoch gestiegenen Kohlenpreise die Lage der Unternehmer verbessert hatten. Über den Obmann des Schiedsgerichts vermochten sich die beiden Parteien aber doch nicht zu einigen, sondern überließen die Ernennung dem Sprecher des Unterhauses. Ob es diesem gelingen wird, die für den Februar 1894 in Aussicht genommene definitive Einigung zu erzielen, steht dahin.

Fast noch mehr bedrängt als das Mutterland selber war ein Teil der englischen Kolonien. In Australien fand eine große Bankkrisis statt, und Indien litt aufs härteste unter dem immer weiteren Fall des Silberpreises. Es stellte endlich die Silberprägung ein und suchte ein Verhältnis seiner Silberrupie zum Golde zu fixieren (vgl. England S. 212). Aber der Silberpreis

sank noch weiter, als nun auch die nordamerikanische Union die Shermanbill aufhob und der ganze Erfolg der indischen Münzmaßregel war, daß der eigene Export Indiens nach den andern ostasiatischen Silberländern geschädigt wurde, ohne daß die Last der Goldzinszahlung nach Europa sich wesentlich minderte. Am Schluß des Jahres mußte das englische Parlament eine Anleihe von nicht weniger als 200 Millionen Mark für Indien bewilligen, um dessen Budget wieder in Ordnung zu bringen. Kein Wunder, daß unter diesen Umständen die Stimmen in England sich mehren, die den Anschluß an einen internationalen Bimetallismus fordern. Der Führer der Konservativen Balfour hielt darüber eine große Rede im Mansionhouse (3. Aug.).

Aus der Jahresstatistik betreffend den Ackerbau in Großbritannien ergibt sich in fast allen Zweigen eine Abnahme des unter Kultur befindlichen Bodens. Am stärksten geht der Weizenbau zurück, der sich im Jahre 1891 noch über 2,307,277 Acres ausdehnte, während im Jahre 1892 nur auf 2,219,838 Acres und im gegenwärtigen Jahre sogar nur auf 1,897,488 Acres Weizen geerntet wurde. Dies bedeutet also eine Abnahme von 14.5 Proz. gegen das Vorjahr und von 17.8 Proz. gegen das Jahr 1891. Gerste, Hafer-, Kartoffel- und Hopfenbau haben zwar im Vergleich zum vorigen Jahre um ein Geringes zugenommen, doch zeigen, mit 1891 verglichen, nur Hafer- und Hopfenbau eine Vergrößerung der Kulturfläche von 9.4 Proz., bezw. 2.6 Proz., Gerste und Kartoffelbau dagegen eine Abnahme derselben von 1.7 Proz., bezw. 0,9 Proz., und zwar wurden im gegenwärtigen Jahre Gerste auf 2,076,097 Acres, Hafer auf 3,171,756 Acres, Kartoffeln auf 527,821 Acres und Hopfen auf 57,576 Acres geerntet. Die Fläche des Kulturlandes für die drei Hauptgetreidearten, Weizen, Hafer und Gerste, ist also seit zwei Jahren, trotz der Zunahme des Haferbaues, um 2.5 Proz. kleiner geworden. Seit 20 Jahren hat der dem Weizenbau in Großbritannien gewidmete Flächenraum um 1,592,892 Acres oder beinahe 46 Proz. und der von den drei Hauptgetreidearten eingenommene Gesamtflächenraum um 1,357,179 Acres oder beinahe 16 Proz. abgenommen. In demselben Verhältnis scheint die Viehzucht in Großbritannien zurückzugehen, die nach der veröffent-

lichten Statistik in allen Branchen eine Abnahme sowohl im Vergleich zum letzten wie zum vorletzten Jahre aufweist. So hat der Rindviehbestand gegen 1892 um 3.4 Proz. und gegen 1891 um 2.2 Proz., der Schafherdenbestand gegen 1892 um 5.1 Proz. und gegen 1891 ebenfalls um 5.1 Proz. und der Schweinebestand gegen 1892 um 1.1 Proz. und gegen 1891 um 26.8 Proz. abgenommen. Dagegen hat sich der Ackerbau in Indien, laut der endgültigen Berechnung des indischen Revenuen- und Ackerbau-Departements, gegen das Vorjahr bedeutend gehoben. Die dortige Weizenproduktion betrug danach in diesem Jahre 34,548,300 Quarter, was eine Steigerung von 7,348,000 Qarter gegen die vorjährige bedeutet. Allerdings kommt dabei in Betracht, daß die vorjährige Ernte infolge der großen Dürre in Indien unter dem Durchschnitt ausgefallen war. Immerhin übersteigt die diesjährige indische Weizenernte den Durchschnitt der letzten fünf Jahre noch um über zwei Millionen Quarter.

Wenden wir uns nun, nachdem wir einen Überblick über die anderen großen Kulturstaaten gewonnen haben, endlich zu Deutschland — was sieht der, der es wagt, schon jetzt mit dem Auge des Historikers auf das eben verflossene Jahr zurückzublicken? Ein Bild, an das das von den Kümmernissen des Parteikampfes umflorte Auge kaum zu glauben wagt: auch Deutschland ist, wie alle die anderen Staaten von heftigen Bewegungen und Kämpfen durchwogt worden; aber allenthalben sind diese Kämpfe unfruchtbar geblieben, die Kräfte haben sich gegenseitig verzehrt und sind in sich selbst ausgebrannt; in Österreich hat wohl ein großer Regierungswechsel stattgefunden, aber ein solcher Wechsel allein besagt noch nichts, es kommt darauf an, was die neue Regierung leisten wird: allein in Deutschland sind die Kämpfe nicht vergeblich gewesen, es sind nicht nur bedeutende, es sind gewaltige Werke wirklich geschaffen worden. In Preußen ist eine radikale Reform des Systems der direkten Steuern durchgeführt; im Deutschen Reich die Reorganisation der Armee, welche mit ebenso viel Mut wie Einsicht erdacht und beschlossen, alle Widerstände des Geizes und der Parteisucht mit Leichtigkeit überwunden und die großen Ideen der Neuschöpfer des Preußischen Staates vor achtzig Jahren im Jahre des Heils 1893 vollendet hat.

Deutschland.

Die Grundlinien der Armeereform haben wir bereits in der Übersicht des vorigen Jahrganges gezeichnet. Es handelte sich darum, die allgemeine Wehrpflicht, die seit dem Jahre 1807 angestrebt, seit dem Jahre 1813 in Preußen eingeführt ist, endlich zur Wahrheit zu machen. Zahlreiche junge Leute wurden bisher noch immer wegen ganz geringer Fehler oder weil die Kadres gefüllt waren, vom Dienste ausgeschlossen. Die Regierung schlug nun vor, einige 40,000 Rekruten jährlich mehr einzustellen, gleichzeitig die bisher nur flüchtig ausgebildeten Ersatzreservisten (jährlich 18,000) voll auszubilden, dafür aber für alle Fußtruppen die Dienstzeit auf zwei Jahre zu beschränken. Anfänglich ertönte von allen Seiten zugleich nichts als Widerspruch. Die Konservativen wollten die dreijährige Dienstzeit behalten, die Freisinnigen wollten nicht die numerische Verstärkung der Armee und die finanzielle Mehrbelastung, das Centrum wollte Gegendienste herausschlagen und selbst die Nationalliberalen hielten sich vielfach verpflichtet, in den allgemeinen Jammer etwas einzustimmen und die Unerträglichkeit neuer Steuern zu beschwören. Eine zugleich kluge und kräftige Haltung und Taktik fanden allein die Konservativen. Nachdem sie lange und freimütig ihren Standpunkt der dreijährigen Dienstzeit verteidigt, machten sie (Anf. Januar), als sie sich überzeugt hatten, daß der Kaiser persönlich die Reform durchzusetzen entschlossen sei, eine Schwenkung und erklärten, daß es ihnen unmöglich sei, in einer solchen Frage den Kriegsherrn selber überbieten zu wollen. Sie traten also in der technischen Frage der Regierung bei und scheuten sich nicht von den Steuerzahlern im Dienste des Vaterlandes die nötigen finanziellen Opfer zu verlangen. Die Nationalliberalen gewannen es nicht über sich, sich sofort auf diesen Standpunkt zu erheben, sondern legten alles Gewicht darauf, durch Abhandeln von den Forderungen der Regierung an den neuen Lasten etwas zu ersparen. Sie machten in der Kommission sogar einen formulierten Vermittelungsantrag in diesem Sinne, der aber weder der Regierung genügte noch auch eine Majorität zu erlangen vermochte, da, wie vorauszusehen, die Parteien, die die nötigen Stimmen zu der Majorität hätten stellen müssen, sei es das Zentrum, sei es die Freisinnigen, nicht gewillt waren, einen solchen Schritt

unter Führung der Nationalliberalen zu thun. Lange Zeit schien es, daß eine Einigung dennoch erreicht werden würde. Die Darlegung des Reichskanzlers und seiner militärischen Gehilfen in der Kommission machten einen solchen Eindruck, daß sowohl ein Teil der Freisinnigen wie des Centrums die Neigung kundgab, zu irgend einem Abkommen zu gelangen. Es scheiterte aber endlich an zwei unüberwindlichen Hindernissen. Das Zentrum hat das unerschütterliche, von dem Abg. Windthorst mit der größten Feinheit und Konsequenz ausgebildete System, wie es für eine derartige Minorität auch ganz natürlich ist, der Regierung nur auf der Grundlage von Gegenleistungen Konzessionen zu machen. Nicht gerade in der Art, daß wie bei einem Tauschgeschäft Zug um Zug gemacht wird, auch nicht vermittelst förmlicher Abmachungen, aber doch so, daß je weiter die Regierung der katholischen Kirche entgegenkommt, desto williger auch das Zentrum bei den Forderungen der Regierung im Parlament sich erweist. Wenn im Jahre 1892 der Zedlitz'sche Volksschul-Entwurf zum Gesetz geworden, so wäre unzweifelhaft im Jahre 1893 die Armeereform ohne besondere Kämpfe im Reichstage angenommen worden. Nun aber machten sich die Herren im Zentrum klar, daß sie den Boden im Volke verlieren und ihre Partei ruinieren würden, wenn sie eine so große Neubelastung der Steuerzahler zugäben, ohne gleichzeitig auf eine große Errungenschaft für ihre Kirche hinweisen zu können. Die Regierung aber eröffnete keinerlei Aussicht auf solche Eroberungen. Anders stand es bei den Freisinnigen. Auch von diesen suchten Viele für die Bewilligung, deren innere Notwendigkeit sie erkannten, eine Deckung bei ihren steuerunlustigen Wählern, und hängten sich an die Klausel, daß die Reform, also auch die Einführung der zweijährigen Dienstzeit vorläufig nur auf fünf Jahre stattfinden solle. Offenbar hat diese Klausel kaum irgend eine wirkliche Bedeutung. Sie ist gewählt worden zur Beschwichtigung der Vertreter der Tradition in der Armee. Aber wie soll es möglich sein nach fünf Jahren wieder zur dreijährigen Dienstzeit zurückzukehren? Angenommen, es stellt sich wirklich diese Notwendigkeit heraus, was würde dann die Klausel helfen? Für die Bewilligung des Reichstages hat sie keinerlei Gewicht, und die Bewilligung des Reichstages für eine so

ungeheure Anstrengung wie die Verlängerung der Dienstzeit von zwei auf drei Jahre ist natürlich nur mit dessen Entgegenkommen oder unter so furchtbaren Kämpfen möglich, daß künstlich verschnörkelte Klauseln, die keinerlei materielle Entscheidung geben, dabei keine Rolle spielen. Man darf annehmen, daß es auf beiden Seiten sehr wohl erkannt wurde, daß man um eine hohle Nuß kämpfte. Dennoch blieben beide Teile hartnäckig: die Freisinnigen um den Schein eines Erfolges zu haben, die Regierung nicht aus eigenem Antrieb, sondern unter dem Druck der Konservativen. In dieser Partei hatte sich die Meinung gebildet, daß es gar nicht so übel sei, wenn es jetzt zu einem Konflikt und einer Auflösung käme. Sie rechnete, daß die starke agrarische und antisemitische Bewegung ihr bei den Neuwahlen sehr zu Hilfe käme, und daß man nicht wissen könne, ob im Jahre 1895 die Dinge für ihre Partei ebenso günstig liegen würden. Leisteten die Freisinnigen jetzt der Regierung eine wertvolle Hilfe, so ergab das eine Annäherung, die dem konservativen Interesse einmal schädlich sein konnte; also in ihrem Partei-Interesse verlangten die Konservativen die Aufrechterhaltung der Klausel, gerade wie die Freisinnigen in ihrem die Beseitigung. Und in diesem Zwiespalt mußte die Regierung sich der konservativen Partei als der stärkeren und wichtigeren anschließen. Als es nun zu der entscheidenden Abstimmung kam, waren diejenigen Mitglieder in der deutsch-freisinnigen und in der Zentrumspartei, bei denen der Patriotismus den Parteigeist überwog, in großer Verlegenheit, jener verlangte das Ja, dieser das Nein. Eine kleine Anzahl in beiden Parteien hatte den Mut, das Ja auszusprechen und damit die eigene politische Zukunft in Frage zu stellen. Die Zentrumsgruppe stand unter der Führung der Herren v. Huene und Graf Ballestrem. Herr v. Huene hatte mit dem Reichskanzler einen Kompromißantrag verabredet, der von der ursprünglichen Vorlage der Regierung immerhin einiges abließ und der nunmehr zum Programm erhoben wurde. Die Konservativen, Freikonservativen, Nationalliberalen und Polen stimmten dafür, von dem Zentrum und den Freisinnigen aber so wenige, daß der Antrag in der Minorität blieb. Einige weitere Freisinnige sahen ihr Nein noch nicht als definitiv an, sondern hofften noch auf irgend eine kleine for-

male Konzession der Regierung, um zum Ja übergehen zu können. Aber ihre Anzahl war so klein, und die Lage war bereits so gespannt, daß die Krisis sich nicht länger verschieben ließ. Durch vorzeitige Schließung der Debatte schnitten die Konservativen überdies absichtlich jede weitere Möglichkeit der Verhandlungen ab, so daß dem Reichskanzler nichts übrig blieb, als die Auflösung auszusprechen. (6. Mai).

Jetzt zeigte sich bald, daß im deutschen Volke die Opferwilligkeit und der Patriotismus größer war als bei seinen Vertretern. Schon während der Reichstagsverhandlungen hatten an vielen Stellen Volksversammlungen stattgefunden, welche eine entschiedene Strömung zu Gunsten der Vorlage bekundeten und namentlich auf die zögernden Nationalliberalen einen starken Druck ausübten. Eine Anzahl antisemitische und deutschfreisinnige Abgeordnete, die noch mit Nein gestimmt hatten, behielten sich, als sie diese Stimmung bemerkten, für den nächsten Reichstag entweder ihre Abstimmung vor, oder sagten die Bewilligung schon direkt zu. Die deutsch-freisinnige Fraktion hatte sich auf den Antrag des Abg. Richter sofort nach der Auflösung des Reichstages gespalten, und Herr Richter hoffte, indem er diese transigierenden und militärfreundlichen Elemente ausstieß, und, wie er sich ausdrückte, einen starken „Ruck nach links“ machte, durch rücksichtslose radikale Demagogie bei den Neuwahlen einen großen Erfolg zu erringen. Aber gerade er und ebenso die Konservativen, die beide am meisten auf die Auflösung hingearbeitet hatten, wurden durch den Erfolg schwer enttäuscht. Von den siebzig Mandaten der alten deutschfreisinnigen Partei ging die Hälfte verloren und die neugegründete Richter'sche freisinnige Volkspartei brachte bei den Hauptwahlen nicht ein einziges Mandat, nicht einmal Richters eigenes heraus. Erst die Stichwahlen verschafften der Partei wesentlich durch die Hilfe der Ultramontanen und Sozialdemokraten noch 23 Sitze. Die sozialdemokratische Demagogie hatte sich eben als doch noch wirksamer und zielbewußter erwiesen als die Richter'sche, und die Sozialdemokraten verloren zwar einige alte Sitze (Lübeck, Bremen, Halle, Aschersleben, Mannheim), gewannen aber soviel neue, daß ihre Fraktion von 36 auf 44 Mitglieder stieg. Die Deutschkonservativen gewannen nur sehr wenig,

und das Zentrum verlor wenig, stieß aber die „Gruppe Huene“ fast vollständig aus. Den Hauptgewinn machten die beiden Mittelparteien und die Antisemiten, die sich von 6 auf 18 vermehrten. Das Merkwürdige dieser Wahl ist also, daß sowohl die Mittelparteien als die Allerextremsten, Sozialdemokraten und Antisemiten gewonnen haben. Das Ergebnis der Reichstagswahlen war so, daß sich aus den Fraktionsstärken nicht ohne weiteres herauslesen ließ, wie die Abstimmung über die Armeereform ausfallen werde. Hatte die deutschfreisinnige Partei viel verloren, so hatten die Sozialdemokraten auf der anderen Seite gewonnen und von den zwölf Zentrumsmitgliedern, die das erste Mal für die Vorlage gestimmt hatten, waren nur zwei übrig geblieben. Was den Ausschlag gab, war eigentlich der Druck der öffentlichen Meinung, der bewirkte, daß die antisemitischen und ehemals deutschfreisinnigen (jetzt die „Freisinnige Vereinigung“ bildenden) Abgeordneten, die das erste Mal noch mit Nein gestimmt hatten, jetzt die Vorlage annahmen (14. Juli).

Die Heeresreform wurde so Gesetz; aber der zweite nicht weniger wichtige Akt dieser That steht noch aus. Die Regierung hatte den großen Fehler begangen, gleich mit der ersten Einbringung der Vorlage die Steuern vorzuschlagen (Bier, Branntwein, Börse) aus denen die Kosten gedeckt werden sollten. Um nicht die betreffenden Interessentenkreise ins gegnerische Lager zu treiben, hatte der Reichskanzler noch feierlich vor der Auflösung erklären müssen, daß er definitiv auf die Biersteuer verzichte, und im allgemeinen zugesagt, daß die neu aufzustellenden Steuerprojekte nicht die Bedürfnisse des kleinen Mannes treffen sollten. Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes v. Maltzahn trat zurück; seinen Platz nahm der bisherige Landeshauptmann von Posen Graf Posadowsky ein. Mit diesem arbeitete der preußische Finanzminister Miquel einen großen Reichssteuerreformplan aus, der nun dem im Herbst wieder zusammentretenden Reichstag vorgelegt wurde. Außer der Erhöhung der Börsensteuer, die blieb, ist er diesmal auf Tabak, Wein und Stempelsteuern begründet und so eingerichtet, daß er ein erhebliches Plus über das augenblickliche Bedürfnis ergibt, um eine regelmäßige Amortisation der Reichsschuld zu ermöglichen und den Einzelstaaten

aus den Reichssteuern statt der schwankenden Überweisungen eine feste jährliche Rente von 40 Millionen Mark zu geben.

Dasselbe Jahr, welches im Reich die große Armeereform zur Preußen That werden ließ, hat in Preußen eine tiefgreifende Steuerreform zum Abschluß, wenigstens zum vorläufigen Abschluß gebracht. Dieses Werk war freilich insofern leichter, als im preußischen Landtag die Parteien, mit denen die Reform gemacht werden sollte, in der großen Majorität waren, und es sich nicht um eine Vermehrung der Steuern, sondern nur um eine andere Verteilung unter Beseitigung offenbarer Ungerechtigkeiten handelte, so daß alle diejenigen, die für ihre Kreise auf eine Erleichterung rechnen konnten, von vorneherein dafür waren. Der erste Akt dieser Gesetzgebung fällt bereits in das Jahr 1891 (vgl. diesen Jahrg. S. 307). Damals wurde eine neue Einkommensteuer-Skala und eine neue Methode der Einschätzung (Deklaration der Steuerzahler), sowie eine Besteuerung der Aktiengesellschaften geschaffen, welche ein Plus von etwa 40 Millionen lieferten. Nun schuf man noch dazu eine neue Vermögenssteuer (35 Mill.) und entzog den Kreisen die ihnen jährlich auf Grund der sog. lex Huene gewährten Zuschüsse, die auf durchschnittlich 25 Millionen jährlich veranschlagt wurden. Für die 100 Millionen, die auf diese Weise der Staatskasse mehr zuflossen, soll sie verzichten auf die gesamte Grund-, Gebäude-, Gewerbe- und Bergwerkssteuer, die zusammen ebenfalls einen Ertrag von 100 Millionen abwerfen. Die Kommunen, denen diese 100 Millionen jährlich zufließen, sind dadurch ihrerseits in der Lage, ihre Steuern entsprechend herabzusetzen. Den Gewinn der Reformen haben hauptsächlich die Grundbesitzer, namentlich die verschuldeten, und diejenigen (was besonders die Beamten berührt), die schon durch die bisherige Einschätzung ziemlich richtig nach ihrem Einkommen herangezogen wurden. Zu bezahlen haben die Besitzer beweglichen Kapitals, die Inhaber von Einkommen über 30,000 Mark, die in der Skala erhöht wurden und namentlich alle diejenigen, die früher zu niedrig eingeschätzt worden waren und nun durch die Deklaration gezwungen werden, ihr wahres Einkommen zu gestehen. In volle Wirksamkeit tritt die Reform erst mit dem 1. April 1895. Bis dahin nimmt der Staat zwar 40 Millionen jährlich mehr ein; dies Geld darf jedoch

nicht für laufende Ausgaben verwandt werden, sondern nur nach besonderer gesetzlicher Bestimmung.

Wahlgesetz. Die neue Steuerordnung muß eine starke Rückwirkung auf das Wahlrecht zum preußischen Landtag ausüben. Nach einem sehr verwickelten System wird das Wahlrecht in Klassen ausgeübt, die nach der Steuer gebildet werden. Indem nun die höheren Klassen jetzt schärfer mit den Steuern angefaßt, die unteren von den direkten Steuern entlastet werden, die indirekten aber nicht in Anrechnung kommen, verschiebt sich das Wahlrecht in plutokratischem Sinne nach oben. Die Regierung brachte eine Novelle ein (vgl. 9. Jan.), wodurch die Verschiebung wieder ausgeglichen werden sollte. Im Abgeordnetenhause fügte man noch Bestimmungen hinzu, wodurch in viel schärferer Weise das Wahlrecht der oberen Klassen beschränkt wurde (vgl. 13. März), aber hiergegen erhob sich namentlich in den nationalliberalen Kreisen des Rheinlandes, welche fürchteten, daß die Herrschaft in den Kommunen auf diese Weise an die Klerikalen kommen könnten, eine heftige Opposition (vgl. 15. März). Obgleich es gerade die Konservativen im Abgeordnetenhause gewesen waren, welche dem Zentrum zu Liebe diese Änderungen gemacht hatten, so entfernte das Herrenhaus sie nicht nur wieder, sondern ging sogar noch hinter den Entwurf der Regierung zurück (31. Mai) und in dieser Gestaltung wurde das Gesetz endlich angenommen. Es hat also thatsächlich eine starke plutokratische Verschiebung im Wahlrecht stattgefunden.

Handelsverträge. In der Übersicht des Jahres 1891 haben wir dargestellt, wie Graf Caprivi eine Wendung in der deutschen Handelspolitik herbeiführte und die in dieser Richtung abgeschlossenen Verträge mit überwältigender Majorität vom Reichstage gutgeheißen wurden. In Konsequenz jenes großen Schrittes, der Verträge mit Österreich, Italien, Schweiz, Belgien sollten nun auch Serbien, Rumänien, Spanien, Rußland in ein analoges Vertragsverhältnis zu Deutschland treten. Namentlich bedeutsam war dabei Rußland, das bisher keinerlei Handelsverträge geschlossen und seine Zölle immer höher geschraubt hat, so daß die deutsche Industrie von dem russischen Markt, der ihr bisher ein sehr fruchtbares Absatzfeld geboten, fast verdrängt war. Die neue Handelspolitik bot die Mög-

lichkeit, in dieser Richtung auf Rußland einen Druck auszuüben. Die Verträge setzten den deutschen Getreidezoll von 5 Mark auf 3½ Mark für den Doppelzentner herab. Wenn man nun den alten Zollsatz gegenüber Rußland bestehen ließ, so hatte Deutschland zwar die ganzen Unannehmlichkeiten eines Differentialzolles, der den Handel von seinen natürlichen Wegen auf irrationelle Umwege abdrängt, Rußland aber den viel größeren Schaden, für seinen Hauptexportartikel, das Getreide, namentlich den Roggen, das nächste und natürlichste Absatzgebiet zu verlieren. Durch die Mißernte des Jahres 1891, die Rußland sogar zwang, ein Getreide-Ausfuhrverbot zu erlassen, wurde die Frage auf einen Augenblick aus der Welt geschafft, dann aber von beiden Seiten mit Energie aufgenommen. Russischerseits beklagte man sich, daß Deutschland überhaupt den alten Zollsatz gegen Rußland in Anwendung bringe, und führte Zollzuschläge gegen Deutschland ein. Deutschland antwortete mit derselben Maßregel (28. Juli) und so entbrannte als Einleitung zu einer handelspolitischen Annäherung ein regelmäßiger Zollkrieg. In Deutschland war anfänglich vielfach die Meinung verbreitet, es sei den Russen gar nicht ernstlich um den Vertrag zu thun. Man gebe sich nur den Anschein, um durch das Scheitern einen neuen Vorwand zur Hetze gegen Deutschland zu gewinnen und dem großen Ziel der Panslawisten, dem Kriege wieder einen Schritt näher zu kommen. Als aber die russischen Delegierten zum Zweck der Verhandlungen in Berlin erschienen, zeigte sich doch bald, daß es den Russen Ernst sei und die Verhandlungen rückten zwar langsam aber doch stetig vorwärts.

Agrarische Opposition.

Von deutscher Seite aber erhob sich mittlerweile eine gewaltige Opposition. Die erste Serie der Handelsverträge im Jahre 1891 war ohne wesentlichen Widerstand vom Reichstage gutgeheißen worden, weil damals infolge von Mißernten die Getreidepreise außergewöhnlich hoch standen, und man deshalb einer Herabsetzung der Zölle nicht mit voller Überzeugung zu widersprechen vermochte. Im Laufe der Jahre 1892 und 1893 waren nun aber die Getreidepreise wieder über alles Erwarten schnell und tief gehalten, so daß ein allgemeines Klagen durch die Landwirte ging. Als ein bisher ganz unbekannter Mann, ein Pächter namens Ruprecht, einen Auf-

ruf erließ (Mitte Januar S. 5) in dem er den Landwirten empfahl, unter die Sozialdemokraten zu gehen und gegen die Regierung Front zu machen, um Hilfe für die Landwirtschaft von ihr zu erzwingen, da erhob sich fast in der gesamten deutschen Landwirtschaft eine elementare Bewegung. Man gründete einen neuen großen Bund der deutschen Landwirte (vgl. 18. Februar) und richtete die Spitze der Agitation hauptsächlich gegen den russischen Handelsvertrag. Von Seiten der Regierung wurde dagegen ausgeführt, daß ein solcher Vertrag, wenn überhaupt, der Landwirtschaft jedenfalls nur einen sehr geringen Schaden zufügen könne, da das russische Getreide vom deutschen Markt ausgeschlossen, doch mittelbar durch den Druck auf den Weltmarkt die Getreidepreise beeinflussen werde, daß aber der Vorteil, den ein erweiterter Export nach Rußland der deutschen Industrie gewähre, indirekt auch der Landwirtschaft zu gute kommen werde. Unter den weiter blickenden Führern der Agrarier erkannte man auch wohl, daß gerade der russische Handelsvertrag für die deutsche Landwirtschaft nicht so gefährlich sei, dennoch schürte man die Agitation, um überhaupt einen Druck auf die Regierung auszuüben und benutzte dazu die als Schlagwort so besonders bequemen neu bevorstehenden Verträge. Der Reichskanzler ließ sich nicht einschüchtern, sondern schloß die Verträge mit Spanien, Serbien, Rumänien und setzte die Verhandlungen mit Rußland fort. Die Vorentscheidung wurde bei dem rumänischen Handelsvertrage gegeben, den die Agrarier nicht mit Unrecht als die Vorfrucht des russischen bekämpften. Fast die ganze konservative Partei, auch der größte Teil der Reichspartei und eine Anzahl Nationalliberalen, also die ältesten und natürlichsten Verbündeten der Regierung stimmten dagegen. Das Gros der Nationalliberalen, die Freisinnigen, die Sozialdemokraten und etwa die Hälfte des Zentrums brachten die Vorlage endlich doch mit einer Majorität von 24 Stimmen zur Annahme. (13. Dezember). Der russische Vertrag kam in diesem Jahre nicht mehr zum Abschluß, und in dem Augenblick, wo diese Zeilen niedergeschrieben werden, ist die alles beherrschende Frage nicht nur, ob der Reichstag auch diesen Vertrag annehmen werde, sondern auch, ob die Regierung der Landwirtschaft für die Entziehung von mancherlei Hilfen, die ihr bisher gewährt wurden,

eine durchschlagende Kompensation durch eine Währungsreform bieten werde. Da eine solche Reform von einer großen internationalen Abmachung abhängig ist, so handelt es sich zunächst nur darum, ob die deutsche Regierung sich zu einer solchen Abmachung bereit erklärt, oder sich wie bisher ablehnend verhalten wird. Von den Führern der Agrarier haben vermutlich manche nicht sowohl die Abweisung der Handelsverträge als diese Schwenkung in der Währungsfrage als das eigentliche Ziel ihrer Agitation im Auge gehabt.

Die Parteien.

Schon oben war ausgesprochen, daß die Konservativen planmäßig auf eine Auflösung des Reichstages bei dem Streit um die Armeereform hinarbeiteten, in der Hoffnung, daß die starke agrarische Bewegung ihnen bei den Neuwahlen großen Gewinn bringen werde. Das war nicht eingetreten. Auch der zweite Bundesgenosse, den der Konservatismus sich gesucht, hatte ihm nicht viel Freude bereitet. Es ist der Antisemitismus, den die konservative Partei, wie im vorigen Jahrgang eingehend berichtet, offiziell in ihr Programm aufgenommen hatte. Die reinen Antisemiten nahmen trotzdem bei den Reichstagswahlen den Konservativen mehrere Sitze weg und fingen an sie offen zu bekämpfen. Die „Deutsche Reform-Partei" hielt einen Parteitag in Marburg (Anf. Oktober), den der Abg. Böckel im „Reichsherold" durch eine Philippika nicht nur gegen die Juden, sondern ebenso sehr gegen die Junker und die Konservativen begrüßte. Herr Stöcker wird da als ein „ehrgeiziger Konservativer" hingestellt, der die Antisemiten für konservativ-orthodoxe Zwecke habe ködern wollen; Professor Wagner sei ein „Zopfgelehrter" und „unklarer Kopf" und Liebermann von Sonnenberg, der Führer der Deutsch-Sozialen, ein „konservativer Intrigant". Das deutsche Volk wolle ebensowenig eine Junker- als eine Juden-Partei. Die deutsche Reform-Partei dagegen stelle eine Volkspartei dar, welche die Rechte des Mittelstandes verteidige und wahre. Im Anschluß hieran heißt es dann; „die deutsche Reformpartei soll vor allen Dingen den einseitigen Antisemitismus erweitern. Mit dem Geschrei: „Gegen Juden!" allein kann man in unserer Zeit des wirtschaftlichen Zerfalls und der drohenden Herrschaft des Kapitalismus keine leistungsfähige politische Partei bilden. Wer

Antisemiten.

das glaubt, der irrt sich. Was wir brauchen, ist eine selbständige, volkstümliche Mittelstandspartei, Junker- und Manschettenbauern-Politik kann uns ebensowenig retten, als Geldprotzen- und Juden-Politik. Der Jude ist ein Krebsschaden unseres Volkes, aber daß er der einzige wäre, das zu behaupten, ist eine Verblendung." Die neue, kräftige Reform- und Volkspolitik müsse sich zunächst äußern in einer energischen Kritik unserer Gesetze, sodann müsse die „unfruchtbare Büreaukratie" „ihren Treff" wegbekommen, die Hauptsache aber sei: „Fort mit dem eingebildeten, hochnäsigen Geld- und Adels-Protzentum". (Vgl. die Böckel'sche Rede S. 94, Mitte Juli und den norddeutschen Antisemitentag 17. Sept.). Die Konservativen suchten nach Kräften diese Art Antisemitismus abzuschütteln und zurückzuweisen, und bei den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause hatte er, obgleich hier der Mittelstand den Ausschlag gibt und der Antisemitismus sich hauptsächlich an diese Volksklassen richtet und von ihnen getragen wird, keinen Erfolg. Die Konservativen gewannen aber bei diesen Wahlen, die in den Herbst dieses Jahres fielen, wesentlich durch die Hilfe des Bundes der Landwirte noch ein Dutzend Sitze, während die beiden freisinnigen Fraktionen zusammen noch 10 verloren und dadurch auf 20 Mitglieder unter 433 heruntergebracht wurden.

Die Freisinnigen.

Die freisinnige Partei scheint damit aus dem politischen Leben Deutschlands beinahe ausgeschieden. Sie ist zerstört worden dadurch, daß sie zu dem „neuen Kurse" der Regierung unter dem Grafen Caprivi nicht die rechte Stellung zu finden wußte. Im Unterschiede zu seinem Vorgänger erkannte der Reichskanzler Graf Caprivi allen Parteien eine gewisse Existenzberechtigung zu und kam den wirtschaftlichen Anschauungen der Freisinnigen, die den Kernpunkt ihres Programms bilden, durch seine Politik der Handelsverträge ein Stück entgegen. Die Partei hörte also auf, eine stramme Oppositionspartei zu sein und verlor dadurch die Kraft, die aus der Opposition als solcher fließt. Sie gewann es aber auch nicht über sich, in dem entscheidenden Augenblick für die Armeereform mit der zweijährigen Dienstzeit einzutreten, sondern betrieb ein schwächliches Kompromiß, indem sie zwar die Präsenzstärke nicht erhöhen, aber doch die Kosten, die auch ohne Erhöhung mit der zweijährigen

Dienstzeit verbunden gewesen wären, also immerhin eine Erhöhung der Militärlast bewilligen wollte. Vergeblich suchte der Abgeordnete Richter im letzten Augenblick durch seinen „Ruck nach links" wieder im Volke Boden zu gewinnen. Er sprengte nur seine Partei dadurch in zwei Bruchstücke und die Funktion der großen radikalen Oppositionspartei scheint definitiv an die Sozialdemokratie verloren. Es war sehr auffällig, wie auch die persönliche Stellung des Führers der Freisinnigen nach diesen durch seine Fehler verschuldeten Niederlagen fast plötzlich zusammensank. Seine bisherigen Anhänger bekämpften und verspotteten ihn. Mit viel Humor stellte das „Berliner Tageblatt" die Äußerungen der „Freisinnigen Zeitung" nach der Wahlniederlage von 1888 mit derjenigen von 1893 unter dem Titel „Trost in mancherlei Thränen" zusammen (s. 11. Nov.) und die demokratische „Frankfurter Zeitung" schrieb:

„Die Leitung lag in einer kräftigen und energischen, aber auch eigenmächtigen und rauhen Hand, die Organisation war nur äußerlich demokratisch, in Wirklichkeit war Diktatur die Verfassung der Partei. Es galt nur das Kommando, und wer sich dem widersetzte, wer nur seine Bedenken dagegen geltend zu machen suchte, war dem Schicksal eines Rebellen verfallen.... Dazu kam die Art, wie das Kommando geführt wurde. Jede Partei bedarf einer Presse ... Eine regulierende und werbende Presse ist unentbehrlich, aber eine Fraktionspresse, wie sie die freisinnige Partei an dem von Herrn Richter geleiteten Organ besaß und noch besitzt, wird stets vom Übel sein; ... Wir wollen ganz davon absehen, wie verbitternd und zersetzend die persönlich zugespitzte Polemik der „Freis. Ztg." Jahre hindurch gewirkt hat, wie sie die Gegensätze, die ein Parteiführer zu versöhnen bestrebt sein muß, gesteigert und verschärft hat; welche Bedeutung man auch dieser Seite der Sache beilegen mag, das Schlimmste ist, daß der Führer es in der Hand hat, mittelst eines solchen Organs, das mit seiner Person fast identisch ist und dessen Urteile dadurch den Charakter eines Parteibefehls erhalten, in den wichtigsten Fragen die Fraktion festzulegen, bevor sie selbst Gelegenheit gehabt hat, sich ein Urteil zu bilden. Die Parteipresse hat eine solche Macht nicht und strebt auch nicht danach. Ganz anders die Fraktionspresse und gar das Organ des Fraktionsleiters;

hat dieses gesprochen, so ist der Widerspruch gleichbedeutend mit der Desavouierung des Führers, die oft vielleicht das kleinere Übel, aber doch immer kompromittierend für die Partei sein würde. Die persönliche Leitung einer großen Partei und einer Zeitung sind unvereinbar; die Aufgaben der einen sind ganz entgegengesetzter Art, als die anderen, und jeder Versuch, diese Aufgaben in eine Hand zu legen, und sei es die geschickteste, muß kläglich scheitern. Das zeigt sich jetzt an dem Beispiel der freisinnigen Partei."

Es ist, als ob, nachdem der Fürst Bismarck aus der politischen Thätigkeit ausgeschieden und der Abgeordnete Windthorst gestorben, nun auch der dritte Politiker, der mit jenen beiden im letzten Jahrzehnt am meisten zusammen genannt wurde, seine Rolle ausgespielt habe.

Die Sozialdemokraten.

Die Stellung der sozialdemokratischen Partei verschiebt sich allmählich immer mehr. Wir haben im vorigen Jahrgang mit besonderer Ausführlichkeit über den sozialdemokratischen Parteitag berichtet, auf dem sich die verschiedenen Richtungen innerhalb dieser Partei auseinanderzusetzen suchten. Es hat sich gezeigt, daß je stärker die Partei wird, sie um so weniger an den rein revolutionären Prinzipien festhalten kann, sondern notgedrungen in die Wege praktischer Politik einlenken muß. Auch auf dem diesmaligen Parteitag in Köln (23.—27. Oktober) platzten die Geister aufeinander. Die Gewerkschaftsbewegung ist es, die auf die unmittelbare Erfüllung praktischer Forderungen des Arbeiterstandes ausgehen will. Ihr Wortführer Legien verlangte zu diesem Zweck, daß der Parteitag jeden Genossen anweise, sich einer Gewerkschaft anzuschließen. Die Führer der älteren Richtung, Bebel, Liebknecht, Auer, erkannten wohl die Tragweite eines solchen Beschlusses und lehnten die ganze Tendenz als „sozialdemokratisches Wadenstrümpflertum" ab. Wie auf dem vorigen Parteitag beschloß man künstlich formulierte Resolutionen, die keine Entscheidung gaben, sondern die Differenz verdeckten. Eine Reihe von Arbeitervereinen aber faßten bald nach dem Parteitag Beschlüsse, in denen mit Entschiedenheit praktische Politik gefordert und die Vertröstung auf eine unbestimmte ideale Zukunft zurückgewiesen wurde (vgl. S. 150 Mitte November). Daß die sozialdemokratische Partei die Entscheidung für die Annahme

der Handelsverträge gab, statt auf die Verwirrung zu spekulieren, die durch die Ablehnung hätte herbeigeführt werden müssen, darf ebenfalls als eine Etappe in dem inneren Umbildungsprozeß der Partei betrachtet werden.

Auch das Zentrum hat, wie die anderen Parteien, starke Einwirkungen auf sein inneres Dasein durch die Ereignisse erfahren. Das Wesentliche, die Ausscheidung der herrorragendsten konservativ-aristokratischen Mitglieder ist bereits bei der Geschichte der Armeereform erwähnt worden. Die Führung der Partei fiel dem Abgeordneten Dr. Lieber zu, der von je demokratischen Tendenzen gehuldigt hat und jetzt auch seinen antipreußischen, partikularistischen Charakter stark hervorkehrte. Als annektierter Nassauer nannte er sich einen „Mußpreußen" (vgl. 8. Mai und seine Rede im Reichstag am 5. Mai S. 50*). Es dauerte auffällig lange, bis der Wahlaufruf des Zentrums für die Reichstagswahlen erschien und die exkludierten Herrrn, Graf Ballestrem und Herr v. Schalscha warfen öffentlich Herrn Dr. Lieber vor, den Aufruf sehr verschärft und den übrigen Mitgliedern aufoktroyiert zu haben. Im Herbst, als die Steuervorlagen kamen, sprach sich der neue Führer des Zentrums auffällig entgegenkommend und gemäßigt aus und zog sich durch eine Verwahrung gegen die Unfehlbarkeit des Papstes in politicis sogar einen vatikanischen Tadel zu, gegen den er sich sehr energisch verwahrte. Das Zentrum machte im Reichstag einen großen Vorstoß, indem es seinen Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes von neuem ein- und diesmal wirklich zur Annahme brachte (1. Dez.). Ein Teil der Konservativen in Konsequenz der Auffassung, daß alle positiv gläubigen Christen zusammenhalten müßten, hatte zwar noch nicht direkt für die Wiederzulassung der Jesuiten gestimmt, aber sich doch der Abstimmung enthalten und der Führer der Partei, Herr v. Manteuffel begründet sein ablehnendes Votum nur mit der opportunistischen Erklärung, „die Aufhebung des Gesetzes würde unserer Überzeugung nach unter den augenblicklichen Verhältnissen der Erhaltung des konfessionellen Friedens nicht förderlich sein".

Zentrum.

*) Durch einen Druckfehler ist der Name „Abg. Lieber (Zentr.)" vier Zeilen nach oben geraten, so daß seine Rede als eine des Herrn v. Manteuffel erscheint.

Die Polen

Ganz besonders merkwürdig in der Verschiebung der Parteigruppierung ist die Stellung der Polen. Während die Konservativen für die Armeereform und gegen die Handelsverträge, die Freisinnigen für die Handelsverträge und gegen die Armeereform stimmten, haben die Polen in den beiden großen Sachen die Regierung unterstützt, und da es sich immer nur um geringe Majoritäten handelte, den Ausschlag gegeben. Aus einer unbedingten Oppositionspartei ist eine Kerntruppe der Regierung geworden. Die sehr tiefliegenden inneren Gründe dieser Abwandlung sind von einem hervorragenden Polen im Oktober-, November- und Dezemberheft der „Preußischen Jahrbücher" entwickelt worden.

Landtagswahlen in den Einzelstaaten.

Wie in Preußen, so fanden auch in Bayern (5. Juli), Baden (27. Okt.), Hessen (4. Okt.), Sachsen (19. Okt.) Landtagswahlen statt, die hier und da einige, aber nicht sehr wesentliche Veränderungen in der Zusammensetzung der Kammern herbeiführten. In Bayern zweigten sich einige Klerikale ab, um die spezielle Gruppe des „Bauernbundes" zu bilden, und die Sozialdemokraten gewannen zum erstenmal Mandate, 4 in Nürnberg von den Liberalen und eins in München vom Zentrum. Infolge dieser Absplitterungen besteht keine feste Mehrheit mehr in der Kammer. Ebenso geschah es in Baden, daß die Nationalliberalen um eine Stimme unter der geschlossenen Majorität, die sie bisher besessen hatten, zurückblieben. In Hessen gewannen die Antisemiten zum erstenmal Mandate; auch bei den Reichstagswahlen hatten sie sich hier wieder besonders stark gezeigt und merkwürdigerweise haben in drei Wahlkreisen (Gießen, Lauterbach, Erbach) die Freisinnigen ihnen in den Stichwahlen geholfen, den Nationalliberalen die Sitze zu entreißen. Auch in Sachsen hat der Antisemitismus weitere Fortschritte gemacht, obgleich in diesem Lande die Zahl der Juden verhältnismäßig sehr gering ist.

Fürst Bismarck.

Fürst Bismarck hat auch im Jahre 1893 seine oppositionelle Haltung gegenüber dem „neuen Kurse" beibehalten und in mancherlei Ansprachen persönlich, sowie journalistisch durch die „Hamburger Nachrichten" zum Ausdruck gebracht. Als er aber in Kissingen schwer erkrankt war, sandte ihm der Kaiser von Güns in Ungarn aus, wo er den österreichischen Manövern beiwohnte, eine

Depesche, in der er ihm für die Rekonvaleszenz eines seiner Schlösser anbot. Mit großer Genugthuung wurde diese Annäherung im ganzen deutschen Volke aufgenommen.

Kolonial-Politik.

Die deutsche Kolonialpolitik hat einige Fortschritte in Ostafrika gemacht. Zwar kam die Nachricht, daß Emin Pascha von den Arabern am Viktoria-Nyanza umgebracht worden sei (vgl. unten Belgien), aber ein neuer Gouverneur, Herr v. Scheele, der an die Stelle des Herrn v. Soden trat, stellte die deutsche Autorität am Kilimandscharo durch eine siegreiche Expedition gegen den Sultan Meli wieder her. Nach Südostafrika wurde eine große Verstärkung der Schutztruppe geschickt; aber trotzdem gelang es dem dortigen Befehlshaber, Major v. François nicht, des großen Störenfriedes in der gedeihlichen Entwickelung dieses Gebietes, Hendrik Witboi Herr zu werden. In Kamerun schien ein großer Fortschritt erzielt durch einen Vertrag über die Gebietsabgrenzung mit England, der die deutsche Sphäre bis zum Tschad-See ausdehnte, aber die Franzosen machten auf dem Gebiet von Adamaua Ansprüche geltend, die erst durch weitere Verhandlungen, die in Berlin stattfinden, beseitigt werden müssen. Eine Meuterei unter den schwarzen Polizei-Truppen in Kamerun machte einen sehr störenden Eindruck.

Das Wirtschaftsleben.

Das Wirtschaftsjahr 1893 war wieder ungünstig, ebenso wie 1892. Zwar hat sich die deutsche Handelsbilanz verbessert,*) aber

*) Die Einfuhr-Menge sämtlicher Waren inkl. des Edelmetallverkehrs ergab im Jahre 1893 298,208,757 D.-Ztr. (à 100 kg), gegen 295,099,123 D.-Ztr. des Vorjahres, also um 3,109,634 D.-Ztr. oder um 1.1 Proz. mehr als im Jahre 1892.

Die Ausfuhr-Menge betrug 213,627,871 D.-Ztr., gegen 198,916,146 D.-Ztr. des Vorjahrs, also um 4,711,725 D.-Ztr. oder um 7.4 Proz. mehr als im Jahre 1892.

Der Gesamt-Außenhandel ergab also 511.8 Mill. D.-Ztr., gegen 494 Mill. D.-Ztr. des Vorjahrs, und hat sich, da die Einfuhr-Menge um 3.1 Mill. hkg, die Ausfuhr-Menge aber um 14,7 Mill. hkg gestiegen ist, um 17.8 Mill. D.-Ztr. vermehrt, der Einfuhr-Überschuß aber hat sich von 96.2 auf 84.6 Mill. D.-Ztr. vermindert.

Der vorläufige Einfuhr-Wert berechnet sich pro 1892 nach den Sätzen des Jahres 1891 auf 4,463,093,000 ℳ und nach den in der Sachverständigen-Kommission auf Grund mündlicher Beratung und Beschlußfassung für

die niedrigen Preise ermöglichten nirgends ein rechtes Gedeihen. Überdies hatte die deutsche Kapitalistenwelt große Verluste, wie schon früher durch den portugiesischen und argentinischen Bankerott, so jetzt durch den griechischen und den Krach in den amerikanischen Eisenbahnen. Durch ein großes Kartell suchten die Kohlenzechen den Markt unter ihre Herrschaft zu bringen und für sich günstiger zu gestalten. Die Arbeiterwelt litt unter den vielfachen Entlassungen aus der Arbeit; diejenigen aber, die blieben, behaupteten trotz der niedrigen Preise die in den letzten Jahren gesteigerten Löhne. Nach den Rechnungen der Berufsgenossenschaften für die Unfallversicherung betrug der durchschnittliche Jahreslohn für diejenigen Arbeiter, die unfallversicherungspflichtig sind, im Jahre 1886 732,15 ℳ. Er stieg im Jahre 1887 auf 748,80 ℳ, im Jahre 1888 auf 774 ℳ, im Jahre 1889 auf 789,75 ℳ, im Jahre 1890 auf 825,13 ℳ, und im Jahre 1891 auf 848,71 ℳ. Diese Steigerung betrug nach Prozenten des Arbeitslohns berechnet in den erwähnten Jahren 2,3—5,7 bis 8,9—12,7—15,8 pCt. gegenüber dem Arbeitslohn des Jahres 1886 und im Durchschnitt dieser Jahre 8,2 pCt. Seit 1886 hat sich also bis 1891 der Arbeitslohn um mehr als 15 pCt. erhöht. Hierzu ist noch zu bemerken, daß in den betreffenden Durchschnittszahlen nur die Löhne bis zu 2000 ℳ zum Ausdruck kommen.

Überhaupt ist der Gesamtwohlstand trotz aller Verluste schwerlich gesunken. Das Steigen bis 1892 wird durch folgende Zahlen

---

das Jahr 1892 ermittelten Waren-Einheitswerten auf 4,227,004,000 ℳ, also um 236 Mill. Mark oder um 5.3 Proz. weniger.

Die Warenpreise sind also im Jahre 1892 um mehr als 5 Proz. gesunken.

Nach den Einheitssätzen des Jahres 1892 berechnet sich der vorläufige Einfuhr-Wert des Jahres 1893 auf 4,184,901,000 ℳ, also um 42,103,000 ℳ = 1 Proz. weniger als im Jahre 1892 (nach den Definitivsätzen). Da z. Z. nur die Einheitssätze des Jahres 1892 zur Wertberechnung provisorisch verwendet werden können, indem die Werte pro 1893 erst durch die im Laufe der Monate Februar und März stattfindenden Kommissionsberatungen der hiezu versammelten und in 7 Gruppen verteilten Sachverständigen ermittelt werden, so ergibt sich aus diesem Minderwerte gegenüber der gestiegenen Einfuhr-Menge, daß hauptsächlich die Einfuhr geringwertiger Massenartikel vermehrt worden sein muß.

veranschaulicht, die das Wachsen der Konsumtionsfähigkeit zeigen (vgl. dazu den Aufsatz von G. v. Mayr in den Preuß. Jahrb. Bd. 72).

Der Deutsche ißt jetzt im Durchschnitt 6 kg Salz mehr als 1870, 3,5 kg mehr als 1880/81. Er ißt 1,8 kg Zucker mehr als 1886, 0,11 kg ausländisches Gewürz mehr als im Mittel von 1836—40 und 0,6 kg mehr als 1871—75. An Heringen ißt er 2,43 kg mehr als 1836—40 oder 1,03 kg mehr als 1871—75, an Reis 2,51 kg mehr als 1836—40 oder 1,14 kg mehr als 1871—75, an Südfrüchten 1,22 kg mehr als 1836—40 oder 0,71 kg mehr als 1871—75.

Er trinkt 24,8 Liter Bier mehr als 1872 und verbraucht an rohem Kaffee 1,40 kg, an Thee 0,046 kg, an Kakao 0,14 kg mehr als 1836—40 oder an Kaffee 0,14 kg, an Thee 0,03 kg, an Kakao 0,10 kg mehr als 1871—75. Über die Zunahme oder Abnahme des Branntweingenusses für ganz Deutschland läßt sich Sicheres nicht sagen.

Er raucht 0,2 kg Tabak mehr als 1861—70.

Er verbraucht 27,2 kg Roheisen, 609 kg Steinkohlen und 302 kg Braunkohle mehr als 1872. An Petroleum benutzt er 12,84 kg mehr als 1866—70 und 6,17 kg mehr als 1881—85. Sein Baumwolle-Bedarf ist gegen 1836—40 um 4,21 kg und gegen 1871—75 um 1.71 kg gestiegen.

Immer neue Schichten der Bevölkerung sind also in die Lage gekommen, Bier zu trinken, Zigarren zu rauchen, Kakao, Kaffee, Gewürze, Zucker u. dgl. in ihre Häuser einzuführen; Zucker ist aus einem teuren Luxusartikel ein alltägliches Nahrungsmittel geworden. Erst im Lichte dieses allgemeinen Wachsens der Mittel und Bedürfnisse beurteilt man das Einzelne, z. B. die starke Steigerung des Bierkonsums, richtig.

Das Jahr 1893 ist sicherlich das an traurigen Ereignissen und Besorgnis erregenden Bewegungen reichste, das Spanien seit dem Tode Alfonsos XII. durchgemacht hat. Wir schildern es wesentlich im Anschluß an einen Rückblick der „Vossischen Zeitung“. Zahlreiche Versuche sind seit 1885 gemacht worden, das Volk aus der politischen Gleichgültigkeit zu erwecken, in die es seit der stürmischen Zeit von 1868 bis 1875 versunken war. Sie miß- Spanien.

langen bisher; es bedurfte der vollständigen wirtschaftlichen Zerrüttung des Landes, um das Volk zur Anteilnahme an den inneren Verhältnissen anzuregen. Leider aber haben sich gerade die Umsturzparteien dieses Umstandes bedient, um ihre Sonderzwecke zu verfolgen.

Als der konservative Minister Canovas sich gezwungen sah (9. Dezember 1892), seine Entlassung zu verlangen, und Sagasta und die Liberalen von der Königin berufen wurden, die Leitung der Staatsgeschäfte zu übernehmen, waren die inneren politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse so trostlos, daß man befürchten mußte, ihre Fortdauer würde einen großen Ausbruch der Volksleidenschaften herbeiführen. Namentlich die Zustände in der Stadtverwaltung von Madrid erregten die größte Erbitterung. Die Übernahme der Regierung durch die Liberalen, die Grundsätze, die Sagasta bei der Bildung seines Kabinetts befolgte, die Versprechungen, die er und seine Amtsgenossen abgaben; die Thatsache, daß mit größtem Nachdruck der Versuch gemacht wurde, überall Ersparnisse zu erzielen und die Finanzlage zu bessern, all dies erzeugte in allen Schichten der Bevölkerung und an der Börse anfangs lebhafte Befriedigung und Vertrauen zu der Regierung. Man durfte annehmen, daß, wenn es dieser gelang, ihr volkstümliches Programm durchzuführen, der immer lebhafteren Thätigkeit der Anarchisten und Republikaner entgegengewirkt und die dem Thron drohende Gefahr abgewendet werden würde.

Die Kortes wurden (5. Jan.) aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben. Die Wahlvorbereitungen erregten nicht nur das ganze Volk auf das äußerste, sondern lenkten auch die Aufmerksamkeit und Kraft der Regierung und ihrer Behörden von den höheren Aufgaben ab, die in großer Fülle der schleunigsten Ausführung harrten. Die Regierung mußte sich gehörig rühren, um bei den Wahlen den Konservativen die Spitze zu bieten, die es nicht verschmähten, sich mit Karlisten und Republikanern gegen die Liberalen zu verbünden. Auch die Republikaner entfalteten eine ungewöhnliche Thätigkeit, da ihre Siege bei den Gemeinderatswahlen von 1892 das Vertrauen in ihre Macht gesteigert und den Glauben bei ihnen befestigt hatten, daß es nur noch weniger ähnlicher Erfolge bedürfte, um dem Republikanismuns zum vollständigen Siege zu verhelfen.

Der Ausfall der Korteswahlen (5. März) war für die Regierung günstig, immerhin war die Zahl der Gegner ungewöhnlich groß; namentlich erreichte die der Republikaner mit einundfünfzig und die der Karlisten mit neun eine Höhe, wie nie seit der Wiederherstellung des Bourbonen-Thrones. Dieser Umstand gab der Regierung zu denken. Es war Grund vorhanden, zu befürchten, daß die Gemeinderatswahlen im Mai noch günstiger für die Gegner der Monarchie ausfallen würden als die des vorhergegangenen Jahres, und im Einvernehmen mit den übrigen Monarchisten beschloß sie, diese städtischen Wahlen auf den Spätherbst zu verschieben, um Zeit zu gewinnen. Es kam anläßlich der betreffenden Gesetzesvorlage zu einer denkwürdigen Sitzung, die ununterbrochen drei Tage und drei Nächte dauerte und deren Folge war, daß die Republikaner sich unter Protest gegen die verfassungswidrige Vergewaltigung, deren Opfer sie seien, aus den Kortes zurückzogen (12. Mai).

Diese Vorgänge führten einerseits einen engeren Zusammenschluß aller republikanischen Parteien herbei, andererseits erzeugten sie in allen niederen Schichten der Bevölkerung eine große Aufregung, die sich bei den geringsten Anlässen in geräuschvoller und drohender Form bekundete und der Wirksamkeit der Anarchisten namentlich in den eigentlichen Arbeiterklassen Vorschub leistete.

Dafür erfuhren die Liberalen eine gewisse Verstärkung durch die Possibilisten, die zum Teil schon früher aufgehört hatten, Republikaner zu sein, und nur auf eine günstige Gelegenheit warteten, mit Ehren zu den Monarchisten überzugehen. Unter dem Hinweis darauf, daß er seine politische Aufgabe als beendet betrachte, nachdem die Liberalen das Programm der Revolution von 1868 in den Hauptpunkten erfüllt haben, erklärte Castelar, sich von dem öffentlichen Leben zurückziehen zu wollen, und übertrug Abarzuza die Leitung der Gruppe, an deren Spitze er seit langen Jahren gestanden war. Diese Regelung stieß aber im Schoße der Partei auf Widerstand und führte zu ihrer vollständigen Zersplitterung. Denn da vorauszusehen war, daß Abarzuza bei erster Gelegenheit von Sagasta in das Kabinett berufen werden würde, war der Ehrgeiz anderer hervorragender Führer verletzt, und der Universitätsprofessor Morayta stellte sich an die Spitze desjenigen Bruchteils, der das

republikanische Programm nicht aufgeben will. Damit ist der thatsächliche Gewinn, den das Kabinett Sagasta durch den Anschluß der Fraktion Abarzuza erzielt hat, ein sehr geringfügiger geworden.

Die Wirtschaftspolitik der Regierung stieß bei der Notwendigkeit der größten Ersparnisse, die nur möglich waren, überall und sogar innerhalb der liberalen Partei und des Kabinetts auf große Schwierigkeiten. Jeder Abstrich, jede Reform des einen oder des anderen Verwaltungszweiges verletzten die Interessen zahlreicher Personen und Kreise, die in irgend welcher Weise durch die geplanten Maßregeln in Mitleidenschaft gezogen wurden und unter ihnen zu leiden hatten. Die Aufhebung vieler Gerichtshöfe erregte überall, wo sie erfolgte, den größten Unwillen und dieser wurde von den Konservativen und den Republikanern zu geräuschvollen Kundgebungen und Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung ausgebeutet. Die Reform des Heerwesens hatte dieselbe Wirkung, denn die beträchtliche Verminderung der Militärbezirke, die dadurch bedingte Verlegung der Sitze der Generalkapitäne, die Umgestaltung der Garnisonen und andere Folgen der militärischen Neueinteilung erzeugten an allen betroffenen Plätzen große Unzufriedenheit, die ebenfalls von den Konservativen und den Umsturzparteien in ausgiebigster Weise gegen die Regierung ausgebeutet wurde.

Die Nachgiebigkeit, die das Kabinett in der Angelegenheit des früheren konservativen Oberbürgermeisters von Madrid, Bosch, zeigte, der vor die ordentlichen Gerichte gestellt werden sollte, sich dagegen aber durch sein Senatorpatent schützte, erregte große Unzufriedenheit, und namentlich wieder unter den Volksmassen, deren republikanische Vertreter die Mißwirtschaft von Bosch und Genossen aufgedeckt hatten.

Die Durchführung einer Steuerpolitik, die dem auf möglichst große Ersparnisse abzielenden Plan der Regierung entsprach, führte Ende August in San Sebastian, am Hoflager der Königin und beinahe vor ihren Augen, große Tumulte herbei, in denen der Ministerpräsident Sagasta in seinem Hotel persönlich durch die erregten Volksmassen bedroht wurde. Es begann damit eine große fueristisch-partikularistische Bewegung, die sich in den Kundgebungen von Santander äußerte und sich bald über den ganzen Norden ver-

breitete, wo sie während einiger Zeit einen sehr ernsten Charakter anzunehmen drohte und nur mit Mühe unterdrückt wurde. Dieses Beispiel wirkte auch in Aragonien und Katalonien ansteckend, während die grenzenlose Not der andalusischen Kleinbauern und Feldarbeiter auch diese in beständiger Aufregung erhielt. Nach Katalonien war an Stelle des stets zur Milde geneigten Generals Blanco der Feldmarschall Martinez Campos gesandt worden, den die Katalanen teils als Wiederhersteller des Bourbonen-Thrones, teils als Vertreter der katholischen Zwingherrschaft auf das glühendste haßten. Die Nachricht von dem Abschluß neuer Handelsverträge mit England, Italien und Deutschland trug dazu bei, seit Anfang September die Gemüter der Katalanen auf das äußerste zu erhitzen, denn sie, die Träger der spanischen Industrie, sehen sich durch diese Handelsverträge in ihren Interessen geschädigt. Wiederum waren es hauptsächlich die Konservativen, welche die regierungsfeindlichen Bestrebungen unterstützten und die Aufregung der Katalanen zu steigern suchten. Unter solchen Umständen erzeugten die Erhöhungen der Verbrauchssteuern große Unruhe in der Bevölkerung der Provinz, es kam im Bezirk von Reus zu Steuerverweigerungen, zu Kundgebungen gegen die Behörden, die in ihrer Not schließlich die bewaffnete Macht zu Hilfe riefen. Der Generalgouverneur Martinez Campos ließ sich nicht lange bitten, sondern schickte nach Montblanch und Vendrell Polizei und Militär und empfahl den Befehlshabern ein kräftiges Einschreiten. Die Rücksichtslosigkeit, mit der dieses erfolgte, erregte die Entrüstung der Bevölkerung Kataloniens, und eine Folge davon war jener Bombenanschlag (24. September), der sich gegen den Marschall richtete, ihm jedoch nur eine leichte Verwundung verursachte.

Der Attentäter Pallas büßte sein Verbrechen mit dem Tode, aber seine Voraussage, daß er gerächt werden würde, sollte sich nur zu bald in dem furchtbaren Attentat bewahrheiten, das im Liceotheater von Barcelona gegen die Familie des Marschalls geplant wurde, aber das Leben zahlreicher anderer Personen als Opfer forderte.

Inzwischen hatte das Dynamit seine zerstörende Kraft noch an anderer Stelle bekundet. Große Massen dieses Sprengstoffes

waren in den Hafen von Santander eingeschmuggelt worden, und der unglückliche Zufall des Brandes des Schiffes, das diese gefährliche Schleichware an Bord führte, erzeugte die Explosion vom 3. November, die viele Hunderte von Menschen verwundete oder tötete. Diese Verbrechen und Unglücksfälle machten die Entfaltung einer ungewöhnlich regen Thätigkeit der Sicherheitsorgane nötig, die sich in Spanien nicht durch Zuverlässigkeit auszeichnen und häufig genug zu berechtigten Klagen Veranlassung gegeben haben. Es zeigt sich nun, daß der Mangel an Wachsamkeit der Polizei die Hauptursache der erschreckenden Entwickelung des Anarchismus in Spanien gewesen ist.

Um das Maß der Schwierigkeiten voll zu machen, brach am 2. Oktober ein neuer Streit zwischen Rifioten und der Besatzung des spanischen Presidio Melilla aus. Es war im Grunde nichts anderes als eine Reiberei, wie dergleichen seit Jahrhunderten beständig zwischen den Spaniern und ihren marokkanischen Nachbarn bei den Presidios vorgekommen sind, und auch dieses Mal wie in früheren Fällen waren es die Spanier gewesen, die zu dem Konflikt den ersten Anstoß gegeben hatten. Bei gutem Willen auf spanischer Seite wäre die Angelegenheit sehr leicht beizulegen gewesen; wie immer bemächtigten sich aber die stets zum Kriege mit Marokko und zur Eroberung dieses Landes treibenden Afrikanisten der Sache, bauschten sie auf, erregten die öffentliche Meinung auf das äußerste und zwangen die Regierung, eine Haltung einzunehmen, die sie dank den friedlichen Neigungen des Ministers des Äußern und im Hinblick auf die allgemeine und namentlich die Finanzlage des Landes zu Anfang vermieden hatte. Dem Druck der von der Presse erregten öffentlichen Meinung nachgebend, wurde ein großes Expeditionskorps hinübergeschickt und Marschall Martinez Campos mit dessen Führung beauftragt. Der Sultan zeigte sich jedoch sehr entgegenkommend, wohl in der Besorgnis, daß die Franzosen, die in Algier schon bereit standen, die Gelegenheit eines spanisch-marokkanischen Konfliktes sofort benützen würden, sich der Tuat-Oase zu bemächtigen.

Belgien. Über die Ursachen und die Art, wie sich in Belgien eine radikale Reform der Verfassung vorbereitete, haben wir im letzten Jahr-

gang eingehender berichtet. Die zum Zweck der Verfassungsrevision gewählte Kammer hatte eine klerikale Majorität, da aber für die Beschlüsse Zweidrittel-Mehrheit notwendig war, so mußte das Ministerium Beernaert suchen die Parteien zu einem Kompromiß zu bringen. Die Klerikalen zogen das Haushalts-, die Liberalen das Kapazitäts-Wahlrecht vor, das Ministerium wollte beides kombinieren. Aber dieser Kompromiß erreichte in der Kammer, wenn auch die einfache, so doch nicht die Zweidrittel-Majorität; das allgemeine Stimmrecht erlangte nur 26 Stimmen gegen 115 (12. April). Jetzt begann das Volk mit Gewalt vorzugehen. Schon im Februar hatte man eine große freiwillige Abstimmung für das allgemeine Stimmrecht in Brüssel inszeniert. Als nun die Kammer das allgemeine Stimmrecht abgelehnt hatte, mußte die gesamte Bürgerwehr aufgeboten werden, um das königliche Palais, das Parlament und die Ministerien, für die ein eigenes Gesetz eine „neutrale Zone“, in der Demonstrationen verboten sind, geschaffen hatte, vor Gewaltthaten zu schützen. Versammlungen, Aufzüge, Tumulte in Brüssel, Antwerpen, Mons setzten Tag für Tag die Bourgeoisie in Schrecken. Vor allem aber stellten die Arbeiter in den großen Industrie-Centren die Arbeit ein und erklärten, daß sie so lange streiken würden, bis ihnen das allgemeine Stimmrecht gewährt sei. Diesem Druck gab die regierende Klasse endlich nach. Sieben Tage nach jener Verwerfung wurde ein ganz neu auftauchender Antrag des Professor Nyssens angenommen, der sich vom allgemeinen Stimmrecht nur wenig unterscheidet. Eine Familie, gewisser ziemlich geringer Besitz und höhere Bildung geben außer der einfachen Bürgerstimme jedes 25jährigen eine weitere Stimme. Niemand hat aber mehr als drei Stimmen. Mit diesem Beschluß ist die Verfassungsreform wohl prinzipiell entschieden, aber eine Reihe von wichtigen Fragen stehen noch aus, namentlich ob nach dem sogenannten Proportionalsystem gewählt werden soll. Auch die Zusammensetzung des Senats wurde nach langen Verhandlungen neu geordnet. Der Census für die Höchstbesteuerten, aus denen 76 Senatoren gewählt werden, wurde auf 1200 Frcs. herabgesetzt; das Minimalalter der Wähler, sonst derselben, die auch für die zweite Kammer wählen, auf 30 Jahre bestimmt (29. Juli). Das sog. Königsreferendum, eine ganz neue

Konstruktion, über die eine zeitlang viel gesprochen wurde, ist aufgegeben worden.

Erfolgreich und bedeutsam erwies sich die vlämische Bewegung, die nicht nur der Muttersprache die Gleichberechtigung sichern, sondern auch nationale Gesinnung erstreben und der Liebedienerei gegen Frankreich ein Ziel setzen wollte. Auf zahlreichen Landtagen traten die Vlamländer für ihre Rechte ein und fanden bei der Regierung, wie bei den Radikalen willig Gehör. Zum ersten Male trat in Brüssel das „vlämische Volksparlament" zusammen und gab den Wünschen des vlämischen Volkes gewichtigen Ausdruck. Durch das Auftreten der Vlamländer wurde die bisherige Begeisterung belgischer Kreise für die französische Republik um so mehr abgekühlt, als Frankreich selbst durch seine Zollpolitik, durch die schmähliche Behandlung belgischer Arbeiter auf französischem Boden, durch sein feindseliges Verhalten gegen Antwerpen und gegen den Kongostaat die Sympathie breitester Kreise Belgiens eingebüßt hatte. Das Auftreten Frankreichs in Afrika verletzte in Belgien um so tiefer, als auf Grund der neuen Verfassung Belgien in die Reihe der Kolonialstaaten eintrat und den Kongostaat als belgische Kolonie einverleiben durfte.

Das Jahr war für das afrikanische Unternehmen epochemachend. Eine Nilexpedition wetzte im Jahre 1892 erlittene Scharten aus, befestigte sich am Nilufer und unterwarf die weiten Gebiete zwischen dem Ubangi und dem Nil der Herrschaft des Kongostaates. Zu gleicher Zeit wurden die Araber aus den Gebieten der Fälle und des Oberkongo vertrieben und Manyema samt den Hauptstädten Nyangwe und Kassongo erobert; das ganze Arabergebiet wurde dem Kongostaate einverleibt. Dabei konnte das traurige Schicksal Emin Paschas klargestellt und sein Nachlaß gerettet, wie seine Ermordung durch die Hinrichtung seiner Mörder gesühnt werden. Infolge dieser glänzenden Waffenthaten war der Weg nach dem Tanganyikasee frei; kongostaatliche Truppen marschierten nach diesem See, um sich dort mit den Antisklavereitruppen zu verbinden und an den Ufern des Tanganyika wie in den Gebieten im Süden des Banguelo die Autorität des Kongostaates herzustellen. Doch fehlt es am afrikanischen Horizonte auch nicht an schwarzen Punkten.

Frankreich will es nicht dulden, daß der Kongostaat sich im Nilthale festsetzt; es beansprucht, um einen sicheren Zugang nach dem Sudan zu gewinnen, das bereits von dem Kongostaate besetzte Ubangibecken, so daß ernste Konflikte im neuen Jahr bevorstehen.

Schweden und Norwegen.

Die beiden Reiche der skandinavischen Halbinsel, die wir nach einem Bericht der Köln. Zeitung schildern, pflegen vermöge ihrer geographischen Lage sich sonst im europäischen Konzert wenig bemerkbar zu machen, erregen aber in neuester Zeit die Aufmerksamkeit Europas durch eine heftige Fehde, die das zwischen ihnen bestehende leidliche Verhältnis in ernster Weise erschüttert hat und in deren letztem Schluß es sich um Sein oder Nichtsein der schwedisch-norwegischen Union handeln könnte. Wenn es seit Bestehen dieser Union, deren Zustandekommen durch die Politik des Jahres 1812 vorbereitet worden, in Norwegen auch nicht an Streitfragen gefehlt hat, bei denen der Groll der Norweger gegen Schweden sich deutlich zeigte, so sind die auf Lockerung oder Lösung des Verbandes mit Schweden gerichteten Bestrebungen der norwegischen Radikalen doch noch nie so unverhüllt und entschieden zu Tage getreten wie gerade in dem jüngstverflossenen Jahre. Schon ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß sich der Hader zwischen den beiden Ländern zu einer europäischen Frage ausgestaltet.

Innerhalb des Unionsverhältnisses mit Schweden nimmt Norwegen infolge seiner Verfassung eine Stellung ein, die es fast zu einem selbständigen Staate macht. In der Gesetzgebung Norwegens hat der König nur ein aufschiebendes Veto; denn wenn die gesetzgebende Körperschaft, das Storthing, in drei aufeinander folgenden Storthings-Perioden (deren jede drei Jahre währt) einen vom König nicht genehmigten Gesetzvorschlag annimmt, so erhält dieser auch ohne Zustimmung des Königs Gesetzeskraft. Und der norwegischen Regierung gegenüber hat das Storthing ein sehr weitreichendes Machtmittel in dem Reichsgericht, vor dem die Mitglieder der Regierung unter Anklage gestellt werden können, wenn sie gegen das Interesse des Landes verstoßen. Das Grundgesetz bestimmt darüber, daß jeder, der im Staatsrat Sitz hat, verpflichtet ist, freimütig seine Meinung zu sagen, die der König anzuhören verbunden ist. Letzterem steht es nun frei, nach eigenem Ermessen einen Beschluß zu fassen;

findet indessen ein Mitglied des Staatsrats, daß der Beschluß des Königs gegen die Verfassung oder die Gesetze des Landes verstößt oder „augenscheinlich schädlich“ für das Reich ist, so ist es Pflicht, „kräftige Vorstellungen“ dagegen zu erheben und seine Meinung zu Protokoll zu geben. Derjenige, der nicht solcherart protestiert, wird als einig mit dem König betrachtet und dafür zur Verantwortung gezogen werden.

Gemeinsam sind für Norwegen und Schweden nur die auswärtigen Angelegenheiten und also auch Krieg und Frieden. Der König führt somit wohl den Oberbefehl über die norwegische Kriegsmacht, doch ist er auch in dieser Beziehung manchen Beschränkungen unterworfen. So darf er Norwegens Linientruppen und die Marine zu einem Angriffskriege nur mit Zustimmung des Storthings benutzen und die norwegische Landwehr kann er außerhalb der Grenzen Norwegens überhaupt nicht verwenden. Die auswärtigen Angelegenheiten Norwegens, dessen Regierung keine Abteilung für das Auswärtige enthält, werden von dem schwedischen Ministerium des Auswärtigen mit wahrgenommen. Dies schließt natürlich nicht aus, daß Norwegen als selbständiges Reich mit fremden Mächten besondere Handelsverträge abschließen kann; daß aber in allem übrigen Betracht seine auswärtigen Angelegenheiten von Stockholm aus geregelt werden, ist ein Punkt, über den die Norweger nicht hinwegkommen können und der nun zu einem so gefährlichen Zankapfel zwischen den beiden Reichen geworden ist. Bei der Eifersucht, womit die Norweger ihre freie Verfassung bewachen, hatte die große Zahl der politisierenden Juristen, Dichter und Schulmänner, gestützt auf einige von dem schwedischen Auswärtigen Amte seinerzeit getroffene Maßregeln, die den Unwillen der Norweger herausgefordert hatten, kein schweres Spiel, Stimmung für noch weitere Ausdehnung der Selbständigkeit des Landes zu machen. Der Neigung des Volkes entsprechend hatte der König im Frühjahr 1891 an Stelle des zurücktretenden konservativen Ministeriums Stang das radikale Ministerium Steen ernannt. Die in demselben Jahre vollzogenen Wahlen zum Storthing brachten eine diesem Ministerium günstige Mehrheit, indem an Stelle der bisherigen 53 Konservativen, 38 Radikalen und 23 Gemäßigten nunmehr 64 Radikale

und 50 Konservative und Gemäßigte ins Storthing kamen. Die Hauptpunkte in dem radikalen Wahlprogramm von 1891, eigenes Konsulatswesen und ein eigener Minister des Auswärtigen, konnten daher der Verwirklichung entgegengeführt werden. Zuerst strebte man das eigene Konsulatswesen an, der eigene Minister des Auswärtigen war dann die natürliche Folge. Das Konsulatswesen will man im Norwegischen als eine Angelegenheit betrachten, die vorerst nur dieses Land angehe und über die es eigenmächtig beschließen könne. Da bis jetzt das Konsulatswesen für beide Reiche gemeinsam ist, war Schweden der Ansicht, daß es bei einer Änderung der bestehenden Ordnung gleichfalls ein Wort mitzureden habe, und daß diese Angelegenheit, weil sie beide Reiche angehe, in dem sogenannten zusammengesetzten schwedisch-norwegischen Staatsrat zu verhandeln sei. Das zu Anfang 1892 zusammentretende Storthing nahm aber bald nach Beginn der Session eine Tagesordnung an, worin es betonte, daß die Frage, ob Norwegen ein eigenes Konsulatswesen errichten solle, eine ausschließlich norwegische Frage sei, deren Entscheidung nur den norwegischen Staatsbehörden zustehe, während die dann folgende Abwicklung des bisherigen Verhältnisses Gegenstand der Verhandlung mit Schweden sein könne. Diese Tagesordnung wurde mit 64 gegen 48 Stimmen am 1. März gefaßt, und am 10. Juni desselben Jahres bewilligte das Storthing 50,000 Kronen zu vorbereitenden Schritten für die Durchführung eines von der Abteilung des Innern vorgelegten Planes über ein eigenes norwegisches Konsulatswesen. Diesem Beschluß verweigerte der König seine Genehmigung, worauf das Ministerium Steen seine Entlassung einreichte. Die langandauernde Ministerkrise, während deren auch das Storthing seine Sitzungen einstellte, fand endlich durch einen Ausgleich ihren Abschluß. Das Ministerium blieb, die Konsulatssache wurde bis auf weiteres vertagt.

Im Januar 1893 erfolgte inzwischen an amtlicher Stelle in Stockholm eine Äußerung in der Konsulatsangelegenheit. Der Minister des Äußern, Lewenhaupt, erklärte bei einer Sitzung im zusammengesetzten Staatsrat, daß die Konsultatsgemeinsamkeit nicht einseitig von Norwegen aufgelöst werden könne, daß die Konsulatsfrage nicht von der die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten

betreffenden Frage zu trennen und daß gemeinsame Diplomatie eine Lebensbedingung für die Union sei. Zur Lösung der Streitfrage hielt er die Schaffung eines für beide Reiche gemeinsamen Ministers für die auswärtigen Angelegenheiten, der Schwede oder Norweger sein könne, für geeignet. Während die norwegischen Konservativen diese von Lewenhaupt angedeutete Lösung mit Genugthuung begrüßten, wies die norwegische Linke das schwedische „Angebot“ mit Hohn zurück.

Inzwischen war wiederum das Storthing zusammengetreten, in welchem der Kampf alsbald von neuem aufgenommen wurde. Am 17. März wurde die von dem Radikalen Lövland eingebrachte Tagesordnung angenommen, die den Storthingsbeschluß vom 10. Juni des vorhergehenden Jahres in schärferer Betonung erneuerte, daß nämlich das Konsulatswesen ausschließlich von den norwegischen Staatsbehörden und ohne Zusammenhang mit den andern vom Minister Lewenhaupt betonten Fragen zu regeln sei. Hierauf erteilte der in Stockholm versammelte schwedische Reichstag eine Antwort, indem er am 12. April bei der Etatsberatung seiner Meinung Ausdruck gab, daß die Fragen über Leitung der auswärtigen Angelegenheiten und Konsulatswesen zusammengehörten und eine Reform des letztern nicht notwendig eine Aufhebung der Gemeinsamkeit in sich schließe. Gleichzeitig wurde die Erwartung ausgesprochen, daß der schwedische Reichstag in der Sache gehört würde, bevor in Norwegen ein endgültiger Beschluß gefaßt werde. Selbstverständlich konnte der König den oben erwähnten Storthingsbeschluß vom 17. März gleichfalls nicht genehmigen, und nachdem Minister Steen am 22. April eine Audienz beim König gehabt hatte, um dessen Standpunkt in der Konsulatssache zu erfahren, reichte das Kabinett Steen wiederum seine Entlassung ein. Schneller, als die Radikalen erwartet hatten, am 2. Mai, war das konservative Ministerium Stang gebildet, das „Ministerium der Minderheit“. Stang nahm im Storthing einen sehr versöhnlichen Standpunkt ein und wünschte die Entscheidung über die Konsulatssache bis nach den Neuwahlen, die in diesem Sommer vor sich gehen, aufgeschoben zu sehen. Die Radikalen hatte indessen die unerwartete Wendung der Dinge in leidenschaftliche Erregung versetzt, und sie

suchten das Ministerium Stang nach allen Regeln der Kunst zu bedrängen; aber nichts hat gefruchtet, Stang hat ausgeharrt trotz des bis Ende der Session andauernden heftigen Kampfes der radikalen Storthingsmehrheit gegen „dieses Ministerium“. Dem Königshause ging die erbitterte Storthingsmehrheit dadurch zuleibe, daß der norwegische Beitrag zur Civilliste des Königs um 80,000 Kr., die Apanage des Kronprinzen von 80,000 auf 30,000 Kr. herabgesetzt wurde. Seinen Trumpf spielte das Storthing am 19. Juli aus, wo es durch Beschluß die Regierung ersuchte, die konsulare Gemeinschaft mit Schweden zu kündigen, so daß diese mit dem 1. Januar 1895 aufhören solle, und gleichzeitig wurde der norwegische Beitrag zu den Konsulatskosten nur unter der Bedingung bewilligt, daß die Gemeinsamkeit sofort gekündigt würde. Am 25. September hat der König nach Anhörung des Stang'schen Ministeriums mittels Resolution zu erkennen gegeben, daß der Storthingsbeschluß nicht genehmigt werden würde und daß, da die Mittel zum Konsulatswesen damit als nicht bewilligt anzunehmen seien, die Kosten des Konsulatswesen aus andern Staatseinnahmen zu decken seien. Hierdurch hat der König freie Hand zum Handeln behalten und gleichzeitig das Bewilligungsrecht des Storthings geachtet.

So stehen die Sachen gegenwärtig in Norwegen. Bald wird das jetzige Storthing zu seiner letzten Session zusammentreten und seinen Kampf gegen das Ministerium Stang fortsetzen. Eine Entscheidung in den brennenden Fragen ist jedoch erst im nächsten Storthing zu erwarten. Gegenwärtig ist man eifrig mit den Vorbereitungen für die Wahlen zum nächsten Storthing beschäftigt. Daß diese dem Lande eine Aufregung bringen werden, wie sie Norwegen vielleicht noch nicht erlebt hat, ist sicher.

Den in Norwegen sich abspielenden Vorgängen gegenüber beanspruchen in einem Rückblick die schwedischen Angelegenheiten nur ein untergeordnetes Interesse im Auslande. Das bedeutendste Ereignis bildeten im abgelaufenen Jahre die Wahlen zur zweiten Kammer des schwedischen Reichstags. Diese waren um so bedeutungsvoller, als man im Lager der Freihändler hoffte, eine solche dem Freihandel günstige Mehrheit zu gewinnen, daß man erfolgreich gegen die Schutzzollpolitik Schwedens ankämpfen könnte. Der

Ausgang der Wahlen, für die eine außerordentliche Agitation in Szene gesetzt worden war, hat jedoch dem Erwarten der Liberalen keineswegs entsprochen: das Parteiverhältnis im schwedischen Reichstage ist vielmehr im großen und ganzen dasselbe geblieben. Der freihandelsfreundlichen Mehrheit der zweiten Kammer steht die schutzzollfreundliche große Mehrheit der ersten Kammer gegenüber, so daß bei den Gesamtabstimmungen nach wie vor die Schutzzöllner die Oberhand haben; denn sie mustern im Reichstage 196 oder 197 Mitglieder gegen 179 oder 180 Freihändler, so daß ein Versuch, an den Schutzzöllen Schwedens zu rütteln, nutzlos ist. Auch für die in Schweden auf die Tagesordnung gebrachte Frage der Einführung des allgemeinen Wahlrechts sind vorläufig keine Aussichten. Höchstens findet sich in der zweiten Kammer eine kleine Mehrheit für Erweiterung des bisherigen, allerdings sehr beschränkten Stimmrechts.

Rußland. Über Rußland ist das Wesentliche bereits bei der allgemeinen auswärtigen Politik und den deutschen Handelsverträgen gesagt worden. Das Zarenreich schreitet unentwegt auf den Pfaden der Konsolidation eines slawisch-orthodoxen Staats, der Unterdrückung aller selbständigen Elemente im Innern, der Bedrohung aller auswärtigen Mächte, die sich der zukünftigen weiteren Ausdehnung über die Balkanhalbinsel widersetzen, fort. Der hiermit nicht ganz im Einklang befindliche Wunsch nach einem Handelsabkommen mit Deutschland ist diktiert durch die unbedingte wirtschaftliche Notwendigkeit.

Balkan-Staaten. Von den Balkan-Staaten haben in Rumänien und Bulgarien (30. Jan. 94) in gleicher Weise die gewählten Dynastien sich durch die Geburt von Thronerben befestigt. In beiden Fällen waren gewisse religiöse Schwierigkeiten zu überwinden, um die Ehen, aus denen diese Thronerben hervorgegangen, zu ermöglichen. Der Thronerbe in Rumänien, ein Neffe des Königs, ist katholisch, seine Gemahlin, eine englische Prinzessin, protestantisch, ein Sprößling mußte verfassungsmäßig orthodox getauft werden. Wie die bekannten Ansprüche der katholischen Kirche bei Mischehen überwunden worden sind, ist nicht bekannt geworden. In Bulgarien, wo der Fürst, selber katholisch, sich mit einer katholischen Prinzessin zu vermählen

wünschte, blieb nichts übrig, als die Verfassung zu ändern und zu gestatten, daß auch in der nächsten Generation noch das Staatsoberhaupt einer nicht-orthodoxen Konfession angehöre. Natürlich ein neuer Grund, um russischerseits gegen die Legalität der Zustände in Bulgarien zu protestieren (vgl. Rußland S. 283). Im übrigen hatten sich sowohl Rumänien wie Bulgarien einer gedeihlichen Weiterentwickelung zu erfreuen. Die immer erneuten Attentate der Panslawisten in Bulgarien mißglückten und führten nur immer von neuem den Beweis, welcher ruchlosen Mittel sich die in Rußland herrschende Richtung für ihre politischen Zwecke bedient.

Als der erste Bulgarenfürst, der Sieger von Slivnitza, Alexander, in diesem Jahre plötzlich an einer akuten Krankheit starb, bereitete ihm das bulgarische Volk eine feierliche Beisetzung in Sophia und gewährte in großmütiger Weise seiner Witwe eine Pension.

Ganz anders als in den genannten Staaten sieht es in Serbien und Griechenland aus. Beide leiden vor allem an dem Punkte der Finanzen und Griechenland brachte es zu einem regulären Staatsbankerott. Die große Masse der Serben sind Bauern, die von der Kultur überhaupt und besonders von den Kosten, die sie macht, nichts wissen wollen. Ihnen gegenüber steht eine Minorität der Gebildeteren, die den Anschluß an die europäische Kultur suchen; diese, die Liberalen, neigen daher zu Österreich, während die Bauern, die Radikalen, aus nationalem und religiösem Instinkt wie aus Gegensatz gegen die Liberalen russisch gesinnt sind. Eine besondere Koterie bildet daneben noch die Fortschrittspartei unter Garaschanin. Das Königtum kann auf die Dauer unmöglich mit den Radikalen gehen, sowohl wegen ihrer allgemeinen halbbarbarischen Weltanschauung, als auch wegen des auswärtigen Konflikts mit dem benachbarten Österreich, zu dem eine russenfreundliche Politik führen müßte. Dieser Gegensatz wurde noch verschärft durch die Persönlichkeit König Milans, seine Verschwendung und sein skandalöses Zerwürfnis mit seiner russischen Gemahlin, so daß der König endlich keinen Ausweg sah, als zu Gunsten seines minorennen Sohnes abzudanken (1889). Aber die Regentschaft, die er einsetzte, geriet bald ganz in dieselbe Zwickmühle, daß die Radikalen die große Majorität haben und eine radikale Politik doch schlechterdings unmög-

lich ist. Der junge König glaubte durch einen Staatsstreich Rettung bringen zu können, indem er sich plötzlich (Nacht vom 13./14. April) an einer Tafel, zu der er die Regenten und Minister geladen, für majorenn erklärte und ein gemäßigt radikales Kabinett unter seinem Erzieher Dokitsch einsetzte. Am Ende des Jahres saß man aber schon wieder fest.

Amerika. Die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika gingen dem Jahre 1893 mit den blühendsten Hoffnungen entgegen. In diesem Jahr sollte ja die Weltausstellung zu Ehren der 400jährigen Jubelfeier der Entdeckung stattfinden, die, wie man sich vornahm, alles Vorhergehende durch ihre Größe in Schatten stellen und nicht nur Asien und Australien sondern auch das alte Europa mit staunender Bewunderung vor der Jugendkraft Amerikas erfüllen würde. Die „Columbische" wurde diese Ausstellung genannt und eine Stadt nicht an der Küste, sondern mitten im Kontinent, Chicago dafür bestimmt. Die Ausstellung ist auch wohl gelungen, namentlich Deutschland hat sich auf die persönliche Anregung des Kaisers wesentlich und mit Auszeichnung daran beteiligt; die europäischen Staaten haben Kriegsschiffe hinübergeschickt, um den Präsidenten der Union feierlich zu den Festen zu begrüßen, aber die Amerikaner sind aller dieser Erfolge nicht froh geworden. Die auf die ganze Welt drückende wirtschaftliche Krisis hat hier, nach dem Gesetz, daß wo die Flut am höchsten auch die Ebbe am tiefsten, die allerschwersten Verwüstungen angerichtet. Der Goldbedarf Europas, wo Österreich zur Hartgeldwährung übergehen wollte und Rußland einen Schatz von 2 Millarden Mark (600 Mill. Rubel) in Gold aufsammelte, entzog im Anfang des Jahres den Vereinigten Staaten so viel Gold, daß die Geschäftswelt in Unruhe geriet. Die Reserve des Schatzamts sank auf 90 Mill. Dollars, ein seit der Beseitigung der Papierwährung 1878 nicht dagewesener Tiefstand. Der Versuch durch Erhöhung der Silberankäufe auf 4 Mill. Unzen monatlich (Sherman-Bill von 1890) das gesamte überschüssige Silber aufzusaugen und dadurch den Silberpreis wieder auf den alten Stand zu bringen, war mißlungen und erwies sich je länger je mehr als unhaltbar. Es zeigte sich, daß der Silbervorrat und die Silberproduktion viel größer waren als angenommen; der Silberpreis

sank fortwährend; das Silber blieb bloßes Kreditgeld und in der Ferne zeigte sich die Gefahr, daß der Goldschatz nicht ausreichen werde, die unverwendbar lagernden Silbermassen zu vertreten. Bei der Präsidentenwahl im Herbst 1892 hatten noch beide Parteien sich wetteifernd als Silberfreunde und Bimetallisten bekannt, aber die Voraussetzung einer aktiven Politik dieser Art, die Möglichkeit einer großen internationalen Vereinigung wollte sich nirgends zeigen, und auch die reiche Union war nicht im stande, isoliert länger ihre Silberpolitik fortzusetzen. Präsident Cleveland berief eine außerordentliche Session des Kongresses, in der man sich nach langen Kämpfen für die Aufhebung der Sherman-Bill entschied. Auch ein Teil der Silber-Freunde stimmte dafür, in der Berechnung, daß die Not noch größer werden müsse, um die Welt zu einheitlichem Handeln zu zwingen. Während dieser Kämpfe war Bargeld einen Monat lang nur gegen 2—5 % Agio zu beschaffen; Fabriken konnten nicht das Geld zur Bezahlung ihrer Arbeiter beschaffen. Die Hoffnungen, die man auf eine reiche Ernte gesetzt hatte, erwiesen sich als illusorisch, und so brach eine wahre wirtschaftliche Revolution über das Land herein. In drei Monaten wurden 8000 Bankerotte erklärt. 74 Eisenbahngesellschaften mit einer Schienenlänge von 32,413 Meilen und einem Kapital von insgesamt 1611¼ Millionen Dollars gingen im Laufe des Jahres 1893, resp. seit Mitte des Jahres in die Hände von Massenverwaltern über.

Auch das Staats-Budget litt schwer unter der allgemeinen Kalamität und es ist interessant, die Wandlung, die hier in so kurzer Zeit eingetreten, zu verfolgen. Am 4. März 1889 hinterließ der damals zurücktretende Präsident Cleveland seinem Nachfolger Harrison einen Barschatz von 185 Millionen Dollars und ein Budget, dessen mit 104 Millionen Dollars veranschlagter Überschuß beim Rechnungsabschlusse noch um eine Million übertroffen wurde. Um dem eine weitere Steigerung der Staatseinnahmen erzielenden Mac Kinley-Tarife die Wege zu ebnen, mußte zunächst der Staatsschatz so viel als möglich geleert und die Ausgaben mußten thunlichst gesteigert werden. Dies geschah auf folgende Weise: Im ersten Halbjahre seiner Finanzthätigkeit tilgte Harrisons Finanzminister Windom 75,828,200 Dollars 4½- und vierperzentiger Bonds mit einem

Geldaufwande von 98,276,682 Dollars. Durch Steuerüberweisung an die Einzelstaaten und Aufhebung der Zucker- und Tabaksteuer für inländisches Produkt wurden die Einnahmen geschmälert. Durch die Gewährung von Zuckerprämien an die inländischen Zuckerpflanzer, auf die seither 170 Millionen verwendet worden sind, und durch ein am 27. Juni 1890 erlassenes neues Pensionsgesetz, das den jährlichen Pensions-Etat um 60 Millionen steigerte, wurden die Ausgaben vermehrt. Der Staat hat für die Pensionäre im Jahre 1894 860 Millionen Mark nach deutschem Gelde aufzuwenden. Das Jahr 1892/93 schloß (30. Juni) noch mit einem Überschuß von 2 Mill. Dollars, aber am Schluß des Jahres konstatierte der Schatz-Sekretär ein Defizit von 42 Millionen und war in Differenzen mit dem Kongreß, wie es zu decken sei.

Unter diesen Umständen kam es im Jahr 1893 noch nicht zu der Tarifreform, die man hauptsächlich von dem neuen Präsidenten Cleveland erwartet hatte. Herabsetzung der hohen Schutzzölle würde ja das Defizit noch vermehren und vielleicht gar eine Einkommensteuer notwendig machen.

Mittel-Amerika, Brasilien und Argentinien sind wieder von Revolutionen und Bürgerkriegen heimgesucht worden, die aber um so weniger ein tieferes Interesse darbieten, als nicht einmal zuverlässige Nachrichten über die Ereignisse vorliegen.

Alphabetisches Register.

(Die Ziffern bezeichnen die Seitenzahlen.)

Frankreich. Uebers. 323.

Griechenland 299—301.

Großbritannien. Uebers. 334.

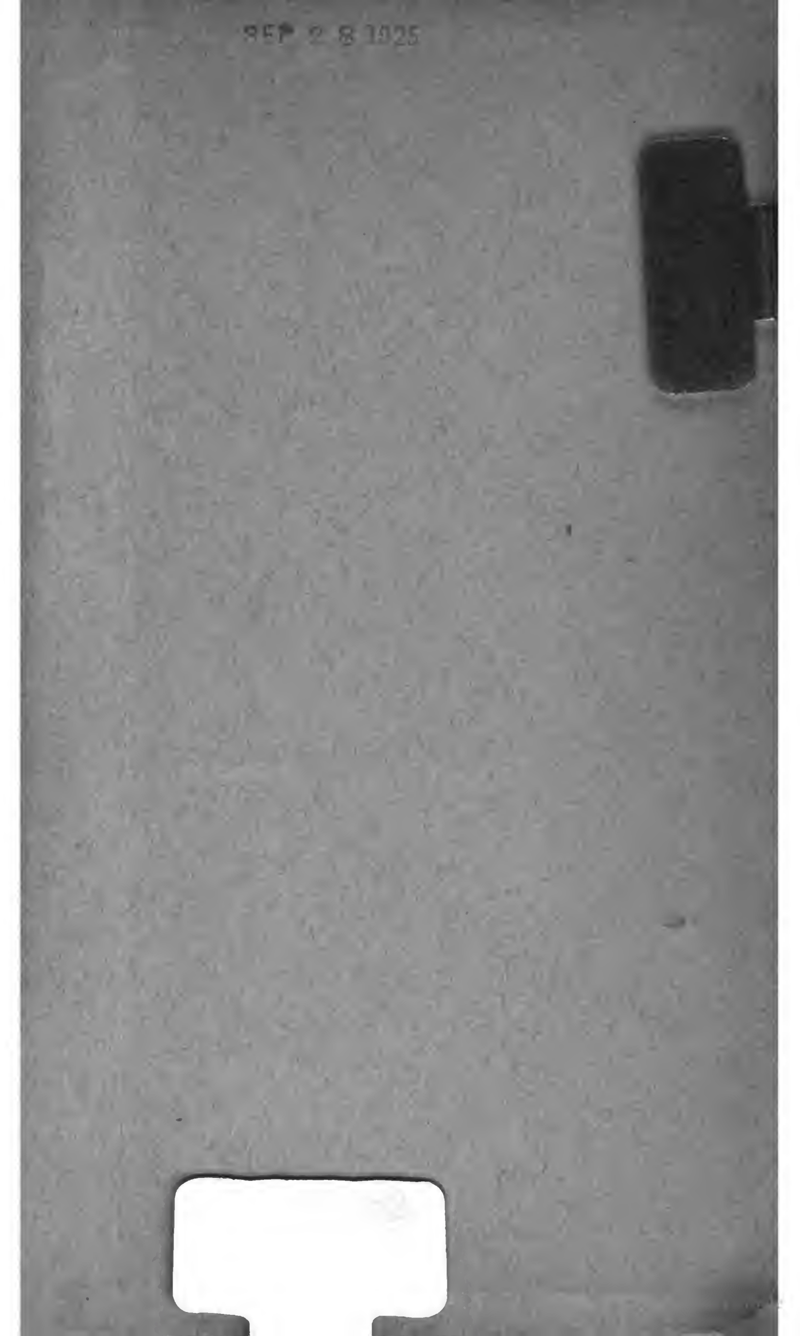
Italien. Uebers. 327.

Druckfehler.

S. 50 Z. 12 und 13 ist zu lesen: „Der Austritt der Herren sei freiwillig erfolgt" und der Name „Abg. Lieber (Zentr.)" ist vier Zeilen weiter einzuschieben als der Sprecher der Petit gesetzten Rede.
S. 147 7. November steht 20 statt 17 bei der Zusammenzählung der Abgeordneten.
S. 197 „4. November (Pest) Schluß des Abgeordnetenhauses" ist zu streichen.
S. 224 1. Zeile steht Manebra statt Menabrea.
S. 224 17. Zeile 20. Januar steht Herné statt Hervé.

5

JL


SEP 2 8 1925

